PROLETARIER ALLER LÄNDER,
VEREINIGT EUCH!

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

ORGAN DES EXEKUTIVKOMITEES DER
KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

ERSCHEINT GLEICHZEITIG IN DEUTSCHER, RUSSISCHER, FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE

Die Zeitschrift wird redigiert von **G. Sinowjew** und erscheint unter nächster Teilnahme von Bucharin, Kamenew, Lenin, Lunatscharski, Pokrowski, Rakowski, Riasanow, Trotzki (Russland), Kuusinen, Manner, Sirola (Finnland), Grimlund, Höglund, Kilbom, Nerman, Ström (Schweden), Friis, Grepp, Tranmael (Norwegen), Ravesteijn, Roland-Holst, Rutgers, Wijnkoop (Holland), Steinhardt, Strasser, Tomann (Oesterreich), M. Albert, Levi, Radek, Thalheimer, K. Zetkin (Deutschland), Mac Laine, Pankhurst, Quelch, Rotstein (England), Delinières, Guilbeaux, Loriot, Monatte, Péricat, Sadoul (Frankreich), Balabanoff, Bombacci, Daragoni, Serrati (Italien), Herzog, Humbert-Droz, Münzenberg, Platten (Schweiz), Alpari, Bela Kun, Rudas, Rudnyanszky (Ungarn), Marchlewski-Karski (Polen), John Reed, Jim Larkin (Amerika), Blagojew, □□□□ Kabaktschiiew, Kolarow (Bulgarien) u. a. □□□□

№ 12

ZWEITER JAHRGANG

VERLAG:
PETROGRAD, SMOLNY, ZIMMER 62.
Tel. 1-19.

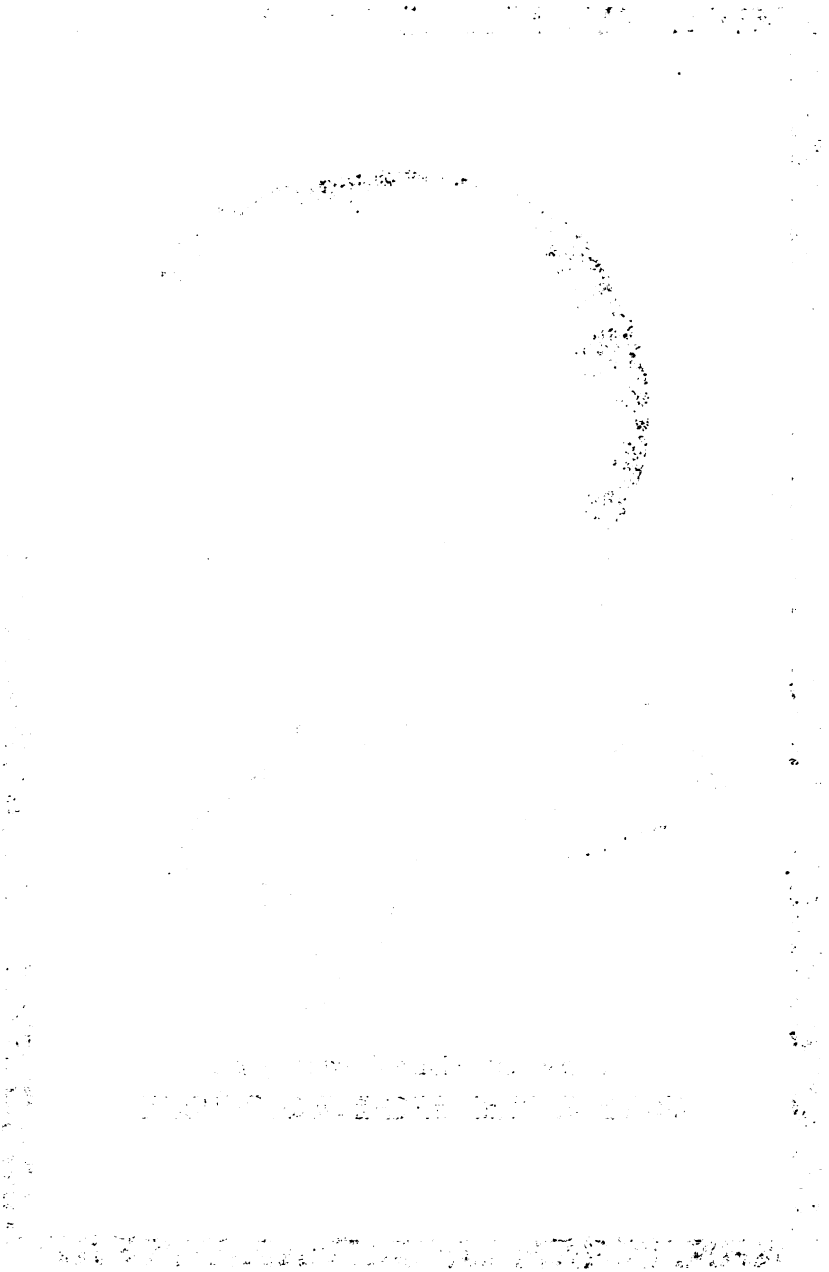
REDAKTION:
PETROGRAD, SMOLNY.
KABINETT G. SINOWJEW.

Verlag der
Kommunistischen Internationale.

In Kommission: Verlagsbuchhandlung
CARL HOYM NACHF.
LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG.

DRUCK: HAMBURG 1920.

Jugendbildnis von
FRIEDRICH ENGELS



Jugendbildnis von
FRIEDRICH ENGELS

Inhaltsverzeichnis.

Seite

M. Gorki. Wladimir Iljitsch Lenin 2

Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale:

Die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale 10

Der kommunistische Parlamentarismus in der Praxis 16

Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die III. Internationale 19

Leitsätze über die Agrarfrage 27

G. Sinowjew. Wann und unter welchen Bedingungen können Arbeitersowjets geschaffen werden (Leitsätze) 37

N. Lenin. Leitsätze über die Grundaufgaben des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale . . . 40

L. Trotzki. Zum bevorstehenden Kongreß der Kommunistischen Internationale 54

G. Sinowjew. Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß 64

L. Kamenew. Die Diktatur des Proletariats 79

J. Marchlewski. Die Agrarfrage und die Weltrevolution 89

W. Mac Laine, Tom Quelch. Bericht über die kommunistische Bewegung in England 98

W. Mac Laine. Die gegenwärtige Lage in England . . 104

K. Ueber die Tätigkeit der schottischen Arbeiter-Bewegung 118

Th. Darragh. Das revolutionäre Irland und der Kommunismus 120

Cachin. Bericht an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale 133

Frossard. Rede an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale 138

Cachin und **Frossard.** Erklärung an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale . . . 143

Seite

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Kommunistische Partei Deutschlands:

P. Levi. Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands 147
E. Meyer. Ueber die „Loyalitätsdeklaration" der Kommunistischen Partei 151
K. Zetkin. Die Lage in Deutschland 155
K. Radek. Die Kommunistische Partei Deutschlands während der Kapptage 162

Serrati. Die sozialistische Bewegung in Italien 176
N. Bombacci. Die Opposition der Reformisten gegen die kommunistische Revolution in Italien 181
Zur Erneuerung der Sozialistischen Partei (Bericht der Turiner Sozialistischen Sektion an den Nationalrat in Mailand) 186
*** Die Lage in Deutsch-Oestereich 193
H. Wertheim. Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich 200
F. Ström. Die Lage in Schweden 203
J. Viksten. Der schwedische Jugendverband 208
M. Nielsen. Die Lage in Dänemark 218
K. Manner. Die Streikbewegung in Finnland 225
P. Dinschun. Der revolutionäre Osten und die nächste Aufgabe der Kommunistischen Internationale . . . 233
Roy. Die revolutionäre Bewegung in Indien 239
K. Radek. Die polnische Frage und die Internationale . 249
M. Pawlowitsch. Die Ukraine als Objekt der internationalen Gegenrevolution 265
Ch. Rakowsky. Die Beziehungen zwischen den Sowjetrepubliken. Rußland und die Ukraine 273
Brief des Kadetten Peter Struve an den Minister Koltschaks Iwan Michailow 279
Henri Barbusse an den Redakteur der Zeitschrift „La Revue Communiste" 283
Brief M. Gorkis an H. G. Wells 283

Dokumente der Internationalen Kommunistischen Bewegung.

Erklärung einer Gruppe von Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.) 285
Erklärung Bela Kuns und seiner Kameraden an den Wiener Kreisarbeiterrat 290
Resolutionen der Sozialistenkonferenz des Balkans . . 292

Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Seite

Offenes Antwortschreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf die Fragen der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.) . . 297

An alle Mitglieder der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands 324

An die unterdrückten Volksmassen Persiens, Armeniens und der Türkei 327

Die Internationale der kommunistischen Jugend.

Ein Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Nach dem Kongreß 332

An die Kommunistische Jugendinternationale, an die jungen Proletarier aller Länder. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale 337

Thesen über das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zu der Kommunistischen Jugendinternationale und das der Kommunistischen Partei zu den kommunistischen Jugendorganisationen . . . 338

Internationale kommunistische Frauenbewegung.

S. Lilina. Ein Jahr des Kampfes der Arbeiterinnen in Westeuropa und Amerika 339

Bibliographie.

A. Menschol. Bertrand Russel und der Zünftesozialismus 351

Neue Bücher und Zeitschriften 361

Liste kommunistischer Schriften, deren Einfuhr in die Schweiz verboten ist 370

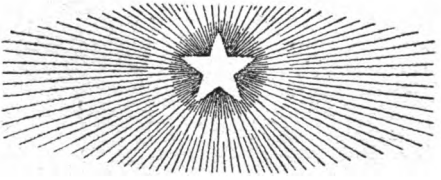
N. Lenin. Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus 373

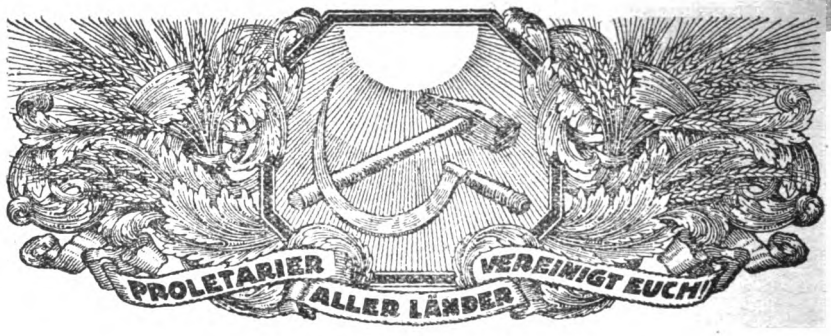
Im Verlag der Kommunistischen Internationale neu erschienene Schriften 373

Illustrationen: K. Marx. / Jugendbilder Friedrich Engels. / Rosa Luxemburg im Gefängnis zu Warschau. / Dobrodshanu-Gerea. / Jugendbildnis Karl Liebknechts.

Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale wird den Werktätigen der ganzen Welt den kürzesten Weg zum Sieg über die Bourgeoisie weisen.

Es lebe der zweite Weltkongress der Kommunistischen Internationale!





Wladimir Iljitsch Lenin.

Anhänger der Theorie, die behauptet, daß die Rolle der Persönlichkeit im Entwicklungsprozeß der Kultur bedeutungslos ist, erscheint W. I. Lenin mir als ein Born der Energie, ohne deren Einfluß die russische Revolution nicht die Form hätte annehmen können, die sie annahm.

Einmal habe ich ihn — bedingt — mit Peter dem Großen verglichen. Man hat über diesen Vergleich gelacht, da man ihn übertrieben fand. Aber das war eben ein bedingter Vergleich; für mich persönlich ist die Rolle Lenins als sozialer Reformator Rußlands geringer denn seine Bedeutung als Weltrevolutionär. Er ist nicht nur ein Mensch, dessen Willen die Geschichte die furchtbare Aufgabe auferlegt hat, den bunten, plumpen, faulen menschlichen Ameisenhaufen, Rußland genannt, bis auf den Grund aufzuwühlen — sein Wille ist ein unermüdlicher Sturmbock, dessen Stöße die monumental gebauten kapitalistischen Staaten des Westens und die seit Jahrtausenden daliegenden Blöcke der widerlichen Sklavendespotien des Ostens machtvoll erschüttern.

Ich glaube auch heute noch, wie ich es vor zwei Jahren geglaubt habe, daß Rußland für Lenin nur das Material ist zu einem in Weltenumfang, in Planetenumfang angelegten Versuch. Früher hat dieser Gedanke, durch das Gefühl des Mitleids mit dem russischen Volk verdunkelt, mich empört, aber da ich beobachte, wie der

Lauf der Ereignisse der russischen Revolution, immer weiter und tiefer greifend, immer mehr die Kräfte belebt und organisiert, die imstande sind, die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung zu zerstören, finde ich jetzt, daß, wenn Rußland schon dazu bestimmt ist, als Versuchsobjekt zu dienen, es ungerecht wäre, die Verantwortung dafür einem Menschen zuzuschieben, der bestrebt ist, die potenzielle Energie der russischen arbeitenden Masse in eine bewegliche, aktuelle Energie zu verwandeln.

Jeder erhält das, was er verdient — das ist gerecht. Ein Volk, das in der Stickluft der Monarchie angefault, tatenlos und willenlos ist, des Glaubens an sich selbst entbehrt, nicht „bürgerlich" genug ist, um stark zu sein im Widerstand und nicht stark genug, um das bettelhaft, aber zähe erworbene Streben nach bürgerlichem Wohlstand in sich zu töten — dieses Volk muß nach der Logik seiner talentlosen Geschichte offenbar alle Dramen und Tragödien durchmachen, die bestimmt sind für ein passives Wesen, das zudem in einer Epoche des bestialisch entwickelten Klassenkampfes lebt, als dessen schändlichster Ausdruck eine solche blutige Abscheulichkeit erscheint, wie der Krieg von 1914—18.

Ich habe selbstverständlich nicht die Absicht, eine Rede zur Verteidigung oder Rechtfertigung W. I. Lenins zu schreiben, ich bedarf dessen ebensowenig wie er selbst.

Aber ich kenne ihn ein wenig, und wenn objektiv verständige Leute ihn dessen beschuldigen, daß er der Erreger eines grausamen Bürgerkrieges, Terrors usw. ist, — fällt mir Herr Lloyd George ein, der in den Jahren 1913 und 1914 schöne Lobreden auf das deutsche Volk hielt, als er den nach Deutschland reisenden englischen Schullehrern das Geleit gab und in England deutsche Lehrer empfing, während er zur selben Zeit Bajonette schleifen und Geschosse fertigstellen ließ, die die Deutschen in Stücke reißen sollten. Alle diese „großen Männer" — der beste und schamloseste Schüler Clemenceaus, der „naive Demokrat und Romantiker" Woodrow Wilson, die Sozialisten, die die Kredite zur Organisierung der alleuropäischen Metzelei bewilligten, die Wissenschaftler, die die giftigen Gase und andere Abscheulichkeiten erfanden, die Dichter, die 1914 die Deutschen und 1918 die Engländer verfluchten — dieser ganze Schimmel und Rost der sich zersetzenden alten Gesellschaft — eben

dieser hat mit seiner niederträchtigen Hand der europäischen Kultur eine tiefe, vielleicht tötliche Wunde geschlagen und fährt fort, den Körper Rußlands wollüstig zu martern, zur Fortsetzung seines Bürgerkrieges beizutragen, es durch die Blockade zu würgen, seine kleinen Kinder durch Hunger und Kälte umzubringen.

Fehler — wenn schon von ihnen gesprochen werden soll — sind keine Verbrechen. Die Fehler Lenins sind die Fehler eines ehrlichen Menschen, und es hat in der ganzen Welt noch keinen einzigen Reformator gegeben, der fehlerlos gehandelt hätte. Aber Lloyd George, Clemenceau und Konsorten handeln allerdings fehlerlos wie die echten Henkersknechte, wie Mörder von Beruf, indem sie ein ganzes Volk zu den Qualen der Kälte und des Hungers verurteilen und die Fortdauer eines ganz sinnlosen Bürgerkrieges unterstützen, denn außer den „Bolschewiki" gibt es in Rußland keine Kräfte, die fähig wären, die Macht zu übernehmen und die Energie des zermarterten Landes zu erwecken, die für eine produktive Arbeit notwendig ist.

*

Um zu W. I. Lenin zurückzukehren, muß ich sagen, daß meine persönlichen Sympathien für ihn in dem Augenblick, da ich über ihn schreibe, absolut keine Rolle spielen. Ich betrachte ihn als ein Wesen, das meiner Beobachtung ebenso unterliegt, wie alle anderen Menschen und Erscheinungen, die mich als Lebensschilderer meiner Heimat notwendig interessieren müssen.

Da hält dieser Mensch eine Rede in einer Arbeiterversammlung, erstaunlich einfach, in eherner Sprache, mit der Logik eines Beils, aber in seinen rauhen Worten habe ich nie etwas von grober Demagogie, noch von platter Geckerei mit schönen Phrasen gehört. Er sagt immer dasselbe — von der Notwendigkeit, die soziale Ungleichheit der Menschen von Grund aus zu zerstören und von den Wegen, die dazu führen. Diese alte Wahrheit klingt aus seinem Munde schroff, unversöhnlich, immer fühlt man, daß er unerschütterlich an sie glaubt, und man fühlt, wie ruhig sein Glaube ist — der Glaube eines Fanatikers, keines Metaphysikers. Mir scheint, daß das individuell Menschliche ihn fast nicht interessiert, er denkt nur an Parteien, Massen, Staaten, und hier verfügt er über die Gabe

des Hellsehens, die geniale Erleuchtung des Denkers und Experimentators. Er besitzt die glückliche Klarheit des Gedankens, die nur durch angespannte, ununterbrochene Arbeit erworben werden kann.

Ein Franzose hat mich gefragt:

„Finden Sie nicht, daß Lenin eine Guillotine ist, welche denkt?"

Die Arbeit seines Gedankens möchte ich mit den Schlägen eines Hammers vergleichen, der sehend ist und gerade das zerschmetternd in Stücke schlägt, was schon längst hätte vernichtet werden sollen.

Den Spießbürgern aller Länder muß Lenin natürlich als ein Attila erscheinen, der gekommen ist, das Rom des spießbürgerlichen Wohllebens und Komforts zu zerstören, das auf Sklaverei, Blut und Raub gegründet ist. Aber wie das alte Rom seinen Untergang verdient hat, so rechtfertigen auch die Verbrechen der modernen Welt die Notwendigkeit ihrer Zerstörung. Das ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die allein schon von nichts und niemandem beseitigt werden kann.

Es ertönen klagende Reden über den Wert der europäischen Kultur, über die Notwendigkeit ihrer Verteidigung gegen den Ansturm der neuen Hunnen, — diese Reden sind aufrichtig und bedeutsam nur im Munde des Revolutionärs, im Munde der Organisatoren und Helfershelfer des schmachvollen Mordens von 1914—18 aber sind sie widerwärtige Lüge.

Der Entwicklungsprozeß der Kultur, wenn man darunter auch das weitere Wachstum der Erfolge der Kunst, der Wissenschaft und Technik begreift und die sie begleitende und anregende Vermenschlichung der Menschen, — dieser Prozeß kann natürlich nicht verzögert werden durch den neuen Umstand, daß an der Kulturarbeit nicht Zehntausende von Einheiten, sondern vielmillionenköpfige Massen teilnehmen.

*

Zuweilen stellt die für den Literaten obligatorische Kühnheit der Einbildungskraft mich vor die Frage:

Wie sieht Lenin die neue Welt?

Und es entrollt sich vor mir das gewaltige Bild der Welt, die

durch die freie Arbeit der Menschheit fein geschliffen ist zu einem gigantischen Smaragd. Alle Menschen sind verständig, und jedem ist das Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit für das alles eigen, was durch ihn und um ihn geschieht. Überall Gartenstädte — sie umfassen stolze, erhabene Gebäude, überall arbeiten für den Menschen die von ihm unterworfenen und durch seinen Verstand organisierten Naturkräfte, und er selbst ist — endlich! — der wahre Gebieter der Elemente. Seine Körperkraft wird nicht mehr für grobe, schmutzige Arbeit verwendet, sie ist zu geistiger Energie umgeschaffen, und ihre ganze Wucht ist auf die Erforschung der Grundfragen des Seins gerichtet, um deren Lösung der Gedanke von alters her erfolglos ringt, der Gedanke, der zermürbt, zersplittert ist durch die notwendigen Anstrengungen zur Erklärung und Rechtfertigung der Erscheinungen des sozialen Kampfes, der Gedanke, der abgequält ist durch das in der Welt dieser Erscheinungen unvermeidliche Drama der Anerkennung zweier unversöhnlichen Elemente.

Technisch veredelt, sozial durchgeistigt, ist die Arbeit zum Genuß für den Menschen geworden. Die Vernunft des Menschen — das kostbarste Prinzip der Welt — ist endlich wahrhaft frei geworden, und in Wahrheit ist die Vernunft furchtlos geworden.

Die Furchtlosigkeit der Vernunft und scharfe Hellsichtigkeit auf politischem Gebiet das sind Grundeigenschaften der Natur Lenins. Die Welt hat noch nie eine solche Sprache gehört, wie sie die von ihm beeinflußte Diplomatie spricht. Mag das auch eine Sprache sein, die die zarten Ohren der Diplomaten in Frack und Smoking gröblich martert, aber es ist eine mörderisch wahre Sprache. Die Wahrheit aber wird bis zu der Zeit grob bleiben, bis wir Menschen sie selber schön machen werden wie unsere Musik, die eine der von uns geschaffenen schönen Wahrheiten ist.

Ich glaube nicht, daß ich Lenin Träume angedichtet habe, die ihm fremd sind; ich glaube nicht, daß ich diesen Menschen romantisiere, — ich kann ihn mir nicht vorstellen ohne diesen schönen Traum vom künftigen Glück aller Menschen, vom lichten, freudevollen Leben. Je größer der Mensch ist, desto kühner ist sein Traum.

Lenin ist mehr Mensch als irgend jemand sonst von meinen

Zeitgenossen, und wenn sein Gedanke natürlich auch vornehmlich beschäftigt ist mit den Erwägungen der Politik, die der Romantiker, als „eng praktische" bezeichnen muß, so bin ich doch überzeugt, daß in den seltenen Augenblicken der Erholung dieser Kampfgedanke bedeutend weiter in die schöne Zukunft hinüberfliegt und bedeutend mehr sieht, als ich mir vorstellen kann. Das Hauptziel des ganzen Lebens Lenins ist das Wohl der gesamten Menschheit, und er muß unweigerlich in der Ferne der Jahrhunderte das Ende des großen Prozesses vorausschauen, für dessen Anfang sein ganzer Wille asketisch und mannhaft dient. Er ist ein Idealist, wenn man in diesen Begriff die Vereinigung aller Kräfte der Natur in eine Idee hineinlegt — der Idee des allgemeinen Wohles. Sein persönliches Leben ist derart, daß man in der Epoche überwiegend religiöser Stimmungen Lenin als Heiligen betrachtet hätte.

Ich weiß, die Spießbürger wird das aufbringen, viele Genossen werden lächeln, und Lenin selbst wird fröhlich auflachen. Ein Heiliger — das ist wirklich ein paradoxes und lächerliches Wort auf einen Menschen, für den es „absolut nichts Heiliges gibt", wie der alte „Gottmensch", der ehemalige Revolutionär N. Tschaikowski von ihm gesagt hat, der heilige Lenin, den der wohlerzogene und kultivierte Führer der englischen Konservativen Lord Churchill für den „wütendsten und abscheulichsten Menschen" hält.

Aber der ehrenwerte Lord wird nicht leugnen wollen, daß die kirchliche Heiligkeit selten Wüterei und Grausamkeit ausschloß, — als Beweis dafür können die blutigen Schlägereien der Kirchenväter auf den Weltkonzilen, die Inquisition und viele andere Scheußlichkeiten dienen. Andererseits haben die gewöhnlichen Sterblichen zu allen Zeiten bedeutend mehr heilige Menschen hervorgebracht, wenn man unter Heiligkeit den uneigennützigen furchtlosen Dienst für die Interessen des Volkes, der Freiheit und Wahrheit versteht.

Ein rauher Realist, ein schlauer Politiker, so wird Lenin allmählich zu einer legendaren Persönlichkeit. Das ist gut.

Aus den entlegensten Dörfern Indiens, über Hunderte von Kilometern auf Bergpfaden, durch Wälder, geheim, unter Lebensgefahr, schleichen sich Inder, die abgequält sind vom jahrhundertelangen Joch der englischen Beamten, nach Kabul in die russische Mission und fragen:

Was ist Lenin?

Und am anderen Ende der Welt sagen die norwegischen Arbeiter zu irgend einem gleichgültigen Russen:

Ja Lenin — das ist der allerehrlichste Kerl, so einen hat es auf der Welt noch nicht gegeben!

Ich sage — das ist gut. Die meisten Menschen müssen erst glauben, bevor sie anfangen können zu handeln. Es dauert zu lange, abzuwarten, bis sie anfangen zu denken und zu verstehen. Der böse Geist des Kapitalismus aber zermürbt sie immer mehr durch Elend, Alkohol und Entkräftung.

*

Nur scheint, daß erwähnt werden muß, daß Lenin die Impulse der Freundschaft und überhaupt nichts Menschliches fremd sind. Es ist etwas beschämend und lächerlich davon zu sprechen, aber die Spießbürger der ganzen Welt sind so eingeschüchtert, und Lord Churchill, wenn er nach Osten blickt, regt sich so grimmig und für ihn gesundheitsschädlich auf! Da ich an Gutmütigkeit leide, sehe ich mich verpflichtet, die Eingeschüchterten, Gereizten und sonstigen Feinde des Führers des „Bolschewismus" ein wenig zu beruhigen.

Es kommt vor, daß Lenin die guten Eigenschaften der Menschen zu ihren Gunsten und zum Schaden der Sache überschätzt. Aber fast stets werden seine negativen Urteile — die unbegründet zu sein scheinen — unweigerlich von den Leuten selbst bestätigt, die er negativ beurteilt hat, noch ehe er die Ergebnisse ihrer Arbeit sah. Das kann als Zeugnis dafür dienen, daß Lenin die schlechten Eigenschaften der Menschen besser fühlt als die guten, aber auch dafür, daß es überhaupt und überall bedeutend mehr nichtsnützige Menschen gibt als nützliche.

Zuweilen leuchtet in diesem schroffen Politiker das Licht einer fast frauenhaften Zartheit zu den Menschen auf, und ich bin überzeugt, daß der Terror ihm unerträgliche, wenn auch sehr geschickt verborgene Qualen kostet; es ist nicht wahrscheinlich und nicht anzunehmen, daß Leute, die von der Geschichte zu einem unversöhnlichen Widerspruch verdammt sind — Menschen zu töten um der Freiheit der anderen willen — nicht Qualen fühlen sollten, die die

Seele erschöpfen. Ich kenne einige Augenpaare, in denen diese brennende Qual für immer erstarrt ist. Jeder Mord ist mir organisch zuwider, aber diese Leute sind Märtyrer, und mein Gewissen wird mir nie gestatten, sie zu verurteilen.

Ich bemerke, daß, wenn ich von Lenin spreche, ich unwillkürlich von allen Dingen der Welt sprechen möchte — es kann wohl auch gar nicht anders sein, denn er ist ein Mensch, der im Mittelpunkt und über allen anderen steht.

Von ihm persönlich kann selbstverständlich bedeutend mehr gesagt werden, als hier gesagt ist. Aber — mich hindert die Bescheidenheit dieses Menschen, der jedes Ehrgeizes völlig bar ist. Ich weiß, daß sogar das wenige, was hier gesagt ist, ihm als überflüssig, übertrieben und lächerlich erscheinen wird. Nun denn, so mag er lachen, er kann es so gut, ich aber hoffe, daß Viele diese Zeilen nicht ohne Nutzen für sich lesen werden.

In diesen Zeilen war die Rede von einem Menschen, der die Furchtlosigkeit hatte, den Prozeß der gesamteuropäischen sozialen Revolution in einem Lande zu beginnen, wo ein großer Teil der Bauern satte Bourgeois sein wollte und nichts weiter. Diese Furchtlosigkeit wird von vielen für Wahnwitz gehalten. Ich habe meine Arbeit als Auftakt zu revolutionärer Stimmung mit einem Lobgesang auf den Wahnwitz der Tapferen begonnen.

Es gab einen Augenblick, wo das natürliche Mitleid mit dem Volke Rußlands mich veranlaßte, den Wahnwitz fast als Verbrechen anzusehen. Aber jetzt, wo ich sehe, daß dieses Volk es bedeutend besser versteht, geduldig zu leiden, als bewußt und ehrlich zu arbeiten, jetzt lobsinge ich wieder den heiligen Wahnwitz der Tapferen.

Unter ihnen aber ist Wladimir Lenin der erste und der allerwahnwitzigste.

M. Gorki.

Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum II. Kongress der Kommunistischen Internationale.

Die Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme in die III. Internationale aufgestellt. Bis zum Moment der Einberufung des I. Kongresses existierten in den meisten Ländern nur kommunistische Richtungen und Gruppen.

Unter anderen Verhältnissen tritt der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Zur Zeit gibt es in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische Parteien und Organisationen.

An die Kommunistische Internationale wenden sich nun oft Parteien und Gruppen, die noch vor kurzem zur II. Internationale gehörten, die nun in die III. Internationale eintreten wollen, in ihren Taten aber nicht kommunistisch geworden sind. Die II. Internationale ist endgültig zerschmettert. Die Zwischenparteien und die Gruppen des „Zentrums" versuchen, die völlige Hoffnungslosigkeit der II. Internationale einsehend, sich an die immer mächtiger werdende Kommunistische Internationale anzulehnen. Sie hoffen jedoch dabei eine derartige „Autonomie" zu bewahren, die ihnen die Möglichkeit gewährt, ihre frühere opportunistische oder „Zentrumspolitik" durchzuführen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des „Zentrums", nun in die III. Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dessen, daß die Kommunistische Internationale die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht wird.

Unter gewissen Umständen kann der Kommunistischen Internationale die Gefahr drohen, durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente, die die Ideologie der II. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben, verwässert zu werden.

Außerdem bleibt in einigen großen Parteien (Italien, Schweden), deren Mehrheit kommunistisch ist, bis zum heutigen Tage ein bedeutender refor-

mistischer und sozial-pazifistischer Flügel, der nur auf den Moment lauert, um das Haupt wieder zu erheben, um mit einer aktiven Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der II. Internationale zu helfen.

Kein einziger Kommunist darf die Lehren der ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den Reformisten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Darum erachtet es der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, die Bedingungen zur Aufnahme von neuen Parteien ganz genau zu präzisieren und diejenigen Parteien, die in die Kommunistische Internationale bereits aufgenommen sind, auf die ihnen auferlegten Pflichten hinzuweisen.

Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließt: Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale sind:

*

1. Die g e s a m t e Propaganda und Agitation müssen einen wirklich kommunistischen Charakter tragen. Alle in den Händen der Partei befindlichen Presseorgane müssen von zuverlässigen Kommunisten redigiert werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß propagiert werden, damit ihre Notwendigkeit allen einfachen Arbeitern, Arbeiterinnen, Soldaten oder Bauern aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch notiert und Tag aus Tag ein betont werden, einleuchtet. In den Spalten der Presse, in Volksversammlungen, in den Gewenkschaften, in Konsumvereinen — überall, wohin sich die Anhänger der III. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die der Kommunistischen Internationale angehören will, ist verpflichtet, die Reformisten und die Anhänger des „Zentrums" planmäßig und systematisch von den einigermaßen verantwortlichen Posten in der Arbeiterbewegung (Parteiorganisation, Redaktion, Gewerkschaft, Parlamentsfraktion, Konsumgenossenschaft, Stadt- und Gemeindeverwaltungen u. dergl.) zu e n t f e r n e n und sie durch zuverlässige Kommunisten zu ersetzen, ohne davor zurückzuschrecken, daß „erfahrene" Funktionäre bisweilen anfangs von einfachen Arbeitern ersetzt werden müssen.

3. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahmegesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen Tätigkeit mit der illegalen unbedingt notwendig. Der Klassenkampf in fast allen Län-

dern Europas und Amerikas tritt in die Periode des Bürgerkrieges ein. Und unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein würde, ihre Pflicht der Revolution gegenüber zu erfüllen.

4. Es ist eine nachdrückliche, systematische Propaganda und Agitation im Heer und die Bildung von kommunistischen Zellen in einem jeden Truppenteil notwendig. Die Kommunisten werden gezwungen, diese Arbeit meistens illegal auszuführen, aber der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, ohne wenigstens einen Teil der Landarbeiter und der ärmsten Bauern hinter sich zu haben und die Neutralität wenigstens eines geringen Teiles der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert zu haben. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt in der gegenwärtigen Epoche eine erstklassige Bedeutung. Sie muß vornehmlich durch die revolutionären, kommunistischen Arbeiter geführt werden, die mit dem Dorfe ihre Verbindungen haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Eine jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Pazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, das ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische" Reorganisation des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, einen vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrums" anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich damit nicht abzufinden, daß notorische Reformisten, wie Turati, Modigliani u. a. das Recht haben sollen, als Mitglieder der III. Internationale zu gelten, wodurch die II. Internationale in hohem Maße der umgekommenen II. Internationale ähnlich würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung derjenigen Länder notwendig, deren Bourgeoisie im Besitz von derartigen Kolonien ist und andere Na-

tionen unterdrückt. Eine jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer" Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, eine jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus diesen Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Empfinden zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Eine jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, systematisch und beharrlich die kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter zu führen. Innerhalb dieser Verbände ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer alltäglichen Arbeit auf jeden Schritt den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums" zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.

10. Eine der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale" der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die keimende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand ihrer Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, von jedem einzelnen kommunistischen Parlamentsmitglied fordernd, er möge seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation unterwerfen.

12. Genau so müssen die periodische und unperiodische Presse und alle Parteiverlage voll und ganz dem Parteivorstande unterstellt werden, ganz abgesehen davon, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Moment legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, das die Verlage, ihre Autonomie mißbrauchend, eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht voll entspricht.

13. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur in dem Fall imstande sein, ihrer Pflicht

zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert sein wird, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum ein Organ mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ist, von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft getragen.

14. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, wo die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (Neuregistrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

15. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte einen bedingungslosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unbeugsame Propaganda führen für die Weigerung der Arbeiter, Kriegsmunition zu transportieren, die an Feinde von Sowjetrepubliken adressiert ist, sie müssen unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen legal oder illegal Propaganda treiben usw.

16. Parteien, die bisher noch bei ihren alten sozialdemokratischen Programmen geblieben sind, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu revidieren und entsprechend den besonderen Verhältnissen ihres Landes ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm einer jeden zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder deren Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms der einen oder der anderen Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

17. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die in Verhältnissen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der II. Internationale der Fall war. Dabei müßten, versteht sich, die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, in denen die verschiedenen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

18. In Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Benennung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: K o m m u n i s t i s c h e Partei des und des Landes (Sektion der Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist

nicht nur eine formelle, sondern sie ist in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien entschieden den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß jedem einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen, „sozialdemokratischen" oder „sozialistischen" Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar wird.

19. Nach Schluß der Arbeiten des zweiten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, in kürzester Zeit einen außerordentlichen Kongreß ihrer Partei zusammenberufen, um dort offiziell im Namen der gesamten Partei die oben dargelegten Verpflichtungen bestätigen zu lassen.

Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Der kommunistische Parlamentarismus in der Praxis.

Entwurf von Vorschriften für die kommunistischen Abgeordneten bürgerlicher Parlamente (zentraler, lokaler und städtischer) und die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien, denen die Leitung der kommunistischen Fraktionen der bürgerlichen Parlamente obliegt.

(Zusatz zu den Leitsätzen über den Parlamentarismus.)

Die Gegnerschaft gegen den Eintritt von Kommunisten ins bürgerliche Parlament wird hauptsächlich durch die Erinnerungen an den sozialdemokratischen Parlamentarismus der Zeit der II. Internationale genährt. Das Verhalten der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten in den bürgerlichen Parlamenten war in der Tat derart prinzipienlos und rein verräterisch, daß diese Erfahrung von der Arbeiterklasse nicht vergessen werden kann.

Das ist der Grund, warum es für die Kommunistische Internationale, die sich im Interesse der revolutionären Sache für die Ausnutzung der Parlamentstribüne durch die Kommunisten ausgesprochen hat, notwendig ist, die Tätigkeit der kommunistischen Abgeordneten zu verfolgen und alle Maßnahmen zu treffen, um den Typus eines Parlamentariers, der **Revolutionär** und **kommunistischer Kämpfer** ist, zu schaffen.

Dazu ist notwendig, daß:

1. Die kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee **bereits im Vorbereitungsstadium**, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktionen sorgen müssen. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn es keine Gewähr gibt, daß dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirklich kommunistische Politik verfolgen wird.

Die kommunistische Partei muß der alten sozialdemokratischen Gewohnheit entsagen, ausschließlich sogenannte „erfahrene" Parlamentarier, vorwiegend Anwälte und dergl., als Deputierte aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, **Arbeiter** als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß das mitunter einfache Parteimitglieder ohne große par-

lamentarische Erfahrung sein werden. Die kommunistische Partei muß durch erbarmungslose Verachtung diejenigen Streberelemente verfolgen, die sich am Vorabend der Wahlen an die kommunistischen Parteien heranmachen, um ins Parlament zu gelangen. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen von denjenigen bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit der Arbeiterklasse gezeigt haben.

2. Wenn die Wahlen vollendet sind, muß die Organisierung der Parlamentsfraktion sich voll und ganz in den Händen des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei in dem betr. Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentsfraktion müssen von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt werden. Das Zentralkomitee muß in der Parlamentsfraktion einen ständigen Vertreter mit Einspruchsrecht haben. In allen politisch wichtigen Fragen muß sich die Parlamentsfraktion vorher Verhaltungsmaßregeln vom Zentralkomitee der Partei erbitten. Das Zentralkomitee hat das Recht und die Pflicht, bei einer bevorstehenden großen Aktion der Kommunisten im Parlament den Redner der Fraktion aufzustellen oder zu beanstanden, von ihm die vorherige Vorlegung der Leitsätze seiner Rede oder die Rede selbst zur Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß der betreffende Kandidat auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei hin sein Mandat niederlegt, damit die Partei auf Neuwahlen bestehen könnte.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistischen, halbreformistischen und einfach Streberelementen bereits gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzudringen (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktionen vorzunehmen, von dem Prinzip ausgehend, daß es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluß des Zentralkomitees und verpflichtet, die legale Arbeit mit der **illegalen** zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gesetzen erfreut, muß diese Immunität dazu ausgenutzt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation und Propaganda zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern Zwecken der Propaganda, Agitation und Organisation

dienen, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

Bei Straßendemonstrationen der Arbeiter und sonstigen revolutionären Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindungen mit revolutionären Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen anzuknüpfen versuchen, unter keinen Umständen gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern suchen.

8. Ein jeder kommunistische Abgeordnete des Parlaments muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern ein Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der losen Wählermasse, sondern seiner legalen oder illegalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waschfrau, jedem Hirten verständlich ist, in einer Weise, daß die Partei die Möglichkeit hat, ihre Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkeln des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen ganz unbefangen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen — auch in den Fällen, wenn die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit diese Reden in der Presse und in den Flugblättern abgedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Parteien müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, der Reformisten, der Halbheit der Politiker des „Zentrums“ und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der Kommunistischen Internationale ausnutzen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur 1—2 Mann im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen eine Herausforderung dem Kapitalismus gegenüber zu zeigen und dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.

Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale.

Die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale.

1. Die von der Arbeiterklasse in der Periode der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus geschaffenen Gewerkschaften waren Organisationen von Arbeitshänden zum Kampf um die Erhöhung des Preises der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt und für die Verbesserung der Bedingungen ihrer Anwendung. Die revolutionären Marxisten waren bestrebt, sie durch ihren ideellen Einfluß mit der politischen Partei des Proletariats, der Sozialdemokratie, zum gemeinsamen Kampf für den Sozialismus in Verbindung zu bringen. Aus denselben Gründen, denen zufolge die internationale Sozialdemokratie sich mit geringen Ausnahmen nicht als Werkzeug des revolutionären Kampfes des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus, sondern als eine Organisation, die das Proletariat im Interesse der Bourgeoisie von der Revolution zurückhielt, erwies, erwiesen sich die Gewerkschaften während des Krieges in den meisten Fällen als Teile des Kriegsapparats der Bourgeoisie und halfen ihr, aus der Arbeiterklasse möglichst viel herauszupressen, damit das Blut des Proletariats desto reicher für die Interessen des kapitalistischen Gewinns fließen konnte. Die Gewerkschaften, die hauptsächlich qualifizierte Arbeiter umfassen, — die von den Unternehmern am besten bezahlt werden, durch ihre gewerkschaftliche Engherzigkeit beschränkt, durch den von den Massen losgelösten bürokratischen Apparat gebunden, durch ihre opportunistischen Führer verleitet sind — diese Gewerkschaften haben nicht nur die Sache der sozialen Revolution, sondern sogar die Sache des Kampfes für die Verbesserung der Lebensbedingungen der von ihnen organisierten Arbeiter verraten. Sie sind vom Standpunkt des gewerkschaftlichen Kampfes mit dem Unternehmer ausgegangen und haben ihn durch ein Programm des friedlichen Uebereinkommens mit den Kapitalisten um jeden Preis ersetzt. Eine solche Politik haben nicht nur die liberalen Verbände in England und Amerika, nicht nur die angeblich „sozialistischen" freien Gewerkschaften in Deutschland und Oesterreich, sondern auch die syndikalistischen Verbände in Frankreich geführt.

2. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die volle Desorganisierung der Weltwirtschaft, die wahnsinnige Teuerung, die ausgedehnteste Anwendung der Frauen- und Jugendarbeit, die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse — dies alles treibt die breitesten Massen der

Proletariats auf den Weg des Kampfes gegen den Kapitalismus. Dieser Kampf ist seiner Ausdehnung und dem Charakter nach, den er mit jedem Tage immer mehr annimmt, ein revolutionärer Kampf, der die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung zerstört. Die heute von dieser oder jener Arbeiterkategorie durch wirtschaftlichen Kampf erzielte Erhöhung des Arbeitslohns ist morgen schon durch die Teuerung aufgefressen. Die Teuerung muß steigen, weil die kapitalistische Klasse der siegreichen Länder, während sie durch ihre Ausbeutungspolitik Mittel- und Osteuropa zerstört hat, nicht nur nicht imstande ist, die Weltwirtschaft zu organisieren, sondern sie unermüdlich desorganisiert. Um in ihrem wirtschaftlichen Kampf Erfolg zu haben, ergießen sich die breitesten Arbeitermassen, die bisher außerhalb der Gewerkschaften gestanden haben, in mächtigem Strome in ihre Reihen. In allen kapitalistischen Ländern ist ein riesiges Anwachsen der Gewerkschaften zu verzeichnen, die jetzt schon nicht mehr eine Organisation allein des vorgeschrittenen Teils des Proletariats, sondern seiner Hauptmassen sind. Indem diese Massen in die Gewerkschaften hineinströmen, suchen sie sie zu ihrer Kampfwaffe zu machen. Sie nötigen die Gewerkschaften zur Leitung der Streiks, die in breiter Woge durch die ganze kapitalistische Welt fluten und den Prozeß der kapitalistischen Produktion und des Austausches ständig unterbrechen. Indem die Arbeitermassen parallel der wachsenden Teuerung und ihrer eigenen Erschöpfung ihre Forderungen erhöhen, vernichten sie die Grundlage für jegliche kapitalistische Kalkulation — diese elementare Voraussetzung für jegliche geordnete Wirtschaft. Die Gewerkschaften, die während des Krieges zu Organen für Beeinflussung der Arbeitermassen geworden waren, werden jetzt somit zu Organen der Zerstörung des Kapitalismus.

3. Diese Aenderung des Charakters der Gewerkschaften wird von der alten Gewerkschaftsbureaukratie und durch die alten Organisationsformen der Gewerkschaften auf jede Weise behindert. Die alte Gewerkschaftsbureaukratie versucht auch jetzt noch den Streikkampf der Arbeiter, der mit jedem Tag immer mehr den Charakter eines revolutionären Ringens der Bourgeoisie mit dem Proletariat annimmt, durch eine Politik der Uebereinkunft mit den Kapitalisten, eine Politik langfristiger Verträge zu ersetzen, die schon einfach in Anbetracht der ununterbrochenen wahnsinnigen Preissprünge jeden Sinn verloren haben. In den angespanntesten Augenblicken des Kampfes sät diese Bürokratie Zwietracht unter die kämpfenden Massen der Arbeiter, hindert den Zusammenschluß des Kampfes verschiedener Arbeiterkategorien zum allgemeinen Klassenkampf. Bei diesen Versuchen wird sie von der alten Organisation der Gewerkschaften nach Berufen unterstützt, die die Arbeiter eines Industriezweiges in gesonderte Berufsgruppen trennt, obgleich der Prozeß der kapitalistischen Ausbeutung sie zusammenschließt. Sie stützt sich auf die Macht der Ueberlieferung der Ideologie der alten Arbeiteraristokratie, die beständig geschwächt wird durch den Prozeß der Aufhebung der Privilegien einzelner Gruppen des Proletariats durch den allgemeinen Zerfall des Kapitalismus. Auf diese

Weise teilt die Gewerkschaftsbürokratie den mächtigen Strom der Arbeiterbewegung in schwache Rinnsale, vertauscht die allgemeinen revolutionären Ziele der Bewegung mit reformistischen Teilforderungen und bremst im allgemeinen die Gestaltung des Kampfes des Proletariats zu einem Revolutionskampf für die Vernichtung des Kapitalismus.

4. In Anbetracht des Hineinströmens gewaltiger Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in Anbetracht des objektiven revolutionären Charakters des wirtschaftlichen Kampfes, den diese Massen im Gegensatz zur Gewerkschaftsbürokratie führen, müssen die Kommunisten in allen Ländern in die Gewerkschaften eintreten, um aus ihnen bewußte Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus und für den Kommunismus zu machen. Jedes freiwillige Fernbleiben von der Gewerkschaftsbewegung, jeder künstliche Versuch der Schaffung von besonderen Gewerkschaften, ohne dazu durch außergewöhnliche Vergewaltigungsakte durch die Gewerkschaftsbürokratie (Auflösung einzelner revolutionärer Ortsgruppen der Gewerkschaften durch die opportunistischen Zentralen) genötigt zu werden, stellt eine riesige Gefahr für die kommunistische Bewegung dar. Er droht, die vorgeschrittensten, die klassenbewußtesten Arbeiter von den Massen zu trennen, die sich auf dem Wege zum Kommunismus befinden; er droht, diese Massen an die opportunistischen Führer auszuliefern, die der Bourgeoisie in die Hände arbeiten.... Die Halbheit der Arbeitermassen, ihre geistige Unentschlossenheit, ihre Zugänglichkeit für die Argumente der opportunistischen Führer kann nur in sich verschärfendem Kampfe überwunden werden, je nachdem die breitesten Schichten des Proletariats durch ihre Erfahrung, durch ihre Siege und Niederlagen begreifen lernen, daß auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems menschliche Lebensbedingungen unmöglich mehr erreicht werden können, je nachdem die vorgeschrittenen kommunistischen Arbeiter es lernen werden, im Wirtschaftskampf nicht nur Verkünder der Ideen des Kommunismus zu sein, sondern die entschlossensten Führer des Wirtschaftskampfes und der Gewerkschaften zu werden. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, aus den Gewerkschaften ihre opportunistischen Führer zu entfernen, nur auf diese Weise können die Kommunisten an die Spitze der Gewerkschaftsbewegung treten und sie zu einem Organ des revolutionären Kampfes für den Kommunismus machen. Nur auf diese Weise werden sie die Zersplitterung der Gewerkschaften beheben und sie durch Produktionsvereinigungen ersetzen, die von den Massen losgelöste Bürokratie beseitigen und sie durch einen Apparat von Betriebsvertretern ersetzen können, wobei den Zentralen nur die allernotwendigsten Funktionen vorbehalten bleiben.

5. Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisationen höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus ihnen ein Werkzeug des

revolutionären Kampfes zu machen. Aber selbst wenn sich eine solche Spaltung als notwendig erweisen sollte, darf sie nur dann durchgeführt werden, wenn es den Kommunisten gelingt, durch unausgesetzten Kampf gegen die opportunistischen Führer und ihre Taktik, durch lebhafteste Teilnahme am wirtschaftlichen Kampf die breiten Arbeitermassen davon zu überzeugen, daß die Spaltung nicht wegen der ihnen noch unverständlichen fernen Revolutionsziele, sondern wegen der konkreten nächsten Interessen der Arbeiterklasse an der Entwicklung ihres Wirtschaftskampfes vorgenommen wird. Die Taktik der Kommunisten muß im Fall der Notwendigkeit einer Spaltung in der ununterbrochenen, aufmerksamsten Berücksichtigung der Lage und in der Klärung darüber bestehen, ob die Spaltung nicht zur Isolierung der Kommunisten von der Arbeitermasse führen wird.

6. Wo die Spaltung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung schon früher erfolgt ist, wo, wie in Amerika, neben den opportunistischen Gewerkschaften Verbände mit revolutionären Tendenzen, wenn auch nicht kommunistische, bestehen, dort sind die Kommunisten verpflichtet, diese revolutionären Gewerkschaften zu unterstützen, ihnen zu helfen, sich von syndikalistischen Vorurteilen freizumachen, sie auf den Boden des Kommunismus zu stellen, — der allein als verläßlicher Kompaß zu den komplizierten Fragen des Wirtschaftskampfes dienen kann. Aber die Unterstützung der revolutionären Gewerkschaften darf nicht den Austritt der Kommunisten aus den opportunistischen Gewerkschaften bedeuten, die sich im Zustand der Gärung befinden und auf den Boden des Klassenkampfes übergehen. Im Gegenteil. Indem sie diese Evolution der Massengewerkschaften, die sich auf dem Wege zum Revolutionskampf befinden, näherbringen, werden die Kommunisten eine große Rolle spielen können, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geistig und organisatorisch zum gemeinsamen Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus zu vereinigen.

7. Der wirtschaftliche Kampf des Proletariats verwandelt sich im Zeitraum des Zerfalls des Kapitalismus schneller in einen politischen als in Zeiten der friedlichen Entwicklung des Kapitals. Jeder große wirtschaftliche Zusammenstoß kann mit einer offenen Revolte enden, die die Arbeiter unmittelbar vor die Frage der Revolution stellt. Es ist daher Pflicht der Kommunisten, in allen Phasen des Wirtschaftskampfes die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse im offenen Kampf die Klasse der Kapitalisten besiegt und auf dem Wege der Diktatur das Werk des sozialistischen Aufbaus in Angriff nimmt. Hiervon ausgehend, müssen die Kommunisten bestrebt sein, nach Möglichkeit eine volle Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei herzustellen, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung der Partei als Vortrupp der Arbeiterrevolution unterzuordnen. Zu diesem Zweck müssen die Kommunisten überall in den

Gewerkschaften kommunistische Fraktion bilden, mit deren Hilfe sie sich der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen und sie leiten.

II.

1. Der Wirtschaftskampf des Proletariats für die Erhöhung des Arbeitslohns und die allgemeine Aufbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitermasse gerät täglich tiefer in eine Sackgasse. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die in immer ausgedehnterem Maße ein Land nach dem anderen ergreift, zeigt sogar den zurückgebliebenen Arbeitern, daß es nicht genügt, für die Erhöhung des Arbeitslohns und für die Verkürzung des Arbeitstages zu kämpfen, sie zeigt, daß die Klasse der Kapitalisten mit jedem Tage weniger imstande ist, die Volkswirtschaft wiederherzustellen und den Arbeitern auch nur die Lebensbedingungen zu sichern, die sie ihnen vor dem Kriege gab. Aus dieser wachsenden Erkenntnis der Arbeitermassen entspringt ihr Bestreben, Organisationen zu schaffen, die den Kampf zur Rettung der Wirtschaft durch die Arbeiterkontrolle der Betriebsräte über die Produktion aufnehmen können. Das Streben nach der Schaffung von Betriebsräten, das die Arbeiter verschiedener Länder mit jedem Tage mehr erfaßt, muß von den kommunistischen Parteien in energischster Weise unterstützt werden. Es ist daher ein Fehler, Betriebsräte nur aus solchen Arbeitern organisieren zu wollen, die schon auf dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Im Gegenteil. Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, auf Grund der wirtschaftlichen Zerrüttung alle Arbeiter zu organisieren und sie zum Kampf für die Diktatur des Proletariats zu erziehen, durch Erweiterung und Vertiefung des ihnen allen verständlichen Kampfes für die Arbeiterkontrolle über die Produktion.

2. Diese Aufgabe wird die kommunistische Partei lösen können, wenn sie im Kampf der Betriebsräte in den Massen die Erkenntnis vertieft, daß die planmäßige Wiederherstellung der Wirtschaft auf der Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft, die eine neue Unterjochung durch den Staat zugunsten der kapitalistischen Klasse bedeuten würde, jetzt unmöglich ist. Eine den Interessen der Arbeitermassen entsprechende Organisierung der Wirtschaft ist nur dann möglich, wenn der Staat sich in den Händen der Arbeiterklasse befindet, wenn die feste Hand der Arbeiterdiktatur an die Beseitigung des Kapitalismus und an den neuen sozialistischen Aufbau geht.

3. Der Kampf der Betriebsräte gegen den Kapitalismus hat als nächstes Ziel die Arbeiterkontrolle über die Produktion. Die Arbeiter jedes Unternehmens, jedes Industriezweiges leiden unabhängig von ihrem Beruf unter der Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, die es häufig für vorteilhafter erachten, auf die Fortsetzung der Produktion zu verzichten, um die Arbeiter durch Hunger zu zwingen, auf die drückendsten Arbeitsbedingungen einzugehen. Sie sabotieren auch, um nicht zur Zeit der allgemeinen Teuerung neue Kapitaleinlagen in die Produktion zu machen. Der Schutz gegen diese Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten vereinigt die Arbeiter, unabhängig von ihren politischen Ueberzeugungen,

und daher sind die von allen Arbeitern des betreffenden Unternehmens gewählten Betriebsräte die allerbreitesten Massenorganisationen des Proletariats. Aber die Desorganisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist ein Ergebnis nicht nur des bewußten Willens der Kapitalisten, sondern in weit höherem Grade ein Ergebnis des unaufhaltsamen Zerfalls des Kapitalismus. Daher werden die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen die Folgen dieses Zerfalls über die Grenzen der Kontrolle des einzelnen Betriebes hinausgehen müssen, die Betriebsräte der einzelnen Betriebe werden bald vor der Frage einer Arbeiterkontrolle über ganze Industriezweige und über deren Gesamtheit stehen. Da aber auf den Versuch der Arbeiter, die Versorgung der Fabriken mit Rohstoffen, die Finanzoperationen der Fabrikunternehmer zu kontrollieren, die Bourgeoisie und die kapitalistischen Regierungen mit den energischsten Maßregeln gegen die Arbeiterklasse antworten werden, so führt der Kampf für die Arbeiterkontrolle über die Produktion zum Kampf für die Besitzergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse. Nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat werden die Betriebsräte die ersten Organe sein, die die Industrie verwalten bis zur Gründung gesamtstaatlicher Wirtschaftsorgane, in denen die Arbeiterklasse die Verwaltung der Leitung des ganzen Wirtschaftslebens des Landes im Interesse des Ganzen einrichten und zu diesem Zweck die vom Kapital hingestellten wissenschaftlichen Kräfte ausnutzen kann.

4. Die Agitation für die Betriebsräte muß so geführt werden, daß im Bewußtsein der breitesten Volksmassen, auch wenn sie nicht direkt zum Fabrikproletariat gehören, die Ueberzeugung Wurzel faßt, daß die Schuld an der Zerrüttung bei der Bourgeoisie liegt, während das Proletariat, indem es die Parole der Arbeiterkontrolle über die Industrie ausgibt, für die Organisierung der Produktion, für die Beseitigung der Spekulation, der Desorganisierung und der Teuerung kämpft. Aufgabe der kommunistischen Parteien ist der Kampf für die Kontrolle über die Produktion auf Grund der brennendsten Tagesfragen, auf Grund des Heizstoffmangels, auf Grund des Verfalls des Transportwesens, durch Verknüpfung der vereinzelten Teile des Proletariats untereinander und durch Hinüberziehen breiter Kreise des Kleinbürgertums auf ihre Seite, des Kleinbürgertums, das mit jedem Tage immer mehr proletarisiert wird und tatsächlich unerhört unter dem wirtschaftlichen Zerfall leidet.

5. Die Betriebsräte können die Gewerkschaften nicht ersetzen. Nur im Prozeß des Kampfes können sie sich nach Produktionszweigen vereinigen, einen allgemeinen Apparat zur Leitung des ganzen Kampfes schaffen. Die Gewerkschaften sind schon jetzt zentralisierte Kampforgane, obgleich sie nicht so große Arbeitermassen umfassen wie die Betriebsräte dies tun können, da sie eine allen Arbeitern zugängliche Organisation sind. Die Verteilung der Aufgaben unter die Betriebsräte und die Gewerkschaften ist ein Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der Revolution. Die Gewerkschaften organisieren die Arbeitermassen für den Kampf auf Grund

der Forderungen von Lohnerhöhungen und Verkürzung des Arbeitstages in gesamtstaatlichem Maßstab. Die Betriebsräte organisieren sich für die Arbeiterkontrolle über die Produktion„ für den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, umfassen alle Arbeiter der Unternehmen, aber ihr Kampf kann nur allmählich einen gesamtstaatlichen Charakter annehmen. Erst nach Ergreifung der Macht können die Betriebsräte zu Betriebsgruppen der Gewerkschaften werden, die zusammen mit der Arbeitermacht am Ort und im Zentrum besondere Wirtschaftsorgane schaffen.

6. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, die Gewerkschaften und auch die Betriebsräte mit dem gleichen Geist entschlossenen Kampfes, mit Erkenntnis und Verständnis für die besten Methoden dieses Kampfes, d. h. mit dem Geist des Kommunismus, zu erfüllen. Indem sie diese Aufgabe ausführen, müssen die Kommunisten die Betriebsräte und die Gewerkschaften tatsächlich der kommunistischen Partei unterordnen und auf diese Weise ein Massenorgan der Proletarier schaffen, die Basis für eine mächtige zentralorganisierte Partei des Proletariats, die alle Organisationen des proletarischen Kampfes umfaßt, sie alle denselben Weg führt zum Sieg der Arbeiterklasse, zur Diktatur des Proletariats.

III.

Die Gewerkschaften strebten schon zur Friedenszeit nach internationaler Vereinigung, denn die Kapitalisten griffen bei Streiks zur Heranziehung von Arbeitern aus anderen Ländern als Streikbrecher. Aber die Internationale der Gewerkschaften war vor dem Kriege nur von untergeordneter Bedeutung. Sie strebte die finanzielle Unterstützung einer durch die andere, die Organisierung einer sozialen Statistik an, nicht aber die Organisierung des gemeinsamen Kampfes, denn die von Opportunisten geleiteten Gewerkschaften suchten jedes revulutionäre Gefecht von internationalem Umfange zu vermeiden. Die opportunistischen Führer der Gewerkschaften, die während des Krieges, jeder in seinem Lande, Lakaien der Bourgeoisie waren, strebten nun die Wiederherstellung der Gewerkschaftsinternationale an und versuchten aus ihr eine Waffe für den unmittelbaren Kampf des internationalen Weltkapitals gegen das Proletariat zu machen. Unter der Führung von Legien, Jouhaux, Gompers schaffen sie beim Völkerbund, dieser Organisation des internationalen kapitalistischen Räuberwesens, ein Arbeitsbüro. Sie suchen in allen Ländern die Streikbewegung durch Gesetze zu erdrosseln, die die Arbeiter verpflichten, sich den Schiedsgerichten der Vertreter des kapitalistischen Staates zu unterwerfen. Sie suchen überall durch Abkommen mit den Kapitalisten Konzessionen für die qualifizierten Arbeiter durchzusetzen, um auf diese Weise die wachsende Einheit der Arbeiterklasse zu zertrümmern.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist somit ein Stellvertreter der bankrotten Brüsseler Zweiten Internationale. Die kommunistischen Arbeiter, die den Gewerkschaften aller Länder angehören, müssen im Gegenteil danach streben, eine internationale Kampffront der

Gewerkschaften zu schaffen. Es handelt sich jetzt nicht um finanzielle Unterstützung im Streikfall, sondern darum, daß im Augenblick einer Gefahr, die die Arbeiterklasse eines Landes bedroht, die Gewerkschaften der anderen Länder als Organisationen der breitesten Massen zu ihrem Schutz bereit sind und es unmöglich machen, daß die Borgeoisie ihres Landes der Bourgeoisie des anderen Landes Hilfe leistet, die sich im Kampf mit der Arbeiterklasse befindet. Der Wirtschaftskampf des Proletariats in allen Ländern wird mit jedem Tage immer mehr zum Revolutionskampf. Daher müssen die Gewerkschaften bewußt alle Kraft zur Unterstützung eines jeden Revolutionskampfes aufwenden, sowohl im eigenen Lande als auch in anderen Ländern. Zu diesem Zweck müssen sie nicht nur in jedem anderen Lande die größtmöglichste Zentralisierung ihres Kampfes anstreben, sondern sie müssen das in internationalem Maßstabe tun, indem sie in die Kommunistische Internationale eintreten, sich mit ihr zu einer Partei vereinigen, deren verschiedene Teile bei gegenseitiger Unterstützung gemeinsam den Kampf führen.

Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur Agrarfrage.

1. Nur das von der kommunistischen Partei geführte städtische und industrielle Proletariat vermag die werktätigen Massen des Dorfes vom Joch des Kapitals und des Großgrundbesitzes, von dem Verfall und den imperalistischen Kriegen zu befreien, die bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung stets und ständig unvermeidlich sind. Die werktätigen Massen des Dorfes können nicht anders als im Bunde mit dem kommunistischen Proletariat, in der bedingungslosen Unterstützung seines revolutionären Kampfes zum Sturze des Joches der Junker (Großgrundbesitzer) und der Bourgeoisie ihre Rettung finden.

Andererseits können die Industriearbeiter ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe der Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals und von den Kriegen nicht nachkommen, wenn diese Arbeiter sich in dem Kreise von zünftigen, enggewerkschaftlichen Interessen einschließen, und wenn sie sich selbstgefällig auf die Bemühungen um die Verbesserung ihrer — mitunter erträglichen — kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade mitunter leidlichen — kleinbürgerlichen Lage beschränken. Aber gerade so ist es in vielen fortgeschrittenen Ländern um die „Arbeiteraristokratie" bestellt, die die Grundlage der angeblich sozialistischen Parteien der II. Internationale bildet, in Wirklichkeit aber den schlimmsten Feind des Sozialismus, seinen Verräter, kleinbürgerliche Hurrapatrioten, Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung darstellt. Eine wirklich revolutionäre, eine wirklich sozialistisch handelnde Klasse ist das Proletariat nur unter der Bedingung, daß es als Vortrupp aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als ihr Führer im Kampf um den Sturz der Ausbeuter auftritt und handelt. Das ist jedoch undurchführbar ohne die Uebertragung des Klassenkampfes ins Dorf, ohne die Vereinigung der werktätigen Massen des Dorfes um die kommunistische Partei des städtischen Proletariats, ohne die Erziehung der ersten durch das letztere.

2. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen des Dorfes, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in allen kapitalistschen Ländern durch folgende Klassen vertreten:

Erstens: durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohn- (Jahres-, Frist- und Tages-) Arbeiter, die ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den kapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmungen fristen. Eine selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte

Organisation dieser Klasse (eine sowohl politische wie militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, für das Bildungswesen usw.), gesteigerte Propaganda und Agitation unter ihr und das Hinüberziehen dieser Klasse auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats — das ist die **grundlegende** Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens: durch die Halbproletarier und die Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die ihren Lebensunterhalt teils durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen, industriellen und kapitalistischen Unternehmungen und teils dadurch finden, daß sie sich auf ihrem eigenen oder auf einem gepachteten Flecken Land abmühen, das nur einen Teil der für ihre Familie notwendigen Lebensmittel gibt. Diese Gruppe der werktätigen ländlichen Bevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern überaus zahlreich, ihre Existenz und ihre Sonderlage wird aber von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur II. Internationale gehörenden „Sozialisten" vertuscht, zum Teil bewußt, um die Arbeiter irrezuführen, zum Teil der Macht der Gewohnheit der spießbürgerlichen Anschauungen blind unterliegend und diese Gruppe mit der allgemeinen Masse der „Bauernschaft" im allgemeinen verwechselnd. Diese Methode der bürgerlichen Nasführung der Arbeiter ist am meisten in Deutschland und in Frankreich zu beobachten, dann aber auch in Amerika und in den übrigen Ländern. Bei richtiger Organisation der Arbeit der kommunistischen Partei kann diese Gruppe ihre sichere Anhängerin werden, denn die Lage dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere und der ihnen durch die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats gewährte Vorteil ist ein gewaltiger und sofortiger.

Drittens: die Kleinbauern, d. h. die kleinen Landwirte, die als Eigentümer oder Pächter über derartige kleine Grundstücke verfügen, daß sie die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft decken, ohne fremde Arbeitskraft zu mieten. Diese Schicht als solche gewinnt unbedingt durch den Sieg des Proletariats, der ihr sofort und voll verschafft: a) Befreiung von der Zahlung des Pachtzinses oder eines Teils der Ernte an die Großgrundbesitzer (z. B. die Metayers*) in Frankreich, ebenso in Italien usw.); b) Befreiung von den Hypothekenlasten; c) Befreiung von den verschiedenartigsten Formen des Joches und der Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Waldnutzung usw.); d) sofortige Hilfe für ihre Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht (die Möglichkeit, die landwirtschaftlichen Geräte und einen Teil der Gebäude in den durch das Proletariat enteigneten großkapitalistischen Wirtschaften zu benutzen, die sofortige Umwandlung der Konsum- und landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die proletarische Staatsmacht aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus am meisten den reichen und mittleren Bauern gedient haben, in Organisationen, die in erster Linie den Armen, d. h. den

*) Pächter.

Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern helfen usw.) und vieles andere.

Zu gleicher Zeit muß sich die kommunistische Partei dessen bewußt sein, daß in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. während der Dauer der Diktatur des Proletariats, in dieser Schicht wenigstens zum Teil Schwankungen nach der Seite der durch nichts beschränkten Freiheit des Handels und des freien Verfügungsrechts über den Privatbesitz unvermeidlich sind, denn diese Schicht, die (wenn auch nur in geringem Maße) als Verkäufer von Gebrauchsgegenständen auftritt, ist durch die Spekulations- und Eigentümergewohnheiten demoralisiert. Jedoch bei fester proletarischer Politik, bei durchaus entschlossener Abrechnung des siegreichen Proletariats mit den Großgrundbesitzern und Großbauern können die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein und sind sie nicht imstande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß sie im großen und ganzen auf der Seite des proletarischen Umsturzes sein wird.

3. Zusammengefaßt bilden die drei oben angeführten Gruppen der Landbevölkerung in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit. Daher ist der Erfolg der proletarischen Umwälzung nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande durchaus sichergestellt. Die entgegengesetzte Meinung ist weit verbreitet, hält sich aber nur: erstens durch den systmatischen Betrug der bürgerlichen Wissenschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den tiefen Abgrund zwischen dem angeführten Klassen im Dorfe und den Ausbeutern, Grundbesitzern und Kapitalisten, wie auch zwischen den Halbproletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern andererseits vertuscht; zweitens hält sie sich kraft des Unvermögens und der Unlust der Helden der gelben II. Internationale und der durch die imperialistischen Vorrechte demoralisierten „Arbeiteraristokratie", eine wirklich proletarisch-revolutionäre Propaganda, Agitations- und Organisationsarbeit unter den Dorfarmen zu führen; die gesamte Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist gerichtet auf die Erfindung einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie, darunter mit der großen und mittleren Bauernschaft (über diese siehe weiter unten) und nicht auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat; drittens hält sie sich kraft des hartnäckigen, zum Vorurteil (das mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängt) gewordenen Nichtbegreifens jener Wahrheit, die durch den theoretischen Marxismus durchaus bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland vollauf bestätigt ist, nämlich: daß die unerhört verschüchterte, zersplitterte, niedergedrückte, in allen, selbst den vorgeschrittensten Ländern zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung aller drei oben angeführter Gruppen, die wirtschaftlich, sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert ist, erst nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat,

erst nach seiner entschlossenen Abrechnung mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten, erst **nachdem** diese Leute **in der Praxis** sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der mächtig und hart genug ist, ihnen zu helfen und sie auf den richtigen Weg zu leiten, das revolutionäre Proletariat entschieden unterstützen kann.

4. Unter „mittlerer Bauernschaft" im wirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, die als Eigentümer oder Pächter ebenfalls über kleine Grundstücke verfügen, jedoch nur über solche, die erstens unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur der Familie und der Wirtschaft einen kärglichen Unterhalt gewähren, sondern auch die Möglichkeit geben, einen gewissen Ueberschuß zu erhalten, der wenigstens in den günstigsten Jahren imstande ist, sich in Kapital zu verwandeln, und die zweitens ziemlich oft (z. B. in jeder zweiten oder dritten Wirtschaft) dazu übergehen, fremde Arbeitskraft zu mieten. Als greifbares Beispiel der mittleren Bauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande kann in Deutschland laut Zählung des Jahres 1907 eine Gruppe mit Wirtschaften von 5—10 ha Land dienen, in denen die Zahl der dort beschäftigten landwirtschaftlichen Lohnarbeiter ungefähr ein Drittel der Anzahl der Wirtschaften dieser Gruppe ausmacht*). In Frankreich, wo Sonderkulturen, z. B. der Weinbau betrieben werden, die einen besonders großen Aufwand von Arbeit erfordern, benutzt die entsprechende Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfange fremde, gemietete Lohnarbeit.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich, wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen, es muß sich vielmehr auf die Aufgabe beschränken, sie zu neutralisieren, d. h. sie im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie neutral zu machen. Das Hin- und Herschwanken dieser Schicht zwischen der einen und der anderen Macht ist unvermeidlich, und zu Beginn der neuen Epoche wird ihre vorwiegende Tendenz in den kapitalistisch entwickelten Ländern zugunsten der Bourgeoisie sein. Denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer sind hier überwiegend; das Interesse an der Spekulation und der „Freiheit" des Handels und des Besitzes ist hier ein unmittelbares, der Gegensatz zu den Lohnarbeitern ebenfalls ein unmittelbarer. Das siegreiche Proletariat wird dieser Schicht durch Vernichtung des Pachtzinses und der Hypothekenlast eine direkte Verbesserung ihrer Lage gewähren. Eine sofortige Aufhebung des Privateigentums darf die

*) Hier die genauen Ziffern: Die Anzahl der Wirtschaften mit 5—10 ha. betrug 652 798 (von insgesamt 5 736 082); in ihnen waren 437 704 Lohnarbeiter jeglicher Art bei 2 003 633 Familienangehörigen beschäftigt. In Oesterreich waren laut Zählung des Jahres 1910 in dieser Gruppe 383 331 Wirtschaften, 126 136 davon beschäftigten Lohnarbeiter; die Zahl der Lohnarbeiter betrug 146 044, der Familienangehörigen — 1 263 969. Die Gesamtzahl aller Wirtschaften betrug in Oesterreich 2 556 349.

proletarische Macht in den meisten kapitalistischen Staaten keineswegs durchführen; jedenfalls garantiert sie der Klein- und Mittelbauernschaft nicht nur daß ihre Grundstücke ihnen erhalten bleiben, sondern daß sie auch um das gesamte bis dahin gepachtete Areal vergrößert werden (durch Aufhebung des Pachtzinses).

Die Vereinigung von Maßnahmen dieser Art mit einem schonungslosen Kampfe gegen die Bourgeoisie garantiert vollkommen den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Uebergang zur kollektiven Landwirtschaft muß die proletarische Staatsmacht nur mit allergrößter Vorsicht und Allmählichkeit, durch die Kraft des Beispiels ohne jede Gewalttat an der mittleren Bauernschaft durchführen.

5. Als „Großbauernschaft" sind die kapitalistischen Unternehmungen in der Landwirtschaft zu betrachten, die der allgemeinen Regel nach mit mehreren Lohnarbeitern wirtschaften und mit der „Bauernschaft" nur durch ihre niedrige Kulturstufe, ihre Lebensart und durch die persönliche körperliche Arbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind. Das ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die die unmittelbaren und entschiedenen Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung von dem geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw., auf den Kampf mit dieser Schicht muß bei der Arbeit der kommunistischen Partei im Dorfe das Hauptaugenmerk gerichtet sein.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten, sind durch diese Schicht alle möglichen Aeußerungen von Widerstand, Sabotage und unmittelbarem bewaffneten Widerstand gegenrevolutionären Charakters unvermeidlich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der ideellen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht durchweg zu entwaffnen und um ihr neben dem Sturz der Kapitalisten der Industrie bei der ersten Aeußerung von Widerstand einen entschiedenen, schonungslosen, vernichtenden Schlag zu versetzen, zu dem das Dorfproletariat zu bewaffnen ist und im Dorfe Sowjets organisiert werden müssen, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern der überwiegende Einfluß gesichert werden muß.

Die Enteignung der Großbauern selbst darf jedoch nicht die unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein, denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften sind die materiellen insbesondere die technischen, aber auch die sozialen Bedingungen noch nicht gegeben. In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen, werden jene Teile ihrer Grundstücke beschlagnahmt werden, die verpachtet werden oder die für die kleinbäuerliche Bevölkerung der Umgebung besonders notwendig sind; dieser letzteren muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teils der landwirtschaftlichen Maschinen der Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden usw. Nach der allgemeinen Regel muß die proletarische Staatsmacht den Großbauern ihr Land lassen und es nur

im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten beschlagnahmen. Die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland, in der sich der Kampf gegen den Großbauern kraft einer Reihe von besonderen Bedingungen in die Länge gezogen hat und besonders verwickelt ist, hat dennoch gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie für den geringsten Widerstand eine gehörige Lehre bekommt, fähig ist, wohlwollend die Anforderungen des proletarischen Staats zu erfüllen und daß sie sogar beginnt, vor der Macht, die jeden Arbeitenden schützt und dem reichen Müßiggänger gegenüber schonungslos ist, Achtung zu empfinden.

Die besonderen Bedingungen, die den Kampf des Proletariats, das die Bourgeoisie besiegt hat, mit den Großbauern in Rußland verwickeln und verzögern, laufen hauptsächlich darauf hinaus, daß die russische Revolution nach der Umwälzung vom 25. X. (7. XI.) 1917 das Stadium des allgemeinen demokratischen, d. h. des in seinem Grunde bügerlich-demokratischen Kampfes der ganzen Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer durchgemacht hat; ferner auf die kulturelle und zahlenmäßige Schwäche des städtischen Proletariats und endlich auf die ungeheuren Enfernungen und die äußerst schlechten Verkehrswege. Soweit in den vorgeschrittenen Länder diese hemmenden Bedingungen fehlen, muß das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas den vollen Sieg über den Widerstand der Großbauern, die volle Entziehung der Möglichkeit, auch den geringsten Widerstand zu leisten, energisch vorbereiten und bedeutend schneller, bedeutend entschlossener, bedeutend erfolgreicher vollenden. Das ist dringend notwendig, denn vor diesem vollen Siege sind die Massen der Dorfproletarier, der Halbproletarier und der Kleinbauern nicht imstande, die durchaus widerstandsfähige proletarische Staatsmacht anzuerkennen.

6. Unverzüglich, bedingungslos muß das revolutionäre Proletariat das gesamte Land der Grundbesitzer, Rittergutsbesitzer und derjenigen Personen, die in den kapitalistischen Ländern unmittelbar oder durch ihre Pächter systematisch die Arbeitskraft der Lohnarbeiter der umliegenden kleinen (nicht selten auch der mittleren) Bauernschaft ausbeuten und sich nicht selbst an der körperlichen Arbeit beteiligen, beschlagnahmen. Hierzu zählen der größte Teil der Nachkommen der Feudalherren — der Adel von Rußland, Deutschland und Ungarn, die wiederhergestellten Kronslehen in Frankreich, die Lords von England, die ehemaligen Sklavenhalter Amerikas — ferner besonders reichgewordene Finanzmagnaten oder die Mischlinge dieser beiden Abarten von Ausbeutern und Müßiggängern.

In keiner Form darf in den Reihen der kommunistischen Partei die Propaganda oder Durchführung einer Entschädigung der Großgrundbesitzer für die enteigneten Ländereien zugelassen werden, da das bei der heutigen Lage in Europa und Amerika einen Verrat am Sozialismus und die Auferlegung neuer Lasten auf die werktätigen und ausgebeuteten Massen bedeuten würde. Diese beiden sind schon mehr als genug durch den Krieg belastet worden, der die Zahl und den Reichtum der Millionäre vervielfach hat.

Was die Frage der Art und Weise der Bewirtschaftung des Bodens, der durch das siegreiche Proletariat von den Großgrundbesitzern enteignet wird, anbelangt, so muß man in Rußland — dank seiner wirtschaftlichen Rückständigkeit — meist zur Aufteilung dieser Ländereien unter den Bauern und ihrer Ausnutzung durch sie schreiten. Nur in verhältnismäßig seltenen Ausnahmefällen gelang es sie zur Einrichtung einer sogenannten „Sowjetwirtschaft" zu verwenden, die vom proletarischen Staat auf eigene Rechnung geführt wird: die früheren Lohnarbeiter werden zu gleicher Zeit in Staatsarbeiter und Mitglieder der Sowjets, verwandelt, die den Staat verwalten. Für die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder erkennt die Kommunistische Internationale es als richtig an, den landwirtschaftlichen Großbetrieb **vorwiegend** beizubehalten und ihn nach der Art der „Sowjetwirtschaften" in Rußland zu führen.

Es wäre indessen ein großer Fehler, diese Regel zu übertreiben oder sie schablonenhaft durchzuführen und unter keinen Umständen die Ueberlassung eines Teils der den Bauern abgenommenen Ländereien an die umliegende Kleinbauernschaft, unter keinen Umständen auch an mittlere Bauern, zuzulassen.

Erstens der übliche Einwand dagegen, bestehend in dem Hinweis auf die technische Ueberlegenheit des Großbetriebes, wird nicht selten unter der Vorspiegelung einer unbestreitbaren theoretischen Wahrheit durch schlimmsten Opportunismus und Verrat an der Revolution ersetzt. Des Erfolges dieser Revolution wegen darf das Proletariat nicht vor einem vorübergehenden Rückgang der Produktion zurückschrecken, wie die bürgerlichen Gegner der Skavenhalterei in Nordamerika nicht vor einem vorübergehenden Rückgang der Baumwollproduktion als Folge des Bürgerkrieges 1863-66 zurückschreckten. Für den Bourgeois ist die Produktion um der Produktion willen wichtig, für die werktätige und ausgebeutete Bevölkerung ist vor allem der Sturz der Ausbeuter wichtig, sowie auch die Sicherung der Bedingungen, die es den Arbeitern erlauben, für sich selbst und nicht für die Kapitalisten zu arbeiten. Die Sicherung eines dauerhaften Sieges ist die erste und wichtigste Aufgabe des Proletariats. Der dauernde Bestand der proletarischen Gewalt kann aber nur erreicht werden, wenn es gelingt, die mittlere Bauernschaft neutral zu halten, die Unterstützung des größten Teils, wenn nicht der Gesamtheit der Kleinbauernschaft zu erreichen.

Zweitens setzt nicht nur die Vermehrung, sondern auch die bloße Erhaltung des Großbetriebes in der Landwirtschaft ein voll entwickeltes revolutionäres, klassenbewußtes, gewerkschaftlich und politisch gut geschultes ländliches Proletariat voraus. Wo diese Bedingungen auf dem Lande nicht gegeben sind, wo es nicht möglich ist, zu dieser Aufgabe in zweckmäßiger Weise klassenbewußte und sachverständige Industriearbeiter heranzuziehen, dort können Versuche eines überstürzten Uebergangs zum Staatsbetrieb in den großen Wirtschaften die proletarische Regierung nur

bloßstellen, dort ist doppelte Vorsicht und sorgfältigste Vorbereitung bei der Schaffung von Sowjetwirtschaften anzuwenden.

Drittens, in allen kapitalistischen Ländern, auch in den am meisten entwickelten, haben sich noch Ueberreste mittelalterlicher, halb feudaler Ausbeutung der umliegenden Bauern durch die Großgrundbesitzer erhalten, z. B. die Instleute in Deutschland, die Métayers in Frankreich, die Teilpächter in den Vereinigten Staaten (nicht bloß Neger, die in den Südstaaten besonders gern in dieser Form ausgebeutet werden, sondern bisweilen auch Weiße). In derartigen Fällen ist der proletarische Staat verpflichtet, die von den Kleinbauern gepachteten Ländereien den früheren Pächtern in unentgeltliche Nutzung zu überlassen, da eine andere wirtschaftliche und technische Grundlage nicht vorhanden ist, und es unmöglich ist, sie zu schaffen.

Das Inventar der Großbetriebe muß unbedingt ohne Entschädigung enteignet und in Staatseigentum überführt werden unter der unerläßlichen Bedingung, daß dieses Inventar n a c h der Befriedigung der Bedürfnisse der staatlichen Großbetriebe von den Kleinbauern unentgeltlich benutzt werden kann unter Beobachtung der durch den proletarischen Staat ausgearbeiteten Bedingungen.

Wenn in der ersten Zeit nach dem proletarischen Umsturz nicht nur die unverzügliche Enteignung ohne Entschädigung des Eigentums der Großgrundbesitzer unbedingt erforderlich ist, sondern auch ihre allgemeine Vertreibung oder Internierung als Führer der Gegenrevolution und schonungslose Tyrannen der gesamten ländlichen Bevölkerung, so muß mit der Befestigung der proletarischen Macht nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande das Bestreben einsetzen, Männer mit wertvoller Erfahrung, Wissen und organisatorischen Fähigkeiten systematisch unter besonderer Aufsicht zuverlässiger kommunistischer Arbeiter zur Schaffung des sozialistischen Großbetriebs in der Landwirtschaft heranzuziehen.

7. Der Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, die Bestrebung des Sozialismus kann erst dann als gesichert gelten, wenn die proletarische Staatsmacht jeden Widerstand der Ausbeuter gebrochen, sich vollständige Herrschaft und völligen Gehorsam gesichert hat, die Industrie auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Großbetriebs und der modernsten Errungenschaften der Technik (Elektrifizierung der gesamten Wirtschaft) reorganisiert hat. Nur das gibt der Stadt die Möglichkeit, technisch und sozial der zurückgebliebenen und zerstreuten Landbevölkerung eine derartig wirksame Hilfe zu erweisen, daß dadurch eine materielle Grundlage für eine großzügige Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und der ländlichen Arbeit überhaupt geschaffen werden kann. Auch werden auf diese Weise die kleinen Landbesitzer durch die Macht des Beispiels und den eigenen Vorteil veranlaßt, zum großen, gemeinschaftlichen, mit Maschinen arbeitenden Betrieb überzugehen. Diese unbestreitbare theoretische Wahrheit, dem Namen nach von allen Sozialisten anerkannt, wird in der Tat durch den Opportunismus, der in der gelben II. Internationale

und unter den Führern der deutschen und englischen Unabhängigen, den französischen Longuetisten usw. herrscht, verdreht. Die Verdrehung besteht darin, daß die Aufmerksamkeit auf eine verhältnismäßig ferne, schöne und rosige Zukunft gerichtet und von den nächsten Aufgaben des schwierigen tatsächlichen Ueber- und Zugangs zu dieser Zukunft abgelenkt wird. In der Praxis führt dies zur Predigt eines Bündnisses mit der Bourgeoisie und des „sozialen Friedens", d. h. zum vollen Verrat an der Sache des Proletariats, das jetzt unter den Bedingungen eines unerhörten Zerfalls und einer Verelendung, überall durch den Krieg verursacht, in Verhältnissen einer unerhörten Bereicherung und frechen Anmaßung einer Handvoll Millionäre erreicht dank dem Kriege, kämpft.

Insbesondere auf dem Lande erfordert die wirksame Durchführung eines erfolgreichen Kampfes für den Sozialismus: erstens, daß alle kommunistischen Parteien dem Industrieproletariat die Erkenntnis der Notwendigkeit von Opfern seinerseits und die Bereitschaft zum Sturz der Bourgeoisie und der Festigung der proletarischen Macht anerziehen, denn die Diktatur des Proletariats bedeutet nicht nur die Fähigkeit des Proletariats, alle arbeitenden und ausgebeuteten Massen zu organisieren und mit sich zu führen, sondern auch die Fähigkeit des Vortrupps, um dieses Zieles willen die äußersten und heroischsten Opfer zu bringen; zweitens ist es für den Erfolg dringend notwendig, daß die arbeitende und die am meisten ausgebeutete Masse auf dem Lande durch den Sieg des Proletariats eine sofortige und bedeutende Verbesserung ihrer Lage auf Kosten der Ausbeuter erfährt, denn ohne dem ist das industrielle Proletariat auch für das flache Land nicht sicher. Insbesondere wird es außerstande sein, die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln auf andere Weise zu sichern.

8. Die ungeheure Schwierigkeit, die Massen der arbeitenden Landbevölkerung, die durch den Kapitalismus in einem Zustand besonderer Einschüchterung und oft halbmittelalterlicher Abhängigkeit gehalten wurden zu organisieren und zu revolutionären Kämpfen zu erziehen, das alles verlangt von der kommunistischen Partei besondere Aufmerksamkeit für die Streikkämpfe auf dem flachen Lande, auf eine verstärkte Unterstützung und allseitige Entwicklung von Massenstreiks der landwirtschaftlichen Proletarier und Halbproletarier. Die Erfahrung der russischen Revolutionen 1905 und 1917, nunmehr bestätigt und erweitert durch die Erfahrungen Deutschlands und anderer fortgeschrittener Länder, zeigt, daß nur ein sich entwickelnder Streikkampf der Massen (in den unter gewissen Umständen auf dem Lande auch die Kleinbauern herangezogen werden können und müssen) imstande ist, das schlummernde Dorf zu wecken, das Klassenbewußtsein und das Bewußtsein der Notwendigkeit einer Klassenorganisation unter den ausgebeuteten Massen des Dorfes hervorzurufen und die Bedeutung ihrer Vereinigung mit den städtischen Arbeitern anschaulich und praktisch vor Augen zu führen.

Der Kongreß der Kommunistischen Internationale brandmarkt diejenigen Sozialisten als Verräter und Ueberläufer, die es leider nicht nur in

der gelben II. Internationale gibt, sondern auch in den drei aus dieser Internationale ausgetretenen für Europa besonders wichtigen Parteien, die es fertig bringen, nicht nur dem Streikkampf auf dem Lande gleichgültig zuzusehen, sondern (wie K. Kautsky) auch gegen ihn auftreten, von dem Gesichtspunkt einer Gefahr der Verminderung der Produktion von Lebensmitteln. Keinerlei Programme und keine noch so feierlichen Erklärungen haben den geringsten Wert, wenn nicht in der Praxis durch die Tat bewiesen wird, daß die Kommunisten- und Arbeiterführer es verstehen, die Entwicklung der Revolution des Proletariats und ihren Sieg über alles in der Welt zu stellen, daß sie es verstehen, ihretwegen die schwersten Opfer zu bringen, da es keinen anderen Ausweg und überhaupt keine andere Rettung gibt vor dem Hunger, dem Zerfall und vor neuen imperialistischen Kriegen.

Insbesondere muß darauf hingewiesen werden, daß die Führer des alten Sozialismus und die Vertreter der „Arbeiteraristokratie", die jetzt oft dem Kommunismus in Worten Konzessionen machen und sogar dem Namen nach auf seine Seite übergehen, um ihren Einfluß unter den rapid und fortwährend revolutionärer werdenden Arbeitermassen zu bewahren, in ihrer Ergebenheit der Sache des Proletariats und in ihrer Fähigkeit, verantwortliche Posten zu bekleiden, gerade bei solcher Arbeit erprobt werden müssen, wo die Entwicklung des revolutionären Bewußtseins und des revolutionären Kampfes am allerschärfsten vor sich geht, wo der Widerstand der Grundbesitzer und der Dorfbourgeoisie (Großbauern, Dorfwucherer) am erbittertsten ist, wo der Unterschied zwischen dem sozialistischen Kompromißler und dem kommunistischen Revolutionär am anschaulichsten zum Vorschein kommt.

9. Die kommunistischen Parteien müssen alles aufbieten, um möglichst bald auf dem flachen Lande zur Gründung von Sowjets, in erster Reihe aus Vertretern der Lohnarbeiter und Halbproletarier, überzugehen. Nur in Verbindung mit dem Massenstreikkampf und mit der am meisten unterdrückten Klasse werden die Sowjets imstande sein, ihre Bestimmung zu erfüllen und sich derart zu befestigen, daß sie imstande sind, die Kleinbauern ihrem Einfluß zu unterwerfen (sie dann aber auch in ihren Bestand aufzunehmen). Wenn der Streikkampf aber noch nicht entwickelt ist und die Fähigkeit, das landwirtschaftliche Proletariat zu organisieren, noch zu schwach ist, sowohl infolge des schweren Druckes durch die Grundbesitzer und Großbauern, wie auch der mangelnden Unterstützung durch die Industriearbeiter und ihre Verbände, so erfordert die Bildung von Sowjets auf dem Lande eine langwierige Vorbereitung duch Schaffung von wenn auch vorläufig noch so kleinen kommunistischen Parteizellen, Steigerung der Agitation, die die Forderungen des Kommunismus in gemeinverständlicher Form darlegt, an Beispielen erläutert, sie aus den krassesten Erscheinungen der Ausbeutung und Knechtung ableitet, durch Veranstaltung von regelmäßigen Reisen industrieller Arbeiter aufs flache Land usw.

Wann und unter welchen Bedingungen können Arbeitersowjets geschaffen werden?

Leitsätze von G. Sinowjew.

1. Arbeiterdeputiertenräte (Sowjets) entstanden zuerst in Rußland im Jahre 1905, zur Zeit einer hohen Steigerung der revolutionären Bewegung der russischen Arbeiter. Der Petersburger Sowjet machte bereits im Jahre 1905 die ersten instinktiven Schritte auf dem Wege zur Eroberung der Macht. Die Petersburger Sowjet war zu jener Zeit nur in dem Maße stark, als er Aussichten auf die Eroberung der politischen Macht hatte. Sobald die zaristische Gegenrevolution sich kräftigte und die Arbeiterbewegung abzuebben begann, hörte der Sowjet, nach kurzem Siechtum, überhaupt zu existieren auf.

2. Als im Jahre 1916 bei Beginn eines neuen, breiten, revolutionären Aufstiegs in Rußland die Idee einer sofortigen Organisierung von Arbeitersowjets entstand, warnte die bolschewistische Partei die Arbeiter vor einer sofortigen Bildung von Sowjets und wies sie darauf hin, daß die Bildung von Arbeitersowjets nur in dem Moment angebracht sei, wenn die Revolution bereits begonnen habe und wenn der unmittelbare Kampf um die Macht auf der Tagesordnung stehe.

3. Zu Beginn der Revolution 1917 verwandelten sich die Sowjets der Arbeiterdeputierten in Rußland sofort in Sowjets von Arbeiter- und Soldatendeputierten, zogen in den Bereich ihres Einflusses die breitesten Volksmassen und erlangten sofort eine ungeheure Autorität, denn die reale Macht war auf ihrer Seite und in ihren Händen. Als aber die liberale Bourgeoisie sich von der Ueberraschung der ersten revolutionären Schläge erholte und als die Sozialverräter, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, der russischen Bourgeoisie halfen, die Macht in ihre Hände zu nehmen, begann die Bedeutung der Sowjets abzuflauen. Erst nach den Ereignissen vom Juli 1917 und nach dem Scheitern des gegenrevolutionären Feldzugs von Kornilow, als die breitesten Volksmassen in Bewegung gerieten und als der Zusammenbruch der gegenrevolutionären bürgerlich-kompromißlerischen Regierung akut wurde, begannen die Arbeitersowjets wieder aufzublühen und erlangten bald darauf eine entscheidende Bedeutung im Lande.

4. Die Geschichte der deutschen und österreichischen Revolution zeigt das nämliche. Als breite Arbeitermassen sich erhoben, als die revolutionäre Woge besonders hoch stieg und die Festen der Monarchie der Hohenzollern und der Habsburger wegschwemmte, entstanden in Deutschland und Oesterreich mit Naturgewalt Arbeiter- und Soldatenräte. In der ersten

Zeit war die reale Macht auf ihrer Seite und die Räte waren auf dem Wege dazu, eine tatsächliche Macht zu werden. Als aber infolge einer ganzen Reihe von historischen Umständen die Macht an die Bourgeoisie und die revolutionären Sozialdemokraten überging, fingen die Räte bald an, zu erschlaffen und schrumpften auf ein Nichts zusammen. In den Tagen des mißlungenen gegenrevolutionären Putsches von Kapp-Lüttwitz begannen die Räte in Deutschland für einige Tage wieder aufzuerstehen, sobald aber der Kampf wiederum mit einem Siege der Bourgeoisie und der Sozialverräter endete, entschliefen diese Räte, die ihr Haupt zu erheben begonnen hatten.

5. Die angeführten Tatsachen zeigen, daß zur Schaffung von Sowjets bestimmte Vorbedingungen erforderlich sind. Arbeitersowjets organisieren und sie in Sowjets von Arbeiter- und Soldatendeputierten verwandeln darf man nur bei Vorhandensein von folgenden drei Bedingungen:

a) eines revolutionären Massenaufstiegs unter den breitesten Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen, der Soldaten und der werktätigen Bevölkerung überhaupt;

b) einer derartigen Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krise, daß die Macht den Händen der früheren Regierung zu entgleiten beginnt;

c) wenn in den Reihen von bedeutenden Schichten von Arbeitern und vor allem in den Reihen der kommunistischen Partei die ernste Bereitschaft ausgereift ist, einen entscheidenden, systematischen und planmäßigen Kampf um die Macht zu beginnen.

6. Beim Fehlen dieser Bedingungen können und müssen die Kommunisten die Sowjetidee systematisch und beharrlich **propagieren**, sie in den Massen **popularisieren**, den breitesten Schichten der Bevölkerung beweisen, daß die Sowjets die einzig zweckmäßige Form des Staates als Uebergang zum vollendeten Kommunismus sind. Aber die **unmittelbare Organisierung** von Sowjets bei Mangel der oben angegebenen Bedingungen ist unmöglich.

7. Der Versuch der Sozialverräter in Deutschland, die Sowjets in das allgemeine bürgerlich-demokratische Verfassungssystem einzufügen, erscheint sachlich als Verrat an der Arbeitersache und als Irreführung der Arbeiter. Denn wirkliche Sowjets sind nur als Form der Staatsorganisation möglich, die als **Ablösung** der bürgerlichen Demokratie kommt, die die bürgerliche Demokratie **zerbricht** und sie durch eine Arbeiterdiktatur **ersetzt.**

8. Die Propaganda der rechten Führer der Unabhängigen (Hilferding, Kautsky u. a.), die dahin gerichtet ist, die Vereinbarkeit des „Sowjetsystems" mit einer bürgerlichen Nationalversammlung zu beweisen, bedeutet entweder einen völligen Mangel an Verständnis der Entwicklungsgesetze der proletarischen Revolution oder eine bewußte Irreführung der Arbeiterklasse. Sowjets bedeuten die Diktatur des **Proletariats.** Die Nationalversammlung bedeutet die Diktatur der **Bourgeoisie.** Es ist unmöglich, die Diktatur der Arbeiter mit der Diktatur der Bourgeoisie zu vereinigen und zu versöhnen.

9. Die Propaganda einzelner Vertreter der linken U. S. P. in Deutschland, die den Arbeitern einen ausgeklügelten und papiernen Plan eines „Rätesystems" präsentieren, ohne Zusammenhang mit dem realen Verlauf des Bürgerkrieges, ist eine Schulmeisterei, die die Arbeiter von den Tagesaufgaben des wirklichen Kampfes um die Macht ablenkt.

10. Die Versuche einzelner kommunistischer Gruppen in Frankreich, in Italien, in Amerika und England, Sowjets zu schaffen, die keine breiten Arbeitermassen umfassen und die daher in den unmittelbaren Kampf um die Macht nicht einzutreten vermögen, schädigen nur die wirkliche Vorarbeit für eine Sowjetrevolution. Derartige künstliche, treibhausartige „Sowjets" verwandeln sich bestenfalls in kleine Propagandagesellschaften zugunsten der Sowjetmacht, schlimmstenfalls aber können solche mißratene „Sowjets" nur die Idee der Sowjetmacht in den Augen der breitesten Volksschichten kompromittieren.

11. Eine besondere Lage hat sich gegenwärtig in Deutsch-Oesterreich gestaltet, wo es der Arbeiterklasse gelungen ist, Arbeiterräte zu behaupten, die **breite Massen** von Arbeitern umfassen. Hier erinnert die Lage an den Zeitraum Februar—Oktober 1917 in Rußland. Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich stellen einen erheblichen politischen Faktor dar und bilden den Keim der neuen Macht.

Es versteht sich von selbst, daß bei einer **derartigen Lage der Dinge** die Kommunisten an den Arbeiterräten teilnehmen, den Arbeiterräten helfen müssen das gesamte soziale, wirtschaftliche und politische Leben des Landes zu durchdringen, kommunistische Fraktionen in den Arbeiterräten bilden und ihre Entwicklung in jeder Weise unterstützen müssen.

12. Sowjets ohne Revolution sind unmöglich. Sowjets ohne proletarische Revolution verwandeln sich unabwendbar in eine Parodie der Sowjets.

Wirkliche Massensowjets erscheinen als historisch gegebene Form der Diktatur des Proletariats. Alle aufrichtigen und ernsten Anhänger der Sowjetmacht müssen mit der Sowjetidee sorgsam umgehen und, sie in den Massen unaufhaltsam propagierend, müssen sie an die unmittelbare Verwirklichung der Sowjets **nur** bei Vorhandensein der Bedingungen schreiten, die oben angeführt sind.

Leitsätze über die Grundaufgaben des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

1. Für den gegenwärtigen Augenblick in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung ist bezeichnend, daß in allen kapitalistischen Ländern die besten Vertreter des revolutionären Proletariats sich über die wichtigsten Grundsätze der Kommunistischen Internationale völlig klar geworden sind, und zwar über die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht, und daß sie sich mit größter Begeisterung auf die Seite der Kommunistischen Internationale gestellt haben. Ein noch wichtigerer und größerer Schritt vorwärts ist, daß überall, unter den breitesten Massen nicht nur des Proletariats der Städte, sondern auch unter dem vorgeschritteneren Teil der Dorfarbeiter sich die unbedingten Sympathien für diese wichtigsten Grundsätze vollständig klar zeigen.

Andererseits deuteten sich zwei Fehler oder Schwächen der ungewöhnlich schnell anwachsenden internationalen kommunistischen Bewegung an. Ein sehr ernster Fehler, der eine ungeheure unmittelbare Gefahr für den Erfolg der Befreiungssache des Proletariats darstellt, besteht darin, daß ein Teil der alten Führer und der alten Parteien der II. Internationale, zum Teil halb unbewußt, den Wünschen und dem Andrang der Massen nachgebend, zum Teil diese zwecks Erhaltung ihrer früheren Rolle als Agenten und Gehilfen der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung betrügend, ihren bedingten oder sogar unbedingten Anschluß an die III. Internationale erklären, während sie in der Tat in der gesamten Praxis ihrer Parteitätigkeit und politischen Wirksamkeit auf dem Niveau der II. Internationale verharren. Eine solche Lage der Dinge ist völlig unzulässig, denn sie bringt eine direkte Verworrenheit in die Massen und verringert die Achtung vor der III. Internationale und droht mit der Wiederholung eines gleichen Verrats, wie ihn die ungarischen Sozialdemokraten begingen, die sich in aller Eile den roten Anstrich von Kommunisten gaben. Ein anderer, weit weniger bedeutender Fehler, der eher eine Krankheit des Wachstums der Bewegung ist, besteht in dem Streben nach „Radikalismus", das zur unrichtigen Wertung der Rolle und der Aufgaben der Partei in Bezug auf die Klasse und auf die Masse und der Verpflichtung für die revolutionären Kommunisten, in den bürgerlichen Parlamenten und in den reaktionären Gewerkschaften zu arbeiten, führt.

Es ist die Pflicht der Kommunisten, die Schwächen ihrer Bewegung nicht zu verschweigen, sondern sie offen zu kritisieren, um sie schneller und gründlicher loszuwerden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, erstens den Inhalt der Begriffe „Diktatur des Proletariats" und „Sowjetmacht" konkreter zu bestimmen, besonders auf Grund der praktischen Erfahrung; zweitens darzulegen, worin in allen Ländern die unverzügliche Vorbereitungsarbeit, die diese Parolen verwirklicht, bestehen kann und soll; drittens die Wege und Mittel zur Verbesserung der Schäden unserer Bewegung anzudeuten.

1. Das Wesen der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht.

2. Der Sieg des Sozialismus (als erste Stufe des Kommunismus) über den Kapitalismus erfordert vom Proletariat als einziger wirklich revolutionärer Klasse die Verwirklichung folgender drei Aufgaben. Die erste — die Ausbeuter und vor allen Dingen die Bourgeoisie als deren ökonomischen und politischen Hauptvertreter zu stürzen, sie zu zertrümmern, ihren Widerstand zu unterdrücken, jegliche Versuche ihrerseits, das Joch des Kapitals und die Lohnsklaverei wiederzuerrichten, unmöglich zu machen. Die zweite — nicht nur das gesamte Proletariat oder seine erdrückende ungeheure Mehrheit, sondern auch die gesamte Masse der Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten mitzureißen und hinter dem revolutionären Vortrupp des Proletariats, der kommunistischen Partei, zu führen; sie im Verlauf des unendlich kühnen und schonungslos harten Kampfes gegen die Ausbeuter aufzuklären, zu organisieren, zu erziehen, zu disziplinieren; in allen kapitalistischen Ländern diese erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Abhängigkeit von der Bourgeoisie zu entreißen, ihnen durch die praktische Erfahrung Vertrauen zur leitenden Rolle des Proletariats und ihres revolutionären Vortrupps einzuflößen. Die dritte Aufgabe besteht in der Neutralisierung, der Unschädlichmachung der unvermeidlichen Schwankungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen bürgerlicher Demokratie und Sowjetmacht durch die Klasse der Kleingewerbetreibenden im Ackerbau, in der Industrie, im Handel, die in allen vorgeschrittenen Ländern noch recht zahlreich ist, wenn sie auch nicht die Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, sowie durch die dieser Klasse entsprechende Schicht der Intellektuellen, Angestellten usw.

Die erste und die zweite Aufgabe sind selbständiger Natur und jede von ihnen erfordert besondere Aktionsmaßnahmen gegenüber den Ausbeutern wie auch gegenüber den Ausgebeuteten. Die dritte Aufgabe ergibt sich aus den beiden ersten und erfordert nur eine geschickte, rechtzeitige und elastische Kombinierung der Maßregeln der ersten und zweiten Aufgabe, je nach den konkreten Umständen eines jeden einzelnen Falles von Schwankungen.

3. Angesichts der konkreten Lage, die in der ganzen Welt und vor allem in den vorgeschrittensten, mächtigsten, aufgeklärtesten und freiesten kapitalisischen Staaten durch den Militarismus, den Imperialismus, die Abwürgung der Kolonien und schwachen Länder, die imperialistische Weltmetzelei und den „Frieden" von Versailles geschaffen worden ist, ist jegliche Zulassung des Gedankens an eine friedliche Unterwerfung der Kapitalisten unter den Mehrheitswillen der Ausgebeuteten, an einen friedlichen, reformistischen Uebergang zum Sozialismus nicht nur ein außerordentlicher spießbürgerlicher Stumpfsinn, sondern ein direkter Betrug der Arbeiter, eine Schönfärbung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhehlung der Wahrheit. Diese Wahrheit besteht darin, daß die Bourgeoisie, auch die am meisten aufgeklärte und demokratische, schon heute vor keinem Betrug und Verbrechen, vor keiner Hinschlachtung von Millionen von Arbeitern und Bauern zurückschreckt, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten. Nur der gewaltsame Sturz der Bourgeoisie, die Beschlagnahme ihres Eigentums, die Zerstörung des gesamten bürgerlichen Staatsapparats von oben bis unten — des parlamentarischen, gerichtlichen, militärischen, bürokratischen, administrativen, munizipalen Apparats usw. — bis zur völligen Vertreibung oder Internierung der gefährlichsten und hartnäckigsten Ausbeuter, ihre strenge Ueberwachung zwecks Bekämpfung der unausbleiblichen Versuche eines Widerstandes und der Wiederherstellung der kapitalistischen Sklaverei — nur derartige Maßregeln sind imstande, die tatsächliche Unterwerfung der ganzen Ausbeuterklasse zu sichern.

Als ebensolche Schönfärbung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie, als ebensolcher Betrug der Arbeiter erscheint andererseits die bei den alten Parteien und alten Führern der II. Internationale übliche Ansicht, als ob die Mehrheit der Werktätigen und Ausgebeuteten imstande sei, unter den Verhältnissen der kapitalistischen Sklaverei, im Joch der Bourgeoisie, das unendlich verschiedenartige Formen annimmt, und zwar um so raffiniertere und gleichzeitig grausamere und schonungslosere, je zivilisierter das betreffende Land ist — in sich eine völlige Klarheit der sozialistischen Erkenntnis, Festigkeit der sozialistischen Ueberzeugungen und des Charakters herauszuarbeiten. In Wirklichkeit aber ist möglich die Aufklärung, Erziehung, Organisierung der breitesten werktätigen und ausgebeuteten Massen unter dem Einfluß und der Führung des Proletariats, ihre Befreiung vom Egoismus, von der Zersplitterung, von den Lastern und Schwächen, die durch den Privatbesitz hervorgerufen werden, ihre Umwandlung in einen freien Bund freier Arbeiter erst dann möglich, wenn der Vortrupp des Proletariats, unterstützt von dieser ganzen einzig revolutionären Klasse oder ihrer Mehrheit, die Ausbeuter gestürzt, sie unterdrückt, die Ausgebeuteten aus ihrer sklavischen Lage befreit und ihre Lebensbedingungen unverzüglich auf Kosten der enteigneten Kapitalisten verbessert hat — also im eigentlichen Verlauf des allerschärfsten Klassenkampfes.

4. Zum Erfolg des Sieges über den Kapitalismus ist ein richtiges gegenseitiges Verhältnis zwischen der führenden kommunistischen Partei — der revolutionären Klasse, dem Proletariat — und der Masse, d. h. der Gesamtheit aller Werktätigen und Ausgebeuteten, erforderlich. Nur die kommunistische Partei, wenn sie tatsächlich der Vortrupp der revolutionären Klasse ist, wenn sie alle ihre besten Vertreter einschließt, wenn sie aus vollkommen bewußten und ergebenen Kommunisten besteht, die durch die Erfahrung hartnäckigen Revolutionskampfes aufgeklärt und gestählt sind, wenn diese Partei es verstanden hat, sich untrennbar mit dem ganzen Leben ihrer Klasse und durch sie mit der ganzen Masse der Ausgebeuteten zu verbinden und dieser Klasse und dieser Masse volles Vertrauen einzuflößen, nur eine solche Partei ist befähigt, das Proletariat im schonungslosesten, entscheidenden, letzten Kampf gegen alle Mächte des Kapitalismus zu führen. Anderseits ist das Proletariat nur unter der Führung einer solchen Partei befähigt, die ganze Macht seines revolutionären Ansturms zu entfalten, die unausbleibliche Apathie und teils auch den Widerstand der kleinen Minderheit der vom Kapitalismus verdorbenen Arbeiteraristokratie, der alten trade-unionistischen und Konsumgenossenschaftsführer usw. in ein Nichts zu verwandeln — seine ganze Macht zu entfalten, die infolge der wirtschaftlichen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft unermeßlich größer ist als ihr Anteil an der Bevölkerungszahl. Schließlich kann nur die bereits tatsächlich vom Joch der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staatsapparats befreite Masse, d. h. die Gesamtheit der Werktätigen und Ausgebeuteten, nachdem sie die Möglichkeit erhalten hat, sich tatsächlich frei (von den Ausbeutern) in ihren Sowjets zu organisieren, zum erstenmal in der Geschichte die ganze Initiative und Energie von Millionen durch den Kapitalismus bedrückter Menschen entfalten. Erst wenn die Sowjets zum einzigen Staatsapparat geworden sind, ist die tatsächliche Teilnahme an der Verwaltung durch die ganze Masse der Ausgebeuteten zu verwirklichen, die auch unter der aufgeklärtesten und freiesten bürgerlichen Demokratie in Wirklichkeit stets zu neunundneunzig Hundertsteln von dieser Teilnahme ausgeschlossen blieb. Nur in den Sowjets fängt die Masse der Ausgebeuteten an, tatsächlich, nicht aus Büchern, sondern durch die eigene praktische Erfahrung zu lernen, wie das Werk des sozialistischen Aufbaus, der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Disziplin, eines freien Bundes freier Arbeiter in Angriff zu nehmen ist.

II. Worin besteht die unverzügliche und überall durchzuführende Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats.

5. Der gegenwärtige Augenblick in der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung zeichnet sich dadurch aus, daß die Vorbereitung des Proletariats auf die Verwirklichung seiner Diktatur in der übergroßen Mehrheit der kapitalistischen Länder noch nicht beendet, sehr

häufig sogar noch nicht einmal systematisch begonnen worden ist. Daraus folgt nicht, daß die proletarische Revolution in allernächster Zukunft unmöglich ist; sie ist vollkommen möglich, denn die gesamte wirtschaftliche und politische Lage ist ungewöhnlich reich an Zündstoff und an Anlässen für ihr plötzliches Aufflammen; eine andere Vorbedingung für die Revolution, außer der Vorbereitung des Proletariats, nämlich der allgemeine Zustand der Krise in allen herschenden und in allen bürgerlichen Parteien liegt ebenfalls vor. Aber aus dem Gesagten folgt, daß die Aufgabe des Augenblicks für die kommunistischen Parteien jetzt nicht darin besteht, die Revolution zu beschleunigen, sondern darin, die Vorbereitung des Proletariats zu stärken. Anderseits zwingen die oben erwähnten Fälle in der Geschichte vieler sozialistischer Parteien dazu, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die „Anerkennung" der Diktatur des Proletariats nicht nur ein bloßes Wort bleibt.

Die Hauptaufgabe der kommunistischen Parteien vom Standpunkt der internationalen proletarischen Bewegung aus ist daher im gegenwärtigen Augenblick die Zusammenfassung der zersplitterten kommunistischen Kräfte, die Schaffung einer einigen kommunistischen Partei in einem jeden Lande (oder die Festigung und Erneuerung der bereits bestehenden Partei) zur Verzehnfachung der Arbeit an der Vorbereitung des Proletariats zur Eroberung der Staatsmacht und zudem zur Eroberung der Macht gerade in Form der Diktatur des Proletariats. Die übliche sozialistische Arbeit der Gruppen und Parteien, die die Diktatur des Proletariats anerkennen, ist bei weitem noch nicht der grundlegenden Umformung und Erneuerung unterzogen worden, die erforderlich ist, damit diese Arbeit als kommunistisch und den Aufgaben des Vorabends der proletarischen Diktatur entsprechend anerkannt werden kann.

6. Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat setzt seinem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie kein Ende, sondern macht diesen Kampf im Gegenteil besonders ausgedehnt, scharf und schonungslos. Alle Gruppen, Parteien, aktiven Teilnehmer der Arbeiterbewegung, die vollständig oder teilweise auf dem Standpunkt des Reformismus, des „Zentrums" usw. stehen, treten infolge der äußersten Verschärfung des Kampfes unweigerlich entweder auf die Seite der Bourgeoisie oder auf die Seite der Schwankenden, oder (was am gefährlichsten ist) sie geraten unter die unzuverlässigen Freunde des reichen Proletariats. Daher erfordert die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats nicht nur den verstärkten Kampf gegen die Tendenzen der Reformisten und „Zentrumsleute", sondern auch eine Veränderung des Charakters dieses Kampfes. Der Kampf kann sich nicht auf die Klarstellung der Fehlerhaftigkeit dieser Tendenzen beschränken, sondern muß unerbittlich und schonungslos jede Persönlichkeit in der Arbeiterbewegung entlarven, die diese Tendenzen aufweist, denn anders kann das Proletariat nicht erkennen, mit wem es in den entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie geht. Dieser Kampf ist so geartet, daß er in jedem Augenblick die Waffe der Kritik durch eine

Kritik der Waffe ersetzen kann — und auch ersetzt, wie die Erfahrung bereits gelehrt hat. Jegliche Inkonsequenz oder Schwäche bei der Entlarvung derer, die sich als Reformisten oder „Zentrumsleute" erweisen, bedeutet eine direkte Vergrößerung der Gefahr des Sturzes der Macht des Proletariats durch die Bourgeoisie, die morgen für die Gegenrevolution das ausnutzen wird, was heute kurzsichtigen Leuten nur eine „theoretische Meinungsverschiedenheit" zu sein scheint.

7. Im besonderen darf man sich nicht auf die übliche prinzipielle Negierung jeglicher Zusammenarbeit des Proletariats mit der Bourgeoisie, eines jeglichen „Kollaborationismus" beschränken. Die einfache Verteidigung der „Freiheit" und „Gleichheit" verwandelt sich unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, das niemals imstande sein wird, das Privateigentum mit einem Schlage völlig aufzuheben — bei der Beibehaltung dieses Privateigentums für die Produktionsmittel in eine „Zusammenarbeit" mit der Bourgeoisie, die die Macht der Arbeiterklasse geradezu untergräbt. Denn die Diktatur des Proletariats bedeutet die staatliche Festigung und Beschützung — durch den ganzen Apparat der Staatsgewalt — der „Unfreiheit" für den Ausbeuter, sein Werk der Unterjochung und Ausbeutung fortzusetzen, der „Ungleichheit" des Eigentümers (d. h. desjenigen, der bestimmte, durch gesellschaftliche Arbeit geschaffene Produktionsmittel für sich persönlich eingezogen hat) mit dem Besitzlosen. Was vor dem Siege des Proletariats nur als theoretische Meinungsverschiedenheit in der Frage der „Demokratie" erscheint, wird morgen, nach dem Siege, unvermeidlich zu einer Frage, die mit Waffengewalt entschieden wird. Folglich ist ohne grundlegende Veränderung des ganzen Charakters des Kampfes mit den „Zentrumsleuten" und „Verteidigern der Demokratie" selbst eine vorläufige Vorbereitung der Massen zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats unmöglich.

8. Die Diktatur des Proletariats ist die entschiedenste Form des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Dieser Kampf kann nur dann erfolgreich sein, wenn der revolutionäre Vortrupp des Proletriats dessen überwältgende Mehrheit hinter sich führt. Die Vorbereitung der Diktatur des Proletariats erfordert daher nicht nur die Klarstellung des bürgerlichen Charakters eines jeden Reformismus, jeder Verteidigung der Demokratie bei Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; nicht nur die Entlarvung der Kundgebung von Tendenzen, die in Wirklichkeit die Durchführung der Verteidigung der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung bedeuten — sie erfordert auch die Ersetzung der alten Führer durch Kommunisten in absolut allen Arten von proletarischen Organisationen, nicht nur in den politischen, sondern auch in den gewerkschaftlichen, konsumgenossenschaftlichen, Bildungsorganisationen usw. Je andauernder, vollständiger und festgefügter die Herrschaft der bürgerlichen Demokratie im betreffenden Lande war, um so mehr gelang es der Bourgeoisie, auf die Posten solcher Führer Leute einzustellen, die von ihr erzogen, von ihren Anschauungen und Vorurteilen

durchtränkt und sehr häufig von ihr direkt oder indirekt gekauft sind. Es ist notwendig, diese Vertreter der Arbeiteraristokratie oder der verbürgerlichten Arbeiter hundertmal kühner als bisher von allen ihren Posten zu verdrängen und sie, sei es auch sogar durch unerfahrene Arbeiter zu ersetzen, wenn sie nur mit der ausgebeuteten Masse verknüpft sind und ihr Vertrauen im Kampfe mit den Ausbeutern genießen. Die Diktatur des Proletariats wird die Ernennung solcher Arbeiter, die keine Erfahrung aufzuweisen haben, auf die verantwortlichsten Posten im Staat erfordern, sonst wird die Macht der Arbeiterregierung ohnmächtig sein und von der Masse nicht unterstützt werden.

9. Die Diktatur des Proletariats ist die vollkommenste Verwirklichung der Leitung aller Werktätigen und Ausgebeuteten, die von der Klasse der Kapitalisten unterjocht, getreten, gedrückt, eingeschüchtert, zersplittert, betrogen sind, durch die einzige Klasse, die zu einer solchen führenden Rolle durch die ganze Geschichte des Kapitalismus vorbereitet ist. Daher muß mit der Vorbereitung der Diktatur des Proletariats überall und unverzüglich begonnen werden, unter anderem durch folgendes Verfahren:

In ausnahmslos allen Organisationen, Verbänden, Vereinigungen vor allem der proletarischen, dann aber auch der nichtproletarischen werktätigen und ausgebeuteten Masse (politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, Kooperativ-, Bildungs-, Sportvereinen usw.) müssen Gruppen oder Zellen von Kommunisten geschaffen werden, hauptsächlich offene, aber auch geheime — letztere sind obligatorisch in jedem Fall, wo ihre Schließung, die Verhaftung oder Verbannung ihrer Mitglieder durch die Bourgeoisie zu erwarten ist, wobei diese Zellen, eng untereinander und mit der Parteizentrale verbunden, ihre Erfahrungen austauschen, die Arbeit der Agitation, Propaganda, Organisation verwirklichen, sich absolut allen Gebieten des öffentlichen Lebens, absolut allen Spielarten und Einteilungen der werktätigen Masse anpassen und durch diese vielseitige Arbeit systematisch sowohl sich selbst, als auch die Partei, die Klasse und die Masen erziehen müssen.

Hierbei ist es äußerst wichtig, die erforderliche Entwicklung der Methoden der gesamten Arbeit auszuarbeiten, einerseits in Bezug auf die Führer oder verantwortlichen Vertreter, die auf Schritt und Tritt durch spießbürgerliche und imperialistische Vorurteile hoffnungslos verdorben sind; diese „Führer" müssen schonungslos entlarvt und aus der Arbeiterbewegung vertrieben werden, anderseits in bezug auf die Massen, die besonders nach dem imperialistischen Morden meistenteils geneigt sind, der Lehre von der notwendigen Führerschaft des Proletariats als dem einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Sklaverei Gehör zu schenken und sie anzunehmen; man muß lernen, an die Massen besonders geduldig und vorsichtig heranzutreten, um die Eigenarten, die besonderen Züge der Psychologie einer jeden Schicht, eines jeden Berufs usw. in dieser Masse verstehen zu können.

10. Im besonderen verdient eine von den Gruppen oder Zellen der Kommunisten außerordentliche Aufmerksamkeit und Fürsorge durch die Partei, nämlich die parlamentarische Fraktion, d. h. die Gruppe von Parteimitgliedern, die Abgeordnete in der bürgerlichen Vertretungskörperschaft sind (vor allem in der staatlichen, dann aber auch in den örtlichen, munizipalen usw.). Einerseits hat gerade diese Tribüne eine besonders wichtige Bedeutung in den Augen breitester Schichten der zurückgebliebenen oder mit spießbürgerlichen Vorurteilen durchtränkten werktätigen Masse; daher müssen die Kommunisten unbedingt gerade von dieser Tribüne herab die Arbeit der Propaganda, Agitation und Organisation leisten und die Massen darüber aufklären, warum in Rußland die Auseinandertreibung des bürgerlichen Parlaments durch den allgemeinen Sowjetkongreß gesetzmäßig war (und gegebenenfalls in jedem beliebigen Lande gesetzmäßig sein wird). Anderseits hat die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie besonders in den vorgeschrittenen Ländern, die Parlamentstribüne, zum hauptsächlichsten oder einem der hauptsächlichsten Gebiete für unerhörte Gaunereien, finanziellen und politischen Betrug des Volkes, Strebertum, Heuchelei und Bedrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt. Daher ist von den kommunistischen Parteien sowie allen Parteien der III. Internationale — besonders wenn diese Parteien nicht durch Abspaltung von den alten Parteien und andauernden hartnäckigen Kampf mit ihnen entstanden sind, sondern durch den (häufig nominellen) Uebergang der alten Parteien auf neue Stellungen — ein ganz außerordentlich strenges Verhalten gegen ihre parlamentarischen Fraktionen erforderlich: ihre volle Unterordnung unter die Kontrolle und die Anweisungen des Zentralkomitees der Partei; Aufnahme von hauptsächlich revolutionären Arbeitern in ihren Bestand; aufmerksamste Analyse der Reden der Parlamentarier in der Parteipresse und in Parteiversammlungen vom Standpunkt ihrer kommunistischen Stichhaltigkeit aus: Abkommandierung der Abgeordneten zur Agitationsarbeit unter den Massen, Ausschluß aller derer aus diesen Fraktionen, die die Tendenz der II. Internationale zeigen usw.

11. Eine der Hauptursachen, die die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschweren, besteht darin, daß es dank dem Kolonialbesitz und den Surplusprofiten des Finanzkapitals usw. dem Kapital hier gelungen ist, eine verhältnismäßig breitere und standfestere Schicht der kleinen Minderheit der Arbeiteraristokratie auszuscheiden. Sie genießt die besten Lohnbedingungen und ist am meisten vom Geist zünftiger Beschränktheit, von spießbürgerlichen und imperialistischen Vorurteilen durchdrungen. Das ist die wahre soziale „Stütze" der II. Internationale der Reformisten und „Zentrumsleute", und im gegenwärtigen Augenblick ist das beinahe die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Keine auch nur vorläufige Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist ohne unverzüglichen, systematischen, ausgedehnten, offenen

Kampf mit dieser Schicht möglich, die zweifellos — wie durch die Erfahrung schon völlig erwiesen ist — nach dem Siege des Proletariats nicht wenige Elemente für die bürgerlichen weißen Garden liefern wird. Alle der III. Internationale angeschlossenen Parteien müssen um jeden Preis die Losung durchführen: „tiefer in die Massen", „engere Verbindung mit den Massen", wobei unter den Massen die ganze Gesamtheit der Werktätigen und vom Kapital ausgebeuteten zu verstehen ist, besonders diejenigen, die am wenigsten organisiert und aufgeklärt, am stärksten bedrückt und der Organisation am wenigsten zugänglich sind.

Das Proletariat wird nur insofern revolutionär, als es sich nicht in enge Zunftgrenzen einschließt, insofern, als es an allen Erscheinungen und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens als Führer der gesamten werktätigen und ausgebeuteten Masse teilnimmt — und es kann seine Diktatur unmöglich verwirklichen, wenn es nicht zu den größten Opfern um des Sieges über die Bourgeoisie willen bereit und fähig ist. Sowohl prinzipielle als auch praktische Bedeutung hat in dieser Hinsicht die Erfahrung Rußlands, wo das Proletariat seine Diktatur nicht hätte verwirklichen, die allgemeine Achtung und das Vertrauen der gesamten werktätigen Masse nicht hätte erobern können, wenn es nicht die größten Opfer gebracht und mehr gehungert hätte, als alle anderen Schichten dieser Masse in den schwersten Zeiten des Ansturms, des Krieges, der Blockade durch die Weltbourgeoisie.

Im besonderen ist die allseitige und selbstverleugnende Unterstützung durch die kommunistische Partei und das ganze fortgeschrittene Proletariat in Bezug auf die breite, elementare Massenstreikbewegung erforderlich, die allein imstande ist, unter dem Joch des Kapitals die Massen tatsächlich zu wecken, in Bewegung zu bringen, aufzuklären und zu organisieren, sowie in ihnen volles Vertrauen zur Führerrolle des revolutionären Proletariats großzuziehen. Ohne diese Vorbereitung ist keine Diktatur des Proletariats möglich, und Leute, die fähig sind, öffentlich gegen Streiks aufzutreten, wie Kautsky in Deutschland, Turati in Italien, können in Parteien, die der III. Internationale angeschlossen sind, unter keinen Umständen geduldet werden. In noch höherem Maße gilt das natürlich von den trade-unionistischen und parlamentarischen Führern, die die Arbeiter häufig verraten, indem sie sie an Hand der Streiks den Reformismus lehren und nicht die Revolution (z. B. in England und Frankreich in den letzten Jahren).

12. Für alle Länder, sogar die freiesten, „legalsten" und „friedlichsten" im Sinne der geringsten Schärfe des Klassenkampfs ist die Periode völlig herangereift, wo es für jede kommunistische Partei unbedingt erforderlich ist, die legale und die illegale Arbeit, die legale und die illegale Organisation systematisch zu vereinigen. Denn auch in den aufgeklärtesten und freiesten Ländern mit „standfester" bürgerlich-demokratischer Ordnung greifen die Regierungen bereits systematisch, entgegen ihren lügnerischen und heuchlerischen Erklärungen, zur Führung geheimer Listen der Kommunisten,

zu endlosen Verletzungen ihrer eigenen Verfassung, zur halbgeheimen und geheimen Unterstützung der Weißgardisten und zur Ermordung der Kommunisten in allen Ländern, zur geheimen Vorbereitung von Verhaftungen der Kommunisten, zur Einschmuggelung von Provokateuren in die Kreise der Kommunisten usw. Nur das reaktionärste Spießbürgertum, mit welchen schönen „demokratischen" und pazifistischen Phrasen es sich auch bemänteln mag, kann diese Tatsache oder die notwendige Folge daraus ableugnen: unverzügliche Bildung illegaler Organisationen durch alle kommunistischen Parteien zwecks systematischer illegaler Arbeit und voller Vorbereitung auf den Augenblick, da die bürgerlichen Verfolgungen in Erscheinung treten. Besonders notwendig ist die illegale Arbeit im Heer, in der Flotte und Polizei, denn nach dem großen imperialistischen Morden haben alle Regierungen Angst bekommen vor dem Volksheer, das den Bauern und Arbeitern offen steht, und haben angefangen, insgeheim zu allen möglichen Mitteln zu greifen zur Auswahl von Truppenteilen, die aus der Bourgeoisie rekrutiert und mit besonders vervollkommneter Technik speziell ausgerüstet sind.

Andererseits ist es auch notwendig, sich in allen Fällen ohne Ausnahme nicht nur auf die illegale Arbeit zu beschränken, sondern auch die legale durchzuführen, zu diesem Zweck alle Schwierigkeiten zu überwinden, legale Preßorgane und legale Organisationen unter den verschiedenartigsten und, wenn nötig, häufig wechselnden Benennungen zu gründen. So handeln die illegalen Parteien in Finnland, Ungarn, zum Teil in Deutschland, Polen, Lettland usw. So müssen die „Industriearbeiter der Welt" (I. W. W.) in Amerika handeln, so werden alle Miglieder legaler kommunistischer Parteien handeln müssen, wenn es den Staatsanwälten genehm sein wird, Verfolgungen auf Grund von Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale usw. einzuleiten.

Die unbedingte prinzipielle Notwendigkeit der Vereinigung von illegaler und legaler Arbeit wird nicht nur durch die Gesamtheit der Eigentümlichkeiten der gegenwärtigen Periode des Vorabends der proletarischen Diktatur bestimmt, sondern auch durch die Notwendigkeit, der Bourgeoisie zu beweisen, daß es kein Gebiet und kein Arbeitsfeld gibt und geben kann, das die Kommunisten nicht erobern, und vor allem dadurch, daß es noch überall breite Schichten des Proletariats und mehr noch der nichtproletarischen werktätigen und ausgebeuteten Masse gibt, die der bürgerlich-demokratischen Legalität noch vertrauen und deren Ueberzeugung vom Gegenteil für uns die wichtigste Angelegenheit ist.

13. Speziell zeigt die Lage der Arbeiterpresse in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern besonders anschaulich sowohl die ganze Verlogenheit der Freiheit und Gleichheit unter der bürgerlichen Demokratie, als auch die Notwendigkeit einer systematischen Vereinigung von legaler und illegaler Arbeit. Sowohl im besiegten Deutschland als auch im siegreichen Amerika werden die ganze Macht des Staatsapparats der Bourgeoisie und alle Streiche ihrer Finanzkönige angewandt, um den Arbeitern ihre Presse

zu nehmen; sowohl gerichtliche Verfolgungen und Verhaftungen (oder Ermordungen durch gedungene Mörder) ihrer Redakteure, als auch das Verbot ihrer Postbeförderung, Verweigerung von Papier usw. Zudem befindet sich das für eine Tageszeitung erforderliche Nachrichtenmaterial in den Händen der bürgerlichen Telegraphenagenturen, und die Anzeigen, ohne die eine große Zeitung sich nicht rentiert, stehen zur „freien" Verfügung der Kapitalisten. Folglich nimmt die Bourgeoisie durch Betrug und durch den Druck des Kapitals und der bürgerlichen Herrschaft dem revolutionären Proletariat seine Presse.

Zum Kampf dagegen müssen die kommunistischen Parteien einen neuen Typus der periodischen Presse zur Massenverbreitung unter den Arbeitern schaffen: erstens legale Ausgaben, die lernen sollen, ohne sich als kommunistische zu bezeichnen und ohne von ihrer Zugehörigkeit zur Partei zu reden, auch die kleinste Legalität auszunutzen, wie die Bolschewiki es unter dem Zaren nach 1905 taten; zweitens illegale Blätter, wenn auch kleinsten Umfangs und unregelmäßig erscheinend, die aber in einer Menge von Druckereien durch die Arbeiter nachgedruckt werden (insgeheim oder, wenn die Bewegung erstarkt ist, durch revolutionäre Inbesitznahme der Druckereien) und dem Proletariat eine freie, revolutionäre Information und revolutionäre Losungen geben.

Ohne einen die Massen hineinziehenden revolutionären Kampf für die Freiheit der kommunistischen Presse ist die Vorbereitung zur Diktatur des Proletariats unmöglich.

14. Der Grad der Vorbereitung des Proletariats der — vom Standpunkt der Weltwirtschaft und Weltpolitik — wichtigsten Länder zur Verwirklichung seiner Diktatur wird mit größter Objektivität und Genauigkeit dadurch bezeichnet, daß die einflußreichsten Parteien der II. Internationale, die Sozialistische Partei Frankreichs, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, die Amerikanische Sozialistische Partei aus dieser gelben Internationale ausgetreten sind und beschlossen haben, sich der III. Internationale anzuschließen, die ersten drei bedingt, die letzte sogar bedingungslos. Das beweist, daß nicht nur der Vortrupp, sondern auch die Mehrheit des revolutionären Proletariats, durch den gesamten Gang der Ereignisse überzeugt, begonnen hat, auf unsere Seite überzugehen. Hauptsache ist jetzt, daß man verstehen muß, diesen Uebergang perfekt zu machen und das Erreichte dauernd organisatorisch zu sichern, damit auf der ganzen Linie ohne die geringsten Schwankungen vorgegangen werden kann.

15. Die gesamte Tätigkeit der genannten Parteien (denen man noch die Schweizerische Sozialistische Partei hinzufügen muß, wenn die Drahtnachrichten über ihren Beschluß, sich der III. Internationale anzuschießen, richtig sind) beweist, und jedes periodische Organ dieser Parteien bekräftigt anschaulich, daß diese Tätigkeit noch nicht kommunistisch ist und nicht selten den Grundprinzipien der III. Internationale direkt zuwiderläuft,

nämlich: mit der Anerkennung der Diktatur des Proletariats auch die Anerkennung der Sowjetmacht statt der bürgerlichen Demokratie.

Daher muß der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale beschließen, daß sie es nicht für möglich erachtet, diese Parteien unverzüglich aufzunehmen; daß sie die Antwort bestätigt, die das Exekutivkomitee der III. Internationale den deutschen Unabhängigen gegeben hat; daß sie ihre Bereitschaft bestätigt, Verhandlungen mit jeder beliebigen Partei zu führen, die aus der II. Internationale austritt und sich der III. annähern will; daß sie den Delegieren solcher Parteien beratende Stimme auf allen ihren Kongressen und Konferenzen einräumt; daß sie für die volle Vereinigung dieser (und ähnlicher) Parteien mit der Kommunistischen Internationale folgende Bedingungen aufstellt:

1) Veröffentlichung aller Entscheidungen aller Kongresse der Kommunistischen Internationale und ihres Exekutivkomitees in allen periodischen Organen der Partei;

2) Erörterung derselben in besonderen Versammlungen aller Sektionen oder Ortsgruppen der Partei;

3) Einberufung — nach dieser Erörterung — eines Sonderkongresses der Partei zwecks Ziehung des Fazits, sowie zwecks

4) Reinigung der Partei von Elementen, die fortfahren, im Geiste der II. Internationale zu handeln;

5) Uebergang aller periodischen Organe der Partei in die Hände ausschließlich kommunistischer Redaktionen.

Der II. Kongreß der III. Internationale muß sein Exekutivkomitee beauftragen; die genannten und ähnliche Parteien formell in die III. Internationale aufzunehmen, nachdem es vorher nachgeprüft hat, daß alle diese Bedingungen wirklich erfüllt sind und der Charakter der Parteitätigkeit kommunistisch geworden ist.

16. In der Frage, wie sich die Kommunisten, die jetzt die Minderheit bilden, auf verantwortlichen Posten der genannten und ähnlicher Parteien zu verhalten haben, muß der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale bestimmen, daß angesichts des offenbaren Anwachsens der aufrichtigsten Sympathien für den Kommunismus unter den Arbeitern, die zu diesen Parteien gehören, der Austritt der Kommunisten aus ihnen nicht wünschenswert ist, solange sie die Möglichkeit haben, in diesen Parteien im Sinne der Anerkennung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetmacht, sowie im Sinne der Kritik an den in diesen Parteien noch übriggebliebenen Opportunisten und Zentrumsleuten zu arbeiten.

Gleichzeitig muß sich der II. Kongreß der III. Internationale für den Anschluß der kommunistischen oder mit dem Kommunismus sympathisierenden Gruppen und Organisationen in England an die „Arbeiterpartei" (Labour Party) aussprechen, obgleich sie der II. Internationale angehört. Denn solange diese Partei für die ihrem Bestande angehörenden Organisationen ihre jetzige Freiheit der Kritik und Freiheit der Propaganda-, Agitations- und Organisationstätigkeit für die Diktatur des Proletariats

und die Sowjetmacht aufrechterhält, solange diese Partei den Charakter einer Vereinigung aller Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiterklasse bewahrt, müssen die Kommunisten unbedingt alle Schritte tun und auf gewisse Kompromisse eingehen, um die Möglichkeit zu haben, auf die breitesten Arbeitermassen einzuwirken, ihre opportunistischen Führer von einer höheren und den Massen sichtbaren Tribüne herab zu entlarven, den Uebergang der politischen Macht von den direkten Vertretern der Bourgeoisie zu den „Arbeiterleutnants der Kapitalistenklasse" zu beschleunigen, um die Massen rasch von ihren letzten Illusionen in dieser Hinsicht zu heilen.

17. Hinsichtlich der Italienischen Sozialistischen Partei erkennt der II. Kongreß der III. Internationale die Richtigkeit der Grundlagen der Kritik an dieser Partei und die praktischen Vorschläge an, die als Vorschläge an den Nationalrat der Italienischen Sozialistischen Partei von der Turiner Sektion dieser Partei aus in der Zeitschrift „L'Ordite Nuova" vom 8. Mai 1920*) dargelegt sind und die allen Grundprinzipien der III. Internationale vollkommen entsprechen.

Daher bittet der II. Kongreß der III. Internationale die Italienische Sozialistische Partei, einen außerordentlichen Parteikongreß einzuberufen zur Erörterung sowohl dieser Vorschläge, als auch aller Beschlüsse beider Kongresse der Kommunistischen Internationale, zur Ausgleichung der Parteilinie und zur Säuberung der Partei und insbesondere ihrer parlamentarischen Fraktion von nichtkommunistischen Elementen.

18. Der II. Kongreß der III. Internationale erkennt die Ansichten über die Beziehungen der Partei zur Klasse und Masse, über die nicht obligatorische Teilnahme der Kommunistischen Partei an den bürgerlichen Parlamenten und reaktionären Gewerkschaften als unrichtig an. Diese Ansichten sind in besonderen Beschlüssen des gegenwärtigen Kongresses eingehend widerlegt und werden am vollständigsten durch die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands" (K. A. P. D.) verteidigt, sowie teilweise von der „Kommunistischen Partei der Schweiz", dem Organ des Osteuropäischen Sekretariats der Kommunistischen Internationale „Kommunismus" in Wien, dem jetzt aufgelösten Sekretariat in Amsterdam und einigen holländischen Genossen, ferner von einigen kommunistischen Organisationen in England, z. B. der „Sozialistischen Arbeiterföderation" u. a. sowie von den „Industriearbeitern der Welt" (I. W. W.) in Amerika und von den Shop Stewards Comittees in England usw.

Trotzdem hält der II. Kongreß der III. Internationale die unverzügliche Angliederung derjenigen von diesen Organisationen an die Kommunistische Internationale für möglich und wünschenswert, die sich noch nicht offiziell angeschlossen haben, denn in diesem Falle, besonders hinsichtlich der I. W. W. in Amerika und Australien, sowie des „Shop Stewards" in Eng-

*) Siehe weiter unten im vorliegenden Heft der Zeitschrift.
Die Redaktion.

land haben wir es mit einer tief proletarischen Massenbewegung zu tun, die in ihrer Grundlage tatsächlich auf dem Boden der wesentlichsten Prinzipien der Kommunistischen Internationale steht. In solchen Organisationen erklären sich die falschen Ansichten über die Teilnahme an den bürgerlichen Parlamenten weniger durch die Rolle von Herkömmlingen der Bourgeoisie, die ihre eigentlich kleinbürgerlichen Ansichten hineinbringen — was auch häufig die Ansichten der Anarchisten sind — sondern durch die politische Unerfahrenheit völlig revolutionärer und mit der Masse verknüpfter Proletarier.

Der II. Kongreß der III. Internationale bittet daher alle kommunistischen Organisationen und Gruppen in den angelsächsischen Ländern, selbst wenn der unverzügliche Anschluß der I. W. W. und der „Shop Stewards" nicht erfolgen sollte, eine Politik der freundschaftlichsten Beziehungen zu diesen Organisationen, der Annäherung an sie und die mit ihnen sympathisierende Masse zu führen und ihnen vom Standpunkt der Erfahrungen aller Revolutionen und insbesondere der drei russischen Revolutionen im XX. Jahrhundert freundschaftlich die Fehlerhaftigkeit ihrer oben angeführten Ansichten klarzulegen und auf wiederholte Versuche der Verschmelzung mit diesen Organisationen zu einer einigen Kommunistischen Partei nicht zu verzichten.

19. Im Zusammenhang hiermit lenkt der Kongreß die Aufmerksamkeit aller Genossen, besonders in den romanischen und angelsächsischen Ländern darauf, daß unter den Anarchisten nach dem Kriege in der ganzen Welt eine tiefe, geistige Scheidung in der Frage der Stellung zur Diktatur des Proletariats und zur Sowjetmacht vor sich geht. Dabei ist gerade unter den proletarischen Elementen, die häufig durch den völlig gerechtfertigten Haß gegen den Opportunismus und Reformismus der Parteien der II. Internationale zum Anarchismus getrieben worden sind, eine besonders richtige Auffassung dieser Prinzipien bemerkbar. Die Auffassung nimmt um so mehr an Verbreitung zu, je eingehender sie mit den Erfahrungen Rußlands, Finnlands, Ungarns, Lettlands, Polens, Deutschlands bekannt werden.

Der Kongreß sieht es daher als Pflicht aller Genossen an, den Uebergang aller massenproletarischen Elemente vom Anarchismus zur III. Internationale nach Kräften zu unterstützen. Der Kongreß erklärt, daß der Erfolg der Arbeit der wahrhaft kommunistischen Parteien unter anderem daran zu ermessen ist, inwieweit es ihnen gelungen ist, alle nicht intellektuellen, nicht kleinbürgerlichen, sondern massenproletarischen Elemente vom Anarchismus auf ihre Seite hinüberzuziehen.

N. Lenin.

4. Juli 1920.

Zum bevorstehenden Kongress der Kommunistischen Internationale.

A. Beitrittsbedingungen zur III. Internationale.

I.

Die Sozialpatrioten und ihre bürgerlichen Inspiratoren weisen darauf hin, daß die Führer der III. Internationale (bisweilen: „Moskau", „Bolschewiki") den anderen Parteien mitunter diktatorische Forderungen stellen — auf Ausschluß der Führer, auf Aenderung der Taktik usw. als Vorbedingung des Beitritts zur III. Internationale.

Die Zentrumssozialisten (Kautskyaner, Longuetisten) wiederholen diese Beschuldigungen in etwas geschwächter und verwässerter Form, wobei sie an das Nationalgefühl der Arbeiter der einzelnen Länder appellieren, indem sie in ihnen das Mißtrauen wecken, als wolle sie jemand von außen her „kommandieren".

In Wirklichkeit kommt bei derartigen Beschuldigungen und Unterstellungen die bürgerlich-böswillige Verzerrung oder das spießerlich-stumpfsinnige Unverständnis für das Wesen der Kommunistischen Internationale selbst zum Ausdruck, die keine einfache Summe der in den verschiedenen Ländern existierenden proletarischen und sozialistischen Vereinigungen ist, sondern eine einheitliche und selbständige internationale Organisation darstellt, welche bestimmte, genau formulierte Ziele durch bestimmte revolutionäre Mittel anstrebt.

Die Organisation eines jeden Landes, die sich der III. Internationale anschließt, unterwirft sich nicht nur ihrer allgemeinen, wachsamen und straffen Leitung, sie hat ihrerseits nun selber das Recht, an der Leitung aller anderen Teile der Kommunistischen Internationale regen Anteil zu nehmen.

Die Zugehörigkeit zur Internationale verfolgt nicht Zwecke internationaler Höflichkeit, sondern revolutionäre Kampfaufgaben. Sie kann daher keineswegs auf Undeutlichkeiten, Unklarheiten und Mißverständnissen beruhen. Die Kommunistische Internationale verwirft verächtlich die herkömmlichen Formen, die von oben bis unten den Beziehungen innerhalb der II. Internationale ihren Stempel aufdrückten und darauf beruhten, daß die Führer einer jeden nationalen Partei sich den Anschein gaben, als ob sie die opportunistischen und chauvinistischen Kundgebungen und Handlungen nicht merkten, wobei sie darauf spekulierten, daß diese ihnen in

gleicher Münze heimzahlen werden. Die gegenseitigen Beziehungen der nationalen, „sozialistischen" Parteien waren nur ein schwacher Abklatsch der gegenseitigen Beziehungen der bürgerlichen Diplomatie in dem Zeitalter des bewaffneten Friedens. Eben daher trat in dem Moment, wo die kapitalistischen Generäle die kapitalistische Diplomatie beiseite schoben, an Stelle der üblichen diplomatischen Lüge der „Bruderparteien" der II. Internationale der offene Militarismus seiner Führer an den Tag.

Die III. Internationale ist eine Organisation der revolutionären Aktion, des internationalen proletarischen Aufstandes. Diejenigen Elemente, die ihre Bereitschaft erklären, in die III. Internationale einzutreten, sich zugleich aber gegen die ihnen von „außen" diktierten Bedingungen auflehnen, zeigen ihre volle Unbrauchbarkeit und Unhaltbarkeit vom Standpunkt der Prinzipien und der Aktionsmethoden der III. Internationale. Die Schaffung einer internationalen Organisation des Kampfes und der Diktatur des Proletariats ist nur unter der Bedingung möglich, daß in die Kommunistische Internationale nur Organisationen zugelassen werden, die vom wirklichen Geist des proletarischen Aufstandes gegen die Herrschaft der Bourgeoisie durchdrungen sind und daher selbst ein Interesse daran haben, daß inmitten der mit ihnen zusammen arbeitenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Verräter keinen Platz finden, aber auch nicht willenlose Skeptiker, Elemente der ewigen Schwankungen, Verbreiter der Panik und der Geistesverwirrung. Das kann man nicht ohne eine fortwährende und beharrliche Säuberung seiner Reihen von falschen Anschauungen, falschen Aktionsmethoden und ihren Trägern erreichen.

Die Bedingungen, die die III. Internationale einer jeden ihr beitretenden Organisation stellt und stellen wird, dienen eben diesen Zweck.

Wir wiederholen: die Kommunistische Internationale ist keine Summe der nationalen Arbeiterparteien. Sie ist die Kommunistische Partei des internationalen Proletariats. Die deutschen Kommunisten haben das Recht, mit aller Schärfe die Frage zu stellen, warum Turati ihrer Partei angehört. Die russischen Kommunisten haben das Recht und die Pflicht, bei Erörterung der Frage über die Aufnahme der U. S. P. D. und der Französischen Sozialistischen Partei in die III. Internationale derartige Bedingungen zu stellen, die von ihrem Standpunkt aus unsere internationale Partei vor Verwässerung und Zerfall bewahren würden. Eine jede in die Kommunistische Internationale eintretende Organisation erhält ihrerseits das Recht und die Möglichkeit, auf die Theorie und die Praxis der russischen Bolschewiki, der deutschen Spartakisten usw. einzuwirken.

II.

In seinem erschöpfenden Antwortschreiben an die U. S. P. D. stellt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die deutschen Unabhängigen den französischen Longuetisten gleich. Das ist unbedingt

richtig. Aber momentan, wo die Frage der Sozialistischen Partei Frankreichs sich mehr von der praktischen Seite aus vor uns stellt, ist es notwendig, neben den Grundzügen der Aehnlichkeit auch die des Unterschiedes festzustellen.

Die Tatsache, daß die Sozialistische Partei Frankreichs als Ganzes einen Drang zur Kommunistischen Internationale zeigte, erweckte von Anfang an ganz naturgemäße Befürchtungen. Die Befürchtungen können sich nur verstärken, wenn man die Lage des Sozialismus in Frankreich mit seiner Lage in Deutschland vergleicht.

Die alte deutsche Sozialdemokratie spaltete sich nun in drei Teile: 1. die offen chauvinistische Regierungssozialdemokratie der Ebert-Scheidemann, 2. die „unabhängige" Partei, deren offizielle Führer sich in dem Rahmen der parlamentarischen Opposition zu halten bestrebt sind, während die Massen sich in den offenen Aufstand gegen die bürgerliche Gesellschaft werfen und 3. die Kommunistische Partei, als Bestandteil der III. Internationale.

In der Frage des Anschlusses der U. S. P. D. an die III. Internationale stellen wir das oben angeführte Mißverhältnis zwischen der Politik der offiziellen Führer und den Bestrebungen der Massen fest. Dieses Mißverhältnis ist der Anlegepunkt unseres Hebels. Was die Sozialdemokratie der Scheidemänner anbelangt, die nun, wo sich eine rein bürgerliche Regierung gebildet hat, zu einer halboppositionellen Stellung übergeht, so kann bei uns über die Aufnahme dieser Partei in die III. Internationale oder auch nur über irgendwelche Verhandlungen mit ihr nicht einmal die Frage auftauchen. Indessen ist die Sozialistische Partei Frankreichs keineswegs eine der U. S. P. D. in deren jetzigem Zustand gleichwertige Organisation, denn irgend eine Spaltung hat sich in der Sozialistischen Partei Frankreichs nicht vollzogen und die französischen Ebert, Scheidemann und Noske verbleiben auf ihren verantwortlichen Posten.

Während des Krieges war die Haltung der Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs nicht um ein Haar besser als die der patentierten Sozialverräter. Der Klassenverrat erreichte hier wie dort die gleiche Tiefe. Was die Formen anbelangt, in denen er seinen Ausdruck fand, so waren sie auf Seiten der französischen Partei noch schreiender und banaler als im Lager der Scheidemänner. Während jedoch die U. S. P. D. unter dem Druck der Massen mit ihren Scheidemännern gebrochen hat, verbleiben die Herren Thomas, Renaudel, Varine, Sembat u. a. nach wie vor in den Reihen der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Das Wesentlichste ist jedoch das wirkliche, tatsächliche, praktische Verhältnis der Führer der offiziellen Sozialistischen Partei Frankreichs zu der Frage des revolutionären Kampfes um das Ergreifen der Macht. Die von den Longuetisten geleitete Sozialistische Partei rüstet sich nicht mit allen Mitteln der Agitation und Organisation offen oder heimlich zu diesem Kampf, nein, sie flößt im Gegenteil den Massen den Gedanken ein, daß die gegenwärtige Epoche der ökonomischen Zerrüttung und Verelendung

für die Herrschaft der Arbeiterklasse ungünstig ist. Mit anderen Worten, die von den Longuetisten geleitete Sozialistische Partei Frankreichs drängt den Arbeitermassen eine passive und abwartende Taktik auf, sie flößt ihnen den Gedanken ein, daß die Bougeoisie in der Epoche imperialistischer Katastrophen fähig sei, das Land aus dem Zustand des wirtschaftlichen Chaos und des Elends zu führen und dadurch „günstige" Bedingungen für die Diktatur des Proletariats vorzubereiten. Es lohnt sich nicht darüber zu reden, daß die Sozialistische Partei Frankreichs, wenn der Bourgeoisie das gelänge, was ihr keinesfalls gelingen kann, d. h. die wirtschaftliche Wiedergeburt Frankreichs und Europas, — noch weniger Anlässe, Möglichkeiten und Interesse hätte als jetzt, das Proletariat zum revolutionären Sturz der bürgerlichen Herrschaft aufzufordern.

Mit anderen Worten, in der wichtigsten Frage spielt die von den Longuetisten geleitete Sozialistische Partei Frankreichs eine gegenrevolutionäre Rolle.

Freilich ist im Gegensatz zu der Scheidemann-Partei die Sozialistische Partei Frankreichs aus der II. Internationale ausgetreten. Wenn man aber in Betracht zieht, daß dieser Austritt ohne Schaden für die Einigkeit mit Renaudel, Thomas und allen anderen Handlangern des imperialistischen Krieges vollzogen wurde, so wird es vollständig klar, daß für einen sehr beträchtlichen Teil der offiziellen französischen Sozialisten der Austritt aus der II. Internationale nichts gemeinsam hat mit einem Verzicht auf ihre Methoden, sondern nur ein einfaches Manöver ist zum weiteren Betrug der arbeitenden Massen.

Während des Krieges hat sich die Sozialistische Partei Frankreichs mit einer derartigen Beharrlichkeit dem Kaisersozialismus eines Scheidemann entgegengestellt, daß es momentan nicht nur für Longuet, Mistral, Presseman und andere Anhänger des Zentrum, sondern auch für Renaudel, Thomas, Varine höchst unbequem erschien, innerhalb der II. Internationale von Angesicht zu Angesicht mit Ebert, Scheidemann und Noske als mit ihren nächsten Gefährten zu bleiben. Der Austritt aus der Küche von Huysmans wurde dem offiziellen französischen Sozialismus als Folge seiner patriotischen Stellungnahme diktiert. Freilich hat er alles getan, um seiner patriotischen Weigerung, mit Noske und Scheidemann sofort zusammenzuarbeiten, den Schein einer Geste zu geben, die auch durch den Internationalismus diktiert wird. Aber der Phrasenschwall der Straßburger Resolutionen vermag die Tatsache nicht aufzuheben, sondern schwächt sie nur, daß zur Straßburger Parteimehrheit nicht die französischen Kommunisten, wohl aber alle notorischen Chauvinisten gehören.

Die U. S. P. D., die als Organisation der patriotischen Sozialdemokratie gegenübersteht, ist gezwungen, mit ihr einen offenen, geistigen und politischen Kampf in der Presse und in den Versammlungen zu führen. Trotz des noch so sehr opportunistischen Gepräges ihrer Blätter und Führer trägt sie dadurch zur Revolutionierung der Arbeitermassen bei. In Frankreich beobachten wir dagegen in der letzten Zeit eine zunehmende

Annäherung der früheren Mehrheit an die frühere Longuetistische Minderheit und die Beseitigung eines jeden ernsten Kampfes zwischen ihnen auf geistigem, politischem und organisatorischem Gebiet.

Unter diesen Verhältnissen bietet die Frage des Beitritts der Sozialistischen Partei Frankreichs zur III. Internationale noch mehr Schwierigkeiten und Gefahren als der Anschluß der U. S. P. D.

III.

Der Sozialistischen Partei Frankreichs, insofern sie nun praktisch die Frage ihres Anschlusses an die III. Internationale stellt, müssen wir ganz klare und präzise Fragen stellen, die durch die oben angeführten Erwägungen diktiert werden. Nur offene und präzise Antworten, die von der „Partei", d. h. in Wirklichkeit von ihrem entsprechenden Teil bestätigt werden, werden der Frage des Beitritts der Partei der französischen Sozialisten in die internationale kommunistische Organisation einen realen Inhalt verleihen.

Diese Fragen wären beispielsweise der Art:

1. Erkennt Ihr für die Sozialistische Partei nach wie vor die Pflicht der nationalen Verteidigung in Bezug auf den bürgerlichen Staat an? Haltet Ihr es für zulässig, die bürgerliche Republik Frankreich in ihren militärischen Zusammenstößen mit anderen Staaten direkt oder indirekt zu unterstützen? Haltet Ihr die Bewilligung von Kriegskrediten sowohl in der Gegenwart als auch im Fall eines neuen Weltkrieges für zulässig? Entsagt Ihr entschieden der verräterischen Parole der nationalen Verteidigung? Ja oder nein?

2. Haltet Ihr sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten die Beteiligung von Sozialisten an einer bürgerlichen Regierung für zulässig? Haltet Ihr eine direkte oder indirekte Unterstützung einer bürgerlichen Regierung durch die sozialistischen Parlamentsfraktionen für zulässig? Haltet Ihr es für möglich, in den Reihen Eurer Partei Taugenichtse zu dulden, welche ihre politischen Dienste den kapitalistischen Regierungen, den Organisationen des Kapitals, der kapitalistischen Presse, als verantwortliche Agenten des räuberischen Völkerbundes (Albert Thomas), als Redakteure der bürgerlichen Presse (A. Varine), als Anwälte oder parlamentarische Verteidiger von kapitalistischen Interessen (Paul Boncourt) usw. verkaufen? Ja oder nein?

3. In Anbetracht der räuberischen Gewalttaten des französischen Imperialismus an einer Reihe von schwachen Völkern und insbesonders den rückständigen Kolonialvölkern Afrikas und Asiens, haltet Ihr es für Eure Pflicht, einen unerbittlichen Kampf mit der französischen Bourgeoisie, ihrem Parlament, ihrer Regierung, ihrer Armee, in den Fragen des Weltraubes zu führen? Verpflichtet Ihr Euch, mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln diesen Kampf überall, wo er entsteht, und vor allem in Form eines offenen Aufstandes der unterdrückten Kolonialvölker gegen den französischen Imperialismus, zu unterstützen? Ja oder nein?

4. Haltet Ihr es für notwendig, sofort einen systematischen und schonungslosen Kampf gegen den offiziellen französischen Syndikalismus zu beginnen, der sich vollständig nach der Seite des wirtschaftlichen Kompromisses, der Zusammenarbeit der Klassen, des Patriotismus usw. orientierte und der systematisch den Kampf um die revolutionäre Enteigung auf dem Wege der Diktatur des Proletariats durch ein Programm der Nationalisierung der Eisenbahnen und der Bergwerke durch den kapitalistischen Staat ersetzt? Haltet Ihr es für die Pflicht der Sozialistischen Partei, Hand in Hand mit Loriot, Monatte, Rosmer und anderen in den Arbeitermassen eine energische Agitation einzuleiten für die Säuberung der französischen Gewerkschaftsbewegung von den Jouhaux, Dumoulin, Merrheim und anderen Verrätern an der Arbeiterklasse? Ja oder nein?

5. Haltet Ihr es für möglich, in den Reihen der sozialistischen Partei Propheten der Passivität zu dulden, die den revolutionären Willen des Proletariats lähmen und zersetzen, indem sie ihm den Gedanken einflößen, daß der „gegenwärtige Augenblick" angeblich nicht günstig für seine Diktatur wäre? Haltet Ihr es für Eure Pflicht, den Arbeitermassen im Gegenteil jenen Betrug aufzudecken, kraft dessen der „gegenwärtige Augenblick" in der Auslegung durch die Agenten der Bourgeoisie sich immer nur für die Herrschaft der Bourgeoisie tauglich erweist: vorgestern — weil Europa eine Periode machtvollen industriellen Aufschwungs durchlebte, der die Zahl der Unzufriedenen verringerte; gestern — weil es sich um die nationale Verteidigung handelte; heute — weil die Wiederherstellungstätigkeit der Bourgeoisie einen neuen Krieg hervorgerufen hat und zugleich damit auch die Pflicht der nationalen Verteidigung? Meint Ihr, daß die sozialistische Partei unverzüglich zur wirklichen ideellen und organisatorischen Vorbereitung des revolutionären Ansturms gegen die bürgerliche Gesellschaft schreiten soll zwecks Eroberung der Staatsmacht in kürzester Frist. Ja oder nein?

B. Die Gruppierungen in der französischen Arbeiterbewegung und die Aufgaben des französischen Kommunismus.

I.

In der Epoche, die dem Kriege vorausging, war die Sozialistische Partei Frankreichs an ihren leitenden Spitzen der vollständigste und vollendetste Ausdruck aller negativen Seiten der II. Internationale: des beständigen Bestrebens zur Zusammenarbeit der Klassen, (Nationalismus, Mitarbeit an der bürgerlichen Presse, Kreditbewilligung, Vertrauensvoten gegenüber den bürgerlichen Ministerien usw.), des geringschätzigen oder gleichgültigen Verhaltens gegenüber der sozialistischen Theorie, d. h. den grundsätzlichen sozialrevolutionären Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber, der abergläubischen Verehrung der Götzen der bürgerlichen Demokratie (Republik, Par-

lament, allgemeines Wahlrecht, Ministerverantwortlichkeit usw.), des äußerlichen, rein dekorativen Internationalismus bei außerordentlicher nationaler Beschränktheit, spießbürgerlichem Patriotismus und nicht selten grobem Chauvinismus.

II.

Als schärfste Form des Protestes gegen diese Seiten der Sozialistischen Partei erschien der revolutionäre französische Syndikalismus. Da die Praxis des parlamentarischen Reformismus und Patriotismus sich in Bruchstücke scheinmarxistischer Theorie verhüllte, versuchte der Syndikalismus seine Opposition gegen den parlamentarischen Reformismus durch die anarchistische Theorie zu stärken, angepaßt an die Methoden und Formen der Gewerkschaftsbewegung der Arbeiterklasse.

Der Kampf gegen den parlamentarischen Reformismus verwandelte sich in einen Kampf nicht nur gegen den Parlamentarismus, sondern auch gegen die „Politik" überhaupt, in eine nackte Verneinung des Staates als solchen. Die Syndikate (Gewerkschaften) wurden als einzige berechtigte und wirklich revolutionäre Form der Arbeiterbewegung proklamiert. Der parlamentarischen Vertretung und dem Fürsprechen für die Arbeiterklasse hinter den Kulissen wurde die direkte Aktion der Arbeitermassen gegenübergestellt, wobei der formlosen entschlußkräftigen Minderheit, als Organ dieser direkten Aktion, die entscheidende Rolle zugedacht wurde.

Diese kurze Kennzeichnung des Syndikalismus zeugt davon, daß er bestrebt war, den Bedürfnissen der herannahenden revolutionären Epoche Ausdruck zu geben. Aber die grundlegenden theoretischen Fehler (Fehler des Anarchismus) machten die Bildung eines festen geistig geeinigten revolutionären Kerns unmöglich, der in der Tat fähig wäre, den patriotischen und reformistischen Tendenzen entgegenzutreten. Der sozialpatriotische Sturz des französischen Sozialismus vollzog sich ganz parallel mit dem Sturz der sozialistischen Partei. Wenn auf dem äußersten linken Flügel der Partei eine kleine Gruppe mit Loriot an der Spitze es gewesen ist, die die Fahne des Aufstandes gegen den Sozialpatriotismus hißte, so fiel auf der äußersten Linken des Syndikalismus dieselbe Rolle der anfangs kleinen Gruppe von Monatte und Rosmer zu: zwischen diesen beiden Gruppen entstand bald die notwendige geistige organisatorische Verbindung.

III.

Wir haben oben darauf hingewiesen, daß die form- und rückgratlose longuetistische Mehrheit mit ihrer renaudelschen Minderheit ineinander aufgehen.

Was die sogenannte syndikalistische Minderheit anbelangt, die auf dem letzten Kongreß der Syndikate in Lyon in einigen Fragen ein Drittel der Delegierten erreichte, so stellt sie jene noch äußerst formlose Strömung dar, in der revolutionäre Kommunisten und Anarchisten, die noch nicht mit ihren alten Vorurteilen gebrochen haben und „Longuetisten" (Kom-

promißler) des französischen Syndikalismus nebeneinanderstehen. In dieser Minderheit ist noch der anarchistische Aberglaube gegen die Ergreifung der Staatsmacht sehr stark, wobei sich bei vielen hinter diesem Aberglauben die einfache Angst vor revolutionärer Initiative und das Fehlen des Willens zur Aktion verbergen. Aus der Mitte dieser syndikalistischen Minderheit ist die Idee des Generalstreiks als Mittel zur Verwirklichung der Nationalisierung der Eisenbahnen aufgestellt worden. Das Programm der Nationalisierung, das gemeinsam mit den Reformisten als Losung der Verständigung mit den bürgerlichen Klassen aufgestellt wurde, wird im wesentlichen als Aufgabe der Gesamtnation, dem reinen Klassenprogramm, d. h. der revolutionären Enteignung des Eisenbahn- und sonstigen Kapitals durch die Arbeiterklasse entgegengesetzt. Aber gerade das kompromißlerisch-opportunistische Gepräge dieser Parole, die dem Generalstreik aufgedrängt wird, lähmt den revolutionären Elan des Proletariats, trägt Unsicherheit und Wankelmütigkeit in seine Mitte und zwingt es in Unschlüssigkeit vor der Anwendung eines seiner äußersten Mittel, wie den Generalstreik, zurückzuweichen, der von ihm die größten Opfer im Namen von rein reformistischen, radikal-bürgerlichen Zielen fordert.

Nur eine klare und ausgeprägte Formulierung der revolutionären Aufgaben durch die Kommunisten kann die notwendige Klarheit in die syndikalistische Minderheit hineintragen, sie von den Vorurteilen und den zufälligen Mitläufern befreien und, was die Hauptsache ist, ein ausgeprägtes Aktionsprogramm für die revolutionären Proletariermassen geben.

IV.

Derartige rein intellektuelle Gruppierungen, wie die „Clarte", erscheinen höchst symptomatisch für die vorrevolutionäre Epoche, wenn ein kleiner, wenn der beste Teil der bürgerlichen Intellektuellen im Vorgefühl des Anbruchs der tiefsten revolutionären Krise von den durch und durch verfaulten herrschenden Klassen zurückweicht und sich geistig neu zu orientieren sucht. Derartige, ihrem Wesen nach intellektuellen Elemente, die naturgemäß zum Individualismus, zur Absonderung in besondere Gruppierungen, auf Grund persönlicher Sympathien und Anschauungen hinneigen, sind unfähig, ein bestimmtes System von revolutionären Anschauungen auszuarbeiten, um so weniger anzuwenden und reduzieren daher ihre Arbeit auf eine abstrakte, rein idealistische, kommunistisch gefärbte, durch rein humanitäre Tendenzen verwässerte Propaganda. Mit der kommunistischen Bewegung der Arbeiterklasse aufrichtig sympathisierend, weichen derartige Elemente jedoch nicht selten im schärfsten Moment vor dem Proletariat zurück, wenn die Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen ersetzt wird, um dann nachher wieder dem Proletariat ihre Sympathien zu bringen, wenn es nach Ergreifung der Macht die Möglichkeit erhalten wird, seine kulturschöpferische Kraft zu entfalten. Die Aufgabe des revolutionären Kommunismus ist, den fortgeschritteneren Arbeitern die rein symptomatische Bedeutung derartiger Gruppierungen zu

erklären und an ihrer idealistischen Passivität und Beschränktheit Kritik zu üben. Die fortgeschrittenen Arbeiter dürfen sich unter keinen Umständen als Chor um intellektuelle Solisten gruppieren — sie müssen eine selbständige Organisation schaffen, die ihre Arbeit leistet, abgesehen von Ebbe und Flut der ihnen dargebrachten Sympathien des besten Teils der bürgerlichen Intellektuellen.

V.

Zurzeit ist in Frankreich neben der gründlichen Revision der Theorie und Praxis des französischen parlamentarischen Sozialismus eine entschiedene Revision der Theorie und Praxis des französischen Syndikalismus notwendig, damit seine sich selbst überlebenden Vorurteile die Entwicklung der kommunistischen revolutionären Bewegung nicht hemmen sollen.

a) Es ist vollständig klar, daß die weitere „Negierung" der Politik und des Staates durch den französischen Syndikalismus eine Kapitulation vor der bürgerlichen Politik bedeuten würde. Es genügt nicht, den Staat zu negieren, man muß sich seiner bemächtigen, um ihn zu überwinden. Der Kampf um die Besitzergreifung des Staatsapparates ist eine revolutionäre Politik. Auf sie zu verzichten, bedeutet auf die Grundaufgaben der revolutionären Klasse verzichten.

b) Die entschlußkräftige Minderheit, der die syndikalistische Theorie die Führung übertrug, indem sie sie in Wirklichkeit über die gewerkschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiterklasse setzte, kann nicht formlos bleiben. Wenn man aber diese entschlußkräftige Minderheit der Arbeiterklasse richtig organisiert, wenn man sie durch innere Disziplin, die den unerbittlichen Bedürfnissen der revolutionären Epoche entspricht, verbindet, wenn man sie durch eine richtige Doktrin, ein wissenschaftlich aufgebautes Programm der proletarischen Revolution ausrüstet, so haben wir nichts anderes vor uns, als eine kommunistische Partei, die über allen anderen Formen der Arbeiterbewegung steht und ihre gesamte Arbeit geistig befruchtet und lenkt.

c) Die Syndikate, die die Arbeiter nach Industrien zusammenfassen, können nicht zum Organ der revolutionären Herrschaft des Proletariats werden. Einen solchen Apparat der entschlußkräftigen Minderheit (der kommunistischen Partei) zu liefern, vermögen nur die Sowjets, die die Arbeiter aller Distrikte, aller Industriezweige, aller Berufe umfassen und die dadurch die grundlegenden allgemeinen, d. h. sozialrevolutionären Interessen des Proletariats in den Vordergrund rücken.

VI.

Hieraus folgt die eherne Notwendigkeit der Schaffung einer Kommunistischen Partei Frankreichs, in der sowohl der revolutionäre Flügel der jetzigen Sozialistischen Partei, wie der revolutionäre Trupp des französischen Syndikalismus vollständig aufgehen müssen. Die Partei muß ihren eigenen vollständig selbständigen, streng zentralisierten Apparat schaffen,

unabhängig von der heutigen Sozialitsischen Partei, und von der C. G. T. und den lokalen Syndikaten.

Die heutige Lage der französischen Kommunisten, die die innere Opposition der C. G. T. und der Sozialistischen Partei bilden, verwandelt den französischen Kommunismus gewissermaßen in einen unselbständigen Faktor, in eine gewissermaßen negative Ergänzung der bestehenden Hauptorgane (Partei und Syndikate) und nimmt ihm die notwendige Kampfkraft, den unmittelbaren Zusammenhang mit den Massen und die führende Autorität.

Aus diesem Vorbereitungsstadium muß der französische Kommunismus unter allen Umständen herauskommen.

Den Ausweg bildet das sofortige Herangehen an den Aufbau einer zentralisierten kommunistischen Partei und vor allem die sofortige Schaffung von Tageblättern in allen Hauptzentren der Arbeiterbewegung, die im Gegensatz zu den jetzigen Wochenblättern nicht Organe der inneren Organisationskritik und der abstrakten Propaganda sein sollen, sondern Organe der unmittelbaren revolutionären Anregung und der politischen Leitung des Kampfes der proletarischen Massen.

Die Schaffung einer kampffähigen kommunistischen Partei in Frankreich ist heute eine Lebensfrage für die revolutionäre Bewegung des französischen Proletariats.

L. Trotzki.

Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muss.

I.

Wir befinden uns an einer Wegscheide. Der Kommunistischen Internationale erwächst jetzt die Aufgabe, die Arbeit in ganz anderem Tempo aufzunehmen als bisher. In den 15 Monaten ihrer Existenz ist die Kommunistische Internationale ungemein gewachsen. Vor dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale hatten wir folgendes Bild: auf der einen Seite — die II. Internationale, stark erschüttert und kompromittiert, aber immer noch, wenn auch nur formell, die größten alten Parteien vereinigend; auf der anderen Seite — in der Mehrzahl der Länder die ersten Gruppen von Wagehälsen, die eben erst das kommunistische Banner hißten. Jetzt ist das anders. Jetzt haben wir auf der einen Seite die III. Internationale, der fast alle alten Parteien zustreben und die schon in jedem Lande eine ernste organisatorische Stütze hat und auf der anderen Seite, statt der II. Internationale einen einfachen Trümmerhaufen.

Die Kommunistische Internationale war bisher vornehmlich ein Organ der Propaganda und Agitation. Jetzt wird die Kommunistische Internationale eine Kampforganisation, die die Bewegung in den verschiedenen Ländern unmittelbar leiten muß. Im ersten Jahr ihres Bestehens war die Kommunistische Internationale nur der Bannerträger des zum Entscheidungskampf sich erhebenden internationalen Proletariats. Jetzt wird die Kommunistische Internationale auch zum praktischen Organisator dieses in der Geschichte noch nie dagewesenen grandiosen Weltkampfes.

Das legt der Kommunistischen Internationale völlig neue Pflichten auf. Solange es sich nur darum handelt, daß diese oder jene Partei uns ihre Sympathien ausdrückt, kann die Kommunistische Internationale dadurch nichts verlieren. Wenn die Frage aber den Wunsch der Parteien betrifft, die gestern noch der II. Internationale angehörten, sich organisatorisch der III. Internationale anzuschließen, dann müssen wir doppelte Vorsicht und Umsicht walten lassen.

Auf der Tagesordnung steht die Frage, wie sich die Kommunistische Internationale zur Unabhängigen Partei Deutschlands, zur Französischen Sozialistischen Partei, zur Sozialistischen Partei Amerikas, zur Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, zur Sozialistischen Partei der Schweiz

und zu einigen anderen Gruppen — mit einem Wort zur ganzen Richtung des „Zentrums" verhalten soll, die jetzt am Kreuzwege zwischen der II. und III. Internationale stehen. Die einfachen Mitglieder dieser Parteien, die Arbeiter, drängen diese Organisationen in unsere Reihen, und die Führer des „Zentrums" vollstrecken jetzt ihren mehr oder weniger endgültigen Entschluß, sich organisatorisch der III. Internationale anzuschließen.

Es ist, wie wir meinen, vor allem erforderlich durchzusetzen, daß alle genannten Parteien sich gehörig darüber klar werden, was die III. Internationale jetzt wird und welche Verpflichtungen sie jeder Partei beim Eintritt auferlegt.

Die Kommunistische Internationale weist ultimativ auf die Notwendigkeit des Bruchs mit dem Reformismus und den Reformisten auch in den Parteien hin, in denen die Anhänger unserer Partei die Mehrheit haben, z. B. Italien, Schweden, Jugoslawien und anderen Ländern. Diesen Umstand mögen die Vertreter der obengenannten Parteien, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen wollen, vor allem in Betracht ziehen.

Wir haben jetzt die Möglichkeit erhalten, die Antwort der „Freiheit", des Zentralorgans der U. S. P. D. auf den bekannten programmatischen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an diese Partei kennen zu lernen. Vor allem fällt die Tatsache auf, daß die Antwort auf unser Dokument von niemandem unterzeichnet ist. Unter den in der „Freiheit" erschienenen Artikeln steht nicht die Unterschrift des Zentralkomitees der Partei der Unabhängigen. Das ist somit keine offizielle Antwort des Zentralkomitees der Partei. Und ebenso ist die Antwort auch von keinem einzelnen Literaten unterzeichnet. Wir haben einfach eine von niemand unterzeichnete Artikelserie vor uns. Das wäre aber nur halb so schlimm. Das Hauptübel besteht darin, daß die Verfasser es in ganzen sieben Artikeln fertig gebracht haben, in Nebensächlichkeiten unterzugehen und gar keine Antwort auf die prinzipiellen Hauptfragen zu geben, die der Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale stellt. Man findet in dem erwähnten Artikel kleinliche „Dementis" nebensächlicher Umstände, man findet dort langatmige Wehklagen darüber, daß die russischen Kommunisten, die über die russischen Angelegenheiten sehr gut unterrichtet sind, über die deutschen Angelegenheiten angeblich schlechter unterrichtet seien. Man findet eine Masse wohlgemeinter, elektrischer Phrasen im Geist des wässerigen „Sozialismus" eines Crispien. Aber eine wirkliche, gerade, offene Antwort auf die von uns in aller Schärfe gestellten brennenden Fragen findet man in der Antwort der Unabhängigen nicht. Das Ergebnis ist: die gewöhnlichen Mitglieder der Partei der deutschen Unabhängigen, die Arbeiter und Arbeiterinnen, bedrängen ihre Führer immer mehr und fordern eine ehrliche kameradschaftliche Erklärung über den vorbehaltlosen Anschluß an die Kommunistische Internationale, die rechtsstehenden Führer des Zentralkomitees der

Partei jedoch bremsen diese Vereinigung und suchen sich immer wieder von neuem mit hohlen Phrasen loszuschwindeln.

Bei den obersten Spitzen der Sozialistischen Partei Frankreichs stehen die Dinge nicht besser. Marcel Cachin und Frossard machten in ihren Deklarationen an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale weitgehende Erklärungen. Dabei aber wird das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Frankreichs im alten Geist weitergeführt. In den soeben eingetroffenen Nummern der „Humanité" (ihr Schriftleiter ist bekanntlich Marcel Cachin) finden wir u. a. einen Leitartikel des berüchtigten Renaudel, in dem dieser Bürger erklärt, er sei bereit, Rußland mit seinem Besuch zu beglücken, wenn die Sowjetregierung ihm Garantien gäbe, daß er beliebige Uebersetzer und Mitarbeiter mitbringen und frei im ganzen Lande umherreisen dürfe. Die Redaktion der „Humanité", die sehr wohl weiß, daß Herr Renaudel in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Agent des Völkerbundes, bringt diesen Artikel an leitender Stelle ohne ein einziges Wort der Entgegnung („L'Humanité" vom 10. Juni 1920). In einer anderen Nummer desselben Blattes (vom 16. Juni 1920) finden wir nichts mehr und nichts weniger als einen Artikel von — Pan Ignaz Daszinski, „unserem polnischen Genossen", wie die ehrenwerte Redaktion der „Humanité" sich ausdrückt, die diesen Artikel mit der höflichen Bemerkung bringt, sie veröffentliche ihn als Dokument. Daszinski ist die rechte Hand und der Helfershelfer Pilsudskis, des Henkers der polnischen Arbeiter, des Züchters der polnischen weißen Banden, die gegen Sowjetrußland kämpfen. Die „Humanité" will der III. Internationale angehören, und dabei sieht sie im gegenrevolutionären Einbrecher und Mitglied der II. Internationale Daszinski ihren Genossen. Und in derselben Nummer des Blattes lesen wir einen Artikel Longuets über die Aufgaben der „Mission Cachins und Frossards in der Sowjetrepublik", wo aus jeder Zeile die frühere „Diplomatie" hervorschimmert und an dem nur eines wertvoll ist: die Mitteilung Longuets, daß die äußerste Linke der Sozialistischen Partei Frankreichs (d. h. die Kommunisten) mit aller Entschiedenheit den liebenswürdigen Vorschlag der französischen Longuetisten abgelehnt hat, zusammen mit Cachin und Frossard an der Delegation teilzunehmen.

Wer die Möglichkeit hat, die Tagespresse der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten auch nur ein wenig zu verfolgen, dem ist es vollkommen klar, daß Crispien und Longuet den Eintritt in die Kommunistische Internationale als reine Formsache ansehen. Sie sind bereit, ein paar großsprecherische „Prinzipiendeklarationen" zu machen, aber sie bilden sich ein, daß man in die Kommunistische Internationale eintreten und sich dabei nach wie vor volle Freiheit der opportunistischen „Aktion" vorbehalten kann.

Sie sind „prinzipiell" für den Eintritt in die Kommunistische Internationale, aber sie wollen „nur" aus taktischen Erwägungen etwas damit abwarten, und sie wollen jedenfalls ihre Autonomie bewahren.

„Prinzipiell anerkennen heißt schließlich ablehnen, das ist das Prinzip jedes ernsten Diplomaten". Diese Aeußerung stammt, wenn wir nicht irren, von Bismarck. Die kleinen Bismarcks aus den Reihen der Unabhängigen und der Longuetisten handeln genau nach demselben Prinzip.

> „Ich bin für den Eintritt in die III. Internationale, deren Prinzipien ich anerkenne. Aber aus taktischen Erwägungen glaube ich nicht, daß wir uns für den sofortigen Anschluß an sie hätten aussprechen sollen. Ich schließe mich dem Standpunkt der Unabhängigen Deutschlands an: zuerst nach der Schweiz, dann nach Moskau" (d. h. zuerst der Versuch, in der Schweiz eine Konferenz der Zwischenparteien einzuberufen und eine Art von einer Internationale Zweieinhalb zu gründen, — der berüchtigte Plan der sog. Rekonstrukteure).

Diese Erklärung hat einer der hervorragendsten Vertreter der Sozialistischen Partei Frankreichs, Raoul Verfeuil abgegeben in Beantwortung einer Rundfrage der Pariser kommunistischen Zeitschrift „Revue Communiste" (Kommunistische Rundschau).

Jetzt haben, wie man sagt, einige hervorragende Führer der Longuetisten auf den Plan der Schaffung einer Zwischeninternationale verzichtet. Sie sehen ein, daß irgend eine „Rekonstruktion" unmöglich ist, daß sie sich entweder der III. Internationale anschließen, oder ohne Arbeiter bleiben müssen. Heute befinden sich die Delegierten dieser Partei in Moskau. Aber das ist noch lange keine ernste Garantie dafür, daß die Partei von der opportunistischen Krankheit genesen ist und daß sie sich umsomehr auch gegen die Möglichkeit eines Rückfalls gesichert hat.

Oder nehmen wir einen anderen bedeutenden Vertreter des „Zentrums", den ehemaligen Vorsitzenden der Zimmerwalder Kommission Robert Grimm. Vor einem Jahr war er entschieden gegen die III. Internationale. Ein halbes Jahr später war er geneigt, sich der III. Internationale anzuschließen. Als das Zentralkomitee der Schweizer Partei beschloß, sich der III. Internationale anzuschließen, wurden Grimm und seine Gruppe wieder schwankend und halfen durch die Urabstimmung den Beschluß durchzuführen, der den Anschluß an die Kommunistische Internationale ablehnte. Jetzt hat das Zentralkomitee der Schweizer Partei abermals beschlossen, der III. Internationale beizutreten. Und Robert Grimm ist anscheinend wieder geneigt, sich für diesen Anschluß auszusprechen. Aber man sehe sich an, wie Robert Grimm sich die Bedeutung und die Rolle der Kommunistischen Internationale vorstellt.

In der „Berner Tagwacht", einem Organ, dessen Inspirator Robert Grimm ist, findet sich eine Artikelserie unter der Ueberschrift „Die Internationale". Im vierten von diesen Artikeln lesen wir:

> „Die zweite Internationale hatte ihr Internationales Sozialistisches Büro. Seine Rolle war die des Briefträgers zwischen den verschiedenen Sektionen. Eine selbständige Arbeit, vor allem eine geistige Beeinflussung und Orientierung kannte das Internationale Sozialistische Büro nicht. Das lag weniger an seiner Organisation und den sie leitenden Personen, als an der Ver-

schiedenheit der grundsätzlichen Bekenntnisse, die die zweite Internationale in sich vereinigte."

Gar nicht übel gesagt. In der Tat, das von Huysmans und Vandervelde geleitete Internationale Sozialistische Büro war nichts anderes als ein Briefträger. Und zudem befand sich der Schlüssel zum Briefkasten immer in den Händen der gewandtesten Opportunisten. Es ist klar, daß wir so ein Vollzugsorgan nicht brauchen können. Es ist klar, daß die Kommunistische Internationale ganz anders aufgebaut sein muß. Wie stellen sich Robert Grimm und seine Freunde denn nun die Rolle der Kommunistischen Internationale jetzt vor? Man höre:

> „Was heute not tut, ist zunächst einmal eine internationale sozialistische Revue, die nicht nur informiert, sondern auch bespricht, kritisiert, Vorschläge macht. Was not tut, ist eine ständige Beeinflussung der parlamentarischen Tätigkeit im Sinne gleichzeitiger Geltendmachung einheitlicher revolutionärer Forderungen. Was not tut, ist ein internationaler sozialistischer Nachrichtendienst".*)

Der Leser sieht, daß die Gruppe Robert Grimms, die die Rolle des Internationalen Büros der II. Internationale so nett kritisiert, dem Exekutivkomitee der III. Internationale in Wirklichkeit eine Rolle unterschiebt, die sich von einem Briefträger nur wenig unterscheidet. Robert Grimm und seiner Gruppe kommt es scheinbar gar nicht in den Sinn, daß die Kommunistische Internationale nicht nur eine Zeitschrift herausgeben und nicht nur darauf dringen muß, daß in den Parlamenten zu gleicher Zeit dieselben Forderungen aufgestellt werden, sondern daß sie es verstehen muß, den Kampf der Arbeiter mit den Waffen in der Hand gegen die Bourgeoisie zu organisieren . . .

Sie sind jetzt alle „radikal" geworden — sie alle, die uns im Laufe der letzten Jahre „kritisiert" haben. Da ist z. B. eine programmatische Erklärung des bekannten Vertreters des italienischen Reformismus Treves. Auf die Frage der Zeitschrift „La Revue Communiste", wie Treves sich zur Zugehörigkeit zur III. Internationale stelle, antwortet er:

„Sie fragen mich, ob ich für den sofortigen Anschluß an die III. Internationale bin. Ich antworte: ja!"

Treves ist vorbehaltlos für den Anschluß an die III. Internationale, aber . . . er erklärt dabei:

> „Jede theoretische Unversöhnlichkeit, jeder Wunsch, den verschiedenen Parteien in Bezug auf Programme und Taktik gleiche Verpflichtungen aufzuzwingen, ist ein Unsinn und eine fatale Absurdität, die uns von der Erreichung der Ziele der Internationale nur entfernt."**)

Dieses bezeichnende Zitat von Treves bringt uns unmittelbar auf die gegenwärtige Lage in der italienischen Partei zurück, wo die Mehrzahl

---

*) „Berner Tagwacht", 8. Januar 1920.

**) Les beaux esprits se rencontrent. (Schöne Geister begegnen sich). Die „radikalen" Literaten aus der K. A. P. D. beanspruchen eine ebensolche „Unabhängigkeit" von der Kommunistischen Internationale und eine ebensolche „Autonomie", wie Treves und die anderen Reformisten.

der Arbeiter unbedingt für uns ist, wo aber die hervorragendsten Reformisten sich leider nach wie vor „wie zu Hause" fühlen.

Die Kommunistische Internationale hat natürlich nicht die Absicht, alle Parteien über einen Kamm zu scheren. Die Kommunistische Internationale hat nicht nur in Worten, sondern auch durch die Tat gezeigt, daß sie die Vielgestaltigkeit der Verhältnisse, in denen die verschiedenen Parteien leben und kämpfen, zu berücksichtigen versteht. Die Kommunistische Internationale gibt sich sehr wohl Rechenschaft darüber, daß es ein Gebiet rein örtlicher Fragen gibt, wo das entscheidende Wort der betreffenden Partei gehören muß. Aber Treves spricht natürlich nicht davon. Er sucht sich und seinem reformistischen Flügel eine „Autonomie" zu wahren, die in Wirklichkeit volle Aktionsfreiheit für die Reformisten bedeuten würden*).

In einer redaktionellen Anmerkung der Zeitschrift „La Revue Communiste" zur Antwort Treves sagt die Redaktion: „Gen. Treves ist ein Führer der Sozialreformisten in Italien. Aber welcher Abstand zwischen ihm und unseren Albert Thomas, Renaudel u. a.!"

O weh, die verehrliche Redaktion der „Revue Communiste" hat eine zu hohe Meinung von der Politik Treves! Zwischen Treves und Renaudel besteht selbstverständlich ein Unterschied, das leugnen wir nicht. In Wirklichkeit aber läuft dieser Unterschied darauf hinaus, daß Treves und seine Freunde denselben Reformismus nur geschickter verteidigen.

Die Reformisten, sagen wir, fühlen sich in der italienischen Partei wie zu Hause. Ein Geschäftsmitglied der italienischen Delegation, die in Rußland eingetroffen ist, Bürger Pozzani, hat in einem Interview mit dem nicht unbekannten russischen Professor Tiander, das im „Hufvudstadsbladet" (vom 6. Juni 1920) veröffentlicht ist, erklärt:

> „In den Telegrammen unserer Korrespondenten aus Stockholm wird die italienische Delegation mit Serrati an der Spitze als bolschewistisch bezeichnet. Und diese Meinung hat sich auch in Finnland verbreitet. Pozzani hat jedoch gegen diese falsche Vorstellung protestiert. Die Mitglieder der Delegation waren erstaunt und empört, als sie diese Ansicht vernahmen, sie gehören alle zur sozialdemokratischen Partei, was noch nicht sagen will, daß sie Bolschewiki sind".

*) Soeben erhalten wir die letzten Nummern des Hamburger Blattes der „radikalen" Kommunisten, das von Laufenberg und Wolffheim inspiriert wird. In diesen Nummern sind einige Artikel über die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und der K. A. P. D. enthalten. Auf das Geschimpfe und die Demagogie wollen wir nicht antworten. Folgende „prinzipielle" Erklärung der „radikalen" Führer der K. A. P. D. verdient Aufmerksamkeit.

In der Nr. 64 der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" vom 26. Juni 1920 lesen wir in einem mit L.-W. gezeichneten Artikel unter der Ueberschrift: „Poseure und Diktatur": „Aus einer Meldung über Stockholm haben wir zuerst Kenntnis davon erhalten, daß die Exekutive der Dritten Internationale in Moskau die Eintrittserklärung der Kommunistischen Arbeiterpartei in die Dritte Internationale mit der Behauptung beantwortet hat,

Und derselbe Pozzani erklärt in seinem Interview weiter:

„Die bedeutenden Vorteile, die der Weltkrieg Italien gebracht hat, bestehen in der Erwerbung Triests und Trients. Außerdem hat Italien Valona und die umliegenden Anhöhen besetzt. Was Fiume und das übrige Albanien betrifft, so sind diese Fragen noch nicht entschieden".

Als wir unlängst einige hervorragende italienische Genossen auf ein etwa ebensolches Interview mit Filippo Turati in Italien aufmerksam machten, antworteten sie uns gutmütig (allzu gutmütig!), daß Turati in einem Privatgespräch (in der Presse ist das nicht erklärt worden) geäußert habe, seine Worte seien verdreht worden. Kann man wohl größere Gutmütigkeit gegen die Reformisten an den Tag legen? . . .

Der geriebenste Diplomat des italienischen Reformismus, der Abgeordnete Modigliani, der in der parlamentarischen Fraktion der Sozialistischen Partei Italiens eine sehr große Rolle spielt, hat kürzlich Paris besucht. In einem Gespräch mit Longuet hat Modigliani den Führer der französischen „Unabhängigen" folgendermaßen ermahnt, der III. Internationale beizutreten. Er sagte:

---

daß sich die Partei in allen taktischen Fragen mit der Kommunistischen Internationale in Widerspruch gesetzt habe. Worauf zu bemerken ist, daß die Taktik der Internationale eine Synthese der Taktik der verschiedenen Parteien in den einzelnen Ländern ist, und daß es eine besondere, von der tatsächlichen Praxis der kommunistischen Partei unabhängige Taktik nicht gibt und auch nicht geben kann, weil die Bestimmung über die Taktik Sache der Proletarier der einzelnen Länder selbst, nicht aber Sache irgend welcher Konventikel ist. Wenn freilich das Exekutivkomitee der Meinung sein sollte, daß die spezifisch russische Taktik zwangsweise und auf Grund von Mehrheitsbeschlüssen eines Moskauer Konventikels auf alle Länder zu übertragen ist, dann erhält der oben zitierte Satz einen Sinn, der kennzeichnend wäre für die Auffassung dieses Exekutivkomitees über die Erfordernisse einer revolutionären internationalen Politik".

Nicht übel!

Fahrt nur in demselben Sinne fort, ihr Herren Wolffheim und Laufenberg, je mehr ihr Euch gehen laßt, desto schneller werden die Arbeiter Euch durchschauen und Euch den Rücken kehren.

Nach dem Rezept der Laufenberg und Wolffheim ist die Aufgabe der Kommunistischen Internationale einfach — eine „Synthese" zu geben von dem, was diversen Konfusionisten, Nationalisten usw. in den Sinn kommt. Man nehme die Anschauungen eines Wolffheim und die Anschauungen eines Crispien, addiere sie und teile sie durch zwei — dann ergibt sich die „Synthese". Bisher haben wir die Aufgaben der Kommunistischen Internationale etwas anders aufgefaßt.

Laufenberg und Wolffheim merken nicht, wie sie von Stufe zu Stufe immer tiefer und tiefer sinken. Das, was sie von der Aufzwingung einer „spezifisch russischen Taktik" sagen, ist ja bei niemand anders abgeschrieben, wie bei Hilferding und Kautsky. Und das, was sie freundlichst der III. Internationale vorschlagen, ist eine Rückkehr zu der Praxis der II. Internationale. Nicht mehr und nicht weniger.

„Mein Freund Longuet, warum sollen wir wahrhaftig nicht in die Kommunistische Internationale eintreten? Wozu verpflichtet uns das? In Wirklichkeit zu nichts anderem, als dazu, etwa alle zwei Wochen einmal dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale eine Postkarte mit hübschen Ansichten und Landschaften zu senden".

Dieses Bruchstück des lieblichen Dialogs zwischen den beiden Freunden ist offiziell in einer Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale wiedergegeben worden. Auch Gen. Serrati hat in seiner offiziellen Rede im Exekutivkomitee dieses Gespräch zitiert. Wer die Tätigkeit des Abgeordneten Modigliani kennt, der wird keinen Augenblick daran zweifeln, daß er diese Worte tatsächlich gesagt hat. Dadurch unterscheidet sich Modigliani eben von den anderen italienischen Reformisten, daß sich in ihm eine gewisse italienische Sentimentalität wunderbar „harmonisch" mit einem unglaublich . . . groben politischen Zynismus vereinigt hat.

Der Reformist Modigliani hat in seinem kurzen, aber geflügelten Wort das Allerheiligste des „linken" Reformismus zum Ausdruck gebracht. Ja, alle diese Herren setzen voraus, daß der Eintritt in die Kommunistische Internationale sie zu nichts verpflichtet, außer dazu, uns hübsche Postkarten zu senden. Einen Vorteil aber haben sie vom Eintritt in die III. Internationale jedenfalls: in den Augen der einfachen Arbeiter werden sie im Glanz der III. Internationale schimmern, die Arbeiter werden ihnen mehr Vertrauen entgegenbringen und jedenfalls aufhören, sie in den Versammlungen auszupfeifen.

Die Herren Modigliani verfahren nicht so grob wie Noske. Die Lehre Kerenskis und Zeretellis ist für sie nicht umsonst gewesen. Sie treten jetzt nicht ins bürgerliche Kabinett ein, wo man sie gern aufnehmen würde. Sie „konservieren" sich für bessere Tage. Statt dessen wollen sie vorläufig in die III. Internationale „eintreten" (als ob das irgend ein Gasthaus ist) und sich eine Stellung unter den revolutionären Arbeitern erobern. Wenn aber die Entscheidungsstunde schlägt, dann werden sie emporschwimmen und die Diktatur des Proletariats von innen heraus sabotieren.

All diesen Reformisten muß man zu verstehen geben, daß der Eintritt in die Kommunistische Internationale zu etwas mehr verpflichtet und daß die Kommunistische Internationale es verstehen wird, die „feinste" Politik der gewandtesten Geschäftsleute des gerissensten Reformismus zu entlarven.

Die Kommunistische Internationale wird zur Kampforganisation der revolutionären Arbeiter. Wir brauchen Kämpfer und nicht . . . Diplomaten.

II.

Die gewaltige Revolutionierung der Köpfe der Arbeiterklasse in der ganzen Welt hat auf dem einen Pol zu den wenig anziehenden Erscheinungen an den „Spitzen" der alten sozialistischen Parteien geführt, auf

die wir oben hingewiesen haben. Und dieselbe Revolutionierung der Massen hat auf dem anderen Pol andere Erscheinungen hevorgerufen. Wir meinen die instinktiv-revolutionäre, aber theoretisch noch äußerst unklare Bewegung der Shop-Stewards in England, der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) in einer ganzen Reihe von Ländern, sowie des revolutionären Teils der Syndikalisten und Anarchisten.

Die russischen Bolschewiki hatten ihre Stellungnahme zum revolutionären Syndikalismus schon vor etwa 15 Jahren festlegen müssen, als der revolutionäre Syndikalismus in Frankreich seine Flitterwochen durchlebte. Und die russischen Bolschewiki haben bereits damals die Spreu vom Weizen zu sondern und das gesunde Korn zu finden versucht, das im elementaren Protest der Arbeitermassen gegen den Opportunismus enthalten war, dem Protest, der seinen Ausdruck fand in den Sympathien für den revolutionären Syndikalismus.

Dasselbe Verfahren müssen wir auch jetzt einschlagen. Und der erste konstituierende Kongreß der Kommunistischen Internationale hat dieses Verfahren eigentlich schon vollkommen vorgezeichnet. Das Vorurteil gegen die Heranziehung der Anhänger der Shop Stewards, der revolutionären Syndikalisten usw. in unsere Reihen, das sich zuweilen seitens einiger hervorragender Persönlichkeiten der Kommunistischen Internationale bemerkbar macht, muß von uns unbedingt überwunden werden. In der genannten Bewegung ist vieles zweifellos noch unklar und sogar verworren, das leugnen wir nicht einen Augenblick. Aber zugleich ist die Bewegung der Shop Stewards in ihrer Grundlage eine gesunde und in ihrem Bestande eine rein proletarische Bewegung. Wir müssen verstehen, geduldig zu warten, bis diese Bewegung sich in eine kommunistische herauskristallisiert. Wir müssen zur Erleichterung und Beschleunigung dieses Vorgangs beitragen.

Diese Bewegungen tragen einen Uebergangscharakter. Sie sind erzeugt durch eine eigenartige Entwicklungsetappe in den Ländern, wo die alten „klassischen" Trade-Unions und die alten amtlichen sozialistischen Parteien sich unwiderruflich kompromittiert haben, wo aber kommunistische Parteien entweder überhaupt noch nicht haben entstehen können, oder noch äußerst schwach sind. Solche Länder sind vor allem England und Amerika. Die Kommunistische Internationale darf und wird den Vorurteilen dieser instinktiv revolutionären, aber theoretisch unklaren Tendenzen keine einzige geistige Konzession machen. Aber sie wird ihnen offen und kameradschaftlich die Hand reichen — in der vollen Ueberzeugung, daß diese Gruppen uns mit jedem Tage näher kommen werden.

Was den revolutionären Syndikalisten, den Betriebsältesten, den I. W. W. und dem kommunistischen Flügel der Anarchisten am meisten mangelt, ist das Verständnis für die Rolle der kommunistischen Partei: die Anhänger dieser Strömungen sind gewöhnt, zwischen den Begriffen „Politik" und „Politikantentum" ein Gleichheitszeichen zu setzen. Sie sind gewohnt, nur prinzipienlose Parteien zu sehen, nur Par-

teien, die von parlamentarischen Strebern geführt und vom Opportunismus zerfressen werden. Um diese Leute zu überzeugen, um diese Organisationen von der Voreingenommenheit gegen die Partei zu heilen, muß man ihnen in der Praxis andere Parteien zeigen, wahrhaft kommunistische Parteien, Parteien mit klarem Programm, revolutionärer Taktik und eiserner Disziplin, Parteien, die das Beste in sich aufzusaugen wissen, was in der Arbeiterklasse vorhanden ist, Parteien, die das Proletariat zum Sturm auf die Festen des Kapitalismus zu führen verstehen. Hier bedarf es vor allem der Propaganda durch die Tat.

— Du glaubst nicht daran, daß wahrhaft proletarische, kommunistische Parteien möglich sind? Dir scheint, daß jeder Parlamentarismus unbedingt opportunistisch ist? Du glaubst, daß jede Partei nur Politikantentum treibt: Schau, da ist die Kommunistische Partei Rußlands, die es verstanden hat, an die Spitze der gesamten Arbeiterklasse ihres Landes zu treten und die Bourgeoisie zu enteignen! Schau: da ist die Kommunistische Partei Deutschlands, die trotz allem in ihren Reihen die Blüte der Arbeiterklasse zu vereinigen versteht! Schau: da entstehen in Italien, Bulgarien, Frankreich, England, Amerika ebensolche Parteien! Schau und lerne, und auch du wirst bald begreifen, daß auf die kommunistische Partei zu verzichten dasselbe ist wie auf seine eigene rechte Hand zu verzichten.

So müssen wir zu den Proletariern sprechen, die den genannten Organisationen angehören. Und dann werden sie sehen, daß die Kommunistische Internationale recht hat. Und dann werden sie sich uns voll und ganz anschließen und auf einen Schlag unseren kommunistischen Parteien eine ernste proletarische Grundlage gerade in den Ländern geben, wo diese Grundlage bislang noch fehlt.

III.

Die Kommunistische Internationale hat sich bisher, wir wiederholen es, vornehmlich mit Propaganda befaßt. Sie muß jetzt zur Organisierung des unmittelbaren Kampfes der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder gegen die Bourgeoisie übergehen. Das stellt uns nun seinerseits vor eine neue Aufgabe. Wir müssen dahin kommen, daß keine einzige Arbeiterorganisation, die auch nur einigermaßen Massencharakter trägt, sich in den Händen unserer Gegner befindet.

Wir können nicht vergessen, daß, obgleich die II. Internationale zertrümmert ist, in Amsterdam eine internationale Vereinigung der gelben Gewerkschaften entstanden ist, auf die die II. Internationale sich von neuem zu stützen sucht.

Für die Kommunistische Internationale als Ganzes kann die Frage gar nicht einmal ernstlich gestellt werden, ob die Kommunisten aus den Gewerkschaften austreten dürfen oder nicht — eine Frage, die von den „linken" Kommunisten in Deutschland, Holland und England aufgerollt worden ist. Nicht aus den Gewerkschaften „fortgehen", sondern in die

Gewerkschaften eintreten in den Ländern, wo wir in sie noch nicht eingetreten sind — das ist die Losung der Kommunistischen Internationale. Ueberall, wo es Arbeiter gibt, müssen auch die Kommunisten da sein. Wir können nicht einige Millionen Arbeiter der Beeinflussung durch die Sozialverräter überlassen und selbst zur Seite treten. Die aus den politischen Parteien vertriebenen Sozialverräter haben sich in den Gewerkschaften verschanzt. Wir müssen auch diese Festung einnehmen, wir müssen sie regelrecht, systematisch, geduldig belagern, wir müssen die Verräter der Arbeiterklasse aus ihrem letzten Zufluchtsort verjagen, wir müssen diesen letzten Puffer zwischen uns und der Bourgeoisie vernichten, und dann werden wir Auge in Auge den Kapitalisten gegenüberstehen, denen es dann nicht gut ergehen wird.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat vor nun schon einem halben Jahre die Frage hinsichtlich der Gründung einer internationalen Vereinigung der roten Gewerkschaften aufgerollt als Gegengewicht zur internationalen Vereinigung der gelben „sozialdemokratischen", „freien" Gewerkschaften. Dieses Unternehmen — wir verhehlen uns das nicht — schreitet sehr langsam vorwärts. Wir stoßen auf diesem Gebiet auf eine ganze Reihe praktischer Schwierigkeiten. Wir müssen damit rechnen, daß sogar in einem solchen Lande wie Italien, wo die Arbeiterklasse voll und ganz für uns ist, die Gewerkschaften, die sich kommunistisch nennen, in Wirklichkeit in den Händen reformistischer Führer ganz absichtlich nun schon seit über sechs Jahren keinen Kongreß der Gewerkschaften Italiens einberufen: denn sie wissen, daß die Arbeitermassen unvergleichlich radikaler gesinnt sind als die reformistischen Führer. Wir müssen ferner damit rechnen, daß die Schichttrennung innerhalb des alten Trade-Unionismus in England (die Ausscheidung des sog. „Dreibundes" usw.) immer noch recht langsam vor sich geht und daß die Führer des linken Flügels der englischen Trade-Unions auch zuweilen von reformistischen Vorurteilen angesteckt sind. Wir müssen ferner auf dem anderen Pol damit rechnen, daß die Führer der Bewegung der Shop Stewards und analoger Bewegungen häufig von anarchistischen Vorurteilen durchdrungen sind.

Und schließlich ist die Frage der Vereinigung der internationalen roten Gewerkschaften auch an sich und dem Wesen der Sache nach keineswegs leicht zu lösen. Wir sind gegen die Teilnahme am Zentralkomitee der Amsterdamer Internationalen Vereinigung der gelben Gewerkschaften. Aber wir sind für die Teilnahme der Kommunisten und uns Gleichgesinnten an den internationalen Kongressen der Gewerkschaften einzelner Industrien oder Berufe, denn diese letzteren internationalen Kongresse sind mit den Arbeitermassen recht nahe verbunden. Wir sind gegen eine unverzügliche allgemeine Spaltung aller Gewerkschaften, und wir sind zugleich für den schonungslosen Kampf gegen die gelben Führer dieser Gewerkschaften.

Alles das schafft große Schwierigkeiten auf dem Wege zur Lösung

der. Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Aber wir wiederholen: damit die Kommunistische Internationale das wird, was sie werden soll, muß das Problem der Organisierung einer internationalen Vereinigung der roten Gewerkschaften unter allen Umständen gelöst werden.

IV.

Und schließlich, damit die Kommunistische Internationale das werden kann, was sie werden soll, ist es für uns notwendig, daß wir in einem jeden Lande nur eine kommunistische Partei haben. In Amerika haben wir bisher zwei kommunistische Parteien gehabt, in Deutschland — ebenso. In England haben wir 4 oder 5 einzelne kommunistische Gruppen. In Frankreich ebenso. Dem muß ein Ende bereitet werden.

Die klarste prinzipielle Abgrenzung hat zwischen den beiden kommunistischen Parteien in Deutschland sich abgezeichnet. Aber auch hier ist, wie wir glauben, das schwerste schon überwunden, und die Zeit ist jetzt nahe, wo es uns gelingen wird, in Deutschland eine einige kommunistische Partei zu schaffen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) hat zweifellos große organisatorische und politische Fehler begangen. Der wichtigste politische Fehler des Spartakusbundes besteht in seinem Verhalten während der Kapptage. Wir veröffentlichen in dieser Nummer höchst wichtige Erklärungen so hervorragender Führer der K. P. D. wie Klara Zetkin, Paul Levi, Ernst Meyer. Diese Briefe, die die schwankende Stellungnahme des Zentralkomitees der K. P. D. in den Kapptagen aufs schärfste geißeln, schaffen dadurch eine neue Situation. Sie eröffnen die volle Möglichkeit für die aufrichtigen revolutionären Arbeiter, die in die zweite „linke", Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (K. A. P. D.) übergegangen sind, sich mit der alten Partei wieder zu vereinigen. In den Reihen der K. A. P. D. befinden sich viele ergebene und ehrliche Proletarier, die durch den Opportunismus und die Ungeschicktheit der Mehrheit des Zentralkomitees der K. P. D. (Spartakusbund) verhindert worden waren, sich uns anzuschließen. Die Kommunistische Internationale wird die „linken" Abweichungen der K. A. P. D. prinzipiell verurteilen und auf die Fehler des Zentralkomitees der alten K. P. D. hinweisen. Auf dieser Grundlage muß in Deutschland eine einige kommunistische Partei geschaffen werden.

In Frankreich müssen wir um jeden Preis den Skeptizismus schon gegen die bloße Idee der Schaffung einer kommunistischen Partei überwinden, der noch bei den Führern der revolutionären Syndikalisten geblieben ist, und unter ihnen, wie es scheint, auch bei so verdienten Genossen wie Gen. Rosmer. Die Zeit ist gekommen, da in Frankreich, koste es was es wolle, eine einige kommunistische Partei geschaffen werden muß. Und dabei müssen wir selbstverständlich mit der Organisation einer kompakten Partei wirklicher Gesinnungsgenossen beginnen, die dann schon nachher die Elemente zu sich heranziehen werden, die jetzt noch nicht völlig kommunistisch sind.

In England hat dieser Tage die Gruppe der Gen. Sylvia Pankhurst den übereilten Versuch gemacht, eine kommunistische Partei zu schaffen auf der „linken" Grundlage der Ablehnung jeder Teilnahme an den Parlamenten und des ablehnenden Verhaltens zur Arbeiterpartei Englands. Die Kommunistische Internationale vermag diesen Versuch keinesfalls als das letzte Wort kommunistischer Weisheit anerkennen. Im Gegenteil, wir werden alle Anstrengungen tun, um in England alle kommunistischen Gruppen ohne Ausnahme zu vereinigen. Und dabei natürlich nicht auf der separatistischen Plattform des „Radikalismus", sondern auf der Plattform der Entscheidungen der gesamten Kommunistischen Internationale.

Die Bruderpartei Italiens befindet sich auf dem besten Wege dazu, eine gewaltige geschichtliche Rolle in den Schicksalen ihres Landes zu spielen. Zu diesem Zweck muß sie sich von den Elementen des Reformismus reinigen. Dazu ist es erforderlich, daß die Gewerkschaftsbewegung Italiens sich nicht in den Händen von Reformisten, sondern von wirklichen Kommunisten befindet. Dazu ist es erforderlich, daß die besten Elemente der Turiner Sektion, die gegenwärtig in einer gewissen Opposition zur Parteimehrheit steht, sowie die vom Gen. Bordiga geleitete „abstentionistische" Strömung sich mit der führenden Mehrheit der italienischen Kommunisten wieder vereinigen auf der Grundlage der Entscheidungen des zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Den schwedischen Kommunisten steht dieselbe Arbeit einer Säuberung ihrer Reihen von bewußten und halbbewußten Reformisten bevor.

Die reformistische Krankheit ist ansteckend. Sie hat auch einige junge Parteien berührt, wie z. B. unsere Partei in Jugoslawien. Sie hat auch die alte, verdienstvolle Kommunistische Partei Bulgariens nicht völlig verschont. Sache der Kommunisten ist es, sich diese unsere Schwächen nicht zu verhehlen, sei es auch aus dem falsch verstandenen Gefühl des Parteipatriotismus heraus. Unsere Sache ist es, den Tatsachen Rechnung zu tragen und der Gefahr offen ins Gesicht zu sehen.

* * *

Unter den Parteien, die zur Kommunistischen Internationale gehören oder gehören wollen, ist häufig im Zusammenhang damit, da sie sich noch nicht von den Elementen des Zentrums und Reformismus gesäubert haben, eine Erscheinung zu beobachten, die man als „Reihenfolgespiel" bezeichnen möchte. Die Partei des einen Landes sagt: wir werden den Entscheidungskampf um die Macht nicht eher beginnen, als bis sie in jenem — uns benachbarten — Lande erobert ist. Wir wollen uns zuerst den Rücken decken. Anfangen mögen jene. Möge der Sieg in jenem Staat gesichert sein, und dann werden wir anfangen.

Selbstverständlich liegt der Kommunistischen Internationale nichts ferner als die Aufmunterung zu unbedachten Empörungen und Putschen.

Sie wird die Ereignisse unter keinen Umständen forcieren, sondern ihre Entwicklung ruhig und kaltblütig abzuwarten verstehen und erst dann zur Tat aufrufen, wenn die Dinge reif sein werden. Gleichzeitig aber wird die Kommunistische Internationale nicht vergessen, daß eine solche Ideologie des Kampfes „der Reihe nach" vielen Parteien der II. Internationale in hohem Grade eigen war. Schon dies allein ist hinreichend, damit wir uns Argumenten gegenüber, wie den oben angeführten, skeptisch verhalten.

* * *

Die Kommunistische Internationale war im Jahre 1919 vornehmlich eine Gesellschaft für kommunistische Propaganda. Im Jahre 1920 wird die Kommunistische Internationale eine kampfbereite Arbeiterassoziation, die den unmittelbaren Sturm auf die Festungen des Kapitalismus organisiert. Der Bürgerkrieg flaut nicht ab, er entbrennt mit noch nie dagewesener Kraft. Der Krieg Sowjetrußlands mit dem Polen der Pans besitzt gewaltige internationale Bedeutung und eröffnet der internationalen Revolution unerhört günstige Aussichten. Die Ereignisse im Osten haben eine kolossale Bedeutung. Was wir gegenwärtig im nahen und fernen Osten sehen, ist vorerst nur ein schwacher Anfang. Im Osten lodern die ersten Flammenzungen des Revolutionsbrandes empor. Die Zeit ist nicht fern, da der ganze Osten in revolutionärer Lohe entbrennen wird.

In den Ländern, wo die Arbeiterklasse auch nur im Laufe einiger Wochen an der Macht war, hat die ganze Wut der Gegenrevolution nicht verhindern können, daß in diesen Ländern vor unseren Augen eine neue proletarische Revolution heranwächst. Am meisten Arbeiterblut haben die Henker in Ungarn vergossen. Aber auch dort — jetzt ist das vollkommen klar — erhebt die proletarische Revolution von neuem ihr Haupt. Der zweite Platz hinsichtlich der Menge der von der Bourgeoisie an der Arbeiterklasse verübten Schandtaten gebührt zweifellos dem weißen Finnland. Aber auch dort hat die proletarische Revolution sich bereits wieder aufgerichtet.

Wir haben dieser Tage Gelegenheit gehabt, mit zwei Arbeitern zu sprechen, die direkt aus Helsingfors kamen, wo sie im Laufe eines Jahres eine große illegale kommunistische Arbeit geleistet haben. Eine kleine Stichprobe aus dem, was gegenwärtig in Finnland vorgeht, zeigt uns mit einem Schlag, wie die Stimmung der finnländischen Arbeiter jetzt ist.

Die Genossen berichten uns, daß fast in allen Städten und Industrieflecken Finnlands, die im Jahre 1918 Schauplatz des Kampfes zwischen den Weißen und Roten gewesen waren, jetzt eigenartige „Sonnabende" organisiert werden. An den Sonnabendnachmittagen und an den Sonntagen versammeln sich zahlreich die Arbeiter und noch zahlreicher die Frauen der werktätigen Klasse auf den Friedhöfen, wo die Opfer des weißen Terrors bestattet sind, bringen die Gräber aufmerksam und liebevoll in Ordnung, schmücken sie und errichten einfache, anspruchslose

Denkmäler für die Arbeiter, die im Kampf gegen die Bourgeoisie gefallen sind. Im Volk entstehen einfache kunstlose Lieder und schlichte Verse zu Ehren der gefallenen Kämpfer. Und als ständiger Kehrreim wird der einfache Gedanke ausgesprochen: ihr seid nicht umsonst gefallen, wir werden euer Werk fortsetzen, aus euren Gebeinen wird sich ein grausiger Rächer erheben . . .

Die finnländische Bourgeoisie aber sieht dies alles und ist ohnmächtig, irgend etwas zu unternehmen, denn das ist eine Massenbewegung, denn so denken alle Arbeiter und die gewaltige Mehrheit der werktätigen Bauern.

Das ist ein Symbol. Das beleuchtet mit einem Schlag die Gesamtlage der Proletarier in dem erbitterten Bürgerkrieg, der sich vor unseren Augen abspielt. Die proletarische Revolution kann jetzt von niemand mehr zugrunde gerichtet werden — sie kann nur hingezögert werden, die Verräter aus unserer eigenen Mitte können erreichen, daß sie mit größeren Opfern für die Arbeiterklasse verknüpft sein wird.

Und noch auf etwas hat ein einfacher Helsingforser Arbeiter, der aus der Hauptstadt des Landes eingetroffen ist, wo die Bourgeoisie 30.000 Proletarier hingeschlachtet hat, uns hingewiesen. Er hat uns gesagt: die finnländischen Arbeiter hassen natürlich die Bourgeoisie, aber noch mehr hassen sie die weißen finnischen Sozialdemokraten, die uns während der Revolution verraten haben. Unsere allgemeine Stimmung geht dahin: zuerst mit den Verrätern, den gelben Sozialdemokraten, aufzuräumen, die Bourgeoisie aber kann uns nicht entgehen, auch an sie wird die Reihe kommen.

In diesen Worten zeigt sich, wenn auch vielleicht in etwas paradoxer Form, die richtige Einschätzung der Tatsachen, das nun fast schon in der ganzen Welt die Bourgeoisie ausschließlich dank der Unterstützung der gelben Sozialdemokratie besteht. Noch nie ist die reaktionäre Rolle der Anhänger der II. Internationale so klar gewesen wie eben jetzt.

Eine gigantische Arbeit steht der Kommunistischen Internationale und allen Parteien bevor, die ihr angehören. Die Kommunistische Internationale muß zum tatsächlichen Generalstab der erwachten und vor unseren Augen erstarkenden internationalen Proletarierarmee werden. Die internationale kommunistische Bewegung wächst lawinengleich an. Die internationale proletarische Revolution wächst. Die Kommunistische Internationale muß verstehen, sie zu organisieren und zu leiten. Sache der Kommunistischen Internationale ist es, nicht nur den Sieg vorzubereiten, nicht nur während der Eroberung der Macht die Arbeiterklasse zu lenken, sondern auch nach der Eroberung der Macht die gesamte Tätigkeit der Arbeiterklasse zu leiten.

Die Kommunistische Internationale wird entweder eine geschlossene, disziplinierte und zentralisierte internationale Kampforganisation sein, oder sie wird ihre große geschichtliche Sendung nicht erfüllen können.

Das muß die Kommunistische Internationale werden, und das wird sie ohne jeden Zweifel werden.

G. Sinowjew.

Die Diktatur des Proletariats.

(Zwei strittige Fragen in der internationalen Arbeiterbewegung.)

Die Beharrlichkeit der Ideologie, der Theorie, der Prinzipien, die Langsamkeit ihrer Anpassung an das rasch dahinströmende Leben, ihr beständiges Zurückbleiben hinter den neu sich umgestaltenden Formen des Kampfes ist vom Marxismus wiederholt hervorgehoben worden. Im Kampf für den Kommunismus stoßen wir immer wieder auf diesen Umstand, immer wieder muß festgestellt werden, wie groß noch das sklavische Festhalten an der alten Ideologie selbst bei den besten Vertretern der modernen Arbeiterbewegung ist, soweit sie in der Atmosphäre Europas der Vorkriegszeit erzogen worden sind.

Besonders erstaunlich äußert sich dieser Konservativismus des Denkens bei der Behandlung der Frage der Diktatur. Sechs Jahre Krieg und Revolution (1914—1920) haben, so sollte man meinen, diese Frage restlos und allseitig, durch die Praxis, durch die Tatsachen des täglichen Lebens der Massen, geklärt, aber bei alledem muß man sogar unter Genossen, die in der einen oder anderen Form der III. Internationale angeschlossen sind, auf die Frage stoßen: „Was ist die Diktatur des Proletariats?" „Kann die Arbeiterbewegung ihr Ziel nicht ohne Diktatur erreichen?" „Warum ist die Diktatur unvermeidlich?" Ich habe diese Fragen nicht nur von der Delegation der englischen Trade-Unionisten, sondern auch von einigen Mitgliedern der Delegation der italienischen Sozialisten gehört.

Wenn man diese Fragen hört, kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß die Fragesteller einen ganzen Geschichtsabschnitt verschlafen haben, und vor allem den Weltkrieg von 1914—1918. Denn diese Jahre waren ein Musterbeispiel für eine Epoche der Diktatur, und die Art der Kriegführung war ein Vorbild für die Anwendung diktatorischer Methoden bei der Leitung des Staates.

Vom Gesichtspunkt der Staatsleitung aus bestand der imperialistische Krieg darin, Millionen von Menschen zu sammeln und einer einheitlichen Leitung zu unterstellen, ihre Versorgung und Beförderung zu sichern und diese Millionenmassen zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe zu zwingen. Diese Aufgaben waren diesen Millionen fremd und für jeden einzelnen von ihnen, sowie für alle zusammen, mit unerhörten Leiden, Entbehrungen und der Gefahr der Vernichtung verbunden. Auf welche Weise sind denn nun die Regierungen Europas, Amerikas und Asiens dieser ihrer Aufgabe gerecht geworden? Durch welche Methoden haben sie die Sammlung und Versorgung, den Transport und die Leitung dieser Millio-

nen sichergestellt? Durch welche Methoden haben sie es erreicht, daß das gesamte staatliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche Leben des Staates den von den Regierungen festgesetzten Aufgaben angepaßt wurde? Wurde das durch Demokratie erzielt? Durch den Parlamentarismus? Durch Verwirklichung der „Volks"-Souveränität?

Volksouveränität, Demokratie, Staat, Parlamentarismus können sogar vom Standpunkt ihrer heuchlerischen bürgerlichen Verteidiger aus nichts anderes bedeuten, als die Erörterung und Entscheidung wenigstens der wichtigsten Fragen des staatlichen und öffentlichen Lebens durch die „freien" und vor dem Gesetz „gleichen" Bürger.

Aber heute weiß auch der ungebildetste Bauer der zurückgebliebensten aller in den Krieg hineingezogenen Ländern, daß die Staatsleitung in den Jahren 1914—1918 sowohl im allgemeinen als auch in jeder Einzelheit eine ausgesprochene, einfache, elementare Verneinung dieser Grundlage der bürgerlichen Demokratie war. Die Demokratie, die Parlamente, die Wahlen, die Preßfreiheit blieben, wenn überhaupt, nur als einfachste Kulisse bestehen: in Wirklichkeit wurden alle in den Krieg hineingezogenen Staaten, d. h. die ganze Welt, nach den Methoden der Diktatur verwaltet, die, wenn es für sie vorteilhaft und bequem war, Wahlen und Parlament und Presse ausnutzte.

Man muß ein blinder Tor oder ein bewußter Betrüger der Masse sein, um die Grundtatsache nicht zu sehen oder sie zu verhehlen: die bürgerlichen Staaten Europas, Asiens und Amerikas behaupteten sich im kritischsten Zeitraum ihrer Geschichte, im Augenblick des Kampfes um ihre Existenz nicht durch Demokratie und Parlamentarismus, sondern durch offenen Uebergang zu den Methoden der Diktatur.

Das war die Diktatur der Heereskommandos, des Offizierskorps und der Schwerindustrie, denen nicht nur dem Wesen nach, sondern auch der Form nach die Macht im Heer und im Lande gehörte, die nicht nur über das Leben, sondern auch über das Eigentum des Landes und jedes Bürgers verfügten, und zwar nicht nur über die Lebenden, sondern auch über die noch nicht zur Welt gekommenen (die Kriegsanleihen und Schulden der Herren Romanow, Hohenzollern, Clemenceau und Lloyd-George sind auf das Leben und die Arbeit der kommenden Geschlechter berechnet).

Im Laufe mehrerer Jahre entwickelt sich vor der ganzen Menschheit das Bild der Praxis der Diktatur, die die ganze Welt beherrscht, alles bestimmt, alles regelt, alles durchdringt, ihre Wirksamkeit durch 20 Millionen Leichen auf den Feldern Europas und Asiens bekräftigt hat. Es ist daher natürlich, wenn die Kommunisten auf die Frage „Was ist Diktatur?" antworten: „Oeffnet die Augen und ihr werdet vor euch das vortrefflich ausgearbeitete System der bürgerlichen Diktatur sehen, die ihr Ziel erreicht hat, denn sie hat eine solche Zusammenfassung der Macht in den Händen eines kleinen Häufleins von Weltimperialisten gegeben, daß sie ihnen gestattete, ihren Krieg durchzuführen und ihren (den Versailler) Frieden zu erzwingen. Stellt euch nicht so, als ob

die Diktatur als Regierungssystem, als Machtform irgend jemanden schrecken kann, außer die alten Weiber des spießbürgerlichen Pazifismus. Die Diktatur des Proletariats wirft nicht die „Gleichheit", „Freiheit" und „Demokratie" aus dem Sattel, sondern nur die bürgerliche Diktatur, die in den Jahren 1914—1917 gezeigt hat, daß sie die blutigste, tyrannischste schonungsloseste, zynischste und heuchlerischste von allen Machtformen ist, die jemals zur Anwendung gelangt sind.

Die Theoretiker des Kommunismus seit Karl Marx haben jedoch schon längst nachgewiesen, daß die Diktatur des Proletariats nicht darin besteht, die Bourgeoisie durch das Proletariat an der vorhandenen Maschine der Staatsverwaltung zu ersetzen. Die Diktatur des Proletariats hat die Aufgabe, den ganzen von der Bourgeoisie geschaffenen Apparat der Staatsmacht zu zerbrechen und ihn durch einen anderen, auf anderen Grundlagen geschaffenen zu ersetzen, der sich auf ein neues Verhältnis der Klassen stützt.

Die Diktatur des Proletariats paradiert in den Programmen der sozialistischen Parteien seit den siebziger Jahren des XIX. Jahrhunderts. Jedoch in der ganzen Periode der II. Internationale ist sie kein einziges Mal und in keinem einzigen Fall zur praktischen Tagesaufgabe geworden und sie hat weder die Aufmerksamkeit der Praktiker noch die der Theoretiker der Arbeiterbewegung auf sich gelenkt; und erst als in den Jahren 1914—1918 durch den Schleier der Demokratie, des Parlamentarismus und der politischen Freiheiten die unzweideutigen Züge der bürgerlichen Diktatur deutlich hervortraten, wurde die Idee der Diktatur des Proletariats eine reale Macht. Sie wurde es aus dem Grunde, weil sie — nach dem Worte von Marx — sich der Massen des Proletariats bemächtigt hatte.

Im Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands von 1903, einem Programm, das nur eine genauere und verbesserte Formulierung der Programme der früher entstandenen sozialdemokratischen Parteien sein wollte und das damals — im Jahre 1903 — sowohl die Bolschewiki als auch die Menschewiki vereinigte, ist die Idee der Diktatur des Proletariats folgendermaßen formuliert:

„Eine unerläßliche Bedingung der sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d. h. die Eroberung einer solchen politischen Macht durch das Proletariat, die es ihm ermöglicht, einen jeden Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken". Diese Definition ist vollinhaltlich in das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands aufgenommen worden.

Die Verfasser des Programms von 1903 konnten keinesfalls die realen Umstände voraussehen, unter denen das Proletariat des einen oder des anderen Landes die Macht würde ergreifen müssen. Sie versuchten damals höchst wahrscheinlich nicht einmal festzustellen, in welchem Maße die Diktatur des Proletariats mit dem Aufbau einer proletarischen (roten) Armee, mit der Praxis des Terrors, mit der Beschränkung der politischen Freiheiten verknüpft sein würde. Sie mußten nicht diese wechselnden und veränderlichen, für die verschiedenen Länder verschiedenen Ele-

mente der proletarischen Diktatur hervorheben und hoben sie auch nicht hervor, sondern ihre grundlegenden und unveränderlichen, für jedes Land und jede geschichtliche Situation, in der das Proletariat die Macht ergreift, bindenden Eigentümlichkeiten.

Das Proletariat ergreift nicht einfach die Macht; indem es sie erobert, gibt es ihr einen Charakter, einen Grad von Zusammenfassung, Energie, Bedingungslosigkeit, Unbeschränktheit, die -- nach den Worten des Programms — „ihm gestattet, jeglichen Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken"; — das ist die grundlegende Eigenschaft der proletarischen Diktatur.

Die Diktatur des Proletariats ist somit eine Organisation des Staates und eine Verwaltungsform der Staatsangelegenheiten, die in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus dem Proletariat als der herrschenden Klasse gestattet, jeglichen Widerstand der Ausbeuter gegen das Werk des sozialistischen Aufbaus zu unterdrücken.

Es ist somit klar, daß die Frage der Notwendigkeit und Unausbleiblichkeit der proletarischen Diktatur für jedes kapitalistische Land mit der Frage verknüpft ist, ob der Widerstand der Ausbeuter gegen ihre Enteignung durch die sozialistische, oder — genauer — durch die zum Sozialismus gehende Gesellschaft unausbleiblich ist. Auch der Grad der Härte der Diktatur, das Maß und die Bedingungen der Beschränkung der politischen Rechte der Bourgeoisie, wie auch überhaupt der politischen Rechte, die Anwendung terroristischer Methoden usw. sind unzertrennlich mit dem Grad, den Formen, der Hartnäckigkeit und Organisiertheit des Widerstandes der Ausbeuter verknüpft.

Wer Zweifel äußert an der Unvermeidlichkeit der Diktatur des Proletariats als notwendige Etappe zur sozialistischen Gesellschaft, der äußert Zweifel daran, daß die Bourgeoisie dem Proletariat in der entscheidenden Stunde der Ausbeutung der Ausbeuter Widerstand leisten wird.

Die hierauf begründete Propaganda kann entweder von individueller Dummheit diktiert sein, oder von der Interessiertheit einer Gruppe, dem Proletariat die Bedingungen des ihm bevorstehenden Kampfes zu verbergen und es an der Vorbereitung zu diesem zu hindern.

Wenn aber Leute, die sich Sozialisten nennen, erklären, daß der Weg der Diktatur, der für Rußland zulässig und erklärlich ist, für die anderen kapitalistischen Länder keineswegs obligatorisch und unvermeidlich ist, so ist das eine der Wahrheit direkt zuwiderstrebende Erklärung. In der Tat, die russische Bourgeoisie war stets und blieb bis zu der Oktoberrevolution die am wenigsten organisierte, am wenigsten klassenbewußte und am wenigsten geschlossene unter der Bourgeoisie aller Länder mit alter kapitalistischer Kultur. Das russische Bauerntum hatte nicht Zeit gefunden, eine feste und politisch geschlossene Bauernschaft auszuscheiden, wie sie im Westen einer Reihe von bürgerlichen Parteien als Grundlage dient. Das russische Kleinbürgertum, das gedrückt und politisch unwissend war, hat nie etwas jenen Bevölkerungsgruppen Aehnliches dargestellt, die im

Westen die Parteien des „christlichen Sozialismus" und Antisemitismus bilden und unterstützen.

Die ersten Schläge der proletarischen Weltrevolution brachen über diese politisch zurückgebliebene, wenig aktive und desorganisierte Schicht herein. Den „Widerstand der Ausbeuter" gegen die Schläge des Proletariats muß man deshalb als verhältnismäßig schwach bezeichnen, schwach natürlich nur im Vergleich zu der Aktivität, die von der Bourgeoisie eines jeden europäischen Landes entwickelt werden kann. Als die sich aktiv widersetzenden Elemente, die den Kampf über 3 Jahre ausgedehnt haben, traten nicht die organisierten Kräfte der russischen Bourgeoisie auf, sondern in erster Reihe die ausländischen Interventionisten, dann die Bourgeoisie der Grenzländer (Finnland, Litauen, Polen, Ukraine), die es verstand, unter nationalistischer Flagge und unter Benutzung des ewigen Hasses gegen das zaristische Rußland einige organisierte Gruppen zum Widerstand gegen das russische Proletariat zusammenzufassen. Ohne diese Begleitumstände wäre der Widerstand der russischen Bourgeoisie nicht in drei Jahren, sondern in drei Monaten unterdrückt worden und der proletarische Apparat der Staatsgewalt hätte naturgemäß seine ganze Energie auf andere Objekte richten können.

Entsprechend dem Charakter des Widerstandes, den man von den russischen besitzenden Klassen und ihren Organisationen erwarten könnte, hatte die Diktatur des Proletariats in Rußland ihre Periode der „rosigen Illusionen" und der „sentimentalen Jugend".

Es gibt nichts Falscheres als die Annahme, daß das russische Proletariat oder auch nur sein Führer — die Kommunistische Partei — zur Macht gelangt sei mit vorher fertiggestellten Rezepten für die praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Diktatur. Nur „sozialistische" Charlatane könnten behaupten, die russischen Kommunisten seien zur Macht gelangt mit dem fertigen Plan für ein ständiges Heer, außerordentliche Kommissionen und Beschränkungen der politischen Freiheiten, wozu das durch bittere Erfahrung belehrte russische Proletariat als Selbstverteidigung hat greifen müssen. Seine Sache wurde gerettet, weil es diese Erfahrung schnell bewertete und diese Kampfmethoden, als es sich von ihrer Unvermeidlichkeit überzeugt hatte, mit unüberwindlicher Energie zur Anwendung brachte.

Der Uebergang der Macht an die Sowjets und die Schaffung der neuen Arbeiter- und Bauernregierung erfolgte am 7. November 1917. Die Ratlosigkeit und Unorganisiertheit der Bourgeoisie war so groß, daß sie den Arbeitern keinerlei auch nur irgendwie bedeutende Kräfte entgegenstellte. Der Widerstand der Kerenskiregierung wurde in einigen Tagen gebrochen. Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung dauerten fort. Alle Parteien — bis zur Miljukowpartei einschließlich — bestanden offen weiter. Alle bürgerlichen Zeitungen setzten ihr Erscheinen fort. Die Todesstrafe war aufgehoben. Das Heer demobilisierte sich. In den Händen der Regierung befand sich keine andere bewaffnete Macht, als die Freiwilligen-

trupps bewaffneter Arbeiter. Die in den ersten Tagen verhafteten Minister der Kerenskiregierung, die Leiter der Partei der Sozialrevolutionäre: Awksentjew, Gotz, Sensinow, die Generäle Boldyrew, Kraßnow u. a. — in der Folge alle Leiter des bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetmacht und Mitglieder der aufrührerischen Regierungen Sibiriens, des Don und des Südens — werden in Freiheit gesetzt. Die Generäle Denikin, Markow, Erdeli u. a. befinden sich bis zum 20. November in den Händen der Sowjetmacht und verlassen lebendig die Grenzen Sowjetrußlands.

Ja, das war die Zeit der „rosigen Illusionen". Sie dauerte einige Monate an.

Die Lage fängt erst zum April—Mai 1918 an sich zu verändern. Erst im April 1918 wird das Dekret über die Schaffung einer ständigen Roten Armee erlassen. Erst im April erhalten die außerordenlichen Kommissionen das Recht, die Strafe der Erschießung anzuwenden gegen die bei der Tat ertappten Banditen und gegen die Offiziere, die sich zu Koltschak laut seiner geheimen Mobilmachung begaben. Erst am 18. Juni fällt das Revolutionsgericht das erste Todesurteil gegen den Admiral, der die Baltische Flotte befehligte. Erst im Mai werden Maßnahmen ergriffen zur Inhibierung des Erscheinens der bürgerlichen Zeitungen (im Augenblick ihrer Einziehung — Juni 1918 — erschienen allein in Moskau etwa 30 bürgerliche Zeitungen gegen 3 Sowjetblätter). Erst im Juni 1918 werden die Menschewiki aus den Sowjets hinausgejagt.

Somit vergeht mehr denn ein halbes Jahr (November 1917 bis April—Mai 1918) seit der Bildung der Sowjetmacht bis zur praktischen Anwendung harter, diktatorischer Maßnahmen durch das Proletariat. Diese Verschärfung des Regimes der Diktatur war durch eine Reihe sehr elementarer Tatsachen hervorgerufen: im April organisiert sich in Kiew die Regierung Skoropadskis, im Mai bricht der Aufstand der Tschechoslowakei aus, sie besetzen das Eisenbahnnetz, und im Osten wird eine sozialrevolutionäre Macht gebildet; im Mai nimmt auch die kosakische Gegenrevolution am Don — in der russischen Vendée — unter der Führung des Generals Kraßnow große Ausdehnung an. Parallel damit läuft die Konzentrierung aller Aufmerksamkeit und Energie der Arbeiterklasse auf die Kriegsaufgaben, und der Sowjetstaat verwandelt sich in ein Lager des bewaffneten Proletariats.

Derart sind die Erfahrungen des russischen Proletariats. Jetzt haben wir auch die Erfahrungen des Klassenkampfes um den Proletarierstaat in Finnland, Ungarn und Deutschland. Der grundlegende Unterschied zwischen den Erfahrungen Ungarns, Finnlands und Deutschlands einerseits und den Erfahrungen Rußlands anderseits besteht darin, daß die Bourgeoisie dieser Länder, wie es zu erwarten war, sich als bedeutend organisierter, geschlossener und kampftüchtiger erwies als die Bourgeoisie Rußlands. Die Periode ihrer Ratlosigkeit war bedeutend kürzer: sie ging rascher und energischer zum Gegenangriff auf das Proletariat über und verkürzte da-

durch die Periode der Illusionen des Proletariats über den Charakter seiner Diktatur.

Die Erfahrungen der Proletarier Rußlands, Finnlands, Ungarns und Deutschlands ermöglichen uns, ein empirisches Gesetz für die Entwicklung der proletarischen Diktatur aufzustellen, das ungefähr folgendermaßen formuliert werden kann: Die Tatsache der Eroberung der politischen Zentralmacht durch das Proletariat beendet noch keineswegs den Kampf um die Macht, sondern ist nur der Beginn einer neuen und erbitterten Periode des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Nach dem ersten Schlag der proletarischen Revolution und der Besitzergreifung des zentralen Machtapparates durch sie braucht die Bourgeoisie notwendig eine gewisse Zeit zur Mobilmachung ihrer Kräfte, Heranziehung und Ordnung ihrer Reserven. Ihr Uebergang zum Gegenangriff eröffnet dann die Epoche des unverhüllten Krieges, der bewaffneten Gegenüberstellung der Kräfte beider Parteien. Gerade in dieser Periode nimmt die Staatsmacht des Proletariats eben die scharfen Züge der Diktatur an: die Rote Armee, der Terror bei der Unterdrückung der Ausbeuter und ihrer Bundesgenossen, bei Beschränkung der politischen Freiheiten werden unvermeidlich, wenn das Proletariat die eroberte Macht nicht kampflos aufgeben will.

Die Diktatur des Proletariats ist somit die Form der Staatsverwaltung, die der Kriegführung mit der Bourgeoisie am besten angepaßt ist und den Sieg des Proletariats in diesem Kriege am schnellsten sichert.

Liegt irgend eine Veranlassung zu der Annahme vor, daß dieser Krieg in Europa in weniger scharfer Form verlaufen wird? Daß die europäische Bourgeoisie die Enteignung ihrer Reichtümer durch das Proletariat leichteren Herzens mit ansehen wird? Kann irgend ein vernünftiger Mensch seine Taktik darauf begründen, daß die europäische Bourgeoisie dem in den Besitz der Macht gelangten Proletariat nicht all den Widerstand entgegensetzen wird, dessen sie fähig ist? Kann man voraussetzen, daß bei der Aufnahme des Kampfes gegen das Proletariat, das an der Macht steht, die europäische Bourgeoisie weniger bewaffnet, weniger kampftüchtig, geschlossen und überlegen sein wird als die Bourgeoisie Rußlands, Finnlands oder Ungarns? Kann man glauben, daß sie vor irgend welchen Mitteln zurückschrecken wird, angefangen von einem weitgehenden Bündnis mit den Verrätern des Sozialismus aus dem Lager der II. Internationale bis zu einer Bombardierung der Arbeiterviertel und Anwendung der besten technischen Mittel zur Niederwerfung des Gegners im Kriege?

Was kann also unter solchen Umständen der Zweifel an der Unvermeidlichkeit der Methoden der proletarischen Diktatur oder der Verzicht auf die tägliche Arbeit zur Vorbereitung des Proletariats auf die Anwendung der Methoden der Diktatur im bevorstehenden Kampf bedeuten?

Auf die Eroberung der Macht auszugehen, ohne auf ihre Behauptung zu hoffen und die Vorbedingungen dafür vorzubereiten, ist Abenteurerei. Die Notwendigkeit der Eroberung der Macht durch das Proletariat anerkennen und an der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zwei-

feln, auf die Aufklärung der Arbeitermassen in dieser Richtung verzichten — heißt bewußt den Verrat an der Sache des Sozialismus vorbereiten. Wer die Notwendigkeit der härtesten proletarischen Diktatur in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht anerkennt; wer nicht die Bedingungen dafür vorbereitet, daß das Proletariat, nachdem es den zentralen Machtapparat ergriffen hat, ihn sofort auf die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter richtet; wer es dem Proletariat nicht schon gleich jetzt klarmacht, daß als notwendige Vorbedingung seines Sieges der bewaffnete Kampf und harte Maßregeln gegen Verräterei und Wankelmut erforderlich sind, und das Proletariat nicht mit den entsprechenden Kampfmitteln ausstattet — der bereitet den Untergang des Proletariats vor und rettet die Bourgeoisie.

Aber wenn die Diktatur des Proletariats die Organisation der Macht ist, die der Kriegführung gegen die Bourgeoisie und der Unterdrückung ihres Widerstandes am besten angepaßt ist, so erhalten wir eine Antwort auch auf die Frage, die den Kommunisten gewöhnlich von den Syndikalisten verschiedener Richtungen vorgelegt wird. Die Syndikalisten können, selbst wenn sie die Diktatur des Proletariats anerkennen, sich nicht von ihren alten Vorurteilen gegen die politische Partei des Proletariats befreien. Die Frage geht also dahin, welche Organisation eigentlich die Aufgaben der Diktatur verwirklichen kann?

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß im Augenblick des entscheidenden Klassenkrieges die Verfügungs- und Nötigungsmacht in den Händen einer bestimmten Organisation ruhen muß, die imstande ist, die Verantwortung für jeden ihrer Schritte zu tragen und die Folgerichtigkeit dieser Schritte zu garantieren.

Die in Kriegsordnung aufmarschierende Armee des Proletariats muß eine Heeresleitung haben. Diese muß, wenn sie ihre Truppen zum Sturm führt, imstande sein, die Gesamtheit der internationalen, politischen und wirtschaftlichen Kampfbedingungen zu überblicken. Sie muß für alle Waffengattungen, über die die Arbeiterklasse verfügt, im gleichen Maße maßgebend sein. Sie muß imstande sein, ihre Beschlüsse sowohl durch die Gewerkschaften, als auch durch die Arbeiterkonsumgenossenschaften, sowohl durch die Gewerkschaften, als auch durch den Arbeiterjugendbund, durch den Apparat der schriftlichen Agitation und durch Kampftrupps der bewaffneten Arbeiter zu verwirklichen.

In dem Augenblick aber, wo die alte Macht gestürzt und der Apparat der Staatsverwaltung vom aufständischen Proletariat in Besitz genommen ist, erwachsen derselben Heeresleitung neue Aufgaben. Der Sieg des Proletariats bedeutet die Desorganisierung des gesamten alten Gesellschaftslebens. Die Schaffung eines neuen Heeres, die Versorgung mit Lebensmitteln, die Umstellung der Industrie auf neue Grundlagen, die Organisierung von Gerichtshöfen, die Herstellung von Beziehungen zum Bauerntum, die diplomatischen Verbindungen mit anderen Ländern — dies alles wird sofort zur nächsten Aufgabe der Heeresleitung der siegreichen

Armee des Proletariats. Eine Verzögerung in der Lösung irgend einer von diesen Aufgaben oder Schwankung bei diesen Lösungen kann der weiteren siegreichen Entwicklung der proletarischen Revolution den größten Schaden zufügen.

Diese Heeresleitung muß also eine organisierte verantwortliche und auf die Uebersehung und Lösung aller politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und diplomatischen Probleme vorbereitete zentralisierte Einheit sein. Die Organisation, die diesen Bedingungen zu entsprechen und die ihr obliegenden Aufgaben durchzuführen vermag, kann natürlich mit beliebigen Worten benannt werden, dem Wesen der Sache nach aber — und wenn man nicht nur mit Worten spielen will — kann diese Organisation nur die politische Partei des Proletariats sein, d. h. eine Organisation der vorgeschrittensten revolutionären Elemente des Proletariats, die durch Gemeinsamkeit des politischen Programms und eiserne Disziplin verbunden sind.

Eine derartige Organisation kann nicht im Laufe eines Tages oder einer Woche geschaffen werden; sie wird erst im Ergebnis einer dauernden Wahl und Auswahl erprobter Führer geschaffen, die in der alltäglichen Arbeit ihre Fähigkeit bewiesen haben, jede Form des Kampfes der Arbeiter und das Interesse jeder einzelnen Gruppe der Arbeiterklasse vom höheren Standpunkt der allgemeinen Interessen der gesamten Arbeiterklasse als Ganzes zu werten.

Das größte Unglück, das der proletarischen Armee, die die Festungen des Kapitalismus besetzt hat, zustoßen könnte, würde darin bestehen, wenn der Apparat der Führung in die Hände von Leuten, Gruppen oder Organisationen geriete, deren ganze vorhergehende Tätigkeit nur auf einem einzigen Gebiet der Arbeiterbewegung verlaufen ist.

Die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter — und darin besteht eben die Hauptaufgabe der Diktatur — ist nicht eine lediglich militärische, oder lediglich politische, oder lediglich wirtschaftliche Aufgabe, sie ist sowohl eine militärische, als eine politische, als eine wirtschaftliche Aufgabe. Der Widerstand der Ausbeuter erhält nur seine verschärfte Form im bewaffneten Kampf, aber daneben sind die reichen Bauern, die das für die Hungernden nötige Getreide nicht aus den Fingern lassen, sind die Ingenieure, die die Industrie sabotieren, oder die Bankleute, die durch Verbergen der Bücher die gegenseitigen Rechnungen der Industrieunternehmungen verwirren, nicht weniger wichtige Elemente des Widerstandes der Bourgeoisie. Die Unterdrückung aller dieser verschiedenen Formen des Widerstandes kann ebensowenig Sache einer Organisation sein, die aus dem engen Kreise der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, wie etwa einer aus den Kreisen der Arbeiterkonsumvereine hervorgegangenen Organisation. Sie kann mit Erfolg nur durch eine allgemeine Organisation der Werktätigen in Gestalt ihrer Sowjets verwirklicht werden, in denen alle Formen der Arbeiterbewegung vertreten sind

und die von einer politischen Partei geleitet werden, die in sich die ganze Erfahrung des vorangegangenen Kampfes der Arbeiterklasse konzentriert.

In der Epoche der Diktatur des Proletariats ist die kommunistische Partei für die Arbeiterklasse noch viel notwendiger als in irgend einer anderen Epoche. Sie bildet die unumgängliche Vorbedingung für den Sieg. In Wirklichkeit bedeutet der Verzicht auf die Arbeit zu ihrer Schaffung und Festigung den Verzicht auf zweckmäßige Kriegsführung, d. h. Verzicht auf die Diktatur, Verzicht auf die Vorbedingungen für den Sieg des Sozialismus. Er kann, wenn auch unbewußt, den schlimmsten Verrat in der Arbeitersache hervorrufen, da er das Proletariat im wichtigsten Augenblick seiner wichtigsten Waffe beraubt. Wer an der Unvermeidlichkeit der Diktatur des Proletariats als notwendiger Etappe auf dem Wege zu seinem Siege über die Bourgeoisie zweifelt, erleichtert der letzteren die Vorbedingungen für ihren Sieg; wer an der politischen Partei des Proletariats zweifelt oder sich von ihr lossagt, bereitet die Schwächung und Desorganisierung der Arbeitermassen vor.

L. Kamenew.

Die Agrarfrage und die Weltrevolution.

Es ist kein Zufall, daß die Zweite Internationale niemals die Agrarfrage auf die Tagesordnung ihrer Kongresse gestellt hat, während die Kommunistische Internationale sich veranlaßt sieht, sofort an diese Frage heranzugehen. Solange nämlich die sozialistischen Parteien das Wort Revolution zwar häufig im Munde führten, aber nicht vor der revolutionären Tat standen, kam für sie in bezug auf das flache Land im besten Fall die Agitation unter den Landarbeitern und den Kleinbauern in Frage, und in ihrer parlamentarischen Tätigkeit hatten sie es hin und wieder mit partiellen Agrarformen zu tun. Da aber die Verhältnisse des Ackerbaues in den einzelnen Ländern unendlich verschieden schienen, so hatte eine Behandlung dieser Dinge im internationalen Maßstabe in der Tat wenig Sinn. Anders jetzt, wo es die revolutionäre Tat gilt. Da stoßen wir sofort auf die banale, aber recht fundamentale Tatsache, daß die soziale Arbeitsteilung, die in der kapitalistischen Gesellschaft zu einer vollständigen Spaltung zwischen Stadt und Land geführt hat, von entscheidender Bedeutung für die revolutionäre Bewegung sein muß. Die Träger der Revolution, die Proletarier der Städte und der Industriebezirke, müssen ernährt werden und ihre Tatkraft wird gelähmt, wenn das flache Land gegenrevolutionär ist und ihnen die Nahrungsmittel verweigert. Ganz besonders in der gegenwärtigen Situation, wo der Völkermord über ganz Europa einen ungeahnten Mangel an Nahrungsmitteln verhängt hat, wird bei jeder revolutionären Aktion die Frage der Haltung der Landbevölkerung, mit der die Frage der Ernährung der Städte aufs engste zusammenhängt, aufgeworfen und sind diese Dinge von allergrößter Bedeutung.

Die russische Revolution hat in dieser Beziehung ungemein lehrreiches Material geliefert, und an diesen Erfahrungen darf nicht vorübergegangen werden, aber andererseits ist zu beachten, daß die Situation, die sich für Rußland ergab, sich in keinem Lande wiederholen kann. Vor allem befand sich die russische Bauernschaft in einer objektiv revolutionären Situation, wenn auch das subjektive Bewußtsein dafür den Massen abging. Diese revolutionäre Situation erklärt sich aus den historischen Tatsachen. Die Hörigkeit ist in Rußland erst vor einem halben Jahrhundert abgeschafft worden, und die kapitalistische Ordnung hatte sich in der Landwirtschaft noch nicht konsolidiert. Rußland blieb bis zur Revolution von 1917 das Land ungeheuren Latifundienbesitzes, aber auf diesen Latifundien gab es in Großrußland nur verschwindend wenig kapitalistischen Großbetrieb. Die

Latifundienbesitzer bewirtschafteten ihre Güter nicht, sondern verpachteten das Land an Bauern und zwar fast durchweg in kurzfristiger Pacht, weil der verelendete Bauer in Gegensatz zum amerikanischen oder englischen Farmer keine Garantie für geordneten, intensiven Betrieb bieten konnte. So entstand eine im höchsten Grade rückständige Form der Landwirtschaft mit einer Extensivität des Betriebes, die kaum ihresgleichen in der kapitalistischen Welt hat, und folglich mit unglaublich niedrigen Bodenerträgen. Selbst auf gutem Boden erzielte der Bauer Ernten, die um 200% niedriger waren als die Ernten auf minderwertigem Boden Mittel- und Westeuropas. Trotzdem exportierte Rußland große Mengen Getreide. Aber es war nicht der Ueberschuß über den Eigenbedarf, den das Zarenreich auf dem Weltmarkt feilbot, sondern die Wirtschaftspolitik der Regierung zwang den Bauern, seine Produkte zu verkaufen, trotzdem er selbst darbte und buchstäblich hungerte. Deshalb drängte alles zu einer revolutionären Lösung, der Bauer wurde zum Verbündeten des Proletariats, das ihm den Besitz von Land und die Erzeugnisse seiner Arbeit sicherte. Aber dieser Bauer, der sehr radikal mit dem Eigentumsrecht der Großgrundbesitzer umsprang, war deshalb durchaus nicht revolutionär im subjektiven Sinn und war weit davon entfernt, an dem Aufbau eines proletarischen Staatswesens bewußt mitzuwirken. Ginge es allein nach dem Willen der Bauernschaft, würde auf dem flachen Lande eine Wirtschaftsordnung mit unbeschränktem Privateigentum der Bauern an ihren Landparzellen entstehen. Weil dem so ist, sehen wir einen großen Teil der Bauernschaft im gegenrevolutionären Lager, und nur die harte Tatsache, daß die führenden Elemente der Gegenrevolution, die Großgrundbesitzer, die Bourgeoisie und die Beamten nicht gewillt sind, den „Raub am Landeigentum" seitens der Bauern zu sanktionieren, bringt diese Bauernschaft wieder zur Vernunft. Ferner mußte der animalische Egoismus der Bauernschaft dazu führen, daß sie den Städten die Nahrungsmittel verweigert, auch wo sie Ueberfluß daran hat, und die proletarische Regierung mußte, wenn sie nicht die Großstädte dem Hungertod preisgeben wollte, gegen diesen animalischen Egoismus mit Gewalt vorgehen. Um so mehr, als die Industrie angesichts des Ruins durch den Weltkrieg und angesichts der Wirren des Bürgerkrieges nicht imstande war, die Produkte für einen rationellen Güteraustausch zwischen Stadt und Land zu liefern. Die schwache Bevölkerung des Landes, die relativ geringe Zahl der Stadtbevölkerung, schließlich die Tatsache, daß in Rußland ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft noch nicht gänzlich vom Dorf losgelöst, sondern durch Familienbeziehung mit ihm aufs engste verbunden ist, ermöglichte es, daß Zeit gewonnen wurde, um den Konflikt zwischen Stadt und Land organisch zu lösen. Es gelang trotz der furchtbaren Zerstörung der Verkehrsmittel, die Städte, wenn auch nur in bescheidenem Maß, zu verproviantieren und ein großer Teil der Arbeiterschaft flüchtete aus der hungernden Stadt in die Dörfer.

In Westeuropa und Amerika liegen die Dinge anders. Das revolutionäre Proletariat stößt in der Periode des Kampfes auf noch größere

Schwierigkeiten in Fragen der Ernährung der Städte, und das Verhältnis zwischen Stadt und Land verlangt andere Lösungen, als sie in Rußland möglich waren. Das allein schon macht es notwendig, die Agrarfrage in ihrem ganzen Umfang und vor allem vom Gesichtspunkt der revolutionären Umwälzung aus von Grund auf zu klären.

Es kann keineswegs die Aufgabe dieser Zeilen sein, ein Programm der Kommunistischen Internationale in der Agrarfrage aufzustellen, zumal bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern ein einheitliches Programm überhaupt nicht möglich ist. Es kommt vielmehr darauf an, die auftauchenden Fragen zu vermerken und zur Diskussion zu stellen.

Die Struktur der ländlichen Besitz- und Betriebsverhältnisse in den Ländern Europas.

Um einen Ueberblick zu ermöglichen, möchten wir vorschlagen, die Agrarverhältnisse in den Ländern Europas in zwei Gruppen zu betrachten: a) Länder, in denen der landwirtschaftliche Großbetrieb eine hervorragende Rolle spielt und b) Länder, für die bäuerlicher Bodenbesitz und Betrieb entscheidend ist.

Es dürfte dann möglich sein, sich über die allgemeinen Richtlinien einer revolutionären Agrarpolitik zu verständigen. Freilich muß dabei eine gewisse Schematisierung in Kauf genommen werden, was jedoch nicht von Bedeutung ist, insofern es sich eben nur um die allgemeinsten Grundzüge eines Programms handelt, das für jedes einzelne Land der Korrektur bedarf.

Die erste Gruppe umfaßt dann „Mitteleuropa", nicht im gebräuchlichen Sinn, sondern wir beobachten ein Gebiet mit eigenartiger Agrarverfassung, in dem der landwirtschaftliche Großbetrieb eine hervorragende Rolle spielt, in der Zone, die sich annähernd vom Dnjepr im Osten bis über die Elbe hinaus im Westen erstreckt und von der Ostsee bis an das Balkangebirge. Außerhalb dieses Gebiets, in West-, Süd- und Nordeuropa, haben wir es mit einer anders gearteten Agrarverfassung zu tun.

Diese „mitteleuropäische" Zone ist freilich keineswegs gleichartig in bezug auf die Agrarverfassung, aber in allen Ländern, die sie umfaßt — Lettland, Litauen, Polen, der Ukraine, Rumänien, Ungarn, Böhmen, das östliche Deutschland, ein Teil Deutsch-Oesterreichs — beobachten wir eine hervorragende Rolle des landwirtschaftlichen Großbetriebs. Die historischen Gründe sind überall die gleichen: die relativ späte Aufhebung der Hörigkeit. Deshalb können wir hier überall mehr oder weniger deutliche Rudimente der auf Unfreiheit der Bauern fundierten Agrarverfassung erkennen, und in dieser Beziehung sind freilich die Verhältnisse in den einzelnen Ländern recht verschieden. Doch worauf es ankommt, ist dieses: in dieser Zone ist der Großgrundbesitz von Bedeutung, denn er umfaßt in

den einzelnen Ländern 30 bis 50% und darüber der Bodenfläche, und auf diesem Großgrundbesitz wird die Wirtschaft nach kapitalistischen Grundsätzen betrieben — es besteht landwirtschaftlicher Großbetrieb.

Die Folge ist, daß wir es in diesen Ländern mit einer relativ zahlreichen Schicht von besitzlosen Landarbeitern, also echten Proletariern zu tun haben. Ferner ist in fast allen eine zweite Schicht stark vertreten: Parzellenbesitzer, die keine „eigentlichen Bauern" sind, da sie zu wenig Land besitzen, um vom Ertrag der eigenen Wirtschaft existieren zu können. Sie finden ihren Unterhalt in der Hauptsache durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen Großbetrieben, sind also „Halbproletarier".

Die Bauernschaft bildet in diesen Ländern einen sehr wesentlichen Teil der Bevölkerung, aber sie ist nicht überall in der absoluten Majorität, wenn man die Halbproletarier absondert. Mag immerhin das Wort Schäffles vom „antikollektivistischen Bauernschädel" auch für die Bauern unseres „Mitteleuropa" gelten, so bilden sie doch im gewissen ein revolutionäres Element. Insofern nämlich, als der Gegensatz zwischen Großgrundbesitzern („Baronen" in Lettland, „Schlachzizen" in Polen, Litauen und der Ukraine, „Magnaten" in Ungarn, „Junkern" in Ostdeutschland) und Bauern einen wesentlichen Faktor im politischen und sozialen Leben dieser Länder bildet. Der Großgrundbesitzer als kapitalistischer Unternehmer hat hier überall noch zahlreiche Privilegien der Bauernschaft gegenüber behauptet, und daraus ergeben sich zahlreiche Konflikte, die die Bauernschaft in gewissem Sinne revolutionär stimmen.

Wir haben es daher in den Ländern dieser „mitteleuropäischen" Zone auf dem flachen Lande mit proletarischen und halbproletarischen Elementen zu tun (besitzlose Landarbeiter und Parzellenbesitzer), die sicher für die Revolution gewonnen werden können, und mit einer Bauernschaft, die insofern revolutionär ist, als sie ein dringendes Interesse daran hat, die politische Uebermacht der Großgrundbesitzer unter allen Umständen zu stürzen. Als gegenrevolutionäres Element, das bereit ist, mit den „Junkern" gemeinsame Sache zu machen, haben wir nur die Großbauern zu betrachten, die jedoch in fast allen diesen Ländern nur wenig zahlreich sind. Es liegt daher der Gedanke sehr nahe, in diesen Ländern die proletarischen, halbproletarischen und bäuerlichen Elemente zu gewinnen durch ein Programm, das einfach die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter der Landbevölkerung proklamiert. Ein solches Vorgehen würde indessen in bezug auf die Produktionsverhältnisse einen Rückschritt bedeuten. Allem Gerede „demokratischer" und „revisionistischer" Theoretiker zum Trotz ist gerade in dieser Zone — die aus klimatischen Gründen eine Zone des Getreidebaues ist — die wirtschaftliche Ueberlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb außer allem Zweifel. Zerstörung der Großbetriebe, die hier überall mehr oder weniger rationell bewirtschaftet werden, würde eine absolute Verminderung der Bodenerträge bedeuten.

Schließlich aber stehen die Dinge so, daß eine Aufteilung des Großgrundbesitzes der Bauernschaft in diesen Ländern keine wesentlichen

Vorteile bieten kann, weil nicht genügend Boden zur Verfügung steht. Da in erster Linie besitzlose Landarbeiter und die Parzellenbesitzer bedacht werden müßten, die mit Beseitigung der Großbetriebe ihren Unterhalt verlieren, und der Boden des Großgrundbesitzes kaum ausreichen würde, um diese beiden Kategorien notdürftig mit Land zu versorgen, so bliebe für die werktätigen Bauern überhaupt nichts übrig. Es ist indessen auch falsch, daß die Landarbeiter darauf versessen seien, unter allen Umständen Eigentümer zu werden. Sie wissen recht wohl, daß die Lage eines einigermaßen gut entlohnten Landarbeiters günstiger ist als die eines verschuldeten Kleinbauern, der sich auf seinen paar Hektar den Bast von den Händen arbeitet und doch nie aus Sorgen und Not herauskommt.

Die werktätige bäuerliche Bevölkerung in den Ländern dieser Zone ist — wie gesagt — insofern an der Revolution interessiert, als sie sich im scharfen politischen Gegensatz zu den Großgrundbesitzern befindet. Aber sie ist sicher für eine kommunistische Wirtschaftsform nicht zu gewinnen. Es besteht aber auch keine Notwendigkeit eines revolutionären Eingriffs in die bäuerlichen Besitzverhältnisse. Ohne auf das kommunistische Endziel zu verzichten, können die Proletarier nach ihrem Siege die Entwicklung der sozialen Verhältnisse auf diesem Gebiet der Zeit überlassen. Nur die Erfahrung kann die Bauernschaft von den Vorzügen des kommunistischen Großbetriebs überzeugen. Aber die proletarische Revolution kann den werktätigen Bauern unmittelbar sehr wesentliche Vorteile bieten. Diese Bauernschaft befindet sich in einer schweren Schuldsklaverei dem Finanzkapital gegenüber. Indem die Proletarier nach Errichtung ihrer Diktatur mit einem Schlag die Schulden dieser Bauern für null und nichtig erklären, machen sie ihnen ein Geschenk, das gleichbedeutend ist mit einer bedeutenden Vermögensvergrößerung der Bauernschaft. Außerdem kann bei dieser Umwälzung die Bauernschaft nur gewinnen, wenn sie auf Grund des Rätesystems zu einer faktischen Selbstverwaltung gelangt, bei der alle ihre Interessemeliorationen, Verkehrsverhältnisse, Genossenschaftswesen befriedigt werden können.

Das bedeutet also nicht Gewinnung der Bauern für das kommunistische Programm, sondern vorläufig ihre Neutralisierung im entscheidenden Kampf zwischen Proletariat und Kapital. Ein Konpromiß, der beiden Teilen Vorteile sichert. Daher ergibt sich für die Kommunistische Partei der Länder dieses Zone folgendes Agrarprogramm:

Aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen sind die Großgrundbesitzer der Hauptfeind, der unter allen Umständen niedergeworfen werden muß.

Der Bodenbesitz dieser Großgrundbesitzer samt dem dazu gehörenden Inventar wird ohne Entschädigung enteignet.

Die Wirtschaftsbetriebe werden zum Nationaleigentum erklärt, und die Bewirtschaftung geschieht unter Aufsicht des Staates durch die in Betriebsräte zusammengeschlossenen Landarbeiter — besitzlose wie Halbproletarier (Parzellenbesitzer).

Der Ueberschuß dieser Betriebe (nach Deckung des Bedarfs der Arbeiter) dient zur Versorgung der Bevölkerung der Städte.

Die Landarbeiter sind fest und auskömmlich besoldete Staatsarbeiter, die die Städte mit Nahrung versorgen und von ihnen mit allen notwendigen Erzeugnissen der Industrie versorgt werden.

Besitz und Betrieb der werktätigen Bauern bleiben unberührt. Die Schuldenlast der Bauern wird beseitigt, und sie gewinnen alle Vorteile einer wirksamen, auf das Rätesystem begründeten Selbstverwaltung.

Bekanntlich bestehen in bezug auf den bäuerlichen Besitz zahlreiche „Fragen", die darauf hinauslaufen, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform die Verhältnisse zu reformieren: die Frage der Beschränkung der Teilung der Bauernhöfe im Erbgang, die Kreditfrage, Beseitigung der „Gemeindelage" durch Kommunisation der Grundstücke und anderes mehr. In einem revolutionären Programm ist es wohl überflüssig, diese Detailfragen zu behandeln: es sind das Sorgen der Bauernschaft, die sie selbst zu überstehen hat, wobei der proletarische Staat freilich mitsprechen muß. Indessen sind das Dinge, die der nächsten Zukunft überlassen werden können und die in Anbetracht einer von Grund aus neuen Staatsordnung ein anderes Gesicht gewinnen, als sie es bisher hatten. Deshalb können sie vorläufig aufgeschoben werden.

Von Interesse wäre jedoch eine Frage, die in Rußland eine revolutionäre Lösung fand. Hier wurde nämlich jede Lohnarbeit zugunsten privater Bodenbesitzer grundsätzlich verboten, um der Bildung eines neuen privaten Großbesitzes an Boden vorzubeugen. Es scheint dies ein Mittel, das sich gegen die Großbauern richtet, die ohne Lohnarbeit nicht wirtschaften können. Indessen scheint es fraglich, ob ein solcher radikaler Eingriff in den Ländern unserer Zone notwendig ist. Ein solches Gesetz würde die Bauernschaft im hohen Grad beunruhigen, weil bei den sehr komplizierten Verhältnissen auch der werktätige Bauer ganz ohne Lohnarbeit nicht auskommt. Auf der anderen Seite dürfte bei dem allgemeinen „Arbeitermangel" in der Landwirtschaft der meisten hier in Betracht kommenden Länder ein solches Verbot sich erübrigen, da in dem Moment, wo die Großbetriebe zu intensivster Wirtschaft übergehen und den Arbeitern günstige Bedingungen bieten, die Großbauern kaum noch Arbeiter finden würden.

Sie würden wohl bald gezwungen sein, ihren Besitz bis auf das Maß einzuschränken, bei dem sie die Scholle bebauen können, während das übrige Land in den Besitz werktätiger Bauern, die an Bodenmangel leiden, übergehen würde. (Zur Nationalisierung eignen sich solche Bauernhöfe wenig, da nach Ueberlassung eines Teils zur Selbstbestellung durch den bisherigen Besitzer die Fläche in der Regel zu klein sein wird für einen rationellen Großbetrieb.)

Jedenfalls wäre diese Frage in jedem der betreffenden Länder sorgfältig zu erwägen.

Länder des kleinbäuerlichen Besitzes.

Im Westen unserer „mitteleuropäischen" Zone beginnt das Gebiet, in dem der Großgrundbesitz eine minimale Rolle spielt, die Agrarverfassung durchaus durch den kleinbürgerlichen Bezirk und Betrieb charakterisiert wird: in Westdeutschland, einem Teil Deutsch-Oesterreichs, Frankreich, der Schweiz, in Belgien, Holland und im Süden Italiens, in Spanien und Portugal.

In Italien liegen die Dinge insofern eigenartig, als sich hier eine eigentümliche Form des „Latifundienbesitzes" erhalten hat und die Bauernschaft sich seit langem in revolutionärer Gärung befindet. Diese „Latifundien" sind ihrem Umfang nach gering, verdienen nach osteuropäischen Begriffen kaum diesen Namen. Nur selten werden sie im Großbetrieb bewirtschaftet; zumeist wird der Boden an Bauern verpachtet, die ihn in ungemein intensivem Kleinbetrieb bewirtschaften (an „Gartenkultur" grenzende Bestellung). Die Pachtbedingungen sind überaus hart für die Bauernschaft, die, schier zur Verzweiflung getrieben, beständig gegen diesen Zustand revoltiert. Der baldige Uebergang zum rationellen Großbetrieb scheint unter den gegenwärtigen Verhältnissen des Ackerbaus kaum möglich. (Wir haben es hier nicht mit Getreidebau, sondern mit der Kultur von Reis, Gemüse, Wein, Gartenbau zu tun, in einigen Gebieten mit sehr intensiver Viehzucht). Hier liegt somit kaum eine andere Möglichkeit vor, als dem Willen des geplagten Kleinbauern folgend, die Latifundien zu parzellieren, den Boden der Bauernschaft zu überlassen.

Das revolutionäre Proletariat hat in dieser Bauernschaft folglich einen zuverlässigen Verbündeten. Der Weg zum Kommunismus kann hier nicht anders eingeschlagen werden, als durch systematische Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Bis zu einem gewissen Grade ähnlich liegen die Dinge in Spanien und Portugal.

Weniger günstig stellen sich die Chancen der Revolution in Westdeutschland und Frankreich, in Belgien und Holland, wo der kleinbürgerliche Besitz fest begründet und die Bauernschaft in hohem Grad konservativ, oft direkt reaktionär in jeder Hinsicht ist. Jede Hoffnung, die breite Masse dieser Bauernschaft zu einem aktiven revolutionären Vorgehen zu gewinnen, dürfte ziemlich aussichtslos sein. Indessen liegen die Verhältnisse so, daß in Belgien, in einzelnen Gebieten Westdeutschlands (Baden, Rheinland, Westfalen) und Frankreichs (die Industriegebiete), die Arbeiterschaft die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung bildet. Ein Bundesgenosse auf dem flachen Lande entsteht dem revolutionären Proletariat jedenfalls in den landwirtschaftlichen Arbeitern, die in diesen „Bauernländern" zwar nicht so zahlreich sind wie in den Ländern mit bedeutendem Großgrundbesitz, aber immerhin eine gewichtige Schicht bilden.

Es dürfte daher eine Illusion sein, diese Bauernschaft durch Agitation

für die Ideen der proletarischen Revolution zu gewinnen. Die Aufgabe muß darin bestehen, sie durch ein Kompromiß zu neutralisieren.

Die Bauernschaft dieser Länder ist noch viel stärker verschuldet als in „Mitteleuropa" und die Befreiung aus der Schuldsklaverei des Finanzkapitals hat demnach für sie ungeheure Bedeutung. Ferner kommt hier die Aufteilung des Großgrundbesitzes in Frage. Ein starkes Interesse an der Erhaltung der Großbetriebe liegt kaum allgemein vor. Hier und da freilich sind diese Großbetriebe von allgemein wirtschaftlicher Bedeutung (Gestüte, Betriebe mit Saatgutproduktion u. a. m.), jedoch von diesen Ausnahmen abgesehen spielen sie keine entscheidende Rolle. Es ist daher keineswegs ein wirtschaftlicher Rückschritt, wenn in diesen Ländern der Großgrundbesitz aufgeteilt wird, um den unter Landmangel leidenden Kleinbauern die Existenz zu ermöglichen. Die Schwierigkeit liegt in der Stellung zum großbäuerlichen Besitz. Dies scheint eine eminent politische Frage. In Ländern, wo das reaktionäre Großbauerntum zahlreich ist und kraft seiner Zahl eine hervorragende Rolle spielt (das dürfte der Fall in Teilen Bayern und Württembergs sein, ähnlich in den skandinavischen Ländern), dort muß der revolutionäre Kampf sich notwendigerweise gegen dieses reaktionäre Großbauerntum wenden. Und zwar wird die Bewegung hier jedenfalls den Charakter haben, daß das Kleinbauerntum und die Landarbeiter, die in solchen großbäuerlichen Gebieten relativ zahlreich sind, sich mit dem städtischen Proletariat zu einer durchgreifenden Agrarreform verbünden.

Jedenfalls ist für alle diese Gebiete mit überwiegend bäuerlichem Besitz daran festzuhalten und nachdrücklich zu betonen, daß eine Enteignung der werktätigen Bauern, die nicht als Ausbeuter fremder Arbeitskraft erscheinen, absolut nicht im Programm des revolutionären kommunistischen Proletariats liegt. Während es sich in Bezug auf die Industrie um eine soziale Revolution handelt, um die Enteignung der Enteigner, wird das flache Land in diesen Ländern mit überwiegendem bäuerlichen Besitz nur durch die politische Ausströmung dieser sozialen Revolution unmittelbar erfaßt. Das Rätesystem, das — wie erwähnt — seinem Wesen nach zur tatsächlichen Verwirklichung der Selbstverwaltung führt, kann der werktätigen Bauernschaft nur Vorteile und keinerlei Nachteile bringen. Daher ist wohl anzunehmen, daß bei einigermaßen geschickter Agitation diese Vorteile selbst den rückständigsten Bauern plausibel zu machen sind. Der Hauptgegner dürfte hier die gegenrevolutionäre, aus Prinzip gegenrevolutionäre Geistlichkeit sein. Da es sich um überwiegend katholische Gebiete handelt, ist das ein nicht zu unterschätzender Gegner, und gegen ihn ist mit allen Mitteln der schonungsloseste Kampf zu führen.

Eine Sonderstellung nimmt England ein infolge einer ganz eigenartigen Agrarverfassung. Mit feudalen Vorrechten ausgestatteter Großgrundbesitz einerseits, rein kapitalistischer, auf das Pachtsystem begründeter Wirtschaftsbetrieb anderseits. Daß die Schmarotzerschicht der Landlords gestürzt werden muß, unterliegt keinem Zweifel: die Diktatur des Proletariats

ist undenkbar, solange die Landlords über den Boden verfügen, auf dem das englische Proletariat lebt.

Inwiefern ist nun der Pächter Parteigänger des Landlords, inwiefern ist er sein sozialer Gegner ? Ein Teil dieser Pächter besteht aus werktätigen Bauern. Für sie bedeutet die Enteignung der Landlords unmittelbaren Gewinn. Wird der Boden Englands nationalisiert, so kann das englische Proletariat als Gebieter über diesen Boden den werktätigen Bauern gewaltige Vorteile sichern, indem es ihnen diesen Boden unter günstigen Bedingungen zur Bewirtschaftung überläßt, eventuell unter gänzlichem Fortfall der Rente, d. h. der bisher von den Landlords erhobenen Pacht. Ein anderer Teil der Pächter dagegen bildet einen durchaus anderen Typus. Es sind das kapitalistische Unternehmer, die auf gepachtetem Boden eine überaus intensive Wirtschaft betreiben unter Anwendung von Lohnarbeit. Die Verpflichtung zur Deckung der Rente an die Landlords loszuwerden, wäre für diese Kapitalisten freilich verlockend, aber es ist ihnen durchaus klar, daß bei der sozialen Revolution ihr kapitalistisches Eigentum keineswegs ein „Rührmichnichtan" bleiben kann. Deshalb ziehen sie es vor, den bestehenden Zustand zu verteidigen.

Daher gilt der Kampf sowohl den Landlords als den kapitalistischen Pächtern, während als Verbündete des revolutionären Proletariats die werktätigen Bauern, Farmer und die besitzlosen Arbeiter erscheinen.

Inwiefern nun für England die Erhaltung der bisher auf kapitalistischer Grundlage organisierten Großbetriebe geboten erscheint, inwiefern die Aufteilung des Bodens unter die Landarbeiter und werktätigen Bauern erwünscht erscheint, darüber möchten wir uns hier kein Urteil erlauben. Es ist die Aufgabe der englischen Kommunisten, diese Fragen, die plötzlich bei Ausbruch der Revolution eine kategorische Lösung erheischen werden, sorgfältig zu entscheiden und zu beantworten.

Wie bemerkt, halten wir es für die Aufgabe dieser Zeilen, vor allem auf die dringende Notwendigkeit eines klaren Programms in Bezug auf die Agrarverhältnisse hinzuweisen. Leider bestehen in dieser Hinsicht noch gewaltige Lücken, denn in den meisten Ländern haben die kommunistischen Parteien notwendigerweise gerade diese Fragen arg vernachlässigt. Das soll keineswegs ein Vorwurf sein. Sicher gab es dringendere Aufgaben, die die ganze Kraft absorbierten. Aber die Zeit drängt. In keinem Lande Europas sind wir sicher, daß nicht „morgen" die Kommunistische Partei vor einer Situation steht, in der sie die Macht übernehmen muß, ob sie will oder nicht. Da geht es nicht an, daß diese Parteien den Problemen der Agrarverhältnisse ratlos gegenüberstehen. Das Beispiel Rußlands sollte hier zur Lehre dienen, wie schwierig diese Probleme sind und wie sehr eine konsequente Stellung ihnen gegenüber für den Erfolg der sozialen Revolution, für den Triumph unserer kommunistischen Idee von Bedeutung ist.

Hoffen wir, daß der internationale Kongreß die so dringende Ausarbeitung dieser Probleme fördern wird. ***J. Marchlewski.***

Bericht über die kommunistische Bewegung in England.

England zählt vier revolutionär-sozialistische Parteien. Es wurden Versuche gemacht, sie in eine kommunistische Partei zusammenzuschweißen. Zu diesem Zweck wurden mehrere Konferenzen abgehalten — die letzte Konferenz fand Ende Mai statt. Gegenwärtig sind verschiedene Ausschüsse damit beschäftigt, einen Verschmelzungsplan auszuarbeiten, der einem für die erste Woche des Monats August in Aussicht genommenen Kongreß unterbreitet werden soll.

Die vier revolutionär-sozialistischen Parteien Englands sind: die Britische Sozialistische Partei (B. S. P.), die Sozialistische Arbeiterpartei (S. L. P.), die Sozialistische Arbeiterföderation (W. S. F.) und der Sozialistische Verband von Südwales.

Die B. S. P. entstand 1912 als Ergebnis eines Versuchs, eine einheitliche sozialistische Partei zu gründen. Der Versuch, einen Zusammenschluß zu erzielen, war erfolglos. Das einzige Ergebnis war, daß die alte Sozialdemokratische Partei in die B. S. P. umgewandelt wurde. Die Sozialdemokratische Partei war die Führerin der sozialistischen Bewegung in England. Ihr gehörten zu verschiedenen Zeiten William Morris, Harry Quelch, H. M. Hyndman, Tom Mann und viele andere bekannte Persönlichkeiten an. Die Sozialdemokratische Partei war eine marxistische Partei. Sie führte eine weitgehende Propaganda. Als offizielles Organ diente ihr die „Justice". Nachdem die Partei sich in die B. S. P. umgestaltet hatte, wurden die gleiche Arbeit und die gleichen Traditionen fortgesetzt.

Als der Weltkrieg ausbrach, versuchten die alten Führer der B. S. P. — Männer, wie Hyndmann, Hunter Watts, Victor Fisher, Dan Irving, Adolphe Smith u. a. — die Partei zu einer sozialpatriotischen Organisation zu machen. Die jüngeren Elemente der Partei, die von E. C. Fairchild, J. Fineberg, T. Quelch, A. Inkpin, Th. Rothstein u. a. geführt wurden, widersetzten sich diesem Vorhaben. Sie begannen ein neues Parteiorgan, „The Call", herauszugeben. Ihren Anstrengungen gelang es, im März 1915 alle Verräter aus der Partei zu entfernen. Nachdem Hyndman und Konsorten sich durch ein schlaues Manöver des Organs „Justice" bemächtigt hatten, wurde „The Call" zum offiziellen Organ der Partei. Die Partei betrieb eine eifrige Propaganda gegen den Krieg. In „The Call", in zahlreichen Flugschriften und Flugblättern, in Versammlungen und Demonstrationen wurde es den breiten Massen klargemacht, daß der Krieg ein kapitalistisch-imperialistisches Abenteuer sei. Zu den Konferenzen der Arbeiterpartei (L. P). und in verschiedenen anderen Arbeiterorganisationen

befürwortete die B. S. P. auf das eifrigste die Wiederherstellung der internationalen Beziehungen des Proletariats und forderte die Arbeiterklasse dringlichst auf, dem Krieg ein Ende zu machen. Die Regierung antwortete auf die Tätigkeit der Partei mit Verfolgungen. Mehrere Mitglieder des Vollzugsausschusses und zahlreiche gewöhnliche Mitglieder wurden verhaftet; die Büros der Partei wurden zu wiederholten Malen von der Polizei überfallen. Parteiliteratur wurde beschlagnahmt und eine Sonderausgabe des „Call" sistiert.

Als die Zimmerwalder Konferenz einberufen wurde, schloß die B. S. P. sich dieser Bewegung an. Leider war die Partei an der Beschickung der Konferenz verhindert, da die Regierung sich weigerte, den Vertretern der Partei Auslandspässe zu geben. Tom Quelch wurde zum Berichterstatter für Zimmerwald ernannt. Eine enge Verbindung mit Zimmerwald wurde hergestellt.

Nach der russischen Revolution vom März 1917 veranstaltete die Partei im ganzen Lande Versammlungen und Demonstrationen zur Begrüßung dieses Ereignisses. Soweit es in ihrer Kraft stand, widerlegte sie die von der kapitalistischen Presse verbreiteten Verleumdungen, als sei die Revolution nur veranstaltet worden, um den Krieg umso eifriger fortzusetzen. Die Oktoberrevolution wurde von der Partei mit großer Begeisterung aufgenommen. Der Vollzugsausschuß machte sich unverzüglich daran, das britische Proletariat zu einer Sympathieadresse zu veranlassen. Auf unsere Anregung hin wurde ein provisorischer Ausschuß gebildet, der eine Rundreise durch sämtliche sozialistische Organisationen und Trade-Unions machte, um mit den Arbeitermassen in unmittelbaren Kontakt zu treten und ihnen die Bedeutung der Oktoberrevolution, sowie die Verpflichtungen, die dem britischen Proletariat aus dieser Revolution erwuchsen, klarzulegen. In Leeds wurde 1917 eine Konferenz abgehalten, die einen ganz außerordentlichen Erfolg hatte. Mehr als 1200 Delegierte aus ganz England, welche die sozialistischen Organisationen, Betriebsräte und Ortsgruppen der Trade-Unions vertraten, waren anwesend. Es wurde eine Resolution für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen angenommen. Eine zweite Resolution beauftragte den Vollzugsausschuß mit der Organisation von nationalen und örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten. Dieses wurde auch getan. Das ganze Land wurde in 13 Bezirke eingeteilt, in denen Bezirkskonferenzen veranstaltet wurden. Zahlreiche Arbeiterorganisationen des Landes und viele Truppenteile unterstützten die Bewegung. Die Regierung wurde allen Ernstes aus der Ruhe gebracht und ergriff energische Maßnahmen zur Unterdrückung dieser Bewegung. Die Bezirkskonferenzen wurden verboten und durch gedungene Raufbolde gewaltsam gesprengt. Wenn das Vorgehen der Partei auch keine unverzüglichen Ergebnisse hatte, so war es doch ein Wendepunkt in der Stellungnahme der Massen zum Kriege.

Die Partei führte einen nicht zu unterschätzenden Feldzug gegen die Intervention in Rußland (einen sog. „Hände weg von Rußland"-Feldzug)

durch und war bestrebt, die Bevölkerung über die wahren Absichten des „demokratischen Befreiers" England, das den Kapitalismus und die alte Ordnung in Rußland wiederherstellen wollte, aufzuklären. Ferner forderte sie die Arbeiter durch Propaganda in Schrift und Wort auf, dem Beispiel der Werktätigen Rußlands zu folgen. Unverzüglich nach Veröffentlichung des Programms der III. Internationale wurden die Fragen der Diktatur des Proletariats, des Sowjetsystems und der III. Internationale einer Urabstimmung unterzogen. Mit überwiegender Stimmenmehrheit beschloß die Partei, sich der Moskauer Kommunistischen Internationale anzugliedern. Durch ihre Presseorgane, ihre Broschüren und Flugblätter, durch Veranstaltung von Versammlungen und andere ihr zu Gebote stehende Mittel betreibt die Partei eine weitgehende kommunistische Propaganda in den Industrieorganisationen der Arbeiterklasse, und in den Reihen der Arbeiterpartei.

Die letzte Konferenz der Partei (Ostern 1920) nahm die unseren Leser bereits bekannte Resolution über die Politik der Partei an*).

Die Sozialistische Arbeiterpartei (S. L. P.) wurde vor etwa 15 Jahren von einer Anzahl Genossen gegründet, die aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten waren, weil die Partei ihnen nicht genügend revolutionär erschien. Die S. L. P. ist eine marxistische revolutionäre Partei, die einige tüchtige Männer in ihren Reihen aufweist. Sie führte energische Propaganda und entwickelte während des Krieges eine eifrige Tätigkeit. Zu den letzten Parlamentswahlen stellte die Partei drei Kandidaten auf (Paul, McManus und T. T. Murphy). Die Partei befürwortet also die parlamentarische Aktion, obwohl ein Teil ihrer Mitglieder eine solche Aktion verwirft. Das Programm der Partei besteht in politischer Aktion und in der Organisation der Arbeitermassen nach Industriezweigen. Das offizielle Organ der S. L. P. ist der in Glasgow erscheinende „Socialist". Vor kurzem wurden einige der besten Redner und Schriftsteller aus der Partei ausgeschlossen; die Gründe wollen wir später anführen. Nunmehr ist die S. L. P. zum großen Teil in den Händen einer Anzahl von „Ultralinken", die alles, was ihnen nicht „links" genug erscheint, als Verrat verschreien.

Die Sozialistische Arbeiterföderation (W. S. F.), an deren Spitze Sylvia Pankhurst steht, entstand, nachdem den Frauen das Stimmrecht gewährt wurde, aus einem Frauenrechtlerinnenverband. Die W. S. F. ist ebenfalls „ultralinks", verwirft die parlamentarische Aktion und negiert — soweit aus ihrem Programm zu ersehen ist — überhaupt jegliche politische Aktion. Die Partei stellt eine kleine, hauptsächlich aus Frauen bestehende Gruppe vor. Ihr offizielles Organ ist der „Workers Dreadnought".

*) Siehe „Kommunistische Internationale" Nr. 11.

Der Sozialistische Verband von Südwales (S. W. S. S.) ist eine größtenteils aus Grubenarbeitern von Wales bestehende kleine energische Körperschaft, die sich mit der Organisierung der Arbeiter in den Bezirken von Südwales abgibt. Der Verband ist gegen die parlamentarische Aktion. Seinen Ansichten nach nähert er sich dem Syndikalismus.

* * *

Die größten Schwierigkeiten, die sich dem Zusammenschluß der Parteien in den Weg stellten, waren die Fragen der parlamentarischen Aktion und der Arbeiterpartei.

Als man zur ersten Einigungskonferenz in eine Sackgasse geriet, schlug ein Vertreter der S. L. P. vor, eine Kommunistische Partei zu gründen und drei Monate nach ihrer Gründung über die strittigen Fragen abzustimmen. Die B. S. P. ging auf den Vorschlag ein. Die S. L. P. gab ihre Zustimmung zur Gründung einer Kommunistischen Partei, wehrte sich jedoch gegen eine Abstimmung über die Frage der Arbeiterpartei. Die W. S. F. und die S. W. S. S. machten Schwierigkeiten wegen der parlamentarischen Aktion.

Die drei Vertreter der S. L. P., die Genossen Paul, MacManus und Bell fuhren fort, sich an den Einigungsverhandlungen zu beteiligen; ihre Partei sagte sich aber deswegen von ihnen los und schloß sie zu einem späteren Zeitpunkt aus. Die S. L. P. als solche nimmt jetzt an den Verhandlungen nicht teil, wenngleich ein bedeutender Teil der Partei die Verhandlungen fortsetzt. Hinsichtlich der parlamentarischen Aktionen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu einer Verständigung kommen. Ueber die Frage der Arbeiterpartei aber bestehen starke Meinungsverschiedenheiten. Wir halten es daher für geraten an dieser Stelle darzulegen, was die Arbeiterpartei eigentlich vorstellt und was sie tut.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wurden Forderungen laut, daß die Trade Unions sich als organisierte Körperschaft am politischen Leben beteiligen sollten. Von einem Kongreß zu dem anderen warf man diese Frage auf, doch immer wieder riefen die altmodischen Trade Unions: „Keine Politik in den Verbänden". Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wurde ein Arbeitervertretungsausschuß gebildet, der sich 1906 als Arbeiterpartei konstituierte.

Dieser Schritt bedeutete einen entschiedenen Sieg der vorgeschrittenen Elemente der Gewerkschaften.

Die Arbeiterpartei ist die politische Abteilung der Trade Unions. Die Gewerkschaftsmitglieder zahlen jährlich einen kleinen Beitrag zum politischen Fonds, aus dem die Gewerkschaft die Kosten der Wahlkampagne für bestimmte, von den Gewerkschaftsmitgliedern gutgeheißene Parlamentskandidaten bestreitet. Ein Teil des Fonds geht an die Arbeiterpartei, die zu den Ausgaben der Wahlkampagne beisteuert und den Gewerkschaften auch mit Druckschriften und Rat zur Seite steht.

95% der Mitglieder der Arbeiterpartei sind nicht Mitglieder im gewöhnlichen Sinne des Wortes, d. h. sie haben sich der Partei nicht als Einzelpersonen, sondern in ihrer Kollektiveigenschaft als Mitglieder der Gewerkschaften angeschlossen. So sind z. B. die Grubenarbeiter in einer Gesamtmasse von einer halben Million Mann auf einmal der Partei beigetreten. Die Partei nimmt auch ganze sozialistische Körperschaften und einzelne Sozialisten auf. Die B. S. P., die Unabhängige Arbeiterpartei (J. L. P.) und die Fabian Society haben sich ihr bereits angeschlossen. Einzelpersonen ist es gestattet, den Ortsorganisationen der Arbeiterpartei beizutreten, jedoch ist die Zahl solcher Einzelmitglieder sehr gering.

Die B. S. P. ist die einzige revolutionäre Organisation, die sich der Arbeiterpartei angeschlossen hat. Die B. S. P. ist der Ansicht, daß die Arbeiterpartei im jetzigen Stadium des politischen Bewußtseins der organisierten Arbeiter, ihr politisches Sprachrohr ist, und daß man ihr daher angehören muß, um ihre Konferenzen und Ortsorganisationen zur Propagierung des Kommunismus auszunutzen. Wir Vertreter der B. S. P. erklären, daß wir durch unseren Austritt aus der Arbeiterpartei die überaus wichtige Gelegenheit, unserer Meinung Ausdruck zu verleihen, verlieren würden. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß die Arbeiterpartei keine revolutionäre Organisation ist, daß einige ihrer Führer, wie Henderson, Thomas Clynes und Konsorten Verräter an der Arbeiterklasse sind, daß sie die Regierung während des Krieges unterstützten und sie in so mancher Hinsicht auch noch jetzt unterstützen, aber wir erkennen auch an, daß die Arbeiterpartei Männer wie Smillie und viele andere aufweist, die mit Wort und Tat unterstützt werden müssen. Vor allen Dingen aber gehen wir von dem Standpunkt aus, daß die Massen der organisierten Arbeiter zur Arbeiterpartei gehören, und daß man dort viel eher an sie herankommen kann, als wenn man außerhalb der Partei arbeitet. Die reaktionären Führer der Arbeiterpartei wären froh, wenn wir austreten würden, weil sie dann keine Kritik zu fürchten brauchten. Von diesen Führern sagen wir uns los. Die Liste der von der B. S. P. in Aussicht genommenen Kandidaten für Parlaments- oder Gemeindewahlen wird den Ortsorganisationen der Arbeiterpartei zur Begutachtung unterbreitet. Werden die Kandidaten von der Arbeiterpartei gutgeheißen, so trägt die B. S. P. als diejenige Körperschaft, die die Kandidaten vorschlägt, die Kosten der Wahlkampagne. Auch die Gewerkschaften können ihre Kandidaten aufstellen; in einem solchen Fall werden die Ausgaben von den Gewerkschaften, denen die Kandidaten angehören, getragen. In beiden Fällen können unsere Kandidaten vor den Wählern die Ansichten der Partei vertreten. Die B. S. P. stellt nicht Kandidaten für die Parlamentswahlen auf, um die parlamentarischen Institutionen zu stärken und sie der Arbeiterklasse annehmbar zu machen, ein Zweck, den die J. L. P. verfolgt. Vielmehr benutzt die B. S. P. — wie die schon bekannte Resolution zeigt — das Parlament, um es zu zertrümmern, seine Ueberflüssigkeit aufzudecken und die Notwendigkeit neuer Organisationen klarzulegen.

Die S. L. P. und die W. S. F. sind vorläufig für einen Anschluß an die Arbeiterpartei noch nicht zu gewinnen. Sie verfechten die Ansicht, daß die revolutionären Sozialisten ihre Unabhängigkeit bewahren und sich weigern müssen, mit nichtrevolutionären Körperschaften etwas zu tun zu haben, den geraden Weg zum Kommunismus nehmend. Sie messen industrieller Aktion große Bedeutung bei.

Die B. S. P. hat zu wiederholten Malen betont, daß der Zusammenschluß der Kommunisten wichtiger ist als die Frage für oder wider den Beitritt zur Arbeiterpartei. Die B. S. P. ist damit einverstanden, daß die zu gründende Kommunistische Partei sich nicht der Arbeiterpartei anschließt, aber sie behält ihren Mitgliedern das Recht vor, in der Zukunft auf die Frage zurückzukommen. Die S. L. P. will ihre Zustimmung hierzu noch immer nicht geben, während die W. S. F. eingewilligt hat, ein Referendum unter ihren Mitgliedern zu veranstalten.

Sollte die Kommunistische Partei als Ergebnis der Augustkonferenz tatsächlich gegründet werden, so werden viele, die keiner der genannten vier Organisationen angehören, der Partei beitreten. Die I. L. P. (Unabhängige Arbeiterpartei) beschloß auf ihrer zu Ostern abgehaltenen Konferenz, die II. Internationale zu verlassen und sich über das Programm der III. Internationale zu informieren. Ein bedeutender einflußreicher Teil der I. L. P. wünscht den Anschluß an die III. Internationale und fordert ein kommunistisches Programm für die Partei (sämtliche Abteilungen der Partei in Schottland befürworten den Eintritt in die III. Internationale). Ramsay MacDonald, Philipp Snowden und andere gleichgesinnte Führer der I. L. P. wollen sich nicht zum Kommunismus bekehren lassen. Eine Spaltung scheint daher unvermeidlich zu sein. Sollte es dazu kommen, so wird die Kommunistische Partei den linken Flügel der I. L. P. aufnehmen.

Man kann sich darauf verlassen, daß die B. S. P. ihre ganze Kraft einsetzen wird, um einen Zusammenschluß der Kommunisten herbeizuführen und der neuen Partei ein Programm zu sichern, das auf den Grundsätzen der proletarischen Diktatur, des Sowjetsystems und auf dem Programm der III. Internationale beruht, dabei aber nicht von den organisierten Arbeitern losgelöst sein wird, sondern sie wird, soweit Umstände und Mittel es erlauben, die Arbeit in den Trade Unions und der Arbeiterpartei selbst, im Parlament und außerhalb aller dieser Körperschaften fortsetzen.

Im Namen der B. S. P.

W. MacLaine, Tom Quelch.

Die gegenwärtige Lage in England.

I.

Die Arbeiterorganisationen Englands.

Unter den Arbeiterorganisationen Englands stehen die Trade Unions an erster Stelle. Größtenteils sind sie nach Gewerben organisiert, wie z. B. der Verband der Maschinenbauer, der Tischler, Elektrizitätsarbeiter, Bäcker, Eisenbahner, Bergarbeiter usw. Der Bergarbeiterverband zählt ungefähr 500,000 Mitglieder, der Verband der Eisenbahner etwa 300,000, während der vereinigte Verband der Maschinenbauer etwa 260,000 Mitglieder aufweist. Außer den Trade Unions gibt es auch noch Arbeiterverbände, wie z. B. die Arbeiterunion (Workers Union), deren Mitgliedschaft sich aus ungelernten und halbgelernten Arbeitern zusammensetzt.

Die Höhe der Mitgliedsbeiträge ist verschieden. In einigen Gewerkschaften, wie z. B. im Verband der Maschinenbauer haben die Mitglieder 2 Schilling pro Woche zu entrichten, während die Mitglieder einiger allgemeiner Arbeiterverbände nicht mehr als 4 Pence wöchentlich zahlen. Aus diesen Mitgliedsbeiträgen werden verschiedenartige Unterstützungen an die Mitglieder bestritten. Der Verband der Maschinenbauer zahlt Streikgelder, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, gewöhnlich aber beschränken die Gewerkschaften sich auf Auszahlung von Streikgeldern. In letzter Zeit streben die Gewerkschaften danach, sich zusammenzuschließen und der Sonderbündelei ein Ende zu machen. In der Metallindustrie z. B. gab es bislang etwa 30 verschiedene Verbände — Maschinenbauer, Kesselarbeiter, Schmiede, Modellarbeiter, Elektrizitätsarbeiter usw. Im Juli dieses Jahres soll unter den meisten dieser Verbände ein Zusammenschluß erfolgen, so daß der neue Verband der Maschinenbauer etwa 400,000 Mitglieder aufweisen wird.

Die Gewerkschaften besitzen ständige Funktionäre, die als Sekretäre amtieren, in manchen Fällen auch ständige Vollzugsausschüsse. Der Verband der Maschinenbauer z. B. weist folgende ständige Arbeitskräfte auf: einen Generalsekretär, einen Vorsitzenden, sieben Mitglieder des Vollzugsausschusses, elf Hilfssekretäre. Diese Funktionäre werden sämtlich auf 3 Jahre gewählt, da aber die Mitglieder gewöhnlich recht spärliches Interesse für die Wahlen zeigen, so werden dieselben Funktionäre meistens immer wieder gewählt. Die Arbeiterunion hat ständige Organisatoren und einen Generalsekretär, die jedoch von dem Vollzugsausschuß gewählt werden. Der Vollzugsausschuß der Arbeiterunion tagt einmal monatlich, die Mitglieder des Ausschusses bekleiden ihre Posten aber nur im Nebenamt und arbeiten tagsüber in den Betrieben.

Streiks sind den Mitgliedern der Gewerkschaften nur mit Genehmigung der Vollzugsausschüsse oder auf Anraten der Funktionäre hin gestattet. Treten die Arbeiter ohne Genehmigung des betreffenden Vollzugsausschusses in den Ausstand, so wird ihnen keine Streikunterstützung ausgezahlt.

Die meisten der Gewerkschaften sind dem Gewerkschaftskongreß angegliedert, an den die Verbände pro Mitglied 3 Schilling jährlich zahlen. Der Kongreß, der einmal jährlich zusammentritt, erörterte Fragen, wie die „Nationalisierung der Bergwerke", die „Funktionen des Streiks", „Streitigkeiten zwischen den Verbänden", „Altersversorgung" usw. In den vier Tagen seiner Sitzungen nimmt der Kongreß zahlreiche Resolutionen an, tut aber sonst gar nichts. Der größte Teil der Arbeit entfällt auf einen vom Kongreß eingesetzten Parlamentsausschuß aus zehn Mitgliedern. Der Ausschuß hat für die Ausführung der Resolutionen Sorge zu tragen. Da diese Resolutionen aber meistens Aufforderungen an die Regierung enthalten, die eine oder andere Maßnahme zu ergreifen, so muß der Ausschuß sich darauf beschränken, die Resolutionen der Regierung vorzutragen. Werden die Bitten oder Aufforderungen abgelehnt, so werden seitens des Ausschusses keine weiteren Schritte unternommen. Im darauffolgenden Jahre wird dem Kongreß über die Ergebnisse Bericht erstattet, und die gleiche Prozedur beginnt von neuem. Ueber 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder gehören dem Gewerkschaftskongreß an.

Was die politische Tätigkeit der Verbände anbelangt, läßt sich folgendes sagen: Es steht den Gewerkschaften frei, selbständig zu entscheiden, ob sie sich der Arbeiterpartei (Labour Party) anschließen wollen oder nicht. Schließen sie sich der Partei an, so zahlen sie 3 Schilling jährlich pro Mitglied in die Parteikasse — ein Betrag, den man als äußerst gering betrachten muß.

Die Gewerkschaften, die ihre eigenen Kandidaten für die Parlamentswahlen aufzustellen wünschen, haben die Kosten selbst zu bestreiten. Die Frage wird den Mitgliedern des Verbandes vorgelegt, die dann auch entscheiden, wieviel und welche Kandidaten aufgestellt werden sollen. So wird der Verband der Maschinenbauer z. B. bei den nächsten Parlamentswahlen 21 Kandidaten aufstellen. Die Kosten der Wahlkampagne wird der Verband selbst tragen, mit Ausnahme eines kleinen Zuschusses aus den Geldern der Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei bildet somit die politische Abteilung der Trade Unions. Alljährlich hält sie einen Parteitag ab. Dem letzten Parteitage (im vorigen Jahr) wohnten etwa 700 Delegierte bei, die fast alle Gewerkschaften vertraten. Die Partei besitzt auch lokale Zweigabteilungen, die für die Vorbereitung zu den Parlaments- und Munizipalwahlen Sorge tragen. In den Stadträten, die von dem Gros der Stadtbevölkerung gewählt werden, hat die Arbeiterpartei ihre Vertreter.

Alljährlich wählt die Arbeiterpartei einen Vollzugsausschuß aus etwa 10 Mitgliedern, der hin und wieder mit dem Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses gemeinschaftliche Beratungen abhält. Der Aus-

schuß erörtert politische Fragen, prüft die beantragten Wahlkandidaturen, veröffentlicht Parteiliteratur und übt eine gewisse Kontrolle über die parlamentarische Gruppe der Arbeiterpartei aus.

Die Vertreter der Arbeiterpartei in Parlament sind Leute, die von den Gewerkschaften aufgestellt und von der allgemeinen Bevölkerung gewählt werden. Sie sind fast ausnahmslos Sekretäre der Gewerkschaften; da sie somit zwei Posten mit einem Mal zu bekleiden haben, so sind sie außerstande, ihrer Arbeit im Parlament die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Sie besuchen die Sitzungen unregelmäßig; von den 80 Vertretern der Arbeiterinteressen im Unterhause sind gewöhnlich nicht mehr als 40 anwesend. Nur wenige von ihnen sind revolutionär, die meisten sind es nicht. Diese sind Vertreter des rechten Flügels der Arbeiterpartei. Sie fühlen sich als Mitglieder einer bürgerlichen Institution verpflichtet, deren Gebräuche und Verfahren anzunehmen. Einige der Arbeiterdeputierten waren halb revolutionär, bevor sie zu Parlamentsmitgliedern gewählt wurden, haben sich aber nun in einem Labyrinth von Einzelheiten der Arbeit verloren, die nicht den geringsten Wert besitzen, weil es kapitalistische Arbeit ist.

Der Arbeiterpartei (Labour Party) sind drei andere politische Organisationen angegliedert, die wir hier näher beschreiben wollen.

Die erste dieser Organisationen, die Unabhängige Arbeiterpartei (J. L. P.) ist eine Organisation, die aus Sozialisten, Idealisten, Pazifisten, Antimilitaristen und einigen Revolutionären besteht. Viele ihrer Mitglieder gehören religiösen Vereinen an, einige sind Quäker. An der Spitze der I. L. P. stehen Leute vom Schlage Ramsay Macdonald, Philipp Snowden, Bruce Glasier u. a. Keiner von ihnen ist seinen Ansichten nach Bolschewik oder Kommunist. Sie glauben, das Parlament sei eine zweckentsprechende Institution und befürworten ein „langsames, aber sicheres" Vorgehen. Die Führer der I. L. P. sind Gegner der III. Internationale und der proletarischen Diktatur.

Die I. L. P., die 80,000 Mitglieder zählt, leistet beträchtliche Propagandaarbeit. Während des Krieges agitierte sie eifrig gegen die Geheimverträge und bekämpfte vom pazifistischen Standpunkt aus den Krieg. Die I. L. P. ist eigentlich nicht eine Partei des Klassenkampfes, aber es hat sich eine Gruppe in ihr gebildet, die bestrebt ist, eine Richtung nach links einzuschlagen. Diese Gruppe, die von Newbold und Saklavala geführt wird, veröffentlichte kurz vor dem Parteitage der I. L. P. (zu Ostern d. J.) ein Manifest zugunsten der III. Internationale. Es gelang ihr auch, die Partei zum Austritt aus der II. Internationale zu bewegen, den Eintritt der Partei in die III. Internationale aber vermochte sie nicht durchzusetzen.

Es wurde jedoch eine Delegation, bestehend aus Clifford Allan und R. C. Wallhead, ernannt, die gegenwärtig in Rußland weilt. Bei Ernennung der Delegation unterließ man es, den linken Flügel der Partei zu Rate zu ziehen. Weder Allan noch Wallhead gehören diesem Flügel an.

Sollte die I. L. P. sich nicht der III. Internationale anschließen, so

wird der linke Flügel die Partei aller Wahrscheinlichkeit nach verlassen und zu den Kommunisten übergehen.

Die Fabian Society ist eine Organisation mit 2000 Mitgliedern, an deren Spitze Sidney Webb steht. Sie verficht den Kollektivismus und beschäftigt sich mit der Veröffentlichung von statistischen Angaben über Eisenbahnen, Bergwerke, Seetransport usw. Die Arbeit, die die Fabian Society leistet, ist zweifellos wertvoll, aber weder die Organisation noch ihre Veröffentlichungen tragen einen revolutionären Charakter. Die Mitglieder der Partei sind größtenteils Intellektuelle — Professoren, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Lehrer u. a.

Die B. S. P. ist die einzige wahrhaft revolutionäre Organisation in England. Dieser Partei gehörten Litwinow, Tschitscherin, Fineberg und die meisten anderen russischen Kommunisten an, die in England gelebt haben. Petrow, Rothstein und MacLean zählen zu ihren Mitgliedern.

Die Partei entstand aus der alten Sozialdemokratischen Föderation, der Morris sowie viele andere der alten britischen Revolutionäre angehörten. Im Jahre 1910 wurde sie in die „Britische Sozialistische Partei" umbenannt.

Als der Weltkrieg ausbrach, fand er in Hyndman, A. S. Headingley, Victor Fisher, Hunter Watts und einigen anderen Mitgliedern Anhänger. Es kam zu einer Spaltung in der Partei. Die jüngeren Kräfte, unter denen Fineberg, Fairchild, Inkpin, MacLean, Quelch, MacLaine und viele andere waren, organisierten eine Antikriegssektion der Partei, die eine neue Zeitung „The Call" herauszugeben begann.

In wenigen Monaten gewann die Gruppe, die den Krieg bekämpfte, die Mehrheit der Parteimitglieder für sich. Mit den Durchschnittsmitgliedern ließ es sich schon arbeiten, wenn auch einige Führer Sozialpatrioten und Säbelraßler von der schlimmsten Sorte geworden waren. Die Patrioten bemächtigten sich des Parteiblattes „Justice", sodaß von jener Zeit an „The Call" zum Zentralorgan der Partei wurde. Hyndman, Headingley, Fisher und Konsorten wurden aus der Partei ausgeschlossen. Die B. S. P. machte sich nun daran, den Krieg fest und kraftvoll zu bekämpfen. Die meisten Mitglieder ihres Vollzugsausschusses und alle ihre Organisatoren mußten eine Zeitlang während des Krieges im Gefängnis zubringen, dem Generalsekretär Inkpin und allen ihren Organisatoren wurde jede Parteiarbeit verboten. Trotz dieses Mißgeschicks blieb die Partei ihrer Richtlinie treu und bekämpfte den Krieg nicht vom pazifistischen, sondern vom Standpunkt des Klassenkampfes. Allerorts wurden Versammlungen veranstaltet, Manifeste wurden gedruckt und verbreitet, Aufrufe wurden veröffentlicht, die die Arbeiter aufforderten, den Frieden zu verlangen. Die Büros der Partei wurden zu wiederholten Malen von der Polizei überfallen, wobei Parteiliteratur beschlagnahmt wurde.

Als die Nachricht über die erste russische Revolution nach England gelangte, veranstaltete die B. S. P. eine große Begrüßungsdemonstration. In ihrem Organ „The Call" und in anderen Blättern rief die Partei die Arbeiter Englands auf, Hand in Hand mit den russischen Arbeitern Frieden

zu fordern und ihre kapitalistische Regierung zu stürzen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte die Partei den Kampf der Bolschewiki gegen Kerenski und begrüßte die Oktoberrevolution mit freudiger Begeisterung. Es wurden Versuche gemacht, Arbeiter- und Soldatenräte zu organisieren. Mein Freund Quelch war Sekretär des ersten dieser Räte. Die Behörden organisierten Banden von Raufbolden, die die Versammlungen sprengten. Viele Genossen kamen zu Schaden, die Arbeit wurde aber trotzdem fortgesetzt.

Die B. S. P. hat zahlreiche Bücher und Schriften über Rußland und die Revolution herausgegeben, unter anderem auch „Staat und Revolution" und „Die proletarische Revolution" von Lenin, „Das kapitalistische Europa und das sozialistische Rußland" von Philipp Price, „Die Dritte Internationale" von Bela Kun usw.

Diese Bücher und Flugschriften sind zu Tausenden im ganzen Lande verbreitet worden. Außerdem wurden die Lage Rußlands, die Aussichten der russischen Bewegung und der Fortschritt der bolschewistischen Revolution in zahlreichen Artikeln in „The Call" behandelt.

Die Partei steht auf dem Standpunkt der proletarischen Diktatur und hat sich der III. Internationale angeschlossen.

Die letzte Konferenz nahm zwei Resolutionen an. Eine derselben ist den Lesern der „Kommunistischen Internationale" bereits bekannt*). Die andere lautet folgendermaßen:

> „Der jüngsten Wahlerfolge der Arbeiterpartei eingedenk, macht der Parteitag der B. S. P. die Arbeiterklasse darauf aufmerksam, daß eine bloße ziffernmäßige Verstärkung der Parlamentsgruppe oder selbst die Bildung einer Arbeiterregierung die Sache der Arbeiter nicht vorwärts bringen wird, wenn die politische Aktion der Arbeiter sich nicht bewußt und vorsätzlich auf den Sturz des kapitalistischen Systems richtet. Gewisse Teile der Kapitalistenklasse und ihre Presseorgane, die die Möglichkeit eines Wahltriumphes der Arbeiter einsehen, sind bereits jetzt bestrebt, die Folgen eines solchen Triumphes zu untergraben und zunichte zu machen, indem sie zugeben, daß die „Arbeiter zu regieren imstande sind". Sie hoffen, dadurch die Arbeiterklasse auf gütlichem Wege zu bewegen, daß sie ihre Kräfte in vergeblicher Anstrengung, nach kapitalistischem Muster zu „regieren", verschwendet. Gewisse Arbeiterführer, die jeder revolutionären Weitsichtigkeit entbehren und sich als Ministerkandidaten fühlen, versuchen bereits die Arbeiter auf den verhängnisvollen Weg des Kompromisses mit dem Kapitalismus zu ziehen. Der Parteitag erklärt, daß alle derartige Versuche, der politischen Aktion die Spitze abzubrechen, falls sie Erfolg haben, unvermeidlich zur Reaktion führen und fordert die Arbeiter nachdrücklichst auf, nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich verpflichten, die politische Waffe als Mittel zur tatkräftigeren Führung des revolutionären Klassenkampfes und zur Errichtung der Diktatur der Arbeiter nach endgültigem Sturz des kapitalistischen Systems zu benutzen".

*) Siehe „Kommunistische Internationale" Nr. 11.

Beide Resolutionen bringen die revolutionäre Stellung der Partei und ihre Ansichten über politische Aktionen klar zum Ausdruck.

Ich habe die Stellungnahme der B. S. P. eingehend behandelt, da gewisse Elemente sich weigern, sich der Arbeiterpartei anzuschließen und auch den Beitritt der B. S. P. zur Arbeiterpartei verurteilen. Die B. S. P. ist der Ansicht, daß eine Angliederung an die Arbeiterpartei notwendig ist, da diese die politische Organisation der Arbeiter ist. Wir behalten uns das Recht vor, Henderson, Hodge, Brace, Thomas und andere Arbeiterführer zu verurteilen und wir machen das auch im Rahmen ihrer Partei. Wir sind nicht verpflichtet, in allen Handlungen der Arbeiterpartei mitzutun; die Arbeiterführer wären sehr zufrieden, falls wir uns von der Partei trennen wollten, da sie dann nicht unserer Kritik ausgesetzt wären.

Die B. S. P. ist im wesentlichen eine proletarische Partei. Sie enthält keine bürgerlichen Elemente. Ihr Vollzugsausschuß besteht gegenwärtig aus drei arbeitenden Mechanikern, einem Buchdrucker, einem Werkführer einer Kleiderfabrik, einem weiblichen und einem männlichen Gewerkschaftsorganisator. Alle diese Funktionäre befinden sich im nahen Kontakt mit den organisierten Arbeitern.

Unter den Gruppen, die der Arbeiterpartei nicht angeschlossen sind, steht die Sozialistische Arbeiterpartei (S. L. P.), deren Hauptsitz in Glasgow ist, an erster Stelle. Das Presseorgan der Partei ist „The Socialist". Während des Krieges legte die Partei eine eifrige Tätigkeit an den Tag und führte eine ganz ausgezeichnete Propaganda gegen den Krieg. Sie ist eine marxistische Partei und hat verschiedene Werke von Marx, de Leon, Paul und Liebknecht herausgegeben. Vor kurzem machte sich in ihren Reihen eine gewisse Uneinigkeit geltend, die den Ausschluß einiger ihrer tätigsten und bekanntesten Führer wie W. Paul, A. MacManus und T. Bell zur Folge hatte. Diese Männer strebten nach kommunistischer Einigkeit und waren bereit, die Frage der Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit zu behandeln, deshalb wurden sie ausgeschlossen. Während der letzten Parlamentswahlen stellte die Partei unabhängig von der Arbeiterpartei drei Kandidaten — Paul, MacManus und Murphy auf.

Die Sozialistische Arbeiterföderation (Workers Socialist Federation) ist die Partei, an deren Spitze Sylvia Pankhurst steht. Die Partei besteht aus einer kleiner Gruppe, die einige tätige Männer und Frauen, hauptsächlich aber Frauen aufweist. Da sie nicht im Kontakt mit den Arbeitermassen stehen, hat ihre Tätigkeit nicht den Wert, den sie besitzen würde, wenn die Partei den Arbeitern näher stünde. Die W. S. F. ist antiparlamentarisch und weist jeglichen Antrag eines Anschlusses an die Arbeiterpartei kategorisch zurück.

Von den übrigen politischen Gruppen wären zu erwähnen: die anarchistische Gruppe, die sehr klein und unbedeutend ist, die Sozialistische Partei Großbritanniens — eine rein politische Körperschaft mit sehr

wenigen Anhängern, und der Sozialistische Verband von Südwales, über den ich nicht viel zu sagen weiß.

Während des letzten Jahres wurde ein Versuch gemacht, die sozialistischen Kräfte zusammenzuschließen. Anfangs wurde eine Konferenz der B. S. P., der I. L. P. und der S. L. P. einberufen, es sollte aber alsbald klar werden, daß eine Einigkeit zwischen den rechtsstehenden und den linksstehenden Sozialisten ein Ding der Unmöglichkeit sei. Es wurde daher beschlossen, sich auf den Zusammenschluß der linksstehenden Kräfte zu beschränken. Zwei bis drei Konferenzen wurden abgehalten, ohne daß bis jetzt greifbare Resultate erzielt worden wären. Auf der ersten Konferenz willigten die Vertreter der S. L. P. in den Vorschlag, eine Kommunistische Partei zu gründen und 3 Monate nach deren Gründung ein Referendum über die Frage der Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei zu veranstalten. Die W. S. F. verhielt sich zu diesem Antrag ablehnend. Der Vollzugsausschuß der S. L. P. verweigerte seine Einwilligung; die Genossen Paul, MacManus und Bell, die fortfuhren, in dieser Richtung auf die Erzielung einer Einigkeit hinzuarbeiten, wurden aus der S. L. P. ausgeschlossen.

Wie die Lage jetzt ist, soll Ende Juli eine Konferenz einberufen werden, um die Bildung einer Kommunistischen Partei zu erörtern. Möglicherweise wird die Konferenz aufgeschoben werden, um den Beschluß des Kongresses der III. Internationale abzuwarten. Die Beschlüsse des Kongresses werden auf die Kommunisten Englands einen großen Eindruck ausüben.

Die Shop-Stewards-Bewegung in England war zum großen Teil ein Auswuchs des Krieges. In der Vorkriegszeit hatte die Haltung der Arbeiterführer unter vielen Durchschnittsarbeitern Unwillen hervorgerufen. Eine Reihe nichtoffizieller Ausstände wurde durchgeführt. Während des Krieges verhinderten die Gesetze über Kriegsvorräte und Landesverteidigung die Verbände an der Organisierung von Streiks. Den Führern kam das in vielen Fällen gelegen, da sie den Krieg unterstützten und sich den englischen Imperialisten anschlossen, so daß sie keinerlei Ausstände wünschten. Die Lage wurde so unerträglich, daß zuguterletzt in London ein Komitee zur Wahrung der Rechte der Gewerkschaften gebildet wurde. Genosse Tom Quelch wurde zum Sekretär des Komitees ernannt. Das Komitee bestand nicht lange, war aber insofern von Bedeutung, als es die erste Opposition darstellte, die die Regierung auf dem Gebiet der Industrie erfahren hatte. Darauf wurde eine Anzahl von Arbeiterkomitees in London, Glasgow, Manchester und anderen Städten gegründet. Ich gründete ein solches Komitee in Manchester und gehörte zu den Mitgliedern des ersten Nationalausschusses der Arbeiterkomitees. Diese Komitees entstanden in zahlreichen Fabriken und Werken im ganzen Land; sie organisierten auch den großen Metallarbeiterstreik im Jahre 1917. Die Komitees bewogen die Verbände, zur Aktion zu schreiten; in Fällen, wo das Vor-

gehen der Verbände sie nicht befriedigte, schritten die Komitees selbst zur Aktion.

Seit dem Ende des Krieges ist die Bewegung abgeflaut. Die meisten ihrer aktiven Mitglieder wurden gemaßregelt und können keine Anstellungen erhalten. Doch behalten die Arbeiter die Bewegung stets im Auge, so daß sie nötigenfalls leicht wieder aufleben kann. Mit der Bewegung sind einige zuverlässige, revolutionär gesinnte Männer verbunden, andere wiederum sind nichts weiter als unzufriedene Arbeiter. Die Bewegung ist im wesentlichen antipolitisch, doch wird sie nach dem Kongreß der III. Internationale ihre Ansichten möglicherweise ändern.

Die Bewegung gibt zwei Organe heraus, die „Solidarity" (eine Monatsschrift) in London und „The Worker" (eine Wochenschrift) in Glasgow. Schreiber dieses Artikels ist ein ziemlich regelmäßiger Mitarbeiter des Organs „The Worker". Ich erwähne diesen Umstand, um zu zeigen, daß Mitglieder der B. S. P. wie Gallagher, Campbell, ich u. a. mit der Shop-Stewards-Bewegung in tätiger Verbindung stehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in der gesamten Arbeiterbewegung Englands eine Strömung nach links bemerkbar macht. Die alten Führer verlieren ihren Einfluß auf die Arbeitermassen und werden einer nach dem anderen durch jüngere tatkräftigere Elemente ersetzt. Ich würde nicht sagen, daß die Arbeiter in ihrer Masse klassenbewußt sind, jedoch haben Tatsachen, wie der letzte Aufruf Lloyd Georges an die Kapitalisten viel dazu beigetragen, den Arbeitern die Augen zu öffnen. In der Vergangenheit wurden die Arbeiter durch den Schein irregeführt. Sie sahen, wie zwei kapitalistische Parteien einander bekämpften, und hielten diese Vorgefechte für den wahren Kampf. Nun, da die kapitalistischen Politiker den Arbeitern offen den Krieg erklärt haben, bedarf es keiner Anstrengung unsererseits, um das Vorhandensein eines Klassenkampfes zu beweisen.

Einige der Arbeiterführer weigern sich natürlich immer noch, die Tatsachen anzuerkennen, und schwatzen von sozialem Einvernehmen und ähnlichen Unmöglichkeiten. Die Arbeitermassen aber geraten trotz all dieses Humbugs in Bewegung.

II.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in England.

Während des Krieges trat im politischen Konflikt eine zeitweilige Unterbrechung ein. Die beiden kapitalistischen Parteien — die liberale und die konservative — bildeten für die Dauer des Krieges eine Koalition und forderten die Arbeiterpartei auf, sich ihr anzuschließen. Der Arbeitsminister Henderson, das Parlamentsmitglied G. N. Barnes und John Hodge erhielten Posten im Kabinett — und der heilige Bund war fertig. Die sozialistischen Parteien blieben außerhalb der Koalition und setzten den Kampf

gegen den Krieg fort. Die B. S. P. und die S. L. P. verurteilten den Krieg als ein kapitalistisches Abenteuer, hervorgerufen durch den Wettbewerb der imperialistischen und kapitalistischen Elemente, die die Weltmärkte und die zurückgebliebenen Länder der Welt beherrschen wollten. Die I. L. P. bekämpfte den Krieg vom pazifistischen Standpunkt, da er — wie die Partei ausführte — den allerheiligsten Interessen der Menschheit zuwidergehe.

Gründer der Koalition war ursprünglich Asquith, der bis 1917 Ministerpräsident war, bis er Lloyd George, der gemeinsam mit Feldmarschall Lord French einen Staatsstreich ausführte, das Feld räumen mußte. Lord French unterstützte Lloyd George an der Hand von Berichten, denen zufolge Asquith den aktiven Truppen nicht genügende Verstärkung zukommen ließ.

Die Koalition bestand bis zum Jahre 1918, als eine Sonderkonferenz der Arbeiterpartei darauf beharrte, daß die Arbeitermitglieder die Regierung verlassen sollten. Henderson, der über die Anerkennung Kerenskis mit Lloyd George in Konflikt geraten war, hatte sich bereits zurückgezogen. Barnes, Parker, Roberts und einige andere weigerten sich, aus der Regierung auszutreten; die Partei betrachtete sie daher nicht mehr als Vertreter der Arbeiter.

Als der Krieg zu Ende ging, im November 1918, wurde die Frage aufgeworfen, ob die Koalition nicht aufgegeben werden sollte. Asquith war dafür, sie noch eine Zeitlang aufrecht zu erhalten, um alle Einzelheiten der Friedensbedingungen aufzuklären und danach die Generalwahlen vorzubereiten. Lloyd George aber wollte, daß die Generalwahlen unverzüglich abgehalten würden, um sich im Glanz des siegreichen Friedens — wie er den Frieden zu nennen beliebte — eine leichte Wiederwahl zu sichern. Sein Vorschlag wurde durchgeführt, und sein Programm mit den Losungen „Gerichtsverfahren gegen den Kaiser!", „Deutschland hat alle Kriegskosten zu bestreiten!" und „Aufbesserung der Lebensbedingungen des Volkes!" wurde den Wählern unterbreitet. Die Konservativen und auch die Liberalen nahmen seine Vorschläge an. Eine neue Koalition wurde gebildet, die aus den Anhängern Lloyd Georges bestand. Wer sich weigerte, Lloyd George zu unterstützen, wurde auf das entschiedenste bekämpft.

Einige der Liberalen waren auf Seiten Asquith und weigerten sich, in die Koalition einzutreten. Die Wahlergebnisse waren wie folgt: 500 Anhänger der Koalition, 67 Arbeitervertreter, etwa 20 unabhängige Liberale und ungefähr 50 Sinn-Feiner (irische Selbstbestimmungspartei) wurden gewählt. Von den irischen Nationalisten (Zentrumsgruppe) drangen bloß drei oder vier durch.

Unter dem Einfluß der Kriegsbegeisterung und der Kriegsvorurteile stimmte das Volk für die Koalition, doch seit jener Zeit haben die Gefühle der Bevölkerung einen bedeutenden Umschwung erfahren. Die Massen, die eine Verbilligung der Lebensmittel erhofften, mußten sich überzeugen, daß die Preise in die Höhe gingen und noch zu steigen fortfahren. Sie

hatten gehofft, daß Deutschland die Kriegsunkosten bezahlen würde, statt dessen aber wurden sie selbst mehr und mehr besteuert und bekamen von den Ministern zu hören, daß keine Kriegsentschädigung zu erwarten sei. Auch in ihren Hoffnungen betreffs der Wohnungsfrage, die Lloyd George ihnen mit großer Zungenfertigkeit zu lösen versprochen hatte, sahen sie sich getäuscht. Was Wunder daher, daß sie sich immer mehr von ihm abwenden.

Lloyd George ist sich wohl bewußt, daß seine Herrschaft nicht mehr lange dauern kann. Er hat die bürgerlichen Elemente daher aufgefordert, sich noch fester zusammenzuschließen. Vor kurzem erklärte er in einer Rede: „Eine neue Partei hat sich auf die politische Arena gedrängt, eine Partei, die sich in einigen Ländern bolschewistisch, in anderen kommunistisch, in dritten wiederum sozialistisch nennt. Es läuft aber alles auf dasselbe hinaus. Tausende von Straßeneckenversammlungen, über die wir uns lustig zu machen pflegten, haben eine neue Partei gezeitigt, welche die Existenz der jetzigen Gesellschaftsordnung bedroht. Wer den Individualismus und die Privatinitiative bewahrt wissen will, schließe sich gegen den gemeinsamen Feind zusammen."

Wiston Churchill, der Kriegsminister, der erbittertste Feind, den Sowjetrußland augenblicklich besitzt, unterstützte diesen Aufruf Lloyd Georges. Die beiden sind bestrebt, mit vereinten Kräften die der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehenden Elemente in einer bürgerlichen Klassenpartei zusammenzuschließen. Einige der kapitalistischen Staatsmänner widersetzten sich diesem Vorhaben. Asquith wünscht, daß die liberale Partei auch fernerhin selbständig bleibe, während Lord Robert Cecil gern einen Klassenkampf vermeiden möchte. Diese Männer haben eine gewisse Anzahl Anhänger, die sich dessen bewußt sind, daß die britischen Arbeiter sich Generationen hindurch von den Liberalen und Konservativen beschwatzen ließen, daß die Spiegelfechterei dieser beiden kapitalistischen Klassen ein wahrer sozialer Kampf sei. Asquith darf nicht als Freund der Arbeiter betrachtet werden. Hinter seinem vermeintlichen Wohlwollen verbirgt sich Niederträchtigkeit. So manches Mal wurden den ausständischen Arbeitern auf seine Anregung hin Truppen entgegengesandt; er trägt die Mitschuld an mehreren der niederträchtigen Geheimverträge, die Sir Edward Grey vor und nach dem Kriege abgeschlossen hat.

Die kapitalistischen Parteien sehen ein, daß sie zusammenhalten müssen, wenn sie die herannahende Krise glücklich überwinden wollen. Jede Ersatzwahl weist eine immer größere Anzahl von Arbeiterstimmen auf. In seiner bereits erwähnten Rede sagte Lloyd George unter anderem: „Wenn wir keine Koalition hätten, wären die Sozialisten die größte Partei im Reich."

Das will aber nicht heißen, daß die Mehrheit der Bevölkerung Englands revolutionär gesinnt ist. Die Lebensbedingungen sind augenblicklich verhältnismäßig gut, sodaß keine revolutionäre Situation vorhanden ist. Aber die Dinge entwickeln sich in dieser Richtung.

Gegenwärtig gibt es reichlich Lebensmittel, und mit Ausnahme weniger Artikel sind sie leicht zu haben. Zucker ist rationiert; es wird ein halbes Pfund wöchentlich pro Person verabfolgt; die Butterration ist auf 4 Lot **pro Mann wöchentlich festgesetzt. Aber auch diese beiden Artikel können** im freien Handel zu höheren Preisen erstanden werden, wenn man sie nur bezahlen kann. Die Preise, die schon jetzt sehr hoch sind, steigen immer mehr. Zucker kostet siebenmal so viel wie vor dem Kriege; Kohle ist um das dreifache gestiegen, Butter um das vierfache, Tee um das zweifache. Die Lohnsätze sind durchschnittlich zweimal so hoch wie vor dem Kriege.

Das Steigen der Preise zwingt die organisierten Arbeiter, von Zeit zu Zeit in den Ausstand zu treten oder mit dem Streik zu drohen. Gewöhnlich wird ungefähr die Hälfte ihrer tatsächlichen Forderungen bewilligt. Das Steigen der Preise beschleunigt die Krise.

Die britischen Arbeiter sind gegen eine Anzahl von Gewerkschaftsführern, die sich der kapitalistischen Forderung: „Steigerung der Produktion" angeschlossen haben, stark aufgebracht. Tageblätter, Zeitschriften und Fachzeitungen veröffentlichen regelmäßig Artikel von Clynes, Hodge, Brace, Thomas, Brownlie und anderen Gewerkschaftsführern, die die Arbeiter auffordern, die Produktion in den Betrieben und Hüttenwerken zu steigern. Aber die Arbeiter lassen sich dadurch nicht irreführen, denn sie wissen nur zu gut, daß „erhöhte Produktion" im kapitalistischen Staat bloß größeren Gewinn und größere Macht für die Kapitalisten bedeutet. Sie würden die Produktion für eine Arbeiterrepublik erhöhen, nicht aber für die Bourgeoisie. Die Leute, die diesen Feldzug durchführen, finden es nicht leicht, sich in den Versammlungen Gehör zu verschaffen. Man läßt sie nicht zu Wort kommen.

Was das irische Problem anbelangt, so ist die kapitalistische Regierung Englands außerstande, es zu lösen. Bei den Generalwahlen im Jahre 1918 gehörten drei Viertel der gewählten irischen Parlamentsmitglieder zu den Sinn Feinern, die durch ein Gelübde verpflichtet sind, dem englischen Unterhaus fernzubleiben und den Eid zu verweigern. Bloß drei oder vier Nationalisten und eine kleine Anzahl von Unionisten aus dem Nordosten Irlands wurden gewählt. Die Unionisten gehören zu demjenigen Teil der Bevölkerung, der zwar in Irland ansässig, aber nicht irischer Rasse ist und auch die Gefühle der Irländer nicht teilt. Tatsächlich ist Irland somit im Unterhaus nicht vertreten. Trotzdem aber schickt das Parlament sich an, einen Gesetzvorschlag über die Gewährung einer Home Rule an Irland zu erörtern, ohne daß auch nur ein einziger wahrer irischer Vertreter anwesend wäre, denn die Nationalisten verlassen das Haus, wenn die Frage behandelt wird. Auch die Arbeiterbill ist nichts weiter als eine Komödie, denn Irland will nichts von ihr wissen.

Inzwischen aber stöhnt Irland unter der eisernen Faust des britischen Militarismus. Soldaten, Tanks, Stacheldrahtverhaue usw. gehören zum Straßenbild. Das Land kann als okkupiertes Gebiet betrachtet werden. In

dem noch andauernden Kleinkrieg sind viele Schutzleute erschossen sowie eine große Anzahl von Polizeikasernen und Renteien niedergebrannt worden. Im ganzen Lande herrscht eine aufrührerische Stimmung unter den Iren, aber sie vermeiden einen Aufstand, weil er der britischen Regierung sehr gelegen käme, solange die Truppen für den Fall einer derartigen Möglichkeit bereit gehalten werden.

Eine fernere Frage von überaus großer Bedeutung sind die Reichsfinanzen. Während des Krieges sind die Staatsschulden Englands auf 7—8 Milliarden gestiegen. Die Zinsen für die letztere Summe machen 350 Millionen Pf. St. pro Jahr aus — ein Betrag, der das gesamte englische Jahresbudget der Vorkriegszeit übersteigt.

Außer dieser ungeheuren Summe sind Millionen für Pensionen und aber Millionen für Heer und Flotte erforderlich, deren Unterhalt jetzt viermal so viel kostet wie vor dem Kriege. Die Staatsausgaben sind dermaßen gestiegen, daß der Finanzminister außerordentliche Mittel und Wege zu ihrer Deckung ausfindig machen muß, wenn er seinen Verpflichtungen nachkommen will. Er befürwortet eine Besteuerung des Kapitals oder des Kriegsgewinns, aber er wagt es nicht, offen mit einem derartigen Vorschlag hervorzutreten. Der Finanzminister hat ein Komitee eingesetzt, das die Frage erörtern soll, aber das Komitee geht ebenso zaghaft vor wie er selbst. Die Kapitalisten, die während des Krieges ungeheure Gewinne eingeheimst haben, werden es nicht ohne Kampf zulassen, daß ihr Sonderprofit besteuert wird. Die Ueberprofitsteuer — eine besondere Kriegsmaßnahme — wird umgangen, indem man neue Fabriken baut und neue Maschinen aufstellt. Nunmehr wird insbesonders gegen das Fortbestehen dieser Kriegsmaßnahme agitiert. Der englische Kapitalist will nicht zahlen, sein Gewinn aber wird immer größer. Es muß erwähnt werden, daß bei den Kriegsanleihen die englischen Kapitalisten die Kreditoren sind, denn während England etwa 1 Milliarde von Amerika geliehen hat, hat es den verschiedenen verbündeten Mächten eine noch größere Summe geliehen, so daß die Zinsen für die Kriegsanleihen den britischen Finanzmännern zugute kommen.

Der Finanzminister, der sich vor den kapitalistischen Herren fürchtet, trotzdem aber gezwungen ist, Geld herbeizuschaffen, veräußert alles mögliche Eigentum, das England im Kriege erbeutet hat — Automobile, Fabriken, Maschinen, Gebäude, Bekleidung usw. und stellt diese Beträge als „Einnahmen" im Nationalbudget auf. Außerdem besteuert er die Arbeiter immer mehr. Zucker, Tee, Tabak, Vergnügungen, Bier und zahlreiche andere Dinge sind besteuert — in manchen Fällen sogar sehr hoch. Die hohen Steuern rufen Unzufriedenheit hervor und tragen zur weiteren Steigerung der Preise bei.

Die Bergarbeiter haben vor kurzem einen politischen Agitationsfeldzug zugunsten der Nationalisierung der Bergwerke und Einsetzung einer weitgehenden Arbeiterkontrolle begonnen. Auf dem im September v. J. abgehaltenen Gewerkschaftskongreß wurde beschlossen, der Regierung ein Ulti-

matum zu stellen mit der Forderung: Nationalisierung der Bergwerke. Die Regierung wich aber nicht von ihrem Standpunkt zurück. Ein neuer Kongreß wurde einberufen, der sich jedoch weigerte, die Forderung der Bergarbeiter zu unterstützen, so daß zur direkten Aktion geschritten wurde, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Darauf wurde der politische Feldzug eröffnet. Die Bergarbeiter werden nicht eher ruhen, als bis sie sich die Kontrolle über die Bergwerke gesichert haben — das steht fest.

Die Eisenbahner sind ebenfalls bestrebt, eine Kontrolle über ihren Industriezweig auszuüben und führen gegenwärtig eine entsprechende Propaganda.

Die Frage „Rußlands" nimmt einen hervorragenden Platz in England ein. In allen Teilen des Landes wurden zahlreiche große Demonstrationen veranstaltet mit der Forderung: „Hände weg von Rußland!" Sämtliche Maifeierversammlungen griffen diesen Ruf auf. Der „Daily Herald" und „The Call" haben sich zum großen Teil dieser Frage gewidmet; zahlreiche Artikel und Aufrufe sind zur Veröffentlichung gelangt. Die breiten Volksmassen sind dafür, daß man Rußland in Ruhe lasse, damit es sich in seiner eigenen Weise entwickeln könne. Sie wollen auch, daß die Handelsbeziehungen wieder aufgenommen werden, denn sie begreifen nur zu gut, daß die Blockade Rußlands nicht nur Rußland schadet, sondern auch an den hohen Preisen in England die Schuld trägt. Sogar die gemäßigten Gewerkschaftsführer erließen Manifeste zugunsten eines Friedens mit Rußland. Die englischen Kommunisten verurteilten die Regierung für ihre Beteiligung an den Verschwörungen Koltschaks, Denikins u. a. und bekämpfen energisch die Reaktionäre, die ebenso wie Churchill die russische Arbeiterrepublik zu vernichten suchen.

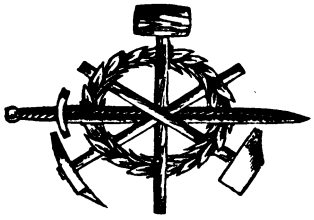
Die jüngsten Enthüllungen Bonar Laws, daß die Regierung die polnischen Banden mit großen Mengen Munition versorgt, haben große Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Die Dockarbeiter weigerten sich, die Munitionssendungen zu verladen; die Eisenbahner folgten ihrem Beispiel. In allen Häfen wird scharfe Wache gehalten.

Zu den übrigen Fragen, die das Gemüt der englischen Arbeiter erregen, gehören: die Behandlung der Bevölkerung Indiens und Aegyptens, die zahlreichen Skandalgeschichten im Zusammenhang mit dem Krieg und die haarsträubende Verschwendungssucht der Schieberelemente, die vor den Volksmassen in nichtdagewesener Weise mit ihrem Reichtum protzen.

All dies zusammengefaßt — Lebensmittelpreise, Steigerung der Produktion, Irland, Rußland, Aegypten, Indien, Finanzen usw. bringen das Volk gegen die Regierung auf. Lloyd George hat seine Popularität eingebüßt. Man betrachtet ihn als einen klugen, prinzipienlosen, eigenwilligen Advokaten, der rasch und mühelos von einer Ansicht zur anderen übergeht. Seitdem er den Aufruf an die Bourgeoisie erließ: sich zum energischen Klassenkampf zusammenzuschließen, können seine falschen Vorspiegelungen und sein Humbug die Arbeiter nicht mehr irreführen. Die Krise rückt allmäh-

Die Regierung kann die Probleme, die sie selbst heraufbeschworen hat, nicht bewältigen und geht unvermeidlich ihrem Ende entgegen. Langsam aber sicher steuern die britischen Arbeiter nach links; die I. L. S. P. arbeitet mit ihnen in ihren Organisationen und weist ihnen den Weg zum Kommunismus.

William MacLaine.



Ueber die Tätigkeit der schottischen Arbeiterbewegung.

Die schottischen Arbeiterkomitees verfolgen das Ziel, den industriellen Organisationen der Arbeiterklasse eine kommunistische Unterlage zu geben, die von einander getrennten und mit einander wetteifernden Arbeiterorganisationen zu verbinden und zur Erleichterung dieses Zwecks nichtoffizielle Arbeiterkomitees zu gründen.

Die britische Trade-Union-Bewegung ist finanziell und zahlenmäßig die stärkste Bewegung ihrer Art, an revolutionärem Wissen und revolutionärer Begeisterung jedoch ist sie von beklagenswerter Schwäche. Im Laufe ihrer Entwicklung hat sich in der Bewegung eine mächtige konservative Bürokratie herausgebildet, die ihr Möglichstes tut, um die Unzufriedenheit der Arbeiter in ein sicheres — d. h. vom Standpunkt des Kapitalismus aus sicheres — Fahrwasser zu lenken. Der britische Durchschnittsarbeiter ist durch Bande der Gruppenloyalität wie auch durch materielle Interessen (Kranken- und Arbeitslosenunterstützung usw.) mit seiner Organisation verknüpft. Alle bisherigen Versuche, die Arbeiter zum Verlassen der zum größten Teil reaktionären Trade-Unions und zur Gründung neuer revolutionärer Organisationen zu bewegen, waren erfolglos.

Während des Krieges ist die Macht der britischen Gewerkschaften in bezug auf ihre Mitgliederzahl sowie Kapitalien stark gewachsen und dementsprechend hat sich auch die Gewerkschaftsbürokratie zu größerer Macht emporgeschwungen. Seit dem Abschluß des Waffenstillstandes war die Bürokratie bestrebt, jede industrielle Massenbewegung niederzuhalten und den Kampf auf kleine Reformen im Rahmen des kapitalistischen Regimes zu beschränken. Infolge der Schwäche der revolutionären Elemente und des Mangels an einer einheitlichen revolutionären Taktik gelang es den reaktionären Gewerkschaftsführern, ihr Vorhaben zu verwirklichen.

Die Arbeiterkomitees sind bestrebt, diese Mängel in folgender Weise zu beseitigen:

1. Zusammenschluß aller Kommunisten eines jeden Betriebes in ein Arbeiterkomitee, das durch Propaganda und Leitung jeglicher Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und der Betriebsleitung größere Einigkeit unter den Arbeitern erzielen soll. Auf diese Weise werden die Kommunisten nicht nur ihre theoretischen Grundsätze verbreiten, sondern auch erzielen, daß die Arbeiter die Kommunisten als ihre natürlichen Führer im Kampf gegen die Arbeitgeber betrachten werden.

2. Zusammenschluß der Arbeiterkomitees in Bezirkskomitees, die die Tätigkeit der einzelnen Komitees koordinieren und für einen systematischen

Propagandafeldzug im ganzen Bezirk Sorge tragen. Die Propaganda soll gewöhnlich die Form von Versammlungen an der Fabrikspforte während der Mittagspause der Arbeiter annehmen. Das ist ein ganz vorzügliches Mittel, um den Kontakt mit den Arbeitermassen aufrecht zu erhalten.

Auf diese Weise revolutionieren die Arbeiterkomitees die Anschauungen der Durchschnittsarbeiter, schwächen die Macht der Gewerkschaftsbürokratie, schaffen größere industrielle Einigkeit und errichten in den Arbeiterkomitees eine neue Organisationsform, die geeignet ist, die Arbeiter in einer revolutionären Krise zu Massenaktion zusammenzuschweißen, selbst wenn es die Gewerkschaftsfunktionäre versuchen sollten, die Verbände an einem Vorgehen gegen den Kapitalismus zu verhindern.

Da wir aber eine kommunistische und keine syndikalistische Organisation sind, so sind wir der Ansicht, daß der wirtschaftliche Kampf gegen die Arbeitgeber dem politischen Massenkampf um die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates und zur Einrichtung einer auf Arbeiterräten (Sowjets) begründeten proletarischen Diktatur weichen muß.

Der politische Kampf wird sich in England höchst wahrscheinlich aus dem wirtschaftlichen Kampfe entwickeln. Je mehr die Erfordernisse des Kampfes den Staat zwingen, sich in den wirtschaftlichen Zusammenstößen auf die Seite der Arbeitgeber zu stellen, umso mehr wird unter den Arbeitermassen eine entschiedene Feindseligkeit gegen den kapitalistischen Staat um sich greifen. Jetzt betrachten sie den Staat als eine neutrale Körperschaft. Wir wissen aber zu gut, daß die industrielle Organisation längst nicht mehr genügt, um den Kampf gegen den kapitalistischen Staat zum siegreichen Ende zu führen. Wir bilden daher sog. „Soziale Komitees", die alle Kommunisten des gegebenen Bezirkes zu revolutionärer Aktion zusammenschließen sollen.

Unser Programm besteht in allgemeinen Umrissen in folgendem: Registrierung der für den Unterhalt des produzierenden Bezirks erforderlichen Lebensmittel; das Sammeln von Angaben über die Produktivkräfte der Industriezweige in den verschiedenen Bezirken usw. Wir sind der Ansicht, daß unsere Tätigkeit für die Revolution unumgänglich notwendig ist, und wir behaupten ohne Furcht vor Widerlegung, daß wir gegenwärtig die einzige Gruppe in England vorstellen, die eine derartige Arbeit leistet.

Außer der oben erwähnten Tätigkeit geben wir eine Wochenschrift „The Worker" (Der Arbeiter) heraus, die die industriellen Fragen vom kommunistischen Standpunkt aus behandelt. Unser Blatt gehörte zu den ersten Presseorganen in England, die während des Weltkrieges von den Behörden verboten wurden. Der Redakteur des Organs ebenso wie die Vorsitzenden des Komitees (Muir und Gallacher) wurden für ihre Tätigkeit zu einjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. „The Worker" ist gegenwärtig das einzige Blatt, das die industriellen Ereignisse vom Standpunkt des Kommunismus beleuchtet. Das Organ erfreut sich eines guten Absatzes und ist in materieller Hinsicht fast ganz unabhängig. *K.*

Das revolutionäre Irland und der Kommunismus.

Irlands Bedeutung für den internationalen Kommunismus liegt in erster Reihe in folgendem: 1. in seiner strategischen Position in England, dem Sitz des britischen Imperialismus, und 2. in dem Einfluß der politischen Entwicklung Irlands auf die breiten Massen der über ganz Großbritannien und die Vereinigten Staaten Nordamerikas verstreuten Iren.

Zur Erläuterung dieses Berichts bedarf es einer kurzen Uebersicht über die irischen Arbeiter- und sozialistischen Bewegungen und einer Beschreibung der Persönlichkeiten, die in der Entwicklung dieser Bewegungen eine führende Rolle gespielt haben und noch jetzt spielen. Die Geschichte der irischen Arbeiterbewegung beginnt eigentlich im Jahre 1907, als Jim Larkin nach Irland kam. Bis zu jener Zeit waren nur sehr wenige irische Arbeiter in Gewerkschaften organisiert, und auch von diesen Arbeitern gehörten 90% den irländischen Abteilungen der englischen Gewerkschaften an. Die Iren waren nicht viel mehr als zahlende Mitglieder; sie übten fast gar keinen Einfluß auf die Gewerkschaften aus, deren Vollzugsausschüsse sich in England befanden.

Larkin, dessen Name seit der Gründung der englischen Arbeiterpartei mit dieser Partei verbunden ist, kam als Organisator des englischen Dockarbeiterverbandes nach Irland. Kurz nach seiner Ankunft erfolgte der erste große irische Streik in Belfast. Dieser Ausstand war insofern von Bedeutung, als sich ihm außer den Dock- und Transportarbeitern der Stadt auch die Polizei anschloß. Es kam zu Ausschreitungen, und das Militär mischte sich ein. Wenige Monate nach Beilegung des Belfaster Streiks traten die Hafenarbeiter von Cork in den Ausstand.

Die Behandlung, die den Ausständischen von Belfast von dem Vollzugsausschuß der Gewerkschaften in England zuteil wurde, eine Taktik, die die Gewerkschaft auch auf die Arbeiter von Cork anwandte — diese Taktik veranlaßte Larkin, mit dem englischen Hafenarbeiterverband zu brechen und die irische Gewerkschaft der Transport- und unqualifizierten Arbeiter auf der Grundlage des Industrieprinzips zu organisieren. Nach einer Reihe von Streiks, die mit großer Erbitterung durchgeführt wurden, faßte der Transportarbeiterverband in den größeren Hafenstädten und Industriezentren festen Fuß. Conolly ,der 1910 aus Amerika nach Irland zurückkehrte, begab sich unverzüglich zu Larkin, der im Montjoygefängnis zu Dublin saß. Sie kamen überein, daß Conolly während der Gefangenschaft Larkins die Führung der Gewerkschaft übernehmen solle. Nach Larkins Befreiung arbeiteten sie mit vereinten Kräften, bis Larkin nach Amerika

reiste, um Gelder für die Verbandskasse zu sammeln, die durch den großen Streik in Dublin 1913—14 gründlich geleert war.

Conolly verbrachte seine Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung der britischen Inseln, hauptsächlich in Schottland. Er gehörte zu den wenigen furchtlosen Marxisten, die sich in den Jugendjahren der sozialdemokratischen Föderation, von den ersten Kundgebungen des Hyndmanschen Sozialpatriotismus und Reformismus abgeschreckt, von ihr lossagten, um die Sozialistische Arbeiterpartei zu gründen, deren erster Vorsitzender und Organisator Conolly wurde. Bis zu seinem Lebensende unterhielt Conolly seinen ständigen Kontakt mit der Partei. Noch jetzt macht sein Einfluß sich in dieser Organisation, die eine der wenigen sozialistischen Kampfesorganisationen Englands ist, geltend. 1896 kehrte er nach Irland zurück, wo er die Irische Sozialistisch-Republikanische Partei — die erste sozialdemokratische Partei Irlands — gründete. Conolly war Redakteur des offiziellen Organs der Partei „The Workers Republic" (Die Arbeiterrepublik), das die revolutionären Anschauungen der Partei unter den irischen Arbeitermassen verbreitete. Es muß bemerkt werden, daß von allen Parteien, so radikal-nationalistisch sie auch waren, die I. S. R. P. als erste frank und frei für die Errichtung einer irischen Republik eintrat. Die Partei war zwar klein, legte aber eine erstaunliche Tatkraft an den Tag. Sie stellte auch ihre Kandidaten für verschiedene Munizipalwahlen auf, leider ohne Erfolg.

1902 begab Conolly sich nach Amerika, um durch eine Reihe von Vorlesungen Gelder für die Parteikasse zu sammeln. Nach beendigter Rundreise blieb er in Amerika, wo er bei der Gründung des Verbandes der I. W. W. mitwirkte. Eine Zeitlang war er als Organisator der Amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei tätig. 1908 gründete Conolly in Amerika die Irische Sozialistische Föderation und war auch Redakteur des offiziellen Organs der Föderation „The Harp" (die Harfe), das später in Irland herausgegeben wurde. 1910 nach Irland zurückgekehrt, veröffentlichte er sein Werk über „die Arbeiterfrage in der Geschichte Irlands" — die einzige vorhandene marxistische Auslegung der Entwicklungsgeschichte des irischen Proletariats und der Bauernschaft.

Vom Jahre 1910 an lenkten Larkin und Conolly die Arbeiter- und die sozialistische Bewegung in Irland. Sie organisierten den Irischen Verband der Transport- und Hilfsarbeiter, lehrten die Massen den Massenstreik und den Sympathiestreik benutzen und gestalteten den Irischen Gewerkschaftskongreß in die irische Arbeiterpartei um. Der Transportarbeiterverband mit seiner revolutionären Losung — Aufhebung des Lohnsystems — erlangte eine derartige Macht, daß die irische Bourgeoisie und die englischen Kapitalisten, deren Interessen in Irland lagen, sich zusammenschlossen, um den Verband zu vernichten. Dieses führte zum Streik und zur Aussperrung in Dublin, die mehr als 10 Monate dauerten und der erste große Ausstand des irischen Proletariats waren. Die radikalen Elemente der britischen Arbeiter eilten ihren irischen Genossen zu Hilfe, sandten Geld und

Lebensmittel nach Dublin. Aber die Führer der britischen Arbeiterbewegung blieben Henker im Solde der Kapitalisten; nach wie vor sabotierten sie jede revolutionäre Aktion der Arbeiter und unterdrückten die Forderung der britischen Proletarier, den irischen Ausständischen Unterstützung zu gewähren. Aus diesem Grunde waren die irischen Arbeiter gezwungen, den Streik aufzugeben. Die Bourgeoisie feierte einen Pyrrhussieg. Der Transportarbeiterverband ging mit stark zusammengeschrumpfter Mitgliederzahl und geleerter Kasse aus dem Kampfe hervor, aber die Grundlagen der Organisation blieben unerschüttert. Der Arbeiter bemächtigte sich eine Erbitterung, die 1916 in starken Flammen hervorbrechen sollte. Als der Weltkrieg ausbrach, hatte der Transportarbeiterverband sich soweit erholt, daß er energischen Einspruch gegen das Vorgehen der Sozialverräter der britischen Arbeiterbewegung erheben konnte. Die Verräter schlossen sich zusammen, den imperialistischen Staat zu verteidigen und halfen mit bei der einsetzenden rohen Unterdrückung Irlands als eines kleinen Volkes und der irischen Arbeiter als Klasse. Larkin und Conolly veranstalteten in ganz Irland Versammlungen. Sie deckten den kapitalistisch-imperialistischen Charakter des Krieges auf; drängten die Arbeiter, die Krise mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auszunutzen und übten eine scharfe Kritik an der britischen Arbeiterbewegung. Sie enthüllten den durch und durch bürgerlich-imperialistischen Charakter der irischen Parlamentspartei, die sich bis dahin hinter der Maske einer Partei der demokratischen Opposition gegen den Imperialismus versteckt hielt und nun den Krieg unterstützte. Sie deckten auch die bürgerlich-reaktionären Tendenzen der Sinnfeiner auf, die erklärten, daß Irland neutral sei. Larkin und Conolly sahen nur zu gut, daß die Schwierigkeiten, gegen die der britische Imperialismus anzukämpfen hatte, dem irischen Proletariat eine vorzügliche Gelegenheit zur Befreiung boten. Sie unterstützten die irische Bürgerwehr, bauten sie aus, bewaffneten ihre Mitglieder und gaben der Organisation einen mehr ausgeprägten militärischen Charakter, Larkin reiste nach Amerika, um Gelder zu sammeln. Kaum hatte die britische Regierung davon erfahren, als sie ihn auch schon des Landes verwies. Darauf übernahm Conolly die Leitung des Verbandes und der Bürgerwehr und führte die Arbeit allein weiter. Von jenem Zeitpunkt bis Ostern 1916 wurde die irische Arbeiterbewegung von der irischen Bürgerwehr beherrscht.

Die irische Bürgerwehr.

Die irische Bürgerwehr wurde 1908 in Cork gegründet. Zweck ihrer Gründung war, die Ausständischen gegen die Ausschreitungen der Polizei zu verteidigen; im übrigen aber hörte man wenig von dieser Organisation. Erst 1913, als sie im Zusammenhang mit dem Dubliner Streik ihre Zurückhaltung aufgab, erlangte sie eine größere Bedeutung. Nach Ausbruch des Weltkrieges wurde ihrer Organisation eine ernste Aufmerksamkeit zugewandt: es wurde für militärische Instruktoren gesorgt und die Mitglieder

der Bürgerwehr wurden systematisch bewaffnet. (Der erste Instrukteur war Kapitän White, der Sohn des britischen Feldmarschalls Sir George White. Er nahm am Dubliner Streik Anteil und wurde 1916 in Südwales verhaftet, als er versuchte, einen Grubenarbeiterstreik zu organisieren, um Conolly vor der Hinrichtung zu retten). Conolly als Kommandierender der Bürgerwehr umgab sich mit einem sozialistischen Stab. Die Hauptfigur dieses Stabes war Michael Mallon, ein Seidenweber, der 1916 von den Engländern hingerichtet wurde. Die nationale revolutionäre Gärung, die im ganzen Lande mit Windeseile um sich griff, wurde von England mit militärischer Unterdrückung beantwortet. Das führte zum gemeinsamen Vorgehen der irischen Freiwilligen (der nationalistisch-republikanischen Streitkräfte) und der irischen Bürgerwehr. Die Anregung zum Zusammenschluß ging von der Bürgerwehr aus, die bis zum Aufstand von 1916 die führende Rolle im Bündnis hatte. Da England bestrebt war, alle revolutionären Blätter zu unterdrücken, wurde Connollys Organ „The Workers Republic" unter einer von der Bürgerwehr gestellten bewaffneten Wache herausgegeben. Die Bürgerwehr sorgte auch für die Bewachung der Liberty Hall, wo der Transportarbeiterverband seinen Sitz hatte. Das dauerte etwa drei Monate. Die letzte Ausgabe von „The Worker Republic" erschien zwei Tage vor dem Aufstand.

Die Bürgerwehr war auf proletarischer Grundlage aufgebaut. Sie besaß einen Kommandanten, Stabsoffiziere und gewöhnliche Offiziere, die von den Soldaten gewählt wurden und außerdem ein Verwaltungskomitee, das aus einer gleichen Anzahl von Vertretern der Offiziere und der Mannschaft bestand. Die Bürgerwehr beschränkte ihre Tätigkeit auf die Umgebung von Dublin. Sie arbeitete ganz vorzüglich. In mancher Hinsicht übertraf sie die irischen Freiwilligen. Sie organisierte Probestraßenkämpfe, wobei ihre gut geschulten Offiziere, insbesondere aber der Kommandierende, die irischen Freiwilligen theoretisch und praktisch vorwiegend in der Methode der Straßenkämpfe unterrichteten. Da die irische Bürgerwehr aus dem Proletariat geworben wurde, wiesen ihre Reihen so manchen Mann auf, den materielle Umstände gezwungen hatten, im britischen Heer zu dienen.

In den Monaten, die dem Aufstand vorangingen, spielte die irische Bürgerwehr die Führerrolle und zwang die irischen Freiwilligen, deren spießbürgerliche Führer gewöhnlich hin und her schwankten, durch eisernen Willen, sich an dem Aufstand zu beteiligen. Der Mißerfolg der revolutionären Streitkräfte war die Folge der Zurückziehung der Mobilisationsorder an die irischen proletarischen Truppen durch die feigen rechtsstehenden bürgerlichen Führer, die stets zu Conolly in Opposition standen und sich dem gemeinsamen Vorgehen der irischen Freiwilligen und der Bürgerwehr widersetzten. Trotzdem verteidigten tausend Mann der ungeschulten republikanischen Streitkräfte die besetzte Hauptstadt gegen siebenundvierzigtausend gut gedrillter und nach den letzten Anforderungen der militärischen Technik bewaffneter britischer Soldaten. Sie führten einen

siegreichen Angriff auf Dublin vom Norden her aus, sowie mehrere Empörungsversuche in Westirland.

Während des Aufstandes führte die Bürgerwehr als Truppenteil der republikanischen Streitkräfte einen Angriff auf das Dubliner Schloß aus, das den Sitz der britischen Regierung in Irland bildete. Sie verteidigte auch mehrere strategische Positionen in verschiedenen Teilen der Stadt. Während des ganzen Aufstandes war Conolly Oberbefehlshaber über alle Streitkräfte der Republik. Nach der Uebergabe wurden Conolly, der eine schwere Verwundung davongetragen hatte, und Michael Mallon, Stabschef der Bürgerwehr, zusammen mit einigen nationalistischen Führern des linken Flügels hingerichtet. Der größte Teil der übrigen hervorragenden Führer des Proletariats wurde während und nach den Kämpfen getötet. Der Prozentsatz der Bürgerwehr, der sich an der Empörung aktiv beteiligt, war bedeutend größer als die Zahl der irischen Freiwilligen. Infolgedessen, wie auch durch Verhaftungen, wurde die Bürgerwehr als Organisation so gut wie vernichtet, während die irischen Freiwilligen imstande waren, ihre Organisation im größten Teil des Landes, wo es keine Kämpfe gegeben hatte, intakt zu erhalten.

Nach der Befreiung aller Gefangenen im Dezember 1917 war die Bürgerwehr bestrebt, sich wiederum auf derselben proletarischen Grundlage zu organisieren. Aber da die irischen Freiwilligen nunmehr an der Spitze standen und sämtliche Führer der Bürgerwehr getötet waren, verlor sie mehr und mehr an Einfluß und spielt gegenwärtig keine große Rolle im politischen Leben Irlands. Man darf nicht vergessen, daß die Bürgerwehr keine kommunistische Organisation ist, obgleich sie den jetzigen sozialdemokratischen Tendenzen der sozialistischen Partei Irlands feindlich gegenübersteht. Nur ein einziges Mal ging sie Hand in Hand mit der sozialistischen Partei. Das geschah, als sie trotz der Einmischung des Militärs eine Versammlung für die russische bolschewistische Revolution durchsetzte.

Das Programm der Bürgerwehr ist die gewaltsame Errichtung einer Arbeiterrepublik in Irland, obgleich die Mehrheit der Mitglieder der Organisation sich über Form und Aufbau einer solchen Republik nicht gründlich Rechenschaft abzulegen scheint.

Sinn Fein und die irischen Freiwilligen.

Um die Sinn-Fein-Bewegung richtig einzuschätzen, müssen wir ihren politischen Vorgänger — der irischen Parlamentspartei — einige Worte widmen. Diese Partei lenkte die nationale Politik Irlands im Laufe von über 50 Jahren. Ihr Ziel war, Irland auf konstitutionellem Wege im Rahmen des britischen Reichs eine Selbstverwaltung (Home Rule) zu sichern. Von den 104 irischen Vertretern im britischen Parlament gehörten etwa 80 der irischen Parlamentspartei an, die übrigen waren größtenteils Unionisten, gewählt aus den protestantischen Wahlbezirken von Nord-Ost-Ulster, die

sich der Home Rule widersetzten und einen Flügel der englischen Tories bildeten.

Unter Führung Parnells verfolgte die irische Parlamentspartei im britischen Parlament eine Obstruktionstaktik. Sie bewahrte ihre Selbständigkeit, indem sie sich weigerte, sich irgend einer der britischen Parteien anzuschließen. Sie wollte die Möglichkeit haben, ihr Gewicht je nach den Umständen bald in die eine, bald in die andere Wagschale zu werfen. Diese Taktik verleitete die Partei immer mehr zu Kompromissen, bis sie endlich von der englischen liberalen Partei ins Schlepptau genommen wurde. Obgleich die Partei in Irland noch immer vorgab, ihre Unabhängigkeit bewahrt zu haben, identifizierte sie sich durch ihren Anschluß an die liberale Partei tatsächlich mit der englischen Reichspolitik und gab somit ihre sogenannte demokratische Opposition gegen den englischen Imperialismus auf. Zum letzten Mal äußerte sich ihre Opposition in ihrer ablehnenden Haltung zum Burenkrieg 1899—1901.

Während diese Partei ihren Einfluß auf das national-revolutionäre Volk allmählich verlor, erstand eine neue nationale Taktik in der Form von Sinn Fein. Eine Flugschrift, betitelt „Die Wiederaufrichtung Ungarns. Eine Parallele mit Irland" begann die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. In diesem Büchlein verfolgte Arthur Griffith, ein unabhängiger bürgerlicher Journalist, den Kampf Ungarns um seine politische Unabhängigkeit von Oesterreich und schlug vor, die von den ungarischen Sozialisten verfolgte Taktik auch in Irland anzuwenden. Er entwarf ein Programm, das 1914, nachdem seine Partei ihre Macht erweiterte, vervollständigt wurde. Die Hauptpunkte des Programms waren die folgenden: a) die Wahl einer Partei auf Grund des englischen Wahlsystems, der die Verpflichtung auferlegt werden sollte, sich vom britischen Parlament fernzuhalten; b) die tatsächliche Einsetzung eines irischen Parlaments oder Generalrats; c) die Weigerung, Abgaben an die englische imperialistische Regierung zu zahlen; d) Einführung einer Schutzpolitik, die sich hauptsächlich gegen England richten sollte; e) die Förderung der irischen Industrie; f) der Aufbau eines irischen Konsulardienstes und g) die allgemeine Förderung sämtlicher nationaler Bewegungen in Irland, wie z. B. der „Gaelic League", der Organisation zur Wiedergeburt der irischen Sprache, der Gaelischen Athletischen Assoziation zur Erneuerung der alten irischen Sporte und Spiele, der Bewegung zur Wiederbelebung der irischen Literatur, des Dramas und der Organisation der irischen Boy-Scouts (Fianna), die als Opposition zu dem von Baden-Powell auf militärischer Grundlage organisierten englischen Boy-Scouts gegründet wurde.

Sinn Fein war eigentlich zu politischer und außerparlamentarischer Aktion ausersehen; aber die Partei befürwortete keineswegs die Anwendung von Waffengewalt zur Erreichung ihrer Ziele, noch strebte sie die Errichtung einer irischen Republik an. Sie blieb der ungarischen Parallele treu und befürwortete die Errichtung eines irischen Parlaments, dessen einziges Bindeglied mit dem britischen Parlament die Person des briti-

schen Monarchen sein sollte. Dieser sollte zugleich König von Irland sein und somit die Gesetzmaßnahmen der beiden Parlamente sanktionieren. Tatsächlich war die I. S. R. P. die einzige Partei, die im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts offen die Errichtung einer irischen Republik befürwortete.

Trotzdem die Popularität der irischen Parlamentspartei immer mehr schwand und sie politisch bankrott war, machte Sinn Fein lange Jahre hindurch wenig Fortschritte. Die Sinn Feiner gaben sich eigentlich mehr damit ab, die irische Parlamentspartei zu kritisieren. Eine politische Partei konnte man die Sinn Feiner kaum nennen. Was ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Problemen anbetrifft, so folgten sie dem veralteten bürgerlichen Oekonomisten Friedrich List; ihre Leitsätze in wirtschaftlichen Fragen waren im höchsten Grade reaktionär. 1913 nahmen sie dem Dubliner Streik gegenüber eine feindselige Stellung ein.

Nach dem Ausbruch des Krieges und bis zum Aufstand von 1916 war die Gesinnung der Sinn Feiner etwas mehr revolutionär, da sie sich unter dem Einfluß der irischen Freiwilligenbewegung befanden. Mit viel größerem Recht als Sinn Fein konnte die Freiwilligenbewegung als die herrschende nationale Kraft in der Politik Irlands bezeichnet werden. Obgleich die Sinn-Fein-Organistaion sich an dem Aufstand nicht aktiv beteiligt hatte, nahm sie doch durch Ablegung der reaktionären Tendenzen ihrer Grundsätze und durch Anpassung ihres Programms an die neuesten Forderungen des Volkes — der Errichtung einer irischen Republik — die Stellung der politischen Führerin des irischen Volkes ein. Die Organisation schritt von Erfolg zu Erfolg, bis sie 1918 bei den allgemeinen Parlamentswahlen das ganze Land zu sich zog. Darauf setzte sie ihr eigenes Parlament, den Dail Eireaun, ein und machte den Versuch, ein Kabinett zu bilden und die Regierung des Landes in ihre Hände zu nehmen. Daraufhin wurde die Organisation für illegal erklärt. Seitdem tritt sie hervor, sobald sich eine Gelegenheit bietet, obgleich die meisten ihrer Mitglieder und ihrer hervorragendsten Funktionäre immerfort in englische Gefängnisse gesteckt werden, denen sie nur durch Hungerstreik, Flucht und auf anderem Wege entkommen.

Je mehr die Unterdrückung durch den englischen Militarismus zunimmt, um so mehr gelangt die Sinn Fein-Bewegung unter die Herrschaft der irischen Freiwilligen, so daß es jetzt eigentlich die irischen Freiwilligen sind, die die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der Sinn Feiner mit Waffengewalt durchführen (die irischen Freiwilligen überfallen und zustören die britischen Renteien und die Polizeiämter, setzen Justizkomitees ein, die Verbrecher abzuurteilen, Streitfragen wegen Landbesitz entscheiden usw.). Bei den jüngsten Wahlen gewannen die Sinn Feiner die Mehrzahl der Munizipal- und Gemeinderäte für sich. Der nächste Bewerber war die irische Arbeiterpartei, die in der Frage der Ortsverwaltung mit Sinn Fein zusammenarbeitet. Die gesamte Taktik der Sinn Feiner geht dahin, die britische Regierung in Irland unmöglich zu machen und

zu gleicher Zeit so viele eigene Institutionen als irgend möglich zu errichten, so daß die Partei nötigenfalls sofort die Regierungsmacht im Lande übernehmen kann.

Die irischen Freiwilligen sind ihrer äußeren Form nach eine rein militärische Organisation mit einem Generalstab und Offizieren, die von den Mannschaften gewählt werden. Viele ihrer Funktionäre sind Mitglieder des Sinn-Fein-Parlaments und bilden das Bindeglied zwischen diesen Organisationen. Durch diese Funktionäre lenkt die Organisation der irischen Freiwilligen denn auch die Tätigkeit der Sinn Feiner. Das Programm der irischen Freiwilligen bestand ursprünglich darin, durch Waffengewalt eine irische Republik zu errichten. Nunmehr hat die Idee der irischen Republik eine Form angenommen, die sich dank der vereinten Anstrengungen der Freiwilligen und der Sinn Feiner wohl auch behaupten wird. Die Mitglieder der freiwilligen Organisation setzen sich hauptsächlich aus Proletariern und Bauern zusammen, obgleich die Offiziere gewöhnlich jüngere Familienglieder aus dem Kleinbürgertum und den Farmerfamilien sind. Die Mehrheit der Durchschnittsmitglieder erachtet die Errichtung der irischen Republik als überaus wichtig und ist geneigt, die Lösung der sozialen Probleme bis zur erfolgreichen Durchführung dieses Ziels hinauszuschieben. Die vom Lande kommenden Mitglieder der Organisation unterstützten diese Ideologie in letzter Zeit nicht mehr so ganz eifrig, da sie größtenteils in der irischen Transport- und Hilfsarbeiterorganisation organisiert sind und ihr Klassenbewußtsein sich dadurch sehr gestärkt hat. Weiter gelangen sie durch die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Konflikt mit den der Farmerklasse angehörenden Mitgliedern der irischen Freiwilligen. Im großen und ganzen weist die Freiwilligenorganisation nur wenige Sozialisten auf, sie besitzt aber dafür viele schwankende Anhänger und Mitglieder, die sich für Conolly und die Idee der Arbeiterrepublik begeistern.

Durch die unausgesetzte national-revolutionäre Gärung, die die Tätigkeit aller Bevölkerungsklassen Irlands erfaßt hat und der fast allgemeinen feindseligen Stellung gegen England — ein Umstand, der die einander sonst feindlich gegenüberstehenden Klassen zu zeitweiser Zusammenarbeit zwingt — fällt es schwer, genau festzustellen, welche Klassen die verschiedenen Organisationen in politischem Sinne vertreten. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Sinn-Fein-Bewegung in den ländlichen Bezirken die kleinen Farmer und die Kleinbauern oder Pächter für sich hat, in den Provinzstädten die kleinen Kaufleute und die Zwischenhändler, in den Großstädten die kleinen Fabrikanten, die Kaufleute und die bürgerlichen Intellektuellen. Von den Großgrundbesitzern oder selbst von den mittelmäßig großen Kapitalisten hat sich fast niemand der Bewegung angeschlossen, da diese Klasse in Irland in wirtschaftlicher Hinsicht vom englischen Kapitalismus abhängt und ihre politischen Ansichten von den englischen parlamentarischen Parteien — der konservativen und der liberalen — vertreten werden. Die Zusammenpferchung der Vertreter der

verschiedenen Klassen in der Sinn-Fein-Bewegung führt begreiflicherweise zu Feindseligkeiten im Rahmen der Partei. Solange die Zusammenarbeit dieser Klassen und der Arbeitermassen währt — und ein solches Zusammenwirken ist ja unvermeidlich, wenn eine politische Unabhängigkeit wirklich erzielt werden soll — wird die Sinn Fein- Bewegung außerstande sein, ein bestimmtes sozial-wirtschaftliches Programm aufzustellen. Da ihr Ziel die politische Unabhängigkeit ist, so findet es die Bewegung für notwendig, alle Bevölkerungsklassen zur Erreichung ihres Zieles heranzuziehen. Um die Zusammenarbeit der Klassen nicht zu stören, wagt sie es nicht, ein bestimmtes politisches und wirtschaftliches Programm auszugeben und hält sich daher an ein sogenanntes demokratisches Programm, das den ganzen trügerischen Farbenschimmer der bürgerlich-demokratischen Grundsätze trägt — Grundsätze, wie der Wille des souveränen Volkes, die Verwaltung von Ressourcen des Landes durch das ganze Volk und im Interesse des ganzen Volkes, die Gleichheit aller Bürger usw. Aber vergeblich ist sie bestrebt, die Klassentendenzen ihres Programms zu verstecken: spricht das Programm doch deutlich von einer internationalen Regelung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse. Die Ideologie der beiden miteinander verbundenen Bewegungen, der Sinn Feiner und der irischen Freiwilligen entspricht der Ideologie jedes anderen kleinen Volkes. Letzten Endes ruhen die Hoffnungen der Sinn Fein-Bewegung auf der Entwicklung des bereits bestehenden Antagonismus zwischen Amerika und England; mehr und mehr verläßt die Bewegung sich auf den amerikanischen Kapitalismus und unterordnet sich seinen Interessen.

Die Arbeiterbewegung in Irland.

Die zur irischen Arbeiterbewegung gehörenden Organisationen sind der Irische Transportarbeiterverband (Irish Transport and General Worker's Union), die örtlichen und nationalen Gewerkschaften und die irischen Abteilungen der großen englischen Arbeiterverbände, wie z. B. des Nationalverbandes der Eisenbahner und des Vereinigten Verbandes der Maschinenbauer. In nationalem Maßstabe findet die Bewegung in dem irischen Gewerkschaftskongreß ihren Ausdruck, in den verschiedenen Ortschaften dagegen kommt sie durch die Gewerberäte (Trades Councils), die sich aus Vertretern der einzelnen Verbände des Bezirks zusammensetzen, zur Geltung. Die einflußreichste Körperschaft ist der Transport- und Hilfsarbeiterverband (I. T. und G. W. U.), der jetzt 120,000 Mitglieder zählt. Der Verband war ursprünglich auf dem Industrieprinzip aufgebaut. Obgleich er anfangs zahlenmäßig klein war und seine Tätigkeit sich auf die größeren Städte beschränkte, macht der Verband mit ganz außerordentlichem Erfolg von dem Massen- und Sympathiestreik Gebrauch. Zu gleicher Zeit betrieb er fast unausgesetzt revolutionäre Propaganda.

Seit dem Aufstand, der den Verband zwei seiner hervorragendsten Führer kostete, und seitdem er begann, seine Mitgliederschaft ohne jede

[redacted] vergrößern, sind die revolutionären Anschauungen des Verbandes stark abgeflaut. Jetzt ist der Verband in eine Föderation mit bürokratischen und stark zentralistischen Tendenzen ausgeartet. Seine Mitgliederschaft besteht zum größten Teil aus ungelernten Arbeitern; nur eine gewisse Anzahl von Mitgliedern gehört den Gewerkschaften an. Der Verband kann nicht gerade als Zunft bezeichnet werden da er aber mit der späteren Entwicklung des Industrieprinzips nicht Schritt gehalten hat, so kann er leicht zur ungefügigen, untauglichen Waffe des Proletariats im Kampf gegen den auswärtigen Imperialismus und den einheimischen Kapitalismus werden.

Der größte Teil der Mitglieder des Verbandes besteht gegenwärtig aus ärmeren Bauern und Feldarbeitern, die mit den Industriearbeitern nicht einig sind und ihre Tätigkeit dem Vorgehen der Industriearbeiter nicht anpassen wollen. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß die Organisierung des ländlichen Proletariats an und für sich ein kolossales Werk war und dazu beigetragen hat, ihm ein gewisses Klassenbewußtsein einzuflößen.

Was die Form der Organisation und die Tatsache betrifft, daß sie sich außerstande gezeigt hat, die ländlichen Arbeiter in genügendem Maße für die Erfüllung ihrer Klassenaufgaben vorzubereiten, so ist darauf hingewiesen worden, daß der Verband sich durchaus nicht mit der Ueberbrückung des Abgrunds zwischen dem ländlichen und dem Industrieproletariat abzugeben hatte.

Da die Atmosphäre in Irland im allgemeinen nationalistisch-revolutionär ist, weisen der Irische Transportarbeiterverband ebenso wie die Gewerkschaften einen weitaus stärkeren Kampfesgeist auf als die entsprechenden englischen Organisationen, nach deren Vorbild sie ursprünglich entstanden. Hand in Hand mit den Nationalisten verhinderte die Irische Arbeiterbewegung 1918 den Plan der allgemeinen Wehrpflicht. Am 1. März 1919 gelang es ihr, sämtliche Betriebe im größten Teil des Landes stillzulegen. Noch vor kurzem zwang sie im Verein mit den Nationalisten die Britische Regierung durch einen zweitätigen Generalstreik, über 100 politische Gefangene zu befreien, die den Hungerstreik erklärt hatten. Größtenteils jedoch ist es die allgemeine Volksstimmung, die die Arbeiterorganisationen zur Aktion anregt. Die Ausstände werden gewöhnlich von Verbandsmitgliedern, aber auch von den unorganisierten Arbeitern durchgeführt.

Erst vor kurzem ist der Irische Transportarbeiterverband eine starke Kraft auf der politischen Arena geworden; doch seine Erfolge bei den letzten Munizipalwahlen haben nur dazu beigetragen, die reaktionären Tendenzen des Verbandes zu stärken. Die Irische Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskongreß, die in den Munizipalwahlen durch ihre örtlichen Gewerberäte (Trades Councils) vorgingen, kamen als die zweitgrößte Partei aus diesen Wahlen hervor. Den Vertretern der Arbeiterpartei wurde durch die Unterstützung des Irischen Transport- und Hilfsarbeiter-

verbandes die überwiegende Mehrheit gesichert. Dieser Umstand stärkte die führende Rolle des Transportarbeiterverbandes auf dem Kongreß der Irischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften noch mehr. Der Verband hat auch die jetzige Form und das Programm der Arbeiterpartei bestimmt. Trotz der Behauptung der Arbeiterpartei, daß dieses von Conolly ausgearbeitete Programm revolutionär sein müsse, ist dies unrichtig: die Partei vermag nicht einzusehen, daß dieses Programm ausgearbeitet war mit dem Zweck, die Tätigkeit des Proletariats in einer der Weltrevolution vorausgehenden Periode zu leiten.

Der Versuch des Transportarbeiterverbandes, unter der Losung der Einzigen Großen Union (One Big Union) die Gewerkschaften in sich aufzusaugen, hat zu Feindseligkeiten in den Reihen der Arbeiterpartei geführt. Die Gewerkschaften stemmen sich energisch dagegen, erstens weil es ihrer Zunftideologie widerstrebt, zweitens weil der Transportarbeiter-Verband ihrer Ansicht nach nicht das Industrieprinzip vertritt, sondern die Entfaltung einer Föderation, die die gesamte Arbeiterbewegung einer Bürokratie unterzuordnen strebt. Die Gewerkschaften in Irland sind klein und schrumpfen immer mehr zusammen. Sie besitzen fast gar keine politische Bedeutung, mit Ausnahme einiger großer Zweigabteilungen der englischen Verbände, die danach streben, sich von den englischen Zentralen und den Nationalverbänden loszulösen. Eine große Abteilung des Maschinenbauerverbandes hat dieses Vorhaben vor kurzem bereits durchgeführt. Der Transportarbeiterverband gibt das einzige in Irland überhaupt erscheinende Arbeiterorgan „The Watchword of Labour" (Die Arbeiterparole) heraus. Das Blatt, das einen Absatz von etwa 10,000 Exemplaren wöchentlich hat, teilt das allgemeine Schicksal aller nationalistischen und aufrührerischen Preßorgane Irlands — fortgesetzt wird es von der Regierung verboten. Das Organ gibt an, der Nachfolger von Conollys „The Workers Republic" zu sein; tatsächlich jedoch kastriert es Conollys Anpassung des revolutionären Marxismus an die irischen Bedingungen genau so, wie Kautsky die allgemeinen Grundsätze des Marxismus kastriert. Das Blatt vertritt die Ansichten des vorherrschenden Teils des Transportarbeiterverbandes, der Irischen Arbeiterpartei und der Irischen Sozialistischen Partei.

In internationaler Beziehung schloß die Irische Arbeiterbewegung sich der Gelben Internationale an. Als Vertreter waren ausersehen: Cathal O'Shannon, Redakteur des „Watchword of Labour", Mitglied der Exekutive der Irischen Arbeiterpartei und gegenwärtig Vorsitzender der Irischen Sozialistischen Partei; Thomas Johnston, Kassierer der Irischen Arbeiterpartei; William O'Brien, Sekretär der I. A. P., Kassierer des Transportarbeiterverbandes und eine der besten Kräfte der irischen Arbeiterbewegung; ferner noch ein Mitglied der Exekutive der irischen Arbeiterpartei und endlich Hughes, Sekretär des Transportarbeiterverbandes, der die Sozialistische Partei Irlands vertreten sollte. Von allen Delegierten gelangten aber nur O'Shannon und Johnston, die von der

Sozialistischen Partei Irlands mit Ergänzungsmandaten versehen waren, nach Bern. Sie unterzeichneten die Resolution Adler-Longuet, wie sie sich überhaupt der Taktik dieses Flügels der Konferenz anschlossen.

Die Sozialistische Partei Irlands, die 1896 gegründet wurde, änderte mehrfach ihren Namen und ihr Programm, bis sie zu einer kleinen, unbedeutenden Partei herabsank, die gegenwärtig keinerlei Einfluß auf die nationale Politik Irlands ausübt. Die Politik und Taktik der Partei werden von denselben Persönlichkeiten bestimmt, die die Irische Arbeiterpartei und den Transportarbeiterverband beherrschen. Eine kurze Zeit befand sich die I. S. P. unter dem Einfluß des linken Flügels, dem es trotz der erbitterten Opposition des übrigen Teils der Partei gelang, während der Dauer seiner Macht einige revolutionäre Grundsätze in das althergebrachte Programm der Partei hineinzubringen. Der linke Flügel ordnete die Rückgängigmachung des Anschlusses an die Berner Internationale an und erzielte eine Stimmenmehrheit für die III. Internationale. Am letzten Jahrestage der bolschewistischen Revolution hielt der linke Flügel in Dublin eine Versammlung ab. Jedoch ehe der linke Flügel Zeit hatte, seine Macht zu festigen, verlor er seinen Einfluß, sodaß seine Anordnung in der Frage der Internationale nicht durchgeführt wurde. Die Irische Sozialistische Partei zählt jetzt kaum 150 Mitglieder in Dublin, von denen nur etwa 30 tätig sind und einige hundert Mitglieder in den übrigen Teilen des Landes. Diese Mitglieder sind mangelhaft organisiert, sind weder miteinander noch auch mit der Dubliner Zentrale fest verbunden. Die Partei tut fast gar nichts; sie besitzt kein eigenes Organ und nur wenige Flugschriften aus der Feder ihrer Mitglieder; keine einzige dieser Schriften behandelt die für das irische Proletariat wichtigen Fragen.

Eine Kraft, die in der revolutionären Entwicklung Irlands unzweifelhaft eine bedeutende Rolle spielen wird, ist in der von George Russell geführten Genossenschaftsbewegung verkörpert. Diese Bewegung besitzt mehrere gut organisierte Abteilungen, die einen recht bedeutenden Machtfaktor im Wirtschaftsleben des Landes vorstellen und in der ersten Periode der proletarischen Diktatur von dem proletarischen Staat mit Erfolg zur Lösung der unaufschiebbaren Probleme der Lebensmittelverteilung usw. verwendet werden könnten. Da die Kommunisten in Irland in erster Reihe dafür sorgen müssen, die landarme Bauernschaft zu genossenschaftlicher Produktion zu organisieren, so wird diese Bewegung, die schon jetzt die Ideologie des Kleinbesitztums unter der landhungrigen unbegüterten Bauernschaft auszurotten bestrebt ist, für die Kommunisten von hervorragender Bedeutung sein. Durch den Anfang zur Organisierung der landarmen Bauernschaft auf der Grundlage genossenschaftlicher Produktion in großem Maßstabe, steuert diese Bewegung faktisch auf die Lösung eines der wichtigsten und schwierigsten Probleme des proletarischen Staates los, auf die geistige Verbindung zweier Teile der Arbeiterklasse miteinander und sichert die Einigkeit des Industrieproletariats mit der Bauernschaft unter der Diktatur des Proletariats.

Ulster, oder genauer genommen, Nordostirland ist das große Fabrik- und Industriezentrum des Landes. Industriell ähnelt Ulster mehr als irgend ein anderer Teil Irlands den hochentwickelten Industriezentren Englands und Schottlands. Die führende Rolle spielen hier die einzigen Großkapitalisten, die Irland überhaupt aufweist und die in engem Kontakt mit der britischen Bourgeoisie stehen. Die Arbeiter Ulsters sind in wirtschaftlicher Hinsicht in Abteilungen der englischen Gewerkschaften organisiert; politisch gehört die größte Mehrheit der Arbeiter zur unionistischen Partei, der Partei der äußersten Opposition gegen Sinn Fein und überhaupt gegen jede Form des irischen Nationalismus. Eine bedeutende Rolle spielte der religiöse Antagonismus Ulsters zum übrigen Teile des Landes; jedoch legt dieser Gegensatz sich in den letzten Jahren immer mehr. In mancher Beziehung werden die Kommunisten in Ulster leichteres Spiel haben als im übrigen Irland, da sie dem Proletariat dort direkt die Frage vorlegen können: kapitalistischer Staat oder proletarischer Staat. Da die Mehrheit des ulsterschen Proletariats jeder nationalen republikanischen Gefühle bar ist, stehen die Arbeiter der Errichtung einer bürgerlichen Republik in Irland feindlich gegenüber. Mit Ausnahme der antinationalistischen Tendenzen, die zum Teil religiösem Fanatismus entspringen, haben wir in Ulster dieselben Probleme, die jedes große Industriezentrum aufweist. Ulster ist daher der Mittelpunkt des proletarischen Kampfes gegen einen bürgerlichen irischen Staat.

Wir haben hier versucht, in aller Kürze die verschiedenen Machtfaktoren und Tendenzen im modernen Irland zu zeichnen, die man kennen muß, um sich eine Vorstellung von der allgemeinen Lage Irlands zu machen. Wir erheben durchaus keinen Anspruch darauf, einen erschöpfenden Bericht geliefert zu haben. Die gegenwärtigen Vorgänge in Irland tragen den Charakter eines unausgesetzten Kleinkrieges zwischen den Imperialisten und Nationalisten; die letzteren erfreuen sich der Unterstützung der irischen Arbeiterbewegung.

Thomas Darragh.

Bericht Cachins

an das
Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Genossen!

Uns hat eine große Bruderpartei hierher gesandt. Sie sendet Euch ihren herzlichen Gruß. Ihre Bewunderung für die russische Revolution ist grenzenlos, und sie wünscht von ganzem Herzen den Endsieg der Revolution über ihre zahllosen Feinde, die von allen Seiten erbarmungslos auf sie eindringen.

Und diese Worte sind durch keinen Zufall hervorgerufen.

Der beste Teil des französischen Proletariats wendet nun schon zwei Jahre lang kein Auge von Euch ab und durchlebt mit Euch Eure Befürchtungen und Hoffnungen.

Durch die russischen Ereignisse sind in dieser Zeitspanne die ernstesten Aktionen der Französischen Sozialistischen Partei hervorgerufen worden.

Ununterbrochen und energisch haben wir gegen den Krieg protestiert, der direkt oder indirekt, offen oder geheim gegen die Sowjetrepublik geführt wird. Alles was hier getan werden konnte, ist geschehen. Die ganze französische Presse ist haßerfüllt über Euch hergefallen. Sie hat durch ihre Verleumdungen gegen Euch und ihre falsche Beleuchtung der russischen Ereignisse unsere öffentliche Meinung vergiftet. Aber unsere sozialistischen Blätter haben getreu ihrer Pflicht Eure Verteidigung übernommen; und es ist kein Tag vergangen, ohne daß wir zugunsten Eurer großen Bewegung auftraten, so daß wir ruhig sagen können: wenn in der öffentlichen Meinung unseres Landes ein Umschwung zu Euren Gunsten eingetreten ist, so ist dies dank unserer ständigen Anstrengungen geschehen. Und zu diesem Zweck hat unsere Zentrale alle Arten öffentlicher Kundgebungen angewandt: sie hat Versammlungen und Demonstrationen organisiert, Aufrufe erlassen, Proklamationen verbreitet und auf den Kongressen Resolutionen angenommen.

Während der Wahlkampagne im November 1919 hat man uns vorgeworfen, daß wir die Verteidigung der russischen Revolution in der inneren Politik unseres Landes auf den ersten Plan gestellt haben. Die vereinigte Bourgeoisie trat gegen uns als gegen Verbündete des Bolschewismus auf. Das sozialistische Paris stellte als einen seiner Kandidaten den Bürger Sadoul auf, um dadurch seine Anhänglichkeit an die Sowjetrepublik zu zeigen.

Unsere parlamentarische Gruppe ist seit 1917 in der Kammer anläßlich der russischen Angelegenheiten 13 mal hervorgetreten. Sie forderte die Veröffentlichung aller Geheimdokumente über das russisch-französische Bündnis und protestierte unaufhörlich gegen die rußlandfeindliche Politik, gegen die Anwerbung von Freiwilligen für die Ostfronten, gegen die Absendung von Truppen nach Südrußland, gegen die „Stacheldrahtpolitik", gegen die Blockade und gegen die polnische Offensive. Wir haben in aller Form vielmals die offene Anerkennung der Sowjetregierung und die Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Euch gefordert.

Wir haben Verbesserungen für die russischen Gefangenen in Algier und Frankreich gefordert und, wenn auch spät, so doch durchgesetzt. Und viele von ihnen waren uns dankbar dafür. Trotz aller Schwierigkeiten von Seiten unseres Außenministeriums haben wir nach Rußland viele Soldaten und Privatpersonen absenden können, die abzureisen wünschten. Bürger Lafot hat den „Verein von Freunden der Kriegsgefangenen" gegründet, der den russischen Gefangenen in Deutschland Lebensmittel sandte und seit Abschluß des Waffenstillstandes Tausenden von Russen in Frankreich materielle und moralische Unterstützung geboten hat. Wir haben uns sehr darum bemüht, daß bei der Anwerbung von Freiwilligen in die gegenrevolutionären Armeen auf die Gefangenen kein Druck ausgeübt werde. Besonders haben wir die Abschaffung des verhaßten „Regimes B" erzwungen, das gegen einige Eurer unglücklichen Landsleute in den Konzentrationslagern und Festungen angewandt wurde.

Zusammen mit der Allgemeinen Arbeitskonföderation haben wir einige Kampagnen unternommen, um durch die Arbeiter die Einstellung der Produktion von Kriegsmaterial und der Absendung von Truppen nach Osteuropa durchzusetzen. Die Durchführung dieses Beschlusses haben insbesondere die wirtschaftlichen Organisationen der französischen Arbeiterklasse übernommen. Auf dem letzen Kongreß der Gewerkschaften im Juni wurde folgende Resolution angenommen:

„In dem Wunsche, seine Solidarität mit dem russischen Volk faktisch zu bekunden, beauftragt der Kongreß das Konföderationsbüro, von den Transportgewerkschaftsorganisationen die Verweigerung des Transports von Waffen und Kriegsgerät zu verlangen, die für das gegenrevolutionäre Rußland bestimmt sind".

Der Sekretär des Verbandes der Seeleute und der Sekretär des Eisenbahnerverbandes beschlossen auf diesem Kongreß, überall Generalversammlungen der Mitglieder ihrer Körperschaften einzuberufen und energisch auf die strengste Durchführung der von den Arbeitervertretern einstimmig angenommenen Resolution zu bestehen. Die Mannschaften vieler Dampfer weigerten sich, Waffen nach Rußland zu transportieren. Da versuchte es die Regierung auf andere Weise: sie sandte die Frachten in englische Häfen und versicherte den französischen Dockarbeitern und Matrosen, daß das abgesandte Material nicht für Eure Feinde bestimmt

sei. Seit der Zeit werden die Waffen auf dem Landwege und insgeheim befördert.

Ihr dürft überzeugt sein, Genossen, daß unsere sozialistische Partei keinen Augenblick lang ihre Verpflichtungen gegen Euch vergessen hat. Und konnte sie mehr tun? Einige antworten: „Ja", und machen uns ungerechte Vorwürfe, wie z. B. anläßlich des 24-stündigen Streiks, von dem am 21. Juli die Rede gewesen ist. Einige Wochen vorher schlug unser Genosse Faure unserer Partei und den Arbeiterverbänden vor, mit den Italienern und Engländern, zwecks Organisation eines internationalen Protests gegen die Intervention der Verbündeten in Rußland in Verbindung zu treten. Unser Zentrum machte sich an die Arbeit. Die englischen Gewerkschaften antworteten uns, daß sie sich dem von uns geplanten Streik nicht anschließen könnten, daß sie aber am 20. und 21. Juli große Versammlungen in den Hauptstädten Großbritanniens veranstalten würden. Trotz dieses Beschlusses der Arbeiterpartei und des Gewerkschaftskongresses beschlossen die zentralen Gewerkschaftsorganisationen Frankreichs und Italiens, den 24-stündigen Generalstreik zum 21. Juli vorzubereiten. Das Nationalkomitee der französischen Sozialistischen Partei faßte auf seiner Sitzung am 14. Juli folgenden Beschluß:

„Zum erstenmal in der Geschichte der Arbeit organisiert die Arbeiterklasse von drei großen westeuropäischen Ländern am 20. und 21. Juli Demonstrationen, die in Italien und Frankreich die Form eines Generalstreiks annehmen werden. Die Sozialistische Partei fordert alle ihre Mitglieder auf, energischen Anteil an dieser Manifestation zu nehmen, die von den Delegierten des organisierten Proletariats in Paris, Mailand, Southport beschlossen worden ist. Die Sozialistische Partei erinnert nochmals an das Hauptziel dieser Bewegung: sie ist gegen die militärische und diplomatische Intervention in Rußland und Ungarn gerichtet und tritt für die Amnestie und gegen die Lebensverteuerung auf.

Die Partei hofft, daß alle ihre aktiven Mitglieder alle Anstrengungen machen werden, um dieser Demonstration der proletarischen Solidarität die größte Ausdehnung zu geben.

Genossen, so haben die französischen Sozialisten ihre Pflicht erfüllt. Die Idee der Bewegung ging von ihnen aus und sie haben für diese Idee auf den Versammlungen und Konferenzen ihrer Zentralorgane energisch agitiert.

Aber ungeachtet aller ihrer Anstrengungen waren sie nicht imstande, die Arbeiterklasse ihres Landes in Bewegung zu bringen. Einige Tage vor dem 21., als die Allgemeine Arbeitskonföderation ihre Anordnungen bereits verschickt hatte, trafen aus verschiedenen Punkten der Stadt Paris und der Provinz Nachrichten ein, die sogar den autoritativsten und energischsten Arbeitern der Partei zeigten, daß diese Anordnungen nicht durchgeführt werden würden. Angesichts dieser Erwägungen beschloß das Konföderationskomitee, den Streik zu verlegen. Diese Angelegenheit wurde auf der Hauptversammlung aller Vertreter der französischen

Syndikate am 21. Juli beraten und die Versammlung sprach nach Beratung der Frage dem Büro der Allgemeinen Arbeitskonföderation mit gewaltiger Mehrheit ihr Vertrauen aus. Uebrigens beabsichtigen die Delegierten der französischen Syndikate sehr bald nach Rußland zu kommen, und sie werden Euch besser, als irgend jemand sonst, alle genauen und vollständigen Daten über diese Frage geben können.

Abschließend möchte ich Euch objektiv die allgemeine Stimmung des französischen Proletariats schildern.

Die letzten Wahlen haben gezeigt, daß fast der vierte Teil der Bevölkerung sich völlig von allen bürgerlichen Ideen losgesagt hat. Von acht Millionen erwaqhsener Bürger haben am 16. November ungefähr zwei Millionen dem Sozialismus ihr Vertrauen ausgedrückt, trotz der wütenden Propaganda gegen uns und trotz unserer Armut an Mitteln. Ungefähr die gleiche Anzahl ist gegenwärtig der Allgemeinen Arbeitskonföderation angeschlossen. Trotz der Schranken, die die politische Organisation der Arbeiter immer noch von ihren Syndikatsorganisationen trennen, ist die Mitgliederzahl in der einen wie in den anderen dieselbe, und die Mitglieder sind in den meisten Fällen die gleichen. Die proletarischen Massen haben sich vom Reformismus losgelöst, und ihre besten Vertreter sind vom revolutionären Geist durchdrungen; sie alle begreifen mehr oder weniger klar, daß eine radikale Umformung der kapitalistischen Gesellschaft erforderlich ist; sie haben jedes Vertrauen zur Bourgeoisie verloren. Ihr Geist ist revolutionär. Trotz der ungünstigen Bedingungen und des Doppelsinnes der ausgeworfenen Losungen zählte der letzte Generalstreik am 1. Mai 600,000—700,000 Arbeiter. Und diese Arbeiter verlangten weder Lohnerhöhung noch Verkürzung des Arbeitstages. Die Eisenbahner, die Kohlengrubenarbeiter, die Dockarbeiter, die Metallarbeiter, die Mechaniker schrieben auf ihre Kampffahne die Uebergabe der Transportmittel an die Nation. Sie erhoben sich für Forderungen von allgemein sozialem Charakter. Und die Bourgeoisie hat das sehr gut begriffen. Sie hat begriffen, daß das eine Mobilmachung der revolutionären Kräfte war, und sie ergriff energische Maßnahmen gegen diejenigen, die sie für die Bewegung verantwortlich glaubte. Tausende von Ausständigen wurden entlassen, Hunderte ins Gefängnis geworfen; und um die öffentliche Meinung zu betrügen, erklärte sie, daß der Streik das Ergebnis einer Verschwörung gegen den Staat gewesen sei, und 18 willkürlich herausgegriffenen Genossen von uns gab sie an dieser Verschwörung die Schuld — Mitgliedern des Komitees der III. Internationale, gemäßigten Syndikalisten und Mitgliedern verschiedener Strömungen der Partei. Die Gefängnisse sind gegenwärtig überfüllt und die Angst der Bourgeoisie ist so groß, daß ihre Blätter nicht imstande sind, sie zu verbergen. Während der ganzen Dauer dieser bedeutendsten und größten Klassenschlacht Frankreichs war die Stimmung der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter vortrefflich und das berechtigt uns zu den besten Hoffnungen.

Aber unsere Bourgeoisie hat sich energisch verteidigt. Ihre ganze

Presse trat gegen die Arbeitersache auf, und zum Unglück liest die Mehrzahl der Arbeiter immer noch die bürgerlichen Blätter, so daß die Verleumdung, die Drohungen und Lügennachrichten auf die Massen eingewirkt haben. Wie der Block der französischen kapitalistischen Partei den Sozialismus am 16. November auf politischem Boden besiegt hat, genau so hat er vor einigen Wochen den Syndikalismus besiegt. Unsere Bourgeoisie ist mächtig. Der Krieg, der zur Zerrüttung des Staates geführt und ihn dem Bankrott näher gebracht hat, hat viele Privatpersonen bereichert. Der Kapitalismus hat sich konzentriert und ist, ähnlich wie das Proletariat, kriegerischer und tüchtiger zur Selbstverteidigung geworden. Er ist reich, stark und klug. Andererseits hat der französische Kapitalismus zeitweilig Verbündete unter den reichgewordenen Bauern gefunden, die während des Krieges ihre früheren Schulden bezahlen und ihren Grundbesitz abrunden konnten. Die Bauernklasse bildet bei uns mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung; wir müssen infolgedessen alle Anstrengungen machen, um einen bedeutenden Teil derselben moralisch zu erobern, ihn von der Bourgeoisie loszureißen und ihm zu verstehen geben, daß seine Interessen dennoch mit den Interessen der Arbeiter übereinstimmen.

So liegen die Bedingungen für unseren Klassenkampf, so ist die Lage in unserem Lande, wo die Bourgeoisie am reaktionärsten ist. Aber auch unter diesen Verhältnissen werden wir mit um so größerer Energie unser Werk fortsetzen. Unser Besuch bei Euch wird für uns von gewaltiger Bedeutung sein. Wir werden von hier entschlossener und stärker abreisen: Ihr seid für uns ein lebendiger Beweis dessen, daß Glaube, unerschöpfliche Energie und rauhe, unbezwingbare Hartnäckigkeit auch das Allerunüberwindlichste überwinden.

Frossards Rede

an das
Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

I.

Genossen!

Die Bedingungen, unter welchen die Sozialisten in Frankreich zu leben und zu wirken haben, sind vom Gen. Marcel Cachin bereits dargelegt worden. Es bleibt mir nur noch übrig, unserem Doppelmandat entsprechend das Problem der sozialistischen Arbeiterinternationale vom Standpunkt unserer Partei zu behandeln.

Auf dem Kongreß, den die französische Sozialistische Partei letzten Februar in Straßburg abhielt, brach sie endgültig mit der II. Internationale. Der entsprechende Beschluß wurde mit 4.200 Stimmen gegen 337 angenommen. Auf Grund dieser Resolution wurden jegliche Beziehungen zu dem Brüsseler Büro abgebrochen; auch wird unsere Partei auf dem Genfer Kongreß nicht vertreten sein.

Wir können nicht unerwähnt lassen, daß wir im Februar 1919 an der Berner Konferenz teilnahmen.

Auf dem außerordentlichen Kongreß unserer Partei im April 1919 warf unsere äußerste Linke die Frage auf, ob wir auch fernerhin zur II. Internationale gehören sollen. Ein Antrag Longuets, der befürwortete, daß wir unter Aufstellung gewisser Bedingungen in der II. Internationale verbleiben sollen, wurde mit einer Stimmenmehrheit angenommen. Wir halten es für geboten, hier die Hauptpunkte dieser Resolution anzuführen.

Der Antrag begrüßt die in Bern zustande gekommene Wiederherstellung der Verbindung unter den Proletariern der ganzen Welt und fährt darauf folgendermaßen fort:

„Die Partei fordert die Sektionen, die in Bern nicht vertreten waren, dringlichst auf, Delegierte zum nächsten internationalen Kongreß zu entsenden, dessen Aufgaben sein werden:

1. Den nötigen Säuberungsprozeß (in Bezug auf die Internationale und die ihr angeschlossenen Sektionen) vorzunehmen.

2. Den Prinzipien des Klassenkampfes und der unversöhnlichen Opposition zu den bürgerlichen Regierungen und Parteien Nachdruck zu verleihen.

3. Die Internationale unverzüglich nach dem Beispiel Rußlands, Ungarns und Deutschlands voll und ganz auf die soziale Revolution einzustellen.

Um dieser Politik zum vollen Triumph zu verhelfen, bleibt die Partei zeitweilig in der II. Internationale. Zugleich aber gibt die Partei ihrem Willen Ausdruck, insofern die realen Bedingungen es gestatten, brüderliche Beziehungen zur Moskauer Organisation und insbesondere zu den der letzteren angeschlossenen sozialistischen Parteien Rußlands, Italiens und der Schweiz zu unterhalten".

In diesem Sinne nahmen wir auch an der Luzerner Konferenz (3.—10. August 1919) teil. Unser Auftreten in den Fragen des Statuts der Internationale, des Friedensvertrages, der Intervention in Rußland war ausschließlich von dem einen Hauptgedanken geleitet: den internationalen Sozialismus auf revolutionäre Endziele einzustellen und die Sowjetrepublik Rußland durch eine machtvolle Aktion der Proletarier der ganzen Welt von der Gefahr der bewaffneten Intervention und der Blockade zu befreien.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, müssen wir sagen, daß unsere Bemühungen keinen Erfolg hatten. Trotzdem wir nach Einigkeit strebten, konnte es uns nicht entgehen, daß die II. Internationale, die durch den Krieg stark mitgenommen, und vielleicht noch mehr durch die praktische Zusammenarbeit einer bedeutenden Anzahl ihrer Sektionen mit der Bourgeoisie arg geschwächt, der revolutionären Weltlage nicht mehr gewachsen war. Das sozialistische Proletariat bedarf einer Internationale der Tat. Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine Einigkeit bloß in theoretischen Fragen nicht genügt, wenn sie nicht von ein ebenso vollständigen Einigkeit über die Grundrichtlinien der sozialistischen Aktion begleitet wird, wenn die sozialistische Propaganda und Organisation nicht nach einer von der Internationale selbst genau festgesetzten Methode und Richtung durchgeführt werden, und endlich wenn die von der Internationale gefaßten unzweideutigen Beschlüsse nicht für alle Sektionen bindend werden.

Aus diesem Grunde konnte die französische Sozialistische Partei, die ihrerseits jede Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, in welcher Form es auch sei, verworfen hat und entschlossen war, ihre Tätigkeit auf dem festen Boden des Klassenkampfes fortzuführen, nicht in einer Internationale verbleiben, die ihren Grundsätzen immer mehr untreu und durch ihr ständiges Lossagen von ihren eigenen Prinzipien immer mehr geschwächt wurde. Infolgedessen hat unser Nationalkongreß in Straßburg das Problem in seinem vollen Umfang aufgerollt und sich in dem oben erwähnten Sinne ausgesprochen. Die Partei hat die II. Internationale verlassen. Ferner hat der Kongreß mit ungefähr 3,000 Stimmen gegen 1,600 den Antrag abgelehnt, sich unverzüglich und bedingungslos der Kommunistischen Internationale anzuschließen.

Die Resolution des Straßburger Kongresses darf aber keineswegs als Ausdruck der Feindseligkeit gegen die III. Internationale aufgefaßt werden. Der Hauptzweck des Beschlusses besteht darin, die jetzt zerstreuten sozialistisch-revolutionären Kräfte zu vereinigen. Die Resolution erklärt, daß

diese Vereinigung sich unter dem Banner der Kommunistischen Internationale vollziehen muß, deren Grundsätze sie nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern als Direktive zur Tat betrachtet. Insbesondere legte die Resolution Nachdruck darauf, daß jegliche Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie verworfen werden muß. Sie erklärt die Diktatur als die Grundauffassung der Revolution. Folglich bestehen zwischen der Französischen Sozialistischen Partei und der III. Internationale theoretisch keine irgendwie bedeutende Gegensätze. Weilen wir doch eben auf Grund des Mandats des Straßburger Kongresses hier. Denn nachdem der Kongreß beschlossen hatte, jegliche Beziehungen zur II. Internationale abzubrechen, forderte er unseren ständigen Verwaltungsausschuß auf, ohne Aufschub mit den entsprechenden Organen der III. Internationale Verhandlungen anzuknüpfen.

Wir müssen Euch jetzt unverhohlen und brüderlich darüber aufklären, weshalb unsere Partei bis heute gezögert hat, ihren prinzipiellen Anschluß an Eure Organisation in die Tat umzusetzen.

Die III. Internationale vereinigt eine bedeutende Anzahl von Parteien und Parteifraktionen. Aber ihr fehlt noch die Mitarbeit großer, von revolutionärem Feuer beseelter Parteien. Die einen, wie z. B. die Unabhängige Sozialistische Partei Deutschlands, die Amerikanische Arbeiterpartei, die Englische Unabhängige Arbeiterpartei, die Schweizer Partei ebenso wie die unsrige haben bereits mit der II. Internationale gebrochen und sind mit ganzem Herzen mit Euch. Sie hegen die lebhafteste und leidenschaftlichste Begeisterung für die Sowjetrevolution, die die Seele der neuen Internationale ist. Andere wiederum, wie z. B. die Spanische Sozialistische Partei, folgen ihrem Beispiel. Schließen diese Organisationen sich Euch an, so wird die von Euch gegründete Internationale wahrhaft zur Vertreterin des sozialistischen Proletariats der ganzen Welt. Die Französische Sozialistische Partei ist der Ansicht, daß dieses Ziel leichter zu erreichen wäre, wenn diesen Parteien gestattet würde, mit Euch gewisse Fragen der Taktik (modalités de tactique) zu erörtern, um einige Konzessionen zu erlangen.

So glaubt unsere Partei z. B., daß sie im Interesse der sozialen Revolution selbst bestrebt sein muß, in vollem Einvernehmen mit den bestehenden Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften und Genossenschaften vorzugehen und daß die Anpassung dieser Organisationen an die wirtschaftliche Umgebung eines der Hauptmittel zur revolutionären Umgestaltung bilden muß. Die französische Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich völlig selbständig. Sie entzieht sich dem Einfluß der Sozialistischen Partei. Das ist sehr zu bedauern, aber es ist eine Tatsache, die wir nicht unbeachtet lassen dürfen. Unsere Allgemeine Konföderation der Arbeit (C. G. T.) zählt mehr als 2½ Millionen Anhänger und wacht eifersüchtig über ihre Unabhängigkeit. Wollen wir in guten Beziehungen zu der Föderation stehen, so müssen wir damit rechnen, denn widrigenfalls ist eine Massenaktion in Frankreich unmöglich. Die Föderation wird ohne

uns keine Revolution machen, aber auch wir können es ohne sie nicht tun. Die Ausübung der Macht durch das Proletariat ist in unserem Lande nur unter der Bedingung denkbar, daß zwischen der Allgemeinen Konförderation der Arbeiter und der Sozialistischen Partei auf der Grundlage vollkommener Gleichheit ein Einvernehmen besteht. Damit wollen wir sagen, daß das Institut der Arbeiter- und Bauernräte in unserem Lande schwerlich unter Umgehung der Gewerkschaften verwirklicht werden kann und daß das Rätesystem, falls es dazu kommt, den Bedingungen des Arbeiterkampfes in Frankreich angepaßt werden muß.

Wir wissen nunmehr, daß die Ansicht unserer Partei in dieser Hinsicht der Ansicht entspricht, welche die Führer der Sowjetrepublik unzählige Male zum Ausdruck gebracht haben. Wir stimmen vollkommen mit ihnen überein. Aber stimmen wir damit nicht auch mit der II. Internationale überein?

Das ist die erste Frage, die wir Euch im Namen unserer Partei zu stellen wünschen.

Unsere zweite Frage bezieht sich auf folgendes: wir wollen Euch nicht verhehlen, daß die Handlungsweise der bevollmächtigten Vertreter der III. Internationale und der sie in Westeuropa vertretenden Zweigbüros, die den Ausschluß einiger Mitglieder der französischen Sozialistischen Partei forderten, unsere Partei erregt hat. Es handelt sich nicht darum — wir wünschen, daß kein Zweifel darüber herrsche — ob das gegen unsere Mitglieder gefällte Urteil gesetzlich war. Wir wollen uns darüber nicht in Erörterungen einlassen. Aber es war eine Sache der inneren Disziplin, die unsere Partei aus eigener Machtvollkommenheit hätte regeln müssen. Uebrigens hat unsere Partei noch vor kurzem gezeigt, daß sie es versteht, von ihren Mitgliedern Achtung für ihre Konstitution und ihre Kongreßbeschlüsse zu erheischen. Aber sie kann es nicht zulassen, ohne sich eine starke Blöße zu geben, daß ein Ausschluß ihrer Anhänger ihr von auswärts aufgenötigt werde. Unsere Partei kann sich einer internationalen Organisation nur unter der Bedingung anschließen, daß sie ihr samt allen ihren Föderationen und Sektionen beitreten darf, und daß man ihr vertraue, die aus ihrem Beitritt entspringenden Verpflichtungen auf alle ihre Mitglieder zu übertragen.

Und nun noch eine letzte Frage. Wir haben den Vorschlag gemacht, eine Konferenz einzuberufen, um gemeinsam mit den zur III. Internationale gehörenden Parteien eine endgültige Zusammenfassung aller derjenigen Parteien vorzunehmen, die entschlossen sind, den Grundlagen des Sozialismus treu zu bleiben. Unsere Genossen von der U. S. P. Deutschlands, mit denen uns volle Uebereinstimmung der Ideen verbindet, schlugen vor, die Initiative in Bezug auf diese Konferenz der III. Internationale zu überlassen. Wir sind bereitwillig darauf eingegangen.

Aber nun, da zum 15. Juli der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale einberufen ist, glauben wir, daß der Vorschlag der Unabhängigen, zum mindesten in seiner ursprünglichen Form, nicht mehr auf-

recht erhalten werden kann. Möglicherweise werden diejenigen Parteien, die jetzt außerhalb der beiden Internationalen stehen und geneigt sind, sich der Eurigen anzuschließen, aus freiem Willen den Beschlüssen Eures Kongresses folgen. Sie stimmen mit Euch in Bezug auf die Tat überein. Sicherlich genügt es, daß die Mißverständnisse aufgeklärt, die unwichtigen Schwierigkeiten beseitigt werden, damit sie in Eure Organisation eintreten können. Der Kongreß kann wesentlich dazu beitragen. Wollt ihr sie mit beratender Stimme Euren Sitzungen beiwohnen lassen?

Wir sind überzeugt, daß diese Annäherung die besten Folgen nach sich ziehen wird. In unserem beiderseitigen Interesse sprechen wir den Wunsch aus, daß dieses ermöglicht werde.

Das sind die Zweifel und Fragen, die wir Euch im Auftrage der französischen Sozialistischen Partei vorlegen. Wir führen unser Mandat in voller sozialistischer Freundschaft aus, mit dem heißen Wunsch, an der Herbeiführung der Einigkeit des revolutionären Sozialismus in der ganzen Welt zu arbeiten, einer Eingkeit, deren Notwendigkeit uns heute klarer ist als je zuvor.

In größter Solidarität geht die Bourgeoisie allerorts in hartem Kampfe gegen den Sozialismus vor. An dem Tage, an welchem es uns gelingt, uns in einheitlicher Front gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuschließen, wird der Ausgang dieses Kampfes keinem Zweifel mehr unterliegen. Das ist der Zweck, der uns hergeführt hat. Unterstützt uns!

Erklärung von Cachin und Frossard

an das

Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Genossen!

Wir haben Euch das Mandat vorgelegt, das der Straßburger Kongreß uns ausgestellt hat. Wie Ihr aus seinem Inhalt ersehen könnt, hat der Kongreß uns beauftragt, mit den Organisationen, die sich der III. Internationale angeschlossen haben, in Verhandlung zu treten.

In ihren Resolutionen auf dem Kongreß hat die französische Sozialistische Partei ihre volle Solidarität mit der großen Befreiungsbewegung des Proletariats in allen ihren Formen bekräftigt. Die Partei hat festgestellt, daß keine einzige von den grundlegenden Deklarationen der Moskauer Internationale den Prinzipien des Sozialismus widerspricht, und daß die Diktatur des Proletariats der Eckstein der revolutionären Ideologie ist, daß die Bildung von Räten der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten als die Haupterrungenschaft auf dem Wege zur Verwirklichung der Macht des Proletariats anerkannt werden muß.

Ihr habt von uns einige ergänzende Erklärungen über einige Punkte unserer ersten Deklaration erbeten. Ihr habt einige kritische Bemerkungen gemacht, hauptsächlich über die innere Tätigkeit unserer Partei und unserer Presse.

In Beantwortung aller Eurer Hinweise halten wir es für erforderlich, nachfolgende Erklärungen abzugeben:

Vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß die Mehrheit unserer Partei schon zwei Jahre lang bei jeder günstigen Gelegenheit gegen die reformistische Taktik angekämpft hat. Augenblicklich, unter den gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, sind wir noch mehr, als in der Zeit des Amsterdamer Kongresses, mit Euch solidarisch in der Ansicht, daß jeglicher Versuch einer Wiederherstellung oder auch nur Unterstützung des kapitalistischen Wirtschaftssystems tatsächlich zum Mißerfolg verurteilt ist und daher die reinste Utopie darstellt. Die bürgerliche Gesellschaft nähert sich stündlich immer mehr der tödlichen Krise, und die Rolle der Arbeiterklasse besteht darin, die Konvulsionsperiode, die wir gegenwärtig durchmachen, möglichst zu verkürzen. Um in der Welt

Ordnung und Gerechtigkeit wiederherzustellen, ist es notwendig, daß überall binnen allerkürzester Zeit die sozialistische Ordnung triumphiert.

Der Sozialismus kann nicht heute oder morgen als Ergebnis von Parlamentswahlen oder infolge einer ständigen Volksurabstimmung geboren werden, weil die kapitalistische Klasse alles, was von ihr abhängt, tut, um den wahren Willen des Volkes zu verdrehen, und die Kirche, die gelbe Presse und das bürgerliche Gold unermüdlich ihre verderbliche Arbeit verrichten, um das Bewußtsein der werktätigen Massen vom wahren Wege abzulenken. Es versteht sich von selbst, das wir das System des Parlamentarismus, das der bürgerlichen Demokratie so teuer ist, nicht anerkennen. Wir kennen zu gut den inneren Wert des Parlamentarismus, als daß wir hoffen könnten, daß mit Hilfe eines so gefälschten Mittels die Volksmehrheit jemals durch eine einfache Abstimmung innerhalb der Grenzen der Gesetzlichkeit das große Werk der Befreiung der Arbeit durchführen könnte.

Im Einklang mit Euch erklären wir, daß nur die werktätige Klasse den Staat umformen und sodann verwalten soll. Und gleich Euch erklären wir, daß unter dem machtvollen Ansturm der erwählten Initiativminderheit des proletarischen Vortrupps, die die ganze Arbeiterklasse in vollem Pflichtbewußtsein nach sich zieht, die alte Ordnung fallen, die Stunde der sozialen Revolutionen schlagen und der Sozialismus zur Herrschaft gelangen wird.

Ihr habt uns abermals lebendige Geschichtslehren durchleben lassen. Ihr habt uns nochmals anschaulich gezeigt, daß nur durch Gewalt und unmittelbare revolutionäre Einwirkung, nur im Feuer des Bürgerkrieges die alte Ordnung zerstört und die Grundlage für die neue soziale Ordnung gelegt werden kann.

Es ist uns klar, daß wir keine andere Wahl haben. Wir müssen uns entweder nach wie vor unter das Joch des Kapitalismus und Imperialismus beugen, oder mit derselben Schonungslosigkeit, mit der die soziale Reaktion sich auf das Proletariat stürzt, uns gegen unseren Erbfeind wenden. Der jetzigen Diktatur der Bourgeoisie muß das Proletariat seine eigene Diktatur entgegenstellen. Wir brauchen uns nur unserer nationalen Vergangenheit zu erinnern, um eine Rechtfertigung für die Methoden der Gewalt und des Terrors zu finden, zu denen die nach Erringung der Macht strebende Klasse notwendig greifen muß, wenn sie sich behaupten und feste Grundlagen für die Sicherung der künftigen sozialen Ordnung schaffen will.

Ihr macht uns zuweilen den Vorwurf, daß wir die Notwendigkeit der Enteignung der Bourgeoisie dadurch vertuschen, daß wir von Sozialisierung sprechen. Wir wollen die veralteten und banalen Streitigkeiten über diese Frage nicht erneuern, umsomehr als in den Sektionen der Internationale die Frage der Vergütung hinreichend erörtert worden ist. Es genügt zu sagen, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage aller Völker diese Frage im Grunde genommen müßig ist. Wir bleiben unserem sozialistischen Programm treu und fordern die Enteignung und Beschlagnahme des

Großgrundbesitzes und aller Produktionsmittel des Industrie- und Transportkapitalismus.

Mit einem Wort, niemand von den Vertretern des revolutionären Sozialismus kann leugnen, daß das nächste Ziel aller Anstrengungen der Arbeiterklasse die Enteignung, oder wie wir es nennen, die Beschlagnahme sein muß. Das einzige Mittel, um dies zu erreichen, ist natürlich die Gewalt mit allen durch den Bürgerkrieg hervorgerufenen Folgen, wobei das Hauptwerkzeug natürlich die Diktatur des Proletariats sein muß. In Rußland hat diese Frage bereits ihre praktische Lösung in Form des Sowjetregimes gefunden.

Ihr macht uns mit vollem Recht darauf aufmerksam, daß eine Anerkennung aller dieser durch die russische Revolution geheiligten Prinzipien in bloßen Worten ungenügend sei. Die Worte müssen durch die Tat gerechtfertigt werden — damit sind wir völlig einverstanden. Wir wollen die Unzulänglichkeit und Schwäche unserer früheren Taktik keineswegs leugnen. Unstreitig haben wir immer gegen unsere Bourgeoisie gekämpft und sind bei jedem Emporflammen der Revolution bestrebt gewesen, alle ihre Eroberungen bis zum Schluß festzuhalten. Aber Ihr habt von Eurem Standpunkt aus Recht, wenn ihr uns vorwerft, daß wir nicht die erforderliche Energie und Stärke gezeigt haben. Angesichts der dauernden, unerhörten Leiden des russischen Arbeiters und Bauern begreifen wir Euren Zorn und Eure Vorwürfe: unsere Pflicht war es, Euch rechtzeitig zu Hilfe zu kommen, aber wir fanden nicht den Mut, diese Bruderpflicht zu erfüllen. Ebenso seid Ihr auch berechtigt, von der Alltagstaktik unserer Partei größere Entschlossenheit, größere Bestimmtheit und mehr revolutionären Geist zu fordern. Kurz gesagt, wir hätten denselben Weg gehen müssen, den Rußland gegangen ist, wo die proletarische Revolution triumphiert. Unser Besuch in Moskau wird, abgesehen von der internationalen Bedeutung des Kongresses, uns augenfällig alle die Wahrheiten zeigen, die wir vielleicht zu theoretisch aufgenommen haben. Wir werden zu uns in die Heimat nach Frankreich zurückkehren mit dem festen Entschluß, unser Proletariat zur Aneignung all der heroischen Kampfmethoden vorzubereiten, die es der Arbeiterklasse in Rußland ermöglicht haben, die Macht in ihre Hände zu nehmen, sie festzuhalten und auf den Trümmern des alten Regimes die Grundlage der neuen sozialen Ordnung zu errichten, die jetzt in ihrer ganzen Größe vor unseren Augen ersteht.

Einige unserer Genossen haben sich bereits mit dem Moskauer Programm solidarisch erklärt. In voller brüderlicher Einigung mit ihnen, werden wir all unsere Anstrengung darauf richten, damit die ganze Französische Sozialistische Partei ihren Anschluß an die III. Internationale beschließt. Wir werden die Einberufung eines außerordentlichen Parteikongresses verlangen, um ihn mit den Beschlüssen des Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt zu machen. Wir bitten Euch, Genossen, unsere aufrichtige Versicherung entgegenzunehmen, daß wir nicht nur in Worten,

sondern auch in Taten bereit sind, unsere volle Bereitschaft zum tödlichen Kampf mit dem sterbenden Kapitalismus zu besiegeln.

Moskau, d. 4. Juli 1920.

Notiz der Redaktion. Die vorliegenden zwei Berichte und die Erklärung sollen als Ausdruck des Standpunktes nur der Anhänger des französischen „Zentrums" betrachtet werden. Wir bringen sie als Dokumente.

Unser Verhältnis zu den Erklärungen der gegenwärtigen Mehrheit der Französischen Sozialistischen Partei wird der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestimmen.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Kommunistische Partei Deutschlands.

Notiz der Redaktion. Zur vollen und allseitigen Beleuchtung der Taktik der Kommunisten während der Kapptage bringen wir in diesem Heft drei überaus wichtige Briefe einflußreicher Mitglieder der Zentrale der K. P. D. — des Gen. Levi (der zu jener Zeit im Gefängnis saß), der Gen. Cl. Zetkin und des Gen. E. Meyer.

Der leidenschaftliche Ton der Briefe — insbesondere im Brief des Gen. Levi, der aus dem Zellengefängnis schrieb — ist nur zu begreiflich.

Unsere Feinde werden natürlich über die Unstimmigkeiten im Innern der K. P. D. zu frohlocken versuchen. Mögen sie nur! Wir Kommunisten haben uns nie vor Selbstkritik gefürchtet.

Die Redaktion der „K. I." schließt sich in der Hauptsache der Kritik an, die in den drei Briefen und in dem gleich nach ihnen abgedruckten Artikel des Gen. Radek enthalten ist.

Eine offene Kritik der Fehler der Zentrale der K. P. D. wird nur dazu beitragen, den zur K. A. P. D. gehörenden revolutionären Arbeitern den Zusammenschluß mit unseren Genossen in den Reihen einer einzigen Kommunistischen Partei zu ermöglichen.

Brief an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Ich habe soeben die Flugblätter gelesen. Mein Urteil: der K. P. D. droht ein moralischer und politischer Bankrott. Mir ist es unverständlich, wie man in dieser Situation Sätze schreiben kann wie folgende: „Die Arbeiterklasse ist in diesem Moment nicht aktionsfähig. Es ist nötig, das klar auszusprechen". — „Durch die bloße Tatsache, daß die Lüttwitz-Kapp an die Stelle der Bauer-Noske getreten sind, ist an dem Stande des großen Klassenkampfes ... unmittelbar nichts geändert ..." Damit sind wir zu Lieferanten der traurigsten Gesellen in der Arbeiterbewegung geworden, die immer schreien: „Es hat doch keinen Zweck!" Die haben es jetzt schriftlich von der K. P. D. Nachdem man so am ersten Tage die Aktionsfähigkeit verneint hat, gibt man am nächsten Tage ein Flugblatt heraus: „Jetzt endlich muß das deutsche Proletariat den Kampf eröffnen um die proletarische Diktatur und die kommunistische Räterepublik". Neben diesem wird gehandelt: Generalstreik (Nach festgestellter Aktionsunfähigkeit). Gleichzeitig (wo doch der Generalstreik die Massen aus den Betrieben gebracht hat) Rätewahlen, Zentralrätekongreß. Kurzum: organisatorisch und

politisch brechen unsere „Bonzen“ dem Generalstreik das Genick. Sie tun es auch moralisch. Nach meinem Gefühl ist es ein Verbrechen, die Aktion jetzt dadurch zu zerbrechen, daß man schreibt: „Das Proletariat wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik“. Wißt Ihr, was das heißt? Das ist der größten Aktion des deutschen Proletariats in den Rücken gefallen! Ich hatte immer gedacht, daß wir uns über folgendes klar und einig seien: Wenn eine Aktion kommt — auch für das blödsinnigste Ziel! (auch die Novemberrevolution hatte kein vernünftiges oder überhaupt kein Ziel) für diese Aktion einzutreten, sie durch unsere Parolen über das blödsinnige Ziel hinauszuführen; in der Steigerung der Aktion die Massen und das wahre Ziel einander anzupassen! und nicht am Anfang schreien: „keinen Finger rühren“ wenn uns das Ziel nicht gefällt. Dazwischen müssen konkrete Losungen gegeben werden. Den Massen sagen, was geschehen muß im Augenblick! Parolen selbstverständlich steigern, allmählich steigern. Räterepublik kommt zuletzt und nicht zuerst. Mir scheint, kein Mensch denkt jetzt an Betriebsratswahlen. Die Parole im gegenwärtigen Augenblick ist allein: Bewaffnung des Proletariats. Vergleiche hierzu die „Rote Fahne“ vom Sonntag, Artikel: „Was ist zu tun?“ Wir sollten doch darüber nicht im Zweifel sein, daß wenn nach der Niederschlagung des Militärputsches selbst eine Regierung Bauer-Ebert-Noske von neuem käme, es nicht mehr die alte wäre, weil sie ihre Stütze rechts verloren hat. Genau so wie sie im Januar 1919 nicht mehr die alte war, nachdem sie ihre Stütze links verloren hatte. Darum gilt es jetzt alles, die Aktion dahin zu steigern, daß der Putsch niedergeschlagen wird ohne Kompromisse! Gelingt es, so wird jede kommende „demokratische Republik“ nach links rutschen, weil sie eben den Halt rechts verloren hat. Dann erst kommt die Zeit, wo wir uns entfalten können! Jetzt müssen wir die Aktion gemeinschaftlich — auch mit der S. P. D. — die Parolen gesondert auch von der U. S. P. D. (auch wenn wir nur Parolen hätten, die doch auf der Straße liegen und die man nicht in Büchern suchen soll!!), den Putsch auf alle Fälle niedergeschlagen, weil alles andere fast naturnotwendig folgen muß. Sofortige Parole: Gegen jeden Kompromiß! Die Bande verhandelt: Ich bin tiefbetrübt. Jetzt kam die Gelegenheit, die konsolidierte Partei in wenig Flugblättern wieder so führend zu machen, wie sie 1918 war. Statt dessen Kindergespött! Ich kann die Details nicht alle aufzählen, über deren jedes einzelne man heulen müßte. Ich sehe nicht, wie die Partei sich von diesem Schlag erholen soll. Wie oft haben wir früher besprochen: kommt der gegenrevolutionäre Putsch, dann — Aktion auch mit der S. P. D., weil diese in der Aktion erledigt wird. Und nun? „Keinen Finger rühren“. Eine kommunistische Parole!

Ich habe heute Nacht — das erste Mal seit ich hier bin — nicht geschlafen über die Geschichte und will dem, was ich gestern schrieb, noch einiges hinzufügen. Was gestern Abend tiefe Enttäuschung war, ist heute heller Zorn! Ich werde aber von allem persönlichen absehen. So, nun zur Sache.

— —

A. Wie ich annehme, hat auch die Zentrale der K. P. D. bemerkt, daß sich das deutsche und zumal das Berliner Proletariat in einem Streik befindet. Wenn auch die Zentrale der K. P. D. zuerst die „Aktionsunfähigkeit" festgestellt hat, wird sie doch nicht umhin können; jetzt die Aktion festzustellen. Zu einem Streik gehören Forderungen! Man muß wissen, was durch den Streik direkt erreicht werden soll. Und zwar was geschehen sein soll von dem Gegner. Diese Forderungen hat die K. P. D. aufzustellen gehabt, denn der „Vorwärts" tut es (wohlweislich) nicht. Diese Forderungen sind: 1. Die Bewaffnung des Proletariats zur Sicherung der Republik, d. h. die Ausgabe von Waffen an die politisch organisierten stellen gehabt, denn der „Vorwärts" tut es (wohlweislich) nicht. Diese Forderung ist von der größten Wichtigkeit. Offenbar wird schon gemauschelt! 3. Sofortige Verhaftung der Führer des Putsches und Aburteilung durch ein proletarisches Ausnahmegericht, weil Militärgericht Komödie. Sonst nichts! Was die Zentrale der K. P. D in ihrem Flugblatt vom 16. III. schreibt, ist unbrauchbar. „Räterepublik" und „Rätekongreß" sind keine Forderungen, bis zu deren Erfüllung man nicht arbeitet. Zumal es überhaupt keine Forderungen an den Gegner sind. „Fort mit der Militärdiktatur", „Nieder mit der bürgerlichen Demokratie" sind gleichfalls keine Streikforderungen, sondern Phrasen. Auch was sonst als positive Forderungen in dem Flugblatt enthalten war, dann (warum?) wieder herausgestrichen wurde, war unbrauchbar. Nicht „Rücktritt" der Regierung Kapp, sondern „Verhaftung"! Hochverräter „treten nicht zurück"! Die „Entwaffnung der Reichswehr"! In diesem Moment ein Unsinn, weil die Forderung auch Teile der Reichswehr, die gegen den Putsch sind, ins andere Lager hinübertreibt. Diese Forderung richtet sich gegen einen Teil der Kräfte, auf die das Proletariat jetzt rechnen muß. Sofortige Beschlagnahmen der Waffen der Bourgeoisie, Bildung einer Arbeitswehr. Beides Forderungen, die nicht von heute auf morgen zu erfüllen sind, deren Durchführung Wochen braucht — daher keine Streikforderung. Ich wüßte keine Forderung, die man vernünftigerweise gegen die drei obengenannten stellen kann. Vielleicht aber ergeben sich aus der Aktion noch andere, die ich von hieraus nicht beurteilen kann.

B. Mit diesen Parolen hätte die K. P. D. dem Streik ein „Gesicht" geben müssen, das Gesicht, das der Streik bis heute nicht hat. Mit diesen Parolen hätte sich nach einiger Zeit das ergeben, was die Zentrale der K. P. D. an den Anfang ihres politischen Denkens gestellt hat, daß die S. P. D. nicht mitmacht, oder vielmehr, daß sie nicht durchhält! Dann — aber erst dann — wäre der Moment gekommen, den Massen zu zeigen: Die Euch ins Unglück geführt haben, verraten Euch auch jetzt wieder.

Dann und erst dann, wenn die Massen unsere Forderungen aufnahmen und die „Führer" sich weigerten, sie durchzuführen oder gar sie verrieten, dann ergab sich aus der Aktion die Forderung nach anderen Forderungen, d. h. nach Räten! Räte, Rätekongreß, Räterepublik „nieder mit der demokratischen Republik" usw. — alle diese Forderungen ergeben sich von

selbst, wenn die Streikforderungen erfüllt sind. Auf die ist jetzt alles zu konzentrieren. Werden sie erfüllt, so muß die Republik nach links rutschen. Und selbst wenn Noske bliebe, was er ja garnicht kann. Denn sind die Streikforderungen erfüllt, so sind die die Republik stützenden Kräfte im Proletariat, und seine Regierung, möge sie heißen, wie sie wolle, wäre dann das Aushängeschild für diese völlig veränderten gesellschaftlichen Kräfte. Von da bis zur Räterepublik wäre dann eine Spanne von sechs Monaten normaler Entwicklung! Organisatorisch wäre zu tun gewesen: 1. Täglich einmal, je nachdem auch zweimal ein allgemeines Flugblatt, kein „Kommunistisches Kompendium", sondern vier Sätze über die Lage, einen Satz Folgerung, Streikforderung. Insbesondere hier Kritik an der Streikleitung, die paktieren will. Flugblatt an die Soldaten. Flugblatt an die S. P. D. Flugblatt an die Beamten, aufklärend. Flugblatt an Eisenbahn-, Post- und Telegraphenarbeiter. 2. Steigerung der Aktion. Demonstrationsversammlungen auf Treptower Wiese. Keine Zusammenstöße 3. Einexerzieren von Kadres, wenn auch ohne Waffen. Wenn Truppen von außerhalb mit hiesigen Truppen in Kampf kommen, dürfte die Stadt nicht ruhig bleiben. Es müssen mindestens Kadres stehen, schon damit nicht im Rücken der Truppen das Gesindel das Feld beherrscht und wir nicht dafür bluten müssen.

P. Levi.

Zellengefängnis, Lehrterstrasse,
Berlin, 16. III. 1920.

Ueber die „Loyalitätsdeklaration" der Kommunistischen Partei.

(Offenes Schreiben an das Exekutivkomitee der III. Internationale.)

Werte Genossen.

Da Sie durch den „Spartakus" gezeichneten Artikel in Nr. 10 der Kommunistischen Internationale über taktische Differenzen innerhalb der K. P. D.-Zentrale während der Kappwoche unterrichtet worden sind und da diese Differenzen für ein gewisses Stadium der proletarischen Revolution in jedem Lande Bedeutung haben, möchte ich ganz kurz über die Grundlagen der Diskussionen berichten.

Es ist richtig, daß die organisatorische Schwäche der Partei in Berlin einer der Gründe dafür war, daß die Zentrale am 13. März in einem Flugblatt die Teilnahme an dem von den Gewerkschaften und der Noske-Regierung proklamierten Generalstreik ablehnte. Aber bei der Beratung des Flugblattes waren nur wenige Genossen der Zentrale anwesend.

Obgleich auch in Mitteldeutschland und Erfurt unsere Partei schwach war, haben doch die zuletzt genannten Genossen sofort ohne Zögern die Parolen: Generalstreik, Bewaffnung des Proletariats und Wahl von Arbeiterräten als Kampfleitungen ausgegeben. Schon am 14. März hatten die Mitglieder der Zentrale, die anfangs für die Parole: „abwarten" waren, von selbst ihren Irrtum eingesehen und in einem zweiten Flugblatt Teilnahme und Verschärfung des Streiks sowie Wahl von Arbeiterräten propagiert. Trotzdem läßt sich nicht leugnen, daß die anfänglich falsche Einstellung während der ganzen Kappabwehraktion bei diesen Genossen schädigend nachwirkte. Das zeigte sich besonders deutlich, als am Ende der ersten Streikwoche der Gewerkschaftsbund (Legien und Konsorten) und die Berliner Gewerkschaftskommission (unter Führung des Unabhängigen Rusch) zum Abbruch des Streiks aufforderten.

Dieser Verrat der Gewerkschaftsführer setzte gerade in dem Augenblick ein, als die Ruhrarbeiter militärisch große Erfolge errungen hatten, aber durch Lebensmittelschwierigkeiten in der „Heimat" und an der „Front" bedrängt wurden. Es galt also, durch Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Streiks in der Provinz (Süddeutschland, Sachsen und Hafenstädte Hamburg, Lübeck, Bremen) die sich sammelnden Weißen Garden zu binden, was durch Streik selbst ohne bewaffneten Kampf geschehen konnte.

In der Zentralstreikleitung, der die Vertreter der U. S. P., K. P. D. und K. A. P. angehörten, führten nun einige Genossen eine lebhafte Pole-

mik gegen den linken Flügel der U. S. P. wegen seines Widerspruchs gegen den Eintritt des rechten Flügels in ein „reines sozialistisches" Kabinett. Die Genossen behaupteten: 1. es sei unmöglich, den Streik weiter fortzusetzen, 2. der Streik habe bereits das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum so weit verschoben, daß eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung unmöglich und eine rein sozialistische Regierung der adäquate Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses sei, 3. das Zustandekommen der rein-sozialistischen Regierung hinge nur davon ab, daß der linke Flügel der U. S. P. seinen Widerspruch gegen den Eintritt des rechten Flügels ins Kabinett zurückziehe und deshalb müsse die Zentrale der K. P. D. durch eine „Loyalitätserklärung" auf die U. S. P einwirken. Alle drei Behauptungen waren, wie die spätere Entwicklung beweist, grundfalsch:

1. Fortsetzung des Streiks in Berlin und Wiederaufnahme des Streiks in der Provinz war möglich. In Berlin wurde fortgestreikt, bis am Dienstag der zweiten Streikwoche die U. S. P.-Zentrale den Streikenden in den Rücken fiel. Daraufhin erst faßte der Berliner sogenannte Arbeiterrat (Generalversammlung der revolutionären Betriebsräte, gewählt indirekt in Industriegruppenversammmlungen der Betriebsräte) mit schwacher Majorität den Beschluß auf Abbruch des Streiks. In der Provinz war man, wie Kuriere uns berichteten, an einzelnen Orten bereit, den Streik zugunsten der Ruhrarbeiter wieder aufzunehmen.

Diese Orte hatten zumeist bisher nur zwei bis drei Tage gestreikt, waren also nicht abgekämpft. In Erfurt hat man weitergestreikt (im ganzen zwei Wochen) trotz militärischer Niederlage.

2. Gerade durch den Abbruch des Streiks blieb das Kräfteverhältnis noch zuungunsten der Arbeiterschaft. Die Bewaffnung der Arbeiter war nur in einzelnen Gebieten durchgeführt. In Bayern hatte die Kappreaktion (Ministerium Kahr) völlig gesiegt. In ganz Süddeutschland und Ostpreußen sammelte sich die Gegenrevolution. Die Rechtssozialisten und Gewerkschaften wollten die Koalition mit Bürgerlichen gar nicht aufgeben, sondern nur durch Ersetzung der alten Minister durch Arbeitervertreter (Christliche, Hirsch-Dunckersche) verschleiern. Eine „reine Arbeiterregierung" war also Fortsetzung der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Aber selbst für diese Aenderung fehlte die Basis. Für eine „rein-sozialistische" Regierung fehlte erst recht die Grundlage, d. h. Bewaffnung der Arbeiterschaft, Bruch der rechtssozialistischen Partei mit dem Koalitionsgedanken. Gerade die Erörterung der Regierungsfrage durch die Zentrale der K. P. D. lenkte die Arbeiterschaft ab von der Hauptaufgabe: den Kampf weiterzuführen.

In der Zentralstreikleitung erklärten die U. S. P.-Leute am Anfang der zweiten Streikwoche: Zur Intensifizierung des Kampfes wollen wir erst die Verhandlungen der U. S. P.-Zentrale mit den Gewerkschaften abwarten, dann über Meyers Vorschläge entscheiden!

3. Die Darlegungen zu 2) widerlegen bereits die Behauptungen der Zentrale zu 3), daß der Widerspruch der linken U. S. P. das Haupthemmnis für die „rein-sozialistische" Regierung war. Während der rechte Flügel der U. S. P. die Einheit der U. S. P.-Partei retten wollte durch Nachgiebigkeit gegen den linken Flügel, verhinderten unsere Genossen die Spaltung der U. S. P. durch ihren Rat an den linken Flügel, sich der parlamentarisch-demokratischen Auffassung des rechten Flügels zu fügen: sie erwarteten davon, daß der rechte Flügel der U. S. P. sich im Kabinett kompromittieren und dann eine Spaltung in der U. S. P. hervorrufen würde, übersahen dabei aber, daß zunächst der rechte Flügel moralisch-politisch gestärkt und der linke Flügel in Abhängigkeit vom rechten gebracht wurde. Da die „rein-sozialistische" Regierung nicht zustande gekommen ist, bleibt diese Stärkung des rechten Flügels der U. S. P. die einzige Wirkung des Verhaltens obengenannter Genossen. In der Tat ist der linke Flügel der U. S. P. seither sehr schwach, ohne Einfluß und entschiedenen Willen zur Wirksamkeit.

Die Einwände gegen die Loyalitätserklärung enthielten in der Hauptsache folgendes:

1. Der Zeitpunkt für eine „Loyalitätserklärung" war nicht gegeben.

2. Die Erklärung hat nicht das Zustandekommen der rein-sozialistischen Regierung herbeigeführt oder auch nur beschleunigt, sondern höchstens verzögert.

3. Es war nicht Aufgabe der K. P. D., vor Beendigung des Kampfes die Arbeiter abzulenken vom realen Kampfziel (Bewaffnung der Arbeiterschaft, Entwaffnung der Bourgeoisie) und sie durch Hinweis auf den Ueberbau des Kräfteverhältnisses (Regierungsbildung) in der Aktion durch Erwartung einer neuen Regierung zu lähmen.

4. Bei der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland ist es unwahrscheinlich, daß ein Mittelding zwischen Diktatur des Proletariats und Diktatur der Bourgeoisie in Form der rein-sozialistischen Regierung überhaupt gebildet werden und existenzfähig sein kann. Nach den Erfahrungen mit dem Rat der Volksbeauftragten aus der S. P. D. und der U. S. P. im November—Dezember 1918 ist zu erwarten, daß die Bourgeoisie die Bildung einer solchen Regierung sofort mit dem Klassenkrieg auf allen Fronten beantworten wird. Auch die revolutionäre Arbeiterschaft einschließlich eines großen Teils der U. S. P. ist von tiefem Mißtrauen gegen eine Koalition mit der S. P. D. erfüllt. Die in der Loyalitätserklärung erwartete Atempause für friedliche Arbeit der K. P. D. wird also nicht eintreten.

5. Es ist nicht Aufgabe der K. P. D., die anderen Arbeiterparteien zu veranlassen, ihre historisch vergänglichen Aufgaben (Erprobung bürgerlich-demokratisch-parlamentarischer Illusionen) zu erfüllen. Die K. P. D. muß vielmehr auf den über das augenblickliche Stadium hinausgehenden Weg weisen. Die Parolen können zwar Etappenparolen sein, dürfen aber nicht den Prinzipien des Kommunismus widersprechen (etwa rein-sozialistische Regierung gegenüber Rätediktatur. Zulässig sind da-

gegen Parolen wie: Freiheit für revolutionäre Presse; Bewaffnung der Arbeiterschaft; Auflösung aller militärischen Formationen der Bourgeoisie; Friede mit Sowjetrußland und dergl.).

Zentralausschuß und Parteitag haben fast einstimmig die Loyalitätserklärung mißbilligt. Auch in der Zentrale war — bei vollständiger Besetzung — keine Mehrheit für diese Erklärung. Die Frage behält aber aktuelle Bedeutung.

Mit revolutionärem Gruß

Ernst Meyer.

Die Lage in Deutschland.

Der militaristisch-monarchistische Kapp-Lüttwitz-Putsch war die zwangsläufige Entwicklung der bürgerlichen Klassendiktatur unter demokratisch-sozialdemokratischer Firma zur Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft und zur Verhinderung der proletarischen Klassendiktatur und Räteordnung. Nationalversammlung und Koalitionsregierung, Sozialisierungs-Betriebsrätegesetzschwindel haben den Boden für den Putsch geschaffen, das Noskeregiment hat ihm die Stoßtruppen gesammelt und ausgerüstet. Dieses Regiment war der blutige bürgerliche Klassenterror mit demokratischer Maske, der Putsch warf die Maske herunter, brachte die nackte Klassendiktatur des Militarismus. Die Kappleute wollen die bürgerliche Klassendiktatur unter Führung und Bevorrechtung der Junker und der Schwerindustriellen in monarchistischen Formen durch den Militarismus ausgeübt wissen. Die Ebertiner wollen die bürgerliche Klassendiktatur unter Führung und Bevorrechtung der übrigen Industriellen, der Handels- und Finanzkapitalisten in der Form der bürgerlichen Demokratie. Es gab nur eine reale Garantie für die tatsächliche Ueberwindung des monarchistischen Militarismus. Die Zertrümmerung des Bodens, in dem er wurzelt, aus dem er seine Nahrung saugt. Also, das Weitertreiben der proletarischen Revolution, die Bewaffnung der Arbeiter, die Entwaffnung der besitzenden Klassen und damit die radikale Beseitigung des wiedererstandenen und von Noske liebevoll gezüchteten Militarismus. Die bürgerliche mehrheitssozialdemokratische Regierung schreckte davor zurück, diesen Weg zu beschreiten. Sie wußte, daß sie damit das Schwert zerbrechen würde, das die kapitalistische Klassenherrschaft schützt und aufrecht hält, und daß sie gleichzeitig den Todfeind dieser Klassenherrschaft zum vernichtenden Schlage ausrüstete...

Auf dem Boden der politischen Arbeitsgemeinschaft von Ausbeutenden und Ausgebeuteten stehend, den Schutz der bürgerlichen Ordnung und des bürgerlichen Eigentums als ihre Aufgabe betrachtend, kam sie unter der Losung der Demokratie über das gedankenarme tatfeige Fortwursteln nicht hinaus. Wohl erkannte sie, daß das Proletariat allein imstande war, die militaristisch-monarchistischen Putschisten niederzuringen und die sogenannten Errungenschaften der Revolution, die Revolution selbst erfolgreich zu verteidigen. Die Errungenschaften der Revolution waren ihr gleichbedeutend mit ihren Regierungssesseln, mit den Regierungsverwaltungsposten ihrer Parteigänger, ihrer politischen Klienten. Denn mit Belagerungszustand, Schutzhaft, Pressezensur, Standgericht, Reichswehr, Zeitfreiwilligen usw. hatte sie diese Errungenschaften für das Proletariat unter

das Niveau der durchschnittlichen bürgerlichen, demokratischen Freiheit zurückgeworfen. Mit Schließung der Eisenbahnwerkstätten, begönnerter und erzwungener Wiedereinführung der Akkordarbeit, technischer Nothilfe, Betriebsrätegesetz, Kugeln für Streikende etc. hatte sie die kaum gelockerte kapitalistische Front der Arbeiter wieder stärker befestigt.

Nicht für die Revolution, für die Fortdauer ihrer Regierungsherrlichkeit riefen die Ebert und Bauer das Proletariat zum Generalstreik auf, den sie noch gestern als das schwärzeste „Verbrechen" am deutschen Volk verflucht hatten. Jedoch sie schreckten wie der Teufel vor dem Weihwasser davor zurück, das Proletariat zu bewaffnen. Sie täuschten sich nicht darüber, daß der Schutz der Revolution, der Republik durch das bewaffnete Proletariat über das Tagesziel hinausgreifen mußte, die Kapp-Lüttwitze unschädlich zu machen, daß er sich ausweiten müßte zum Kampf gegen den Kapitalismus und die ihn schirmende Koalitionsregierung von der Bourgeoisie Gnaden und der Bourgeoisie Interesse. In der Folge offenbarte sich schon am ersten Tage der Krise, daß die Regierung sich wohl von den streikenden Arbeitern retten, sich aber nicht von bewaffneten, kämpfenden Arbeitern vorwärtstreiben lassen wollte dem Sozialismus, der proletarischen Diktatur entgegen. Ihre Flucht aus Berlin unter der Losung „Kein Blutvergießen im Bürgerkrieg" war von symptomatischer Bedeutung. Dieses Verhalten stand im schroffsten Gegensatz zu der raschen Brutalität, mit der die Ebertiner jede revolutionäre Regung des Proletariats ohne Scheu vor dem Blutvergießen im Bürgerkrieg skrupellos niederkartätschen ließen. Es kündete, daß die Regierung bereit war, sich nach dem Wort „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" mit den militaristischen Putschisten zusammenzufinden, daß die bürgerliche Demokratie, von einem kleinen, einflußlosen Häuflein abgesehen, danach dürstete, sich mit dem wiedererstandenen Militarismus zur Niederhaltung des Proletariats zu verbinden. Es lies helles Streiflicht darauf fallen, daß die Sorge um das reale bürgerliche Eigentum größer war als die um das vielbesungene Gut der bürgerlichen Demokratie, zu dessen Schutz die Koalitionsparteien aufriefen.

So konnte und mußte das Proletariat den Kampf wider die militaristische Gegenrevolution aufnehmen, ohne Illusionen über die Lage, über seine Feinde, den Blick klar und fest gerichtet auf seine eigene geschichtliche Aufgabe, vorwärtsgetrieben von seinen eigenen Klasseninteressen an dem Fortgang der Revolution. Die breitesten proletarischen Massen empfanden, erkannten es: sie mußten in dem Militarismus das Schwert der kapitalistischen Klassenwirtschaft zerbrechen; sie mußten mit der Entwaffnung der Reichswehr, Zeitfreiwilligen, Bürger- und Einwohnerwehren, kurz der besitzenden Klassen, mit der Bewaffnung der Arbeiter die Machtposition erobern, die Schlüssel und Stützpunkt für die Eroberung der politischen Macht ist. Ohne Bewaffnung der Arbeiter keine Verwirklichung der Räteordnung, keine Diktatur des Proletariats, das war die allgemeine Auffassung bei der revolutionären Vorhut des Proletariats, die

an Umfang und Erkenntnis erheblich gewonnen hatte. Und noch eine Erkenntnis trat klar hervor. Nicht die Regierung, nicht die bürgerliche Demokratie wird Entwaffnung und Bewaffnung durchführen. Sie muß das Werk der Proletarier selbst sein. Politische Arbeiterräte und Aktionsausschüsse entstanden als Träger und Organe des revolutionären Kampfes. Mit prachtvollem Ungestüm und bewunderungswürdigem Mut stürzten sich die Arbeiter geradezu überall in den Kampf. Der Generalstreik flutete in breiten Wogen über das Reich. Auch das technische Personal, die kaufmännischen Angestellten und Beamten wurden von ihnen ergriffen. Das Personal der Eisenbahner und Trams, der Post und Telegraphen streikte, gewaltige Landarbeiteraufstände brachen aus. Es ist kein Zweifel, daß manche Teile des Proletariats, daß namentlich die Angestellten und Beamten durch die mehrheitssozialdemokratische und demokratische Parole in Bewegung gesetzt wurden: für die Republik, für die Demokratie, für die Verfassung, gegen die Wiederkehr der Monarchie. Allein ebenso sicher ist es, daß die breitesten Massen der Werktätigen nicht nur um der schönen Augen der bürgerlichen Demokratie willen streikten. Ihre Losungen waren: weder Kapp-Hindenburg noch Bauer-Ebert; weder Lüttwitz noch Noske. Sie waren sich klar darüber, daß nicht die bürgerliche Demokratie und die harmonische politische „Arbeitsgemeinschaft" von Ausbeutern und Ausgebeuteten das Ziel der proletarischen Klassendiktatur, der Räteordnung bleiben mußte. Jedoch sie täuschten sich nicht darüber, daß dieses Ziel noch nicht das konkrete Kampfesobjekt der geschichtlichen Stunde sein konnte. Jetzt ging es um die Stärkung und Befestigung der proletarischen Macht zur Eroberung der Staatsmacht.

Geradezu überall wurde der Streik unter der Losung geführt: Entwaffnung der Bourgeoisie, Bewaffnung der Arbeiterklasse. Dazu traten meist die Forderungen: sofortige Freilassung aller verurteilten oder in Schutzhaft gehaltenen Revolutionäre, sofortige Niederschlagung aller Prozesse gegen revolutionäre Kämpfer, Aufhebung des Belagerungszustandes, der Pressezensur u. a. Ganz gleich, wie die Kampfeslosungen der verschiedenen sozialistischen Parteien und der Gewerkschaftsorganisationen lauteten: proletarische Massen fanden sich zusammen in einer Front, nicht zusammengehalten durch papierne Resolutionen und Formeln der Führer und Instanzen, sondern zusammengeschweißt in Aktion und Kampf durch die im Licht der praktischen Erfahrungen begriffene Klassenlage. Diese bedeutsame Tatsache ist nach außen hin etwas verwischt und verhüllt worden durch die Beteiligung der mehrheitssozialdemokratischen Gefolgschaft am Kampf, durch die Parolen der Gewerkschaftsbürokratie — die sozialpatriotischen Drahtzieher suchten die Bedeutung der revolutionären Einheitsfront des Proletariats geflissentlich zu verwischen und zu verhüllen. Allein trotz alldem ist sie nach innen im Bewußtsein der proletarischen Massen wirksam geworden, von den einen stark empfunden, von den anderen klar erkannt.

Die Mainlinie trat während der Krise scharf hervor. Es war kein

Zufall, daß die Ebertregierung nach Stuttgart flüchtete. Nicht die paar tausend Mann der Reichswehr boten ihr hier militaristische Sicherung gegen den Umsturz von rechts und die noch gefürchtete Bedrohung von links, vielmehr die Sicherheits- und Einwohnerwehren der Studenten, Bourgeoissöhne, Kleinbürger, Bauern, die sich nicht für Geld, wohl aber aus Ueberzeugung für die Demokratie und gegen den „Bolschewismus" schlugen. Mit Händen zu greifen war, was der marxistisch Geschulte stets behauptet hat: in diesem gegebenen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung ist die politische Demokratie Süddeutschlands der Niederschlag der wirtschaftlichen Rückständigkeit und nicht das Ergebnis des politischen Fortschritts. — So erkenntnisklar und tapfer die K.P. in Württemberg im Kampf des Proletariats das Banner vorausgetragen hat, zeigte sich im allgemeinen in Süddeutschland der Einfluß, der auf das Weitertreiben der Revolution ausgeübt wird, dank des Vorhandenseins großer kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten, durch die geringere Entwicklung der Industrie und der Klassengegensätze, durch den Mangel eines Proletariats, das in Massen zusammenhält, das Bewußtsein der Bedeutung seiner Leistungen und seiner Zahl hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die künftigen revolutionären Kämpfe des Proletariats uns im Süden der Mainlinie eine „demokratische Vendée" bescheren, vielleicht sogar mit „Rheinbundtendenzen" — mutatis mutandis — die ihre Spitze gegen das vordrängende Proletariat im industriellen Norden kehren.

Es genügte, daß der Riese Proletariat die Arme kreuzte, und der putschistische Spuk der Kapp-Lüttwitzregierung stob auseinander. Entscheidend dafür war außer der Allgemeinheit des Streiks die besonders mustergültige Wucht und Geschlossenheit, mit der er in Berlin durchgeführt wurde. Aber wenn auch der Kapp und der Lüttwitz rasch zum Teufel gejagt wurden, so bleiben doch die Kapp und die Lüttwitze. Es kam nicht zur Niederwerfung des Militarismus, weil die Bourgeoisie nicht auf ihn verzichten konnte, um sich in der Macht zu behaupten. Es kam nicht zur Entwaffnung der Gegenrevolution des Bürgertums, nicht zur Bewaffnung der Arbeiter. Es sei denn in den Orten, wo die Proletarier selbst sich die Waffen nahmen, die Reichswehr vertrieben, Sicherheits-, Einwohner- und Bürgerwehr wie Zeitfreiwillige entwaffneten. So in Mitteldeutschland, zumal in Thüringen und Teilen von Sachsen und in Rheinland-Westfalen, wo eine zahlreiche moderne Industriearbeiterschaft dicht zusammengedrängt sitzt und das Bewußtsein der Macht hat, das die Massenhaftigkeit verleiht, und wo die Industriearbeiterschaft, durch die Erfahrungen gewitzigt, alle Illusionen über die bürgerliche Demokratie und die Koalitionsregierung verloren hat. Der „Umsturz" vollzog sich dort glatt ohne Blutvergießen, ja ohne „Gewalttätigkeit", wo — wie in Chemnitz und dem Erzgebirge — eine ziel- und wegklare, geschlossene und gut organisierte K. P. die Führung des Proletariats in der Hand hatte. In Thüringen, Leipzig, dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier, endete er nach tapferster Wehr der Arbeiter mit der Herrschaft des weißen Terrors. Das dank dem offenen

oder kaum verschleierten Verrat der Mehrheitssozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie und nicht ohne die Schuld von U. S. P.-Führern, die mit religiöser Treue die Erbfehler der Partei festhielten: in taktischer Unklarheit zwischen Verzicht auf den Kampf, und Putschismus hin- und herzuschwanken, zu verhandeln, wo es zu handeln galt, dem Kampf damit die Spitze abzubrechen und die Energie der Kämpfenden zu lähmen.

Die Krise als Ganzes endete trotzdem mit einem Erfolg der revolutionären Arbeiter. Nach der Regierung Kapp-Lüttwitz floh die Regierung Bauer-Noske in die Wolfsschlucht. Sicherlich: der Erfolg ist mehr als bescheiden, er ist kläglich, eine leere Atrappe. Die regierenden Hampelmänner der herrschenden Bourgeoisie haben gewechselt, das Programm der Regierung, das System der bürgerlichen Klassenherrschaft ist unverändert geblieben. Der Reichskanzler Müller setzt Bauers Geschäft fort, zu Nutz und Freuden der bürgerlichen Ordnung, des ausbeutenden kapitalistischen Eigentums, die Arbeiter zu knebeln, zu betrügen, zusammenschießen zu lassen. Auch ohne Noske ist das Noskowitertum, ist der weiße Schrecken Trumpf. Daß es so kam, ist vor allem das Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie, die unter des Sozialverräters Legien Führung den Arbeitern aufschwätzte, sich mit der platonischen Anerkennung der bekannten schwachen und durch Verhandlungen noch abgeschwächten neuen Forderungen der großen Gewerkschaftsorganisationen zu begnügen, und zum Abbruch des Generalstreiks blies, noch ehe daß er seine volle Auswirkung erreicht hatte. — Der Ausgang ist aber auch die Schuld der U. S. P.-Führerschaft des rechten Flügels, die die Aktion der Partei auf Gedeih und Verderb mit derjenigen der Gewerkschaftbürokratie und Mehrheitssozialdemokratie verbunden hatte, ist aber auch die Schuld der Schwäche der revolutionären Erkenntnis und Energie der links gerichteten Führerschaft der U. S. P., sich gegen die Hilferding und Crispien durchzusetzen. Immerhin: wie die Lüge ein Kompliment des Lasters vor der Tugend ist, so ist auch der Regierungswechsel ein Eingeständnis von der steigenden Macht des Proletariats, ein Zugeständnis an sie. In den plutonischen Tiefen der kapitalistischen Gesellschaft ist eine Verschiebung in dem Kräfteverhältnis der um die Herrschaft ringenden Klassen vor sich gegangen, die bereits leichte Sprünge und Risse in der politischen Kruste zeitigt. „Es bricht noch nicht, jedoch es kracht".

Die Festigung der Staatsmacht der bürgerlichen Demokratie, der Bestand einer neuen Koalitionsregierung sind Augenblickserfolge, mit dem Unterdrücken unter den Militarismus erkauft. Das Auftreten des revolutionären Proletariats hat bürgerliche Demokratie und militaristisch-monarchistische Putschisten brüderlich in der Furcht vor der proletarischen Revolution geeinigt. Die eine reaktionäre Masse gegen die Arbeiterklasse ist Wahrheit und Tat geworden, abgesehen von einer winzigen Minderheit bürgerlicher Demokraten, die die Gefahr von rechts predigen und zum Nachgeben, zum Paktieren mit links zureden, und deren publizistisches Sprachrohr die „Frankfurter Zeitung" ist, abgesehen auch von gewissen

Kreisen der Kleinbauern, Beamten etc., die offensichtlich Neigung haben, zum mindesten mit einem „nationalistischen Bolschewismus“ zu kokettieren. Die Losung der Demokratie ist nicht mehr der Kampf gegen den „Bolschewismus“. Diese Entwicklung der Dinge und ihre gegenrevolutionäre Auswirkung muß für die Herrschaft der bürgerlichen Demokratie tötlich werden. Sie entwurzelt sie, indem sie die letzten Illusionen, die Vertrauensseligkeit der Werktätigen zerstört, den Klassenkampf verschärft und seinem geschichtlich gegebenen Ziel zutreibt.

Am anderen Pol der Gesellschaft hat sich ebenfalls eine gewaltige Konsolidierung vollzogen. Seit den revolutionären Kämpfen von 1919 hat der Prozeß der revolutionären Selbstverständigung und Sammlung des Proletariats ganz außerordentliche Fortschritte gemacht. Die Arbeitermassen sind an revolutionärer Erkenntnis, aber auch an revolutionärem Willen und an Tatkraft und Opferfreudigkeit erheblich gewachsen. Die Taktik und Strategie ihres Kampfes ist klarer, beherrschter geworden, das Augenmaß richtiger für das Verhältnis der ringenden Kräfte, der Blick schärfer für den Unterschied zwischen dem dauernden Kampfesobjekt, für die Notwendigkeit der Solidarität, der Gleichzeitigkeit des Kampfes, des Handelns. Das Proletariat als Ganzes hat aus den Erfahrungen der Revolutionszeit zwar viel, sehr viel gelernt, die Macht der revolutionären Tradition tritt wirksam hervor, die von den Kämpfen des Vorjahres geschaffen worden ist. Seine revolutionäre Vorhut hat an Umfang, Erkenntnis und bestimmenden Einfluß auf die breitesten Massen ganz bedeutend gewonnen. Das ist außer auf den großen fruchtbaren Anschauungsunterricht der Tatsachen wesentlich mit zurückzuführen auf die Agitation und Aktion der K. P., die nicht nur innerhalb der eigenen Reihen gewirkt hat, sondern mindestens ebenso sehr unter den proletarischen Massen, die bisher dem proletarischen Klassenkampf fernstanden, wie unter der Gefolgschaft der U. S. P., namentlich ihres linken Flügels. Das Proletariat geht aus den jüngsten Kämpfen hervor mit einem stark gesteigerten Bewußtsein seiner Macht, mit der klarer gewordenen Erkenntnis, daß es seine Macht in seiner Bewaffnung verankern muß, daß es seiner eigenen revolutionären Kampfesorgane — der Arbeiterräte — bedarf, um seine Bewaffnung durchzuführen. Die im Kampf und für den Kampf entstandenen Arbeiterräte zu erhalten, sie durch Aktionen, nicht durch tote Formeln lebenskräftig, leitungstüchtig zu machen, wird eine der vornehmsten Aufgaben des revolutionären Vortrupps sein. Das gesteigerte revolutionäre Leben dieser geschichtlichen Stunde muß durch sie weitergeleitet und erhöht werden. Der Kampf dieser Stunde wird sich voraussichtlich unter anderen Formen fortsetzen bei den bevorstehenden Wahlen. Diese werden dann nicht vulgäre parlamentarische Wahlen sein in der konventionellen Bedeutung des Wortes, sondern revolutionäre Wahlen.

Es liegt nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß der Reichstag nur gewählt wird, um nach Hause geschickt, auseinander gejagt zu werden...

Inwieweit die Entwicklung der Dinge in Rheinland-Westfalen an der Situation etwas ändert, wagen wir bei der Verworrenheit und Ungenauigkeit der Nachrichten von dort nicht zu prozhezeien. Bis jetzt scheint es, daß dort der Zusammenprall zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich nicht nur in größerem Umfang, mit stärkerer Wucht abspielt, sondern auch mit potenziertem Inhalt. Die neue Koalitionsregierung von Legiens Gnaden und mit der Gewerkschaften Segen enthüllt in ihm ihre ganze, tiefe Unehrlichkeit und Verlegenheit. Die Abkommen von Bielefeld und Münster wurden von ihr nur geschlossen, um gebrochen zu werden. Sie verfolgten den Zweck, den Kampf über die Osterfeiertage zu verschleppen, während deren mit dem Auseinanderlaufen der Massen zu rechnen war, mit der Unmöglichkeit, sie zusammengeballt zu halten. Aber die neue Koalitionsregierung hat auch ihre blindwütige Tappigkeit offenbart, dem Kapitalismus zu dienen. Sie hat den Einmarsch der Franzosen in Frankfurt und Darmstadt provoziert, indem sie ihre weißen Garden zur Niederwerfung der Proletarier in die neutrale Zone einmarschieren ließ. — Wie wird der Kampf enden? Das hängt letzten Endes nicht ab von der größeren oder geringeren Klugheit oder auch Gerissenheit der Regierung von Sozialpatrioten, Zentrümlern und Demokraten. Das hängt nicht einmal ab von den militaristischen Gewaltmitteln, die diese Regierung für die Kapitalmagnaten und die bürgerliche Ordnung einsetzen wird. Darüber entscheiden das Verständnis, die Opferbereitschaft, der Tatwille, womit die Proletarier überall im Deutschen Reich die Sache ihrer heldenhaft und verzweifelt sich wehrenden Brüder in Rheinland-Westfalen zu ihrer eigenen Sache machen. Sie können siegen, eine wichtige Position im Kampf für die Erringung der politischen Macht erobern, wenn sie wollen, wenn sie handeln. Ist das deutsche Proletariat an revolutionärem Erkennen und Wollen so erstarkt, daß es unmittelbar nach den letzten großen Kämpfen eine neue gewaltige Kraftprobe wagt?

Das ist die Schicksalsfrage, die nur das Proletariat selbst beantworten kann.

K. Zetkin.

Die Kommunistische Partei Deutschlands während der Kapptage.

Eine kritische Untersuchung.

I. Die Aktionslosigkeit.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist eine Partei nicht nur der Kritik der bürgerlichen verfaulenden Gesellschaft, nicht nur der Kritik an dem sie unterstützenden sozialpatriotischen Lakaientum, nicht nur der Kritik an der die revolutionären Arbeiter verwirrenden und betörenden U. S. P., nicht nur der Kritik an der K. A. P. D., die die objektiven Schwierigkeiten mit Phrasen überspringen will — sie muß auch die Partei der Selbstkritik sein, einer Kritik, die desto rücksichtsloser, desto schärfer ausfallen muß, je mehr es sich zeigt, daß trotz aller Fehler, die die K. P. D. macht, doch sie allein und nur sie der Zertralpunkt der deutschen Arbeiterbewegung ist. Ebenso weil es in Deutschland keine andere Kristallisationssache gibt als den proletarischen Kern, der sich um die K. P. D. sammelt, ebenso deshalb, weil es in der deutschen Arbeiterbewegung kein anderes geistiges Zentrum gibt, das die Bedürfnisse der Bewegung objektiv studieren könnte, aus dem Studium die praktischen Konsequenzen ziehen könnte, als die K. P. D., eben deshalb muß sie ihre eigenen Fehler und deren Quellen rücksichtslos untersuchen. Die Diskussion, die nach den Kapptagen in der Partei über die gemachten Fehler eingesetzt hat, kann nicht als abgeschlossen gelten, weil der Parteitag sich gegen die Zentrale in der Frage der „loyalen Opposition" ausgesprochen hat. Sie muß weitergeführt werden, damit wir die Quelle der Fehler sehen und sie in der Zukunft vermeiden. Ich habe mich bisher über die Streitfragen nicht geäußert — obwohl ich mich für die politische Linie der K. P. D. mitverantwortlich fühle — da ich bisher nur mangelnde Unterlagen zu einem Urteil hatte. Jetzt, wo mir die bürgerliche, sozialpatriotische, unabhängige und kommunistische Presse dieser Tage vorliegt, wie auch die Aeußerungen der Genossen Levi, der Genossen Braun und Meyer, glaube ich mit meinem Urteil nicht länger zurückhalten zu können. Dieses Urteil beginnt damit, daß die Haltung der Zentrale am Tage des Kapp-Putsches ein Fehler war, der unter keinen Umständen zu entschuldigen ist.

Der Kapp-Putsch bedeutete den Versuch der offenen Wiederherstellung der junkerlich-militärischen Herrschaft. Die Herrschaft der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition hatte dem junkerlichen Offizierskorps große Machtbefugnisse zugeschanzt, sie hat den Putsch ermöglicht. Aber der Putsch selbst bewies, daß der bisherige Zustand, daß die Herr-

schaft der Erzberger und Noske den junkerlichen Elementen nicht genügte. Der Versuch der Etablierung der junkerlichen Reaktion war der Versuch der Zurückschraubung der seit November 1918 stattgefundenen deutschen Entwicklung, die die Regierung in die Hand des Industrie- und Handelskapitals gespielt hat. Da diese Regierung unmöglich ist ohne Unterstützung der Sozialdemokratie, bedeutet ihre Existenz die Abnutzung der Sozialdemokratie, der letzten Stütze, mit deren Aushöhlung die kapitalistische Herrschaft fallen wird. Die Zurückschraubung der deutschen Politik auf die Herrschaft der Junker und der Militärs würde der Sozialdemokratie erlauben, nach allem ihren Verrat sich die Maske der Opposition zuzulegen, sie würde ihr erlauben, von neuem die Massen zu betrügen. Schon diese einfache Einschätzung der Situtation zeigt, daß die Kommunistische Partei die Pflicht hatte, gegen die Kapp-Lüttwitz das Proletariat aufzurufen. Diese Pflicht war desto offensichtlicher, weil der Kampf gegen die Kapp und Lüttwitz, wenn energisch und rücksichtslos geführt, nicht mit der Wiederaufrichtung der Noske und Ebert enden konnte. Er mußte zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses nach links führen, wie der Sieg der Kapp und Lüttwitz zu einer Kräfteverschiebung nach rechts geführt hätte. — Die ganze Schwierigkeit der kommunistischen Taktik im Jahre 1919 bestand eben darin, daß den Arbeitern durch die Herrschaft der Noske und Lüttwitz verdeckt wurde, daß jede Aktion der Kommunistischen Partei nur einen Teil der Arbeiterschaft mobilisierte. In dem Moment, wo die Gewerkschaften, wo die Sozialdemokratie genötigt war, um sich zu retten, die Arbeiter zum Massenstreik aufzufordern, in diesem Moment war es natürlich die Aufgabe der Kommunistischen Partei, sich den Wellen dieses Kampfes anzuvertrauen, um den Kampf zu erweitern, weiterzutreiben, als es die Ebert und Scheidemann wollten. Es waren dies die Wolffheim und Laufenberg, die im Dezember, als das Nahen des militärischen Putsches immer sichtbarer wurde, in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" schrieben, daß sie lächelnd zuschauen werden, wie Ludendorff Scheidemann den Schädel einschlägt und umgekehrt. Ich habe damals in einem Artikel, der von der gesamten kommunistischen Presse abgedruckt wurde, darauf hingewiesen, daß dies nur Tröpfe sagen können. Wir werden zwar nicht für die Noske und Ebert, aber mit voller Wucht gegen die Ludendorff kämpfen; die führenden Genossen der K. P. D. waren damals mit mir einer Meinung. Wie konnte es also kommen, daß die Zentrale, obwohl geschwächt durch die Verhaftung und Abwesenheit ihrer hervorragendsten Genossen, am 13. März nicht nur inaktiv blieb, sondern es noch für notwendig hielt, zu erklären, daß die Zeit zum Kampf noch nicht gekommen sei? In der Broschüre des Genossen Braun*) wird behauptet, daß diese

*) M. J. Braun: Die Lehren des Kapp-Putsches, Leipzig, Frankes Verlag 1920. (Veröffentlicht in Nr. 10 der „Kommunistischen Internationale" unter dem Pseudonym „Spartakus": Der Kapp-Lüttwitz-Putsch).

Haltung beeinflußt wurde durch die Schwäche der Berliner Organisation, die durch die Phraseure der K. A. P. D. zerstört, sich noch nicht stark genug fühlte, in den Kampf einzugreifen. Aber die Berliner Arbeiter stellen doch einen größeren Kreis dar, als die Berliner Organisation der K. P. D., und es ist klar, daß jeder Genosse der Zentrale sich sagen mußte, daß es nicht darauf ankommt, die Berliner Organisation der K. P. D. ins Feuer zu bringen, sondern der Bewegung des Berliner Proletariats das Ziel zu zeigen, die Losung zu geben, die sie treiben würde über die Grenzen der Bewegung, die die Legien stecken wollten. Der Aufruf der Zentrale zeigt, wo die Quelle nicht nur der Aktionslosigkeit, sondern des Auftretens gegen die Aktion selbst seitens der Zentrale liegt. Wir haben im Kampf gegen die Putschisten ein halbes Jahr lang immer wieder darauf hingewiesen, daß momentan, wie die Dinge liegen, die Verhältnisse in Deutschland zur Eroberung der Macht durch das Proletariat nicht reif sind, denn obwohl die objektiven Verhältnisse sich immer mehr zuspitzen, der Kapitalismus immer mehr zerfällt und abwirtschaftet, der revolutionäre Wille in der Mehrheit der Arbeiterklasse zu schwach ist, als daß sie die Macht gegen das glänzend organisierte Kapital erobern und halten könnte. Dieser unser vollkommen berechtigter Standpunkt hatte den Genossen aus der Zentrale vorgeschwebt, als sie ihren Aufruf erließen. Der Antiputschismus hat bei ihnen zum Quietismus geführt, aus der Unmöglichkeit der Eroberung der politischen Macht in Deutschland, die für das Jahr 1919 jetzt schon empirisch festgestellt ist, haben sie im März des Jahres 1920 den Schluß gezogen von der Unmöglichkeit der Aktion überhaupt, einen Schluß, der auch für das vergangene Jahr unrichtig gewesen wäre, der im Moment des Kapp-Putsches nicht nur unrichtig war, sondern objektiv die größte Schädigung der revolutionären Bewegung darstellt. Wenn wir unfähig waren, im Jahre 1919 die Diktatur des Proletariats aufzurichten, so waren wir doch fähig, Aktionen gegen die Diktatur des Kapitals zu führen und im Moment, wo die Etablierung des offenen Junkerregime sogar die sozialdemokratischen Arbeiter in den Kampf führen mußte, war es ein antiputschistischer Kretinismus, der sich in der Stellungnahme der Zentrale geäußert hat. Wenn Braun in seiner Broschüre erklärt, daß der Aufruf zum Kampf am 13. März psychologisch unmöglich war, weil sich die Arbeiter über den Sturz Noskes gefreut haben, so zeigt er sich als unzuverlässiger Beobachter, denn wie war es sonst erklärlich, daß 24 Stunden später in Berlin der Generalstreik ausbrach? Nicht die Massen waren aktionsunfähig, sondern die Genossen aus der Zentrale, die damals in Berlin anwesend waren, wirkten unter einer vollkommen falschen Einstellung gegen den Putschismus. — Daß diese Gefahr des Hinabrutschens vom Antiputschismus auf das Bärenfell des Wartens vorhanden war, war mir klar noch vor meiner Abreise aus Berlin. Ich habe vor dieser Gefahr gewarnt in meinen Briefen an den Wiener Parteitag der österreichischen Kommunisten, als ich sah, wie die Wiener „Rote Fahne“ durch den Kampf gegen die Bettelheimerei sich zu einer anschau-

lichen, sehr geistreichen, ausgezeichnet kritischen Zuschauerrolle in dem sozialen Kampf des Proletariats durchgemausert hatte. Daß in dem leitenden Teil des deutschen Proletariats, in dem Teil, der organisch aufgewachsen ist im Kampf, der Kampf gegen den Putschismus zu solchen Blüten wie der Aufruf der Zentrale vom 13. März führen konnte, habe ich keinen Augenblick angenommen. Nach der Erfahrung der Märztage ist es die Pflicht jener, die gegen den Putschismus gekämpft haben, nicht aus Gegensatz zur proletarischen Aktion, sondern um für die proletarische Aktion den Boden freizumachen, um die störenden Elemente, die revolutionären Phrasen der Putschisten aus der Welt zu schaffen, weil sie nicht erlauben, den Moment der Revolution richtig zu erfassen, diese Genossen haben jetzt die Pflicht, der Kommunistischen Partei zuzurufen, daß wir in keiner Lage unserer Entwicklung eine Propagandapartei sind, sondern daß wir selbst als Minderheit eine Partei der Aktion sind und daß die Aktionslosigkeit zum Verbrechen wird, wo die historischen Ereignisse nicht nur die Vorderreihen des Proletariats, sondern das gesamte Proletariat zum Kampf treiben.

Es ist Zeit, daß die deutschen Kommunisten sich sagen, daß wir jetzt nicht im sechsten und nicht im neunten Monat der deutschen Revolution stehen, sondern daß Deutschland schon anderthalb Jahre sich in der Revolution befindet, daß in diesen anderthalb Jahren der kapitalistische Zerfall kolossale Fortschritte gemacht hat, daß in diesen 1½ Jahren der Zerfall der Entente immer größer wird, daß jetzt, nach den Erfahrungen des Kapp-Putsches, der Masse mit absoluter Klarheit gesagt werden kann, daß die sogenannte Demokratie zur Herrschaft der Generäle führt; zum Schluß zeigt die Art, wie die deutsche gegenrevolutionäre Presse den nahenden Zusammenbruch der polnischen Weißen Garde beurteilt, daß, falls die russische Rote Armee mit dem gegenrevolutionären Polen fertig wird, die deutsche Gegenrevolution zu entscheidenden Schlägen gegen das deutsche Proletariat ausholen wird, um in Deutschland einen neuen Wall gegen die dem Westen sich nahende Weltrevolution aufzuwerfen. Die Konferenz in San Remo, in Hyde, die kommende Konferenz in Spaa zeigen, daß die Entente zum erstenmal nach dem Waffenstillstand auf ein Kompromiß mit der deutschen Gegenrevolution hinzuarbeiten beginnt. Die Quelle dieser neuen Tendenz in der Entente bildet nicht nur die wachsende Einsicht in den bevorstehenden Zusammenbruch des deutschen Kapitalismus, dessen Verhütung die Entente als ihr allgemeines Interesse zu empfinden beginnt, sondern auch die Einsicht, daß, falls der polnische gegenrevolutionäre Wall weggeschwemmt ist, die Entente unter Verzicht auf alle Pläne der vollkommenen Beherrschung Deutschlands versuchen muß, die deutsche Gegenrevolution zu retten, das deutsche Kapital zu retten, um mit seiner Hilfe in Deutschland Wälle gegen die Weltrevolution zu erheben. In dieser Situation ist eine Aktivierung der Politik des deutschen Kommunismus eine Lebensfrage der Internationale.

Die Partei kann nicht jahrelang die antiputschistischen Wahrheiten

wiederkäuen, wo diese Wahrheiten zur Unwahrheit werden, weil die entscheidenden Teile des Proletariats in Deutschland immer revolutionärer werden. Es ist nicht möglich, von hier, von Moskau aus, irgend welche konkreten Weisungen für die Taktik der Kommunistischen Partei Deutschlands zu geben, da wir immer es als die Aufgabe der K. P. D. ansehen, sich selbständig ihre politischen Linien festzulegen. Aber so wie die Exekutive von Moskau aus im allgemeinen es im vorigen Jahr verstanden hat, daß im Recht die in der deutschen Bewegung sind, die gegen die Putschisten kämpfen, so ist es uns allen klar, daß die doktrinäre antiputschistische Propaganda jetzt zu einem Hemmnis der Bewegung wird, daß die Zeit gekommen ist, wo sich die Partei auf die größten Aufgaben vorbereiten muß. Der Fehler vom 13. März darf nicht vertuscht werden, er muß historisch bewertet werden als ein Rückschlag auf die Tendenzen des Jahres 1919. Es ist ein Beweis der Reife der Kommunistischen Partei Deutschlands, daß sie trotz des Mangels an Aktivität, die die Zentrale am 13. März bewiesen hat, im ganzen Lande zur Aktion übergegangen ist und selbständig an der Aktion in der schärfsten Weise teilnahm, und es ist ein Beweis der Reife der Partei, daß sie auf dem Parteitag ganz offen Kritik an dem Fehler der Zentrale geübt hat.

II. Die loyale Opposition.

Nachdem sie mit der eisernen Faust des Massenstreiks in Berlin die Kappbande zum Rücktritt genötigt hatten, standen die Arbeitermassen vor der Tatsache, daß Kapp fort war, die Kappisten aber zurückgeblieben sind. In Berlin und seiner Umgebung standen 10.000 kappistischer Truppen und die sogenannten Regierungstruppen in der Provinz bedeuteten nichts anderes als ebensolche kappistische Weiße Garden. In dieser Situation bestand das einzige Problem, das real zu lösen war, in einem Kampf für ihre Entwaffnung und die Bewaffnung des Proletariats. Alles andere war Mumpitz, alles andere bezog sich auf diese oder jene Kulisse, ließ aber die sozialen Kräfteverhältnisse unverändert. Für die deutsche Arbeiterklasse stand die Frage — kann sie den Kampf in allen Zentren so steigern, daß die erschütterte, aus dem Sattel gehobene Noske- und Ebert-Regierung nicht imstande wäre, eine zentrale Niederwerfungsaktion durchzuführen, und gleichzeitig, daß die bewußten gegenrevolutionären militärischen Elemente, ihrer Führung durch den Abgang der Kappgruppe beraubt, nicht imstande wären, selbständig als zentrale Niederwerfungsmaschine zu wirken. Das war der Rhodus, nichts anderes.

In dieser Situation werfen die Sozialdemokraten mit dem abgefeimtesten Schwindler des Gewerkschaftsbüros, mit Legien an der Spitze den Unabhängigen einen Köder zu. Sie verhandeln mit ihnen über nicht mehr und nicht weniger als über den Bruch der Koalition mit dem Bürgertum und die Einrichtung einer „sozialistischen" Regierung, an der sich die unabhängigen und die abhängigen Helden beteiligen sollen. Daß es sich hier im vornhinein um ein Schiebemanöver handelt, daß Legien zu den am

meisten rechtsstehenden, korruptesten Führern der deutschen Sozialdemokratie gehört, das konnte evtl. während des Kampfes in Berlin außer acht gelassen werden. Was nicht außer acht gelassen werden durfte, inwieweit die Akteure der Revolution sich Rechenschaft über die realen Kräfteverhältnisse gaben, war die Tatsache, daß die Ebert-Regierung keinesfalls in der Lage war, die Koalition zu brechen und ihren Stützpunkt nach links zu verlegen. Als realer Faktor existierte sie nur insoweit, inwieweit sie einen Teil der Reichswehrtruppen zur Verfügung hatte. Diese Reichswehrtruppen sandte sie keinesfalls gegen Kapp: einerseits weil sie ihrer nicht sicher war, anderseits weil sie sie schonen wollte zum evtl. Kampf gegen die Arbeitermassen. Sie konnte sich, wenn auch nur in sehr geringem Maße, auf die Reichswehrtruppen nur stützen, wenn sie mit dem Bürgertum nicht brach, sondern nach Stuttgart flüchtete, als die alte nationale Regierung auftrat. Würde sie mit der Bourgeoisie gebrochen haben, so würde sich sofort der „treu" gebliebene Teil der Reichswehr mit den Kappisten vereinigen. Die Regierung würde ohne irgend welche militärische Hilfe dastehen, vollkommen der Arbeiterschaft ausgeliefert, der Arbeiterschaft, die bisher nicht fähig war, mit den Reichswehrtruppen fertig zu werden. In einer solchen Situation nicht an den weiteren Kampf zu denken, nicht daran zu denken, unter Einsetzung der größten Opfer an die Entwaffnung der Reichswehrtruppen zu treten, sondern in einer solchen Situation sich mit der Bildung von Regierungen zu befassen, das konnten nur entweder bewußte Schwindler wie Legien, oder betrogene Betrüger wie die Crispien und Hilferding.

Leider hat sich an diesem Spiel auch ein Teil der Zentrale der K. P. D. beteiligt, wodurch er bewies, daß ihm, ebenso wie den Unabhängigen, der klare Blick für die tatsächlichen Kräfteverhältnisse fehlte. Wie am 13. März, wo dieser Teil der Zentrale erklärte, daß die Zeit der Aktion noch nicht gekommen ist, so versagte er auch jetzt als vorwärtstreibende Kraft. Die Kommunistische Partei hatte in diesem Moment nur eine Aufgabe: mit voller Wucht dem Proletariat zuzurufen, daß es höchste Zeit ist, mit der größten Kräfteanstrengung sich in den bewaffneten Kampf gegen die Reichswehr zu werfen, denn selten kommt eine solche gleichzeitige Bewegung in Fluß, wie sie in diesen Märztagen durch das Land flutete, die Kräfte der Reichswehr zersplitternd, denn selten tritt die Situation ein, wo das Lager der Gegenrevolution so gespalten und verwirrt dasteht, wie in diesen Tagen. Die Erwägungen über mangelnde subjektive Reife der Massen müssen in solchen Situationen vor der entschiedenen Tat zurücktreten, vor der Anspannung des Willens, der das Proletariat im Kampf zur Reife bringt. Dadurch unterscheidet sich die revolutionäre Epoche von der friedlichen, daß in ihr oft von einem Tag auf den anderen die Erfahrung der Massen sich in sprunghaften politischen Entwicklungsreihen kristallisiert, daß das, was gestern unmöglich schien, auf einmal möglich wird. Wer sich in dieser Situation nur zum Taxator der Geschichte macht, nicht zum vorwärts drängenden Element, der ist Histo-

riker, nicht Politiker. Er kann als Historiker nachher Recht behalten, er fällt beim historischen Examen — und das ist immer das Tatexamen — durch. Der Teil der Zentrale der K. P. D., der in diesen Tagen die Politik der Partei leitete, ist auf diesem historischen Examen durchgefallen, und wie sich immer aus Aktionsunfähigkeit, aus Willensschwäche Illusionen ergeben, so erblühte in dem Sumpf der Unfähigkeit zur Tat die Erklärung vom 21. März, die Erklärung über die loyale Opposition.

Als die Sozialdemokraten an die Unabhängigen mit dem Vorschlag herantraten, über die gemeinsame sozialistische Arbeiterregierung zu verhandeln, gaben die rechten Unabhängigen diesen Druck weiter auf die Linken, indem sie natürlich erklärten, daß sie ohne die linken Unabhängigen in die Regierung nicht eintreten. Die linken Unabhängigen, denen wir innerhalb eines Jahres durch Prügel beigebracht haben, daß eine gemeinsame Regierung mit den Scheidemännern nur die Regierung des Verrats an der Arbeiterklasse sein kann, denen wir durch Prügel beigebracht haben, daß es keine Arbeiterregierung geben kann, die sich nicht auf die Räte der Arbeiterklasse stützt, die nicht eine Räteregierung ist, die linken Unabhängigen wollten nicht zugeben, daß die U. S. P. D. mit der S. P. D. eine Regierung bildet, und machten Schwierigkeiten. So schreibt Gen. Braun in seiner Broschüre über den Kapp-Putsch. Was bedeutet das? Die linken Unabhängigen haben hinter sich Millionen unabhängiger Arbeiter. Wenn sie sich unter dem Druck dieser Arbeitermassen gegen die Illusion von einer Arbeiterregierung ohne Entwaffnung der Weißen Garde, ohne Bildung der Räte wandten, so gab das die Möglichkeit, sie vorwärts zu treiben, sie zu treiben zum Kampf für die Entwaffnung der Weißen Garde, so gab das die Möglichkeit, sie beim Wort zu nehmen, um sie zur Tat zu zwingen und zu entlarven, falls sie versagen würden. Was machte der Teil der Zentrale, der in diesen Tagen die Entscheidung in der Hand hatte? Gen. Braun gibt darüber einen Bericht, der als historische Perle verewigt werden muß. Er schreibt: „Daß die Kommunisten die Regierung nicht übernehmen dürfen, solange sie die Macht nicht erobert haben und sich nicht auf die breitesten Schichten der Arbeiterschaft stützen können, ist klar. Andererseits aber war es nötig, die Rückkehr der Koalitionsregierung unmöglich zu machen. Es war also eine historische Pflicht der U. S. P., die keine Kommunistenpartei ist, die sich in der Praxis nicht zur Diktatur des Proletariats bekennt und in diesem Zustand die politische Unreife des Proletariats zur Ergreifung der politischen Macht repräsentiert, die Konsequenzen zu ziehen und „was sie ist, das wage sie zu scheinen". Die letzten Worte variierend, kann man sagen, daß Gen. Braun und die Gruppe der Genossen, deren Sprachrohr er ist, zu scheinen wagten, was sie sind: Raisonneure und nicht Kämpfer.

Man denke sich, wir stehen anderthalb Jahre im erbitterten Kampf gegen die Unabhängigen; durch den Einfluß der Tatsachen, durch unsere Kritik werden neun Zehntel der Unabhängigen Partei, ihre Arbeiter zu Kämpfern, sie stellen ihren Mann in allen bewaffneten Kämpfen, Arm in

Arm mit den kommunistischen Arbeitern. Ein Teil der Führer der U. S. P. D. entwickelt sich so weit in der Richtung des Kommunismus, daß die Zentrale der K. P. D. prinzipiell mit ihnen über ihren Eintritt in die III. Internationale verhandelt. In einer der günstigsten Situationen der deutschen Revolution zeigten die linken Unabhängigen, daß sie sich in der Tat zur Diktatur des Proletariats bekennen wollen, aber ein Teil der Zentrale ruft ihnen zu: Ihr seid Kommunisten nur zum Schein, in Wahrheit müßt Ihr die Unreife der Massen, nicht ihre wachsende Reife repräsentieren, und Gott behüte Euch, daß Ihr mit Eurem rechten Flügel brecht. Gott behüte Euch, daß Ihr den Eintritt in die Regierung mit den Scheidemännern ablehnt! Eure historische Pflicht ist es, das Proletariat noch einmal zu betrügen. Aus der vorwärtstreibenden Kraft, aus der Kraft, die die Unabhängigen zwingt, zu ihrem Wort zu stehen, hat sich ein Teil der Zentrale durchgemausert zur Kraft, die die Unabhängigen zurückstößt in den Sumpf der Scheidemänner, in den Sumpf des Verrats an der Arbeiterklasse.

Auf die Frage der linken Unabhängigen über die Stellung der Kommunisten zu der Arbeiterregierung, antwortet der Teil der Zentrale, trotz des Widerspruches eines anderen Teils mit der Erklärung vom 21. März, einer Erklärung, die unter der marxistischen Hülle, unter der Maske des Aussprechens dessen, was ist, nicht das aussprach, was damals im allgemeinen war, sondern was der Teil der Zentrale damals darstellte: einen Klub politischer Raisonneure. Die Erklärung wurde kritisiert wegen des Punktes 4, in dem sie anzunehmen scheint, es gebe einen Zustand, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte. Dies mag aber nur ein status calami sein. Nicht hier liegt der zentrale Punkt, der Sündenfall der Erklärung. Der Sündenfall der Erklärung liegt erstens darin, daß die Zentrale nicht offen die Massen warnte, als könnten sie eine neue, eine revolutionäre Regierung bilden, ohne im Kampf Mann gegen Mann, Klasse gegen Klasse die Weißen entwaffnet zu haben. Sie liegt weiter in der Tatsache, daß die Kommunistische Partei einem Phantom einer Arbeiterregierung gegenüber ihre revolutionäre Haltung aufgibt, indem sie erklärt, daß sie dieser Regierung gegenüber eine loyale Opposition treiben wird, wobei sie unter loyaler Opposition keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz bei selbstverständlicher Pflicht der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Losungen unternehmen wird, dies alles unter der Vorbedingung, daß die Arbeiterregierung die Gegenrevolution bekämpft und die Arbeiterschaft in ihrem Kampf nicht stört. Don Quichotte hat der stinkenden Magd, die er im Stall in seinen Umarmungen hielt, seine Gelübde abgelegt unter der Voraussetzung, daß sie eine Königstochter ist, von Schönheit strotzt und alle anderen seelischen und physischen Vorzüge besitzt. Da alle diese Vorbedingungen nicht zutrafen, so bildete sein Gelübde eben eine Aeußerung des Don Quichottismus d. h. des irrationellen Verhältnisses zum Leben. Wenn die Verteidiger dieser Erklärung jetzt sagen, daß sie durch ihre Bedingungen sich die Möglichkeit reservierten, in den schärfsten Kampf

gegen die Arbeiterregierung einzutreten, falls sie ihre Pflicht nicht tun würde, so ist darauf nur zu sagen, daß es nicht die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, sich dümmer zu stellen, als sie ist. Die Kommunistische Partei mußte wissen, daß die sogenannte Arbeiterregierung in der gegebenen Situation das Proletariat verraten würde. Als die Sozialdemokraten mit den Unabhängigen die Techtelmechtel über die Bildung einer Arbeiterregierung begannen, war es die erste Pflicht der Kommunisten, die Proletarier vor diesem Spiel zu warnen. Die zweite Pflicht bestand darin, zu versuchen, den Kampf weiterzutreiben. Erst wenn das nicht gelang und die Bildung einer Arbeiterregierung als reale Möglichkeit bevorstand, hatte die Kommunistische Partei folgendes zu erklären: die Mehrheit der Arbeiter hat sich für die Arbeiterregierung ausgesprochen; diese Arbeiterregierung wird ein Messer ohne Klinge sein, falls sie nicht sogar ein Dolch gegen die Arbeiterklasse sein wird. Voll Mißtrauen zu ihr bleiben wir Gewehr bei Fuß, falls die Sozialdemokraten auf jeden Versuch der Spaltung der Arbeiterräte verzichten, falls sie die von ihnen vollzogene Spaltung der Arbeiterräte rückgängig machen, falls sie die Arbeiterräte als die regierungsbildenden Organe anerkennen. Tun sie das, so werden wir den Kampf gegen sie führen im Lager der Arbeiterräte und wir werden ihnen das Genick nicht früher brechen, bevor wir nicht die Mehrheit in den demokratisch gewählten Arbeiterräten für die kommunistische Politik, für die Diktatur des Proletariats haben. Die Gabe, das Geschenk der Arbeiterregierung konnte die Kommunistische Partei nur mit dem Speer in der Hand, Spitze gegen Spitze nach dem Hildebrandlied empfangen, nicht anders.

Zur Verteidigung der entgegengesetzten, vollkommen illusionären Politik greift Braun auf die Politik der russischen Bolschewiki zurück, wie sie nach dem Kornilowputsch in dem Artikel von Lenin von Ende September 1917 über Kompromisse vertreten war. Braun ist vollkommen im Recht, wenn er sagt, daß ein Teil der Arbeiterklasse auf das sorgfältigste die Erfahrungen des anderen im revolutionären Kampf studieren und in Betracht ziehen muß. Aber die Erfahrung studieren heißt die Bedingungen des Kampfes jeder Arbeiterarmee fest im Auge zu behalten. Man kann nicht Kriegsgeschichte studieren, ohne gute topographische Karten zu haben, ohne die Stellung der feindlichen Heere, ihre Kräfteverhältnisse klar zu sehen. Es gibt kein anderes Studium der Strategie, als das detaillierte Studium der Kampagnen und einzelner Schlachten. Wie war die Lage der menschewistisch-sozialrevolutionären Regierung, der Kerenskiregierung zur Zeit des Kornilowputsches? Große Teile der Armee standen gegen die Konterrevolution. Kornilows Aufstand war zusammengebrochen nicht so sehr an dem Angriff der Arbeiterklasse wie an der Tatsache, daß ihm die Armee nicht folgte. Würden die Menschewiki und die S.-R. sich zum Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie aufgeschwungen haben, so könnten sie sich nicht nur auf die bewaffnete Arbeiterklasse stützen, sondern auch auf große Teile der revolutionären Armee. Das ist der erste Unterschied,

denn während die Scheidemänner in der Hand der Reichswehr sind, hatten die Menschewiki und die S.-R. die Möglichkeit, sich auf starke bewaffnete Kräfte gegen die Koalition zu stützen. Sie hatten also theoretisch die Möglichkeit der Aenderung ihrer Politik. Zweitens, während der Kornilowtage bewaffnete sich die Arbeiterschaft, neues Blut floß in den Adern der Arbeiterräte, sie wurden zum entscheidenden Machtfaktor, und indem die Bolschewiki die Menschewiki und S.-R. aufforderten, den Bruch mit der Bourgeoisie zu vollziehen, forderten sie sie auf, eine Räteregierung zu werden. Braun zitiert doch selbst folgende Stelle aus der Broschüre Trotzkis „Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag": „Nach allen vorausgegangenen Erfahrungen der Koalition hatte es den Anschein, als ob nur ein einziger Ausweg möglich wäre, ein Bruch mit den Kadetten und Schaffung einer Sowjetregierung. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Sowjets war damals derart, daß die Sowjetregierung in Parteihinsicht sich unmittelbar in den Händen der S.-R. und der Menschewiki befunden hätte". Die Bolschewiki schlugen also, indem sie die Losung erhoben „Alle Macht den Sowjets" den Menschewiki vor: erstens, den Bruch mit der Bourgeoisie, zweitens, die Etablierung einer Räteregierung. Sie führten also eine Politik, welche nicht nur nicht im Widerspruch zu ihrem Programm stand, sondern ausdrücklich ihrem Programm entsprach, die Politik der Bildung einer Sowjetregierung auf Grund des Kräfteverhältnisses in den Sowjets. Der berühmte Artikel Lenins über die Kompromisse bewegt sich vollkommen in demselben Geleise. Die Verfasser der Erklärung über die loyale Opposition wollten dagegen keine Sowjetregierung, sondern eine Wiederholung der Scheidemännisch-Haaseschen Arbeiterregierung und das in einer Lage, wo diese Arbeiterregierung vollkommen in der Luft hängen würde. Die Berufung auf die realistische Politik der Bolschewiki zur Verteidigung der illusionistischen Politik unterstreicht nur, wie sehr ein Teil der Genossen aus der Zentrale sich als Nachahmer und nicht als selbständige politische Kämpfer erwiesen haben. Natürlich ist Braun tausendmal im Recht, wenn er eine prinzipielle Kritik, die ein Uebergangsstadium prinzipiell ablehnt, für nicht marxistisch erklärt. Würden die Unabhängigen und die Scheidemänner eine Regierung bilden, die den Kampf gegen die Konterrevolution aufnehmen würde, so müssten wir diese Regierung unterstützen, um sie weiterzutreiben. Wer das ablehnt, der stellt irreale Prinzipien auf, aber die taktische Geschmeidigkeit besteht nicht darin, daß man nach den Schatten die Arme ausbreitet, sie besteht darin, daß man harte Tatsachen revolutionär ausnutzt.

Worin besteht die Quelle der Fehler des Teils der Zentrale, der nach dem Phantom der Arbeiterregierung seine Arme ausstreckte und die Unabhängigen an ihre gegenrevolutionären Pflichten mahnte, statt sie an ihre revolutionären Pflichten zu mahnen? Die Erklärung vom 21. März ist ein Kind der Erklärung vom 13. März. Es ist eine strategische Erfahrungstatsache, daß die am Anfang einer Kampagne gemachten Fehler sich schwer in ihrem Verlauf korrigieren lassen. Diese Erfahrungstatsache

wiegt in der Klassenkampfstrategie desto schwerer, als solche Fehler kein Resultat eines gewöhnlichen Rechenfehlers sind, sondern gewöhnlich ihre Quelle in einer allgemeinen Richtung haben. Was wir am Anfang, im ersten Teil unseres Artikels sagten, daß ein Teil der Zentrale im März 1920 die taktische Aufgabe des Kommunismus mit den Augen des Märzes 1919 sah, daß sie den Putschismus fürchtete, wo sie inmitten einer massenhaften revolutionären Aktion stand, das ist die Quelle des Fehlers. Die Revolution kann ganz gewiß nicht schneller marschieren, als sie marschieren kann. Wer aber in jedem Stadium des Kampfes statt zu versuchen, die Geschichte zum Schnelltrab zu treiben, sie daran erinnert, sie müsse langsam marschieren, der wird aus einem Faktor, der die Situation umgestaltet, zu einem Faktor, der sich an mitverpfuschte Situationen nur anpaßt. Ein Teil der Zentrale war Anfang März 1920 überzeugt von der Kampfunfähigkeit der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse strafte sie Lügen, die Kommunistische Partei im ganzen Reich strafte sie Lügen. Die Zentrale, dazu getrieben von ihren weitsichtigsten Elementen, trat in den Kampf ein. Sie predigte nicht mehr den Abbruch des Generalstreiks, aber das Lied von der Kampfunfähigkeit der Arbeiterklasse blieb ihr in der Kehle stecken, und als die Unabhängigen die Techtelmechtel mit den Sozialdemokraten begannen, atmete sie auf; sie hatte sozusagen die Oase erreicht, wo sie in ihrem Unglauben an die Aktionsfähigkeit der Massen ausruhen konnte auf dem Boden der „loyalen Opposition" dem Phantom einer Arbeiterregierung gegenüber. Die Stelle des parlamentarischen Kretinismus ersetzte der Regierungskretinismus. Die Zentrale untersuchte gar nicht, ob man den Kampf weiter treiben kann, untersuchte gar nicht, ob eine sogenannte Arbeiterregierung ohne vorhergehenden Kampf gegen die Weißen Garden überhaupt möglich ist. Die Arbeiterregierung war für sie wie für Kapp der Einzug Legiens und Crispiens in die Wilhelmstraße. Dann sollte die Arbeiterklasse bewaffnet werden. In den drei Punkten der Erklärung vom 21. März weist die Zentrale darauf hin, daß der Arbeiterklasse keine ausreichende militärische Macht zur Verfügung stehe. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Waffen und Waffenlager in den Händen der Gegenrevolutionäre, in den Händen der Weißen Garden sich befanden. Wie konnte diese Tatsache geändert werden in der revolutionären Realität? Daß die waffenlosen oder schlecht bewaffneten Arbeiter sich in den Kampf stürzten, daß sie durch die Breite ihres Angriffs im ganzen Reich die Weißen Garden zersplitterten und überwältigten. Das wäre die reale Möglichkeit. An ihre Stelle setzte die Zentrale die Hoffnung auf eine Regierung, die durch einen Befehl, eine Verordnung die Weißen Garden entwaffnet. Die Wilhelmstraße als Mont Salvatsch — das war der Ausdruck der revolutionären Einsicht des Teils der Zentrale. Dieser Mont Salvatsch hat sich in Nebel aufgelöst; nachdem es Legien gelungen ist, durch die Verhandlungen mit den Unabhängigen die Arbeitermassen zu verwirren und aufzuhalten, kehrten die Sozialdemokraten zu ihrer ersten Liebe, zur

Koalition mit der Bourgeoisie zurück, und sie ernteten ihre Früchte in dem Wahlzusammenbruch.

III. Gegen die Gefahr des kommunistischen Possibilismus.

Die kommunistische Arbeiterschaft hat auf ihrem Kongreß sich entschieden gegen die Irrungen und Wirrungen ihrer Führer gewandt. Die Episode der „loyalen Opposition" ist vorüber, aber es wäre ein großer Fehler, sie mit dem Mantel der Bruderliebe als einen vorübergehenden Rechenfehler zuzudecken, sie möglichst schnell vergessen zu wollen. Daß dieser Fehler in der Partei, die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründet worden ist, möglich war, das beweist, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich in einer gewissen geistigen Gefahrzone befindet. Es beweist, daß der Kampf gegen den Putschismus in der Partei eine possibilistische Strömung hinterlassen hat, die, falls sie nicht geistig endgültig liquidiert wird, nur die halbanarchistische Strömung, die in der Kommunistischen Arbeiterpartei ihren Ausdruck findet, stärken würde. Die possibilistische Gefahr muß liquidiert werden, indem die Partei sich bewußt wird, daß die Klassengegensätze sich immer mehr verschärfen, daß der Ausgang der Wahlen eine vollkommene politische Unsicherheit in Deutschland schafft, daß die Weltlage sich zuspitzt, daß der Kampf Sowjetrußlands mit Polen neue Perspektiven eröffnet, daß es aus diesem Grunde die Pflicht der Partei ist, immer mehr an ihre Aktions- und nicht an ihre Bremsfunktionen zu denken. Wir wollen damit nicht sagen, daß die Möglichkeit von Etappen auf dem Wege zur Räterepublik in Deutschland nunmehr ausgeschlossen sei, obwohl wir ebenso offen sagen, daß wir diese Etappen für sehr wenig wahrscheinlich halten. Wir halten sie für wenig wahrscheinlich, weil die deutsche Sozialdemokratie keinen irgend wie in Betracht kommenden linken Flügel hat, der, wenn auch nur in demokratischer Form, den Kampf gegen die Bourgeoisie aufzunehmen gewillt wäre. Wir halten sie für sehr wenig wahrscheinlich, weil, falls die Arbeiter in den bewaffneten Kampf gegen die Weißen Garden treten werden, sie auch sehr schnell ihre demokratischen Illusionen verlieren werden. Aber, wie gesagt, die Politik enthält Möglichkeiten, die, selbst wenn sie nicht vollkommen wahrscheinlich sind, in Rechnung gesetzt werden müssen. Sollte es uns gelingen, bei der nächsten revolutionären Kräftemessung die Arbeiterschaft zum Kampf für die Räterepublik zu treiben, sollte uns ein Uebergangsstadium von der Geschichte aufgezwungen sein in der Form einer unabhängig-sozialdemokratischen Regierung, so werden wir uns ganz gewiß nicht mit ungenügenden Kräften in den Kampf werfen, so werden wir ganz gewiß nicht auf die Ausnutzung der etwas breiteren Bewegungsfreiheit, die uns eine solche Regierung geben müßte, verzichten. Aber wir müssen dieser Regierung, dieser Möglichkeit als Opposition entgegentreten, als Opposition, die nur eine Loyalität kennt, die Loyalität dem Programm des

Kommunismus gegenüber die Loyalität der Methode, die besagt „suche nicht zu ernten, wo Du nicht genügend gesät hast" — aber nicht eine Loyalität den Sozialdemokraten und Unabhängigen gegenüber, wenn sie eine sogenannte sozialistische Arbeiterregierung bilden, es tun, um die Arbeiterklasse in ihrem Marsch aufzuhalten, um sie zu verraten. Die Lehren der Märztage sind sehr wichtig, nicht nur, indem sie Gefahren in der Kommunistischen Partei Deutschlands signalisieren, sondern indem sie auf ein Problem hinweisen, vor dem wahrscheinlich die Kommunisten in allen Ländern vorübergehend stehen werden, wo sich die Kommunistische Partei erst bildet, wo sie mit Uebergangselementen im Lager der Arbeiterklasse zu tun hat, die sich mit den Opportunisten in gewissen Situationen kombinieren werden. In seiner Broschüre „Ueber die Kinderkrankheiten des Kommunismus" predigt der erfahrene Steuermann der Weltrevolution, Lenin, eine so weitgehende Elastizität, eine so weitgehende Rechnungstragung der allmählichen Entwicklung der Arbeiterklasse, daß er sogar für einen Wahlblock mit Henderson & Co. in England sich ausspricht, solange die Arbeitermassen in ihrer Mehrheit für sie sind. Aber er sagt den Kommunisten: falls Ihr, durch die Situation genötigt, Henderson wählen müßt, um die bürgerliche Koalition zu schlagen, so tut es, aber sagt dabei offen den Arbeitern: Henderson ist ein Verräter, Henderson wird Euch verraten, wir unterstützen ihn, damit Ihr die Möglichkeit bekommt, den Glauben an ihn zu verlieren. Wir folgen ihm als seine Erben. Da ist von loyaler Opposition keine Rede. Hier liegt der Schwerpunkt auf der Entlarvung, hier liegt der Schwerpunkt auf der Bereitschaft, die Abfallsprodukte der Geschichte auf ihren Misthaufen zu werfen. Das ist revolutionäre Realpolitik.

Die kommunistische Politik ist bedroht durch zwei Gefahren. Eine Gefahr besteht darin, daß sie durch Trompetenstöße, die außerhalb der in Aktion begriffenen Arbeitermassen in die Welt hinausgedonnert werden, diese Aktion selbst zu ersetzen suchen konnte. Die zweite Gefahr besteht darin, daß die Kommunistische Partei in ihrem Bestreben, sich mit der Masse in der Aktion zu vereinigen, ihr eigenes Gesicht, ihre eigenen Losungen verlieren konnte. Die Kommunistische Internationale muß gegen die erste wie gegen die zweite Gefahr kämpfen. Wir können keine kommunistische Politik treiben ohne Zusammenhang mit den sich langsam entwickelnden Massen, und wir können keine kommunistische Politik treiben, indem wir uns auf das Niveau dieser in Entwicklung begriffenen Massen hinunterlassen. Die Lösung bildet die eigene kommunistische Politik in der Aktion der Massen, die sie vorwärts treibt, durch ihre Entscheidung, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen, um die Eroberung der Gewerkschaften zu kämpfen. Die K. P. D. ist der ersten Gefahr entgangen. In den Märztagen zeigte sie, daß sie gegen die zweite nicht gefeit ist, und diese zweite Gefahr wird die Kommunistischen Parteien in allen Ländern bedrohen, da sie in allen Ländern Zentrumselemente aufnehmen, da in allen Ländern der langsame Gang der Entwicklung sie nötigt, die am

meisten, am schnellsten vorwärtstreibenden Elemente zurückzuhalten, mit dem gegebenen Tempo der Entwicklung zu rechnen. Da droht die Gefahr, daß diese Rechnungstragung so weit geht, daß die Kommunistische Partei aufhört, ein vorwärtstreibendes Element zu werden, daß wir unter der Flagge des Kommunismus Zentrumsparteien kriegen. Die Haltung der kommunistischen Parteimitgliederschaft in Deutschland gegen den Fehler eines Teils der Zentrale erlaubt nicht zu behaupten, daß diese Gefahr in der Deutschen Kommunistischen Partei dauernd, geschweige denn, daß sie groß ist. Sie kann größer in der italienischen Partei sein, in der französischen kommunistischen Bewegung, und darum soll die Kommunistische Partei Deutschlands, soll die Kommunistische Internationale durch Ausschöpfung der Lehren der Märztage diese Gefahr ins Auge fassen und den kommunistischen Parteien zurufen: ob wir schneller oder langsamer siegen können, das hängt nicht nur von anderen Kräften der Geschichte ab, sondern auch von unserer Kraft, von unserem Willen zum Siege, von unserer Energie. Stellt die anderen Kräfte im Parallelogramm der Geschichte in Eure Rechnung, aber in erster Linie erhöht Euren Druck, Eure Energie, da wird sich dieses Parallelogramm zu unseren Gunsten schneller ändern, als wenn wir im vorhinein die Diagonale des Parallelogramms sein wollen. Diese Diagonale wird die allgemeine Aktion der Masse sein, wir aber sind von der Geschichte berufen, die treibende Kraft der Revolution zu sein.

Karl Radek.

Die sozialistische Bewegung in Italien.

(Bericht an das Exekutivkomitee der Kommunistische Internationale).

Mein Bericht über die sozialistische Bewegung in Italien wird sehr kurz sein. Das Verhalten unserer Partei zum Krieg vom ersten Augenblick seines Ausbruchs an ist hinlänglich bekannt. Dank der Erfahrung des Tripoliskrieges wurde die Partei vom Weltkrieg nicht unvorbereitet überrascht und konnte gegen ihn eine ebenso unversöhnliche Klassenstellung einnehmen wie seinerzeit gegen den lybischen Krieg. Von den ersten Tagen an wiesen wir die Massen auf den imperialistischen Charakter des Krieges hin und kämpften entsprechend den Beschlüssen des Baseler Kongresses gegen den Krieg an. Kein einziges Mitglied unserer Parlamentsfraktion hat für die Kriegskredite gestimmt, keine einzige Sektion der Partei — und sie zählt im ganzen 2500 Sektionen — hat auch nur einen Augenblick lang in ihrem ablehnenden und feindseligen Verhalten gegen den Krieg geschwankt. Die wenigen Parteimitglieder, die in dieser Frage Haltlosigkeit zeigten, wurden aus der Partei ausgeschlossen, und das einzige Mitglied der Parlamentsfraktion, das als Freiwilliger an die Front abging, wurde genötigt, die Reihen der Partei unverzüglich zu verlassen.

Neben dem Kampf gegen den Krieg, den wir in Italien selbst führten, unternahmen wir eine Reihe von Versuchen zur Wiederherstellung der proletarischen Internationale. Zusammen mit den Schweizer Sozialisten beriefen wir die erste internationale Konferenz in Lugano ein (Oktober 1914), auf der wir dem Kriege den Krieg erklärten und die Einberufung des Büros der Internationale forderten. Später haben wir zusammen mit den russischen Genossen die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal einberufen und die auf diesen Konferenzen gefaßten Beschlüsse in Italien durchgeführt.

Wir waren gegen jegliche Zusammenarbeit der Klassen und hielten daran sogar nach der Niederlage von Caparetto fest. Unser Zentralorgan „Avanti", das den revolutionären unversöhnlichen Klassenstandpunkt durchführte, wurde nicht ein einziges Mal in seiner Haltung schwankend, obgleich seine Auflagenhöhe von 46.000 Exemplaren (vor dem Krieg) auf 16.000 sank und seine Verbreitung in 22 Provinzen verboten wurde. Die Bourgeoisie versuchte mehrmals das Blatt zu vernichten. Am 6. Mai 1919 brach eine Anzahl von Nationalisten in die Redaktion des „Avanti" ein, zerstörte die Räume und zerschlug die Maschinen. Die Arbeiter antworteten darauf damit, daß sie im Lauf von 6 Monaten unter sich 1½ Millionen Lire sammelten. Jetzt hat die Auflagenhöhe des Blattes 400.000 erreicht

und sie ließe sich noch weiter steigern, wenn nicht der Mangel an Papier und Maschinen wäre.

Mit Abschluß des Waffenstillstandes verschärfte und verwickelte sich die Lage in Italien. Alle Fraktionen der Bourgeoisie erkannten an, daß der Krieg mit dem allgemeinen Bankrott und der vollen Verleugnung der Prinzipien geendet hat, um deretwillen er nach den Worten seiner Anhänger unternommen worden war. Was die Massen anbelangt, so wuchs ihre Gereiztheit und Unzufriedenheit mit jedem Tage, wobei sowohl die Gründe als auch die Ausdrucksformen dieser Unzufriedenheit nicht wirtschaftlicher sondern sozialistischer Art waren, was sich am deutlichsten in ihrer ständigen Losung äußerte: „Wir wollen nicht für die Besitzer arbeiten".

Die durch diese Stimmung der Massen stark beunruhigte Bourgeoisie suchte sie auf jede Weise zu beschwichtigen. So wurde z. B. die weitgehendste Amnestie in Italien erklärt, in diesen Tagen wird im Parlament das Gesetz über den Achtstundentag zur Annahme gelangen. Die wirtschaftliche Lage nicht nur der mittleren und Kleinbauernschaft sondern auch der Ackerknechte und Arbeiter wurde verbessert. Die italienische Arbeiterkonföderation hat durch statistische Daten festgestellt, daß in keinem anderen Lande der Arbeitslohn im Vergleich zur Lebensteuerung so hoch gestiegen ist wie in Italien.

Nichtsdestoweniger wird das Land von einer Welle ununterbrochener Streiks überflutet, die eher einen politischen als wirtschaftlichen Charakter tragen. Einige von ihnen, z. B. der Streik zum Ausdruck der Solidarität mit Rußland am 21. Juli 1919, legten das ganze Leben des Landes lahm. Es streikten alle Arbeiter und Bauern, mit Einschluß auch der Arbeiter der Staatsinstitutionen; die Eisenbahner beschlossen im letzten Augenblick, am Streik nicht teilzunehmen, da die italienische Regierung, die von der französischen Regierung die Nachricht erhalten hatte, daß die französischen Arbeiter nicht streiken würden, dieses Telegramm in Rom ankleben ließ, mit dem Vermerk, die französischen Arbeiter hätten den italienischen die Treue gebrochen. Nach der Beendigung des Streiks hat die Bourgeoisie, die unter den Arbeitern Mißtrauen gegen die sozialistische Partei säen wollte, uns vorgeworfen, daß wir nicht die „Revolution" gemacht hätten. Wir aber hatten ein ganz bestimmtes Ziel im Auge gehabt. Durch diesen Streik wollten wir unsere volle und unbedingte Solidarität mit Rußland kundtun, nicht aber die Revolution zu einem Zeitpunkt hervorrufen, der der Bourgeoisie genehm war.

Noch vor dem 21. Juli jedoch, als wir mit Gen. D'Aragona nach Paris reisten, um uns mit der französischen Confédération Generale du Travail über den Generalstreik vom 21. Juli zu verständigen, brach in Italien eine Streikbewegung aus, wobei die Menge die Läden demolierte und Sowjets und Betriebsräte organisierte. In Italien ist jetzt ein ganzes Netz solcher Betriebsräte organisiert worden, und die Frage ihrer technischen und juristischen Struktur wird in der ganzen Presse aufs lebhafteste erörtert. Im Laufe der letz-

ten Zeit sind einige Betriebe — Metallfabriken und Webereien — requiriert worden, und einer dieser Betriebe verblieb zwei Wochen lang in der alleinigen Verwaltung der Arbeiter, bis die Kapitalisten schließlich nachgaben und die Forderungen befriedigten, die den Streik und die Requirierung der Fabrik hervorgerufen hatten.

Was das Verhalten zur russischen Revolution anbelangt, so sind die italienischen Massen vom ganzen Herzen auf ihrer Seite. Die russische Revolution, ihre Führer und Vertreter, insbesondere Genosse Lenin, genießen bei den Massen eine ungeheure Popularität. Die Revolutionsbewegung reift überall heran, entwickelt sich rasch in die Breite und Tiefe. Wir wenden alle Anstrengungen auf, um sie unbesiegbar zu machen, ihr den Boden zu bereiten und ihren Erfolg sicherzustellen.

Die Gewerkschaftsbewegung wächst sehr rasch. Die Arbeitskonföderation zählt 2 Millionen Mitglieder, von denen 800.000 Bauern sind. Die Konsumgenossenschaften wachsen ebenfalls und geben einen Teil ihrer Einnahmen an die Mitglieder ab; ihr Geldumsatz beläuft sich auf viele Millionen.

Die Mitgliederzahl der Partei ist seit Kriegsschluß von 42.000 auf 165.000 gestiegen; hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß in die Partei kein einziger von denen aufgenommen wird, die für den Krieg oder für die Zusammenarbeit der Klassen waren. In 350 Städten liegt die ganze Verwaltung in den Händen der Sozialisten, z. B. in Mailand, Alexandria, Navara, und bei den bevorstehenden Wahlen wird die Zahl der Städte mit sozialistischer Verwaltung vielfach steigen.

Der Novemberkongreß in Bologna war von gewaltiger Bedeutung. Auf ihm wurde das Programm der im Jahre 1892 begründeten Partei überprüft und ergänzt. Seit dieser Zeit hat sich die sozialpolitische Lage in Italien radikal geändert. Damals handelte es sich um die Abtrennung von den Opportunisten und um den Eintritt in die Periode des parlamentarischen Kampfes. Jetzt aber geht es darum, durch die Diktatur des Proletariats zur kommunistischen Ordnung zu gelangen. Auf dem Kongreß in Bologna hat die Richtung, die dies anerkennt, die Oberhand behalten (49.000 Stimmen). Gegen sie trat die Strömung Lazzari-Turati auf, die sich unter der Losung des „unitären Maximalismus" (massimalismo unitario) vereinigt hat, für die sogenannte demokratische Revolution eintritt und die Gewalt verwirft. Lazzari hat sich von den Kommunisten getrennt, weil sie die Unvermeidlichkeit der Gewalt und die Notwendigkeit der Vorbereitung dazu anerkennen. Die erste Strömung — die Strömung Bordhigo — erhielt eine Mehrheit von 3000 Stimmen in zwei Fragen: 1. über den Boykott des Parlaments, 2. über den Ausschluß von Turati, Modigliani und anderen aus der Partei. Was den Eintritt in die III. Internationale anbelangt, so wurde der Beschluß hierüber vom ganzen Kongreß einmütig gefaßt.

Der Wahlkampf in ganz Italien hat einen reinen Klassencharakter getragen, seine Losungen lauteten: Kampf gegen alle bürgerlichen Frak-

tionen, für Sowjetrußland, für die Revolution. Ins Parlament gewählt wurden 158 Mitglieder der Sozialistischen Partei.

Dieses scharfe Entwicklungstempo hat auch seine negativen Seiten gehabt: die Kandidaten wurden von den örtlichen Organisationen aufgestellt, das Zentralkomitee der Partei hat nicht die Möglichkeit gehabt, sie genügend durchzukontrollieren, und es ist daher sehr möglich, daß einige von den neuen Abgeordneten sich nur aus opportunistischen Gründen als extreme Linke ausgegeben haben, da die Massen sie sonst nicht ins Parlament gewählt hätten. Der erste Schritt der neugewählten Fraktion bestand in der Ausarbeitung einer Reihe von Gesetzesvorlagen, deren Durchführung bei der kapitalistischen Ordnung unmöglich ist und die den Zweck haben, den Massen die Unvereinbarkeit der Interessen des Proletariats mit dem Bestehen der alten Ordnung nachzuweisen. Einigen sozialistischen Abgeordneten wurde die Ausarbeitung eines Programms für die Sozialisierung des Landes und andere Maßnahmen übertragen, die den Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft radikal widersprechen.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik hat die Partei nicht nur die Aufhebung der Blockade verlangt, nicht nur die Intervention bekämpft, sondern von den ersten Tagen an auf der Anerkennung Sowjetrußlands bestanden. Die Ergebnisse ihres Druckes haben sich in der Veränderung der Stellungnahme der imperialistischen Regierungen nicht nur in Italien, sondern in allen Ententeländern gezeigt*). Das neue Kabinett Giolitti ist ein Versuch, einen wenn auch nur zeitweiligen Waffenstillstand mit der Arbeiterklasse herzustellen. Dieser Versuch wird keinen Erfolg haben, da sogar die rechtsstehenden Elemente auf eine Annäherung an die Regierung nicht eingehen werden. Die Partei wird das niemals zulassen. Die Folgen werden wahrscheinlich Neuwahlen sein, die zu einem neuen Erfolg unserer Partei führen werden, welche unaufhaltsam der Verwirklichung ihres Endziels entgegengeht. Die Hauptschwierigkeit bei uns ist der Mangel an Genossen mit mehr ausgeprägter Großzügigkeit und genügender revolutionärer Erfahrung, sowie das Fehlen einer Organisation im Heer, in das wir nur langsam eindringen. Aber auch auf diesem Gebiet haben wir neuerdings angefangen, energischer unter den Soldaten und Offizieren zu arbeiten. Kürzlich haben sich auf unsere Einladung hin über 500 ehemalige Offiziere, die Sozialisten sind, versammelt usw.

Sehr großen Nutzen hat uns der Brief des Gen. Lenin gebracht, der sich unseren Verhältnissen als sehr entsprechend erwies, so daß viele vermuteten, er sei nicht von Lenin, sondern von uns italienischen Sozialisten geschrieben worden. Die Fingerzeige in diesem Brief entsprechen sowohl unseren Verhältnissen, als auch dem von der Partei vorgezeichneten Pro-

*) Die Partei bekämpfte und bekämpft in energischster Weise auch das weißgardistische Regime in Ungarn. Davon zeugen: Protestversammlungen von ungeheurem Umfang, Reden im Parlament und die Absendung von Parteivertretern nach Ungarn. Das Ergebnis war, daß den ungarischen Kommunisten das Aufenthaltsrecht in Italien gewährt wurde.

gramm. Der Hinweis auf die Notwendigkeit des parlamentarischen Kampfes war um so zweckmäßiger, als die opportunistische Bewegung in Italien verhältnismäßig eng ist und eine Tageszeitung mit 45 000 Exemplaren Auflagehöhe hat. Die Syndikalisten — Unione Sindicale — haben die Massen nicht hinter sich, besonders jetzt, nach dem Krieg, in dessen Verlauf ein Teil der Syndikalisten auf die Seite der Imperialisten überging.

Unsere Partei aber geht unverrückbar und bewußt auf das vorgesteckte Ziel los — durch die Diktatur des Proletariats zur sozialistischen Revolution. Nach diesem Ziel streben wir unaufhaltsam, unwiderruflich, folgerichtig, vor nichts zurückschreckend. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale muß unserer Partei Vertrauen entgegenbringen, unserer Partei, die freiwillig denselben Weg mit ihr gegangen ist — über Zimmerwald und Kiental zur III. Internationale, der gegenüber wir unsere Pflicht gewissenhaft erfüllt haben.

Serrati.

Kreml, den 19. Juni 1920.

Die Opposition der Reformisten gegen die kommunistische Revolution in Italien.

Zur Erklärung der Schlußfolgerungen, die von mir gezogen werden, bedarf es einiger geschichtlicher Erläuterungen über die Entstehung und Entwicklung der Italienischen Sozialistischen Partei. Ich will versuchen zu zeigen, daß die Italienische Sozialistische Partei eine kommunistische Revolution nicht durchzuführen vermag infolge der Kriterien, von denen sie sich jetzt leiten läßt, und der Elemente, aus denen sie jetzt gebildet wird.

Das sozialistische Italien zerfiel bis in die letzte Zeit in drei Strömungen. Als Vertreter der ersten gelten Andrea Costa, Caflero und Malatesta; das sind Anhänger der Bakuninschen Ideologie, die den Aufruf zur Empörung in den Vordergrund rücken. Konstantin Lazzari vertritt die zweite Strömung: er hat keine Arbeiterpartei mit klarem Programm des Klassenkampfes und offener Opposition gegen die Demokratie (Cavallotti) geschaffen. Die dritte Strömung ist die Filippo Turatis, der in ständiger Zusammenarbeit mit Anna Kulischewa sich zum Studium und zur Verbreitung der Lehre Marx, aber in einer gefärbten und politisch verzerrten Form, entschlossen hat.

Diese drei Grundgruppen haben sich im Jahre 1892 zu Genua vereinigt und die Italienische Sozialistische Partei gebildet. Nach einer stürmischen Sitzung spaltete sich die Gruppe der Bakunisten: die Anhänger Costas schlossen sich der neuen italienischen Partei an, die Gruppe Malatestas aber, die gegen legale Kampfmethoden war, bildete die Gruppe der Kommunistischen Anarchisten.

So ist die italienische Partei von Anfang an ein Bund von drei verschiedenen Ideologien. Die Liebe zur Einheit war in ihr immer lebendig, obgleich die Zuspitzung des Kampfes der verschiedenen Tendenzen Austritte einzelner Mitglieder oder Gruppen aus diesen drei Strömungen zur Folge gehabt hat. Gewöhnlich überwog nicht sowohl in der Masse, als in der Parteileitung die Gruppe Turatis, abgesehen von einigen Perioden der Krise und der Volksunzufriedenheit mit dem Kolonialkrieg. Eben diese Gruppe hat in der Partei die politische Theorie geschaffen, die nicht die gewaltsame Ergreifung der Macht durch das Proletariat und die Diktatur des Proletariats predigt, sondern durch rein legalen Kampf das Parlament, die Kommunen, den Staat zu erobern hofft. Angesichts einer solchen Stimmung, die sie bei den Massen hervorzurufen verstanden, hat sich die Gewerkschaftsbewegung, an deren Spitze fast immer Reformisten standen,

immer weiter von den Grundsätzen des scharfen Klassenkampfes entfernt und Streiks vermieden, um die entstehenden Konflikte auf dem Vermittlungswege zu lösen. Damals entstand die Doktrin und Organisation der Syndikalisten, die eigentlich keine wirkliche Macht darstellte und angesichts ihres den Italienern fremden Ursprungs und anarchistischen Charakters sowie auch nach dem Bestand ihrer Führer zweifellos einen geringeren Erfolg bei den Massen gehabt hätte, wenn sie nicht eine natürliche Reaktion gegen die Einschläferungspolitik der reformistischen Fraktion gewesen wäre.

Der Kampf um die politische Macht wurde nicht mit den Kräften des Proletariats allein geführt: während der Wahlkämpfe gestattete fast jede Sektion ein Bündnis mit den linken bürgerlichen Parteien. Diese Koalitionen aber hinderten nicht nur die Herausarbeitung eines klaren Klassenbewußtseins, sondern schufen auch eine Strömung, welche lehrte, daß man den Weg zur Macht zusammen mit der linken bürgerlichen Fraktion gehen müsse (und das in einem monarchistischen Staat). Der „Fuchs von Droneo", Giovanni Giolitti, der den Versuch gemacht hatte, Turati selbst zum König zu schleppen, tat alles, damit Bissolati, der damals Hauptschriftleiter des „Avanti" war, „den Rubicon überschritt". Der Krieg in Lybien und die Lockung des allgemeinen Wahlrechts beschleunigten das Eintreten der psychologischen Krise, die dank folgendem konkreten Ereignis endgültig reif wurde. Bissolati erhielt das Angebot, als königlicher Rat an den Hof zu kommen und willigte ein. Dieser Akt des offenen Verrats an den sozialistischen Idealen hätte durch sofortige Entfernung aus der Partei geahndet werden müssen, das geschah jedoch nicht, ungeachtet der Erregung, die er in den proletarischen Massen hervorrief. Die Parteihäupter waren zwar nicht einig in der Beurteilung dieses Ereignisses, fühlten sich aber theoretisch durch dieselbe Politik gebunden und konnten einem entschlossenen Schritt nicht zustimmen.

Das trug jedoch dazu bei, daß die unversöhnliche revolutionäre Fraktion den Kampf um die Eroberung der leitenden Parteiorgane aufnehmen konnte. In Rom wurde eine Zeitung, das Organ der revolutionären Fraktion, gegründet, und in der Partei begann eine offene Propaganda, die die Vertreibung Bissolatis, Padrechis und anderer, die für den lybischen Krieg eintraten, aus der Partei forderte. Diese Erneuerung der revolutionären Bewegung erfocht ihren ersten Sieg, als sie die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses in Modena durchsetzte, auf dem die Leitung des „Avanti" an Treves übergeben wurde, der zwar Reformist, aber entschiedener Gegner des lybischen Krieges war. Ein Jahr später, auf dem Kongreß in Reggio Emilio, setzte das revolutionäre Element die Vertreibung Bissolatis aus der Parteileitung und aus der Schriftleitung des „Avanti" durch. Damit endet die erste Phase der geschichtlichen Entwicklung der italienischen sozialistischen Partei.

Nach dem Kongreß in Reggio Emilio hätte die Partei, so schien es, unter der Leitung der revolutionären Fraktion vorwärtsgehen sollen, in

Wirklichkeit aber war das nur zum sehr geringen Teil der Fall; die Schriftleitung des „Avanti" und das Zentralkomitee der Partei wurden auf dem Kongreß der revolutionären Fraktion anvertraut, aber alle anderen Institutionen und die Gewerkschaften verblieben nach wie vor in den Händen der Reformisten. Der Mangel an Disziplin, die Freiheit der Meinungen, sowohl auf dem Gebiet der sozialistischen Theorie, als auch in der Praxis, gestatteten und gestatten in Italien noch solche Anachronismen. Disziplin in der Politik ist nur unter Leuten möglich, die in ihrer Tätigkeit das gleiche Ziel verfolgen. Das wird durch die ganze Geschichte der italienischen sozialistischen Bewegung vom Jahre 1912 an bis zum heutigen Tage bestätigt. Haben die Reformisten unter Benutzung der Autorität, die die Zugehörigkeit zur Partei ihnen verlieh, trotz aller anerkannten Disziplin, etwa aufgehört zu behaupten, daß ihre Kampfmethode besser sei als die vom Kongreß bestätigte? Haben sie ihr früheres Verhalten in ihrer parlamentarischen oder journalistischen Tätigkeit etwa geändert? Darauf kann man nur antworten: absolut nicht. Die Führer der Reformisten sind ihren Ideen und ihrer Taktik treu geblieben. Aber wenn das einen ihrer guten Charakterzüge hervorhebt, so betont es noch mehr, wie groß der Schaden ist, den sie der revolutionären Bewegung zufügen.

Hier einige Tatsachen. Als Italien im Jahre 1915 den Krieg erklärte, wollte das Zentralkomitee der Partei seinen Protest und seine Empörung über den Wahnsinn des Militarismus zum Ausdruck bringen durch Proklamation eines 24stündigen Generalstreiks in ganz Italien, aber auf dem Bologner Kongreß erhielt infolge der langen und hartnäckigen Polemik der einflußreichsten Redner der reformistischen Fraktion das Zentralkomitee nicht die Mehrheit der Stimmen.

Und sogar als der Krieg schon ausgebrochen war, als der Kampf zwischen der militärischen Bourgeoisie und dem linken Teil der Partei erhitzt wurde, als in Rußland die Bolschewiki die Macht ergriffen und als die italienischen Truppen die Niederlage bei Caporetto in Italien davontrugen, hielten die Reformisten es nicht nur für nötig, ihre Solidarität mit den Genossen, die als Opfer der Reaktion gefallen waren, energisch auszudrücken, sondern sie scheuten sich nicht einmal, gegen die Revolutionäre zu schreiben und zu sprechen, obgleich sie Mitglieder des Zentralkomitees waren, das den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats verteidigte und für Lenin — gegen Kerenski — eintrat.

Es kam so weit, daß Schreiber dieser Zeilen und Lazzari zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurden, nachdem der Staatsanwalt nachgewiesen hatte, daß die antipatriotische Propaganda der Angeklagten nicht nur von der Bourgeoisie verurteilt wurde, sondern auch dem wahren Sozialismus zuwiderlief, d. h. demjenigen, den Rigoglia und Turati predigten. Und dabei berief sich der Staatsanwalt auf das alte Organ der Gewerkschaftsbewegung und auf die „Critica sociale", das Organ Turatis. Solcher Tatsachen könnte ich nicht wenige anführen, aber ich möchte mich kurz fassen und glaube, daß auch diese schon genügen.

Gegenwärtig hat sich die Sozialistische Partei Italiens im Gegensatz zum Proletariat, das sich fast ausnahmslos mit Enthusiasmus auf die revolutionäre Aktion vorbereitet, offen in zwei Lager gespalten. Auf der einen Seite stehen die Maximalisten, die überzeugt sind, daß im laufenden geschichtlichen Augenblick nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa der internationale Kapitalismus die politische und wirtschaftliche Macht dem Proletariat wird übergeben müssen und daß zu diesem Ziel nur die Diktatur des Proletariats und der kommunistische Umbau der Gesellschaft durch die Sowjets führt; auf der anderen Seite stehen die Reformisten, die die Möglichkeit einer solchen Umwandlung der kapitalistischen Ordnung verneinen und ihre Kräfte nur darauf richten, das Parlament legal zu erobern und die Großindustrie sowie den Großgrundbesitz allmählich zu nationalisieren. Ist es möglich, daß in einem so wichtigen geschichtlichen Augenblick, wo in der Politik die Philosophie durch die Tat, die Theorie durch die Wirklichkeit ersetzt werden muß, in derselben Partei zwei so entgegengesetzte Strömungen nebeneinander bestehen können? Keinesfalls. Diese verschiedengearteten und entgegengesetzten Kräfte hindern einander zu handeln, und statt das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats und seine Opferwilligkeit zu erziehen, erzeugen sie in ihm Skeptizismus und rufen Verwirrung hervor, und da sehen wir nun einerseits nur kleine Reformen und die Demoralisierung des Proletariats, während auf der anderen Seite unorganisierte anarchistische Elemente die Verzweiflung und aufrührerische Stimmung der Massen benutzen, um fruchtlose Versuche zu vermehren, die unter dem Proletariat nur Zwietracht und Haß säen, statt die Bourgeoisie zu treffen.

Italien braucht vielleicht mehr als Rußland seinen „Kerenski". In Italien gehören zu dieser Sorte Menschen die Reformisten, die als Mitglieder der Sozialistischen Partei Italiens zählen. Sie hoffen, daß es ihnen gelingen wird, die Massen mit sich zu reißen, besonders wenn der kommunistische Versuch in Rußland nicht gelingt. Darum muß man im Interesse der Revolution den Mut haben, einen energischen Entschluß zu fassen. Wenn die Sozialistische Partei Italiens geeint bleibt, wird die Revolution ernstlich kompromittiert werden. Eine Urabstimmung in Italien wie auch in ganz Westeuropa kann nicht freiwillig als besiegt erklärt werden durch dieselben Personen, die seit fast vierzig Jahren daraus ein Evangelium machen. Man darf hier keinen Selbstmord erwarten. Aber man muß loyal, in offener Schlacht diesen wandelnden Leichnam vernichten, der noch immer lebt, nicht infolge seines wahren Wertes, sondern deswegen, weil er noch immer wie eine heilige Reliquie von Leuten mit so ehrlichem und trefflichem Charakter wie F. Turati und seinesgleichen auf den Schultern getragen wird. Dieser Bund mit dem Reformismus raubt in der politischen Tagesarbeit eine Menge Energie, die mit weit größerem Nutzen für die psychologische und materielle Vorbereitung des Proletariats dienen könnte, statt daß in ihm Pessimismus und Unsicherheit gesät wird.

Zum Schluß möchte ich folgendes sagen: wenn die Sozialistische

Partei Italiens wirklich die große Sympathie und den Einfluß bewahren will, den sie im Laufe dieses letzten Jahrzehnts bei den Arbeitermassen genießt, und wenn sie diesen Einfluß nach ernsthafter Vorbereitung auf revolutionäre Ziele lenken will, ohne Hindernisse seitens der inneren feindlichen Elemente, die sie durch ihre dunkle demoralisierende Arbeit untergraben, dann muß sie sich freimachen von den Leuten, die offen, in Theorie und Praxis, erklären, daß sie gegen die Diktatur des Proletariats sind. Wenn die III. Internationale nicht die Fehler der Zweiten wiederholen will, dann muß sie von den Sektionen, die sich ihr angeschlossen haben, verlangen, daß die von ihr aufgestellten Postulate nicht nur als formaler Ausdruck der Kollektivmehrheit angenommen, sondern daß sie von allen denen, die zu diesen Sektionen gehören, tatsächlich und aufrichtig verwirklicht werden. Das kann einigen als unangenehm erscheinen, aber es ist der einzige Weg zur Möglichkeit, sich ehrlich und frei der Tätigkeit zu widmen, die Gewissen und Wille vorschreiben. Mir sind die Entgegnungen der italienischen kommunistischen Genossen wohlbekannt, die da glauben, daß man durch Disziplin allein die richtige Richtung in der Partei aufrechterhalten und den Kampf verschiedener Tendenzen in diesem kritischen Aktionsmoment vermeiden kann. Sie irren sich. Erstens: wenn die Reformisten in der Partei bleiben, dann werden die linken Kommunisten austreten, und somit werden gerade diejenigen aus der Partei vertrieben sein, die gläubig und enthusiastisch an der Verwirklichung des Kommunismus arbeiten; und mehr noch deshalb, weil die Partei nach Verlust ihres linken Flügels damit enden wird, daß sie wieder auf den Weg des Reformismus gerät, wenn er sich auch hinter den Schirm des „vereinigenden Maximalismus" versteckt, und das bedeutet in der Praxis die Vernichtung der Früchte des Bologner Kongresses und die Rückkehr zum Programm Lazzari-Turati von 1902. Wenn man der Wirklichkeit ins Gesicht sehen und nicht nur auf der Oberfläche der Tatsachen bleiben will, wird man finden, daß der Reformismus in Italien noch immer über die Ideologie der Führer des Sozialismus herrscht; und es wäre Wahnsinn, zu glauben, daß Leute, die diesen Reformismus verkörpern, sich anderen anschließen können, die ganz anders denken. Und dann kann es geschehen, daß sich in Italien dasselbe wiederholt, was in Deutschland vorgegangen ist, daß die Spaltung auf den Straßen vor sich gehen wird, und wenn die Reformisten dank den heroischen Anstrengungen des Proletariats dann die Macht erhalten haben, werden sie sich mit der bürgerlichen Demokratie vereinigen und die Waffen gegen das kommunistische Proletariat wenden. Diese Gefahr ist keine Utopie. Wenn wir uns nicht nutzlosem Bedauern hingeben wollen, wenn es schon zu spät ist, muß man den Reformismus jetzt besiegen und scharf von denen abrücken, die an den Kommunismus nicht glauben und in dieser geschichtlichen Stunde weder in Italien noch irgendwo sonst in der Welt das Ausbrechen der kommunistischen Revolution wünschen.

Nicola Bombacci.

Moskau, Juni 1920.

Zur Erneuerung der Sozialistischen Partei).*

Notiz der Redaktion. Wir machen alle Genossen — insbesondere die italienischen Arbeiter — auf das hier abgedruckte Dokument aufmerksam, das von überaus wichtiger Bedeutung ist. Gen. Lenin hat in seinen Leitsätzen, die wir ebenfalls in diesem Heft bringen, bereits darauf hingewiesen, daß die Verfasser dieses Schriftstücks, die Turiner Genossen, mit vollem Recht die gegenwärtige offizielle Richtlinie der italienischen Partei kritisieren. Die Kommunistische Internationale muß um jeden Preis darauf bestehen, daß die Reformisten aus der Partei vertrieben werden und die Partei den kommunistischen Weg einschlage. Die Stimmung unter dem italienischen Proletariat ist zweifellos kommunistisch. Die Partei muß das Proletariat nun vorwärts zum Kommunismus führen, anstatt es in die Furchen des offiziellen „Sozialismus" zurückzuziehen.

Dieser Bericht, den die Vertreter der sozialistischen Sektion der Föderation der Provinz Turin dem Nationalrat in Mailand vorlegten, bildete die Grundlage zur Kritik der allgemeinen Richtung der Tätigkeit des Zentralausschusses.

1. Der Charakter des Klassenkampfes in Italien wird gegenwärtig in erster Reihe dadurch bestimmt, daß die Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter gezwungen sind, im ganzen Lande klar und deutlich die Frage des Eigentumsrechts an den Produktionsmitteln zu stellen. Die nationale und international-politische Krise, die den Wert des Geldes immer mehr herabdrückt, liefert einen klaren Beweis von dem Verfall der kapitalistischen Wirtschaft. Das jetzige System der Produktion und Verteilung vermag selbst die elementarsten Anforderungen des Menschen nicht zu befriedigen. Es besteht nur noch deshalb, weil es von der bewaffneten Macht des bürgerlichen Staats beschützt wird. Die gesamte Bewegung des italienischen Proletariats strebt unaufhaltsam zur Verwirklichung einer großartigen wirtschaftlichen Revolution, die die Produktion und Verteilung der Macht der Kapitalisten und Grundbesitzer entreißen, ein neues Produktionssystem und eine neue Ordnung im Produktions- und Verteilungsprozeß einführen soll.

2. Die Fabrikanten und Grundbesitzer legen unter der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die denkbar größte Einigkeit, Disziplin und Klassenmacht an den Tag. Jede Verfügung des Generalverbandes der italieni-

*) „Ordine Nuovo" vom 8. Mai 1920.

schen Industriellen wird unverzüglich in allen Betrieben durchgeführt. Nichts ist natürlicher als das: hat ja der bürgerliche Staat nicht umsonst ein Söldnerheer geschaffen, das stets bereit ist loszuschlagen, ein Vollzugsorgan des Willens dieser neuen starken Organisation der Eigentümerklasse, die bestrebt ist, durch weitgehenden Gebrauch der Aussperrung und des Terrors das Besitzerrecht an den Produktionsmitteln in ihren Händen zu behalten, einer Klasse, die den ausgebeuteten Arbeitern und Bauern einen immer größeren Teil ihrer Arbeit raubt und sie durch Gewalt zwingt, sich mit dieser Beraubung zufriedenzugeben. Die jüngste Aussperrung in den Turiner Metallfabriken war eine der Episoden in diesem Kampf zwischen Kapital und Arbeit, in welchem die Fabrikherren versuchen, die Arbeiter in ihr Joch zu spannen. In diesem Fall machten sie sich den Mangel an revolutionärer Einigkeit und Organisation der italienischen Arbeiter zunutze, um einen Versuch anzustellen, einerseits das Turiner Proletariat zu zerstäuben, anderseits das Ansehen und die Autorität der Betriebsinstitute — der Betriebsräte und Betriebskommissare — (Consigli e Commissari di reparto) — die den Kampf für die Arbeiterkontrolle eingeleitet hatten, in den Augen der Arbeiter zu untergraben. Die Langwierigkeit der Ausstände der Landwirtschaftsarbeiter in Navereso und Lomellino hat deutlich gezeigt, daß die Grundbesitzer bereit sind, die Zerstörung der Produktion und ein Aussterben des Landwirtschaftsproletariats infolge von Hunger zuzulassen, nur um das Proletariat zu zwingen, sich mit den grausamsten und erniedrigendsten Lebens- und Arbeitsbedingungen zufriedenzugeben.

3. Die jetzige Phase des Klassenkampfes in Italien ist ein Moment, der entweder der Machtergreifung durch das Proletariat zwecks Uebergang zu einem neuen Produktionssystem, oder aber dem Uebergang der Eigentümer- und Bürokratenklasse zu schwärzester Reaktion vorausgeht. Im letzteren Fall werden sämtliche Formen der Gewalt in Bewegung gesetzt werden, um das Industrie- und Landwirtschaftsproletariat in das Slavenjoch der Lohnarbeit zu spannen. Auch werden sämtliche Organe des politischen Kampfes der Arbeiterklasse (die sozialistischen Parteien) auf das unerbittlichste vernichtet, während die wirtschaftlichen Organisationen (die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften) als notwendiger Bestandteil in dem bürgerlichen Staatsapaarat Aufnahme finden.

4. Die Kräfte der Arbeiter und Bauern sind nicht genügend koordiniert und zusammengeschlossen. Die Schuld daran tragen die führenden Organe der Sozialistischen Partei. Sie haben gezeigt, daß sie weder für die jetzige nationale und internationale geschichtliche Entwicklungsphase noch auch für die gegenwärtigen Aufgaben der Kampforgane des revolutionären Proletariats Verständnis haben. Die Sozialistische Partei scheint bei den vor sich gehenden großen Ereignissen bloß die Rolle eines Zuschauers zu spielen. Sie hat die Ereignisse noch immer nicht so eingeschätzt, wie die revolutionären Grundsätze des Marxismus und der Kommunistischen Internationale es erfordern. Keine einzige Losung hat sie aufgestellt, die für die

Massen annehmbar wäre; sie hat es unterlassen, der Bewegung eine allgemeine Richtung zu geben, die revolutionäre Aktion zusammenzuschließen und zu koordinieren. Als politische Organisation der Vorhut der Arbeiterklasse hat die Sozialistische Partei die Pflicht, eine weitgehende Tätigkeit zu entfalten, um der Arbeiterklasse einen Sieg, und zwar einen dauerhaften Sieg in der Revolution zu sichern. Als Sprößling jenes Teils der Arbeiterklasse, der es vermocht hat, dem physischen und geistigen Druck des kapitalistischen Regimes nicht ganz zu unterliegen und seine geistige Unabhängigkeit sowie seine klassenbewußte Initiative und Selbstdisziplin zu bewahren, müßte die Sozialistische Partei die Wachsamkeit und das revolutionäre Bewußtsein der gesamten ausgebeuteten Klasse, die sie vorstellt, verkörpern. Es ist Aufgabe der Sozialistischen Partei, die gesamte Arbeitermasse auf ihre Seite zu ziehen, danach zu streben, daß ihre Hinweise zu allgemeinen Losungen werden, das unumschränkte Vertrauen des Proletariats zu gewinnen, sein Führer, sein Gehirn zu werden. Die Partei muß folglich stets in der Lohe des Klassenkampfes stehen, um die verschiedenen Stadien des Kampfes, seine Zwischenhandlungen und Erscheinungen zu verfolgen, um in diesem Durcheinander System zu finden, um die Möglichkeit zu haben, allen einzelnen Aktionen eine bestimmte Richtung zu geben. Sie muß die Massen davon überzeugen, daß die jetzige fürchterliche Zerrüttung des gesellschaftlichen Lebens durch eine neue Ordnung ersetzt werden kann, deren Verwirklichung die Menschheit erneuern und die Arbeit wiederum zum Mittel zur Befriedigung der elementaren Bedürfnisse und zur Weiterentwicklung der Kultur gestalten wird. Aber die Sozialistische Partei ist auch nach dem Kongreß in Bologna eine rein parlamentarische, unbewegliche im engen Rahmen der bürgerlichen Demokratie verknöcherte Partei geblieben. Noch immer beschränkt sie sich darauf, die herrschende Klasse äußerlich zu unterstützen. Sie ist überhaupt noch nicht zu einer selbständigen Partei des revolutionären Proletariats geworden, die nur das Proletariat allein vertreten würde.

5. Die Zentralorgane der Partei waren verpflichtet, sofort nach dem Kongreß von Bologna eine energische Tätigkeit zu beginnen und bis auf das äußerste zu entwickeln, um die Mitglieder der Partei unzertrennlich zu vereinigen und verbinden und die Partei fest und bestimmt zu einer kommunistischen Partei zu machen, die die Grundsätze der III. Internationale verwirklichen würde. Aber die Partei machte nicht einmal den Versuch, sich von den Reformisten und Opportunisten abzusondern. Weder der Zentralausschuß noch der „Avanti" stellten der unaufhörlichen opportunistisch-reformistischen Propaganda im Parlament und in den Gewerkschaften ihre eigene revolutionäre Taktik entgegen. Die Zentralorgane der Partei taten rein gar nichts, um die Massen politisch in kommunistischem Geist zu erziehen, sie zu veranlassen, die Reformisten und Opportunisten aus den Zentralkomitees, Gewerkschaften und Genossenschaften zu vertreiben. Sie unterließen es auch, die Sektionen und Gruppen, die größere Tatkraft an den Tag legten, auf eine einheitliche Taktik und eine

bestimmte Aktionsmethode hinzuweisen. Und so kam es denn, daß die revolutionäre Mehrheit der Partei weder im Zentralausschuß noch im Zentralorgan Vertreter ihrer Ideen, Vollstrecker ihres Willens besaß, während die opportunistischen Elemente sich zusammenschlossen und das Ansehen und die Autorität der Partei ausnutzten, um ihre Stellung im Parlament und in den Gewerkschaften zu befestigen. Der Zentralausschuß ließ sie ruhig gewähren, als sie sich zusammenschlossen und für Resolutionen stimmten, die den Grundsätzen und der Taktik der III. Internationale widersprechen und mit der allgemeinen Richtlinie der Partei unvereinbar sind. Die führenden Organe der Partei ließen den ihnen untergeordneten Organisationen die Freiheit, eine der Richtlinie der Partei feindliche Tätigkeit zu entfalten und Ansichten zu verbreiten, die den Grundsätzen und der Taktik der III. Internationale widerstreben. Der Zentralausschuß der Partei sonderte sich systematisch vom Leben und von der Tätigkeit einzelner Sektionen, Organe und Genossen ab. Die Konfusion, die bis zum Kongreß von Bologna in der Partei herrschte, eine Konfusion, die sich zum Teil durch das Militärregime im Lande erklären läßt, ist nicht verschwunden, sondern hat im Gegenteil eine erschreckende Ausdehnung angenommen. Was Wunder, daß das Vertrauen der Massen zur Partei unter solchen Bedingungen starke Einbuße erlitt und an vielen Orten anarchistische Tendenzen die Oberhand gewannen.

6. Die Partei nahm an der internationalen Bewegung keinen Anteil. Der Klassenkampf aber nimmt inzwischen in der ganzen Welt eine riesenhafte Ausdehnung an. Das Proletariat ist gezwungen, seine Kampfmethoden allerorts zu ändern, so manches Mal die Waffe zur Hand zu nehmen, wie z. B. in Deutschland nach dem Militäraufstand. Die Partei legt sich über diese Tatsachen keine Rechenschaft ab; sie unterläßt es, die Tatsachen vom Standpunkt der Kommunistischen Internationale zu beleuchten; sie entfaltet keinerlei Agitations- und Aufklärungstätigkeit, die die italienischen Arbeitermassen darüber belehren würde, daß die proletarische Revolution eine Welterscheinung ist und daß jedes einzige Geschehnis ausschließlich vom Standpunkt der Entwicklung der Weltrevolution betrachtet und eingeschätzt werden muß. Bereits zweimal haben die Vertreter der III. Internationale sich in Westeuropa versammelt: im Dezember 1919 in einer der Städte Deutschlands und im Februar 1920 in Amsterdam. Die italienische Partei war aber weder das eine noch das andere Mal vertreten; ja, die Zentralorgane der Partei unterrichteten die Parteimitglieder nicht einmal von den Debatten, die dort stattgefunden hatten oder von den Beschlüssen der Konferenzen. Ferner: in den Reihen der III. Internationale wird eine Polemik über kommunistische Lehre und ihre Taktik geführt, eine Polemik, die in manchen Ländern, wie z. B. in Deutschland, eine Spaltung hervorgerufen hat. Doch die italienische Partei steht völlig abseits von diesem Ideenkampf, in dem das revolutionäre Bewußtsein erstarkt, eine geistige Einigkeit und die allgemeine Grundlage der revolutionären Tätigkeit der Proletarier aller Länder geschaffen wird.

Das Zentralorgan der Partei hat weder in Frankreich, noch in England, Deutschland oder selbst in der Schweiz seine eigenen Berichterstatter. Das ist recht befremdend von einem Organ, das die Interessen des internationalen Proletariats in Italien vertritt. Die italienische Arbeiterklasse gerät dadurch in die sonderbare Lage, jegliche Auskunft aus den tendenziösen und in gewissem Sinn entstellten Nachrichten der bürgerlichen Presse schöpfen zu müssen. Der „Avanti" müßte als Organ der Partei zugleich auch ein Organ der III. Internationale sein. Im „Avanti" müßten die die III. Internationale interessierenden proletarischen Probleme allseitig beleuchtet und erörtert werden. Das Blatt müßte eine unablässige systematische Polemik gegen jegliche opportunistische Kompromißtendenzen führen. Anstatt dessen aber schenkt der „Avanti" derartigen Darlegungen der opportunistischen Gedankenrichtung Aufmerksamkeit, wie der jüngsten Parlamentsrede Treves, die von spießbürgerlicher Auffassung der internationalen Beziehungen durchdrungen ist und eine gegenrevolutionäre Theorie entwickelt, die dazu angetan ist, jede Tatkraft im Proletariat zu töten.

Ebensowenig wie die Zentralorgane der Partei sorgt der Verlag dafür, daß das Proletariat über die Ereignisse und theoretischen Diskussionen in der III. Internationale unterrichtet werde: einerseits gelangen unwichtige Flugschriften und Bücher zur Veröffentlichung, die die Ansichten der II. Internationale verbreiten, anderseits läßt man die Veröffentlichungen der III. Internationale unbeachtet. Die Werke der russischen Genossen, die das Wesen der bolschewistischen Revolution darlegen, sind in der Schweiz, in England und Deutschland übersetzt worden, in Italien aber sind sie unbekannt geblieben. Als Beispiel führen wir nur Lenins Werk „Staat und Revolution" an. Selbst diejenigen Flugschriften, die tatsächlich übersetzt wurden, zeichnen sich durch schlechte Uebersetzung aus und sind infolge der grammatikalischen Fehler, die oft sinnentstellend wirken, fast unverständlich.

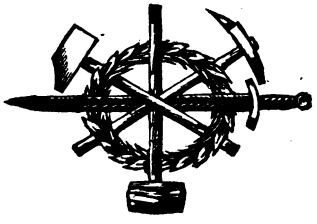
7. Aus dem eben Gesagten ist zu ersehen, welche Arbeit die Partei zu ihrer Erneuerung und Organisation vornehmen muß. Die Partei muß ein eigenes, klares und festes „Gesicht" erlangen. Sie muß sich aus einer parlamentarischen spießbürgerlichen Partei in die Partei des revolutionären Proletariats umwandeln, in eine Partei, die für die Errichtung einer neuen kommunistischen Gesellschaftsordnung durch den Arbeiterstaat kämpft, in eine einheitliche, zusammengeschlossene Partei mit ihrer eigenen Lehre und Taktik, mit ihrer eigenen, unerbittlichen Disziplin. Alle nichtkommunistischen Revolutionäre müssen aus der Partei vertrieben werden. Das Zentralkomitee, der Sorge enthoben, unter den verschiedenen Strömungen und in den Wechselbeziehungen der verschiedenen „Führer" Einigkeit und Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, muß seine ganze Energie auf die militärische Schulung der Arbeiterkräfte richten. Jedes Ereignis im nationalen und internationalen Leben des Proletariats muß unverzüglich in Aufrufen und Rundschreiben des Zentralausschusses beleuchtet werden,

damit man aus diesem Ereignis Material für kommunistische Propaganda und die Vertiefung des revolutionären Bewußtseins schöpfen könne. Der Zentralausschuß muß stets engste Verbindung mit den Sektionen unterhalten. Er muß zum leitenden Mittelpunkt, zur Triebkraft jeglicher proletarischer Aktion werden. Die Sektionen müssen dafür sorgen, daß in sämtlichen Betrieben, Syndikaten, Genossenschaften, und Kasernen kommunistische Gruppen gebildet werden, deren Aufgabe es sein muß, die theoretischen und taktischen Leitsätze der Partei unausgesetzt und allmählich unter den Massen zu verbreiten, Betriebsausschüsse zur Kontrolle der Industrie und der Landwirtschaft zu gründen und durch Propaganda die Gewerkschaften, die Arbeitskammern und die Allgemeine Konföderation der Arbeit auf ihre Seite zu bringen. Auf diese Weise würden die Sektionen das Vertrauen der Massen gewinnen, deren Willen wahrhaft zum Ausdruck bringen und von dem Proletariat mit der Organisierung der politischen Sowjets und der Verwirklichung der proletarischen Diktatur betraut werden. Das Vorhandensein einer einheitlichen kommunistischen und disziplinierten Partei, deren Zentralausschuß die revolutionären Aktionen des Proletariats durch Betriebsorganisationen, Gewerkschaften und Genossenschaften lenkt und vereinigt, ist eine notwendige Grundprämisse für jeden Versuch, Arbeiterräte zu errichten. Ist diese Bedingung nicht vorhanden, so muß jeder Vorschlag, Arbeitersowjets zu gründen, als loser Gedanke, der nur den Feinden der Sowjetidee zunutze kommen kann, entschieden verworfen werden, denn ein derartiges Parlament würde alsbald in den Händen der reformistischen und opportunistischen Mehrheit der Parlamentsgruppe zum Mittel werden, um demokratische Utopien und gegenrevolutionäre Pläne zu verbreiten.

8. Der Zentralausschuß muß unverzüglich ein sozialistisches Programm der revolutionären Macht erörtern, zusammenstellen und verbreiten. Das Programm muß die praktischen Beschlüsse enthalten, die das Proletariat nach Ergreifung der Macht wird durchführen müssen. Es sind diese Beschlüsse über jegliche Probleme (wirtschaftliche, politische, Religions- und Schulfragen), die die verschiedenen Schichten der italienischen Arbeiterklasse interessieren. Die Partei muß vom Grundsatz ausgehen, daß nur die Klasse der besitzlosen Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter ihr Macht und die Möglichkeit zur revolutionären Aktion gewährleisten kann, die übrigen Schichten der werktätigen Bevölkerung aber nur ein Hilfselement der rein proletarischen Klasse bilden. Daher muß die Partei unverzüglich in einem Aufruf die Notwendigkeit der revolutionären Ergreifung der politischen Macht klarlegen, das Industrie- und Landwirtschaftsproletariat zur Bewaffnung auffordern und auf die grundlegenden Punkte der kommunistischen Lösung der Tagesfragen, d. h. der Kontrolle des Proletariats über Produktion und Verteilung, der Entwaffnung der Truppen, der Kontrolle der Arbeiterorganisationen und die Munizipalitäten hinweisen.

9. Die Turiner Sozialistische Sektion beabsichtigt auf Grund obiger

Leitsätze mit denjenigen Gruppen und Genossen aller Sektionen ein Abkommen zu treffen, die sich zu organisieren wünschen, um diese Leitsätze zu erörtern und anzunehmen. Dieses Abkommen muß einerseits zur Vorbereitung eines baldmöglichst einzuberufenden Kongresses dienen, der die Probleme, die Taktik und die Organisation des Proletariats erörtern würde; andererseits muß das Abkommen die Grundlage zur Lenkung der Arbeit der Parteivollzugsorgane bilden.



Die Lage in Deutsch-Oesterreich.

Die wirtschaftliche Lage.

Die wirtschaftliche Lage Deutsch-Oesterreichs ist gegenwärtig sehr schwer. Im August/September v. J. war die „schönste Ordnung" in der Republik eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen war von 160,000 auf 50,000 gefallen. Die Industrie befand sich in starkem Aufstieg. Aber dieser schöne Zustand dauerte nicht lange. Denn der Wohlstand der Industrie wurzelte nicht in festem Boden, sondern war ausschließlich dadurch hervorgerufen, daß infolge des niedrigen Kurses der österreichischen Valuta die österreichischen Waren von den ausländischen Kapitalisten gern gekauft wurden. Die schlimmen Folgen zeigten sich bald. Infolge des niedrigen Valutakurses mußten die Industriellen die Rohstoffe im Ausland zu unerhörten Preisen kaufen. Dies bewirkte eine starke Preissteigerung der Fertigfabrikate. Dementsprechend mußte unausbleiblich auch der Arbeitslohn steigern. Im Ergebnis stiegen die österreichischen Preise auf gleiche Höhe mit den ausländischen, und den ausländischen Klienten verging jede Lust zu Geschäftsabschlüssen. Gegenwärtig steht Deutsch-Oesterreich vor einer Katastrophe, ohne Rohstoffe, ohne Industrieerzeugnisse, mit niedrigem Valutakurs und einem bis aufs äußerste ausgebeuteten Proletariat.

Die wirtschaftliche Lage der Werktätigen wird noch dadurch verschlechtert, daß es den Agrariern gelungen ist. die Regierung zur Erhöhung des Höchstpreises für Mehl von 200 auf 1000 Kronen zu bewegen, wobei gleichzeitig das Ablieferungskontingent für Mehl um ein Viertel des bisherigen herabgesetzt wurde. Die Folge davon ist eine neue Verteuerung der notwendigsten Bedarfsartikel.

Die schwere wirtschaftliche Lage treibt das Proletariat zu ununterbrochenen Streiks.

Die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs.

Der wachsende wirtschaftliche Druck schafft günstige Arbeitsbedingungen für die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs, da er auch den politisch zurückgebliebensten Arbeitern die Augen öffnet.

Die Partei legt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Betriebsorganisationen. In allen Betrieben sind Arbeiter- und Betriebsräte geschaffen. Das Gesetz hat den letzteren das Recht der Einsicht in die Geschäftsbücher des Betriebes zugestanden, wobei jedoch das „Geschäftsgeheimnis" gewahrt bleiben muß; infolgedessen haben die Räte nicht die Möglichkeit, die interessantesten Daten zu Agitationszwecken zu benutzen. In der

Mehrzahl der Betriebe, wo die Kommunisten den größten Teil der Arbeiter hinter sich haben, sind die Räte aus den ihnen vom Gesetz gezogenen Schranken getreten. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei besteht ferner in der Erweiterung der Rechte der Arbeiterräte und in ihrer Revolutionierung. Die Räte müssen ihren Einfluß auch auf die Produktion, die Preisregulierung, die Normierung des Gewinns der Aktionäre ausdehnen; um die Erweiterung dieser Rechte dreht sich jetzt der Kampf.

Was die Stellungnahme zu den Gewerkschaften und zum Parlamentarismus betrifft, so herrschen in der Partei keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten darüber. Ueberhaupt zeichnet sich die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs durch große Geschlossenheit aus. Die Säuberung der Partei von Querulanten hat dazu nicht wenig beigetragen. Immerhin muß hervorgehoben werden, daß bei aller prinzipiellen Einmütigkeit in der Partei doch Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen vorkommen. Neben der Mehrheit, die auf der vom Gen. Radek ausgearbeiteten Plattform steht, gibt es einen „linken Flügel", dessen Einfluß aber unbedeutend ist.

Es muß betont werden, daß die Partei sich bisher der Arbeit unter den Bauern enthalten und ihre ganze Aufmerksamkeit ausschließlich dem Industrieproletariat zugewandt hat. Der Grund dafür liegt darin, daß für die Arbeit auf dem Dorf die Kräfte nicht ausreichen. Immerhin bereitet die Partei sich gegenwärtig zu einer systematischen Agitation unter der Bauernschaft vor. Es sollen eine besondere Zeitung und besondere Flugblätter für das Landproletariat herausgegeben werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Arbeit unter der Landbevölkerung bei großer Anstrengung günstige Ergebnisse zeitigen wird. Die Arbeit unter den Truppen wird der Psychologie der Soldaten entsprechend unter wirtschaftlichen Losungen geführt. Was die Jugendbewegung anbelangt, so hat die Partei den Schulstreik der Jugendlichen erfolgreich durchführen können; unser Erfolg war ein empfindlicher Schlag für den sozialdemokratischen Jugendverband.

Die Partei unterhält die engsten Beziehungen zum internationalen Proletariat, insbesondere zu den Kommunistischen Parteien der Schweiz, Italiens und der Tschechoslowakei.

Die Feier des ersten Mai.

Der 1. Mai verlief in Wien, wie überhaupt in ganz Oesterreich, mit großem Erfolg für die Kommunistische Partei.

Die Sozialdemokraten benutzten den Umstand, daß das Amsterdamer Büro für den 1. Mai die Losung ausgegeben hatte: „Friede mit Sowjetrußland" und schlugen den Kommunisten auf dieser Grundlage vor, den 1. Mai gemeinsam zu feiern. Dadurch wollten sie einem selbständigen Auftreten der Kommunisten vorbeugen und die Kräfte der Arbeiterklasse zersplittern; denn statt einer Demonstration im Zentrum der Stadt beschlossen sie, sich auf Umzüge nach Bezirken zu beschränken, um eine übermäßige

Anhäufung von Arbeitermassen zu vermeiden. (!) Die Kommunisten lehnten diesen Antrag aufs entschiedenste ab und beschlossen, diesen großen Tag selbständig zu begehen und die Macht des revolutionären Proletariats zu demonstrieren. Der revolutionäre Charakter des Maifestes mußte umsomehr betont werden, als der 1. Mai in Deutsch-Oesterreich zum Nationalfeiertag erklärt worden war und die Sozialdemokraten bemüht waren, ihn allen anderen offiziellen Feiertagen gleichzustellen.

Eine besonders imposante Massenversammlung fand vor der Votivkirche statt. Die Versammlung trug einen internationalen Charakter; die Reden wurden in deutscher, italienischer, russischer, polnischer, ukrainischer, ungarischer und tschechischer Sprache gehalten. An die Versammlung, die 25.000 Teilnehmer zählte, schloß sich ein imposanter Umzug mit Plakaten, auf denen die Losungen der Kommunistischen Partei prangten: „Alle Macht den Räten der Arbeiter, Soldaten und landarmen Bauern!", „Nieder mit dem bürgerlichen Parlamentarismus!", „Friede mit Sowjetrußland!", „Befreit die politischen Gefangenen!", „Nieder mit der Herrschaft des Kapitals!", „Es lebe die Diktatur des Proletariats!", „Es lebe die Weltrevolution!" usw.

An den Bezirksumzügen der Sozialdemokraten nahmen wenig Arbeiter teil.

Die Verräterei der Sozialdemokraten.

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und der Zuspitzung des Klassenkampfes erwächst den Sozialdemokraten immer dringlicher die Notwendigkeit der endgültigen Wahl zwischen Proletariat und Kapitalismus. Die Sozialdemokraten suchen immer neue Mittel und Wege, um den revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse abzuwenden, und neigen sich immer mehr dem Standpunkt der deutschen Noske zu.

Die Sozialdemokraten urteilen folgendermaßen: da wir der Koalitionsregierung angehören und in einer „demokratischen" Republik leben, so ist es Pflicht jedes Bürgers, Ruhe und Ordnung zu wahren und die Produktion zu schützen, unabhängig davon, daß in dieser gerühmten Republik der Löwenanteil der produzierten Werte nach wie vor in die Taschen der Kapitalisten fließt. Dieser Grunderwägung ordnen die Sozialdemokraten alle ihre übrigen Prinzipien unter, bis zum vollen Vergessen der proletarischen Ehre und des Klassencharakters ihrer Partei. Die vom Staatskanzler (Sozialdemokraten) Dr. Renner während der Budgetdebatten abgegebene Erklärung über den sozialen Frieden hat gezeigt, wie die Sozialdemokratische Partei sich den Klassenkampf vorstellt. Was früher nur undeutlich merkbar war, hat sich jetzt in seiner ganzen Nacktheit offenbart.

Alle Streiks, seien sie nun wirtschaftlicher Art (wie der Streik der Südbahnen) oder politischen Charakters (wie in Ternitz und Neunkirchen) werden von den Sozialdemokraten schonungslos unterdrückt.

Die Sozialdemokraten schrecken sogar vor streikbrecherischen Handlungen nicht zurück, wie das z. B. in Neustadt der Fall war. Der Gehilfe

des Stadthaupts, der Sozialdemokrat Pichler, ein ehemaliger Maschinist, führte während des Eisenbahnerstreiks einen Zug nach Wien und ließ sich von 15 Gendarmen mit geladenen Gewehren begleiten. Die über diese Verräterei empörten Arbeiter hielten den Zug auf der Station Liesing an, zerrten Pichler zusammen mit den in Angst geratenen Gendarmen heraus und bläuten den Verräter durch.

Im gefährlichsten Augenblick überließ die sozialdemokratische Gewerkschaft, an deren Spitze der Nationalrat Tomschik steht, die streikenden Arbeiter der Gnade des Schicksals. Obgleich Tausende von Arbeitern in allgemeiner Abstimmung den Streikbeschluß bestätigt hatten, um den Kapitalisten die Einwilligung zur Erhöhung des Arbeitslohns zu entreißen, lehnte die Gewerkschaft jegliche Verantwortung ab. Und als die Arbeiter, die sie der Willkür des Schicksals preisgegeben hatte, dennoch nicht in Verwirrung gerieten und aus ihrer Mitte ein leitendes Organ wählten, griffen die Sozialdemokraten zur offenen Gewalt, und der Streik wurde gesprengt.

Eine ähnliche Stellung haben die Gewerkschaften auch gegen die streikenden Arbeiter in Neunkirchen und Ternitz eingenommen.

Die Verräterei der Gewerkschaftsbürokratie brachte die Empörung der Arbeiter auf den Höhepunkt und veranlaßte sie zum Massenaustritt aus der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft.

Während der Ereignisse in Linz übernahmen die Sozialdemokraten eine ähnliche Rolle, wie sie in Deutschland im Interesse der Kapitalisten von Noske gespielt wird. In Linz wurde durch die Schuld des sozialdemokratischen Bürgermeisters Gruber Arbeiterblut vergossen, der eine Kundgebung nicht zulassen wollte.*)

Im Ausland ist man im Irrtum, wenn man sagt, daß es in Oesterreich eine sozialdemokratische „Linke" gibt. Gerade diese vermeintlichen „Linken", heute Zentrum, ergriffen die schärfsten Maßregeln gegen das Proletariat in den Augenblicken seiner Entscheidungsaktionen. Das Zentrum (Fried. Adler, Otto Bauer) ist zwar in Worten revolutionär, betrügt aber das Proletariat und verhüllt durch seine revolutionären Phrasen die schwankende Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei. Sogar der Sozialdemokrat Frei, um den sich der „linke" Flügel der Partei gruppiert und der dem Austritt der Partei aus der Koalitionsregierung das Wort redet, wagt es nicht, mit dem Opportunismus zu brechen und von den Worten zur Tat überzugehen.

Das Echo der deutschen Gegenrevolution.

Anfang Mai verschärfte sich die Lage in Deutsch-Oesterreich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Deutschland. Vor allem wurde Wien mit Flugblättern und Plakaten überschwemmt, die die Pogromlosung

*) Gegen die Kommunisten war ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden; bei der Verhandlung erhielten die Angeklagten insgesamt über 20 Jahre Kerker; der Sekretär der Partei 2 Jahre.

trugen: „Fort mit den Ostjuden!“ Dann folgte eine Reihe von Offiziersversammlungen sowie Versammlungen des Bürger- und Ständerats. Bei der Auseinandertreibung dieser Versammlungen durch die Arbeiter kam es zu bewaffneten Zusammenstößen. Gegen die Sicherheitswache, die auf der Seite der Bourgeoisie stand, riefen die Arbeiter die Volkswehr auf. Letztere erschien mit Flinten und Maschinengewehren und jagte durch ihr bloßes Erscheinen die Sicherheitswehr in panische Flucht. Die Volkswehr besetzte die Polizeikaserne und stellte dort ein Maschinengewehr auf. Ein anderer Teil der Volkswehr übernahm den Schutz der Arbeiterversammlung.

Tagsdarauf fand ein anderer Zusammenstoß beim Gebäude der Universität statt. Die Studenten, die meist aus deutschen Nationalisten und Christlich-Sozialen bestanden, veranstalteten eine wüste Schlägerei unter der Losung „Fort mit den Juden“; für einige Zeit waren sie dank der Sympathie der Polizei Herren der Lage auf allen der Universität angrenzenden Straßen. Auch hier mischte sich die Kommunistische Partei ein. Die Arbeiter begaben sich zur Universität und zwangen die reaktionären Studenten, die Straßen zu räumen. Mit Unterstützung der Kommunistischen Partei erlangte der sozialistische Teil der Studenten vom Rektor die Oeffnung der Universität. Dabei wurde die Losung der Kommunisten ausgerufen: „Proletarisierung der Universität und Abschaffung aller Vorrechte der besitzenden Klassen“.

Die Reaktion erreichte ihren Höhepunkt in der Demostration der Gewerbetreibenden, wo die wutentbrannten Kleinbürger unter der Losung „Fort mit der Besitzsteuer!“ auf die Straße traten. Am Tage dieser Demonstration schlossen fast alle Geschäftsläden in Wien um 4 Uhr und ein tausendköpfiger Zug begab sich auf die Ringstraße. Den Arbeitern war der drohende Sinn dieser Demonstration klar, und in vielen Stadtteilen wurden als Protest gegen die heranrückende Reaktion elementar die größten Fabriken stillgelegt. Die Sozialdemokraten machten natürlich alle Anstrengungen, um die Arbeiter in die Fabriken zurückzubringen und dadurch die von links gegen die Koalitionsregierung anrückende Gefahr zu beseitigen. Die Kommunisten bestanden auf der sofortigen Einberufung des Reichsarbeiterrats, um die Gegenaktion der Arbeiter zu organisieren. In der Sitzung des Vollzugsausschusses des Rats übernahm Friedrich Adler wie immer die Verteidigung der Regierung und der Polizei unter voller Zustimmung des größten Teils der Sozialdemokraten. Die Kommunisten jedoch beantragten im Arbeiterrat, an die Regierung die ultimative Forderung zu stellen, daß sie unverzüglich an die Proletarisierung der Polizei und ihre Unterstellung unter die Kontrolle des Arbeiterrats gehen, die reaktionären Polizeibeamten absetzen, sie durch Unterbeamte ersetzen, alle politischen Häftlinge unverzüglich befreien und den Warenaustausch mit den proletarischen Organisationen Rußlands, der Tschechoslowakei, Jugoslaviens und Bulgariens ohne Vermittlung von Schiebern und Wucherern und unter Kontrolle des Arbeiterrats beginnen solle. Der Vollzugsaus-

schuß, dessen Mehrheit aus Sozialdemokraten besteht, lehnte die wichtigsten Forderungen der Kommunisten ab und widersetzte sich insbesondere ihrem ultimativen Charakter. Daraufhin verzichteten die Kommunisten auf die Teilnahme an der von den Sozialverrätern geplanten Demonstration und beschlossen selbständig und unter ihren eigenen Losungen hervorzutreten. Die Sozialdemokraten ergriffen alle von ihnen abhängigen Maßregeln, um die Reihen ihrer Demonstranten zu vermehren. Unter der Drohung der Entlassung zwangen die Gewerkschaften die Arbeiter zur Teilnahme an der offiziellen Manifestation der Sozialdemokraten. Trotz des Terrors der Sozialdemokratie gelang es den Kommunisten, zur Teilnahme an ihrer Demonstration etwa 30.000 Arbeiter zusammenzubringen.

Aus Rand und Band gebracht durch die Weigerung der Kommunisten, an der allgemeinen Demonstration teilzunehmen, stellten die Sozialdemokraten nunmehr die Frage, ob eine weitere Zusammenarbeit mit den Kommunisten im Arbeiterrat möglich sei. Die Nichtbeteiligung an der Demonstration war hier natürlich nur ein Vorwand. Der tiefere Grund lag darin, daß nach Ansicht der Sozialdemokraten der Arbeiterrat einen zu revolutionären Einfluß auf die Massen ausübe. Die folgerichtige Revolutionspolitik der Kommunistischen Partei nötigte die Sozialdemokraten, einen bestimmten Entschluß zu fassen; dies ist aus der Rede ersichtlich, die der Staatskanzler Dr. Renner in Linz gehalten hat. Der Sozialdemokrat Renner fällt über die revolutionäre Tätigkeit der Kommunisten her und spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats aus: „Sie verwirklichen heißt Va banque spielen, das haben wir am Beispiel Ungarns gesehen. Wir wollen das Bajonett überhaupt aus der Politik ausschließen und jeglicher Gewalt ein Ende machen." Nach diesen Worten, die mit dem Terror, den er selbst gegen die Arbeiter anwendet, nicht zusammenpassen wollen, ging Renner zu den Schwierigkeiten über, die sich den sozialdemokratischen Ministern entgegenstellen, und sagte: „Was die Besitzergreifung der Produktion durch das Proletariat anbelangt, so können wir dem Beispiel Rußlands nicht folgen, hauptsächlich deswegen nicht, weil die Studenten, aus denen die Ingenieure kommen, in Rußland sozialdemokratisch gesinnt sind, in Oesterreich aber liegen die Dinge ganz anders. Ferner hält sich die österreichische Bauernschaft im Gegensatz zur russischen von der Sozialdemokratie fern und wird die Diktatur des Proletariats niemals anerkennen. Jeglicher Versuch, die Diktatur des Proletariats bei uns aufzurichten, ist ein Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, umsomehr, als wir hinsichtlich Verpflegung und Rohstoffbezug vom Ausland abhängig sind. Aus Rußland aber können wir nichts bekommen". (?) Insbesonders über die Kommunistische Partei fügte er dann hinzu: „Die Idee, die dem Kommunismus zugrunde liegt, wird von Leuten mißbraucht, deren Leben wimmelt von Konflikten mit Recht und Gesetz (?), die keine Ordnung (?) und keine Disziplin (?) kennen, die niemals Sozialisten waren (?) und durch den Krieg aus Rand und Band gebracht sind. Die Ausschreitungen der anarchistischen Schichten führen nur dazu, daß das Proletariat

alle errungenen Rechte und Freiheiten verliert und daß eine Militärdiktatur der Generäle aufgerichtet wird. Die hohe Vorstellung des Proletariats von der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft hat mit der Tätigkeit der meisten Kommunisten nichts gemein."

Die Waffenlieferung an Polen.

Abschließend möchte ich bei der Versorgung der gegenrevolutionären Truppen Polens und Ungarns durch die österreichische Kriegsindustrie verweilen. Trotz des Friedensschlusses sind die Fabriken, die für die Abwehr gearbeitet haben, nicht demobilisiert, die Gewehr- und Patronenfabriken, sowohl die staatlichen als auch die privaten, arbeiten mit Volldampf. Die angefertigten Waffen werden nach Polen und Ungarn verschoben, unter Mitwissen und Zustimmung der sozialistischen Regierung.

Für die Entente ist Oesterreich eine einzige Kriegsmaterialquelle, da in den Ententeländern selbst die Arbeiter sich der Ausfuhr von Kriegsmaterial widersetzen.

Diese schändliche gegenrevolutionäre Mission hat die Entente auch Ungarn auferlegt, und wir haben Nachrichten erhalten, daß die Patronenfabrik Manfred Weiß in Czepel Tag und Nacht an der Anfertigung von Geschossen für Polen arbeitet.

Am 15. Mai machte die Entente der Wiener Regierung den Vorschlag, einer Erhöhung der Lieferungsnorm für Polen zuzustimmen. Die österreichische Koalitionsregierung ging darauf ein, der Entente die ganze Kriegsindustrie zur Verfügung zu stellen.

Der Kommunistischen Partei erwächst die Aufgabe, den erbittertsten Kampf gegen die Ausfuhr von Waffen in die Wege zu leiten. Unsere Agitation ist bereits von Wirkung gewesen; auf einigen Fabriken haben die Arbeiter das für Polen bestimmte Kriegsmaterial vernichtet, und ein Teil der Eisenbahner hat Friedrich Adler, dem Vorsitzenden des Wiener Kreisarbeiterrats, erklärt, daß sie sich weigern, Kriegstransporte zu befördern.*)

*) Inzwischen ist im Reichsarbeiterrat ein Antrag der Kommunisten, jede Waffenlieferung an Polen einzustellen, eingebracht worden. Die Arbeiterschaft weigert sich in immer größerem Maße, die Waffentransporte weiterzuleiten.

Die Arbeiterräte in Deutsch-Oesterreich.

Die Arbeiterräte in Deutschösterreich hatten unmittelbar nach der Revolution ein unbegrenztes Betätigungsfeld vor sich. An den bald nach der Revolution ausgeschriebenen Neuwahlen beteiligten sich nicht nur industrielle Arbeiter sondern alle Schichten des Kleinbürgertums: Beamte, Intellektuelle, Angestellte drängten, mit Teil zu haben an der neuen Institution, der augenscheinlich die Zukunft gehörte. Doch trotz des geistigen Aufschwungs, den der Zusammenbruch des österreichischen Militarismus herbeiführte, war die übergroße Mehrheit dieser Arbeiterräte noch im Banne der Sozialdemokratischen Partei, die sich eine eigene Taktik der Täuschung und Hinhaltung der revolutionären Klasse zurechtgelegt hatte. Die Arbeiterräte, die sich eben anschickten, in alle Aemter und Behörden ihre Vertreter teils zur Kontrolle, teils aber zur wirklichen Erlernung einer dem Volke lebenswichtigen Funktion zu schicken, ließen sich auf ein Machtgebot der sozialdemokratischen Zentralorganisation der Arbeiterräte zurückhalten. So arteten in den Anfängen schon die Sitzungen der Arbeiterräte in politische Diskussionsabende aus. Erst Monate später, als die neuerwählte Nationalversammlung schon eine starke Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Bourgeoisie andeutete, begannen die Arbeiterräte sich in Kommissionen zu teilen und in das Wirtschaftsleben einzugreifen. Die Vollversammlung sollte von da ab eigenlich nur die Berichte der Kommissionen entgegennehmen und die Stellungnahme des gesamten Arbeiterrates zu konkreten Fragen kundgeben. Aber auch in dieser Richtung blieben die Arbeiterräte vollständig unter der Vormundschaft der Sozialdemokratie. Zaghaft und unschlüssig, wie sie sich vorher in politischen Fragen gezeigt hatten, war auch ihr Vorgehen im wirtschaftlichen Kampf. Die ersten Angriffe der bürgerlichen Presse, die freilich nicht lange auf sich warten ließen, schüchterten die Arbeiterräte derart ein, daß sie bei jeder Handlung erst des langen und breiten alle Konsequenzen erwogen, bis ihnen entweder der frische Mut zum Eingreifen vergangen oder der wichtigste Moment versäumt war.

Gerade in der damaligen Zeit, als alle Verhältnisse noch schwankend waren, als die Bourgeoisie ihren Haß gegen die Arbeiterräte nicht geheim hielt, sondern sie mit vollen Kübeln ihres Unrats überschüttete, sich aber wohl hütete, einen wirklichen Vorstoß, der die Machtverhältnisse auf die Probe stellte, zu unternehmen, hätten die Arbeiterräte fast unbegrenzt ins wirtschaftliche Leben zugunsten der arbeitenden Klasse eingreifen können. Aber sie leisteten nur Flickarbeit und diese nur schlecht und gleichsam

widerwillig. Dabei wurden die Lebensverhältnisse für die unteren Klassen der Bevölkerung immer drückender, die Geldentwertung zog ein maßloses Steigen aller Bedarfsartikel nach sich. Der hereinbrechende Winter fand die Massen des Wiener Proletariats ohne Nahrung und Kleidung, ohne Licht und ohne Heizstoffe. Zeitweise mußte sogar wegen Kohlenmangels der Straßenbahnverkehr eingestellt werden, sodaß die arbeitende Bevölkerung trotz Hunger und Kälte zu Fuß ihrer Arbeitsstätte zueilen mußte. Der Arbeiterrat sah all diesen Kalamitäten müßig zu, so daß sich auch die Arbeiter zu ihm bald gleichgültig, ja sogar feindselig verhielten. Stürmisch wurde eine Neuwahl der Arbeiterräte verlangt.

Der dann auch im Oktober und November 1919 neugewählte Arbeiterrat zeigte schon eine starke kommunistische Minorität. Die Kommunisten versuchten den neuen Arbeiterrat aus seiner Passivität herauszureißen und zu entschiedenem Handeln zu treiben. Sie verlangten energische Maßnahmen gegen den Schleichhandel mit Kohle und Lebensmitteln, Beschlagnahme der vorgefundenen Waren und sofortigen Verkauf an das hungernde und frierende Proletariat. Sie verlangten Beschlagnahme der leer und halbleer stehenden Riesenwohnungen und Paläste und Einquartierung der in Baracken untergebrachten Proletarierfamilien. Sie verlangten zur Zeit der Verkehrskrise die Beschlagnahme aller Autos und Fuhrwerke, um die arbeitende Bevölkerung zur Arbeitsstätte zu fahren. Aber die meisten Forderungen prallten schon in den Vollversammlungen an dem harten Widerstand der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsfunktionäre ab. Sie hatten noch immer die Mehrheit des Arbeiterrates so ziemlich in der Hand. Mit dem Hinweis, daß ein solches Vorgehen den sofortigen blutigen Bürgerkrieg zur Folge hätte, konnten sie noch immer alle unsere Argumente zurückschlagen. Wenn aber wirklich eine oder die andere unserer Forderungen in der Vollversammlung durchdrang, wurde sie durch die Sabotage der Sozialdemokraten in den Kommissionen ihrer Wirkung beraubt.

Die Sozialdemokraten versuchten durch alle möglichen Mittel den Arbeiterrat zur Untätigkeit zu verurteilen. So beriefen sie nur selten die Sitzungen ein und zu solcher Tageszeit, daß infolge der Lichtsparmaßnahmen eine längere Debatte unmöglich wurde. Um die vorgeschriebene Zeit, Punkt 8 Uhr abends, wurde jede Sitzung abgebrochen, selbst wenn über die Lebensnotwendigkeiten des leidenden Wiener Proletariats beraten wurde. Eine andere Methode war es, die Arbeiterratssitzung in einen Vortragsabend umzugestalten, bei dem irgend ein Referent der Sozialdemokraten über ein politisches Thema sprach. Eine Diskussion war auch da infolge der frühen Sperrstunde nicht zu fürchten. Dem unbeugsamen Vorwärtsdrängen der kommunistischen Arbeiterräte und den immer hörbarer grollenden Massen in den Betrieben ist es zu danken, daß der Arbeiterrat sich zu revolutionärem Vorgehen entschließen wollte. Eine ungeheure Massendemonstration des Wiener Proletariats gegen die Reaktion und für eine einschneidende Vermögensabgabe sollte den Anfang machen.

Aber auch da halfen sich die sozialdemokratischen Parteifunktionäre geschickt aus der Klemme. Die Exekutive des Wiener Kreisarbeiterrates, in der die rechten Sozialdemokraten noch immer vorwiegen, berief anstatt der Sitzung des Kreisarbeiterrates eine „Unionsversammlung" ein, d. h. eine Körperschaft, die außer den Kreisarbeiterräten eine Unzahl Funktionäre der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, der Konsumvereine und Krankenkassen enthält. Diese so vergrößerte Körperschaft sollte auch ein größeres politisches Gewicht darstellen. Aus einer Sitzung dieser Union wurden zwei und wären noch mehrere geworden, wenn die Kommunisten nicht durch ihr Fernbleiben die Union gesprengt hätten. Aber die Sozialdemokraten hatten doch erreicht, daß die günstigste Zeit zur Demonstration untätig verflossen, daß der Wiener Kreisarbeiterrat zwei Wochen nicht zusammengetreten war. Die Union hatte sich gegen die Massendemonstration ausgesprochen und bedrohte noch vor ihrer Verwesung den Wiener Kreisarbeiterrat mit der Sabotage all seiner Beschlüsse durch die machtvolle Organisation der Gewerkschaften.

So ist der Arbeiterrat in Deutschösterreich und besonders in Wien seit Anfang März in ein neues Stadium getreten. Die Kampfansage der rechten Sozialdemokraten an die Arbeiterräte, die Sabotage durch die Gewerkschaftsbureaukraten, die die Sitzungen der Arbeiterräte nicht mehr besuchen, drohten den Konflikt auf die Spitze zu treiben.

Mittlerweile wartet, hungert, friert und leidet das Wiener Proletariat unter unsäglicher Unterdrückung. Alle Gesetze und Verordnungen, die einigermaßen die aufreizende Schwelgerei der Bourgeoisie eindämmen sollten, werden frech überschritten, ohne daß sich irgendwo Organe finden, die Einhalt gebieten. Während die Proletarierviertel in Dunkel und Schweigen gehüllt sind, tanzen und prassen in hellerleuchteten Lokalen Schieber und Händler, die der untergehende Kapitalismus in Unzahl an die Oberfläche geschwemmt hat.

Aber schon macht sich in dem von Musik und Tanz durchfluteten Wien ein dumpfes Grollen bemerkbar. Die niedergetretene und offen verhöhnte Arbeiterklasse Deutsch-Oesterreichs beginnt aufzubegehren und sich aufzubäumen gegen ein verfluchtes System, das ihr immer wieder von neuem Steine statt Brot bietet.

Hilde Wertheim.

Wien.

Die Lage in Schweden.

Anfang 1920 stand eine Koalitionsregierung aus Liberalen und Sozialdemokraten am Ruder. Diese Koalitionsregierung hat ihr vollkommenes Ungeschick bewiesen. Sie befand sich unter einem ständigen Druck sowohl von rechts (Agrarier und Großindustrielle) als auch von links (linke Parteien). Infolge ihrer Passivität bei wirtschaftlichen und politischen Konflikten besaß sie gar keine Autorität und erregte ständig wachsendes Mißvergnügen sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Bauern. Unter solchen Umständen konnte die Koalitionsregierung sich nicht lange halten.

Der Versuch, die Regierung durch die Entfernung der am meisten kompromittierten Minister zu retten, verzögerte die Krise nur um einige Wochen. Unter dem Einfluß der immer schärfer werdenden Kritik seitens der linken Sozialisten, die immer breitere Arbeiterkreise um sich scharten, traten die Rechtssozialisten im Februar aus der Koalition aus. Als formeller Anlaß zum Bruch diente der Umstand, daß der liberale Teil der Regierung sich weigerte, dem Riksdag die in den Augen der Rechtssozialisten sehr wichtige Vorlage über die Steuerreform zu unterbreiten, und daß er die Wohnungsreform beschneiden wollte. Aber es lag auch ein wirklicher Grund zum Bruch vor: die Rechtssozialisten fürchteten nämlich, daß die Arbeitermassen bei den Herbstwahlen die rechten Sozialdemokraten verlassen und geschlossen nach links abschwenken würden, wenn die Koalitionsregierung auch nur noch einige Monate lang an der Macht geblieben wäre.

Anfangs machte der König dem Führer der Liberalen den Vorschlag, ein liberales Ministerium zu bilden. Die Liberalen lehnten ab. Da wandte sich der König an Branting. Letzterer konnte nicht abschlägig antworten, da die Koalitionsregierung gerade durch ihn gestürzt worden war.

Und da gelang es nun, im Lauf einiger Tage die erste rechtssozialistische Regierung Schwedens zu bilden. Der Bestand des Kabinetts ist folgender: Vorsitz — Branting; Ministerium des Auswärtigen — Baron Palmstjerna, Finanzen — Thorson, Inneres — Svenson, Unterricht — Olson, Ackerbau — Nielson, Krieg — Hanson; ferner noch einige Mitglieder, meist nicht aus Arbeiterkreisen.

Die neue Regierung verfügte nicht über die Mehrheit, weder in der ersten noch in der zweiten Kammer, und wurde von Anfang an als Regierung der Parlamentsminderheit angesehen.

Das Regierungsprogramm Brantings war durch und durch bürgerlich. Diesen seinen Charakter hat er selbst in seiner Deklaration anerkannt und hervorgehoben.

Zu seinem Programm gehörte: die Reform der Kommunalsteuern (eine sehr beschränkte), die Wohnungsreform (eine noch beschränktere) und die Auflösung der Kommission zur Erörterung der Frage der Demokratisierung der Industrie.

Die linken Sozialisten traten von Anfang an in die Opposition, die Rechtsliberalen dagegen erklärten, eine abwartende Haltung einnehmen zu wollen. Branting und seine Genossen verpflichteten sich eidlich, das Königtum bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Arbeitermassen waren mit der Regierung unzufrieden; sie forderten auf großen Versammlungen ein breiteres Programm — vor allem grundlegende Reformen im Wohnungswesen, Herabsetzung der Preise, Verständigung mit Rußland und Unterstützung der Arbeiter im Lohnkampf. Aber Branting erklärte, daß die Erfüllung dieser Forderungen unmöglich sei. Seine erste Rede richtete er hauptsächlich gegen die Linkssozialisten.

Vom ersten Augenblick an wurden Branting und sein Ministerium ein gehorsames Werkzeug in den Händen der bürgerlichen Parteien. Dem Riksdag wurde nicht eine einzige Reform von sozialistischem Charakter vorgelegt. Nur eins wurde getan, und auch das in demogogischer Absicht: es wurden einige Kommissionen gebildet, die wahrscheinlich erst nach einigen Jahren imstande sein werden, mit ein paar Kompromißvorschlägen hervorzutreten. Hierbei ist sogar das Reglement über die gemischten Kommissionen durch allerlei Zusätze sehr beschnitten worden.

Immerhin hat sich, als die Macht in die Hände des Kabinetts Branting überging, die revolutionäre Gärung unter den Arbeitern etwas gelegt. Das Streben nach links hörte auf: die Arbeiter warteten die praktischen Maßnahmen Brantings ab.

Aber obgleich Branting mit vollen Segeln nach rechts steuerte, bereiteten ihm die Rechtsparteien im Riksdag in verschiedenen Fragen doch eine ganze Reihe Ueberraschungen.

Viele bürgerliche Blätter (darunter auch das Organ der höchsten Geistlichkeit und der Bischöfe) warnten die bürgerlichen Parteien davor, gegen Branting vorzugehen, um den Revolutionären nicht in die Hände zu arbeiten; und die Mehrzahl der hohen Beamtenschaft und der Finanzbourgeoisie urteilte: „Gott sei Dank, daß es einen Branting gibt, sonst wäre die Revolution unvermeidlich."

Und dennoch vereinigten sich die Liberalen in allen wichtigeren Fragen mit den Rechten gegen Branting, für den von den bürgerlichen Parteien nur zwei unbedeutende neue Bauernparteien eintraten.

Es wurde immer klarer, daß Schweden auf dem Wege zur Bildung einer neuen Koalition war: aus der rechtssozialistischen Partei und der mittleren Bauernschaft. In den Fragen, die das Steuersystem und die Wohnungskrise betrafen, vereinigten sich die Rechten mit den Liberalen gegen die Anträge Brantings. Um die Bauernparteien auf seine Seite zu bringen, beschnitt Branting seine Gesetzesvorlagen noch mehr.

Von allen rechtssozialistischen Prinzipien auf dem Gebiet der Steuer-

reform ist fast nichts übrig geblieben, und die Wohnungsreform hat solche Gestalt erhalten, daß nur die äußere Formulierung den reaktionären Inhalt verbirgt. Es entstand die Frage, ob es unter solchen Umständen sich lohne, im Riksdag derart beschnittene Steuervorlagen durchzuführen.

Es vergingen nur einige Monate, und die Lage des Kabinetts Branting gestaltete sich nicht nur schwierig und unsicher, sondern beinahe hoffnungslos. Branting weiß nicht, ob er gehen oder bleiben soll. Wenn er geht, so würde er damit, ohne eine einzige Reform verwirklicht zu haben, die ganze Machtfülle der Bourgeoisie übergeben, was die Arbeitermassen nicht begreifen würden. Wenn er nicht geht, so müßte er am Steuer bleiben nicht als Kapitän des Schiffes, sondern als Gefangener der Bourgeoisie, ohne die Möglichkeit, selbständig irgend etwas zu unternehmen; das werden die Arbeiter auch nicht begreifen.

Die diplomatischen Beziehungen Schwedens zu Finnland haben sich wegen der Aalandfrage stark zugespitzt.

Und dieser Konflikt verschärft sich immer mehr.

Der Wahlkampf hat bereits begonnen. Natürlich kann vorläufig kaum beurteilt werden, welches Ergebnis er haben wird.

Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß die Rechtsparteien — die Liberalen und Rechtssozialisten — ungefähr ein Dutzend Mandate verlieren werden, und zwar dürften die Rechtssozialisten stärkere Einbuße erleiden als die anderen Parteien.

Vorläufig siegen die Bauernpartei und die Linkssozialisten. Die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen (und dementsprechend die Zahl ihrer Mandate) wird sich wahrscheinlich verdoppeln. Wenn aber die jetzige ungesetzliche Wahlordnung verbessert worden wäre, dann würden die Linkssozialisten die Zahl ihrer Mandate wahrscheinlich verdreifacht haben.

Das jetzige Kräfteverhältnis der Parteien im Riksdag ist folgendes: In der ersten Kammer (Senat) — 3 Linkssozialisten, 17 Bauernpartei, 40 Liberale, 40 Rechte, 52 Rechtssozialisten.

In der zweiten Kammer — 11 Linkssozialisten, 18 Bauernpartei, 55 Rechte, 60 Liberale, 86 Rechtssozialisten.

Die wirtschaftliche Lage.

Vom Standpunkt des Wertes der schwedischen Valuta auf dem Weltmarkt ist die Wirtschaftslage des Landes sehr günstig.

Der Kurs der schwedischen Valuta ist verhältnismäßig sehr hoch, höher sogar als der der norwegischen (um 15%) und um 25% höher als der Kurs der dänischen. Aber die Medaille hat auch eine Kehrseite. Die Preise in Schweden sind ungewöhnlich hoch und steigen beständig: so kostet z. B. eine Wohnung von 2 Zimmern jetzt 900—1000 Kronen jährlich (d. h. 9—10 000 deutsche Mark, da die Mark in Schweden 10 Oere wert ist).

Ein Anzug kostet 200—300 Kronen, ein paar Stiefel 30—40 Kronen, ein Hut 30 Kronen, ein Sortiment Unterwäsche 120 Kronen, ein Frühstück 3 Kronen, Mittagessen 5 Kronen, Butter 3 Kronen das Kilo, Brot 1,40 Kronen,

Fleisch 5 Kronen, Holz 30 Kronen das Bündel usw.; diese Preise beziehen sich auf Durchschnittsware, bessere Qualitätsware ist bedeutend teurer. Die Steuern wachsen ebenfalls unglaublich. Ein Arbeiter, der jährlich 4000—5000 Kronen verdient, zahlt 500—600 Kronen Steuern. Die ständig wachsende Lebensverteuerung ruft einen beständigen Kampf für die Lohnerhöhung hervor. Und dieser Kampf wird immer erbitterter. In den letzten Monaten kam es zu einer Reihe von scharfen Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern — Setzern, Schneidern, Landarbeitern, Metallarbeitern, Bauleuten usw. Erst nach monatelangen Streiks und Aussperrungen hörten die Konflikte zeitweilig auf, infolge gegenseitiger Zugeständnisse, die jedoch keine von den Parteien befriedigt haben.

Nach einiger Zeit werden die Konflikte sich unausbleiblich erneuern. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht starke Unruhe und Gespanntheit. Die Arbeiter, die nicht imstande sind, eine Kompensierung der wachsenden Teuerung durch Erhöhung des Arbeitslohns vermittels des gewöhnlichen Streik-Kampfes durchzudrücken, erörtern aufs lebhafteste neue Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes und organisieren sich zu diesem Zweck. Sowohl das Kapital als auch die Arbeiterverbände sammeln ihre Kräfte: auf dem Arbeitsmarkt Schwedens nimmt der Kampf allmählich an Stärke und Erbitterung zu.

Die schwedische Industrie überwindet jetzt große Schwierigkeiten, trotz der gewaltigen Gewinne und Dividenden, die sie den Kapitalisten während des Weltkrieges abgeworfen hat, als Schweden fast nach allen kriegführenden Ländern Waren lieferte und die Kapitalisten märchenhafte Reichtümer einheimsten. Die Zahl der schwedischen Millionen hat sich während des Krieges verzehnfacht. Jetzt ist die Krise eingetreten. Fast alle Papiere, besonders die der großen Industrieunternehmen, fallen ständig im Preise. Die Konkurrenz Englands, Amerikas und sogar Deutschlands wird sehr fühlbar. Nur die Bankpapiere fallen nicht im Preise und die Gewinne der Bankleute steigen ununterbrochen. Die ganze schwedische Industrie ist eine Dienerin oder besser gesagt die Milchkuh des Bankkapitals geworden. Nur die schwierige Lage der schwedischen Industrie hat die Regierung genötigt, den Warenaustausch mit Rußland zu beginnen.

Die Industrieniederlagen für Ausfuhr sind mit Waren überfüllt, aber es gibt niemand, der sie kaufen wollte und könnte. Die schwedische Industrie, die für den Export arbeitet, macht eine schwere Krise und das schwedische Proletariat eine Zeit vollständiger Arbeitslosigkeit durch. In diesem Augenblick erschien Sowjetrußland als rettender Engel. Aber die Krise muß sich unausbleiblich noch verschärfen, da die Teuerung steigt, die Arbeiter nicht für die Kapitalisten tätig sein wollen und der Druck der ausländischen Konkurrenz immer stärker wird. Ein Mißerntejahr wird in Schweden unbedingt zur Katastrophe führen. Die letzten Jahre brachten in Schweden ungewöhnlich reiche Ernten, aber für die nächste Zukunft kann niemand bürgen.

Die Staatsschuld Schwedens wächst schnell. Das Budget vergrößert

sich mit Riesenschritten. Die Steuern steigen rasch; jedes neue Jahr bringt auch neue Steuern. Die Tarife der Eisenbahn, der Straßenbahnen, der Dampferlinien haben sich vervierfacht.

Eine Fahrkarte III. Klasse von Stockholm bis Göteborg, die früher 6 Kronen gekostet hat, kostet jetzt 26 Kronen usw. In Stockholm zahlte man für eine Straßenbahnfahrt vor zwei Jahren 10 Oere, jetzt aber kostet eine Fahrt 25—70 Oere. Ein Stadtbrief wurde vor drei Jahren mit einer 5-Oeremarke freigemacht, jetzt aber kostet er 20 Oere. Und trotz alledem ist die Staats- und Kommunalwirtschaft nicht imstande, durchzukommen.

Im Ergebnis hat sich die Wirtschaftslage in Schweden, besonders die der Arbeiter, seit dem ersten Januar verschlechtert. Und dieselbe Verschlechterung ist auch in der Lage der Kleinbauern zu vermerken. Der Grundzins, den sie zu entrichten haben, steigt immer mehr.

Und nur die Gutsbesitzer, die Holzindustriellen, Papierfabrikanten und Bankleute haben eine goldene Zeit.

F. Ström.

Stockholm, den 12. Juni 1920.

Der schwedische Jugendverband.

Außer der Linken Sozialdemokratischen Partei gibt es in Schweden nur noch eine Organisation, die der Kommunistischen Internationale angeschlossen ist: das ist der Sozialdemokratische Jugendverband. Vom Anbeginn seines Bestehens hat dieser Verband in der schwedischen Arbeiterbewegung einen hervorragenden Platz eingenommen, zuerst als Vortrupp der sozialistischen Propaganda überhaupt, dann als Verbindungszentrum für alle oppositionellen Elemente des linken Flügels der alten Sozialdemokratie und schließlich, im gegenwärtigen Zeitpunkt, als größte und lebensfähigste kommunistische Organisation. Vor über einem Jahr hat der Jugendverband das kommunistische Programm und die kommunistische Taktik voll angenommen und ist in die III. Internationale eingetreten; der Beschluß hierüber wurde auf dem Kongreß im Juni 1919 gefaßt, d. h. früher als der entsprechende Beschluß des Kongresses der linken Partei, der überdies nicht mit solcher Einmütigkeit gefaßt wurde wie der Beschluß des Jugendkongresses. Dies erklärt sich daraus, daß es in der Partei eine recht bedeutende Minderheit gab und noch gibt, die den Kommunismus nicht anerkennt, und zu dieser Minderheit gehören verschiedenartige Elemente, wie die parlamentarisch gestimmten Vertreter der Richtung Wennerström, die in dieser ganzen Opposition tonangebende Parlamentsfraktion der „Humanisten" mit Lindhagen an der Spitze usw. Der Jugendverband dagegen, der nach seiner endgültigen Abtrennung von der rechtssopialistischen Partei im Jahre 1917 das Gerippe der linkssozialistischen Bewegung wurde und ohne dessen Mitwirkung im Lauf der letzten drei Jahre keine einzige neue Partei, kein einziges neues Parteiprogramm hätte entstehen können, ist voll und ganz für die Neuorientierung, für den Kampf, dessen Pioniere die russischen Bolschewiki waren und auch heute noch sind.

Es wird zweifellos für jeden Kämpfer der revolutionären Arbeiterbewegung außerhalb Skandinaviens nicht uninteressant sein, mit der kommunistischen Jugendbewegung in Schweden bekannt zu werden. Wir wollen hier keine vollständige geschichtliche Uebersicht und eingehende Beschreibung dieser Bewegung geben, wir werden uns nur auf einige Bemerkungen über die Geschichte des Jugendverbandes beschränken und in allerkürzester Form eine Uebersicht über seine gegenwärtige Lage geben.

In den 80er Jahren wurde Schweden infolge der objektiven Verhältnisse für das Auftreten der Bewegung der Arbeiterklasse reif, und die sozialistische Propaganda durch Agitoren und kleine Zeitungsblätter begann in die Bevölkerungsschichten einzudringen, die infolge des Zeitgeistes für sie

empfänglich geworden waren; und so entstehen im ganzen Lande Organisationen. Zu Beginn der 90er Jahre wurde in Stockholm der Versuch gemacht, sozialistische Sonntagsschulen einzurichten, und dann, einige Jahre später, entstehen schon an verschiedenen Orten Schwedens selbständige Organisationen der Arbeiterjugend — der Jünglinge und der Mädchen. Diese örtlichen Organisationen vereinigten sich zu einem Verband, der jedoch in den ersten Jahren des XX. Jahrhunderts auf den falschen Weg des Anarchismus geriet und überhaupt niemals von irgendwie beträchtlichem Einfluß war.

Nach dem Ausscheiden einiger und zwar der größten Klubs (örtlichen Organisationen) im März 1903 bildete sich aus ihnen der Sozialdemokratische Jugendverband, der organisatorisch mit der alten Arbeiterpartei verbunden war, welche damals im Parlament noch keinen großen Einfluß hatte und ganz anders geartet war als die Organisation, die in den folgenden Jahren aus ihr geworden ist. Die ersten Jahre des Bestehens des Jugendverbandes waren eine Zeit lebhaftester Tätigkeit, die teils die Organisierung einer möglichst großen Anzahl von örtlichen Organisationen, teils die Unterstützung der allgemeinen Arbeiterbewegung bezweckte. Gleich nach seinem Entstehen schuf sich der Jugendverband sein Organ, die Monatsschrift „Fram" (Vorwärts), die rasch weiteste Verbreiterung gewann und erfolgreich für die Absonderung der Jugend in selbständige Organisationen agitierte. Als im Sommer 1905 die schwedisch-norwegische Union gelöst wurde, unternahm der zweijährige Jugendverband seine erste große Aktion. Die Chauvinisten schrieen bis zur Heiserkeit nach dem Krieg gegen Norwegen. „Krieg mit Norwegen" war die Losung des nationalistischen Pöbels. Die ganze Arbeiterklasse protestierte gegen den Krieg mit dem Brudervolk, das die andere Hälfte der Skandinavischen Halbinsel bewohnt, die energischste Kampagne gegen den Krieg leitete aber die Arbeiterjugend ein. Im Zusammenhang mit dem Verbandskongreß von 1905 wurde ein Feldzug gegen die bewaffnete Einmischung eröffnet: der Kongreß wandte sich an die Jugend und an die Arbeiterklasse überhaupt mit einem kurzen, aber eindrucksvollen Manifest, indem er sie dazu aufrief, Schulter an Schulter für die Aufrechterhaltung des Friedens einzutreten. Das Manifest verkündete die Losung „Friede mit Norwegen", — und der Friede mit Norwegen wurde nicht gestört. Für dieses Manifest wurde Gen. S. Höglund, später (1909—1917) der hervorragendste Bannerträger der roten Jugendbewegung in Schweden, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Um Mißverständnisse hinsichtlich des Inhalts dieses Manifests zu vermeiden, ist es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, daß in ihm gesagt war, die Jugend müsse ihrer Pflicht eingedenk sein und die Teilnahme am Krieg gegen die Arbeiter Norwegens verweigern, in dem festen Bewußtsein, daß die Waffen, wenn überhaupt, so doch jedenfalls nicht gegen die Norweger in Anwendung zu bringen sind.

Nach 1905 wird die Arbeit zur Umwandlung der Jugendorganisation in eine geschlossene und kampffähige Vereinigung fortgesetzt. Trotz einiger

Meinungsverschiedenheiten über die Unabhängigkeit des Jugendverbandes (es gab Bestrebungen, ihn völlig den Parteiführern unterzuordnen), waren die Beziehungen zur Partei recht gut. Bis 1908 betrafen die Meinungsverschiedenheiten nur eine oder zwei Fragen. Aber von dieser Zeit an trat eine völlige Veränderung ein, die sozialdemokratische Partei gewann eine bedeutend einflußreichere Stellung im Riksdag; nach den Wahlerfolgen erschien Herr Branting im Parlament an der Spitze einer mehr als doppelt so starken sozialistischen Fraktion. Ungefähr um dieselbe Zeit wurden die Folgen der Wirtschaftskrisen fühlbar; nach dem großen Streik von 1909 (für skandinavische Verhältnisse war das ein grandioser Zusammenstoß der Arbeit mit dem Kapital), der mit einer Niederlage endete, folgte auf dem Arbeitsmarkt eine Reihe von Konflikten, die für die Lohnsklaven des Kapitals unglücklich waren, und die Arbeiter betraten den Weg der politischen Reformarbeit, in der Hoffnung, ihre bedrückte Lage auf parlamentarischem Wege zu bessern. Zur selben Zeit war der Arbeiterbewegung noch eine weitere Krise beschieden: eine große Anzahl von Arbeitern, die auf dem Papier Mitglieder der Gewerkschaften waren, verließen dieselben, und ein bedeutender Teil der aktiven Mitglieder fiel dem großen Streik zum Opfer, denn die rachsüchtigen Arbeitgeber stellten „schwarze Listen" auf, und die „Schuldigen" konnten in keinem einzigen Betrieb Schwedens Arbeit finden; es blieb ihnen kein anderer Ausweg als die Auswanderung. Besonders litt der Jugendverband. Aber die Kräfte der roten Jugend wuchsen trotz alledem, und ein Jahr nach dem großen Streik von 1909 wurde dank der Tätigkeit des Jugendverbandes die ganze Kraft der Bewegung wiederhergestellt.

Inzwischen waren Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Verband und der Partei herangereift, da die leitenden Parteikreise und die Parlamentsfraktion mit Branting an der Spitze immer deutlicher ihre Absicht offenbarten, die Sozialdemokratie auf den schlüpfrigen Weg des Opportunismus zu verleiten. Auf dem Kongreß des Verbandes im Jahre 1909 kam seine Linksorientierung darin zum Ausdruck, daß ein Zentralkomitee gewählt wurde, das sich voll und ganz der immer mehr erstarkenden Opposition anschloß, welche gegen den spießbürgerlichen Opportunismus ankämpfte.

Seit Anfang 1909 begann in Stockholm auf Anregung einiger Klubs eine Wochenschrift unter der Redaktion von S. Höglund zu erscheinen. Dieses neue Blatt, das „Stormklokkan" (Die Sturmglocke) hieß, wurde laut Beschluß des Kongresses neben der Zeitschrift „Fram" zum offiziellen Organ erklärt. Nach den Parlamentswahlen von 1911, als in Schweden die erste sogenannte „linke Umwälzung" stattfand und die Sozialdemokraten noch mehr Sitze im Parlament erhielten und die Liberalen das Ministerium bildeten, setzte die Partei ihre Evolution nach rechts fort; dazu trug auch der Einfluß der bürgerlichen „Radikalen" bei — unter ihnen erlangte Baron Palmstjerna späterhin besondere Berühmtheit —, von denen sich eine bedeutende Anzahl angesichts der sozialdemokratischen Wahlerfolge der Partei anschloß. Der rechte Flügel machte sich ans Werk, um in der Partei

den Boden für den Ministerialismus vorzubereiten, und die Partei knüpfte in ihrer ganzen Politik immer intimere Beziehungen zu den bürgerlichen Linken, d. h. den Liberalen an. Im Jahre 1912 fand abermals ein Kongreß des Jugendverbandes statt. Der Kongreß sprach sich gegen den Eintritt der Sozialisten ins Ministerium und gegen die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie aus und betonte offen den Willen der Arbeiterjugend, daß das Proletariat fest auf dem Boden des Klassenkampfes stehen solle. Da traten aus dem Verband alle die Mitglieder aus, die sich zur Partei „loyal" verhielten und Branting die Treue bewahtren. Andererseits drückte der Kongreß der „Stormklokkan" für ihre scharfe Kritik an den opportunistischen Führern seinen Beifall aus. Seither, d. h. schon acht Jahre lang, hat es in der schwedischen Arbeiterbewegung einen rechten und einen linken Flügel gegeben, wobei letzterer fast völlig aus Mitgliedern des Jugendverbandes bestand. Scharfe Zusammenstöße zwischen beiden Strömungen haben übrigens erst seit Kriegsbeginn eingesetzt, als das Zentralkomitee der Partei sich der Losung des Burgfriedens anschloß und die Durchführung des Gesetzes über die Heeresorganisation unterstützte, deren Ergebnis ein für Schweden und seine geringzählige Bevölkerung unerhörtes Budget der „nationalen Verteidigung", d. h. der Stärkung des bürgerlichen Militarismus war.

Nach Kriegsausbruch fand sofort ein Parteikongreß statt, auf dem Branting unter der Drohung mit seinem Rücktritt einen Beschluß erzwang, der das liberal-sozialistische Koalitionsministerium anerkannte. Das war ein neuer und der vollendetste Ausdruck all der verräterischen Politik gegen die Arbeitermassen, die das Verhalten der Sozialdemokraten in den letzten Jahren kennzeichnet.

Der Kongreß des Jugendverbandes, der etwas später, Ende Dezember 1914 stattfand, antwortete darauf einerseits mit neuen Versuchen, die Anerkennung der vollen Unabhängigkeit des Verbandes durchzudrücken, und andererseits mit einem scharfen Protest gegen die Verwandlung der Sozialdemokratie in eine bürgerliche Partei, sowie gegen den kleinlichen Schacher der Mehrheit der Parlamentsfraktion mit der Bourgeoisie. Der Versuch, Schweden im Jahre 1915 auf der Seite Deutschlands in den Weltkrieg hineinzuziehen, stieß auf den festen Willen der gegen den Krieg gestimmten Arbeiterklasse. Aber die Partei als solche führte den Kampf gegen die verbrecherische Agitation für den Krieg nicht genügend energisch durch. Der „Stormklokkan" aber gelang es, im Sommer 1915 die rechtsstehenden „Genossen" zu entlarven, die als wütende Deutschfreunde unmittelbaren Anteil an der Clique der „Aktivisten" (der Anhänger einer „aktiven Außenpolitik) nahmen, welche für die Einmischung Schwedens zum Schutz des Kaisers und Krupps agitierten.

Die in ihrem eigenen Verband organisierte Jugend der Partei übernahm die Aufgabe, die Notwendigkeit des Klassenkampfes auch für Schweden nachzuweisen und unter den Massen den revolutionären Sozialismus im Geist des wahren Marxismus zu propagieren.

Als nach dem Sturz der II. Internationale die rote Fahne in der ganzen Welt wieder erhoben wurde und auf Anregung der russischen und italienischen Genossen in Zimmerwald die Konferenz einberufen wurde, die den Sozialchauvinisten aller Länder den ersten Schlag beibrachte, zeigte der Sozialdemokratische Jugendverband sich ebenfalls auf der Höhe: er entsandte dorthin zwei Vertreter und erklärte seinen Anschluß. Nach dieser Konferenz nahm der Jugendverband Fühlung mit der immer stärker anwachsenden revolutionären Strömung in den kriegführenden Ländern und wurde zum Vortrupp der Zimmerwalder Internationale in Schweden. Zugleich verschärfte sich der Konflikt der Jugend mit der Partei, deren Kurs unveränderlich nach rechts gerichtet war und die Partei immer tiefer in den Sumpf des Burgfriedens hineinzog.

Anfang 1916 drohte Schweden abermals die Gefahr, in den Weltkrieg verstrickt zu werden. Da es sich als unmöglich erwies, die rechte Strömung zu Maßregeln zur Bekämpfung der verbrecherischen Agitation für den Krieg zu bewegen, beschloß der Jugendverband, völlig selbständig einen Arbeiterkongreß über die Friedensfrage einzuberufen. Er fand im März 1916 in Stockholm statt und wurde außer von den Jugendklubs auch von einigen Gewerkschaften und örtlichen Parteiorganisationen beschickt, in denen die Mehrheit aus Mitgliedern der Jugendklubs und anderen radikalen Elementen bestand, die überzeugt waren von der Notwendigkeit des organisierten Kampfes gegen die Agitation der deutschen Agenten für den Krieg. Welche Bedeutung dieser Arbeiterkongreß für den Feldzug gegen die offene Teilnahme Schwedens an der Menschenschlächterei hatte, wollen wir hier nicht eingehend erörtern. Es regnete Anklagen gegen die 30 Genossen, die am Kongreß teilgenommen hatten, und drei von ihnen wurden wegen Hochverrats dem Gericht übergeben. Außerdem beschleunigte der Kongreß das Eintreten der Spaltung in der Partei. Der Umstand, daß die für den Burgfrieden eintretenden Sozialdemokraten zusammen mit der Bourgeoisie sich an der Hetze gegen den Kongreß und seine Teilnehmer beteiligt hatten, verschärfte die Beziehungen zwischen den beiden Richtungen selbstverständlich noch mehr. Ungefähr um dieselbe Zeit kam es zur Spaltung in der Parlamentsfraktion: von der ungefähr 100 Personen zählenden Fraktion (die genauen Daten habe ich leider nicht zur Hand) spaltete sich eine Gruppe von ungefähr 10 Mann ab, die eine besondere Fraktion bildete — die linkssozialistische.

Im Mai begannen Mitglieder der Jugendklubs zusammen mit einigen linksstehenden Parteigenossen die Zeitung „Politiken" herauszugeben, die jeden zweiten Tag erschien (gegenwärtig ist sie das täglich erscheinende Organ der kommunistischen Bewegung in Schweden) und von Ture Nerman geleitet wurde.

So war die Spaltung herangereift, und der endgültige Bruch zwischen beiden Richtungen mußte jeden Augenblick stattfinden. Im Februar 1917 wurde ein Parteikongreß abgehalten; seine Entschließungen zeigten deutlich, daß es zwischen dem Jugendverband und der sozialdemokratischen

Partei tatsächlich nichts Gemeinsames mehr gab und daß die Jugend nicht darauf hoffen konnte, die Parteimehrheit für den Standpunkt des revolutionären Sozialismus zu gewinnen. Hauptsächlich dank der Bemühungen der Mitglieder der Jugendklubs wurde die linke sozialdemokratische Partei gegründet, die Zeitung „Politiken" wurde erweitert und in ein Tagesorgan umgewandelt; außer „Politiken" und „Stormklokkan" wurden viele Organe in der Provinz teils gegründet, teils den alten Sozialdemokraten entrissen. Die Hälfte der Aktien des Verlags des Jugendverbandes — der den Namen „Fram" annahm, zum Gedächtnis des ersten, im Jahre 1913 geschlossenen Organs des Verbandes — wurde an die Partei abgetreten. Nachdem gleichzeitig — im Mai 1917 — die konstituierende Versammlung der neuen Partei und der Kampf des Jugendverbandes stattgefunden hatten, begannen diese beiden das ganze Land umfassenden Organisationen die gemeinsame Arbeit, um in Schweden den Boden für die Befreiung der Arbeiterklasse vorzubereiten, wobei sie in erster Linie bestrebt waren, die verräterischen Intrigen der Sozialpatrioten und der kapitalistischen Unterdrücker vor den Arbeitern zu entlarven.

Im Laufe der letzten drei Jahre brauchte der Jugendverband nicht mehr einen großen Teil seiner Kräfte auf innerparteiliche Zwistigkeiten und auf den Kampf für die Gewinnung der Mehrheit in den Parteiorganisationen zu verwenden. Er konnte jetzt alle seine Kräfte seinem unmittelbaren Ziel widmen — der Jugenderziehung. Die Mitgliederzahl und die Bedeutung der Jugendverbände begannen rasch zu wachsen. Zugleich aber wurde auch die Hilfeleistung für die linke Partei nicht vergessen, die zum Schutz der kühnen revolutionären Aktionen der ausländischen Genossen auftrat. Eine besonders energische Tätigkeit entfaltete der Jugendverband im Kampf gegen den gemeinen Lügenfeldzug, den die Bourgeoisie und die Anhänger Brantings gegen Sowjetrußland führen, das mit furchtloser Mannhaftigkeit und Festigkeit seine Existenz verteidigt.

Wie eingangs bereits erwähnt worden ist, hat der Jugendverband beschlossen, sich der III. Internationale anzuschließen. Im Statut des Verbandes heißt es, daß der Verband sich die Verbreitung der kommunistischen Ideen zum Ziel setzt, insbesondere unter der Jugend, und daß der sozialdemokratische Jugendverband einen politischen Kampf gegen die bürgerliche Demokratie führt und die Diktatur des Proletariats als Uebergangsform zur neuen Gesellschaftsordnung anerkennt. Im Programm des Verbandes wird die Notwendigkeit der Entwaffnung der Bourgeoisie betont, und überhaupt äußert sich das Programm zur Frage des Militarismus mit völliger Klarheit und fegt die letzten Reste pazifistischer Unklarheit hinweg, die alle früheren Punkte über die Entwaffnung kennzeichnete.

* * *

Der sozialdemokratische Jugendverband (die Bezeichnung ist die alte geblieben, mit dem Zusatz: „der III. Internationale"), ist gegenwärtig eine

starke und tatkräftige Organisation. Um eine gewisse Charakteristik seiner Tätigkeit zu geben, teile ich kurz mit, was der Verband im Jahre 1919 geleistet hat.

Im Laufe dieses Jahres, wie auch früher schon, ist das ganze Land von Agitatoren des Verbandes bereist worden, die nach einem bestimmten Plan handelten. Ihre Tätigkeit bestand hauptsächlich in der Abhaltung von Abendvorträgen, zum Teil an Punkten, wo schon Ortsgruppen des Verbandes bestehen, zum Teil aber auch an Orten, wo es solche noch nicht gibt. Außerdem ist im Laufe des vorigen Jahres eine neue Agitationsmethode angewandt worden: es wurden Agitatoren ausgesandt, die sich z. B. einen Monat lang in einer bestimmten Gegend aufhalten, an den einzelnen Punkten mehrere Tage hintereinander verweilen, daselbst öffentliche Vorträge halten, die Klubs instruieren, die Verbreitung der Literatur organisieren und die Aufklärungsarbeit in Gang bringen, kurz die Organisierung der kommunistischen Jugendbewegung fördern mußten. Fünf Organisatoren arbeiteten im Laufe des Jahres 126 Tage, hielten 97 Vorträge und 42 Instruktionsreden. Jetzt ist beschlossen worden, einige ständige Organisatoren für die Bezirke zu ernennen, denen es an rednerischen und organisatorischen Kräften besonders mangelt. Schon im vorigen Jahre hat auch eine systematische Agitationsarbeit von Radfahreragitatoren begonnen: in den Teilen des Landes, wo es wenig Eisenbahnen gibt, reisen besondere Agitatoren des Jugendverbandes auf Rädern umher. Die Aufgabe dieser Agitatoren — im ganzen 35 Mann — besteht in der Verbreitung von Literatur und in persönlicher Einwirkung auf die Dorfbewohner. Im Laufe des Sommers veranstalteten sie 791 öffentliche Versammlungen und 45 geschlossene Sitzungen, auf denen sie den Mitgliedern der Jugendklubs Instruktionen über die Kluborganisation gaben. Zum Bereisen des Landes wurde auch das „Rote Automobil" benutzt, mit zwei Rednern und mit revolutionärer Literatur; der Verband benutzte dieses Automobil zusammen mit der linken Partei.

Hier muß bemerkt werden, daß der Jugendverband überhaupt viele Agitationsmethoden angewandt hat, die für Schweden völlig neu sind. Was das „Rote Automobil" betrifft, so haben seine Fahrten, als die rote Jugend im Jahre 1911 mit ihnen begann, in allen Bevölkerungskreisen ungewöhnliches Interesse hervorgerufen. Damals war das völlig neu, und den bürgerlichen Organisationen, die ebenfalls mit der „Automobilagitation" begannen, gelang sie niemals so glänzend wie dem Jugendverband mit seinen Roten Automobilen. Die politische Karikatur war in Schweden ebenfalls völlig unbekannt, als die Zeitschrift „Stormklokkan" sie anzuwenden begann und dabei die begabtesten Künstler zur Mitarbeit heranzog. Das sind nur einzelne Beispiele für den Ideenreichtum, die Initiative und Organisiertheit, die die „verbrecherische Jugend" an den Tag legte, wie einer der bürgerlichen Kriechtiere uns zu nennen beliebte.

Dann wurden im Jahre 1919 drei spezielle Agitationstage organisiert: der „Rote Sonntag" am 2. März, der besonders der mündlichen und schrift-

lichen Agitation für Sowjetrußland gewidmet war; der Tag der Jugend-Internationale am 7. September und schließlich der zweite Jahrestag der russischen Proletarierrevolution am 7. November. An diesen Tagen wurden an die verschiedenen Orte des Landes besondere Redner ausgesandt und für diesen Anlaß herausgegebene Literatur verbreitet. Der Jahrgang 1919 der „Stormklokkan" wurde in 1½ Millionen Exemplaren abgesetzt; außerdem wurde eine Gelegenheitsbroschüre gegen die bürgerliche Wohltätigkeit herausgegeben und zusammen mit der Partei Sondernummern zum 1. Mai und zu Weihnachten. Dies alles ist vom Zentralkomitee des Jugendverbandes geleistet worden, allein es muß auch der Arbeit der Bezirksorganisationen gedacht werden, denn der Schwedische Jugendverband ist in 26 Bezirke eingeteilt, und in jedem besteht ein Sonderkomitee, dem es obliegt, die Arbeit der Ortsgruppen und Klubs in seinem Bezirk zu leiten.

Im vorigen Jahre hat der Jugendverband seine Tätigkeit auch auf die Kinder ausgedehnt. Trotz des erbitterten und zähen Widerstandes, den in dieser Hinsicht die schwarzen Diener der kapitalistischen Gesellschaft — sowohl in der Kirche als auch in der Schule — leisteten, stürzten sich die Mitglieder des Jugendverbandes ungefähr an 50 Orten mit dem Kampfgeschrei „Sorgt für die Kinder" in die Schlacht, um Gruppen von Kindern im Alter von 8—15 Jahren zu sammeln und zu organisieren. Es begann eine besondere Monatsschrift, die „Kinderzeitung", zu erscheinen, es wurden besondere Leiter für die Kinder ernannt, je einer in der Verbandsleitung, in jedem Bezirkskomitee und in den Klubkomitees. Ueber die Aufklärungsarbeit des Verbandes muß besonders gesprochen werden.

Der Jugendverband hat alles nur Mögliche getan, um unter den Arbeitern das Streben nach Aufklärung überhaupt und nach der Theorie des Sozialismus insbesondere zu entwickeln. In Schweden gibt es einen Verband für Arbeiteraufklärung, an dem die linke wie auch die rechte sozialistische Partei, sowie die Gewerkschaften, die syndikalistischen und die jungsozialistischen (anarchistischen) Vereinigungen teilnehmen. Die Aufklärungsarbeit wird von „Zirkeln" bei den Ortsgruppen geleistet, und unser Jugendverband verfügt sowohl über die absolute als auch über die relative Mehrheit aller Aufklärungszirkel. Im Verband wird auch eine besondere kommunistische Arbeit geleistet, zu deren Programm u. a. das Lesen und die Erörterung der Schriften von Engels, Bucharin, Radek, Marx, Lenin u. a. gehört.

Wir können hier nicht eingehender bei dieser Seite der Arbeit verweilen und wollen uns nur auf allgemeine Schlußfolgerungen beschränken. Die Arbeit zur Aufklärung der Mitglieder, insbesondere für kommunistische Propaganda, hat sich im vergangenen Winter stark entwickelt. Sowohl die Anzahl der Zirkel als auch die Menge der Vorträge und Kurse ist im Vergleich zum Vorjahr außerordentlich gestiegen.

Die Propaganda unter den Soldaten, der wir stets besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben, ist fortgesetzt worden. Unsere Bemühungen, die Gewerkschaften zu revolutionieren, haben ebenfalls schon Frucht ge-

tragen. Das wird u. a. dadurch erwiesen, daß viele Gewerkschaftsorganisationen ihren Kollektivanschluß an die rechtssozialistische Partei verweigert haben. Dies alles gibt im Zusammenhang mit den oben angeführten Daten ein ungefähres Bild von der Tätigkeit der roten Jugend im Jahre 1919.

* * *

Der Jugendverband zählt gegenwärtig 500 Klubs mit über 25 000 Mitgliedern. (Vergleichsweise sei bemerkt, daß die linke Partei nur wenig mehr als 20 000 Mitglieder zählt, obgleich einige tausend Mitglieder des Jugendverbandes auch der Partei angehören.)

In letzter Zeit ist zu bemerken, daß wie in den einzelnen Ländern, auf die sich die Tätigkeit der Jugendinternationale erstrekt, so auch in Schweden die Jugendverbände sich rasch entwickeln; aber bei Berücksichtigung der Bevölkerungszahl des Landes kann man sagen, daß kein einziger sich mit dem schwedischen vergleichen kann, weder was die Mitgliederzahl noch was die Ausdehnung der Arbeit anbetrifft. Es muß hervorgehoben werden, daß Schweden gegenwärtig 5—6 Millionen Bewohner hat.

Die schwedische Sektion der Jugendinternationale ist bestrebt gewesen, möglichst zur Vereinigung der Kräfte beizutragen, um die chinesische Mauer zu zerstören, die der Kapitalismus zwischen den einzelnen Ländern aufgerichtet hat. Der schwedische Jugendverband hat zusammen mit den schweizerischen und italienischen Genossen am Kongreß in Bern im Jahre 1915 teilgenommen. Seine Vertreter nahmen auch am Berliner Kongreß 1919 teil; jetzt hat er angefangen, die Zeitschrift „Jugendinternationale" in schwedischer Sprache herauszugeben, und überhaupt wird alles nur Mögliche getan, um in Schweden (und sogar in Westeuropa und Amerika) Nachrichten über die Tätigkeit und die Ziele der kommunistischen Jugendinternationale zu verbreiten.

* * *

Wie in allen Ländern, wo die Kapitalisten noch über die Arbeiterklasse herrschen, sie ausbeuten und bedrücken, so ist auch in Schweden die Lage der Proletarierjugend wenig beneidenswert. In früher Kindheit schon müssen die Knaben und Mädchen in Dorf und Stadt das Elternhaus verlassen und schwere Arbeit in Bergwerken, Fabriken, Betrieben und Schneiderwerkstätten, zur See, in Feld und Wald übernehmen. Nach Absolvierung des elenden, kurzen Kurses der Elementarschule werden sie ebenso wie ihre Eltern, Brüder und Schwestern ein Ausbeutungsobjekt für die Kapitalisten. Aber die Jugend läßt sich nicht so leicht knechten wie die alte Generation; sie hat sich noch nicht mit dem Sklavenjoch abgefunden und ist noch nicht so stark unter den Einfluß der Pfaffen, der bürgerlichen Presse und der vielen anderen Einwirkungsmittel der Bourgeoisie geraten. Die Jugend fällt auch nicht so leicht auf die Lockungen der sozialpolitischen Demagogen und der bürgerlichen Demokratie herein. Es ist bedeutsam, daß gerade in Schweden, wo Herr Branting regiert, wo mehr als zwei

Jahre lang die Liberalsozialisten an der Spitze der Regierung standen, und jetzt schon seit mehreren Monaten, zur vollsten Befriedigung der Bourgeoisie, die Sozialverräter am Ruder sind — daß in Schweden, wo die Arbeiter noch nicht begriffen haben, daß die Regierungssozialisten sie nasführen — gerade die Jugend der gefährlichste Feind dieser Herren und ihrer Lakeien ist. Die rote Jugend Schwedens wird es nie vergessen, daß in den letzten Jahren, als die Sturmwogen der Weltrevolution auch bis in den stillsten Winkel der alten Sozialdemokratischen Partei herangerollt waren und die Vorbedingungen für aktives Handeln gegeben waren, diese elende, durch und durch verfaulte Partei die Sache des Volkes verraten hat. Die alten Arbeiter vergessen leichter, sie haben schon den Hunger vergessen, den die Blockade der Entente während des Krieges hervorgerufen hatte, sie erinnern sich nicht mehr, daß Branting und seine Waffengefährten, um zur Macht zu gelangen, dem Volk das allgemeine Wahlrecht, große sozialistische Reformen, den Umbau der ganzen Gesellschaft auf neuen Grundlagen versprochen — und nachher alle betrogen haben. Das Gedächtnis der Jugend ist frischer, sie vergißt nicht, daß z. B. die „Reform" des Wahlrechts sie um das „allgemeine" Wahlrecht betrogen hat. Aber obgleich die Proletarierjugend leicht zum Kampf für neue Ideen entflammt werden kann, ist es doch ziemlich schwer, sie zu großangelegter Arbeit innerhalb der kommunistischen Organisationen zu veranlassen; zur Durchführung dieser Aufgabe bedarf es besonderer Organisationen der Proletarierjugend, da sie zur grandiosen Stärkung der revolutionären Schöpferkraft beitragen. ***Jalmar Viksten.***

Moskau, im Juni 1920.

Die Lage in Dänemark.

Die Lage Dänemarks zur Zeit des Weltkrieges unterschied sich vorteilhaft von der Lage der kriegführenden Länder, da letztere zu hohen Preisen alles aufkauften, was das Land hervorbrachte. An der Börse blühte eine unglaubliche Spekulation, täglich wurden Millionenvermögen erworben und zahlreiche völlig haltlose Unternehmungen gegründet.

Die Lage des Handels war sehr günstig. Im Gegensatz zu der Zeit vor 1914 hatte Dänemark im Auslande bedeutende Aktiva.

Vom höheren sozialen Gesichtspunkt aus war der Wohlstand der Bevölkerung jedoch im Sinken begriffen. Nur eine ganz beschränkte Gruppe von Großindustriellen und Kaufleuten zog Vorteil aus der Sachlage, und nur die großen Kapitalien wuchsen stark an, während die Arbeiter im Laufe aller fünf Jahre unter dem Druck des niedrigen Arbeitslohns und der ungeheuren Arbeitslosigkeit standen (60 000 bis 70 000 im Winter, nicht weniger als 20 000 im Sommer, bei einer Bevölkerung von 3 Millionen), und die Angestellten vollständig zu Proletariern wurden, da ihre Gehälter trotz der ungeheuren Preissteigerung nicht erhöht wurden.

Der Staat machte den Versuch, den Abgrund zwischen der im Luxus lebenden Klasse der Reichen und dem verarmten Volk zu verringern durch das in allen Ländern bekannte System des staatlichen „Sozialismus", der in der Kontrolle über Einfuhr und Ausfuhr, der Rationierung der Ernährung, der Staatsunterstützung zur Preisherabsetzung, der Armenhilfe in verschiedenen Formen usw. besteht.

Aber diese Maßnahmen wirkten auf die Lage nur wenig ein und sogar die Rationierung wurde als Klassenmaßnahme empfunden, da die Reichen auch ohnedies im Laufe der ganzen Zeit alles erhalten konnten, was ihr Herz begehrte.

Nach dem Friedensschluß trat in der Handelslage eine Veränderung ein. Das ganze Wirtschaftsleben Dänemarks befindet sich in voller Abhängigkeit vom Auslande, da es selbst weder Rohstoffe noch Energiequellen besitzt und sogar die Landwirtschaft, die seinen Hauptnerv bildet, von der Einfuhr von Maschinen und Futtermitteln abhängig ist, da die Landwirtschaft in Dänemark fast ausschließlich auf die Produktion von Schinken, Fleisch, Eiern, Butter usw. hinausläuft.

Während des Krieges hat die Menge des Großviehs sich um das Zehnfache verringert, teils durch die Spekulation, teils infolge des Mangels an Futtermitteln; alle Warenniederlagen wurden leer und die Bevölkerung hungerte.

Als daher der internationale Handel wieder auflebte, verschob sich die Handelsbilanz zu ungunsten Dänemarks.

Im Laufe einer kurzen Zeit haben wir nicht nur selbst unsere Vorräte erschöpft, sondern die Einfuhr hat die Ausfuhr so sehr überstiegen, das wir dem Auslande 2 Milliarden Kronen für Waren schulden und die dänische Krone im Vergleich zum Gelde anderer Länder im raschen Sinken begriffen ist.

Die Staatsschuld hat sich in den verflossenen fünf Jahren mehr als verdoppelt, alle Gemeinden haben sich große Anleihen aufbürden lassen. Diese Anleihen sind in den dänischen Banken untergebracht worden, wodurch letztere sich, abgesehen von einer sicheren Einnahme, auch einen großen Einfluß auf das ganze politische Leben verschafft haben. (So nötigten die Banken im Jahre 1916 die Regierung zur Einführung einer Reihe indirekter Steuern).

Im Laufe des Krieges hat eine bedeutende Konzentrierung der Kapitalien stattgefunden.

Es wurde eine Reihe von Trusts sowohl auf finanziellem als auch auf industriellem Gebiet geschaffen.

Das Jahr 1920 brachte mit der Veränderung der Lage zugleich auch eine Reihe von Krachs der Chantageunternehmungen der Kriegszeit; es verkrachten auch einige ältere Firmen und einige kleinere Banken; augenscheinlich erleben wir den Anfang einer großen Wirtschaftskrise.

Die Produktionsfähigkeit des Landes ist im Laufe dieses ganzen Zeitraums gefallen.

Die Lage der Arbeiter.

Die dänischen Arbeiter sind in Gewerkschaften organisiert und letztere ihrerseits in die „Arbeitervereinigung der Gewerkschaften" (De Samvirkende Fagforbund, D. S. F.). Ihnen steht ein starker Verband der Arbeitgeber gegenüber.

Die Aktionsfreiheit der einzelnen Gewerkschaften wird durch den Vertrag von 1889 (Septembervertrag) unterbunden. Die Leitung in den Gewerkschaften liegt in den Händen der gemäßigten Opportunisten. Sie bevorzugen Verhandlungen statt Streiks und Subsidien statt einer Erhöhung des Arbeitslohns.

Die Opposition, die einen syndikalistischen Charakter trägt, hat in den meisten Gewerschaften ihre besonderen Klubs gegründet; diese Klubs sind ihrerseits in die „Vereinigung der Opposition der Gewerkschaftsbewegung" (Fagoppositionens Sommenslutning; F. S.), vereinigt, die ihr eigenes kleines Tagesorgan „Solidaritet" herausgibt.

Infolge der inneren Reibungen in der D. S. F. hat sich ein Teil der Gewerkschaften abgetrennt und die „freie Gewerkschaftsvereinigung" (De Frie Fag foreningers Sammenslutning) geschaffen, in der jede Gewerkschaft volle Aktionsfreiheit hat. Die wichtigsten von ihnen sind die Gewerkschaften der Bauleute, der Seeleute, und die Vereinigung der Kopenhagener Hafenarbeiter.

Einige von diesen Organisationen haben syndikalistischen Charakter, andere nicht.

Im Laufe des Krieges ist der relative Arbeitslohn gesunken, denn die Teuerungszulagen entsprachen nicht der Preissteigerung.

Zufolge der offiziellen Statistik betrug der Arbeitslohn eines Durchschnittsarbeiters im Jahre 1914 — 1350 Kronen, im Jahre 1918 2004 Kronen, die Kaufkraft der Krone, ebenfalls der offiziellen Statistik zufolge, betrug im Jahre 1918 nicht mehr als 56 Oere, so daß der tatsächliche Arbeitslohn 1120 Kronen ausmachte, was ein Defizit von 230 Kronen bedeutet; in den Zwischenjahren betrug das Defizit 50, 110 und 250 Kronen.

Im Jahre 1919 besserten sich die Verhältnisse und im Vergleich zum Jahre 1914 betrug das Defizit 185 Kronen.

Zum 1. Januar 1920 betrug das Defizit 155 Kronen, und ein Statistiker hat ausgerechnet, daß falls die Verhältnisse sich nicht wesentlich ändern, ungefähr drei Jahre erforderlich sein werden, damit die Arbeiter dieses Defizit decken können. Das würde aber dann nur besagen, daß im Zeitraum von 1914—1923 in der Lage der Arbeiter keine reale Verbesserung eingetreten ist, wenn man nicht die Verkürzung des Arbeitstages in Betracht zieht.

Die Verbsserung der Löhne und der Arbeitsbedingungen ist von den Arbeitern selbst durch direkte Aktion durchgedrückt worden, unabhängig von Verträgen und Gewerkschaften und nicht selten durch erbitterten Kampf und „gesetzlose" Streiks.

Im Jahre 1918 setzten die Bauleute durch einen dreimonatigen Streik die Einführung des Achtstundentages durch. Er ist späterhin auf dem Gesetzwege bestätigt worden.

Am 1. Februar 1920 lief der Termin von 114 Verträgen ab und der Arbeitgebertrust erklärte sofort, daß er zu gar keinen Zugeständnissen bereit sei, und zahlte gleichzeitig 25 Millionen Kronen für „Kriegsausgaben" auf laufende Rechnung ein.

Die D. S. F. war nichtsdestoweniger genötigt, Zugeständnisse im Sinne einer Verbesserung der Löhne und der Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder zu fordern.

Viele Gewerkschaften haben zu unglaublich niedrigen Tarif gearbeitet. Besonders schlimm war die Lage der Seiler, Weber, Papierarbeiter, Bäcker und anderer Arbeiterkategorien.

Allein die D. S. F. erklärte ihren Mitgliedern von Anfang an, daß in der Kasse nicht genügend Geld sei, um einen K a m p f zu führen.

Die Verhandlungen dauerten zwei Monate und führten zu nichts; Ende März drohten die Arbeitgeber mit der allgemeinen Aussperrung (ausgenommen einige Industriezweige).

Unerwartet spitzte sich die Lage außerordentlich zu infolge der politischen Umstände.

An der Spitze des Kabinetts stand während des Krieges der Bürgerlich-radikale Zahle, der von der sozialdemokratischen Partei unterstützt wurde,

welche in den letzten Jahren im Kabinett ihren eigenen Vertreter hatte — Stauning.

Das Kabinett stützte sich auf die Mehrheit (von zwei Stimmen) im Folkething (der ersten Kammer), während im Landsthing (der zweiten Kammer) die konservative Opposition überwog.

In der Frage von Neuwahlen teilten sich die Stimmen im Folkething in zwei gleichen Hälften, und diese Lage benutzte der König dazu, um das Kabinett Zahle zu entlassen und ein konservatives Kabinett zu bilden.

Auf diesen königlichen Staatsstreich antwortete die Sozialdemokratie damit, daß sie von der D. S. F. die Erklärung des Generalstreiks verlangte.

Der Generalstreik wurde von allen Arbeiterorganisationen enthusiastisch begrüßt; ihm schlossen sich auch die Eisenbahner und die Postbeamten an. Alle politischen Meinungsverschiedenheiten wurden beiseite gesetzt. Auch die syndikalistischen Organisationen schlossen sich dem Streik an, stellten aber dabei besondere wirtschaftliche Forderungen sowie die Forderung einer Amnestie für die politischen Gefangenen. (In Gefangenschaft befand sich eine Reihe von Revolutionären und Antimilitaristen). Diese Forderung wurde unter die Losungen des Generalstreiks aufgenommen.

Die Bourgeoisie gab dem unbeugsamen Willen der Arbeiter nach. Der König entließ das konservative Kabinett und bildete ein Geschäftsministerium, dem zwei Sozialdemokraten angehören. Die politische Amnestie wurde gewährt. Der Gedanke an eine allgemeine Aussperrung wurde fallen gelassen, und es wurde erklärt, daß mit jeder Gewerkschaft Sonderverhandlungen stattfinden würden und daß Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber nicht von vornherein ausgeschlossen seien.

Die „freien Gewerkschaften", die am Streik teilgenommen hatten, gingen jedoch auf die Verständigung nicht ein, da ihre wirtschaftlichen Forderungen nicht erfüllt worden waren.

Sie schlossen untereinander ein Abkommen, und da die Seeleute und die Transportarbeiter des Kopenhagener Hafens den Augenblick zu einem Kampf für ihre Interessen als günstig ansahen (soeben erst war mit England ein Abkommen über eine große Lieferung von landwirtschaftlichen Waren geschlossen worden), so stellten sie den Streik nicht ein und machten ihre Forderungen gegenüber den großen Schiffahrtsgesellschaften geltend, die während des Krieges schwindelnd hohe Dividenden gezahlt hatten. Die übrigen Gewerkschaften beschlossen, die Arbeit aufzunehmen und die Streikenden wirtschaftlich zu unterstützen, da eine Arbeitsniederlegung ihrerseits keinen Einfluß auf den Gang des Streiks ausgeübt hätte.

Dieser Streik dauert nunmehr (am 28. Mai) die achte Woche an. Der Handel ist in dieser Zeit vollständig lahmgelegt, und die landwirtschaftlichen Produkte liegen ohne jede Bewegung in den Speichern. Der Streik hat ein gewisses Sinken der Lebensmittelpreise zur Folge gehabt.

Von den Kapitalisten wird der Kampf mit ungewöhnlicher Erbitterung geführt. Die ganze bürgerliche Presse ist gegen die Streikenden mobil

gemacht; es werden Versuche angestellt, sie zu verschiedenen Aktionen zu provozieren, aber bis jetzt verhalten sie sich der Provokation gegenüber musterhaft. Man versuchte ihre Führer ins Gefängnis zu werfen, und das bürgerliche Streikbrecherkorps, die „öffentliche Hilfe" (Samfundshjälpen), arbeitete im Hafen unter polizeilichem Schutz, und zwar wurde es zum erstenmal vom Sozialdemokraten Jensen in Anwendung gebracht, der der Regierung angehörte.

Während dieser hartnäckige Kampf geführt wird, sind einige Gewerkschaften mit den Arbeitgebern in Verhandlungen getreten. Allein die den Arbeitern gemachten Zugeständnisse sind so gering, daß sie nicht zum „sozialen Frieden" führen können; die ersten „ungesetzlichen" Streiks sind bereits in der Schuhfabrikation ausgebrochen, nachdem ein derartiges Uebereinkommen geschlossen war. Der größte Teil der Gewerkschaften hat jedoch noch keine Verträge geschlossen.

Die revolutionären Strömungen.

Die dänische Sozialdemokratie folgt in ihrer Politik genau der Linie der deutschen Scheidemänner. Das Ergebnis davon war, daß im Frühjahr 1918 eine neue revolutionäre Organisation geschaffen wurde, die Sozialistische Arbeiterpartei (Socialistik Arbejderparti), die aus der alten Partei austrat. Diese Organisation litt jedoch von Anfang an unter dem Mangel an leitenden Kräften, da aus der Partei nur ein unbedeutender Teil der Parteiopposition ausgetreten war, während ihr größerer Teil, die Führer des sozialdemokratischen Jugendverbandes, aus taktischen Erwägungen in der Partei verblieben, um abzuwarten, welche Stellung sie nach dem Kriege einnehmen würde.

Die Sozialistische Arbeiterpartei entwickelte inzwischen eine starke revolutionäre Agitation und führte im Sommer 1918 mehrere große Arbeiterdemonstrationen durch (gegen die Teuerung und den Militarismus). Der Zustrom von Mitgliedern in die Partei war recht bedeutend, und im Oktober ging sie an die Herausgabe einer kleinen Zeitung, „Klassekampen".

Im November 1918 führte die Partei zusammen mit der „Vereinigung der Opposition der Gewerkschaftsbewegung" (F. S.) abermals zwei große Demonstrationen zugunsten der Befreiung der politischen Gefangenen durch. Hierbei kam es (zweifellos infolge von Provokation) zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Die Führer der Partei, der Vorsitzende Tegersen und der Redakteur des „Klassekampen" Maria Nielsen wurden zusammen mit einigen Syndikalisten verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Nach sechsmonatiger Untersuchungshaft, der die Häftlinge durch Hungerstreik ein Ende machten, wurden die Führer der Bewegung zu 1½ Jahren schweren Kerker und die übrigen beteiligten Personen zu kürzeren Fristen verurteilt.

Die sozialistische Arbeiterpartei geriet angesichts ihrer Jugend und ungenügend gefestigten Organisation durch den Mangel an Führern in Verfall, und die Ausgabe ihres Organs wurde unterbrochen.

Im Sommer 1919 beschloß der sozialdemokratische Jugendverband mit der Sozialdemokratie zu brechen; zusammen mit einigen unabhängigen Sozialdemokraten und Mitgliedern der sozialistischen Arbeiterpartei wurde von ihm eine neue Organisation geschaffen, die „Linkssozialistische Partei" (Venstresocialistiske Parti), die eine kleine Wochenschrift „Arbejdet" (Die Arbeit) herausgibt.*)

Diese Partei war von Anfang an schwach, da sie unter dem Mangel von Führern litt. Letztere hätte der sozialdemokratische Jugendverband liefern sollen, aber er nutzte die günstige Revolutionslage des Jahres 1918 nicht aus. Inzwischen erlangten die gemäßigten Elemente im Jugendverband ein bedeutendes Uebergewicht, bei der Schaffung der neuen Partei kam es zur Spaltung, und der revolutionäre Teil ist gegenwärtig schwach.

Die Partei trägt gegenwärtig in bedeutendem Grad einen parlamentarischen Charakter und hat während der letzten Wahlen durch Agitation sowie durch ihr Organ gewirkt, das vorläufig nur einen sehr beschränkten Abonnentenkreis hat.

Die politische Lage ist für eine derartige Partei nicht günstig.

Die im April 1920 stattgefundenen Wahlen haben den konservativen Parteien sowohl im Folkething als auch im Landsthing die Mehrheit gegeben, und dadurch ging auch die Regierungsgewalt an diese Parteien über.

Die Sozialdemokratie, die sich in den Tagen des „Generalstreiks" die Sympathien der Arbeiter in bedeutendem Maße zurückerobert hatte, war genötigt in die Opposition überzugehen. Sie brach mit dem Bürgerblock und stellte zu den im Juli bevorstehenden Wahlen ein sehr radikales Programm auf: Republik, Einkammersystem, Wahlrecht vom 21. Jahr an, „Betriebsräte!"

Eine einigermaßen echte sozialistische Politik wird sie zweifellos nicht führen können, da sie hierfür zu sehr von der bürgerlichen Denkart angesteckt ist; aber für eine gewisse Zeit kann sie ihren Einfluß auf die parlamentaristisch gestimmten Arbeitermassen infolge ihrer „Oppositionsstellung" aufrechterhalten.

Gleichzeitig spitzen sich die Klassengegensätze zu, was u. a. aus den unaufhörlichen Streiks erhellt, in deren Verlauf die Sozialdemokratie meistens mit der Bourgeoisie zusammengeht und ihr bei der Niederbrechung der Streiks Hilfe leistet. So hat sie z. B. den vom Kopenhagener Büro der Gewerkschaften begonnenen Streik für beendet erklärt. Allein sie geht in dieser ihrer Politik zu weit und fördert dadurch die Entwicklung der antiparlamentarischen Stimmung unter den Arbeitern.

Die sogenannten „freien Gewerkschaften" führen nicht nur eine Streikpolitik auf rein wirtschaftlicher Grundlage, sondern treten auch energisch für das sogenannte „Beteiligungsrecht" und die Kontrolle über die Produktion ein.

---

*) Heute Tageszeitung. (Die Red.).

Im Zusammenhang damit gewinnt die „Opposition der Gewerkschaftsbewegung“ eine führende Rolle und ihr Organ „Solidaritet“ erscheint in recht bedeutender Auflagenhöhe (10,000 Exemplare).

Im Jahre 1919 erweiterte die „Opposition der Gewerkschaftsbewegung“ den Rahmen ihrer Organisation und trat bei den Neuwahlen auf den Boden des Rätesystems.

Aber aus Furcht vor „Parteipolitik“ und Parlamentarismus hielt sie es nicht für möglich, sich der III. Internationale anzuschließen.

Fast auf demselben Standpunkt steht auch der anarchistisch gerichtete Sozialistische Jugendverband, der eine Monatsschrift unter dem Titel „Der rote Krieg“ (Den röde Krig) herausgibt.

Dieser Verband hat sich ganz kürzlich auf seinem Kongreß für die Sowjetidee ausgesprochen, aber sich der III. Internationale nicht angeschlossen, um „sich nicht durch bestimmte Methoden und Taktik zu binden“.

Im allgemeinen ist die organisierte revolutionäre Bewegung in Dänemark schwach, während gleichzeitig unter den Arbeitern doch eine starke Gärung herrscht.

Die Vereinigung der Linkssozialistischen Partei mit der „Opposition der Gewerkschaftsbewegung“ (F. S.) und die gemeinsame Ausgabe eines vereinigten Organs wäre außerordentlich nützlich. Auf diese Weise würden die revolutionären Elemente unter den Arbeitern an der Hand einer einheitlichen Leitung vereinigt werden.

Gegenwärtig steht zwischen beiden Gruppen ein Kampf in Aussicht (obgleich sie sich bisher gegen einander neutral verhalten hatten), denn sie Linkssozialistische Partei hat angefangen, eigene Klubs der Gewerkschaftsopposition zu gründen; hierbei wird sie auf Widerstand seitens der „Opposition der Gewerkschaftsbewegung“ (F. S.) stoßen müssen.

Maria Nielsen.

Die Streikbewegung in Finnland.

I.

Nachdem die Bourgeoisie Finnlands im Frühjahr 1918 die Arbeiterrevolution unterdrückt hatte, strebte sie bewußt dem Ziel zu, die Kraft des Proletariats womöglich auf viele Jahrzehnte hinaus zu brechen. Sie war bemüht, **die Arbeiter zum Klassenkampf unfähig zu machen.**

Und die bürgerlichen Politiker, die Kapitalisten und Regierungsmänner ließen den blutgierigen Instinkten ihrer weißgardistischen Banden vollständig freien Lauf. Natürlich weidete sich auch die Bourgeoisie selbst an dem Anblick, wie der Feind, der es gewagt hatte, sich gegen die kapitalistische „geheiligte Ordnung" aufzulehnen, zur Ader gelassen wurde. Die Bourgeoisie wußte, daß die Kampftüchtigkeit der Arbeiterklasse dadurch geschwächt wird.

Aus demselben Grunde spannten die Kapitalisten die ganze Kraft ihres Unterdrückungsapparats bis zum äußersten an, um die früheren Errungenschaften der Arbeiter, soweit sie eine Voraussetzung für die Erneuerung der Arbeiterbewegung und der Massenaktionen sein konnten, aufzuheben.

Und die Bourgeoisie hat ihr Ziel tatsächlich erreicht — aber nur vorübergehend. Eine Arbeiterbewegung gab es im Jahre 1918 nicht einmal mehr vom Hörensagen — von revolutionären Aktionen ganz zu schweigen. Sie trat nicht einmal aus Anlaß von Wirtschaftsfragen zum Vorschein, obgleich die Leiden der Arbeiter unerträglich waren.

Die Arbeiterklasse Finnlands konnte sich damals gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und die politischen Verfolgungen nicht einmal schwach wehren.

Die Wirkung des bürgerlichen Terrors und der kapitalistischen Diktatur waren entsetzlich. Die Arbeitermassen — die einen in den Konzentrationslagern und auf den Zwangsarbeiten, die anderen in ihren elenden Hütten — wanden sich förmlich in Todeskrämpfen.

Auch im Jahre 1919 war das noch fühlbar. Immerhin aber machte sich hier und da schon ein Erwachen bemerkbar. Ganz allmählich setzte eine offene sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisationsarbeit unter Leitung opportunistischer Führer ein. **Auch eine geheime kommunistische Arbeit setzte ein.** Und im Frühjahr 1919 **erschienen die „ersten Schwalben".**

Wir meinen die wirtschaftlichen Streiks von 1919, die immerhin nur wenig zahlreich waren. Wir besitzen keine sicheren Nachrichten über diesen Punkt, aber der Bericht der Zentralen Gewerkschaftsorganisationen Finnlands über die Tätigkeit der Gewerkschaften in Finnland im Jahre 1919 spricht von 15 Streiks in 8 verschiedenen Industriezweigen. Es waren dies

ausnahmslos kleine Streikversuche, hervorgerufen durch die Hoffnungslosigkeit der Lage und wahrscheinlich auch in Verbindung mit der anwachsenden revolutionären Stimmung.

Eine Ausnahme bildeten in mancher Beziehung **die Streiks der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Packer in Helsingfors und Kotka.** Sie brachen **ohne die Erlaubnis der opportunistischen Gewerkschaftsführer aus und waren verhältnismäßig hartnäckig.** Diese Streiks riefen den starken Unwillen der Bourgeoisie hervor, da sie die ersten Zusammenstöße zwischen der erwachenden Arbeiterklasse und der in Arbeiterblut schwelgenden Bourgeoisie waren.

Die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung konnten durch diese Streiks natürlich nicht wesentlich erschüttert werden. Aber sie erschienen doch als Vorboten der kommenden Massenaktionen.

Die Ergebnisse des Klassenkampfes 1918/19 waren für die Bourgeoisie günstig. So schreibt z. B. die fortschrittlich-bürgerliche Zeitung „Karjalan Aamulethi" vom 19. Mai in einem Artikel über die Streiks folgendes:

„Genau zwei Jahre lang ist unser Land ruhig geblieben und hat sich von den ernsten Arbeiterunruhen erholt. In dieser Hinsicht hat hier größere Ruhe geherrscht als in irgend einem anderen Lande".

Aber diese Zeiten sind schon vorüber. Den ersten Schwalben folgten im Jahre 1920 weitere. Das Organ der extremen Nationalaktivisten „Suunta" stellt in seiner Nummer vom 1. Mai folgendes fest:

„Die Streiks werden in unserem Lande eine immer gewöhnlichere Erscheinung und zeigen uns schon an, was wir im Sommer zu erwarten haben"

Die Annahme der „Suunta" ist richtig. Wir unsererseits können nur feststellen, daß die von der Bourgeoisie im Jahre 1918 begonnene und dann konsequent durchgeführte Politik einer Vernichtung der Kampftüchtigkeit der Arbeiterklasse dennoch nicht die erhofften Ergebnisse gezeitigt hat.

Der wirtschaftliche Verfall bringt die Massen in Bewegung, trotz aller vorbeugenden Maßnahmen der Bourgeoisie. Die Preise sind auch in Finnland unheimlich gestiegen. Die bürgerliche Regierung **muß eingestehen,** daß sie neunmal höher sind als 1914. Und dabei gibt sie auch zu, daß die Arbeitslöhne nur um 7—8 mal gestiegen sind. Berichten von Arbeitern zufolge sind z. B. in Helsingfors die Preise um das Zehnfache gestiegen. Denselben Berichten zufolge hat der Arbeitslohn sich nicht in dem von der Regierung behaupteten Maße gesteigert.

Es seien hier einige Auszüge aus Artikeln angeführt, die die Lage Finnlands in dieser Hinsicht kennzeichnen.

Im opportunistischen Blatt „Suomen Sosiaaldemokraatti" schreibt ein bekannter opportunistischer Gewerkschaftsführer folgendes:

„Finnland ist zwar dem Hungertode entronnen, aber seine Wirtschaftslage ist derart, daß **die Bevölkerungsmehrheit in die kläglichsten Lebensbedingungen gestellt ist". Die unglaublich hohen Steuern** bringen die wirtschaftliche Lage der besitzlosen Steuerzahler aus dem Gleichgewicht; die

Lage wird noch komplizierter durch das unglaubliche Steigen der Preise, die die Preise in den sogenannten neutralen Ländern um ein Vielfaches übertreffen". **„Finnland ist das gelobte Land der Schieber, Schleichhändler und Defraudanten geworden".**

Derselbe Verfasser sagt weiter: „Diese Wirtschaftslage wird für die Arbeiter unerträglich, und durch Paraden der Sicherheitswehr und eine Bajonettwirtschaft kann man sie nicht retten".

Die opportunistischen Führer haben nicht die Gewohnheit, die lächerliche Lage der von ihnen geschützten bürgerlichen Ordnung zu übertreiben. Die angeführte Schilderung ist wahrheitsgemäß; es macht sich der Druck der Arbeiter auf ihre opportunistischen Führer fühlbar.

Ein kommunistischer Genosse schildert in einem Brief aus Finnland an die Zeitung „Wapaus" die Lage folgendermaßen:

„Die finnländische weißgardistische Republik ist im vollständigen wirtschaftlichen Niedergang begriffen und steht jetzt vor der Katastrophe. Die weißen Sozialdemokraten haben alle Anstrengungen gemacht, um die Finanzlage des Landes aufzubessern, aber die Budgetfrage hat sich so zugespitzt, daß die bürgerlichen Parteien nicht wissen, wie sie die gähnenden Löcher des Budgets stopfen sollen. **Alle Gesellschaftsklassen sind entsetzt über die schreckliche Steuerlast.** Die Industriellen drohen die Betriebe zu schließen, die Gutsbesitzer — die Arbeiten auf ihren Besitzungen einzustellen und die Arbeiter und kleinen Angestellten wissen nicht, womit sie das teure Brot bezahlen sollen, da ihr Gehalt ihnen in Form von Steuern wieder weggenommen wird".

Derselbe Genosse bemerkt: „Die immer schlimmer werdende Wirtschaftslage der Arbeiter veranlaßt sie zu Streiks".

Und in der Tat, wenn man die Ereignisse in Finnland im Laufe der letzten Monate betrachtet, so sieht man **eine wachsende Bewegung unter den Arbeitern aus Anlaß der wirtschaftlichen Fragen.**

Diese Bewegung hat schon zu Beginn des Jahres eingesetzt. Im Laufe des Januar und Februar fanden in der Metallindustrie an 6 Orten Streiks statt. Die Streikbewegung wächst dann und dehnt sich immer weiter aus. Die Arbeiter der Gießereiwerkstatt einer Fabrik in Tali riefen, obgleich sie nur 30 Mann zählten, durch ihren Streik die Arbeitseinstellung in allen anderen Werkstätten dieser Fabrik hervor. Der Streik war sehr hartnäckig und ist erst kürzlich beendet worden. Die Elektromonteure in Tammerfors, die Röhrengießer in Abo und ein Teil der Helsingforser Metallarbeiter kamen auch in Bewegung. Die Zeitung „Karjala" vom 11. Mai spricht von einem **„bevorstehenden Generalstreik aller Metallarbeiter".**

Auch die Bauarbeiter in Abo und Helsingfors treten in Aktion. In Helsingfors haben die Kapitalisten nur ein zeitweiliges Abkommen mit den Bauarbeitern erreicht und müssen im Lauf einiger Wochen einen Dauervertrag schließen, wenn sie Unannehmlichkeiten vermeiden wollen.

Erwacht sind ferner die Tischler der Fabrik Bilnäs (ein großes holzbearbeitendes Unternehmen) und an einigen Orten die Anstreicher. Die Streikbewegung greift sogar da um sich, wo die „ruhige Arbeit" früher gewöhnlich nicht gestört wurde. Das große Genossenschaftsunternehmen „Elanto", das von opportunistischen Führern der Sozialdemokratie und ähnlichen fortschrittlichen Elementen der Bourgeoisie geleitet wird, hat einen Teil seiner Arbeiter gegen sich aufgebracht. Im Unternehmen brach ein Streik aus. Die Telephonistinnen der Telephongesellschaft Südfinnlands haben angesichts der lächerlich geringen Löhnung zu einem in ihren Kreisen in Finnland ganz unerhörten Mittel gegriffen — zum Streik. Die Kapitalisten haben diesen Streik trotzdem unterdrückt, und die Armen müssen nun ihr Hungerdasein fortsetzen.

Schon im Vorfrühling begannen die Streiks unter den Flößern. Diese Streiks verliefen in der Provinz. Sie riefen unter der Bourgeoisie eine starke Unruhe hervor, da man fürchtete, sie könnten die ersten Schwalben sein, die den verhaßten Landwirtschaftsarbeitern Kampfmelodien zuzwitschern könnten. Das schlechte Gewissen der Bourgeoisie stellte sich schon die „auf den Streik der Flößer folgenden Aufstände der Landwirtschaftsarbeiter" vor. Die Zeitung „Karjala" vom 11. Mai bemerkt mit einem Stoßseufzer der Erleichterung, bisher sei „noch nichts derartiges eingetreten, und man kann nur eine unbedeutende Erhöhung des Arbeitslohns der Landwirtschaftsarbeiter für den Sommer auf eigene Initiative der Arbeitgeber feststellen."

Wir kennen die finnländischen Gutsbesitzer und Dorfwucherer. Wenn sie den Arbeitslohn der Landwirtschaftsarbeiter erhöht haben — worüber wir keine bestimmten Nachrichten besitzen — so haben sie das deshalb getan, weil sie Verwicklungen aus Anlaß von wirtschaftlichen Fragen befürchteten.

Auch jetzt ist die Möglichkeit solcher Verwicklungen nicht ausgeschlossen, da die Lebensbedingungen der Landwirtschaftsarbeiter keineswegs glänzend sind.

Die Streikwelle hat die Bourgeoisie, die zwei Jahre lang in voller Ruhe lebte, offenbar beunruhigt. So schreibt die bereits mehrfach erwähnte Zeitung „Suunta" vom 1. Mai in Erinnerung an die Streiks des vorigen Jahres:

„Die Reeder sind sehr besorgt wegen des Geistes, der unter den Hafenarbeitern herrscht; diese sind offenbar bereit, dem Beispiel ihrer ausländischen Genossen zu folgen und gleich zu Beginn der Schiffahrtssaison die Arbeit niederzulegen".

Das gleiche schreibt auch das Helsingforser Organ der Monarchisten „Uusi Suomi" vom 11. Mai.

Die Orakel haben nicht gelogen. Schon am 20. Mai begannen die Streiks in der Umgegend von Wiborg und in den Häfen Uuraa, Björkö, Tervaniemi und Harjuniemi. Zugleich kam es zu einem Konflikt auf den

Sägemühlen in Harjuniemi und Juustila, auf der ersten infolge der Verhängung der kapitalistischen Aussperrung.

Der Packerstreik erfaßte 1200—1500 Arbeiter, konnte aber zum Anschluß noch größerer Arbeitermassen aus der holzbearbeitenden Industrie und dem Transportwesen führen, was später auch eingetreten ist. Diese Streiks in der Umgegend von Wiborg sind die bedeutendsten von allen Streiks des laufenden Sommers. Außerdem werden sie, soweit bisher ersichtlich, von beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit geführt.

II.

Obgleich die Bourgeoisie selbst zugeben muß, daß die Lage der Arbeiterklasse jammervoll ist und sie unwillkürlich zum Kampf nötigt, wird in der finnländischen weißgardistischen Presse heute ebenso wie während der Hafenarbeiterstreiks im vorigen Jahr dennoch die Frage erörtert, **welchen Charakter die jetzige Streikbewegung trägt.**

Es gibt keine einzige größere weißgardistische Zeitung, die nicht die Frage erörterte, ob diese Streiks wirtschaftlichen oder politischen Charakter tragen.

Der Gründe für eine solche Erörterung gibt es mancherlei. Der nächste Grund ist natürlich der, daß die Bourgeoisie mit Schrecken daran denkt, welchen Eindruck ihre Diktatur, deren Folgen die Erregung unter den Arbeitern ist, auf die Arbeiterklasse ausübt. Das Helsingforser schwedomanisch-konservative Blatt „Hufvudstadsbladet" schreibt hierüber:

„Der Abgrund zwischen den roten und den bürgerlichen Elementen ist tiefer als je, und die Zahl der Roten wächst beständig". Tatsache ist, daß es unter den Massen gärt, daß viele Agitatoren das Land durchziehen und das Volk erregen, daß die finnischen Bolschewiki nur eines erwarten — eine neue Umwälzung.

Dieser Ton ist in den bürgerlichen Kreisen alltäglich. Hier zeigt sich die Furcht vor den Streiks, und hieraus erklärt sich auch das Interesse für ihren Charakter.

Was nun den Charakter der Streiks anbelangt, so bezwecken sie, soweit man nach den aufgestellten Forderungen urteilen kann, die **Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiterklasse.** Bei allen Streiks wurde die Aufbesserung der Löhne gefordert. Außerdem wurde gefordert, daß an die Stelle des neunstündigen Arbeitstages der Achtstundentag trete. Der im Jahre 1917 zu gleicher Zeit mit den russischen Genossen erkämpfte Achtstundentag wurde von der bürgerlichen Diktatur im Jahre 1918 aufgehoben. Während des Hafenarbeiterstreiks im Wiborger Bezirk erklärten die Arbeiter, daß die Festsetzung des Achtstundentags wichtiger sei, als die Aufbesserung der Arbeitslöhne. Der Kampf für den Achtstundentag verfolgt somit den Zweck, die von den Arbeitern früher erzielten Ergebnisse in der Gesetzgebung festzulegen.

Besonders springt bei der Untersuchung des Charakters der Streiks ein Umstand in die Augen:

Diese Streiks werden augenscheinlich nicht unter der Leitung der Führer und der Bürokratie der opportunistischen Gewerkschaftsbewegung durchgeführt.

Die Zeitung „Uusi Suomi" vom 11. Mai schreibt:

„In vielen Fällen billigen die Arbeiterorganisationen und Gewerkschaftsverbände die Streiks nicht, aber ihr Einfluß ist in diesem Fall offenbar äußerst gering. Als z. B. im Frühjahr die Bauarbeiter die Arbeit niederzulegen begannen, erschienen im „Suomen Sosiaaldemokraatti" mehrfach Artikel, die die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit ermahnten, aber die Ermahnungen waren ergebnislos". „Hinter den letzten Streiks stehen augenscheinlich die sogenannten Syndikalisten, die über russisches Geld verfügen. Sie haben im ganzen Lande eine Agitation zugunsten der Streiks organisiert". „Da den Arbeiterorganisationen nichts anderes übrig bleibt, müssen sie die Ausständigen unterstützen".

Weiter schreibt dasselbe Blatt: „Was den Stillstand der Arbeiten im Baugewerbe anbelangt, so hat er eben mit einem derartigen Nichterscheinen zur Arbeit begonnen".

„Bemerkenswert ist, daß alle Verwicklungen in den Unternehmungen begannen, deren Stillstand die Einstellung aller Bauarbeiten nach sich ziehen mußte".

„Was die Metallindustrie anbelangt, so ist in Helsingfors ein Teil der Arbeiter nicht zur Arbeit erschienen."

Auf einer kürzlich abgehaltenen Versammlung des „Handwerk- und Fabrikverbandes" der Kleinkapitalisten in Helsingfors stellte sich ein Umstand heraus, der mit der Lage des Proletariats in Finnland überhaupt in Verbindung steht. Diese Herren stellten fest, daß „die Front der Arbeitgeber nicht so festgefügt ist wie früher" zur Zeit von Streiks. Die Zeitung „Uusi Suomi" schreibt über die Streiks der Dachdecker und Kupferarbeiter in Helsingfors: „Als Kennzeichen dieser Streik kann der Umstand dienen, daß **die rechtssozialistischen Elemente der Arbeiter sich gegen den Streik äußern, während die Mehrheit, die sich als Kommunisten betrachtet, an ihren früheren Forderungen festhält".**

In Ergänzung zum eben über den Charakter des gegenwärtigen Streiks Gesagten kann festgestellt werden, **daß sich in ihm der scharfe Kampf abspiegelt, der schon seit geraumer Zeit zwischen den opportunistischen und den revolutionären Elementen in der Arbeiterbewegung Finnlands im Gange ist** und zur Bildung einer linkssozialistischen Partei geführt hat, einer Partei, die ihren Eintritt in die Kommunistische Internationale beschlossen hat, was die diktatorische Bourgeoisie in eine Raserei versetzte, welche sich in Verhaftungen und Gerichtsprozessen äußerte. Als Folge dieses inneren Kampfes erschienen auch einige auf dem Gewerkschaftskongreß gefaßte Beschlüsse, als deren Hauptergebnis der Bruch mit den früheren ultraopportunistischen Führern anzusehen ist.

Infolgedessen liegt aller Grund vor zu behaupten, daß, obgleich die Streikbewegung in Finnland wirtschaftliche Forderungen stellt, sie ihrem

Charakter nach dennoch politisch ist, da in ihr die politische Erleuchtung, das Stärkegefühl und die Kampfbereitschaft der proletarischen Massen zum Ausdruck kommen. Diese Umstände bedeuteten eine **Verschärfung des Klassenkampfes.**

Der Klassenkampf in Finnland ist trotz aller Ereignisse der 2½ Jahre — oder vielleicht infolge dieser Ereignisse — nichts anderes als ein Bürgerkrieg. Von der Bourgeoisie wird er offen, bewaffnet und gewaltsam geführt. Die Arbeiterklasse führt ihn noch nicht gewaltsam und bewaffnet. Aber viele Umstände — nicht zum wenigsten auch die gegenwärtigen Streiks — weisen darauf hin, daß der Klassenkrieg sich verschärft. Ob er dieselbe Form annehmen wird wie im Frühjahr und Sommer 1917, was die Bourgeoisie stark befürchtet, das wird die Zukunft lehren. Bei Betrachtung der Streiks aber — unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Erscheinungen des politischen Kampfes und insbesondere der anwachsenden kommunistischen Bewegung — gewinnt man den Eindruck, daß **das Land mit raschen Schritten der Revolution entgegengeht.** Die Ereignisse im Auslande, die Perioden des internationalen Bürgerkrieges, die Wogen der internationalen Revolution tragen natürlich zu ihrer Entwicklung bei. Ein Friedensvertrag zwischen Finnland und Sowjetrußland wäre unseres Erachtens nach von gewaltiger Bedeutung.

Sogar die opportunistischen Führer der Gewerkschaftsverbände sehen, daß **die Arbeiterbewegung ihren Händen entglitten** ist und sich zu einer Massenbewegung entwickelt, die die Grundlagen der bürgerlichen Ordnung ins Wanken bringt, obgleich sie vielfach noch primitiv und elementar ist. Jedenfalls steht sie außerhalb der Einflußsphäre dieser Lakaien der Bourgeoisie.

Aus der jetzigen Lage und Stimmung der Arbeiter erklärt sich, daß sogar ein Gewerkschaftsführer im opportunistischen Blatt „Suomen Sosiaaldemokraatti" die Hilflosigkeit der Reformpolitik konstatiert. Er schreibt in der Nummer vom 3. März: „Da das Wirtschaftsleben des Landes und sogar ganz Europas in Verfall geraten ist, so kann die Gewerkschaftsbewegung durch die Forderung einer Lohnaufbesserung die Lage der Arbeiter natürlich nicht einmal einigermaßen verbessern". Einen Monat später heißt es in einem Artikel desselben Blattes über die Metallarbeiter:

„Die Bourgeoisie Finnlands fürchtet überall eine neue Umwälzung. Sie sieht die Gärung unter den Arbeitern und stellt sie deswegen unter Gesamtanklagen. Tatsache ist aber, daß Hunger und Entbehrungen die Arbeiter in eine so verzweifelte Lage versetzt haben, daß unter ihnen trotz bitterer Erfahrungen und trotz des drohenden Schwertes der Schirmer des Kapitals dennoch **eine Gärung bemerkbar wird und sie genötigt sind, zur Aufbesserung ihrer Lage zu allen erdenklichen Mitteln zu greifen.** Die Arbeiterklasse kann gegenwärtig keine Rücksicht darauf nehmen, ob ihre Forderungen für die Bourgeoisie annehmbar sind und ob sie mit dem Gesetz übereinstimmen, sie strebt nur nach Erleichterung ihrer schweren Lage."

Im Munde der sozialdemokratischen Führer sind solche Worte nichts als leere Drohungen, und sie ihrerseits denken auch gar nicht daran, sie zu verwirklichen. Wenn es zur Tat kommt, wenden sie sich als Kautskyaner, als Gegner der proletarischen Revolution und der Diktatur der Arbeiterklasse zur Flucht. Aber die oben angeführten Worte sollen offenbar das wiedergeben, was unter den Arbeitern gesprochen wird, und sie auf die Seite der Sozialdemokraten locken. Vergebliche Mühe!

Es ist klar, daß bei den gegenwärtigen gegenseitigen Beziehungen die Bourgeoisie auf ihrer Hut ist. Das Blatt „Suunta", eine eifrige Vertreterin der Politik von Blut und Eisen, fragt in der Nummer vom 1. Mai: „Hat die Regierung etwas unternommen für den Fall einer Wiederholung der Situation, die wir vor drei Jahren durchgemacht haben?"

Die finnländische bürgerliche Gesellschaft und Regierung hat sich allem Anschein nach gehörig vorbereitet. Daraus erklärt sich u. a. der Umstand, daß auf der Fabrik in Tali die Polizei zu ermitteln suchte: ob nicht „jemand von jenseits der Grenze am Streik teilnimmt" und „woher der Verband die Mittel bekommt." Beim Streik in „Elanto" bot die Sicherheitswehr den an der Spitze der Arbeiter stehenden Sozialverrätern ihre Automobile an, um den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Es erweist sich somit, daß hier schon die Hilfe der Sicherheitswehren erforderlich ist, da die Truppen unzuverlässig sind. Die an der Spitze der Arbeiter der „Elanto" stehenden Sozialverräter haben — zu unserer Verwunderung — diesen Vorschlag nicht angenommen, obgleich die Sozialverräter Finnlands auch schon größere Verbrechen gegen die Arbeiterklasse begangen haben, sowohl vor als auch nach diesem Vorfall.

Von welcher Kampfform auch gesprochen werden mag — unter den Verhältnissen, in denen das Proletariat Finnlands kämpfen muß, ist dieser Kampf schwer. Die Kräfte der bürgerlichen Diktatur sind bedeutend. Und ihr Selbstbewußtsein ist grenzenlos. Aber die Arbeiterklasse muß dennoch kämpfen. Und wie wir sehen, kämpft sie. ***Kullervo Manner.***

30. Juni 1920.

Der revolutionäre Osten und die nächste Aufgabe der Kommunistischen Internationale.

Die Erste und die Zweite Internationale waren Assoziationen, die tatsächlich nur die Massen Europas und Amerikas umschlossen, der „Orientfrage" sowie überhaupt den „Problemen der Kolonialvölker" schenkten sie nur wenig Aufmerksamkeit. Die Mehrzahl der offiziellen Führer der Zweiten Internationale ist immer bestrebt gewesen, die „Kolonialfragen" in den Schatten zu stellen und die westeuropäische Arbeiterbewegung vom Revolutionskampf der unterjochten Kolonialvölker fernzuhalten; sie fürchteten sich, diese Frage direkt und offen aufzurollen.

Jedesmal, wenn sie an das „Orientproblem" herantraten, zitterten die offiziellen Führer der Zweiten Internationale nicht weniger, als die bürgerlichen Politikaster, die ständig Ergebenheit für die „Demokratie", Zivilisation und Kultur heucheln. Den Ideologen des Parlamentarismus waren die verwickelten Fragen des Revolutionskampfes der unterjochten Kolonialvölker, die die Mehrheit der kämpfenden Menschheit ausmachen, fremd. Sogar bei der Gründung der Kommunistischen Internationale war Asien nur schwach vertreten, was auf die Arbeit im Osten notwendig zurückwirken mußte.

Aber die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Revolutionskampfes der werktätigen Massen des Ostens und des Westens verstärkte sich immer mehr, die große Oktoberrevolution in Rußland bahnte als erste einen Weg zwischen dem proletarischen Westen und dem revolutionären Osten, Sowjetrußland wurde ein Bindeglied zwischen zwei bisher voneinander getrennten Welten. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen Proletarierkampfes im Osten und Westen ist noch niemals so rasch empfunden worden wie gegenwärtig, wo die herrschenden Klassen blühende Felder in öde Wüsten und friedliche Dörfer und Städte in Ruinen verwandelt haben, wo die Arbeiterklasse beschlossen hat, die Fahne des unversöhnlichen Revolutionskampfes für die Macht der werktätigen Massen, für ein neues freies Leben der ganzen Menschheit zu entfalten.

Gegenwärtig, da der Geist der sozialen Revolution über der ganzen Welt schwebt und die Bourgeoisie die letzten Anstrengungen macht, um die Stunde ihres Unterganges noch auf kurze Zeit hinauszuschieben, muß der Zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale seine ernste Aufmerksamkeit dem Osten zuwenden, wo das Schicksal der Weltrevolution sich entscheiden kann, da derjenige als Sieger aus diesem

letzten Kriege der Arbeit mit dem Kapital hervorgehen wird, der es versteht, an die unterjochten Völker des Ostens heranzutreten und sie zu seinen Bundesgenossen in diesem Kriege zu machen.

Einen günstigen Boden für die Revolution haben in Asien die akute Wirtschaftskrise (die im Augenblick des Ueberganges vom Feudalismus zum Kapitalismus unvermeidlich ist) und die barbarische Politik der imperialistischen Großmächte in den Kolonien geschaffen. Diese Politik hat im Osten stark nationalistische Tendenzen hervorgerufen. Wir geben zu, daß das erste Revolutionsstadium im Osten ein Sieg der liberalen Bourgeoisie und der nationalistischen Intellektuellen sein wird, aber dennoch müssen wir schon jetzt unsere Kräfte für das zweite Stadium vorbereiten, indem wir aus den Tiefen der ackerbauenden Massen, die durch das feudale Regime unterjocht sind, organisierte Kräfte schöpfen für eine möglichst schleunige agrarsozialistische Revolution in Asien. Das industrielle Proletariat ist, von Japan abgesehen, in Asien zu schwach, als daß wir ernste Hoffnungen auf eine nahe kommunistische Revolution hegen könnten, aber der Sieg der Agrarrevolution ist nicht zweifelhaft, wenn es uns gelingt, mit den nächsten Aufgaben des großen blutigen Kampfes fertig zu werden.

Das Proletariat Rußlands, das auf dem Vorposten der sozialen Weltrevolution steht, konnte dem verzweifelten dreijährigen Ansturm der Weltbourgeoisie nur deshalb widerstehen, weil es die ärmste und mittlere Bauernschaft auf seine Seite zu bringen verstand. Der Vortrupp des europäischen und amerikanischen Proletariats, der sich um die Kommunistische Internationale zusammenschließt, muß Hand in Hand mit den vielmillionenköpfigen Massen des revolutionären Ostens kämpfen, wenn er einen raschen und erfolgreichen Sieg über die kapitalistische Klasse erringen will. Die Unmöglichkeit dieses Sieges ohne die Zusammenarbeit mit den „kolonialen" Völkern ist so klar, daß sie keines weiteren Beweises bedarf. Die Geschichte der ruhmlos untergegangenen Zweiten Internationale hat deutlich gezeigt, daß, solange die Weltbourgeoisie noch ein Machtreservoir in den Kolonien überhaupt und in Asien insbesondere besitzt, sie den verzweifeltsten Ansturm des aufständischen Proletariats zurückschlagen kann.

Indem die Kommunistische Internationale den erwachenden Osten auf den richtigen Weg der Revolution lenkt, wird sie den Opportunismus und die Unentschlossenheit des Proletariats der westlichen Länder von Grund aus zerstören, aber die Handlungen müssen so zusammengepaßt werden, daß das europäische Proletariat seine Bourgeoisie gerade in dem Augenblick aufs Haupt schlägt, wo der revolutionäre Osten dem Kapital einen tödlichen Stoß ins Herz versetzt. Der siegreiche Aufstand der „Kolonialvölker" wird das Todesurteil gegen jeglichen „Bernsteinismus" und jeglichen spießbürgerlichen Trade-Unionismus unterzeichnen. Die rasche Durchführung dieser Aufgabe wird den Tag des Triumphs der Kommunistischen Internationale in der ganzen Welt beschleunigen.

Nun fragt es sich: welche Kräfte bewegen die Revolution im Osten? Die Mehrheit des ehemaligen Adels, der liberalen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Intellektuellen, die die geistige Kraft der Revolution in Asien ist, hat aus der Erfahrung ihres langjährigen Kampfes mit den fremdländischen Unterjochern und nach qualvollem innerem ideellem Kampf begriffen, daß die Wiedergeburt des Ostens unmöglich ist außerhalb der Herrschaft der breiten werktätigen Massen. Der Bankerott der Zweiten Internationale hat die rasche Entwicklung des revolutionären Gedankens im Osten gefördert und ihnen jede Hoffnung auf eine freie Existenz der eingeborenen Bevölkerung ohne den Triumph der sozialen Revolution in Europa, Asien und den anderen Ländern genommen. Den Nationalisten Asiens stehen jetzt zwei entgegengesetzte Wege offen: der eine führt zu persönlichem Wohl, das sich auf die ewigen Leiden und die allmähliche Degenerierung der breiten Massen gründet, der andere — zur sozialen Revolution, die ihnen in gewissem Grade ihre materiellen Vorrechte nehmen, aber dem angestammten Volke die Befreiung bringen wird. Zu unserer großen Freude hat sich die Mehrheit der ideellen Nationalisten auf die Seite der Revolution gestellt. Natürlich gibt es auch in den revolutionären Kreisen selbst Elemente, die sich mit uns Internationalisten nur zum Zweck nationalpolitischer Befreiung vereinigen, aber wir werden ihren revolutionären Geist ausnutzen zum Kampf gegen das Weltkapital, zum Triumph der sozialen Revolution in der ganzen Welt. Wenn die Revolution es jedoch in der Folge erfordern sollte, werden wir es verstehen, die Waffen gegen den gestrigen „Verbündeten" zu kehren, und der Sieg wird zweifellos unser sein, da die Volksmassen des Ostens, nachdem sie sich eben von der fremdländischen politischen und wirtschaftlichen Unterjochung befreit haben, sich schwerlich mit der Gewalt neuer Gebieter aussöhnen werden. Eine solche Politik — die Politik der Unterstützung der nationalen Bewegungen in den Kolonien — zu führen, sind die angeblich sozialistischen Regierungen nicht fähig, die eine „Empörung des patriotischen Gefühls" der wenig bewußten werktätigen Massen in den Ländern fürchten, deren herrschende Klassen eine barbarische Kolonialpolitik treiben. Aber die Kommunistische Internationale hat keine Ursache, diese „Empörung" zu fürchten, denn der Vortrupp des internationalen, revolutionären Proletariats, dessen Reihen mit jeder Stunde wachsen, wird ihre Handlungen nach Gebühr würdigen und ihre weitblickende Taktik voll und ganz gutheißen. Obgleich wir also mit den obengenannten Elementen gemeinsam kämpfen, können wir sie nicht als Genossen ansehen, mit denen man ohne Furcht bis zum Ende gehen kann. Ohne auch nur einen Augenblick lang nachzulassen, müssen wir den breiten werktätigen Massen des Ostens klarmachen, daß die nationalpolitische Befreiung allein ihnen nicht das geben wird, worum sie kämpfen, und daß nur die soziale Befreiung ihnen die volle Garantie der Freiheit geben wird.

Der Sieg des ersten Stadiums der Revolution in Asien fällt zusammen mit dem Sieg der sozialistischen Revolution im Westen. Das proletarische

Europa kann kein teilnahmsloser Zuschauer der Leiden der breiten werktätigen Massen des Ostens sein, die unter dem Joch der bürgerlichen Demokratie seufzen. Das europäische Proletariat wird, erfüllt vom Gefühl der internationalen Solidarität, ihnen zu Hilfe kommen. Natürlich, das können wir schon im voraus sagen, daß sich im bürgerlichen Lager ein fürchterliches Geheul erheben wird. Aber die westlichen Genossen werden (dessen können sie versichert sein) beim Proletariat und bei der werktätigen Bauernschaft Asiens einen herzlichen und brüderlichen Empfang finden, denn der Osten war immer nur gegen die ausländische Einmischung, die Ketten und Sklaverei mit sich brachte, die Einmischung des sozialistischen proletarischen Westens dagegen wird für die werktätigen Massen Asiens eine große und sogar unumgängliche Hilfe sein in ihrem Kampf gegen jegliche Ausbeutung. Nach einer solchen „Einmischung" sehnen sich die Proletarier des Ostens.

Der zweite Kongreß, der dem revolutionären Proletariat einen bestimmten leitenden Plan für den erfolgreichen Kampf mit dem Weltimperialismus zu geben hat, wird natürlich die große Rolle des revolutionären Ostens in der internationalen Arbeiterbewegung nicht vergessen.

Und dann werden die werktätigen Massen des Ostens mit Hilfe der europäischen und amerikanischen Genossen, nachdem sie die ausländischen und vaterländischen Unterjocher besiegt haben, Asien — das Land der religiösen Errungenschaften — in eine kommunistische Oase revolutionärer Errungenschaften verwandeln

Leitsätze über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Osten.

1. Im Augenblick des größten Kampfes zweier entgegengesetzter Kräfte: der Arbeit und des Kapitals — ist die Befreiungsbewegung der sogenannten „Kolonialvölker", die die Form gigantischer Aufstände annimmt, eine große Hilfe für das kämpfende Proletariat der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder.

2. Je mehr der Abgrund zwischen Arbeit und Kapital sich verbreitert und vertieft, desto fühlbarer wird die Notwendigkeit der engsten Einigung und des festen Zusammenschlusses des kommunistischen Westens mit dem revolutionären Osten.

3. Die langjährige Erfahrung des Revolutionskampfes des europäischen Proletariats, der mit der Befreiung der gesamten leidenden Menschheit enden wird, und die blutigen Exempel des langjährigen Befreiungskrieges der Kolonialvölker gebieten die Notwendigkeit koordinierter revolutionärer Aktionen sowohl auf dem Kontinent als auch in der Metropole, zum schnellsten Siege über die Ausbeuter.

4. Das oberste leitende Organ dieses gigantischen Kampfes kann nicht der räuberische „Völkerbund" und sein Verbündeter, die zweite „gelbe" Internationale sein, sondern nur die Internationale der Arbeit, des Revo-

lutionskampfes und des kommunistischen Proletariats, d. h. die III., die Kommunistische Internationale.

5. Die Kommunistische Internationale ist verpflichtet, die ganze Schlauheit der Inspiratoren des Weltkapitals zu entlarven, die unter der Firma des „Völkerbundes" vorgehen und einen Feldzug vorbereiten gegen diejenigen, die für das Glück und die freie Existenz der bisher geknechteten werktätigen Massen der ganzen Welt kämpfen; sie ist ferner verpflichtet, unermüdlich die Lebensunfähigkeit, die revolutionäre Armut und also auch die völlige Nutzlosigkeit der „gelben" zweiten Internationale im großen Befreiungskampf der Völker des Ostens zu entlarven.

6. Im Gegensatz zur Zweiten Internationale, die unter dem Vorwand der „Zivilisation" und „Kultur" die offen räuberische und barbarische Politik der bürgerlichen Regierungen unterstützte, leitet die Kommunistische Internationale selbst unmittelbar den Kampf der unterjochten Kolonialvölker gegen den plündernden Imperialismus.

7. Die Kommunistische Internationale, die mit dem den revolutionären Impuls des Proletariats in den vorgeschrittenen Ländern zurückhaltenden kleinbürgerlichen Trade-Unionismus, Opportunismus und Revisionismus einen unversöhnlichen Kampf führt und den zu neuem Leben erwachenden machtvollen Osten zum Aufstand bringt, wird die Unentschlossenheit — diese giftige Krankheit im gesunden Körper der revolutionären Bewegung des internationalen Sozialismus, von Grund aus beseitigen.

8. Die Eigenart der Wirtschafts- und Kulturverhältnisse des Westens und des Ostens drückt jeder dieser beiden Heerscharen der werktätigen Menschheit ihren besonderen Stempel auf; das Proletariat der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder ist zweifellos der entwickeltere, bewußtere Teil der internationalen Arbeitermasse. Aber die Aufgabe der Kommunistischen Internationale besteht natürlich nicht darin, die Industriearbeiter der industriell entwickeltsten Länder, die nur die Minderheit der werktätigen Menschheit ausmachen, in eine besondere Kaste auszusondern, sondern im Gegenteil darin, mit Hilfe der standhaftesten und bewußtesten Industriearbeiter des Westens die ganze werktätige Masse des erwachenden Ostens zu organisieren und dem allgemeinen Strom des Revolutionskampfes der Arbeit mit dem Kapital zuzuführen.

9. Unermüdlicher Kampf mit dem bürgerlichen Pazifismus, der die Kampfenergie des revolutionären Ostens zurückdämmt, sowie mit dem Panmongolismus und Panislamismus, welche Feinde der internationalen Solidarität der werktätigen Massen und ihrer Zusammenarbeit im Kampf für die Freiheit und Brüderlichkeit der Völker sind.

10. Eine unermüdliche Propagierung der Agrarrevolution unter den Völkern der Kolonien und insbesondere Asiens ist notwendig, um ihrer Befreiungsbewegung nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen Inhalt zu verleihen; man muß das Klassenbewußtsein der Massen heben, sie zur gesellschaftlichen Bewegung heranziehen, diese Bewegung aus einer intellektuellen in eine Massenbewegung verwandeln, indem man die

geschichtliche Sendung des Proletariats klarlegt, das zur Ergreifung der Macht bereit ist.

11. Im Ausblick auf diese sozialistische Agrarrevolution im Osten muß die Kommunistische Internationale unverzüglich an die Ausarbeitung einer revolutionären Methode für den Aufbau der neuen Gesellschaft — der kommunistischen Gesellschaft — gehen, d. h. an die Schaffung eines Wirtschaftsplanes für den möglichst schmerzlosen Uebergang von der agrarischen Ordnung zur sozialistischen, mit Umgehung der qualvollen Periode der Entwicklung des Privatkapitalismus im Osten.

Pak Dinschun.

Die revolutionäre Bewegung in Indien.

Um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen zu verstehen, die zur Revolution in Indien geführt haben, muß man sich das Gesamtbild der Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen vor Augen halten, aus denen sich die alte indische Gesellschaft aufbaute.

Zur Zeit als die buddhistischen und Hindumonarchen das Land regierten, ging die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der indischen Gesellschaft einen Weg, der kommunistisch genannt werden kann. Die politische und wirtschaftliche Einheit des Landes war damals das „Panhaiet". Auf diesem ruhte die ganze Gesellschaftsordnung.

Die Idee der Organisation und Arbeit in diesen Landkommunen muß genau untersucht werden. Gewöhnlich glaubt man, daß diese von der Regierung absichtlich zerstörten Organisationen nichts anderes seien, als die für alle primitiven Völker gewöhnliche Stammesverfassung. Gewiß, diese Organisationen gründeten sich nicht auf die klaren Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus, aber nichtsdestoweniger wurden sie bewußt und methodisch zur Leitung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens der Gemeinde geschaffen. Die Grundidee dieser Organisationen war, daß die Gemeindegeschäfte von ihren Mitgliedern selbst geführt werden müssen. Alle Handwerke und Berufe waren in der Kommune durch ihre ältesten Mitglieder vertreten. Ihre Hauptfunktion bestand außer der Tributzahlung an den herrschenden Monarchen darin, die Verteilung der Gemeindeprodukte zu überwachen, die den Bedürfnissen der Mitglieder entsprechend zu geschehen hatte. Die Gemeindespeicher wurden nach dem Genossenschaftsprinzip und unter der Kontrolle des Panhaiet von gewählten Mitgliedern verwaltet. Die Handwerker, wie z. B. Barbiere, Wäscher, Töpfer usw. erhielten für ihre Arbeit keinen besonderen Entgelt, sondern nur Grundstücke, die für die Ernährung ihrer Familien genügten. Die Landgemeinde hatte Polizei und Gericht und versah auch alle anderen sozialen und politischen Funktionen in der Verwaltung der Kommune, die eine autonome Einheit war. Mit einem Wort, bevor die Engländer ihnen ihre Zentralisierung und Bürokratie aufgezwungen hatten, haben die Inder niemals das Joch der Staatsgewalt gespürt. Die Staatsgewalt Indiens, die im Laufe langer Jahrhunderte keine ernste Entwicklung ihrer politischen Formen durchmachte, erschien den Volksmassen als ein abstrakter Begriff. Obgleich Indien bis in die letzten Jahre des XIX. Jahrhunderts nur eine sehr schwache Großindustrie besaß, so wäre es doch ein Fehler, zu behaupten, daß Indien ein reines Agrarland war. Von der ältesten Ge-

schichtsepoche an und bis zur Mitte des XVIII. Jahrhunderts hat ein bedeutender Teil der Bevölkerung Indiens in verschiedenen Industriezweigen gearbeitet, mit deren Erzeugnissen es die gesamte übrige Welt versah. Diese Produktionen waren niemals nach kapitalistischem System zentralisiert, und die Arbeitermassen lebten in verhältnismäßig guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Feudalwesen ist auch niemals ein festgestaltetes System gewesen, obgleich es so viele regierende Dynastien gab. Die Einteilung in Kasten. die anfangs so etwas wie erbliche Gewerkschaften (Zünfte) waren, hat die Massen der Landwirtschafts- und Industriearbeiter vor der Verwirklichung in eine Reihe dynastischer Kriege gerettet. Da die Kriegerkaste, in deren Händen die politische Verwaltung des Landes lag, die Kriege aus eigener Kraft führte, konnte der übrige Teil der Bevölkerung ungehindert seinen gewohnten Beschäftigungen nachgehen. Die Landgemeinden behielten ihre politische und wirtschaftliche Autonomie, und die Massen empfanden den Druck der Selbstherrschaft, die im ganzen Lande zur Macht gelangt war, nicht so stark. Aus diesem Grunde entwickelte sich im indischen Volke eine Gleichgültigkeit gegen Form und Geist der Zentralregierung. Es gab häufig Fälle von Zusammenstößen zwischen den Großgrundbesitzern oder den Dorfbankiers und den werktätigen Massen, aber das waren stets lokale Konflikte wirtschaftlichen oder sozialen Charakters. Der erste mohammedanische Einbruch fällt in die Mitte des XI. Jahrhunderts und erobert wurde das Land in der ersten Hälfte des XIII. Jahrhunderts. Gegen die Eindringlinge kämpfte die Kriegerkaste Nordindiens, in deren Händen sich damals die politische Macht befand. Es kam zur Gründung des mohammedanischen Reichs, das jedoch keine wesentlichen Veränderungen in der sozialen und wirtschaftlichen Gesellschaftsordnung hervorrief.

Das Land war mit Waffengewalt erobert worden, und den Kaiserthron bestieg ein mohammedanischer Kaiser, der sich mit indischem und mohammedanischen Adel umgab. Die Massen aber arbeiteten ruhig fort in ihren Berufen und Handwerken und die Bauern auf ihren Aeckern unter der autonomen Verwaltung der Panhaiet. Mit einem Wort, der Sieg der Mohammedaner ersetzte die alte Dynastie durch eine neue und fügte dem schon bestehenden glänzenden Kreise der Machthaber noch einige Namen hinzu, aber er führte keine neue wirtschaftliche Ordnung ein. Die mohammedanischen Herrscher betätigten ihre Tyrannei hauptsächlich in religiöser und zum Teil in sozialer Hinsicht. Die Feindschaft zwischen den Eroberern und den Unterworfenen trug einen ausschließlich religiösen Charakter und traf vor allem die herrschenden Klassen — die Priester und die Krieger, die sich daher an die Spitze der nationalen Bewegung gegen die mohammedanische Herrschaft stellten.

Die Empörung gegen das mohammedanische Joch ist die erste große nationale Bewegung in der Geschichte Indiens. Sie brach Ende des XVII. Jahrhunderts aus, als die Kriegshauptleute Südindiens sich gegen den Kaiser erhoben und die Bauern und Bergbewohner unter ihrer Fahne ver-

einigten. Das Volk, das fast ausschließlich durch religiöse Feindschaft erregt und vom Streben nach Freiheit erfüllt war, stürzte die despotische Gewalt der mohammedanischen Machthaber und der Kriegerkaste. Die europäischen Kaufleute, die schon Ende des XVI. Jahrhunderts bis nach Indien vordrangen, benutzten die Bürgerkriege und das durch die Revolution hervorgerufene Interregnum, um die politische Macht an sich zu reißen und mit der wirtschaftlichen Ausbeutung zu beginnen.

Die Besetzung Indiens durch die Engländer eröffnet eine neue Aera in der Geschichte seines Volkes. Als die Engländer kamen, gerieten die Volksmassen Indiens zum ersten Mal unter das Joch einer zentralisierten wirtschaftlichen Ausbeutung. Um die englische Großindustrie zu schützen, vernichtete die britische Regierung die alten Hausindustrien Indiens, deren Erzeugnisse bis zum Beginn des XVIII. Jahrhunderts den Hauptausfuhrartikel bildeten. Die Einführung der Fabrikgroßindustrie zerstörte die alte Wirtschaftsordnung der indischen Gesellschaft. Da die alten Hausindustrien vernichtet waren, der Entwicklung einer modernen Großindustrie aber absichtliche Hindernisse bereitet wurden, so war das einzige Ergebnis dies, daß fast die ganze Bevölkerung zum Ackerbau zurückkehrte und Indien ein Land der landlosen Bauernschaft wurde.

Unter den indischen und mohammedanischen Kaisern wurde der Boden auf zweierlei Art bearbeitet. Das Gemeindeland wurde genossenschaftlich unter der Kontrolle der Landgemeinde bearbeitet, außerdem aber gab es Großgrundbesitze, die in kleine Parzellen geteilt und gegen eine bestimmte Menge von Produkten in ständige Pacht gegeben wurden. In den ersten Jahren der britischen Herrschaft wurde ein bedeutender Teil der einen wie der anderen Ländereien von den britischen Kaufleuten zur Produktion von Indigo eingenommen, der seit den ältesten Zeiten einer der kostbarsten Ausfuhrgegenstände aus Indien ist. Auf diesen Pflanzungen wurde eine riesige Menge von Arbeitern eingestellt, die infolge der Zerstörung der Hausindustrie und Konfiszierung ihrer Gemeindeländereien und kleinen Pachtstellen erwerbslos geworden waren. Auf diese Weise wurde ein starkes Landproletariat geschaffen, das in die Lage von Sklaven geriet und sich schon bald gegen seine Ausbeuter erhob.

Diese Agrarrevolution, die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts einen sehr bedrohlichen Charakter annahm, wäre vielleicht der Anfang zu einer großen proletarischen Bewegung geworden, wenn der Gewinn von Indigo aus Pflanzen nicht unerwartet vernichtet worden wäre durch die Erfindung der Anilinfarben. Dieser Aufstand der Landarbeiter, der in Indien vor über 100 Jahren stattgefunden hat und sich mit großer Schnelligkeit über ganz Indien verbreitete, war ein richtiger Klassenkampf.

Als die Engländer das Land erobert hatten und anfingen, eine Vernichtungspolitik gegen die einheimische Industrie und den Handel zu führen, schloß sich ein bedeutender Teil der Kaufleute und Grundbesitzer Indiens den Ausländern an. Viele Grundbesitzer fingen an, ihre Besitzungen zu Indigokultur zu verpachten, und viele einheimische Kaufleute beuteten zu-

sammen mit den Engländern die werktätigen Massen aus. Die Bauern erhoben sich gegen die Beschlagnahme ihrer Gemeindeländereien und Pachtstellen, sowie gegen die Zwangsarbeit auf den Pflanzungen. Die Regierung unterdrückte den Aufstand von Anfang an mit eiserner Hand. Die völlig waffenlosen Massen waren nicht imstande eine machtvolle Revolution zu organisieren und die Regierung zu stürzen. Außerdem richtete sich ihr Aufstand nur gegen die Unternehmer, Grundbesitzer und Aufseher; der Gedanke, die Regierung zu stürzen, kam ihnen noch nicht in den Sinn. Als die Gewinnung von Indigo aus Pflanzen aufgegeben wurde, da sie nicht mehr vorteilhaft war, brauchte die Regierung die Arbeiter nicht mehr zur Arbeit zu zwingen. Um der drohenden Gefahr eines neuen Aufstandes der verzweifelnden Massen zu entgehen, wurden die Ländereien der Indigopflanzungen an die Arbeiter verteilt. So endete der erste Proletarieraufstand in Indien.

Der zweite spielte sich in den Jahren 1857—58 in der Form des sogenannten Sipaiaufstandes ab. Er wurde zu einer mächtigen bewaffneten Bewegung, der es beinahe gelang, die britische Herrschaft zu stürzen. Führer dieser Revolution waren die gestürzten indischen Prinzen und die erniedrigten mohammedanischen Machthaber. Aber der Hauptfaktor dieser Revolution war die Unzufriedenheit in den Reihen des eingeborenen Heeres. Obgleich die Revolution von 1857 wohl in militärischer Hinsicht mächtiger war, so trug sie doch nicht den wirtschaftlichen Charakter wie der Bauernaufstand im Anfang des Jahrhunderts. Hätte dieser Versuch Erfolg gehabt, so wäre in Indien eine demokratische Ordnung eingeführt worden, die den europäischen Völkern in ihrem Kampf für soziale und wirtschaftliche Befreiung gewaltige Hilfe erwiesen hätte. Die Revolution von 1857 war der erste Volkskampf für die politische Unabhängigkeit. Obgleich es eine Bourgeoisie in engerem Sinne damals noch nicht gab, so war doch eine mächtige Mittelklasse vorhanden, die die Rolle des geistigen Führers dieser Revolution spielte; und wenn die Revolution Erfolg gehabt hätte, dann hätte diese Mittelklasse die politische Macht an sich gerissen und den Grund zu einem bürgerlich-demokratischen Regime gelegt. Die Revolution wurde mit so beispielloser Grausamkeit unterdrückt, daß das Volk auf lange Zeit moralisch vernichtet war.

Das Britische Reich ist bedeutend erstarkt; das angewandte wirtschaftliche System hat auf den ganzen Charakter der Staatsverwaltung eingewirkt; statt Räuberei, Fälschung, Unterschleif, Plünderung usw. sehen wir einen wohlorganisierten bürokratischen Organismus, der darauf eingestellt ist, die Produktionskräfte des Landes und der ganzen Bevölkerung der Gnade der britischen Industrie auszuliefern. Unter dem erbarmungslosen Druck dieses eisernen Systems sind alle alten Traditionen des Wirtschaftslebens verschwunden, und wir begegnen dem ersten Beispiel in der Geschichte, daß als der wahre wirtschaftliche Ausbeuter des ganzen Volkes die politische Regierungsmacht auftritt.

Die erste Folge einer solchen Ordnung der Dinge äußerte sich im

Wachsen der politischen Erkenntnis im modernen Sinne des Wortes bei der Mittelklasse, die entstanden war durch die Erziehung eines ganzen Schwarms von unterwürfigen Beamten, Juristen, Schreibern und ähnlichen Bedienten, welche für die Aufrechterhaltung des schwerfälligen bürokratischen Apparats erforderlich waren. Die neuentstandene Mittelklasse säumte nicht, die besten Köpfe des Landes in ihre Reihen zu locken, denn sie begriff sofort, daß der einzige Weg zur Rettung des Landes vor der vollen wirtschaftlichen Unterjochung durch England im Besitz der politischen Macht besteht. Da dieses erwachende politische Bewußtsein jedoch von Leuten geleitet wird, die freigebigen Lohn aus der Hand der herrschenden erhalten, so war das sich entwickelnde politische Bewußtsein auf die Idee der konstitutionellen Regierungsform gerichtet, die mit der Existenz und dem Wohlleben der Bourgeoisie vollkommen vereinbar ist. Hieraus entsprang die nationalistische Bewegung, die ihren Ausdruck Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts im Indischen Nationalkongreß fand. Genau genommen, paßt diese Bewegung vollkommen in den Rahmen einer Partei konstitutioneller Reformen; ihre Führer vermeiden den Namen „Nationalisten", damit ihre Partei nicht den revolutionären Nationalisten gleichgesetzt wird, die Gewaltmaßregeln und eine bewaffnete Erhebung zur Abschüttelung des fremden Joches predigen.

Die Regierung machte von sich aus dem Nationalkongreß Zugeständnisse, um den Unzufriedenen aus der Mittelklasse gefällig zu sein. Um jedoch die Ausbreitung des politischen Bewußtseins von einer kleinen Gruppe der gebildeten Mittelklasse aus, die aus Aemtersuchern bestand, auf die zu ihrer Aufnahme bereiten Volksmassen zu verhindern, versammelte sich der Kongreß mit völliger Bereitschaft alljährlich und faßte jahraus, jahrein dieselben Entschließungen. Einzelne seiner Mitglieder wiesen wiederholt durch die Presse und Propaganda hin auf die ständige Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Volkes unter dem hohen Steuerdruck, die unbeschränkte Kontrolle über Lebensmittel und Rohstoffe, Beschränkung der örtlichen Industrie usw. Aber diese „hervorragenden" Reformatoren hielten sich trotz ihrer klingenden Phrasen von dem Volke fern, für dessen Wohl sie zu kämpfen vorgaben. Im Ergebnis beschränkte sich die Agitation des Nationalkongresses wie die Regierung es eben erstrebte, auf eine kleine Gruppe bürgerlicher Politikaster — Juristen, Aerzte, Professoren und Vertreter der wenigen blühenden Industriezweige. Die äußerste Fügsamkeit des Kongresses erregte aber schließlich die Unzufriedenheit der jungen Intellektuellen, und kleine revolutionär gesinnte Gruppen, die den gewaltsamen Sturz der britischen Regierung anstrebten, entstanden zu Ende des vorigen Jahrhunderts unter den Marhaten und dann auch unter den Bengalen. An der Spitze dieser neuen Organisation, die im Lauf einiger Jahre zu bedeutendem Einfluß gelangte, standen überzeugte Idealisten, die geleitet waren vom edlen Wunsch, den schweren Leiden des Volkes ein Ende zu machen.

Aber der erste Fehler dieser jungen Revolutionäre war ihr Glaube

an den Terror. Sie ließen sich von der Vorstellung verleiten, daß es zur Befreiung des Landes genügen würde, einen Sportklub und eine Geheimgesellschaft zur Herstellung von Sprengstoffen zu gründen, und dann werde ein Häuflein Intellektueller, der Sache unbedingt ergebener Revolutionäre, das Werk der Volksbefreiung vollbringen. Die Propaganda gründete sich ausschließlich auf das Gefühl. Das „freie Vaterland" war ihre einzige Losung, und sie waren entschlossen, sie um jeden Preis zu verwirklichen. Ihr nachahmenswerter Heroismus und ihr aufrechter Geist, die bis zur Selbstaufopferung gingen, lockten Tausende von Jünglingen aus den Kreisen der Intellektuellen in die Reihen der Partei, die seit 1908 der Schrecken der Regierung geworden ist. Die revolutionäre und terroristische Tätigkeit dieser jungen freidenkenden Nationalisten ließ sich durch keinerlei Repressivmaßnahmen der Regierung abschrecken, die so weit gingen, daß fast über das ganze Land der Kriegszustand verhängt wurde. Aber sie gelangten nicht zur Ueberzeugung der Notwendigkeit, ein bestimmtes Programm auszuarbeiten, einen Plan der Organisation des Landes nach dem Sturz der britischen Herrschaft aufzustellen, dem Volk einen klaren Begriff vom Wesen der Freiheit zu geben, für die sie es zum Kampf aufrufen. Und daher haben sie trotz einiger Teilerfolge der revolutionären Propaganda unter einigen Gruppen der Volksmassen im allgemeinen diese letzteren doch nicht auf den Weg der wirksamen Revolution zu lenken vermocht.

Nichtsdestoweniger nötigte die terroristische Taktik der nationalen Revolutionspartei die Regierung, den Politikastern des Kongresses entgegenzukommen. In den Jahren 1909 und 1911 wurden einige konstitutionelle Reformen durchgeführt, für die die Führer des Kongresses jahrelang mit Kampf und Propaganda eingetreten waren. Anderseits aber gelangten auch die Revolutionäre selbst zur Erkenntnis, daß ihre ganze Arbeit fruchtlos bleiben würde, solange sie nicht imstande sind, sich auf die Volksmassen zu stützen. Sie überzeugten sich von der Unmöglichkeit eines günstigen Ausgangs der Revolution ohne die tätige Anteilnahme der werktätigen Klassen. Es entstand der Gedanke an eine Erziehung der Volksmassen, eine Erweckung ihres politischen Bewußtseins. Es wurden Abendschulen eingerichtet, Lehrer nach allen Ecken und Enden des Landes ausgesandt. Die Polizei deckte jedoch schon bald die Tätigkeit der revolutionären Propaganda auf und ergriff strenge Maßregeln zu ihrer Unterdrückung. Viele Lehrer wurden verhaftet und als Verschwörer und Unruhestifter abgeurteilt.

Das Aufklärungswerk wurde aber nicht durch die Verfolgungen der Regierung behindert, sondern auch durch die hoffnungslose Armut, die der Bevölkerung nicht einmal die Möglichkeit gab, die kostenlosen Abendkurse der nationalistischen Revolutionäre zu besuchen. Der Durchschnittsarbeiter in Indien (sowohl der Industrie- als auch der Landwirtschaftsarbeiter) arbeitet 12—14 Stunden täglich für einen Lohn, der zur Ernährung absolut unzureichend ist. Uebermüdet, hungrig und moralisch geknechtet, ist er

nicht imstande, eine Schule zu besuchen und Vorlesungen zu hören, die von wissenschaftlichen Gegenständen handeln, wie Geschichte, Geographie, politische Lehren usw. Die einzige Wissensmacht, die den werktätigen Massen zugänglich ist, wäre die Lehre vom kürzesten und sicheren Wege zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Aber die Mehrzahl der nationalistischen Revolutionäre stand auf bürgerlichem Boden und begriff weder die Psychologie der Massen noch ihre Interessen; und darum haben sie weder durch ihren aufrechten Geist noch durch ihren Enthusiasmus die Massen mit sich reißen können, die der revolutionären Bewegung der idealistisch gesinnten jungen Intelligenz gegenüber gleichgültig blieben.

Obgleich der Aufruf der jungen revolutionären Reformatoren zur nationalen Unabhängigkeit nicht das gewünschte Echo fand, wandten sich diese Massen selbst infolge der entstandenen Wirtschaftsverhältnisse unbewußt der Revolution zu. Bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts gab es in Indien noch kein Proletariat im landläufigen Sinne des Wortes; aber als das Land unter die Macht des britischen imperialistischen Kapitals kam, wurden 80 Prozent der ganzen Bevölkerung zu Proletariern. Fast der ganze Grundbesitz des Landes ging an die Regierung über, die das Land zu unglaublich hohen Preisen an die es bearbeitenden Ackerbauer verpachtet, die zu lebenslänglicher Unterernährung verurteilt sind. Mehr als drei Viertel der 80 Prozent Bevölkerung, die vom Ackerbau leben, nennen keinen Fußbreit des Bodens, den sie bearbeiten, ihr eigen. Diese Millionen leben in unbeschreiblicher Not. Obgleich die wahre Ursache ihrer Not der britische kapitalistische Imperialismus ist, empfinden sie stärker das Joch der einheimischen Bedrücker: der Gutsbesitzer, der Steuereinnehmer, der Steuer- und Administrativbeamten, der Polizei und des ganzen zahlreichen Trosses des ausländischen Imperialismus. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Massen sich nicht begeistern für die Idee des Sturzes der britischen Regierung, die ihnen als eine unbekannte Größe erscheint.

Die revolutionäre Bewegung unter der Losung: „Der Boden — dem Ackerbauer" wird die landlose Bauernschaft rasch unter ihrer Fahne versammeln. Mit anderen Worten, eine erfolgreiche Revolution in Indien kann nur das Ergebnis eines siegreichen Klassenkampfes sein. Der britische Imperialismus, in dem die Interessen der herrschenden Klassen konzentriert sind, muß niedergebrochen werden, gleichzeitig und mit der britischen Herrschaft zusammen muß aber auch jegliche Klassenherrschaft verschwinden.

In den Massen wird schon eine Gärung und aufrührerische Stimmung bemerkbar, es fehlt nur eine wohlbegründete und zielbewußte Führung, die den revolutionären Geist in das richtige Strombett leitet. Die nationalistische Bewegung hat infolge ihrer bürgerlichen Ideologie ihr Ziel nicht erreicht. Die revolutionäre Bewegung in Indien muß einen neuen Weg beschreiten, sie muß sich auf ein festes Prinzip stützen: die Klasseninteressen.

Im Vergleich zur Landbevölkerung ist das Industrieproletariat in Indien nur wenig zahlreich. Die unverfrorenen Maßnahmen der britischen Regierung haben fast die ganze örtliche Hausindustrie vernichtet, und die beständigen Hindernisse, die sie den geringsten Versuchen der Einführung der modernen Produktionsmethode entgegensetzt, haben dazu geführt, daß ein Stadtproletariat in Indien fast völlig fehlt. Nichtsdestoweniger haben sich einige Produktionszweige in Indien im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte so eingebürgert, daß in den verschiedenen Bezirken etwa 5 Millionen Arbeiter gezählt werden. Unter diesen Arbeitern sehen wir folgende Gruppen:

Ueber 100.000 Arbeiter in den Baumwollspinnereien und Webereien in den städtischen Bezirken, die fast ausschließlich mit inländischem Kapital arbeiten. 700.000 Personen sind in der Teeindustrie beschäftigt; sie pflanzen, bereiten und verpacken den Tee. Es gibt viele Pflanzungen mit 10—20.000 Arbeitern. Auf den Jutefabriken Bengaliens (sie liegen alle in der Umgegend von Kalkutta) arbeiten über 300.000 Personen. Die Eisenbahner zählen 200.000 Arbeiter in den Werkstätten und etwa halbsoviel auf der Linie (alle Eisenbahnen sind in den Händen der Engländer). Ueber 200.000 Personen arbeiten in den Kohlengruben, die sowohl Einheimischen als auch Engländern gehören. In den Docks und Häfen sind etwa 500.000 Arbeiter beschäftigt; auf den Stadtbahnen der fünf Hauptstädte bis 50.000 Personen; in Druckereien, Papierfabriken und Buchbindereien über 50.000 Arbeiter; auf Eisenhütten und anderen mechanischen Fabriken 50.000 und auf den Waffen- und Munitionsfabriken der Regierung 35.000 Personen. Die übrigen Arbeiter sind in kleinen Gruppen über das ganze Land verstreut. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß Millionen von Landarbeitern, die absolut besitzlos sind und ausschließlich von ihrer Arbeit leben, unzweifelhaft zur Proletarierklasse gehören. Die Regierung hat ganze Provinzen (mit 20 Millionen und noch mehr Bevölkerung) in riesige Farmen verwandelt, die ihr gehören: die Massen pflügen und hungern, denn alles, was sie erzeugen, wird fortgebracht, und eine riesige Menge Korn geht ins Ausland, während im ganzen Lande der entsetzlichste Hunger herrscht. Diese Daten beweisen, daß die Zahl der Arbeiter, aus denen man eine revolutionäre Partei organisieren könnte, immerhin ziemlich groß ist.

Die Idee der Massenorganisation im modernen Sinne ist in Indien verhältnismäßig wenig verbreitet. Die erste wirkliche Arbeiterorganisation ist vor drei Jahren unter den Straßenbahnern von Madras entstanden, die einen Verband gründeten.

Seither haben die Gewerkschaften angefangen, sich rasch auszubreiten, trotz des offenen Uebelwollens und der Verfolgungen der Regierung und der Weigerung der Arbeitgeber, sie anzuerkennen. Mit anderen Worten, sogar der allerunschuldigste Typus der Arbeitervereinigung gilt in Britisch-Indien als ungesetzlich.

Das Anwachsen der Streikbewegung in Indien bildet einen interessanten Untersuchungsgegenstand. Der erste bedeutende Streik fand 1906

statt, als die Arbeiter und Beamten der Ostbahn eine Erhöhung des Arbeitslohnes forderten. Die Regierung ergriff sofort die strengsten Maßregeln; die Führer wurden verhaftet und der Streik endete äußerst unglücklich. Darauf wurden einige hundert Geistlicher, die an der Organisierung dieses Streiks tätigen Anteil genommen hatten, ihrer Ämter entsetzt und schlossen sich den Revolutionären an. Seither hat es mehrere große Streiks gegeben, die jedoch auf die allgemeine Lage nicht eingewirkt haben. Die Existenz der arbeitslosen und hungernden Massen macht einen Streik der qualifizierten Arbeiter unmöglich, und die Produktion, die qualifizierte Arbeitskraft in großem Maßstabe erfordert, ist äußerst schwach entwickelt.

Aber die ständige Preissteigerung auf die notwendigsten Gegenstände während des Krieges hat eine starke Gärung unter den Arbeitern hervorgerufen. Durch das ganze Land flutet eine Streikwelle. Im Lauf von drei Jahren hat sich das Solidaritätsgefühl unter dem indischen Proletariat so stark entwickelt, daß der Streik der Baumwollspinner, der in Achmadabad ausbrach, innerhalb weniger Tage eine kolossale Ausdehnung gewann, eine deutliche politische Färbung annahm und sich schließlich in einen offenen Aufstand gegen die Regierung verwandelte. Die Eisenbahner trugen dazu bei, die Bewegung der Truppen zu verlangsamen. Die Wege wurden gesprengt, die Militärzüge aufgehalten, und die Stationen wurden von den streikenden Aufrührern besetzt. Sogar die Ladenhändler und kleinen Kaufleute schlossen sich dem allgemeinen Streik an.

Der Aufstand wurde unterdrückt, aber das Proletariat hatte zum ersten Male die Bedeutung der Massenorganisationen begriffen.

Viele nationalistische Revolutionäre, die in Indien und im Auslande leben und in aufrichtiger Weise die Freiheit und den Wohlstand des Volkes angestrebt haben, sind zur Ansicht gelangt, daß die proletarische Revolution der einzige Weg ist, der zum ersehnten Ziele führt. Gegenwärtig nehmen sogar einige der ältesten Nationalisten aktiv an der Arbeiterbewegung teil und kämpfen für die wirtschaftliche Befreiung der werktätigen Massen, indem sie u. a. die Organisierung von Gewerkschaften fördern.

Die Methode, nach der die proletarische Revolution in Indien durchgeführt werden muß, ist noch nicht klar. Die Mehrzahl der indischen Revolutionäre ist noch nicht vorbereitet, zu Organisatoren und Führern der sozialistischen Revolution zu werden. Sie besitzen noch nicht genügende theoretische Kenntnisse, und es mangelt ihnen die erforderliche organisatorische Erfahrung. Aber die Massen erwachen: die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sie gezwungen, sich gegen die Macht zu erheben. Im Vordergrund steht die Aufgabe der Schaffung einer starken, fest disziplinierten und wahrhaft revolutionären Partei, die alle Kräfte des Proletariats und der landlosen Bauernschaft mobilgemacht und in ständigem und engem Kontakt mit ihnen bleibt.

In Indien gibt es zahlreiche Elemente, die sich unter der Fahne einer solchen Partei versammeln könnten. Viele revolutionäre Nationalisten, die

völlig aufrichtig die Befreiung des Volkes anstreben, werden gern in die neue kommunistische Partei des revolutionären Proletariats und der landlosen Bauernschaft eintreten. Aber sie brauchen Führer, sie brauchen moralische und materielle Unterstützung.

Das indische Proletariat ist äußerst arm. Die Arbeitsbedingungen sind ungemein schwer. Auf den Fabriken und Betrieben dauert der Arbeitstag durchschnittlich 10—11 Stunden, der Arbeitslohn ist äußerst niedrig. Die Arbeiter wohnen häufig 6—8 Kilometer von den Industrieunternehmen entfernt und müssen zweimal täglich diese Entfernung zu Fuß zurücklegen, da es in Indien weder eine Eisenbahn- noch eine Straßenbahnverbindung mit dem Zentrum gibt. Die im Zentrum lebenden Arbeiter leben zu 15—20 Mann in einer kleinen, schmutzigen Kammer ohne Beleuchtung und Ventilation. Die Lage der Landwirtschaftsarbeiter ist womöglich noch schlechter. Sie erarbeiten noch weniger als die Fabrikarbeiter. Diese Arbeiter arbeiten nicht weniger als 12 Stunden täglich unter den unglaublichsten klimatischen und sanitären Verhältnissen, wobei sie nicht einmal ein sättigendes Mittagsmahl haben. Hunderte und Tausende dieser Landwirtschaftsarbeiter werden auf Grund eines Zwangsvertrages wie das liebe Vieh auf die Teepflanzungen oder zur Kautschukgewinnung auf die Malaische Halbinsel oder in die britischen Kolonien verkauft. Zur Zeit solcher Zwangsanwerbungen brechen nicht selten Empörungen aus. Aber dieser legalisierte Sklavenhandel ist ein Monopol der Regierung, die die Lage jetzt mit Waffengewalt aufrechterhält. Die Reihen des Eingeborenenheeres werden durch Soldaten gebildet, die der Hunger zu diesem schändlichen Beruf zwingt. Die eingeborenen Soldaten werden sich zweifellos der Partei anschließen, die die Losung auswirft: „Aller Boden den Werktätigen".

Die Provinz Pendschab, wo gegenwärtig die Mehrzahl der Eingeborenentruppen zusammengezogen ist, wird für die revolutionären Ideen der neuen Partei einen sehr fruchtbaren Boden abgeben. Zudem ist infolge des stärkeren Kontakts mit der Außenwelt die Bevölkerung des Pendschab politisch aufgeklärter und äußerst revolutionär. Wenn diese Massen sich im Klassenbewußtsein durchdringen, werden sie einen festen Kern der proletarischen Armee bilden, die das Bollwerk der revolutionären Kräfte Indiens bilden wird.

Eine proletarische kommunistische Partei, die systematisch gegen die Politik des bürgerlichen Nationalismus ankämpfen und die Volksmassen zur sozialen und wirtschaftlichen Befreiung führt, wird zweifellos die ganze unterjochte Klasse des leidensreichen Indien um sich vereinigen.

Roy.

Die polnische Frage und die Internationale.

Polen als Vorwerk der europäischen Revolution gegen das Rußland der Zaren! Polenbefreiung als Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse! Polen als Vorhut der kapitalistischen Konterrevolution gegen die russiche Arbeiterrevolution, den Herd der proletarischen Weltrevolution! Die Niederwerfung des bürgerlichen Polen — Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse! An der Spitze des weißgardistischen Polens Josef Pilsudski, einer der Führer der Polnischen Sozialistischen Partei, die der II. Internationale angehört!

Wie eine Reihe von Paradoxen, so klingen diese Tatsachen. Aber es sind keine Paradoxa, es sind Entwicklungsreihen der Geschichte, es sind Etappen der Entwicklung des proletarischen Befreiungskampfes, und nichts bringt die Linien dieser Entwicklung besser zum Bewußtsein, als eben die Gegenüberstellung der Rolle, die die polnische Frage in den drei Epochen der Arbeiterbewegung spielt, von denen zwei der Vergangenheit angehören, die letzte die Arbeit unseres Lebens darstellen soll.

* * *

Wenn man die Reden und Artikel, die Karl Marx und Friedrich Engels, im Jahre 1843 beginnend bis zur Engelschen Arbeit im Jahre 1890 über die auswärtige Politik des Zarismus, über die Polenfrage veröffentlicht haben, vor sich vorüberziehen läßt, so kann man ihren Standpunkt in der Polenfrage trotz aller seiner notwendigen Schwankungen auf folgendes zurückführen: In Westeuropa rang das Proletariat, als Vorderreihe der bürgerlichen Revolution um die Demokratie, die sie zum Sprungbrett der proletarischen Revolution machen sollte. Es stieß in diesem seinem Kampf in erster Linie auf zwei große mächtige Gegner: auf den englischen Kapitalismus, den Despoten des Weltmarktes, ohne dessen Ueberwindung alle europäischen Revolutionen im Sande verlaufen mußten, da er die Hauptmacht des Kapitalismus war. Aber jeder Sieg in Westeuropa war bedroht durch die Tatsache, daß im Osten eine zweite mächtige reaktionäre Macht existierte. Diese Macht war das feudale zaristische Rußland, und, obwohl es in dieser Zeit schon unter dem Einfluß der kapitalistischen Entwicklung in Zersetzung begriffen war und seine Kraft hauptsächlich aus dem Gegensatz der kapitalistischen Mächte zog, so verfügte es noch über Millionen stumpfer Bauernsöhne, die es als Soldaten zur Erdrückung jeder revolutionären Bewegung nach Europa senden

konnte. Jede europäische Erhebung konnte auf diese Weise durch die Heere des Zaren im Blute erstickt werden, und die bürgerliche wie die entstehende proletarische Demokratie waren sich bewußt, daß Europa „entweder republikanisch oder kosakisch sein wird", daß zwischen der europäischen Revolution und der zaristischen Reaktion es nur einen Kampf auf Leben und Tod geben kann. Wenn dieser Kampf vom Standpunkt der europäischen Revolution eine Notwendgikeit war, so war er vom Standpunkt der deutschen Revolution eine absolute Notwendigkeit. Die Teilung Polens unter Rußland, Oesterreich und Preußen hat die beiden letzten Teilnehmer des Raubes zu Vasallen des Haupträubers gemacht. In ihrer Angst, die Beute zu verlieren, waren die beiden deutschen Staaten auf Gedeih und Verderb der zaristischen Diplomatie ausgeliefert, sie waren Satrapen des Zarismus. Wollte die deutsche Demokratie sich von ihren eigenen Feudalen befreien, so stieß sie bei den ersten Schritten auf den Einfluß der zaristischen Diplomatie. Sie war im vorhinein genötigt, auch ohne Berücksichtigung der weiteren, ihr vom Zarismus drohenden Gefahren die russische Gefahr streng ins Auge zufassen, da ihre Ueberwindung die Vorbedingung jedes Kampfes gegen die eigene Reaktion war. Aus diesem Grunde konnte es für Marx und Engels nur eine Politik geben: Kampf gegen den Zarismus auf Leben und Tod. In diesem Kampfe sahen sie sich nach Bundesgenossen um. Das einzige Volk, das gegen den Zarismus kämpfte, war Polen. Seit der Teilung Polens hörte der Kampf um seine Befreiung nicht auf. „Die Polen konspirieren immer", schreibt der glänzende polnische Historiker des Aufstandes vom Jahre 1831, Mochnacki; „geht es ihnen schlecht, dann rebellieren sie, um sich von diesem Druck zu befreien. Sie rebellieren, weil sie nicht anders können. Geht es ihnen gut, so rebellieren sie, weil sie rebellieren können. In jedem Fall rebellieren sie."

In Wirklichkeit rebellierten nicht die Polen, sondern es rebellierte nur eine kleine Schicht des Adels, der früheren herrschenden polnischen Klasse, die sich mit dem Verlust der Unabhängigkeit ihres Landes und der herrschenden Rolle in ihm nicht aussöhnen konnte. Diese Schicht war stark zerklüftet. Unter dem Banner des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens sammelten sich ebenso aristokratische Elemente, die auf die Unterstützung der diplomatischen Zirkel des kapitalistischen Europa mehr rechneten, als auf die Revolution in Europa, wie auch kleinadlige Elemente, die die Geschicke Polens mit der bürgerlichen Revolution vereinigen wollten. Unter diesem Banner kämpften auch ehrliche revolutionäre Elemente, die sich im Auslande den sozialistischen Strömungen näherten und ihren Kampf um die Unabhängigkeit Polens in einen Kampf um den Sozialismus umzuwandeln suchten. Marx und Engels erklärten im Kommunistischen Manifest, daß die Kommunisten jene Fraktion der polnischen Aufständischen zu unterstützen haben, die auf ihr Banner die Agrarrevolution in Polen gesetzt haben. Diese Fraktion stellte keinesfalls den stärksten Teil der polnischen patriotischen Kräfte dar, aber es war klar, daß, wenn Polen genügende

Kräfte zum Kampf gegen den Zarismus mobil machen soll, dies nur geschehen kann, wenn die polnischen besitzenden Klassen — und es war in erster Linie der polnische Grundadel — auf die feudalen Privilegien verzichten, den Bauer befreien und ihn an dem Kampf um die Unabhängigkeit Polens interessieren würden.

Indem Marx und Engels diese Fraktion des polnischen Adels unterstützten, hofften sie, daß sie eine wirkliche revolutionäre Kraft gegen das zaristische Rußland in Bewegung setzen werden. Die Unabhängigkeit Polens war für sie also eine konkrete, durch die geschichtliche Lage umrissene Forderung, ein Kampfesziel, für das sich das internationale Proletariat einzusetzen hätte, nicht aus purer Schwärmerei für unterdrückte Völker, sondern aus dem konkreten Interesse, einen Wall gegen das zaristische Rußland im Osten aufzuwerfen, eine Kraft zu befreien, die genötigt sein wird, dauernd die Wacht gegen den barbarischen Osten für die europäische Revolution zu halten. Die Aufstandsversuche der Jahre 1846, 1848, 1863, die Marx erlebte, sie alle gingen unter, nicht so sehr unter dem Druck der militärischen Uebermacht des zaristischen Rußland, wie dank der Tatsache, daß die Spekulation auf den Bauernaufstand gegen Rußland immer wieder versagte. Die große Masse des Adels gedachte keinesfalls, auf ihre Privilegien zu verzichten.

Die Tragikomödie der Geschichte führte es mit sich, daß die meist demokratischen Teile des Adels, der Kleinadel am wenigsten imstande waren, auf die Ausbeutung der Bauern zu verzichten, weil sie am wenigsten imstande waren, die feudale Ausbeutung durch die kapitalistische zu ersetzen. Jeder Versuch einer gründlichen Agrarreform endete mit zu spät gemachten Versprechungen, führte niemals zu konkreten Taten, keiner von ihnen konnte deshalb den Nationalismus der Bauern wecken, oder auch nur das tief eingewurzelte Mißtrauen der Bauern gegen ihre bisherigen Peiniger erschüttern. Alle polnischen Aufstände endeten als kleine Anläufe, als Guerillakrieg einer kleinen Minderheit, die der Zarismus unterdrücken konnte, ohne geötigt zu sein, große Anstrengung zu machen. Und trotzdem hielten Marx und Engels zäh an ihrer Losung. Nach der Unterdrückung des Polenaufstandes des Jahres 1863 rollten sie immer wieder die polnische Frage auf den Kongressen der I. Internationale auf, sie suchten, die europäische Arbeiterklasse immer wieder zum Vorkämpfer der polnischen Unabhängigkeit zu machen, und sie unterließen dies nicht, obwohl sie auf starken Widerstand in der französischen Arbeiterschaft stießen.

Der Kampf in den Reihen der I. Internationale um die Unabhängigkeit Polens wirft ein außerordentlich interessantes Licht auf die Marx-Engelssche Problemstellung. Die französischen Proudhonisten waren gegen die Losung der Unabhängigkeit Polens, gegen die Unterstützung dieser Losung durch die Arbeiterklasse, aus dem einfachen Grunde, weil sie Proudhonisten waren. Sie waren Gegner der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, sie verwarfen jeden Staat, nicht nur den kapita-

listischen Staat; den Sozialismus dachten sie sich als den Sieg der Arbeiterklasse, die, in Produktionsgenossenschaften organisiert, die kapitalistische Gesellschaft auflösen wird in eine Reihe von produzierenden Gemeinden und Genossenschaften, die, durch den freien Warenverkehr miteinander verbunden, den Kapitalismus abschaffen werden. Gegner des Kampfes um den proletarischen Staat, waren sie selbstverständlich auch Gegner der Unterstützung des Kampfes um die Unabhängigkeit Polens, des Kampfes, der dazu von dem polnischen Adel geführt wurde. Auf der anderen Seite stießen Marx und Engels auf die Tatsache, daß Napoleon III. die Befreiung der Nationalitäten zu seinem Banner machte. Durch die Unterstützung der Polen liefen Marx und Engels die Gefahr, der bonapartistischen Schwindelideologie Zutritt zu der Arbeiterklasse zu verschaffen. In der glänzendsten Weise wußten sich Marx und Engels ihrer Aufgabe zu erledigen und die drohende Gefahr zu umsegeln. Gegen die Proudhonisten verteidigten sie nicht nur die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, d. h. des proletarischen Staates, als des Mittels der Niederreißung des kapitalistischen Widerstandes, sondern auch die vorübergehende Notwendigkeit der bürgerlichen Demokratie als eines Bodens, auf dem sich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Kapitalismus in nationalem Rahmen organisieren müsse, bevor sie imstande ist, die Macht zu ergreifen. Und gleichzeitig wußten sie, in der schärfsten Weise, die Grenze zwischen ihrem Standpunkt und dem Spiel Napoléons III. mit der Befreiung der kleinen Nationalitäten zu ziehen. Das tat in erster Linie Friedrich Engels in seinem Artikel im „Commonwealth" vom Jahre 1865, in dem er zeigte, daß es sich keinesfalls darum handelt, alle Abfälle der verschiedenen Völkerstämme, die sich in dem Rahmen der historisch gebildeten großen Staaten bilden, zum staatlichen Leben zu erwecken, sie zu unabhängigen Staaten zu machen. Diese Tendenz erklärt er als eine reaktionäre, da sie zum Zweck hat die Zersplitterung der kapitalistischen Großstaaten, die Träger der modernen Kultur sind, und ihre Schwächung gegenüber dem russischen Zarismus, der durch die Ausspielung der zurückgebliebenen reaktionären Völkerstämme und Abfälle sein Spiel treiben könnte. Engels zeigt, daß das europäische Proletariat ein eigenes konkretes Interesse an der Bildung des polnischen Staates als eines Walls gegen das zaristische Rußland hat, und daß es deshalb gewillt sein muß, diesen Staat in den Grenzen des Jahres 1772 zu bilden, entgegen der Tatsache, daß die Polen in diesen Grenzen eine Minderheit bilden. Sogar Riga und Odessa will Engels Polen geben, um es zu einem Machtfaktor in Europa auszugestalten.

* *
*

Diese Politik nimmt ein Ende nach dem Jahre 1871. Das Jahr 1871 schließt die Periode der bürgerlichen Revolutionen in Westeuropa ab. Die Bildung des Deutschen Reichs, die Bildung eines freien Italiens lassen die Hoffnung auf große territoriale Umwälzungen in naher Zukunft als

illusorisch erscheinen. Die Bourgeoisie, konservativ geworden, denkt nicht daran, in irgend einem ihrer Teile gegen Rußland zu kämpfen. Die bürgerliche Demokratie stirbt ab. Revolutionär ist nur die Arbeiterklasse, und sie ist es nur in ganz geringen Bruchteilen. Die Entwicklung der englischen Kolonien, die Verbilligung des Brotes in Europa dank der Konkurrenz des amerikanischen Marktes führt zu einer vollkommenen Verbürgerlichung der englischen Arbeiterklasse. Die französische Arbeiterklasse erholt sich nach den Niederlagen des Jahres 1871 nur sehr langsam; erst in den 90er Jahren beginnt sie wieder als politischer Faktor auf der historischen Bühne zu erscheinen, und sie wendet ihre Aufmerksamkeit innerpolitischen, nicht den außerpolitischen Fragen zu. In Deutschland und in Oesterreich wächst die sozialdemokratische Bewegung; unterdrückt von der herrschenden Klasse, atmet sie einen lebendigen revolutionären Geist, sucht die Traditionen der Politik der Internationale zu bewahren, sie sucht ihr Auge den großen Fragen der Weltpolitik zuzuwenden, und Wilhelm Liebknecht ist es, der in erster Linie immer wieder die Frage der Unabhängigkeit Polens aufrollt. Friedrich Engels tut es in einer großen Abhandlung über die auswärtige Politik des Zarismus. Aber schon in der Position von Friedrich Engels und Liebknecht ist eine große Wendung bemerkbar. Sie müssen zwei Tatsachen berücksichtigen: die erste, daß Rußland aufgehört hat, eine homogene gegenrevolutionäre Kraft zu bilden. Das Rußland der 70er und 80er Jahre stellt einen gärenden Hexenkessel dar. Die Folgen der russischen Agrarreform, die Folgen des Russisch-Türkischen Krieges des Jahres 1878, der Fortschritt der kapitalistischen Zersetzung Rußlands führen zur Bildung der „Narodnaja Wolja", zum Kampf der russischen Intellektuellen gegen den Zarismus unter dem Banner des Volkstümlertums. Dieser Kampf nimmt Dimensionen an, die manchmal den Eindruck erwecken, als könnte es den russischen Intellektuellen gelingen, dem Zarismus den Genickfang zu erteilen. Gleichzeitig zeigt es sich immer offenkundiger, daß die Polen noch etwas anderes verstehen, als zu konspirieren und Aufstände vorzubereiten, oder, besser gesagt, dies letztere in wachsendem Maße verlernen und statt dessen es immer besser verstehen, Schnaps zu brennen und Textilwaren zu produzieren, deren Export nach Rußland sie mit der Zugehörigkeit zu dem russischen Zarenreich aussöhnt. Gleichzeitig entsteht auch in Polen eine revolutionäre Arbeiterbewegung und diese revolutionäre Arbeiterbewegung wendet sich nicht der Losung der Eroberung der Unabhängigkeit Polens zu, sondern der des Kampfes um den Sozialismus. Und wir sehen Marx und Engels in ihrer Adresse vom 27. November 1880, die sie an die Versammlung der Vertreter des polnischen Sozialismus richteten, die sich in Genf versammelten, um am fünfzigsten Jahrestage des polnischen Aufstandes von 1830 festzustellen, daß das polnische Proletariat nicht um dieselben Ziele kämpft, um die der polnische Adel gekämpft hat, wir sehen, wie Marx und Engels in diesem Briefe, in dem sie die großen Verdienste der polnischen Revolutionäre aus dem adligen Lager feiern, keinesfalls die Losung

des Kampfes um die staatliche Unabhängigkeit Polens aufstellen. Als im Jahre 1889 die II. Internationale gebildet wurde, drückte sie den traditionellen Standpunkt in der Polenfrage vorerst darin aus, daß sie den polnischen Delegierten aus allen drei Teilen Polens, d. h. aus den österreichischen, russischen und preußischen Anteilen, in eine besondere nationale Sektion sich zu konstituieren erlaubt. In den nächstfolgenden Jahren tritt die Spaltung in der polnischen Arbeiterbewegung hervor eben in der Frage des Verhältnisses zur Losung der Unabhängigkeit Polens, und es ist sehr interessant, die Stellungnahme der verschiedenen Fraktionen der polnischen Sozialisten wie die Stellungnahme der II. Internationale zu diesen prinzipiellen und taktischen Streitigkeiten zu prüfen.

Die polnische Arbeiterbewegung hat seit dem Jahre 1886 den Charakter einer Klassenbewegung erlangt. Die großen Streiks, deren Welle damals Polen durchzog, weckten das Proletariat zur Teilnahme am öffentlichen Leben, und vor den Sozialisten stand die Frage nach den nächsten Zielen dieses Kampfes. Der polnische Sozialismus entstand unter dem Zeichen der Negierung der nationalen Frage überhaupt. In seinem Kampfe gegen alle Formen der bürgerlichen Ideologie mußte er sich sehr scharf gegen die Ideologie des bürgerlichen Patriotismus, gegen den patriotischen Fetischismus wenden, und ein großer Teil der Propaganda der ersten Ideologen des polnischen Sozialismus war der Demaskierung der polnischen Patrioten gewidmet. Dieser rein negative Standpunkt dem Patriotismus gegenüber entsprach auch der Tatsache, daß der polnische Sozialismus, entstanden unter dem Druck des Zarismus als illegale Bewegung der Intellektuellen, in seiner ersten Phase ähnlich wie der russische Sozialismus keine Etappen im Kampfe um das Endziel der Arbeiterbewegung anerkannte. Das Endziel des Sozialismus war für die ersten Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens in Polen Resultat nur einer kurzen Periode der Organisation und des revolutionären Kampfes. Das Proletariat sollte von der Fuchtel des Zarismus durch das Wunder der Revolution unmittelbar in das Paradies des Sozialismus gelangen. Jede Etappe schien da überflüssig, und der Kampf um die Errichtung eines bürgerlichen Staates mußte natürlich für sie einem Verrat an den proletarischen Interessen gleich sein. Diese Stellungnahme genügte nicht mehr, als die Massenbewegung der polnischen Arbeiter und ihre Lehren zeigten, daß das Proletariat auf dem Wege zur Revolution einer Periode der Organisation, der politischen Formierung als Klasse bedarf, und daß es sich weder organisieren, noch seinen Kampf führen kann, ohne den Boden politischer Freiheit zu erobern.

Die Sozialisten standen vor der Frage des Minimumprogramms, des Etappenprogramms, und sie hatten diese Frage zu beantworten in einer konkret umrissenen historischen Situation. Die Signatur dieser historischen Situation bestand darin, daß die Zeit des Aufschwunges der polnischen Arbeiterbewegung gleichzeitig die Zeit des Versandens der russischen revolutionären Bewegung war. Kurz gesagt, es war die Zeit nach der großen Niederlage der „Narodnaja Wolja", des russischen Volkstümler-

tums, und vor der Entstehung der russischen massenhaften Arbeiterbewegung, wie sie mit den Massenstreiks der Moskauer Textilarbeiter im Jahre 1896 begann. Gleichzeitig sah man eine Belebung des politischen Lebens in Polen. Während nach der Niederlage des Jahres 1863 der polnische Adel wie die polnische Bourgeoisie sich der Profitjägerei zuwandten, auf jeden politischen Kampf verzichteten und diese Profitjägerei als „organische Arbeit" priesen, sehen wir in den 90er Jahren das Wiedererwachen der patriotischen und sozialreformerischen Strömungen in einem Teil der polnischen Bourgeoisie. Es war das Kleinbürgertum, das, stark vermengt mit den ruinierten adligen Elementen, auf der politischen Bühne erschien, um sich gegen die proletarisierende Tätigkeit des Kapitals zu wehren. Das Kleinbürgertum, das unter dem Einfluß des Kapitalismus immer mehr zerbröckelte und unter die Räder der Geschichte geriet, wandte sein Auge der Vergangenheit zu, wo der Kapitalismus schwach war und das Kleinbürgertum ein verhältnismäßig ruhiges Leben führte. Diese Vergangenheit war das unabhängige Polen. Indem das Kleinbürgertum sein Auge dieser Vergangenheit zukehrte, konnte es nicht an der Frage vorbei, weshalb Polen zusammengebrochen war, weshalb Polen sich nicht aufrichten konnte. Es schob alle Schuld auf die Schultern des polnischen Adels, und es stellte der aristokratischen Politik des polnischen Adels die Politik der Demokratie, die Politik der sozialen Reformen entgegen. Als zahlreiche, sozial unterdrückte Klasse hatte es ein Interesse an diesen Reformen, und so vereinigte es das Bestreben nach der Wiederherstellung Polens mit dem Bestreben nach sozialen Reformen, nach dem kleinbürgerlichen Sozialismus. Da die Bourgeoisie in Polen zum großen Teil jüdisch oder deutsch war, da der Adel in der polnischen Geschichte nach der Meinung der kleinbürgerlichen Historiker, die an die Geschichte mit ihrem moralischen Maßstabe herantraten, eine verräterische Rolle spielte, so stellte das polnische Kleinbürgertum die Forderung der Konfiskation des adligen Besitzes, der Uebergabe der Fabriken an die Arbeiter, so daß ein Schein einer sozialistischen Politik geweckt wurde. Ein Teil der polnischen Sozialisten sah nicht hinter den sozialistischen Losungen dieser Elemente ihren kleinbürgerlichen nationalistischen Charakter, und er begrüßte in ihnen neue Verbündete in dem Kampf um die Befreiung des Proletariats, die an die Stelle der russischen Verbündeten, an die Stelle der russischen Revolutionäre treten sollten. Wenn aber die russische Revolution tot sein sollte, wie es dieser Teil des polnischen Sozialismus behauptete, so war es klar, daß der Kampf um den Boden, auf dem das Proletariat imstande wäre, sich für den Kampf um den Sozialismus vorzubereiten, keinesfalls gemeinsam mit der russischen Revolution zu führen war. Umgekehrt, er hatte Aussicht auf Erfolg nur als besonderer Kampf der polnischen Arbeiterklasse und des polnischen Kleinbürgertums gegen den Zarismus. Lag die Sache aber so, so war es klar, daß das Ziel dieses Kampfes nur die Unabhängigkeit Polens bilden konnte, keinesfalls aber die Niederreißung des Zarismus: die Eroberung der Demokratie in Rußland

scheint den Vertretern dieses Teiles der polnischen Sozialisten ein vollkommenes Trugbild. Sie erklärten, daß, falls der Zarismus in Rußland genötigt wäre, sich auf irgend welche Reformen einzulassen, es sich dabei nur um sehr eng begrenzte liberale Reformen handeln könnte, die nicht einmal eine Gewähr gegen die nationale Unterdrückung bilden könnten. Der Teil des polnischen Sozialismus, der sich auf den Boden des Kampfes um die polnische Unabhängigkeit stellte, bildete die Polnische Sozialistische Partei.

Der zweite Teil des polnischen Sozialismus antwortete auf diese Problemstellung, auf den Hinweis auf die Todesstille in Rußland, daß, falls es wahr wäre, daß die Revolution in Rußland für absehbare Zeit tot sei, dann wäre auch jede Aussicht auf die Eroberung der polnischen Unabhängigkeit eine vollkommene Illusion, denn angesichts der inneren Stille in Rußland würde der Zarismus immer genug Kräfte finden, um die isolierte revolutionäre Bewegung in Polen zu unterdrücken. Die europäische Situation im allgemeinen kennzeichnete dieser Teil des polnischen Sozialismus als einen Beweis gegen die Wahrscheinlichkeit irgend welcher größerer Aenderungen in der Karte Europas, bevor diese Karte nicht durch das siegreiche Proletariat entsprechend seinen Interessen geändert sein wird.

Es war die Zeit vor dem Einsetzen der imperialistischen Bestrebungen der Bourgeoisie. Die europäische Bourgeoisie schien unfähig, einen Krieg auf den Gefilden Europas um die Aenderung der europäischen Karte zu riskieren. Das Nahen des Sturmes auf den Kolonialzentren war noch nicht vorauszusehen. Die polnische Sozialdemokratie, die die Losung der Unabhängigkeit Polens als eine Programmforderung des Proletariats ablehnte, lehnte sie nicht nur als proletarische Losung ab, sondern sie nahm eine gewisse Erstarrung des Kräfteverhältnisses der Mächte bis zur sozialen Revolution an. Sie stellte der Losung der Unabhängigkeit Polens die des Kampfes des Proletariats in ganz Rußland um die Demokratie entgegen, sie lachte das Programm der Polnischen Sozialistischen Partei, die direkt aus dem Zarismus in einen Staat mit der Diktatur des Proletariats segeln wollte, als Kannegießerei von Intellektuellen aus. Sie stellte ihre Politik auf die Einigkeit des russischen und polnischen Proletariats ein und suchte das polnische Proletariat dazu zu bringen, aus dem Fehlen der proletarischen Massenbewegung in Rußland nur den Schluß zu ziehen, daß es die Aufgabe des polnischen Proletariats ist, durch seinen Kampf das Erwachen des russischen Proletariats zu beschleunigen. Dieser empirisch gewonnene Standpunkt wurde durch Rosa Luxemburg theoretisch begründet, indem sie die Frage vom Verhältnis des Proletariats zum Nationalstaat überhaupt aufwarf und sie dann konkret vom Standpunkt der polnischen Entwicklung beantwortete. Rosa Luxemburg erklärte, daß es die Aufgabe der Bourgeoisie ist, den bürgerlichen Staat als ein Organ ihrer Herrschaft zu bilden; die historische Aufgabe des Proletariats bestehe in der Ueberwindung, nicht in der Bildung des kapitalistischen Staates. Dort, wo das Proletariat existiert als Massenkraft, ist damit der Beweis geliefert, daß

ROSA LUXEMBURG
IM WARSCHAUER GEFÄNGNIS

ROSA LUXEMBURG
IM WARSCHAUER GEFÄNGNIS

auf diesem konkreten Gebiet die Bourgeoisie keinesfalls einen besonderen nationalen Staat nötig hat, um das Proletariat als Klasse auszubeuten und niederzuhalten. Die Existenz des Proletariats und der Bourgeoisie, der beiden großen modernen Klassen, auf einem Gebiet, das trotz seiner nationalen Eigenheiten keinen Nationalstaat bildet, führte sie zu der konkreten Frage, weshalb die polnische Bourgeoisie eigentlich auf den Kampf um die Unabhängigkeit verzichtet hatte. In einer Reihe glänzender historischer Arbeiten zeigt Rosa Luxemburg, wie die polnische Bourgeoisie, gebildet unter den Fittichen des Zarismus, in ihm das Instrument nicht nur der Beherrschung des polnischen Proletariats vorfand, sondern auch der ökonomischen Expansion nach außen. Die Abhängigkeit der polnischen Industrie von den russischen Märkten entpuppte sich in der Analyse Rosa Luxemburgs als der Strick, der jede Neigung der polnischen Bourgeoisie zum Kampf um den Nationalstaat erdrosselt hatte.

In dem Kampf der beiden Tendenzen in der polnischen Arbeiterbewegung, der zur Bildung des während des großen Krieges so populären Terminus „Sozialpatrioten" geführt hat, suchten beide Fraktionen des polnischen Kommunismus für sich die Internationale in Anspruch zu nehmen. Auf einer Seite suchten die Vertreter der Polnischen Sozialistischen Partei die alten Traditionen der Haltung von Karl Marx und Friedrich Engels in der polnischen Frage wachzurufen, wobei sie in erster Linie bei dem Hüter dieser Traditionen, bei Wilhelm Liebknecht Unterstützung fanden.

Auf der anderen Seite suchte Rosa Luxemburg in den wichtigsten Revuen des europäischen Sozialismus das Verständnis für die Aenderungen ebenso in der internationalen Lage wie in der polnischen Situation zu erwecken, die es unmöglich machten, den Standpunkt von Marx ohne weiteres zu akzeptieren. Das Bestreben, aus Polen einen Wall gegen Rußland zu machen, war ein Mißtrauensvotum an die revolutionäre Kraft des erwachenden russischen Proletariats, war eine Verkennung der Tatsache, daß der Zarismus im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts nicht mehr der Träger der Weltreaktion war, sondern der ausgehaltene Bravo des französischen Finanzkapitals.

Die II. Internationale suchte sich — und darin zeigte sich ihr ganzer opportunistischer Charakter — vor der Stellungnahme zu dieser Streitfrage in die Büsche der allgemeinen Redensarten zu schlagen. Gegenüber einer Resolution, die die Polnische Sozialistische Partei vorschlug und in der die Eroberung der Unabhängigkeit Polens nach alter Marxscher Tradition als direkte Aufgabe des europäischen Proletariats dargestellt wurde, erklärte der Londoner Kongreß der II. Internationale im Jahre 1896, daß er „für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern eines jeden Landes sympathisiert, die gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, sozialen oder anderen Despotismus leiden. Er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Proletarier der ganzen Welt zu treten und mit ihnen gemeinsam für die Ueberwindung des internationalen Kapitals und die Durchsetzung

der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen". Die II. Internationale nahm in dieser Resolution mit keinem Worte Stellung zu den für die Unabhängigkeit Polens als konkretes politisches Ziel auszusprechen. konkreten Streitfragen des polnischen Sozialismus. Sie wagte nicht, sich Sie tat dies schon aus diesem Grunde nicht, weil die deutsche Sozialdemokratie schon in dieser Hinsicht keinesfalls gewillt war, offen und klar auf die Verteidigung der von dem preußischen Adler erwischten polnischen Beute zu verzichten. Schon damals war der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie gegenüber den unterdrückten nationalen Minoritäten in Deutschland ein opportunistischer Standpunkt, der sich versteckte hinter allgemeinen Phrasen über die Sympathie mit unterdrückten Völkern. Wenn gleichzeitig die II. Internationale auf die Notwendigkeit der Solidarität der Proletarier in ihrem gemeinsamen Kampf um den Sozialismus hinwies, so zog sie aus diesem Hinweis keinesfalls den Schluß, daß jeder Versuch der Sprengung dieser gemeinsamen Front des Proletariats durch Errichtung verschiedener politischer Programme im Rahmen eines Staates unzulässig sei. Sie duldete nicht nur die Spaltungsarbeit der Polnischen Sozialistischen Partei, die nicht nur in Russisch-Polen, sondern auch in Deutschland die Polen von ihren Klassenbrüdern abzutrennen suchte, sondern die eine wüste Hetze gegen die deutsche wie die russische Sozialdemokratie führte, sie des Chauvinismus anklagte. Die deutsche Sozialdemokratie, die in der II. Internationale die Hauptrolle spielte, konnte nicht konsequent den Kampf gegen den polnischen Sozialnationalismus aufnehmen, denn sie wußte sehr gut, daß der polnische Sozialpatriotismus ihr immer beweisen konnte, daß sie in ihrer Praxis nicht besser war als er selbst. So sah die II. Internationale untätig dem Kampf der Tendenzen innerhalb der polnischen Arbeiterklasse zu, ohne sich jemals zu irgend einer selbständigen Stellungnahme durchzuringen. Der Versuch einer solchen Stellungnahme wurde nur seitens der russischen Sozialdemokratie gemacht und hat in einem Artikel in der „Iskra", dem Zentralorgan der damals radikalen russischen Sozialdemokratie, vom 15. Juli 1903 Ausdruck gefunden.

In diesem Artikel erklärt die russische Sozialdemokratie klipp und klar, daß es die Pflicht der Arbeiterklasse ist, sich der gewaltsamen Hineinpressung von Nationen in den Rahmen eines fremden Staates zu widersetzen. Sie erkennt ohne weiteres das Recht einer jeden Nation an, sich von der sie bedrückenden abzusondern, aber gleichzeitig erklärt sie, daß damit keinesfalls gesagt ist, daß die Arbeiterparteien in jedem Lande die separatistischen Strömungen zu unterstützen verpflichtet sind. Indem sie es ablehnen, der Bourgeoisie zu helfen, ohne Raubstaaten aufrecht zu erhalten, sind sie verpflichtet, nur dann aktiv das Bestreben eines Volkes nach Unabhängigkeit zu unterstützen, wenn dieses Bestreben den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. In jedem Fall aber ist es die Pflicht der Arbeiter der unterdrückenden wie der unterdrückten Nation, bestrebt zu sein, sich zum Kampf gegen den Kapitalismus in einer Front zu ver-

einigen, denn nur wenn die Arbeiterklasse, ohne Rücksicht auf Nationalität vereint gegen den Kapitalismus kämpft, hat sie Aussicht auf einen Sieg, der ihr die nationale Freiheit wie die soziale Befreiung geben soll. In der polnischen Frage erklärt dieser Artikel, daß die polnische besitzende Klasse sich immer mehr mit dem Zarismus aussöhnt und auf den Kampf um die Unabhängigkeit verzichtet. Gleichzeitig stimmt der Artikel jenen zu, die auf die Aenderung der Bedeutung der polnischen Frage hinweisen, seit dem Moment wo die russische Arbeiterklasse den Zarismus immer mehr bedroht. Aber trotzdem erklärt der Artikel, daß internationale Situationen entstehen können, in denen die polnische Bourgeoisie die Losung der Unabhängigkeit Polens aufstellen kann, und dann wird es von der konkreten Situation abhängen, wie sich die Arbeiterklasse zu dieser Frage stellen wird. Dieser Standpunkt der russischen Sozialdemokratie ermöglicht es ihr, einerseits die schärfste Opposition gegen die nationale Unterdrückungspolitik des Zarismus zu führen und dadurch das Vertrauen der polnischen Arbeiter zu gewinnen. In keinem Lande waren die Beziehungen der Sozialdemokratie des herrschenden Volkes, so nahe und intim zu den Arbeitermassen des unterdrückten Volkes, wie es der Fall war in Rußland, wo nicht nur die polnischen Marxisten, die Sozialdemokratie Russisch-Polens, einen Teil der allgemeinen russischen Partei bildeten, sondern wo nicht erlauben konnte. Die russische Sozialdemokratie konnte es tun, da seuchten Arbeiter sich in allen entscheidenden Momenten mit der russischen Arbeiterklasse in einer Front zusammenfänden. Aber wie schon oben gesagt, war diese Haltung für die II. Internationale als Ganzes unmöglich, denn sie erforderte den rücksichtslosesten Bruch mit der Bourgeoisie, den sich die vom Opportunismus zerfressene II. Internationale nicht erlauben konnte. Die russischeh Sozialdemokratie konnte es tun, da sie in ihrer Mehrheit eine revolutionäre Partei war, und es ist bezeichnend, daß der Artikel der „Iskra", den wir eben zitiert haben, der Feder L e n i n s entstammt.

Die Streitfrage der polnischen Bewegung wurde einer Kritik der Waffen unterzogen, der Kritik der Waffen der Revolution, wie der Kritik der Waffen des imperialistischen Krieges von 1914. Die erste russische Revolution, die Revolution des Jahres 1905, zeigte das reale Kräfteverhältnis in Polen, indem die polnische Arbeiterklasse als Ganzes sich in dieser Revolution der russischen Arbeiterklasse anschloß und die Polnische Sozialistische Partei im Stich ließ. Dies geschah nicht nur, indem ein großer Teil der polnischen Arbeiter direkt unter der Fahne der Sozialdemokratie Russisch-Polens, die einen Teil der russischen Sozialdemokratie bildete, um die demokratische Republik in Rußland kämpfte, sondern auch dadurch, daß die hinter der Polnischen Sozialistischen Partei stehenden Massen in ihrem instinktiven Bestreben, sich mit der russischen Arbeiterklasse zu vereinigen, die Partei immer mehr nach links drängten und ihre Mehrheit zum Aufgeben der Losung der Unabhängigkeit Polens brachten. Der

Teil der Polnischen Sozialistischen Partei, der an dieser Losung festhielt, bildete eine kleine Offiziersgruppe ohne Soldaten. Nachdem er sich als selbständige Partei konstituierte, bewies er, daß er nicht mehr auf das Proletariat seine Hoffnung setzte, indem er an die Stelle der Massenrevolution, als des Weges zur Unabhängigkeit Polens, die Bildung kleiner revolutionärer militärischer Organisationen setzte, die während eines Weltkrieges den Kampf um die Unabhängigkeit Polens auf der Seite des deutschen und österreichischen Imperialismus unternehmen sollten. Der Bankrott des polnischen Sozialpatriotismus während der ersten Revolution führte zur Bildung der Schützenorganisationen Pilsudskis, des heutigen Marschalls der polnischen Heere. Dieser Bankrott des polnischen Sozialpatriotismus war natürlich ein Resultat der Tatsache, daß der kapitalistische Entwicklungsprozeß die polnische Wirtschaftsverfassung mit der russischen verschmolz, daß er aus der polnischen Bourgeoisie einen Teil der russischen Bourgeoisie und aus der polnischen Arbeiterklasse einen Teil der russischen Arbeiterklasse gemacht hatte. Dank dieser Tatsache gab es auch in Polen im Anfang des Krieges keine einzige Partei, die die Unabhängigkeit Polens auf ihr Banner geschrieben hätte. Die polnischen besitzenden Klassen in Oesterreich und in Deutschland erstrebten die Niederwerfung des russischen Zarismus und die Vereinigung der polnischen Gebiete entweder unter dem Zepter der Habsburger oder als einen Teil Mitteleuropas, d. h. einfach gesprochen des imperialistischen deutschen Trusts. Die Führer der polnischen Bourgeoisie in Rußland erklärten ebenso klar, daß die Polen ein Interesse haben, im Rahmen des russischen Staatsverbandes, mehr oder weniger eng mit ihm verbunden, die polnischen Gebiete zu sammeln. Sie erklärten im vollen Bewußtsein der internationalen Situation, daß die Zeit der Bildung unabhängiger kleiner Staaten vorüber sei, daß sie gar nicht in den Interessen des betreffenden Bürgertums liegt. Es ist klar, daß die Bourgeoisie ein größeres Interesse hatte, an der kapitalistischen Expansion des siegreichen Kapitals teilzunehmen, als sich in irgend einem kleinen Staate, der keinen direkten Zugang zu den Weltstraßen haben könnte, einschließen zu lassen. Die Arbeiterklasse ihrerseits nahm in den industriellen Zentren Polens eine entschiedene antikriegerische Stellung ein. Sie protestierte gegen den Krieg, sie suchte in Warschau schon in den ersten Tagen des Krieges auf die Straße zu gehen und gegen den Krieg zu demonstrieren. Die Polnische Sozialistische Partei, die im Namen der polnischen Arbeitermassen sich auf die Seite des deutschen Imperialismus schlug, fand Gehör bei den polnischen Intellektuellen, nicht bei den polnischen Arbeitermassen. Sie erlebte in diesem Kriege die entschiedenste Niederlage, indem der deutsche Imperialismus sie bis zu Ende ausnutzte und dann zur Seite warf, ihren Nationalhelden, den Leiter der polnischen Legionen, Pilsudski, hinter Schloß und Riegel setzte. Das Abenteuer der Polnischen Sozialistischen Partei, mit Hilfe des deutschen Imperialismus die Unabhängigkeit Polens zu er-

obern, endete mit der deutschen Okkupation Polens, mit der vollkommenen Verknechtung des polnischen Volkes durch den deutschen Imperialismus, der es befreien sollte. Die „sozialistischen" Abenteurer, die sich dem deutschen Imperialismus in die Arme geworfen haben, zogen daraus nur einen Schluß: sie warfen sich in die Arme des französischen und englischen Imperialismus, den sie im dritten Kriegsjahre mit derselben Inbrunst als zukünftigen Retter des polnischen Volkes priesen, wie sie den deutschen Imperialismus in den ersten Kriegsjahren über den grünen Klee lobten. Der Sieg der russischen Revolution, sowie der Ausbruch der deutschen, zerschmetterte die Kräfte, die Polen hundert Jahre lang in Ketten hielten.

* *
*

Polen wurde unabhängig. Es trat die historische Situation ein, deren Möglichkeit Lenin in seinem Artikel des Jahres 1903 ins Auge faßte, wo die polnische Bourgeoisie ein Interesse an der Unabhängigkeit gewann. Die russische Revolution bedrohte die polnische Bourgeoisie, und so war es für sie nur eine Möglichkeit, in dem Rahmen eines unabhängigen Staates mit Hilfe des siegreichen Ententekapitals ihre Interessen zu verteidigen. Sie verzichtete damit nicht auf die Ausnutzung des russischen Imperialismus, auf die Ausnutzung des ihm unterworfenen Volkes. Der russische Imperialismus war tot. Die polnische Bourgeoisie brauchte dann auf ihn nicht zu verzichten. Indem sie sich unabhängig etablierte, vertrat sie die Interessen des Kapitals, die sie bisher in dem Rahmen des russischen imperialistischen Staates verteidigte. Sie suchte jetzt zum Parasiten des Ententeimperialismus zu werden. Das imperialistische Frankreich, das Deutschland mit Hilfe seiner Alliierten im Kriege nicht nur besiegt hat, sondern im Frieden ans Kreuz zu schlagen suchte, brauchte einen Verbündeten gegen Deutschland, der direkt an Deutschland grenzt und der dem französischen Kapital helfen würde, das deutsche Volk niederzuhalten. Polen soll diese Rolle spielen, und die polnische Bourgeoisie verkauft dem französischen Kapital ihre Arbeiter und Soldaten als Kanonenfutter für den künftigen Krieg gegen Deutschland, wie es früher der russische Zarismus getan hat. Dafür kriegt sie zwar keine Anleihe, aber Kanonen und Ausrüstung für ihre Armee, die zur Niederhaltung des polnischen Proletariats dienen soll. Wenn bei der Bildung des polnischen Staates, der polnischen Republik, man in manchen Kreisen hören konnte, die Politik der polnischen Sozialdemokratie, die die Losung der Unabhängigkeit Polens niemals aufstellen wollte, habe sich als verfehlt erwiesen, so beweist die polnische Bourgeoisie tagtäglich durch ihre Politik dem polnischen Proletariat, wie sehr im Recht die polnische Sozialdemokratie war, als sie ihm sagte, daß es kein Interesse habe, für die bürgerliche unabhängige polnische Republik zu kämpfen, die nur ein Instrument seiner Ausbeutung sein kann. Aber diese Haltung der polnischen Sozialdemokratie erschöpft in keinem Fall die Frage von der Haltung der III. Internationale Polen

gegenüber. Daß die polnische Arbeiterklasse mit allen ihren Kräften gegen ihre kapitalistische Regierung zu kämpfen hat, daß die internationale Arbeiterklasse mit allen Kräften Polen zu bekämpfen hat, das seine Waffen gegen Sowjetrußland erhoben hat, das kann keinem Zweifel unterliegen. Die Frage, die vor uns steht, ist die Frage der Beziehung der Kommunistischen Internationale zur Unabhängigkeit Polens im Moment des Sieges der polnischen Arbeiterklasse oder im Moment der Niederringung des weißgardistischen Polens durch die Rote Armee Sowjetrußlands, dem Polen den Krieg aufgezwungen hat durch seinen räuberischen Ueberfall. Aber auch diese Frage kann in den Reihen der Kommunistischen Internationale keine Meinungsverschiedenheit erwecken.

Das polnische Volk ist nach mehr als hundertjähriger nationaler Unterdrückung voller Mißtrauen zu jeder fremden Herrschaft. Schon diese Tatsache macht es für die III. Internationale zur Pflicht, sich klipp und klar für die Unabhängigkeit Polens auszusprechen. Die polnische Arbeiterklasse muß jetzt als die Verteidigerin ihrer eigenen Herrschaft in Polen auftreten, nicht als die Verteidigerin der Zugehörigkeit Polens zu irgend einem anderen Staat. Kein proletarischer Staat, sei es Sowjetrußland oder das künftige proletarische Deutschland, hat irgend ein Interesse daran, dem polnischen Volk seine Herrschaft aufzudrängen. Umgekehrt, sie sind interessiert an allem, was die Lage der polnischen Arbeiterklasse im Fall ihres Sieges stärken würde, sie sind damit interessiert an der Ausschaltung jedes nationalistischen Mißtrauens unter den polnischen kleinbürgerlichen Massen. Aus diesem Grunde erkennt die Sowjetrepublik offen und klar die Unabhängigkeit Polens an, aus diesem Grunde muß sich auch die Internationale offen und klar auf den Boden der Unabhängigkeit Polens stellen. Die Sowjetrepublik hat es angekündigt, daß sie im Fall der Niederwerfung des weißgardistischen Polens unter keinen Umständen an die Eroberung Polens denkt, daß sie die Unabhängigkeit des Rätepolens in vollem Umfang anerkennen wird. Das unabhängige Polen wird dann darüber zu entscheiden haben, wie es seine Beziehungen zu Sowjetrußland und zu Sowjetdeutschland — falls ein solches zu dieser Zeit existieren wird — zu gestalten hat. Es ist selbstverständlich, daß, wie die polnische Bourgeoisie Hilfe und Unterstützung bei der siegreichen westeuropäischen Bourgeoisie sucht, das proletarische Polen Hilfe und Unterstützung in dem nahesten Bündnis mit den siegreichen proletarischen Staaten suchen wird, und je größer die dem Proletariat drohende Gefahr sein wird, je größer die Zerrüttung, die der Kapitalismus hinterlassen wird, desto mehr werden sie beieinander Hilfe und Unterstützung suchen müssen. Die Haltung der polnischen Arbeiterklasse in den langen Jahren ihres Kampfes um die Befreiung vom Zarismus und Kapitalismus, der heroische Kampf des polnischen Proletariats unter dem Joch der zaristischen wie der deutschen Kriegsokkupation, sein Kampf gegen die polnische Bourgeoisie in dem Rahmen des unabhängigen polnischen Staates — das alles zeigt, daß, wie

groß auch die Schwierigkeiten sein mögen, die es erwarten, wenn es zur Macht kommt, kein enger Nationalismus die gemeinsame Arbeit des polnischen und des Weltproletariats bedrohen und schädigen wird.

Die Internationale setzte sich für die Unabhängigkeit Polens ein wegen eines unabhängigen Polens als eines Walles gegen den russischen Zarismus. Heute hat die Internationale ihr Zentrum auf dem Boden des revolutionären Rußlands, heute ist Sowjetrußland das Herz der proletarischen Revolution in der ganzen Welt, und Polen hat für die Internationale die Bedeutung nicht des Walles gegen Rußland, sondern der Brücke von Sowjetrußland zu dem proletarischen Deutschland. Die polnische Unabhängigkeit hat jetzt, dank dieser Aenderung der internationalen Situation, nur für das Weltkapital die Bedeutung eines Walles gegen Rußland, dem Land der Revolution. Zwischen der Epoche der I. Internationale, die in Polen eine Scheidewand sah zwischen der bürgerlichen Revolution und den Horden des Zarismus, und der III. Internationale, die ein Instrument der Weltrevolution ist und durch Polen ihre Avantgarden mit den nachstrebenden Armeen des westeuropäischen Proletariats vereinigen wird, steht die Epoche der II. Internationale, die Epoche der radikalen Phrasen und des Fehlens jeder Tat, die Epoche der Bekämpfung der nationalen Unterdrückung in Worten und des Paktierens mit der Bourgeoisie, die diese nationale Unterdrückung verkörpert. Die Kommunistische Internationale hat mit dieser Epoche nichts Gemeinsames, und wenn sie sich erinnern will, was die II. Internationale war, so braucht sie nur auf das absterbende Polen zu schauen, wo an der Spitze der Armee, die im Interesse der Weltkonterrevolution gegen Rußland kämpft, Josef Pilsudski steht, einer der Führer und Ideologen der Polnischen Sozialistischen Partei, der Partei, die besser wie irgend eine andere das Wesen der II. Internationale verkörpert. Daß die Epoche der II. Internationale abstirbt, daß sie dem Tode geweiht ist, das zeigt aber am besten die Politik, die die Polnische Sozialistische Partei treibt: obwohl der Krieg, den das weißgardistische Polen gegen Sowjetrußland führt, geleitet wird durch den hervorragendsten Führer der Polnischen Sozialistischen Partei, hinter dem sie in allen entscheidenden Momenten steht und den sie mit keinem Worte zu kritisieren wagt, obwohl die polnische weißgardistische Armee sich in erster Linie durch die „Pilsudsciki" — den jungen Stab Pilsudskis, der durchgehends aus Mitgliedern der Polnischen Sozialistischen Partei besteht — hält, wagt die Polnische Sozialistische Partei nicht, offen diese Politik ihres Führers zu unterstützen. Sie hilft ihm hinter den Kulissen, bei den parlamentarischen Abstimmungen, sie hilft ihm durch die Vertuschung der wirklichen Lage, aber vor den Arbeitermassen ist sie genötigt, ob sie es will oder nicht, seine Politik zu bekämpfen und in Straßendemonstrationen für den Frieden einzutreten.

Die II. Internationale ist tot, sie kann nur noch den Anschein des Lebens wecken durch ganz gewöhnliche Schwindelmanöver, die den Schein

ihres Lebens eine Zeit lang aufrecht erhalten können, aber ihr wirkliches Leben zu verleihen nicht mehr imstande ist. Die III. Internationale erfüllt ihre Pflicht nicht in Manifesten allein, nicht in Resolutionen, sie erfüllt ihre Pflicht in dem Kampf der russischen Arbeiterklasse, sie erfüllt ihre Pflicht in den Waffentaten der russischen Roten Armee, sie erfüllt ihre Pflicht in jeder Tat der englischen, französischen, österreichischen, italienischen, deutschen Arbeiter, die die Blockade über das weiße Polen verhängen, und ihre Stellungnahme zu der Polenfrage wird keine theoretische Stellungnahme sein, sie wird schon in nächster Zeit von größter praktischer Bedeutung sein. Die Kommunistische Internationale ist heute noch eine illegale — morgen wird sie einen Verband proletarischer Staaten bilden, und Polen, das Polen der Arbeiter in Stadt und Land, das mit Sowjetrußland wie mit dem Weltproletariat verbundene Polen, wird ein Mitglied dieser revolutionären Internationale, dieser Föderation revolutionärer Staaten sein.

K. Radek.

Die Ukraine als Objekt der internationalen Gegenrevolution.

1. Die ukrainische Hypnose.

Der Weltkrieg 1914—18, der viele Millionen Menschenleben zerstört und gewaltige Reichtümer vernichtet hat, die in allen Ländern durch Jahrzehnte friedlicher Arbeit aufgespeichert worden waren, ist einerseits um den Besitz der Quellen für Rohstoffe, Nahrungsmittel und Heizmaterial geführt worden und anderseits um die Beherrschung der großen Bahn- und Seewege zu den Gebieten, die an diesen Rohstoffen und Heizmaterialien reich sind.

Die Ukraine mit ihren unendlichen Naturreichtümern, mit ihrer bemerkenswerten geographischen Lage — mitten auf dem Wege von Westeuropa nach dem Kaukasus mit seinen Mineralreichtümern und riesigen Naphthalagern, die täglich an Bedeutung für das Wirtschaftsleben der Völker gewinnen, weiter nach Turkestan mit seinen Baumwollpflanzungen, nach Persien und ganz Mittelasien — mußte notwendigerweise zum Gegenstand der Begehrlichkeit seitens aller imperialistischen Länder werden.

Unmittelbar nach dem Brester Frieden warfen die deutschen Imperialisten ihre Truppen nicht nach Sowjet- oder Zentralrußland, nicht gegen Moskau oder Petrograd, sondern nach der Ukraine. Als die deutschen Diplomaten Zwietracht zwischen Sowjetrußland und der Ukraine zu säen suchten, verfolgten sie dabei den Zweck, die Ukraine zu schwächen, dadurch direkt oder indirekt die Möglichkeit ihrer Annexion zu erlangen und sie an den Siegeswagen des Deutschen Kaiserreichs zu schmieden.

Als die deutsche Revolution im November 1918 den Hohenzollernthron stürzte und die deutschen Okkupationstruppen in die Heimat abzogen, traten an die Stelle der behelmten Besitzergreifer neue Eroberer. Nach dem Sturz der Hohenzollern und der Zerschmetterung Deutschlands wurde die Ukraine zum Gegenstand der Gelüste und Ergreifungspläne seitens der französischen und englischen Kapitalisten. Wenn Krassnow und Skoropadski Agenten des deutschen Imperialismus waren, die für die Aufrichtung der deutschen Hegemonie in der Ukraine und am Don arbeiteten, so waren Denikin und Wrangel im Gegenteil Werkzeuge zur Verwirklichung der Eroberungspläne des anglo-französischen Imperialismus vor allem in bezug auf die Ukraine. Und bekanntlich hat Denikin, nachdem er Charkow und Zarizyn eingenommen und seinen Truppen den berühmten Befehl erteilt hatte, gegen Moskau zu marschieren, dennoch nicht den geraden Weg nach der alten Hauptstadt eingeschlagen; er schwenkte wie-

der nach der Ukraine ab und besetzte Jekaterinoslaw, Poltawa, Kiew. Erst Ende September, drei Monate nach dem erwähnten Befehl, begannen die Operationen Denikins in der Richtung Woronesh und Kursk. Offenbar beeilte sich Denikin, die Ukraine endgültig zu erobern, im Interesse und auf Befehl seiner Oberbefehlshaber, der englischen und französischen Bourgeoisie. Aber indem er drei Monate auf die Eroberung der linksufrigen und rechtsufrigen Ukraine verwandte, schwächte er seine Streitkräfte und beschleunigte dadurch seinen Untergang im Kampf mit seinem furchtbaren Gegner — Sowjetrußland.

Nach der Zerschmetterung Denikins war die Ukraine anscheinend aus der festen Umarmung des westeuropäischen Imperialismus gerettet. Aber siehe da, an die Stelle des schwarzreaktionären Kosakentums und der goldbetreßten Offiziere tritt als Prätendent auf die Ukraine das Polen der „Schlachta".

Das Manifest Pilsudskis deckt in greifbarster Weise die Karten der herrschenden Klassen Polens auf. Das Manifest Pilsudskis läßt keinen Zweifel an den wahren Zielen der Schlachta Polens im Kampf mit den beiden Föderativrepubliken. Dieses Ziel besteht in der Okkupation der Ukraine durch die polnischen Truppen, in der Besitzergreifung von der Ukraine.

Und abermals sehen wir, daß, statt den geraden Weg über Smolensk nach Moskau zu gehen und dem furchtbaren Gegner die Schlacht auf den Feldern Sowjetrußlands zu liefern, die Schlachtatruppen denselben Weg gehen wie Karl XII., die Deutschen und Denikin. Das ist die Kraft des Hinstrebens nach der Ukraine, der ukrainischen Hypnose, die auf alle Gegner der Sowjetmacht eingewirkt und ihnen anscheinend den Verstand umnebelt hat. Was macht denn die Ukraine zum Gegenstand so leidenschaftlicher Gelüste seitens der Kriegsknechte des Kapitalismus, wo liegt die Quelle der ukrainischen Hypnose, der Anziehungskraft der Ukraine, die auf alle Gegner der Sowjetmacht so unwiderstehlich einwirkt?

2. Die Rolle des ehemaligen Russischen Reichs in der Weltwirtschaft.

In der dem Weltkriege voraufgegangenen Periode spielte das ehemalige Russische Reich mit seinen 200 Millionen Bewohnern, mit seinen endlosen Landstrecken, die mehr als $^1/_7$ des Erdballs umfassten, mit seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, seinem Holz, Flachs usw. eine gewaltige Rolle in der Weltwirtschaft. Diese Rolle sprang nicht in die Augen, da sie durch die Form des Geldes beim Warenaustausch verdeckt wurde. Das gewaltige spezifische Gewicht der russischen Ausfuhr, ihre riesige Bedeutung für die Weltwirtschaft wurde gewissermaßen maskiert durch den äußerst geringen Tauschmarktwert unserer Ausfuhr. Da die russischen Waren in Form von Rohstoffen in unbearbeiteter Gestalt ins Ausland ausgeführt wurden, wurden sie sehr niedrig bewertet, und der Gesamtwert

der russischen Ausfuhr, in Geldform — Rubeln, Franken, Pfund Sterling — ausgedrückt, war im Vergleich zu ihrer realen Bedeutung in der Weltwirtschaft äußerst klein. Dafür aber wurden viele Gegenstände der russischen Ausfuhr, die in bereits bearbeitetem Zustande nach Rußland zurückkehrten, wie z. B. Waren aus russischem Holz, russischem Leder, russischem Erz usw., bei uns zu einem Preise verkauft, der zehnmal, ja zuweilen hundertmal höher war als ihr Preis im unbearbeiteten Zustande.

Das ehemalige Zarenreich war nicht nur durch seine natürlichen Schätze eines der reichsten Länder der Welt — das Wichtigste war, daß dieses Reich die wichtigsten Produktionsmittel besaß: Baumwolle, auf deren Bearbeitung die ganze Textilindustrie beruht, ferner Kohle und Eisen, ohne die keine einzige Fabrik in Gang gebracht werden kann; und schließlich die Hauptelemente für die Ernährung des menschlichen Organismus: Getreide, Fleisch, Zucker, Fett und Salz. Das heutige Deutschland z. B. hat überhaupt keine Baumwolle und nur sehr wenig Kohle, Eisen, Korn. Bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung ist es dem Untergang, dem Absterben, dem Degenerieren ausgeliefert. Es droht ihm ein schlimmeres Los als das Schicksal Spaniens, das sich aus einem einst blühenden Industrielande in den ärmsten Teil Europas verwandelt hat. Als kapitalistischer Staat kann Deutschland von jetzt ab nur bestehen, wenn es den Franzosen Elsaß-Lothringen und das Saargebiet wieder entreißt, wenn es die Ukraine abermals okkupiert — kurz, nach einem neuen Weltkriege, der ein noch sinnloseres und gewagteres Abenteuer wäre als das von 1914—18. Sogar Frankreich und England sind trotz ihrer gewaltigen Gebietserwerbungen nicht imstande, sich noch lange ohne die Unterstützung seitens der Ukraine und Sowjetrußland mit dem holzreichen Norden, dem baumwollreichen Turkestan, dem naphtareichen Kaukasus usw. zu halten. Es gibt in der Welt nur ein kapitalistisches Land, das ohne Benutzung der Reichtümer der Ukraine und Sowjetrußlands auskommen kann. Aber dieses Land — die Vereinigten Staaten — liegt auf einem anderen Kontinent. Es besitzt Getreide, Kohle und Eisen und sogar Baumwolle in genügender Menge, und die amerikanische Bourgeoisie ist daher am Sturz der Sowjetordnung sowohl in Rußland als auch in der Ukraine weniger interessiert als die französische und englische.

Schon gleich nach der Beendigung des Weltkrieges, als sich allgemeiner riesiger Mangel an den wichtigsten Nahrungsmitteln geltend machte, an Korn, Fleisch, Zucker, ferner an den Rohstoffen: russischem Flachs *), Kohle, Erz, Bauholz, Häuten, Fetten usw., erwies sich der unerwartete Ausfall eines solchen Gliedes wie das ehemalige Russische Reich aus der allgemeinen Kette der kapitalistischen Staaten als ein furchtbarer Schlag für diese letzteren. In Lauf von vier Kriegsjahren hatte die Menschheit durch die Schuld der Ausbeuter Milliarden Tonnen Eisen, Kohle, Baumwolle, Getreide, Häute, die ausschließlich für die Kriegsbedürfnisse aufge-

*) Rußland deckte mit seinem Flachs 80 % des Weltbedarfs.

wandt wurden, buchstäblich in die Luft verpafft, und jetzt, da es für die internationale Bourgeoisie besonders dringend erforderlich war, an die stärkste Ausbeutung des alten Rußland, an seine endgültige Verwandlung in ihre Kolonie zu gehen, erweist dieses Ziel sich als unerreichbarer denn je.

Den europäischen bürgerlichen Gelehrten, die begriffen haben, daß das Alte nicht mehr wiederzubringen ist, daß es undenkbar ist, die früheren wirtschaftlichen Beziehungen der sklavischen Abhängigkeit wieder herzustellen, die zwischem dem ehemaligen Russischen Reich und den westeuropäischen Staaten bestanden, ist die Notwendigkeit klar, den bewaffneten Krieg mit der Russischen Föderativen Sowjetrepublik einzustellen. Das einzige Mittel zur Rettung Westeuropas vom wirtschaftlichen Verfall, vom Hunger und von der materiellen Verelendung ist nach der Ansicht dieser bürgerlichen Wirtschaftler und Staatsmänner die Annäherung an Rußland.

Die von der Londoner Konferenz zur Bekämpfung des Hungers gefaßte Entschließung lautet in ihrem auf Rußland bezüglichen Teil: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Wiederherstellung der Weltindustrie nicht früher eintreten kann, als bis Rußland **die Möglichkeit gegeben wird, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten und den anderen Ländern seine gewaltigen Vorräte an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zur Verfügung zu stellen.** Die ersten Schritte auf diesem Wege aber müssen in der Einstellung jeder gewaltsamen Einmischung, sowohl der geheimen als auch der offenen, in die russischen Angelegenheiten seitens der auswärtigen Mächte bestehen."

Allein ein bedeutender Teil der Staatsmänner in den bürgerlichen Ländern will noch nicht auf eine solche gewaltsame Einmischung in die russischen Angelegenheiten verzichten. Das polnische Abenteuer ist der beste Beweis dafür.

3. Die Naturreichtümer der Ukraine. Die Rolle der Ukraine in der Weltwirtschaft vor dem Kriege.

Im Bestande des ehemaligen Russischen Reichs nahm die Ukraine ihrer Ausdehnung nach nur einen verhältnismäßig unbedeutenden Flächenraum ein. Er umfaßte nur 14,3% des Europäischen Rußland ohne Polen und die Gouvernements Kowno, Grodno, Wilna, Kurland und Archangelsk. Im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern jedoch ist die Ukraine mit ihren 45 Millionen Desjatinen ein Großstaat, der nur wenig hinter Deutschland, Frankreich, Spanien — mit 46—50 Millionen Desjatinen Flächenraum — zurücksteht.

Obgleich sie aber nur 14,3% des Gebiets des Europäischen Rußland umfaßt, **spielte die Ukraine schon vor dem Kriege eine gewaltige Rolle im Außenhandel,** in der Ausfuhr vieler höchst wichtiger Gegenstände des russischen Warenaustausches. Gerade aus der Ukraine ist fast die gesamte Menge an Weizen, Gerste, Roggen, Mehl, Vieh, Spiritus, Zucker, Salz und

vielen anderen Waren ausgeführt worden, die vor dem Kriege alljährlich aus dem zaristischen Rußland zur Ausfuhr ins Ausland gelangten. Was insbesonders die Zuckererzeugung anbelangt, so kann von der Bedeutung der ukrainischen Zuckerindustrie der Umstand Zeugnis ablegen, daß von den insgesamt 294 Sandzucker- und Raffinadefabriken, die in den Jahren 1914—1918 in Rußland arbeiteten, 198 auf die Ukraine entfielen.

Es ist bekannt, welche Bedeutung das ukrainische Getreide vor dem Kriege für die Versorgung der Bevölkerung Westeuropas gehabt hat. Der ukrainische Roggen ging nach Deutschland, der ukrainische Weizen nach England und zum Teil nach Italien.

Die Ukraine erzeugt hauptsächlich Getreide, insbesondere Weizen und Gerste. Nach den Daten über Erzeugung, Ausfuhr und Einfuhr belief sich im Jahrfünft 1909—1913 der mittlere Reinüberschuß in den neun ukrainischen Gouvernements auf 180 Mill. Pud Weizen und 211 Mill. Pud Gerste. In weitem Abstande folgt Roggen — Ueberschuß 32 Mill. Pud, und schließlich Hafer — 9 Mill. Pud. Insgesamt belief sich für das Jahrfünft der durchschnittliche Ueberschuß aller vier Getreidearten zusammen auf die riesige Menge von 432 Mill. Pud. Selbstverständlich wird sich bei weiterem Fortschreiten der landwirtschaftlichen Kultur in der Ukraine die Produktionsfähigkeit ihres fruchtbaren Bodens wesentlich steigern, und die Ukraine wird imstande sein, einen gewaltigen Ueberschuß an Getreide für die Versorgung anderer Länder zu liefern.

Außer Getreide hat die Ukraine auch Vieh ausgeführt, allerdings in unvergleichlich geringerer Menge. Nach den Daten der Eisenbahnstatistik betrug die Durchschnittsausfuhr aus den neun ukrainischen Gouvernements in den drei Jahren 1912—14 insgesamt 231.000 Stück oder etwa 6 Mill. Pud. Offenbar wird die Ukraine auch in dieser Beziehung bei Intensifizierung der Viehzucht imstande sein, weitaus größere Mengen Vieh in andere Länder auszuführen.

Eine sehr wichtige Rolle hat in der Wirtschaft der Ukraine vor dem Kriege die Zuckerfabrikation gespielt. In der Kampagne 1913—14 arbeiteten in der Ukraine ungefähr 200 Sandzucker- und Raffinadefabriken, die im Jahrfünft 1911—14 jährlich im Durchschnitt bis zu 67 Millionen Pud erzeugten.

Die Spiritusfabrikation lieferte in den neun ukrainischen Gouvernements im Jahrfünft 1909—14 durchschnittlich 30 Mill. Eimer jährlich (40%-iger Spiritus), von denen nur 61% verbraucht wurden. Der Ueberschuß wurde nach Großrußland, dem Kaukasus und ins Ausland ausgeführt.

Vor dem Kriege war die Ukraine einer der wichtigsten Eierlieferanten des Weltmarktes; jährlich wurden Tausende von Waggons Eier ins Ausland ausgeführt.

Schon aus dieser flüchtigen Uebersicht über den ukrainischen Ausfuhrhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor dem Kriege erhellt, welche Rolle die Frage der Ausbeutung der Ukraine und einer nötigen-

falls zwangsmäßigen Ausfuhr von Getreide, Vieh usw. in die westeuropäischen Länder zu spielen beginnen mußte, nachdem der Krieg einige Jahre gedauert und in der ganzen Welt Verelendung und Hunger hervorgerufen hatte, der in ganz Europa immer stärker fühlbar wurde. Es ist nicht verwunderlich, daß die deutschen Imperialisten am Tage nach dem Abschluß des Brester Friedens ihre Truppen nicht gegen das feindliche Rußland, sondern nach der „befreundeten" Ukraine warfen. Wie Gen. Rakowski in seinem Bericht auf dem 4. Allrussischen Rätekongreß am 18. Mai 1920 in Erinnerung brachte, hatte die Petljurasche Ukraine laut dem zwischen der Ukrainischen Volksrepublik einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits abgeschlossenen Vertrag bis zum 1. Juni 1919 zu liefern: 75 Millionen Pud Getreide, 11 Mill. Pud lebendiges Vieh, 30.000 Schafe, 2 Mill. Stück Geflügel, 45.000 Pud Fette, 2500 Waggons Eier, 2½ Millionen Pud Zucker, 20 Millionen Liter Spiritus usw.

Das Problem der ukrainischen Kohle und der Eisenerze hat in unserem Bürgerkriege eine große Rolle gespielt. Das Donezbecken, das unter den anderen Industriebezirken Rußlands und der Ukraine den ersten Platz einnimmt, wurde durch seinen Reichtum an Kohle und Eisen der Stützpunkt unserer vaterländischen sowie der internationalen Gegenrevolution im Kampf mit Sowjetrußland und der Ukraine. Die Krassnow, Kaledin, Denikin und ihre europäischen Schutzherren träumten davon, durch die Abtrennung des Donezbeckens von Rußland und der Ukraine beide Sowjetrepubliken an die Kette der Kälte und des Hungers zu legen, eine völlige Lahmlegung der Eisenbahnen in Rußland und der Ukraine und den Stillstand des ganzen Wirtschaftslebens im Lande hervorzurufen. Anderseits war das ausländische Kapital am Donezbecken zu stark interessiert, als daß es dieses kampflos den Sowjetrepubliken überlassen und der gewaltigen Einkünfte verlustig gehen konnte, die die Ausbeutung des Donezbeckens den europäischen Kapitalisten abwarf.

Bekanntlich begann das imperialistische Deutschland am Tage nach dem Abschluß des Brester Friedens die Besitzergreifung des Donezbeckens anzustreben, und die deutsche imperialistische Presse hat der Beschreibung der Reichtümer des Donezbeckens nicht wenige Spalten gewidmet. Sie berechnete eingehend, welche Mengen an Kohle, Metall und Erz die deutschen Unternehmer und die deutschen Okkupationstruppen aus diesem Gebiet im Interesse der deutschen Industrie würden schöpfen können.

Als die deutschen Truppen genötigt waren, das Donezbecken zu verlassen, wurde letzteres zum Objekt der Eroberungsgelüste der Ententemächte.

Was die Kohle und das Eisen des Donezbeckens anbelangt, so ist es richtig, daß unsere Kohle und unser Eisen vor dem Weltkriege nur in unbedeutender Menge ins Ausland gingen, dafür aber — und das ist vom Interessenstandpunkt des internationalen Imperialismus und derer Gegenrevolution noch wichtiger — waren die Donezkohle und das Eisen der

Magnet, der gewaltige europäische Kapitalien ins Donezbecken lockte. Englische, französische und belgische Unternehmer haben gewaltige Summen in die metallurgischen Unternehmungen und Kohlengruben des Donezbeckens hineingesteckt, und in Wirklichkeit lag die ganze Metall- und Kohlenindustrie des Donezbeckens bis zur Oktoberumwälzung in den Händen des englisch-französisch-belgischen Kapitals. Kurz vor dem Kriege, im Jahre 1914, befanden sich von den 3600 Koksöfen in den Kohlengruben des Donezbeckens, die 173 Millionen Pud Koks erzeugten, 3150 Oefen mit einer Erzeugung von 153 Millionen Pud in den Händen von Aktiengesellschaften mit ausschließlich ausländischem Kapital; was die Metallindustrie anbelangt, so hatte auch darin das ausländische Kapital vor dem Kriege die völlige Vorherrschaft. So war z. B. der berühmte Metalltrust „Prodamet", der 80% der gesamten Metallerzeugung in seinen Händen konzentrierte, hauptsächlich ein Syndikat belgischer und französischer Kapitalisten, und seine Hauptverwaltung befand sich in Paris.

Die ausländischen Kapitalisten haben nicht nur in die Erzbergwerke, Fabriken und Kohlengruben des Donezbeckens gewaltige Summen hineingesteckt, sondern auch in die Straßenbahnen, die elektrischen Zentralen, die Eisenbahnen und in sonstige Industrieunternehmungen der ganzen Ukraine, und sie waren durchaus nicht geneigt, ohne Kampf auf ihre Einkünfte zu verzichten. Als die Deutschen die Ukraine verließen, begab sich Petljura, der sich vorher Wilhelm II. verkauft hatte, nach Odessa zum französischen Generalkonsul d'Anselme, um einen neuen Vertrag über den Verkauf der Ukraine abzuschließen. Laut diesem Vertrag sollten **alle Eisenbahnen und Zollämter der Ukraine an Frankreich,** in die Hände der französischen Börse, übergehen.

Was das imperialistische England angeht, so ist letzteres in der ukrainischen Frage noch stärker als an der wirtschaftlichen Eroberung der Kohlen- und Metallgebiete des Donezbeckens und der Konzessionen auf die ukrainischen Eisenbahnen, Zollämter, elektrischen Zentralen usw. am Problem der Eroberung des ukrainischen Getreides interessiert. Das einflußreiche englische bürgerliche Blatt „Daily Telegraph" schrieb in einem Artikel im August v. J., während des Vormarsches von Denikin: „Die Ernte in der Ukraine ist befriedigend, und sie ist imstande die Bedürfnisse von ganz Europa zu decken, wenn nur hinreichende Arbeit aufgewandt wird". Gen. Sokolnikow führt aus dem englischen „Weißbuch" über die Bolschewiki den bezeichnenden Bericht eines englischen Agenten an Lord Balfour an: „Europa wird so lange ernstlichen Mängel an Nahrungsmitteln empfinden, bis die Felder Rußlands nicht so weit ausgenutzt werden, daß Rußland, diese Hauptkornkammer Europas, durch seine Getreideausfuhr alle europäischen Staaten versorgen kann".*)

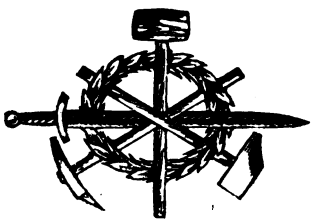
Diese Erwägungen, ergänzt durch die von uns oben angeführten Daten über die ukrainische Ausfuhr ins Ausland vor dem Kriege, erklären uns

*) „Prawda" vom 12. Mai 1920.

schon an sich, warum die kapitalistischen Mächte bestrebt sind, um jeden Preis die Sowjetmacht in der Ukraine zu vernichten und letztere in sklavische Abhängigkeit vom internationalen kapitalistischen Markt zu bringen. Diese Daten erklären uns auch, warum der internationale Kapitalismus, wenn er seine Feldzüge gegen die Ukraine unternimmt, jedesmal die ihm zur Verfügung stehenden Hauptstreitkräfte gerade nach der Ukraine wirft. In der katastrophalen Wirtschaftslage der ganzen kapitalistischen Welt, in dem akuten Bedürfnis, möglichst rasch und gerade heute, nicht erst morgen, eine übrige Million Pud Getreide, Zucker, Salz usw. zu erhalten, liegt eben der Grund für das fieberhafte Streben der deutschen, denikinschen, polnischen Truppen vor allem gerade nach der Ukraine. Hier liegt das Bewegungsmotiv jener "ukrainischen Hypnose", die bei allen Kriegsgegnern der Sowjetmacht so scharf fühlbar wird. Die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, daß im Kriege wichtige strategische Pläne und Erwägungen politischen Motiven, dynastischen Interessen aufgeopfert und dadurch die Schicksale der Kampagne kompromittiert wurden. Im vorliegenden Fall fielen die brennenden Magenfragen, die akute Unaufschiebbarkeit des Bedürfnisses nach dem ukrainischen Sack Mehl, dem ukrainischen Sack Raffinade als schweres Gewicht in die Wagschale des Krieges und zwangen die Strategen, die den Feldzug gegen die Sowjetrepublik leiteten, zum Vormarsch gegen Moskau nicht den kürzesten Weg zu wählen, sondern unbedingt den Weg über Kiew und andere ukrainische Städte.

Mich. Pawlowitsch.

Charkow.



Die Beziehungen zwischen den Sowjetrepubliken.

Rußland und die Ukraine.

Die sozialistische Revolution formt nicht nur die innere wirtschaftliche und politische Struktur der Staaten um, sondern ändert auch grundlegend den Charakter der Beziehungen zwischen ihnen. Die Beziehungen zwischen den Sowjetstaaten unterscheiden sich grundlegend von den Beziehungen zwischen bürgerlichen Staaten. Denn die bürgerliche Staatlichkeit unterscheidet sich von der proletarischen in ihren elementarsten Prinzipien. Die proletarische Staatlichkeit paßt in keine einzige von den Klassifikationen, die von den Staatsgelehrten der alten Welt seit Aristoteles aufgestellt worden sind.

Die allgemeine Voraussetzung für alle alten Verwaltungsformen — die aristokratische, die demokratische, die absolute Monarchie und die konstitutionelle Monarchie, die Republiken usw. — war die Abgesondertheit, die Exklusivität des staatlichen Organismus. Die allerdemokratischsten von den demokratischen Republiken brachten ihren eigenen Bürger in einen Gegensatz zum Ausländer, in den allerdemokratischsten Republiken wurden die Ausländer zum politischen Leben des Landes nicht zugelassen. Das politische Leben war ein alleiniges Vorrecht der betreffenden nationalen Klassen oder bestenfalls aller Bürger, aber nur der Bürger des betreffenden Staates.

In der Verfassung der Sowjetstaaten dagegen, sowohl Rußlands als auch der Ukraine, liegt ein Grundprinzip eben in der Aufhebung aller nationalen Vorrechte. So heißt es z. B. in § 20 Punkt C der Verfassung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik: „Ausländer, die zur Arbeiterklasse oder werktätigen Bauernschaft gehören, genießen das Wahlrecht." Eine derartige verfassungsmäßige Bestimmung bedeutet eine vollkommene Umwälzung. Sie ist völlig unverständlich für den bürgerlichen Gesetzgeber, der gewohnt ist, von der Gegenüberstellung seines Staates gegen die anderen, seiner Bürger gegen die Ausländer auszugehen. Allein diese Bestimmung folgert logisch aus dem eigentlichsten Wesen des Proletariats.

Worin besteht der Hauptunterschied zwischen dem proletarischen und dem bürgerlichen Staat? In ihrer verschiedenen, einander gegenseitig ausschließenden wirtschaftlichen Grundlage.

Der bürgerliche Staat, wie auch die ihm voraufgehenden Formen von Staatsorganisationen, ist auf das Prinzip des Privatbesitzes von Boden und Produktionsmitteln gegründet. Auf diesem Prinzip beruht das ganze sogenannte bürgerliche Recht, das die Beziehungen zwischen den Privateigen-

tümern regelt. Der Staat als Ganzes, mit allen seinen Apparaten — dem militärischen, administrativen, wirtschaftlichen — und seiner Kirche war ebenfalls ein solches Eigentum, aber natürlich nicht das Eigentum der Besitzer der Arbeitsmittel, sondern das Eigentum der ganzen Besitzerklasse, der herrschenden bürgerlich-gutsherrlichen oder sklavenhälterischen Klasse.

Das Ziel eines jeden Eigentümers ist die Erweiterung und Vergrößerung seines Besitzes. Die Konkurrenz ist ein Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Das Ergebnis des Konkurrenzgesetzes ist die Vernichtung oder bestenfalls die Unterwerfung der weniger reichen und weniger gewandten Eigentümer unter die Eigentümer, die größere Mittel, größeres Kapital und größere Geschicklichkeit besitzen. Dasselbe Gesetz regelt auch für die Entwicklung der bürgerlichen Staaten. Sie bilden ebensolche untereinander konkurrierende Organisationen, und das Ergebnis dieser Konkurrenz ist dasselbe: die volle Vernichtung der schwachen Staaten oder bestenfalls ihre volle Unterwerfung unter die starken Staaten. Das Prinzip der bürgerlichen Staatlichkeit kommt gerade in der Schaffung dieser einzelnen, einander bekämpfenden nationalen Staaten zum Ausdruck. Zwischen diesen Staaten werden Handelsverträge, Post-, Telegraphen- und Eisenbahnkonventionen geschlossen, zwischen ihnen können im Zusammenhang mit der internationalen Lage Schutz- und Trutzbündnisse geschlossen werden, aber alles das trägt einen zeitweiligen, zufälligen und partiellen Charakter. Diese Bündnisse können den zwischen ihnen bestehenden und der ganzen kapitalistischen Ordnung eigentümlichen, tiefgehenden Antagonismus nicht beseitigen. Sobald die sie einigende gemeinsame Gefahr oder das zeitweilige Interesse vorübergegangen sind, flammen abermals und mit erhöhter Kraft der Kampf und die Feindschaft auf, die aus ihrer eigensten Natur entspringen. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Geschichte der Koalition der Ententestaaten und aller ihrer Verbündeten während und nach dem imperialistischen Kriege.

Die Ideologie der bürgerlichen Staatlichkeit ist der Nationalismus. Diplomatische Intriguen, allerlei „Auflauerei", gegenseitiger Betrug sind gewöhnliche Handgriffe der bürgerlichen Staatsgewalt. Als Marx im ersten Manifest der Internationale bei Erörterung der auswärtigen Politik der kapitalistischen Staaten ihr eine Politik gegenüberstellte, die sich auf die Gesetze der menschlichen Moral gründet, meinte er natürlich nicht, daß die Sozialisten in der bürgerlichen Gesellschaft dieser Politik des Staates die christliche Moral entgegensetzen sollten: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu." Er wies das Proletariat darauf hin, daß nur der Sieg der proletarischen Revolution die Bedingungen für ehrliche und aufrichtige Beziehungen zwischen allen Völkern schaffen könne.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Staatlichkeit negiert die proletarische Staatlichkeit, die den Privatbesitz für die Produktionsmittel ablehnt, zugleich auch den Privatbesitz für das Staatsgebiet selbst. Im sozialistischen Staat

erscheint als das normierende Prinzip nicht das Interesse des privaten Ausbeuters, sondern das Interesse der gesamten Arbeiterklasse. Die Grenzen zwischen den sozialistischen Staaten hören auf, einen politischen Charakter zu tragen, und verwandeln sich in gewöhnliche administrative Grenzen. Ebenso verschwinden auch die Trennungsgrenzen zwischen den einzelnen privaten Produktionen, die nur durch das Gesetz der Konkurrenz normiert werden. Statt der chaotischen kapitalistischen Wirtschaft, bei der stärkste Produktion von Fabrikaten und intensive Ausbeutung des Arbeiters mit industriellen Krisen und Arbeitslosigkeit wechseln, tritt die organisierte nationalisierte Produktion auf, die sich rationell nach einem allgemeinen Staatsplan entwickelt, und zwar nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Maßstabe. Die Tendenz der sozialistischen Revolution ist der politische und wirtschaftliche Zentralismus, vorläufig in Form einer internationalen Föderation. Die Schaffung dieser Föderation kann natürlich nicht durch einen Federstrich erfolgen, sondern ist das Ergebnis eines mehr oder weniger lang dauernden Prozesses der Ueberwindung des Partikularismus, verschiedener demokratischer und nationaler bürgerlicher Vorurteile, das Ergebnis gegenseitiger Bekanntwerdung und gegenseitiger Anpassung.

Die oben erwähnten Grundsätze, die schon von der ersten Arbeiterinternationale verkündet worden sind, haben auch die Grundlage für die Beziehungen zwischen den schon bestehenden Sowjetrepubliken gebildet, vor allem zwischen Sowjetrußland und der Sowjetukraine.

Vom ersten Augenblick des gemeinsamen Bestehens dieser Republiken an haben Sowjetrußland und die Sowjetukraine ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in der Richtung der Föderation festgelegt. Obgleich während dieser ersten Phase, die bis zum Juni 1919 dauerte, beide Republiken für alle Zweige der staatlichen Tätigkeiten selbständige Kommissariate hatten, so bestand doch zwischen diesen Kommissariaten schon ein Zusammenhang und ein gemeinsamer Arbeitsplan.

Im Lauf der Zeit erhielten diese vertraglichen Beziehungen ihren organisatorischen Ausdruck in der Schaffung gemeinsamer Zentralen. Im Juni 1919 nahm das Zentralexekutivkomitee der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik eine Entschließung an über die Notwendigkeit, eine Reihe von Kommissariaten beider Republiken zu vereinigen, nämlich die Kommissariate für Heereswesen, Verkehr, Finanzen, Arbeit, Post und Telegraphen und den Obersten Volkswirtschaftsrat. Dieser Beschluß wurde auch vom Zentralexekutivkomitee der Russischen Sowjetrepublik bestätigt. Und im laufenden Jahr hat der IV. Kongreß der Arbeiter- und Bauernräte der Ukraine seinerseits den Beschluß beider Zentralexekutivkomitees in einer begründeten Entschließung bestätigt, die wir getrennt veröffentlichen.

Eine genaue Verfassung der Föderativorgane, d. h. der Organe, die die ukrainischen und die russischen Kommissariate vereinigen, ist noch nicht ausgearbeitet. Das Zentralexekutivkomitee Rußlands hat in seiner Februarsession den Bestand einer Kommission vorgemerkt, die sich der

Ausarbeitung der Föderativverfassung hätte widmen sollen. Aber leider konnte infolge Abberufung der verantwortlichen Mitglieder dieser Kommission zu militärischen und politischen Arbeiten außerhalb Moskaus die Erfüllung dieser Aufgabe noch nicht in Angriff genommen werden, und die Föderativbeziehungen werden von Fall zu Fall durch unmittelbare Vereinbarungen zwischen beiden Regierungen geregelt.

Eine solche Vereinbarung wurde im Januar v. J. über das Heereswesen getroffen. Bei der Vereinigung des Heeresapparates sieht diese Vereinbarung zugleich auch für die nächste Zeit die Schaffung von Kadres für die ukrainischen roten Regimenter mit ukrainischer Kommandosprache vor. Zu diesem Zweck war die Schaffung einer Schule für rote ukrainische Befehlshaber vorgesehen, was nun schon verwirklicht ist. In Charkow ist bereits die Gründung einer Zentralschule für rote Befehlshaber in Angriff genommen. Ferner war in dieser Vereinbarung die Bildung einer militärischen Abteilung beim Rat der Volkskommissäre der Ukraine vorgesehen — zwecks Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung mit dem militärischen und administrativen Apparat in der Ukraine, der unmittelbar dem Revolutionskriegsrat der Republik untersteht, welcher zugleich auch der Revolutionskriegsrat der ganzen Föderation ist.

Getrennt blieben in beiden Republiken die Volkskommissariate für Ackerbau, Aufklärung, Inneres, Soziale Fürsorge, Volksgesundheit, Verpflegung, Arbeiter- und Bauerninspektion, sowie die Außerordentlichen Kommissionen zur Bekämpfung der Gegenrevolution. Der Ukrainische Rat der Volkskommissäre besteht gegenwärtig aus den Volkskommissären der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und aus Bevollmächtigten aller vereinigten Kommissariate. Letztere besitzen dasselbe entscheidende Stimmrecht wie die ukrainischen Kommissäre.

Dieses System der Föderativbeziehungen kann weder als vollendet noch als vollkommen gelten. Wir sind an die Frage der Föderativbeziehungen nicht dogmatisch herangetreten, denn wir waren niemals der Meinung, daß die staatlichen Beziehungen überhaupt und die Beziehungen zwischen Sowjetrepubliken insbesondere auf Grund von apriorischen abstrakten Bestimmungen geregelt werden können. Die Föderativverfassung der Sowjetrepubliken wurde durch die Notwendigkeit selbst diktiert und zog die bereits gewonnenen staatlichen Erfahrungen in Betracht. Die besonderen Verhältnisse, in denen sich Sowjetrußland und die Sowjetukraine befanden, erleichterten wesentlich die Aufgabe der schleunigsten Schaffung enger Föderativbeziehungen zwischen ihnen. Das Proletariat beider Staaten war in der Vergangenheit geschichtlich verknüpft durch den gemeinsamen Kampf gegen den russischen Zarismus. Außerdem waren die Ukraine und Großrußland verknüpft durch die Gemeinsamkeit des Wirtschaftslebens. Nach der Oktoberrevolution wurde Sowjetrußland die natürliche Stütze für den Kampf der Arbeiter und Bauern der Ukraine gegen die Zentralrada, die österreichisch-deutsche Okkupation, die Hetmangewalt, die Denikinregierung und endlich jetzt gegen die Polen. Die

ukrainische Arbeiter- und Bauernrevolution mußte sich naturgemäß auf Sowjetrußland orientieren, das das einzige Sowjetzentrum war. Die kommunistische Bewegung in der Urkraine und in Rußland wird schon in der Vergangenheit geschichtlich verknüpft. Die Partei der Bolschewiki organisierte die Arbeiterklasse innerhalb des ganzen ehemaligen Russischen Reichs. In der Ukraine wurde diese Aufgabe noch dadurch erleichtert, daß das städtische Proletariat dort in seiner riesigen Mehrheit russischer Herkunft ist. *).

*) In den vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine ausgearbeiteten Leitsätzen über die staatlichen Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine sind diese Anschauungen in den Punkten 8, 9 und 10 entwickelt. Wir geben sie hier unverkürzt wieder:

8. Die Unabhängigkeit der ukrainischen werktätigen Massen, ihr Recht, die Früchte ihrer Arbeit zu genießen und die Reichtümer der Ukraine — Land, Bergwerke, Fabriken — auszunutzen, kann nur durch die wahre Arbeiter- und Bauernmacht, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, gesichert werden. Alle Anstrengungen der ukrainischen Arbeiter und Bauern müssen auf die Festigung der sozialistischen Sowjetmacht gerichtet sein. Aber die Erfahrungen in Ungarn, Bayern und der Ukraine selbst haben deutlich gezeigt, daß die Gegenrevolution leicht mit allen Sowjetrepubliken fertig werden kann, die infolge der Begrenztheit ihres Gebiets und ihrer Bevölkerung und infolge des Fehlens eines genügend organisierten militärischen und zivilen Apparats sowie gesammelter politischer Erfahrung nicht den entsprechenden Widerstand leisten können.

9. Unter allen Sowjetrepubliken, die bisher bestanden, ist nur Sowjetrußland imstande gewesen, dem Ansturm der internationalen und inneren Gegenrevolution siegreich zu widerstehen und dem Gegner zerschmetternde Schläge beizubringen. Sowjetrußland allein ist im Besitz der geographischen Bedingungen sowie der wirtschaftlichen und politischen Hilfsquellen (ausgedehntes Gebiet, riesige Bevölkerung, große Reichtümer, ein vielmillionenköpfiges revolutionäres Industrieproletariat, ein organisierter militärischer und ziviler Apparat, gesammelte politische Erfahrung), die es zu einer uneinnehmbaren Festung gegen alle Angriffe des internationalen Imperialismus machen. Infolge der eingetretenen Umstände ist Sowjetrußland der Führer und Organisator des internationalen Proletariats im Kampf mit dem internationalen Imperialismus. Jede neue Sowjetrepublik sucht, geleitet vom Selbsterhaltungstrieb, bei Sowjetrußland Stütze und Hilfe. Ein wirksames Bündnis mit Sowjetrußland ist revolutionäre Pflicht für jeden neuen Sowjetstaat.

10. Abgesehen von den Interessen der Verteidigung wird ein enges Bündnis der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik mit Sowjetrußland auch noch durch eine Reihe von Gründen diktiert, die aus ihrem gemeinsamen unzertrennlichen geschichtlichen Schicksal entspringen. Die russischen und die ukrainischen Arbeiter und Bauern waren bereits vereinigt durch den Kampf gegen das zaristische Joch und die großrussische Bourgeoisie. Sie sind verbunden durch die Verwandtheit der Sprache, die Gemischtheit der Bevölkerung, das gemeinsame Wirtschaftsleben. Die völlige Trennung dieser beiden Sowjetstaaten ist nur ein künstlicher Prozeß, der im Widerspruch steht zum ganzen vergangenen und zukünftigen Kampf der ukrainischen und russischen Arbeiter und Bauern. Die volle staatliche Absonderung der Ukraine führt unausbleiblich zum inneren nationalen Kampf in der Ukraine und zur Vergrößerung des wirtschaftlichen Verfalls sowohl in der Ukraine als auch in Rußland.

Jedoch die verschiedenen ukrainischen kleinbürgerlichen „sozialistischen“ Parteien, die das nationale Moment in den Vordergrund stellten und die soziale Befreiung der Arbeiterklasse aufopferten, haben von den ersten Tagen der Revolution in Rußland, schon vom Februar 1917 an, das Bestreben gezeigt, in Arbeiterklasse in der Ukraine zu spalten, die ukrainischen Arbeiter und insbesondere die ukrainischen Bauern in Gegensatz zu den russischen Arbeitern, die Ukraine in Gegensatz zu Rußland zu bringen. Während der Provisorischen Regierung Kerenskis versteckte sich ihre nationalistische Politik hinter Losungen des Föderalismus, denn sie sahen in dieser selben Provisorischen Regierung eine ebenso kleinbürgerliche Macht wie sie selbst waren, eine ihnen nah verwandte Macht. Und sie waren bereit, sogar ihren Nationalismus zum Teil aufzuopfern.

Nach der Oktoberrevolution schlugen diese nationalistischen Ausgleichsparteien offen den Kurs auf volle Abtrennung der ukrainischen Arbeiterklasse und Bauernschaft von der russischen ein. Bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk gingen sie mit Bestimmtheit ins Lager des österreichisch-deutschen Imperialismus über. Von diesem Augenblick an hielten die ukrainischen Sozialnationalisten mit Bestimmtheit an der westlichen Orientierung, d. h. der Orientierung auf die imperialistische Gegenrevolution fest.

Zweieinhalb Jahre lang war die Ukraine ein Schauplatz des Bürgerkrieges, nicht nur zwischen den Arbeiter und Bauern einerseits und den Gutsherren und Kapitalisten anderseits, sondern auch zwischen dem klassenbewußten Teil der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und den unaufgeklärten Elementen, die hinter den kleinbürgerlichen ukrainischen nationalsozialistischen Parteien herliefen und tatsächlich die russische und internationale Gegenrevolution unterstützten. Man kann sagen, daß der Bürgerkrieg in der Ukraine jetzt in seinen beiden Phasen schon ans Ende gelangt ist; das Proletariat hat nicht nur die weißgardistische, sondern auch die kleinbürgerlich-nationalistische Gegenrevolution endgültig besiegt. Die ukrainischen nationalsozialistischen Parteien haben sich zersetzt. Ihre besten Elemente sind schon in die Partei der Kommunisten (Bolschewiki) der Ukraine übergegangen, die im gegenwärtigen Augenblick die einzige politische Vertreterin des Proletariats und der revolutionären Bauernschaft der Ukraine ist.

Ch. Rakowski.

Brief des Kadetten Peter Struve an den Minister Koltschaks Iwan Michailow.

Notiz der Redaktion: Wir bringen hier ein interessantes Schriftstück, das die augenblicklichen Ansichten des gebildeten Teils der jetzigen Bourgeoisie kennzeichnet.

Werter Iwan Adrianowitsch!

Ich benutze die Gelegenheit, um Sie über die hiesige Lage zu unterrichten.

1. Es ist von großer Wichtigkeit für Sie, zu wissen, wie es um das „Kräfteverhältnis" steht und wie man sich hier zu Rußland und den russischen Problemen stellt. Vor allem tritt jetzt ein Umstand zutage, den die Russen früher nur ungenügend oder überhaupt nicht verstanden. Wir faßten den Zusammenbruch der Macht Rußlands als großes, der russischen Revolution parallel laufendes Unglück auf, das jedoch nicht für uns den Inhalt der Revolution darstellte, sondern die letztere in unseren Augen im Gegenteil unterminierte und entkräftete. Die Deutschen dagegen betrachteten diesen Zusammenbruch vom Anfang an als den wichtigsten, wertvollsten, ihnen sehr erwünscht kommenden Inhalt der russischen Revolution. Darauf beruht auch die Unterstützung, die die Deutschen den Flüchtlingen, den „Ukrainern" u. a. erwiesen und bis zu ihrem eigenen Zusammenbruch zu erweisen fortfuhren. Jetzt hat ein bedeutender Teil der Ententeelemente sich diese Auffassung der Deutschen bewußt oder unbewußt zu eigen gemacht, und hierin besteht eben die grundlegende Schwierigkeit und Gefahr der Lage Rußlands. Die Gefahr liegt nicht im Bolschewismus als solchem, denn er ist nur eine schwache, vorübergehende Erscheinung. Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß der Bolschewismus als Errungenschaft der Revolution den Weg zur Zergliederung Rußlands geebnet hat, die sich als eine langwierige, nur mit großen Schwierigkeiten und Opfern wieder gut zu machende Tatsache erweisen kann. Man muß sich hierüber ganz klar werden, wenn man die Lage der Dinge hier verstehen will. Unsere Wege sind die Wege der Verbündeten, solange sie sich nicht auf den „deutschen", den Brest-Litowsker u. a. Standpunkt stellen, seien es auch die demokratischsten Varianten dieser Standpunkte. Widrigenfalls trennen sich unsere Wege, und die Zergliederung Rußlands durch die Verbündeten muß unsererseits den stärksten Widerstand hervorrufen. Aber der Widerstand würde durchaus keine Veränderung der

„Orientation" bedeuten, die jetzt geradezu verderblich wäre. Wir müssen, ohne den Umkreis der Verbündeten zu verlassen, die Idee und die Durchführung der Zergliederung Rußlands, die jetzt unter der populären Fahne des Kampfes gegen den Zarismus segelt, bekämpfen. Ohne Rußland ist ein stabiles antideutsches Gleichgewicht in Europa nicht möglich, und ohne ein festes, staatlich zusammengeschlossenes und zufriedenes Rußland wird die bolschewistische Gefahr auch noch weiter über der alten Kultur Europas schweben. Das sind die wichtigsten Grundsätze, die wir den Verbündeten vorlegen müssen.

Ich gehe nun zu der Beziehung der Ententeländer zu den russischen Problemen über. Dem „Brest-Litowsker" Standpunkt am nächsten steht meiner Ansicht nach Frankreich als die schwächste der Mächte, die außer der Frage der Friedensbedingungen mit Deutschland — hiervon werde ich später reden — der Möglichkeit beraubt ist, eine feste Außen- und Innenpolitik zu führen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Schwerpunkt der russischen Fragen jetzt nach England verlegt wird, Paris aber ist nur ein formeller Mittelpunkt, weil die Friedenskonferenz hier tagt. Die Engländer verhalten sich im allgemeinen viel gründlicher und sachlicher zu allen russischen Fragen. Sie sind in jeder Beziehung bedeutend stärker als die Franzosen, nicht nur weil sie weniger durch den Krieg gelitten haben, sondern auch aus anderen, tiefer liegenden Gründen. Obgleich das Proletariat in England viel zahlreicher ist, obgleich es recht ernste, manchmal sogar unerfüllbare Forderungen stellt und es im Vergleich mit der Vergangenheit ausgeprägt sozialistisch geworden ist, tragen seine Forderungen und sein Kampf doch einen rein wirtschaftlichen Charakter. Es ist alles nichts weiter als „business" bei den Engländern. Der französische Arbeiter und die bedeutende Mehrzahl der französischen Sozialisten dagegen fassen den Kampf gegen den Kapitalismus usw. als rein politischen Kampf auf. Ihr Ziel besteht in der Ergreifung der Macht durch das Proletariat und in der proletarischen Diktatur. Früher war dies eine sozialistische Phraseologie, eine politische Metaphysik des Marxismus. Jetzt, nach dem russischen Experiment, dessen verheerende Wirkung teils nicht verstanden, teils aber absichtlich ignoriert wird, hat diese Metaphysik sich in eine verführerische, erprobte Tatsächlichkeit verwandelt. Ein französischer gelehrter Geschichtsschreiber sagte mir, daß Frankreich seiner Ueberzeugung nach dem Bürgerkrieg entgegengehe. Jedenfalls bereiten die französischen Sozialisten den Bürgerkrieg in den Geistern und Herzen vor, vielleicht aber bereiten sie ihn auch so vor, wie die Bolschewiki es bei uns taten. Ich bin überzeugt, daß ein revolutionärer Aufstand keine anhaltende Bedeutung haben wird. Er wird unterdrückt werden, und darauf wird eine Reaktion eintreten. Wir müssen schon jetzt mit einem derartigen Gang der Ereignisse in Frankreich rechnen, und in der Gestalt Frankreichs müssen wir auch mit einer Reaktion in Europa rechnen, die übrigens die Sachlage in Rußland ändern und sie gerade im Wechselverhältnis mit den westlichen Strömungen verein-

fachen wird. Es wird alles davon abhängen, wie das Friedensproblem sich gestalten wird. Der Friede, den die Verbündeten vor einigen Tagen Deutschland anboten, wird vom letzteren in der Hauptsache zurückgewiesen werden. Ich zweifle sogar daran, ob Deutschland den Frieden formell „unterschreiben" wird, aber auch das Unterschriebene wird — wenn es dazu kommen sollte — am Wesen der Dinge nichts ändern. Im Grunde genommen ist die Welt noch sehr weit vom Friedensschluß entfernt; aber am schwersten und verderblichsten wird das auf Frankreich zurückwirken. Wir müssen in unserer ferneren Politik hiermit rechnen. Wir gehen möglicherweise ganzen Jahren eines Zustandes auf dem europäischen Festland entgegen, der, insofern Europa nicht in ein Flammenmeer des Bürgerkrieges versinkt, weder Krieg noch Frieden, sondern ein gewisser, zugleich „waffenloser" und „bewaffneter" Kampf der Besiegten gegen die Sieger sein wird.

Ich will nun einige Einzelfragen behandeln. Die siegreichen Mächte haben die Unabhängigkeit Finnlands anerkannt. Ich sah das Unausbleibliche voraus und empfahl daher dringlichst, daß wir selbst mit der Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands beginnen und die Verbündeten zwingen, in ihren eigenen und in unseren Interessen militär-strategische Garantien der durch die Anerkennung und die Existenz Finnlands als eines unabhängigen Staates geschaffenen Sachlage aufzustellen. Jetzt ist der Ausgangspunkt — die Unabhängigkeit Finnlands — ohne uns und gegen unseren Willen geschaffen worden, wodurch unsere internationale Lage jetzt zweifellos geschwächt wird. Unsere Diplomatie wird die ganze Frage von neuem erwägen müssen. Man darf Finnland nicht nach den anderen Gebieten messen, die jetzt auch Unabhängigkeit zu gewinnen suchen, die aber keineswegs Finnland gleichgestellt werden können. Ich vertrat hier stets den Gedanken, daß wir gerade deshalb, weil die Verbündeten die ganze Zeit über mit den kleinen Völkerschaften „liebäugeln", die letzteren aber sämtlich nach Unabhängigkeit verlangen, einen scharfen Unterschied zwischen ihnen und Finnland machen müssen. In dieser Frage werden große Fehler begangen, die auch auf die Probleme der Petrograder Operation zurückwirken; ich verbreite mich hierüber nicht, weil das eine heikle Frage ist, die man in einem Brief lieber nicht behandeln soll.

Und nun noch eine Sache. Mir scheint, die Omsker Regierung hätte seinerzeit nicht gegen die Aufnahme Awksentjews in den Politischen Rat protestieren sollen. Augenblicklich hat diese Frage die Bedeutung verloren, die sie eine Zeit lang trug, als die Erfolge der Kriegsoperationen der Truppen des Oberregierenden noch nicht so klar zutage traten. Ich glaube aber, daß die Aufnahme Awksentjews in den Politischen Rat für die „Omsker" Regierung als Regierung und für die ganze russische Sache auch noch jetzt (d. h. am 10. Mai) vorteilhaft wäre und das Ansehen der Regierung hier bei den Ententeregierungen und in der öffentlichen Meinung derjenigen Kreise, mit denen Clemenceau und Lloyd George — von Wilson ganz abgesehen — unbedingt rechnen müssen, heben würde. Nun-

mehr ist außer Awksentjew auch Kerenski, der ständig in London lebt, hier eingetroffen. Kerenski kann in russischen Kreisen keine Rolle mehr spielen, und während Awksentjew für den Politischen Rat annehmbar war und ist, ist Kerenski durchaus unannehmbar. Ich muß es Ihnen persönlich sagen, daß die hiesigen „linksstehenden" Kreise und sicherlich auch Awksentjew und seine Freunde von allen Omsker Persönlichkeiten, wie es scheint, am meisten gegen Sie aufgebracht sind. Das hat aber natürlich keine wesentliche Bedeutung, sondern ist nur als psychologisches Kennzeichen von Interesse.

Ich möchte jetzt eine persönliche Frage stellen. Ich bin der Ansicht, daß wir Russen jetzt in Rußland sein sein müssen, und falls ich Ihrer Regierung dort von Nutzen sein kann, bin ich sofort bereit, hinzureisen. Denn mein Herz zieht mich nach Rußland.

Hier ist die Hauptfrage natürlich die Anerkennung der Regierung Koltschaks und die Gewährung materieller Unterstützung an Omsk, Jekaterinodar und Judenitsch. Die Erfolge der Armee des Oberregierenden beflügeln uns alle.

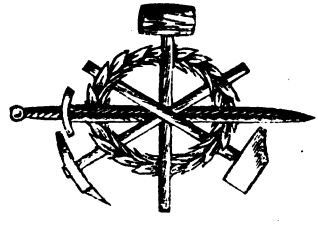
Bitte teilen Sie den Inhalt dieses Briefes Koltschak, Sukin und allen denjenigen mit, denen er von Nutzen sein kann. Der Oeffentlichkeit aber soll nichts aus diesem Schreiben übergeben werden. Meine Ansichten, die für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, habe ich vor kurzem Ustrugow telegraphisch mitgeteilt.

Einen Gruß an Sie alle, beginnend mit dem Oberregierenden und endend mit allen gewöhnlichen Mitarbeitern am Werk der Wiederaufrichtung und Vereinigung Rußlands. Ich schüttle Ihnen herzlich die Hand und bitte Sie, alle persönlichen Freunde und Bekannten von mir zu grüßen.

Ihr Peter Struve.

Paris, d. 10. Mai n. St. 1919.

Anmerkung: Michailow ist der Sohn eines Grundbesitzers und Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre. Er nahm an dem Novemberumsturz in Sibirien zugunsten der Diktatur Koltschaks teil. Michailows Name figuriert fast in allen schwarzen Missetaten der sibirischen sozialrevolutionären Gegenrevolution Koltschaks.



Henri Barbusse an den Redakteur der Zeitschrift „La Revue Communiste“.

„Villa Célestine-Antibes“, den 9. Mai 1920.

Werter Genosse!

Ihren Brief erhielt ich erst heute, nach meiner Rückkehr aus Genf, wo ich an dem internationalen Kongreß gewesener Soldaten teilnahm. (Nebenbei bemerkt waren auf dem Kongreß etwa eine Million demobilisierter Soldaten aller Länder: Franzosen, Deutsche, Engländer, Oesterreicher, Elsaß-Lothringer, Italiener vertreten. Der Kongreß beschloß, der III. Internationale einen Brudergruß zu senden.)

Ueber meine Beziehungen zu Ihnen brauche ich mich wohl nicht zu verbreiten. Ich will bloß sagen, daß ich Ihren Vorschlag mit dem größten Vergnügen annehme. Sobald es mir irgend möglich sein wird, will ich mich bemühen, einen Artikel für ihre Zeitschrift zu liefern. Sie haben ganz Recht, wenn Sie sagen, daß ich etwas auf dem Herzen habe, daß ich mit Ihren Lesern teilen muß.

Ich drücke Ihnen und Ihren Genossen freundschaftlichst die Hand.

Henri Barbusse.

Vorläufig sende ich Ihnen einen Auszug aus der Rede, die ich am 30. April zur Eröffnung des Genfer Kongresses hielt:

„Wir werden zeigen, daß das, was jetzt in Rußland vor sich geht, der Anfang einer neuen Zeit, die Wiedergeburt der Menschheit, einer neuen Menschheit der Zukunft ist. Rußland hat den Kampf mit dem ganzen übrigen bis an die Zähne bewaffneten Europa bereits aufgenommen. Es ist ein entscheidender, großartiger Kampf, der aber zugleich ebenso einfach ist wie der Kampf zwischen Tag und Nacht. Wir werden dem lächerlichen, häßlichen Streit über Kleinigkeiten ein Ende machen und den Moskauer Genossen, die das hehre Werk der Menschwerdung vollbringen, einmütig unser aller Beifall ausdrücken.“ ***H. B.***

Brief M. Gorkis an H. G. Wells.

Mein lieber Wells!

Die „Times“ vom 26. April veröffentlichte in ihren Spalten den Bericht eines aus Rußland zurückgekehrten Engländers. Letzterer erzählt, er habe in einem der Speisehäuser Petersburgs eine Suppe gegessen, in der Menschenfinger schwammen.

Wäre dieser trübe Blödsinn in einem Straßenblättchen zum Abdruck gelangt, dessen Ziel es ist, die schlechsten Instinkte der Massen zu nähren, so hätte ich dem wilden Ausfall dieses augenscheinlich gereizten und wahrscheinlich nicht sonderlich klugen Mannes natürlich keine Aufmerksamkeit geschenkt. Da seine Erzählung aber in der „Times" wiedergegeben wurde, halte ich es für notwendig, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß der Mann gelogen hat.

Glauben Sie mir, lieber Wells, wir Russen sind trotz allem noch nicht zum Kannibalismus gelangt und — ich bin überzeugt davon — werden auch nie so weit kommen, obgleich die hochkulturellen Staaten des Westens sich solch große Mühe geben, um in Rußland Bedingungen zu schaffen, dank welchen das russische Volk schleunigst und endgültig verwildern und entarten müßte.

Wir leben in einer Zeit, wo selbst eine gänzlich ungezügelte, selbst die böseste Phantasie keine Lüge und Verleumdung ausdenken kann, die fürchterlicher und schmachvoller wären als die Wahrheit.

Eine dieser verabscheuungswürdigen Wahrheiten ist die Hetze gegen Rußland, gegen ein Land, das seinen ganzen Willen zur Durchführung des sozialen Versuchs anspannt, der unzweifelhaft für die gesamte Menschheit, für die ganze Welt von Bedeutung ist.

Man müßte uns Russen unserem eigenen Verstand oder unserem eigenen Unverstand überlassen, beides könnte für Europa gleich belehrend sein.

Aber Europa — in der Gestalt Englands und Frankreichs — strebt danach, uns zu erdrosseln. Ich glaube kaum, daß es ihm gelingen wird; es ist aber möglich, daß Europas Politik Rußland gegenüber die Russen Asien in die Arme führen wird. Ersehen Sie in diesem möglichen Bündnis Rußlands mit den Völkerschaften Asiens nicht eine fürchterliche Gefahr für die Kultur Europas?

Mich persönlich drücken diese Fragen wie ein Alp.

Gestatten Sie mir, meinen Brief mit einigen Worten über Lenin zu schließen.

Die „Times" berichten von dem Luxus und der asiatischen Unterwürfigkeit, die diesen Mann angeblich umgeben. Das ist eine Lüge.

Nichts steht Lenin ferner, als sich von seiner Macht hinreißen zu lassen. Er ist von Natur aus ein Puritaner, er lebt im Kreml ebenso einfach und bescheiden, wie er als Emigrant in Paris lebte. Er spielt in Rußland die Rolle eines großartigen Pfluges, der unermüdlich die verschüttete, unfruchtbare Erde ackert.

Glauben Sie mir, ich schließe nicht die Augen über die durch Krieg und Revolution geschaffenen negativen Erscheinungen. Ich sehe aber auch, wie sich in der russischen Volksmasse der schöpferische Wille regt, wie dieses Volk allmählich zur aktiven Kraft wird. Für mich aber ist die Aktualität der Anfang aller Anfänge, denn „am Anfang war die Tat".

Ich wünsche Ihnen alles Gute, Wells!

d. 22. Mai 1920. ***M. Gorki.***

DOKUMENTE DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

Erklärung einer Gruppe von Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.).

Genossen!

Wir, die wir dieses Schreiben unterzeichnet haben, glauben, daß wir unsere Pflicht den Mitgliedern der I. L. P. und der uns am Herzen liegenden Sache gegenüber nicht erfüllen, wenn wir in diesem kritischen Augenblick, den die britische sozialistische Bewegung gegenwärtig durchmacht, nicht unserer Ansicht zugunsten eines Anschlusses an die Moskauer Internationale Ausdruck verleihen.

Weder besitzen wir einen eigenen Apparat noch haben wir die Möglichkeit, uns des Apparats der Partei zu bedienen, um denjenigen — größtenteils gewählten — Vertretern der Partei zu entgegnen, die sich dem Anschluß an die internationale kommunistische Bewegung widersetzen. Wir beschweren uns nicht darüber, daß der Vollzugsausschuß der Partei seinen Rat denjenigen vorenthält, vor denen er selbst verantwortlich ist und die ihn mit der Führung der Partei beauftragt haben. Wir wollen nur auf die Gründe hinweisen, die unserer Meinung nach den Anschluß der I. L. P. an die III. Internationale zu einer gebieterischen Forderung des gegenwärtigen Augenblicks machen.

Wir sind bestrebt, den Ruf aufrechtzuerhalten, den sich die I. L. P. während des Krieges durch ihren Widerstand gegen die Raubgierpolitik des Kapitalismus und durch ihre unerschütterliche Entschlossenheit, auf keinen Waffenstillstand mit den Feinden der Arbeiterklasse einzugehen, erworben hat. Die I. L. P. hielt sich während des Krieges nicht an die opportunistische Taktik derjenigen Sozialisten, die wie Arthur Henderson, Albert Thomas oder Emil Vandervelde den Krieg unterstützen; sie führte auch nicht jene Winkelzugtaktik durch, deren hervorragender Verfechter Karl Kautsky war.

Obgleich die I.L.P. auch nicht der Theorie des Marxismus entsprechend handelte, sondern sich eher von ihrem eigenen Instinkt leiten ließ, hielt sie sich dennoch von der II. Internationale fern und verhielt sich ablehnend zu denjenigen Tendenzen, die die II. Internationale in einen politischen Ansteckungsherd für die Arbeiterklasse verwandelten.

Diese unausgesetzte Opposition gegen den Kapitalismus und den mit ihm verbundenen Militarismus stellte die I. L. P. auf eine Stufe mit den italienischen, serbischen und rumänischen Sozialisten und sozialistischen Fraktionen, die seinerzeit Liebknecht in Deutschland, Lenin und Trotzki in der russischen Bewegung unterstützten. Genossen, wir waren und sind stolz auf unser Verhalten während des Krieges, und wir fürchten die Bündnisse, die man uns jetzt anzunehmen oder zu erneuern vorschlägt,

Um ihren Ehrenplatz unter den revolutionären Sozialisten zu bewahren, traten die Mitglieder unserer Partei — Männer sowie Frauen — mutig in Versammlungen auf, ohne sich durch den Unmutsausdruck ihrer Zuhörerschaft beirren zu lassen; sie zerrissen Freundschaftsbande und alte Verbindungen und zogen es hundertmal vor, sich jahrelanger Einkerkerung auszusetzen, ehe sie sich den Forderungen ihrer Klassenfeinde und Unterjocher unterordneten.

Genossen, die I. L. P. weigerte sich, während des Krieges einen „gefahrlosen und vorsichtigen" Weg einzuschlagen; sie achtete nicht der Gefahren, die auf ihrem Wege lagen. Werden wir denn wirklich nach dem Kampf, den wir während des Krieges führten, nur an künftige Wahlsiege und an die Eroberung von Parlamentssitzen denken, anstatt wie früher es mutig mit den feindseligen Verspottungen und der Verachtung derjenigen aufzunehmen, die die wahre Bedeutung des Bolschewismus nicht verstehen können oder wollen?

Unsere Führer — wollen wir es denjenigen, die wir uns zu helfen ausersehen haben, noch einmal sagen — verwerfen den Gedanken einer Revolution. Sie empfehlen uns den Weg allmählicher Reformen. Sie wollen — ohne mit den Lehren zu rechnen, die die Geschichte unseres eigenen Volkes darbietet — das Ideal der Vergesellschaftung der Produktions- und Verteilungsmittel (dieses Ziel ist ja an und für sich schon äußerst revolutionär) einzig und allein auf konstitutionellem Wege, durch die Tätigkeit der Organe erlangen, die die Kapitalisten in ihrem eigenen Interesse geschaffen haben und mit denen die Grundherren und Plutokraten selbst in kritischen Augenblicken der Geschichte zu rechnen aufhören.

Sie reden, schreiben und handeln so, als ob der Sozialismus durch parlamentarische Abstimmung erzielt werden könnte.

Sie waren Zeugen des gewissenlosen Verrats, den die Diplomatie in den letzten sechs Jahren übte; den süßlichen, verräterischen Schalmeien der amerikanischen Demokratie brachten sie leidenschaftliches Vertrauen entgegen; trotz der politischen Erfahrung der letzten Generation wandten sie sich an die liberalen Präsidenten der Vereinigten Staaten und an den Kriegs- und Außenminister — einen altmodischen englischen Aristokraten

und ein ehemaliges Mitglied der Konservativen Partei — mit dem Ersuchen, die Welt vom Chaos zu befreien. Sie sahen, wie der Völkerbund, anstatt einen idealen Traum zu verkörpern, tatsächlich zu einem Werkzeug in den Händen der Kreditoren wurde, um mit Blockade und Intervention zu drohen vor ihren Augen wurden wehrlose Frauen und Kinder in Mitteleuropa erbarmungslos hingemordet, einem langsamen Hungertode ausgeliefert. Und dennoch raten sie uns, unsere Handlungen und Pläne auf der Hoffnung zu bauen, daß die Kapitalisten, sobald wir sie darum bitten, ohne weiteres das Feld räumen werden; sie raten uns, so zu denken und handeln, als ob die besitzenden Klassen in ihre Enteignung einwilligen würden, sobald das Parlament es verlangt.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Kapitalisten sich einer Arbeiterregierung gegenüber duldsam zeigen, sich deren Gesetzmaßnahmen unterordnen werden, solange sie ihren Grundbesitz und ihre Kapitalien nicht antastet; wir aber können eine solche Regierung nicht gebrauchen. Unserer Ansicht nach muß die I. L. P., wenn sie sich gewisse Ziele steckt, auch von den Mitteln Gebrauch machen, die zu diesen Zielen führen.

In unserem Lande bildet das Proletariat die überwiegende Mehrheit. Eine Arbeiterregierung, die die sogenannte „Diktatur des Proletariats" anwenden würde, könnte sich bei uns gleichzeitig auf die Gewerkschaften und auf eine Volksmehrheit stützen. Eine derartige Regierung würde es nicht nötig haben, die Anwendung von Waffengewalt im Interesse der Arbeiterklasse zu rechtfertigen, wo der Kapitalismus ja zur Unterdrückung der gerechten Aufstände der Arbeiterklasse von Waffengewalt Gebrauch macht. Insbesondere unsere schottischen Genossen werden sich entsinnen, wie Glasgow Anfang 1919 von Tanks und Militär überschwemmt wurde. Es steht uns allen lebhaft in Erinnerung, welch sorgfältige Maßnahmen man 1919 zur Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks durch Waffengewalt traf. Das Beispiel Sir Edward Carsons, der mit Kriegsoperationen drohte, um ganz Irland in sklavischer Unterwürfigkeit zu erhalten, ist ebenfalls sehr lehrreich. Die rohen, eilfertigen Maßnahmen, die General Dayer während der sogenannten „Schlägerei von Amritzar" anwandte, um unter der 300 Millionen zählenden Bevölkerung Indiens eine Panik hervorzurufen und sie dem Willen einiger tausend Kapitalisten und Ausbeuter aus der Metropole zu unterordnen, sind kein schlechtes Beispiel der Diktatur des Imperialismus.

Die Moskauer Internationale verwirft die Beteiligung an den Parlamentswahlen und den Eintritt in das Parlament nicht, sondern empfiehlt sie auf das wärmste zwecks Propaganda und um mit allen Obstruktionsmitteln, die den Mitgliedern derartiger Institutionen zur Verfügung stehen können, die den Interessen des Proletariats zuwiderlaufende Tätigkeit zu enthüllen und die Kapitalisten zu bekämpfen. In seiner Antwort auf Kautskys „Diktatur des Proletariats" sagt Lenin unter anderem:

„Nehmen wir die bürgerlichen Parlamente. Wäre es anzunehmen, daß der gelehrte Herr Kautsky niemals von der Tatsache gehört hat, daß

die bürgerlichen Parlamente mit der Entwicklung der Demokratie immer mehr unter die Herrschaft der Börsen und der Bankiers geraten? Daraus folgt natürlich keinesfalls, daß man von dem bürgerlichen Parlamentarismus nicht Gebrauch machen soll. Die Bolschewiki z. B. haben ihn erfolgreicher ausgenutzt, als irgend eine andere Partei in der Welt, denn sie bemächtigten sich 1912—1914 der gesamten Arbeitervertretung in der vierten Reichsduma."

Oder nehmen wir ein zweites klares Beispiel: Frau Klara Zetkin, eine bedeutende Vertreterin des deutschen Kommunismus und eine der Gründerinnen der Spartakusgruppe, nimmt aktiven Anteil am württembergischen Landtag.

Obgleich wir auch für die vollste Ausnutzung aller uns durch die Verfassung gebotenen Möglichkeiten eintreten, glauben wir doch, daß die Arbeiterklasse unter sozialistischer Gesellschaftsordnung ebensowenig des Parlaments bedürfen wird, wie die revolutionäre Bourgeoisie einst des höchstens Organs der Lehensherrschaft — des Königlich Geheimen Rats bedurfte. Wir sind der Ansicht, daß der gesamte Staatsaufbau zerstört und eine neue Gesellschaftsordnung errichtet werden muß, in welcher jeder, der gemeinnützige Arbeit verrichtet oder früher verrichtete, an der Verwaltung der Kommune Anteil nehmen könnte. Wir verwerfen auf das entschiedenste das Prinzip des privaten Grundbesitzes, auf dem der politische Zensus gegenwärtig beruht, und fordern, daß den Werktätigen das Recht gewährt werde, sich an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen.

Wir sind der Ansicht, daß die aus Sozialisten und Arbeitern zusammengesetzten Betriebsausschüsse, die nach Industriezweigen organisiert werden und Organisationen der Fachleute und Heimarbeiter einschließen, die Grundlage der neuen Statsordnung bilden müssen, und wir betonen auf das entschiedenste, daß die Aufgabe der I. L. P. darin besteht, mit ihrer ganzen Kraft die Weiterentwicklung der Arbeiterverbände in dieser Richtung zu fördern.

Das, Genossen, sind die Grundsätze und die Politik, die, wie wir hoffen, Eure Unterstützung finden oder zum mindesten Eure wohlgesinnte Aufmerksamkeit auf sich lenken werden.

Wir wissen es nur zu gut, schon allein dadurch, daß wir das einzige uns erreichbare Mittel ergriffen haben, um unseren Parteigenossen unsere Ansichten auszudrücken, werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach der Kritik unterzogen werden, die man gewöhnlich an allen denjenigen übt, die eine gewisse Unruhe in das Reich der offiziellen ungestörten Ruhe hineinbringen. Diese Aussicht schreckt uns nicht ab. Aber wir bitten diejenigen, die uns nach reiflicher Ueberlegung Recht geben werden, uns zu Hilfe zu kommen und auf die lokalen Organisationen einzuwirken, daß sie ihr Stimmrecht und ihren Einfluß auf die Parteimitglieder tatsächlich ausnutzen und ihren Vertretern zu dem bevorstehenden Parteitag in Glasgow entsprechende Direktiven geben. Das kann nur dadurch erzielt werden,

daß man unausgesetzt und solidarisch für die Resolutionen stimmt, die den Austritt aus der II. Internationale und den Anschluß an die Dritte fordern. Das ist der einzige Ausweg. Laßt Euch nicht vom einzig richtigen Wege ablenken. Stimmt fest gegen jedwede unbestimmte, schwankende Resolutionen, in welcher Zubereitung sie Euch auch aufgetischt werden.

Sogar eine schon angenommene Resolution über den Beitritt zur III. Internationale kann zunichte gemacht werden, wenn man ihre Ausführung einem schwachen oder Moskau direkt feindlichen Vollzugsausschuß übergibt. Wie wichtig es auch ist, daß eine derartige Resolution von dem Parteitag angenommen werde und daß der Vollzugsausschuß seinem Bestande und seinen Ansichten nach einheitlich sei und nicht hoffnungslos hin und her schwanke, so müssen wir doch im Auge behalten, daß die Delegierten auf dem Kongreß auf Grund vorher aufgestellter Listen und oft im Zusammenhang mit verschiedenen Erwägungen der Partei gewählt werden. Es muß daher durch Eure Organisation ein ständiger Druck auf den Nationalen Vollzugsausschuß ausgeübt werden, damit dieser den Willen Eurer Organisation tatsächlich durchführe und eine ernste Verbindung mit der III. Internationale anknüpfe.

Mit Brudergruß

(Es folgen 159 Unterschriften.)

Anmerkung: Diese Erklärung wurde anfangs als konfidenzielles Schreiben unter allen Mitgliedern der J. S. P. verbreitet.

Erklärung Bela Kuns und seiner Kameraden an den Wiener Kreisarbeiterrat.

Wir unterzeichnete kommunistische Revolutionäre teilen mit, daß wir die dreitägige Hungerstreikdemonstration abgebrochen haben.

Die Demonstration haben wir deshalb begonnen, weil wir nicht weiter dulden wollten, daß in dem Weltproletariat der Betrug unwiderlegt bleibt, als würden wir in Deutsch-Oesterreich das Asylrecht genießen. Am dritten Streiktage wurde uns im Namen des Staatskanzlers Renner mitgeteilt, daß sämtliche Internierten mit Ausnahme der Genossen Bela Kun, Max Lewien und Ernst Por auf freien Fuß gesetzt werden, während die drei letzgenannten Genossen auf Forderung der italienischen Mission weiter in Schutzhaft bleiben sollen.

Diese Bedingung haben wir als vorläufige Lösung akzeptiert und den Hungerstreik eingestellt.

Nachts vom 1. d. M. teilte uns Staatssekretär Eldasch mit, daß sämtliche Internierte, gegen die ein Auslieferungsbegehren vorliegt, weiter in Schutzhaft verbleiben, da seitens der italienischen Mission neuerdings eine Demarche gegen unsere Freilassung erfolge.

Wir überlassen Ihnen die Qualifikation dieser Demarche, bemerken nur, daß der italienische Gesandte tags zuvor eine gleichbedeutende Erklärung des Staatssekretärs Eldasch dementiert hat. Zu entscheiden, wer lügt, ist nicht unsere Sache:

„Der Kaiser von China, der Rabbi in Posen,
Sie sollen beide darum losen."

Aus alledem folgt, daß die offiziellen Erklärungen, denen zufolge man uns vor Angriffen der ungarischen Weißgardisten, von denen es in Wien wimmelt, schützen wolle, Lügen sind. Es ist klar, daß unsere Festhaltung den Charakter einer Schutzhaft trägt, da in wiederholten Fällen Aeußerungen fielen, wonach das gegen uns vorgebrachte Auslieferungsbegehren zurückgewiesen werde, sobald wir das Deutsch-Oesterreichische Territorium verlassen werden. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß wir mit unserem Hungerstreik die Lüge enthüllten, als genössen wir in Steinhof Asylrecht.

Der Schutzhaftcharakter unserer Internierung beweist, daß der Noskeismus nicht bloß in der Form einer Militärdiktatur, sondern im Gewand einer Polizeidiktatur vorhanden sein kann.

Es ist klar, daß wir in Wien und in Deutsch-Oesterreich Gefangene

der internationalen imperialistischen Gegenrevolution sind und die österreichische Regierung der Kerkermeister unserer Schutzhaft ist. Gegen ein derartiges Vorgehen zu demonstrieren ist sinnlos, selbst dann, wenn diese Rolle von Mitgliedern einer Arbeiterpartei gespielt wird.

Wir sind uns dessen gewiß, daß die italienische Sektion der III. Internationale, die Partei des italienischen Proletariats, die den Kampf gegen die Banditen des internationalen Imperialismus nie aufgegeben hat, nicht dulden wird, daß in ihrem Namen den Horthybanditen Liebesdienste geleistet werden.

Es lebe die internationale Solidarität!
Nieder mit den Banditen und Lakaien des Imperialismus!
Es lebe die internationale soziale Revolution!

Mit kommunistischem Gruß

Bela Kun, Max Lewien, Ernst Por, Bela Vago, Mathias Rakosi, B. Haller.

Wien, Steinhof 1. April 1920.

Resolutionen der Sozialistenkonferenz des Balkans.

Im Jahre 1920 fand in Sofia eine Konferenz der Sozialisten des Balkans statt, an der folgende Parteien teilnahmen: die Kommunistische Partei Bulgariens („enge Sozialisten"), die Sozialistische Arbeiterpartei (Kommunisten) Jugoslawiens, die Sozialistische Arbeiterpartei Griechenlands und die Sozialistische Partei Rumäniens. Das ist bereits die dritte Konferenz der Sozialistenparteien des Balkans — die erste tagte in Belgrad im Jahre 1910, die zweite im Jahre 1915 in Bukarest. Die Konferenz in Sofia nahm folgende höchst wichtige Resolutionen an:

Ueber die Aufgaben der sozialistischen und kommunistischen Parteien des Balkans.

Die Balkanvölker erlangten infolge des Weltkrieges ihre Nationaleinigkeit und Befreiung nicht, sie lösten ihre nationalen Probleme nicht und konnten die Ursachen ihrer gegenseitigen Feindschaft nicht beseitigen, sie gingen aus diesem Krieg vielmehr wirtschaftlich erschöpft, völlig bankrott und politisch von den imperialistischen Großmächten der Entente völlig abhängig hervor, unter Bedingungen, die neue Ursachen für Feindschaft und Krieg in sich bergen. Für alle Balkanvölker wird klar, daß sie dank den Kriegen, anstatt ihre nationale Vereinigung zu erzielen, wie die herrschende nationale Bourgeoisie es stets versicherte, nur zum Verlust ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit, zu ihrer politischen Knechtung und zum Zustand des Hungers und des Elends der Arbeitermassen gelangt sind.

Die wirtschaftlich ruinierten, mit kolossalen Staatsschulden und Steuern belasteten, finanziell und politisch von dem Imperialismus der Entente abhängigen, zu deren Kolonialbesitzungen degradierten Balkanstaaten sind nicht imstande, das wirtschaftliche Leben in ihren territorialen Grenzen wieder herzustellen, vermögen somit auch nicht, die schwere Lage der Arbeiter und der besitzlosen Massen zu erleichtern. Die kolossalen Kriegsschulden, die auf den Balkanländern lasten, saugen ihre Lebenssäfte zugunsten der europäischen Bankiers aus und hemmen ihre wirtschaftliche Entwicklung. Die Völker, die bei den imperialistischen Großmächten Hilfe suchen, werden sich in der Freiheit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehindert sehen, da sie gezwungen werden, an diese Großmächte Produkte auszuführen und fertige Fabrikate einzuführen.

Nur die proletarische Revolution vermag den kleinen Nationen die freie Existenz und Entwicklung zu gewähren, da sie sie von den Riesenstaatsschulden entlasten, die Produktionskräfte aller Länder von den engen

FÜHRER DER RUMÄNISCHEN SOZIALISTEN

K. DOBRUDSHANU-GERA

(21. Mai 1855 -- 9. Mai 1920)

Staatsgrenzen befreien und ihnen die freie Entfaltung auf breiter Basis durch Zusammenschluß in einen wirtschaftlichen Verband gewähren wird.

Die Befreiung der Völker des Balkans von der politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Herrschaft des Ententeimperialismus, ihre nationale Befreiung und Vereinigung, die Schaffung von Bedingungen für die Entwicklung ihrer Produktionskräfte sind nur auf dem Wege der proletarischen Revolution, sind nur auf dem Wege ihrer Vereinigung zu einer sozialistischen Republik des Balkans möglich.

Die Konferenz der Kommunistischen Föderation des Balkans erklärt, daß nur die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats mit ihrer Organisation der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Rotarmistenabgeordneten die Balkanvölker von jeglicher Knechtung befreien und ihnen die Möglichkeit der freien Selbstbestimmung gewähren können, indem sie die sozialistische Republik des Balkans ermöglichen.

Die Konferenz fordert daher die Proletarier und die Armen der Balkanstädte und -dörfer auf, sich unter dem roten Banner des Kommunismus zu mächtigen revolutionären Organisationen zusammenzuschließen. Sie fordert sie auf, sich vorzubereiten, sich mit Gewalt, revolutionärer Erkenntnis und Disziplin zu wappnen, da die objektive Entwicklung der Lebensbedingungen ihre große geschichtliche Bedeutung bedingte. Die endgültige Befreiung von jeglicher Unterdrückung, der Frieden und der Wohlstand der ruinierten, unterdrückten und blutübergossenen Balkanländer hängt davon ab, wie sie dieser ihrer großen Aufgabe gerecht werden.

Die Konferenz macht es den kommunistischen und sozialistischen Parteien des Balkans zur Pflicht, revolutionär-sozialistische (marxistische) Aufklärung unter die proletarischen und besitzlosen Massen zu bringen, um der Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgaben und der großen Ziele des proletarischen Befreiungskampfes beizusteuern und sie zu Massenorganisationen für den Kampf um den Sieg der großen internationalen kommunistischen Revolution zusammenzuschließen.

Ueber den Anschluß der Kommunistenföderation des Balkans an die Kommunistische Internationale.

Die Konferenz der Sozialistischen Föderation des Balkans, bestehend aus der Kommunistischen Partei Bulgariens („enge Sozialisten"), der Sozialistischen Arbeiterpartei (Kommunisten) Jugoslawiens, der Sozialistischen Arbeiterpartei Griechenlands und der Rumänischen Sozialistischen Partei, verhandelte unter Beteiligung aller genannten Parteien in ihrer Sitzung vom 15. Januar 1920 zu Sofia über die Frage des Anschlusses der sozialistischen Föderation des Balkans an die III. Internationale und gelangte zu folgenden Schlüssen:

1. Die internationale Lage der Revolution überhaupt und in Europa insbesondere, wie sie sich durch den fünfjährigen Weltkrieg und durch die sich entwickelnden unüberbrückbaren Klassengegensätze in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft gestaltet hat, eröffnete eine

neue revolutionäre Epoche, die das Proletariat mit zwingender Notwendigkeit zur Ergreifung der politischen Macht drängt. Es stehen somit in der nächsten Zeit sozialistische Revolutionen in den fortgeschrittensten Ländern Europas bevor, von denen die meisten in das Anfangsstadium dieser Revolution bereits eingetreten sind.

2. In einer derartigen revolutionären Epoche und bei einer derartigen internationalen revolutionären Lage sehen die kommunistischen und sozialistischen Parteien des Balkans eine ihrer Hauptaufgaben darin, ihre Aktionen miteinander koordinierend, unter Aufgebot ihres ganzen Einflusses auf die Volksmassen des Balkans, der Russischen Sozialistischen Föderative Sowjetrepublik und der bevorstehenden proletarischen sozialistischen Revolution in Europa ihre möglichste Unterstützung angedeihen zu lassen, alle gegen sie seitens des Balkans oder vermittels des Balkans gerichteten gegenrevolutionären Kräfte lähmend.

3. Die Lage der Balkanvölker, wie sie durch die Kriege geschaffen war, die zu einschneidenden Aenderungen im wirtschaftlichen Leben führten, wird einerseits durch eine kolossale Konzentration der Kapitalien, durch eine kolossale Monopolisierung der Produktions- und Austauschmittel und durch unversöhnliche Klassengegensätze gekennzeichnet — andererseits durch wirtschaftliche Zerstörung, Hunger, Elend und eine totale Erschöpfung der Arbeitermassen. Die bürgerlichen Parteien des Balkans zeigen sich unfähig, die geschaffene Lage und die kolossale Not der Arbeitermassen zu bewältigen.

Bei einer derartigen Lage steht den Balkanmassen als Folge des Krieges, der unerträglichen Lasten der riesigen Staatsschulden und der ihnen von den imperialistischen Mächten der Entente aufgebürdeten finanziellen Verpflichtungen, ein Finanzkrach bevor. Die einander entfremdeten, feindlichen, von den imperialistischen Mächten der Entente abhängigen und von ihnen unterdrückten Balkanstaaten vermögen in ihren territorialen Grenzen ihr Wirtschaftsleben auf der Grundlage des kapitalistischen Systems ohne Hilfe des europäischen Kapitals nicht wiederherzustellen. Und dieses, selbst wenn es in der Lage wäre, ihnen zu helfen, würde Fesseln an ihre wirtschaftliche Entwicklung anlegen und außerdem würde das Ententekapital selbst unter den Schlägen der bevorstehenden proletarischen Revolutionen in Europa in nicht allzu ferner Zukunft zusammenbrechen. Fügt man dem noch die territoriale Gedrängtheit, Verwirrung der ungelösten nationalen Probleme und die reaktionären und gewalttätigen Formen der Verwaltung hinzu, zu denen die Bourgeoisie auf dem Balkan ihre Zuflucht nimmt, so ergibt sich eine schwierige Lage, aus der die Balkanvölker sich bei ihrer gegenseitigen Entfremdung und bei den gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen nicht zu befreien vermögen. Sich zu vereinigen in einer Föderation der Balkanstaaten unter der Herrschaft der regierenden nationalen Bourgeoisie, werden sie nicht imstande sein, infolge der Hartnäckigkeit und des Größenwahns dieser Bourgeoisie und der Hindernisse, die in diesem Fall in jedem dieser Staa-

ten von den Dynastien, dem Monarchismus und Militarismus unbedingt in den Weg gestellt werden.

Alle diese Bedingungen, die eine derartige Lage in den Balkanländern schufen, sowie das Anwachsen der kommunistischen Bewegung in diesen Ländern, bei Vorhandensein von proletarischen Revolutionen in Europa, — werden die kommunistischen und sozialistischen Parteien des Balkans in baldiger Zeit dazu zwingen, die politische Macht in ihre Hände zu nehmen und die Diktatur des Proletariats und der unbemittelten Massen zu errichten, die sich auf Sowjets von Arbeitern, Bauern und Soldaten stützt, und die sozialistische Sowjetrepublik des Balkans zu errichten.

4. Der Triumph der proletarischen sozialistischen Revolution und die Umformung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in eine kommunistische; auf sozialistischen Grundlagen beruhende, wird am schnellsten und mit den geringsten Opfern für das Proletariat nur verwirklicht werden, wenn mutig und in Erkenntnis ihrer Notwendigkeit die proletarische Diktatur in Form von Arbeiter-, Bauern- und Soldatensowjets errichtet sein wird, wenn die Proletarier der verschiedenen Länder einander in ihren revolutionären Aktionen unterstützen werden und wenn sie ihren besonderen revolutionären Kampf in einem jeden einzelnen Lande mit den gemeinsamen internationalen revolutionären Kämpfen in Einklang bringen, die ersteren den Interessen des Sieges der internationalen proletarischen Revolution unterordnend.

5. In Erfüllung dieser wichtigen Aufgaben halten es die kommunistischen und sozialistischen Parteien des Balkans für notwendig, eine enge Verbindung miteinander herzustellen, wobei sie ihre Aktionen und ihren Kampf mit den Aktionen derjenigen proletarischen Parteien in Einklang bringen, die die internationale proletarische Revolution für ihre nächste Aufgabe halten und die Notwendigkeit eines unversöhnlichen Klassenkampfes und einer proletarischen Diktatur, durchgeführt von Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten, anerkennen.

6. Die Kommunistische Internationale, gegründet zu Moskau im März 1919, hat sich zur Aufgabe gestellt: a) die Arbeiterbewegung von den Schlacken des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu befreien, die die II. Internationale im Jahre 1914 zum Bankrott führten und die dem revolutionären Kampf widersprechen; b) die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu vereinigen, die in der Tat die Prinzipien und die Methoden des revolutionären und unversöhnlichen Klassenkampfes und der proletarischen Diktatur in Form von Sowjets von Arbeitern, Bauern und Soldaten anwenden, und c) auf diese Weise den Sieg der kommunistischen Revolution in der ganzen Welt zu sichern und zu beschleunigen.

Das alles in Betracht ziehend, beschließt die Konferenz:

1. Die Kommunistenföderation des Balkans, bestehend aus den kommunistischen und sozialistischen Parteien Bulgariens, Serbiens, Griechen-

lands und Rumäniens, schließt sich der Kommunistischen Internationale an und bildet ihre Balkansektion, welche die Prinzipien und Methoden des revolutionären Klassenkampfes und der proletarischen Diktatur, beruhend auf den Sowjets der Arbeiter, Bauern und Soldaten, anerkennt.

2. Die Sozialistische Föderation des Balkans, wie sich bisher der Bund der kommunistischen und sozialistischen Parteien des Balkans nannte, wird sich in Zukunft „Kommunistenföderation des Balkans" nennen.

VON DER TÄTIGKEIT
DES EXEKUTIVKOMITEES
DER KOMMUNISTISCHEN
INTERNATIONALE

Offenes Antwortschreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale auf die Fragen der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.).

Der Vorsitzende der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, der Gen. R. S. Wallhead, und das Mitglied des nationalen Verwaltungsrats der gleichen Partei, der Gen. Clifford Allan, wandten sich an uns mit folgendem, vom 25. Mai 1920 datierten Schreiben:

Die Unabhängige Arbeiterpartei (I. L. P.) an die III. Internationale.

Auf der letzten Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei wurden folgende Resolutionen in bezug auf die Internationale angenommen:

1. Die Konferenz beauftragt den Nationalrat, den Austritt aus der II. Internationale zu vollziehen.

2. Die Konferenz bestätigt den Beschluß des nationalen Verwaltungsrats, die Schweizerische Partei aufzufordern, eine Beratung betreffend die Möglichkeit einer einheitlichen allumfassenden Internationale zu veranstalten, um die Grundlagen einer Internationale zu schaffen, die mit völliger Bestimmtheit für unsere sozialistischen Ziele auftritt und den nationalen Sektionen gestattet, ihre Politik den politischen und ökonomischen Verhältnissen ihres Landes anzupassen. Der Kongreß beschließt, daß, nachdem die Rundfrage und die Beratungen vollendet sein werden, eine besondere Konferenz einberufen werden soll, um den Bericht der Exekutive entgegenzunehmen.

Die I. L. P. hat ihre Beziehungen zu der II. Internationale gelöst, hat Richtlinien für die Untersuchung in bezug auf das genaue Programm und auf die Bedingungen des Anschlusses an die Moskauer Internationale herausgegeben, und hat ferner die Schweize-

rische Sozialistische Partei aufgefordert, eine Beratung der linken sozialistischen Parteien zu veranstalten. Wenn diese Untersuchung beendet sein wird, wird eine besondere Konferenz einberufen, um über die Frage des Anschlusses zu entscheiden.

Die I. L. P. wünscht zu wissen, ob die III. Internationale irgend eine formelle Bedingung hat, die die um Aufnahme ersuchenden Parteien zu unterschreiben hätten. Sollte dem so sein, so bitten die Delegierten um eine Abschrift. Jedenfalls bitten wir die III. Internationale um einen schriftlichen Bericht mit der Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchem Umfang fordert die III. Internationale ein strenges Befolgen der in ihrem Programm vorgezeichneten Methoden in einem jeden Lande?
2. Wie stellt sich die III. Internationale die Anwendung der Theorie von der Diktatur des Proletariats für Großbritannien vor?
3. Bis zu welchem Grade stimmt die III. Internationale der Anwendung der parlamentarischen Methode zu?
4. Wie stellt sich die III. Internationale dazu, daß die I. L. P. der Labour Party (Arbeiterpartei) angeschlossen bleibt?
5. Ist das Sowjetregierungssystem ein Grundprinzip der III. Internationale?
6. Wenn dem so ist, bis zu welchen Grenzen anerkennt die Kommunistische Internationale die Möglichkeit von verschiedenen Formen der Sowjetmacht in den verschiedenen Ländern?
7. Müssen die der III. Internationale angeschlossenen Parteien der Ansicht sein, daß der Kommunismus und die Diktatur des Proletariats nur durch bewaffnete Macht eingeführt werden können? Oder werden Parteien zur Mitgliedschaft zugelassen, welche diese Fragen offen lassen?
8. Mit welchen Tatsachen begründet die III. Internationale die Anschauung, daß der Kommunismus sich von anderen Formen des Sozialismus unterscheide?
9. Ist es für die in die III. Internationale eintretenden Parteien Bedingung, die in Punkt 8 dargelegte Definition des Kommunismus anzuerkennen?
10. Beabsichtigt die III. Internationale Vertreter zur geplanten Konferenz des linken Flügels der sozialistischen Parteien zu entsenden?
11. Ist die III. Internationale einverstanden, eine internationale Konferenz einzuberufen, um ihre Methoden und ihr Programm zu erörtern?
12. Was wird in diesem Fall die Grundlage der Vertretung und Machtbefugnis der Konferenz sein?

R. S. Walhead, Vorsitzender.
Clifford Allan, Mitglied des Nationalen Verwaltungsrats.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat nach Informationssitzungen zusammen mit den genannten Genossen beschlossen, sich an die in der I. L. P. organisierten Arbeiter mit folgendem Schreiben zu wenden, das die ihm gestellten Fragen der logischen Folge nach beantwortet:

1. *Der Kommunismus und die anderen Strömungen in der Arbeiterbewegung.*

Die achte Frage der englischen Genossen bezieht sich auf die Unterschiede zwischen dem Kommunismus und den anderen Formen des Sozialismus. Auf diese Frage können wir nur in der Weise antworten, daß wir den englischen Arbeitern die kurze Geschichte des modernen Sozialismus von seiner Entstehung bis zu seiner Krise und bis zum imperialistischen Kriege und bis zu unseren Tagen, den Tagen des Kampfes für die Verwirklichung der Grundlagen des Sozialismus, vor Augen führen.

Der Sozialismus entstand als Bestrebung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Ordnung auf dem Wege des revolutionären Kampfes zu stürzen, das Privateigentum an den hauptsächlichen Produktionsmitteln vermittels der Diktatur des Proletariats aufzuheben, den gemeinschaftlichen Besitz der Produktionsmittel einzuführen und diese zum Wohl der gesamten werktätigen Gesellschaft zu verwalten. So war der Sozialismus von Marx und Engels, wie er im „Kommunistischen Manifest" und allen anderen Werken der großen Schöpfung des proletarischen Sozialismus seinen Ausdruck fand. Diese Werke waren nicht ein Produkt der Phantasie der Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, sie bestimmten vielmehr die Ziele der Arbeiterbewegung auf Grund der Erfahrungen der bürgerlichen Revolution, auf Grund des Studiums des Kapitalismus und der Erfahrungen der ersten großen revolutionären Bewegung des Proletariats, und zwar der Chartistenbewegung der englischen Arbeiter. Aber gleichzeitig mit diesem proletarisch-revolutionären Sozialismus existierten verschiedene kleinbürgerliche, philantropische und sogar feudale Richtungen des Sozialismus, d. h. eine ganze Reihe von Bestrebungen, das Proletariat unter den Einfluß anderer Gesellschaftsklassen zu locken, es vom revolutionären Kampf abzubringen, es durch den Namen Sozialismus irre zu führen. Marx und Engels kämpften von Anfang an gegen diese Fälschungen des Sozailismus und deckten auf, was unter dieser falschen Flagge verborgen ist.

Als nach dem Zusammenbruch der Revolution des Jahres 1848 der Kapitalismus in die Epoche der weiteren Entwicklung eintrat, mit jedem Tage an Umfang und Stärke zunahm, als die Idee der unmittelbaren Machtergreifung sich als unreal herausstellte, zeichneten Marx und Engels, der Wirklichkeit offen und ehrlich in die Augen sehend, den Weg zur Vorbereitung der Arbeiterklasse für ihre zukünftigen entscheidenden revolutionären Kämpfe um die Macht. Sie wiesen darauf hin, daß der Kapitalismus der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, sich zu organisieren, zu vereinigen, daß er ihren fortgeschrittenen Schichten die Möglichkeit gibt, auf die rückständigen Massen einzuwirken, sie mit der Erkenntnis der Klassensolidarität aller Unterdrückten zu erfüllen. Sie forderten von den klassenbewußten Arbeitern, daß sie, ohne den Tag des entscheidenden Endkampfes abzuwarten, eine jede Gelegenheit ausnutzen, welche die Kapi-

talisten gezwungen sind, ihnen für die Schaffung von legalen, offenen Arbeiterparteien, für die Organisierung von Gewerkschaften zu überlassen. Denn je geschlossener, organisierter und klassenbewußter die Arbeiterklasse ist, desto leichter vermag sie eine jede Krise des Kapitalismus für ihren Sieg auszunutzen. Sie forderten die Arbeiter zum Kampfe für das allgemeine Wahlrecht, für die Demokratie auf, damit ihnen die Möglichkeit gegeben wird, einer jeden kapitalistischen Lüge von der weitaus sichtbaren Parlamentstribüne aus die Maske vom Gesicht zu reißen, den Massen zu zeigen, daß alle Kompromisse zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen auf Kosten der Arbeiterklasse geschlossen werden. Sie forderten die Arbeiter auf, jegliche Konflikte zwischen den verschiedenen Teilen der Kapitalistenklasse auszunutzen, um von ihnen wirtschaftliche und soziale Reformen zu erlangen, die die Lage der Arbeiterklasse erleichtern, sie stärken, ihr erlauben würden, um so besser gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Sie riefen die Arbeitermassen zu unmittelbarem Eingreifen in die Politik, zu unmittelbarem Druck gegen die Bourgeoisie auf. Sie forderten die Arbeiterklasse auf, nie zu vergessen, daß dieser ganze Kampf um die Demokratie, dieser ganze Kampf um Reformen nur ein Vorbereitungskampf ist, der zum Ziele hat, die Organisation und die Erkenntnis der Arbeiterklasse für die Epoche der entscheidenden Zusammenstöße, der entscheidenden Kämpfe zu rüsten, wo der durch innere Gegensätze zerrissene Kapitalismus nicht mehr imstande ist, die Volksmassen im Zaume zu halten, sondern im Gegenteil ihren revolutionären Aufstand gegen sich entfesseln wird.

Die lange Dauer der friedlichen Epoche des Kapitalismus führte jedoch dazu, daß das Ziel unseres vorbereitenden Kampfes, seiner organisatorischen Periode, in Vergessenheit geriet, und verwandelte diese Epoche in den Augen der Mehrzahl der Führer der Arbeiterklasse und bei einem beträchtlichen Teile der Arbeiterklasse zum Selbstzweck. Sich auf Kosten nicht nur der proletarischen Massen Europas, sondern auch der Bauernmassen der ganzen Welt — Asiens, Afrikas und Amerikas — bereichernd, hat der moderne Kapitalismus versucht, die Arbeitermassen von revolutionären Bestrebungen in der Weise zurückzuhalten, daß er die entwickeltsten, intelligentesten Teile des Proletariats korrumpierte. Die qualifizierten Arbeiter, der am besten organisierte, der dem Kapitalismus notwendigste Teil des Proletariats, erlangten im Lauf der letzten 30 Jahre vor dem Weltkriege eine bedeutende Besserung ihrer Lage. Es begann unter ihnen die Ueberzeugung vorzuherrschen, daß sie imstande seien, in der kapitalistischen Gesellschaft, ohne sie zu stürzen, eine menschliche Existenz zu erlangen. Der Kampf um die Besserung dieser Existenz wurde für sie nicht ein Mittel des revolutionären Kampfes, sondern ein Selbstziel, sie konnten sich daher auch den Sozialismus nicht anders denken als eine Anhäufung all dieser Teilreformen. Diese Illusionen der Arbeiteraristokratie, die weder das ungeheure Elend der Millionen von ungelernten Arbeitern, noch die Verelendung von Hunderten von Millionen

von Bauernmassen der ganzen Welt durch die Haifische des internationalen Kapitalismus gesehen hat, stärkten in ihrer Mehrheit die parlamentarischen Vertreter und Führer der Gewerkschaften. Mit der Tagesarbeit in der dumpfen Atmosphäre des Parlaments beschäftigt, ständige Zeugen schmutzigster Kulissenschieberei, im Namen der Gewerkschaften wegen kleiner Konzessionen verhandelnd, haben diese Führer sowohl die breiten Massen der unqualifizierten Arbeiter und Armen, wie auch den Riesenaufschwung der kapitalistischen Ausbeutung und die revolutionären Ziele des Proletariats aus den Augen verloren. Ihnen gegenüber stellten sich die Kapitalisten wie zu ihresgleichen, wie zu Partnern in einem Geschäft, und das erschien ihnen ein Anfang der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse mit dem Kapital zu sein. Selber in einer gehobenen Lebenslage sich befindend, gesellschaftlich versorgt, sahen sie die ganze Welt durch die rosa Brille ihres ruhigen Spießerlebens. Da eine jede revolutionäre Bestrebung innerhalb des Proletariats ihrem ruhigen Feilschen mit den Vertretern der Bourgeoisie hinderlich war, waren sie überzeugte Feinde der revolutionären Bestrebungen des Proletariats. Sie begannen diese Bestrebungen in den Augen der Arbeiterklasse ins Lächerliche zu ziehen, als die Kinderkrankheit ihrer Geschichte. Die in dieser friedlichen Epoche des Kapitalismus, in dieser Epoche der Umwandlung des proletarisch-revolutionären Sozialismus in einen opportunistischen, reformistischen Sozialismus der Arbeiteraristokratie geschaffene II. Internationale stellte sich in ihrer Mehrheit praktisch auf diesen Standpunkt, wenn sie auch in Worten der Volkstümlichkeit der von der Vergangenheit ererbten revolutionären Phrasen Rechnung trug und diese Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie durch verschiedene klangvolle revolutionäre Worte verdeckte.

Gegen diese Politik des Reformismus, die in England von den Fabianern, Ramsey Macdonald, Snowden, in Frankreich durch Millerand, Jaurès, in Italien durch Treves, Turati, in Deutschland durch die Revisionisten mit Bernstein an der Spitze, in Oesterreich durch Viktor Adler, in Schweden durch Branting, in Dänemark durch Stauning vertreten war, kämpften zwei Richtungen. Die eine mit Karl Kautsky an der Spitze kämpfte gegen ihn in Worten, vertrat in Resolutionen das Prinzip des sich mit einem jeden Tage verschärfenden Klassenkampfes, gegen die Unterstützung der Bourgeoisie und ihrer imperialistischen Raubpolitik protestierend. Wenn es aber zur Entscheidung kam, fanden Kautsky und seine europäischen Freunde stets Hintertüren, die den Reformisten erlaubten, ihre Politik durchzuführen. So z. B. im Augenblick des Kampfes gegen die erste offene Aktion der Verratspolitik, des Paktes mit der Bourgeoisie, der Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie, beim Eintritt Millerands in die bürgerliche Regierung Waldeck-Rousseau trat Kautsky gegen diese für das Proletariat schädliche Koalitionspolitik auf, dieser Politik jedoch für den Fall einer nationalen Gefahr zustimmend, d. h. für den Fall eines Krieges. Indessen bedeutet ein Krieg die aller-

konzentrierteste, allerhöchste Form der Ausnutzung des Proletariats durch die Bourgeoisie für ihre verbrecherischen Zwecke. Diese internationale Gruppe des „Zentrums" der II. Internationale sank mit einem jeden Jahre der sich verschärfenden internationalen Lage immer tiefer. Als man nach zwei Marokkokrisen und nach der Balkankrise des Jahres 1908, die fast zu einem Völkerkriege führte, dem Proletariat offen sagen mußte, daß der Moment des Entscheidungskampfes nahe, daß es seine Aktivität steigern und mit jedem Tage immer mehr die Methoden der Generalstreiks anwenden müsse zur Schaffung eines Gegengewichts gegen die Welle der imperialistischen Gefahr und zur Vorbereitung von Kräften, die das Proletariat im Fall eines internationalen Krieges dem Kapitalismus entgegenzusetzen vermag, da begann das Zentrum der II. Internationale mit Kautsky an der Spitze, dem Proletariat die Möglichkeit der Entwaffnung des Imperialismus auf dem Wege eines Abkommens mit der liberalen Bourgeoisie vorzutäuschen. Dieses Zentrum war in Worten Anhänger revolutionärer Kampfmethoden, in Wirklichkeit aber bekämpfte es die Propaganda und Agitation von Generalstreiks und stellte ihnen den Sieg mit Hilfe des Wahlzettels und einer Koalition mit der Bourgeoisie gegenüber.

Die zweite Richtung, die allerschwächste in der II. Internationale, vertreten durch die Linksradikalen in Deutschland und die Bolschewiki in Rußland, versuchte in den dem Weltkriege vorhergehenden Jahren das Proletariat auf die unerhörte Gefahr hinzuweisen, die ihm vom Imperialismus drohe, versuchte das Proletariat zum Kampfe unter Anwendung von revolutionären Methoden zu mobilisieren.

Worin sich der Kommunismus von den anderen Richtungen in der Arbeiterbewegung unterscheidet, das zeigte der Krieg mit voller Anschaulichkeit. Der rechte Flügel der Internationale mit ihrem Vorsitzenden Vandervelde an der Spitze, mit Henderson in England, Renaudel in Frankreich, Scheidemann, Ebert, Legien in Deutschland, Bissolati in Italien, Viktor Adler und Renner in Oesterreich, mit den Menschewiki in Rußland — dieser rechte Flügel trat in den Dienst der Bourgeoisie. Er erklärte dem Proletariat, daß die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" für die Dauer des Krieges abgeschafft und durch die Losung ersetzt ist: „Proletarier aller Länder, schneidet einander die Gurgel ab im Namen der Interessen der Vaterlandsverteidigung". So bezeichneten die Vertreter des rechten Flügels der II. Internationale die Unterstützung der Kapitalisten in ihrem Lande, um die Kapitalisten des anderen Landes zu besiegen, um sie zu berauben. Die Vertreter dieses rechten Flügels wurden im Moment blutiger Schlachten, der Vernichtung des internationalen Proletariats durch das Kapital, zu Lieblingen der Bourgeoisie ihrer Länder. Sie traten in bürgerliche Ministerien ein oder halfen aus den Vorzimmern der Ministerien und der Ministerkanzleien den Arbeitern zuzureden, mit großer Kraftanstrengung für den Krieg zu arbeiten und bis zum letzten Atemzug auf den Schlachtfeldern für den Sieg „ihrer" Kapitalisten zu kämpfen, ihnen versprechend, daß diese Kapitalisten das Proletariat dafür

nach dem Kriege mit allen Segnungen der demokratischen Sozialreformen belohnen werden. Sie halfen den Kapitalisten, den Arbeitern alle Eroberungen auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung, der Koalitionsfreiheit, der Streikfreiheit zu entreißen. Sie hielten den Klassenkampf des Proletariats während des Krieges für einen Vaterlandsverrat. Sie zeigten sich als Teil des kapitalistischen Staates, des kapitalistischen Apparats zur Ausbeutung des Proletariats, zur Ausbeutung nicht nur seines Schweißes, sondern auch seines Blutes. Diese Rechtssozialisten trifft die Schuld, daß dieser Krieg so lange dauern konnte, daß er dem Proletariat ungeheure Opfer kostete, daß der Kapitalismus sich vorläufig noch auf den Beinen hält.

Das Zentrum der II. Internationale, an dessen Spitze sich während des Krieges in England Macdonald und Philipp Snowden stellten, in Frankreich Jean Longuet, in Deutschland Kautsky und Haase, in Italien Modigliani, Turati, Treves, in Rußland Paul Axelrod und Martow, protestierte in Worten gegen den Krieg, gab in Worten seiner Unzufriedenheit Ausdruck, daß die Proletarier gezwungen sind, einander zu morden. In der Tat führte dieses Zentrum aber keine Agitation dafür, daß das Proletariat gegen seine Unterdrücker kämpft, daß der Proletarier seine Waffe gegen diejenigen wende, die ihn zwingen, seine Brüder, die Proletarier der anderen Nationalitäten, zu töten. Es schuf keine illegalen Organisationen des Proletariats, rief es nicht zu Demonstrationen auf, forderte es nicht zu Streiks auf. Es spielte die Rolle der „loyalen Opposition" für die Bande der Welträuber und Mörder, es spielte in diesem Kriege die Rolle von Pontius Pilatus, indem es sich die Hände wusch, seine Unschuld beteuernd. Wenn die Bourgeoisie mit diesen Leuten auch unzufrieden war, ließ sie sie doch ungeschoren, denn sie glaubte, daß ihre Proteste sogar von Nutzen sein können, da sie als Ventile für die Unzufriedenheit der Massen erschienen.

Die dritte Richtung, die in England durch Maclean und seine Freunde vertreten war, in Frankreich durch Loriot, in Deutschland durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, in Rußland durch die Bolschewiki — diese dritte Richtung brandmarkte die Politik der reformistischen Sozialisten, der Handlanger der Bourgeoisie als Verrat an der Arbeiterklasse. Sie geißelte die Pilatuspolitik der Zentumsleute als eine Politik, die die revolutionären Kräfte des Proletariats verpulvert; sie baute illegale Organisationen, sie rief die Arbeiter zu Straßendemonstrationen und zu revolutionären Kämpfen auf, sie forderte sie auf, den imperialistischen Völkerkrieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Die Vertreter dieser dritten, kommunistischen Richtung hetzte die Bourgeoisie als Vaterlandsverräter, sperrte sie in Gefängnisse und Zuchthäuser, da sie vortrefflich verstand, daß diese Strömung, mag sie anfänglich noch so schwach sein, der tödliche Feind der Bourgeoisie ist.

Worin unterschied sich im Lauf des Krieges der Kommunismus von den anderen „Formen des Sozialismus"? Die erste „Form des Sozialismus" — die Reformisten — verkauften proletarisches Blut an die Bour-

geoisie, halfen ihr die Welt in Elend stürzen, in dieses Chaos, in dem sie sich nun nach vier Jahren des imperialistischen Krieges befindet. Der zweite Teil protestierte in Worten gegen die Politik des Imperialismus, vermied aber, mit den Verrätern zu brechen und setzte selber der Politik des Verrats nur Worte und Tränen entgegen, vermied jedoch jegliche Opfer, jegliche Taten. Die Kommunisten opferten ihre Sicherheit, oft ihr Leben, um im blutigen Kriegsnebel der Arbeiterklasse die Fackel des revolutionären Kampfes um seine Befreiung voranzutragen, um die Arbeiterklasse für diesen Kampf zu organisieren. Sie waren die einzigen Vorkämpfer der Arbeiterklasse und des Sozialismus in der Tat.

Worin sich diese drei „Formen des Sozialismus" nun unterscheiden? Die erste davon — die Reformisten, die Kompromißler, einigten sich ganz offen mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat überall, wo die Bourgeoisie dieser ihrer Hälfte nur bedurfte, wo sie von ihr zu den Ministersesseln zugelassen werden. Die Menschewiki und die sogenannten Sozialrevolutionäre haben im Verlauf von sieben Monaten zusammen mit den Vertretern der russischen Grundbesitzer und Kapitalisten das Privateigentum in Rußland mit ihrer Brust geschützt, sie schützten die Interessen der französischen und englischen Börse gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands, richteten im Namen des kapitalistischen Profits Arbeiter und Bauern hin. Die deutschen Reformisten mit Ebert, Scheidemann und Legien an der Spitze schützten mehr denn anderthalb Jahre gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den Kapitalismus. Sie haben die im Kriege geschlagene deutsche kaiserliche Armee wiederhergestellt, um nur eine Waffe gegen die Arbeiter zu haben, die sie mit Maschinengewehren und Minenwerfern nicht minder wie durch frechen Betrug bekämpfen, indem sie behaupten, daß diese Diktatur der kapitalistischen Gegenrevolution die Herrschaft der „Demokratie" sei und daß die Henker des Proletariats die Beschützer des Volkswillens gegen die revolutionäre Minderheit seien, die diesen Willen angeblich zu vergewaltigen beabsichtigte. In England ist dieser rechte Flügel mit Henderson an der Spitze jeden Tag bereit, zur Bourgeoisie zurückzukehren, sollte nur ein Zusammenleben mit dem klügeren Teil der Bourgeoisie, mit den unabhängigen Liberalen, möglich sein. Wenn sie aber nicht mit den wilden Jingos zusammen in der Regierung sitzen, mit denen zusammen sie während des Krieges zusammenarbeiteten, so doch nur darum, weil Bonar Law, Carson und Churchill in ihrer Arbeit nicht gestört sein wollen durch Phrasen, ohne die jetzt, unter dem Druck der Arbeitermassen, die Herren Henderson nicht auskommen können. Die Herren Henderson, die nun von einer Arbeiterregierung reden, harren des Tages, an dem sie die Mehrheit des Parlaments hinter sich und die Möglichkeit haben werden, den früheren Kriegsminister Aldane, den Lord der Admiralität Fisher und den alten Fuchs des englischen Liberalismus, den Herrn Asquith, an die Macht zu bringen, denn im Grunde ihrer Seele sind sie ebenso wie Churchill überzeugt, daß die Arbeiterklasse allein nicht das Land regieren könne, denn ebenso wie der Lord Fisher

wollen sie mit Hilfe der Arbeiterregierung den englischen Kapitalismus vor der Revolution retten. In Frankreich ist es Albert Thomas, der während des Krieges von dem Korrespondenten der ultrareaktionären „Nowoje Wremja" über die Aufgaben der Arbeiterklasse befragt, erklärt hatte: „Geschütze, Geschütze und noch einmal Geschütze — das ist es, was not tut." Dieser Albert Thomas und sein Freund Renaudel wünschen nichts anderes, wie ein Abkommen mit der radikalen Bourgeoisie; sie hassen die Regierung der wilden Reaktion, denn diese schafft den Boden für die Revolution. Angesichts des Raubüberfalls der Alliierten auf die Arbeiterrepublik gingen die Rechtssozialisten in England und Frankreich nicht um einen Schritt weiter, wie es liberale Organe in der Art der „Daily News" und des „Manchester Guardian" taten. Ihre Aufgabe bestand darin, unter dem Anschein eines Protestes gegen die Intervention die Arbeiter von der einzigen wirklichen Form des Protestes zurückzuhalten — von Streiks. Sie haben sogar beim Proteststreik vom 21. Juli 1919 gebremst zu einer Zeit, wo für das Geld der englischen, französischen und amerikanischen Bourgeoisie die Horden von Denikin, Judenitsch und Koltschak gegen das Rußland der Arbeiter und Bauern im Vormarsch waren. Die deutsche Sozialdemokratie hatte diesen Feldzug gegen Rußland direkt organisiert, sie entsandte ihre Banditenkorps nach Lettland zum Kampf gegen das lettische Proletariat. Die ganze Politik des früheren rechten Flügels der II. Internationale besteht nach dem Kriege in der offenen Organisierung eines blutigen Feldzuges des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse. Zu diesem Zweck scheute sich der rechte Flügel in Deutschland nicht, den Mord von Führern der Revolution — Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Eugen Levine — zur Methode zu machen; und wenn Renaudel und Henderson von Zeit zu Zeit ihre Unzufriedenheit mit einer derartigen Handlungsweise zeigen, nehmen sie dafür gleichzeitig die II. Internationale, d. h. das Zusammenleben mit den bluttriefenden Noske und Scheidemann, in Schutz; sie beweisen, daß sie bereit sind, morgen bei sich auf die gleiche Weise zu verfahren.

Was treibt das Zentrum der II. Internationale nach dem Kriege? In England hilft es in Person von Macdonald, Snowden, der Mehrheit der I. L. P., dem rechten Flügel, indem es die Arbeiter überredet, daß der Sozialismus auf konstitutionellem Wege erreicht werden könne, d. h. unter Ausnutzung allein nur der Rechte, die die Bourgeoisie der Arbeiterklasse gelassen hat, während die reale Macht in den Händen der Bourgeoisie verblieb. Es protestiert gegen die Bluttaten, die der englische Imperialismus an den irländischen, ägyptischen und indischen Arbeitern und Bauern ausübt, es treibt aber keine Agitation unter den englischen Soldaten und Matrosen, die ein Werkzeug in den Händen von Lord French und General Dayer sind. Es versucht, die Arbeiter von jeglichem unmittelbaren Druck auf die Kapitalisten abzuhalten und erscheint auf diese Weise als Hauptbremmschuh der Revolution. In Frankreich versucht das Zentrum in der Person Longuets die Arbeiter ebenfalls von revolutionären Aktionen zurück-

halten in dem Glauben, daß die Lufterschütterung durch revolutionäre Phrasen genüge. In Deutschland hat das „Zentrum" zu Beginn der Revolution zusammen mit den Scheidemännern den Kapitalisten offen und direkt geholfen, ihre Macht wieder aufzurichten. Auch zu der Zeit, wo die Vertreter des Zentrums in der Regierung waren, wurde der alte bürokratische und militärische Apparat nicht vernichtet, die Macht den Arbeiterräten aber vermittels ihrer verworrenen demokratischen Regierung aus den Händen gewunden, die Wiederaufnahme der Verbindungen mit Sowjetrußland verhindert. Die U. S. P. D. ist unter dem Druck ihrer eigenen Mitgliedschaft aus der Regierung ausgetreten. Ihre Führer versuchen, in einem jeden Moment des revolutionären Drängens der Massen diese zu bremsen, indem sie Parolen ausgeben, die sich durch Verworrenheit und Halbheit auszeichnen, wie z. B. die Losung der Vereinigung der Macht der Arbeiterräte mit der Macht des bürgerlichen Parlaments, später die Losung einer „Arbeiterregierung", in der die Arbeiter neben den Herren Crispien durch so hervorragende, mit Arbeiterblut besudelte Verräter der Arbeiterklasse vertreten sind, wie das Haupt der Gewerkschaftsbürokratie Carl Legien. In Italien bleiben die Führer dieses Zentrums, wie Treves, Turati, Modigliani — in der Sozialistischen Partei Italiens, die in Wirklichkeit eine kommunistische Partei ist, nur um in jedem entscheidenden Augenblick die Arbeiter von Aktionen zurückzuhalten, um im Parlament ihren klaren, entschiedenen, revolutionären Willen zu fälschen. In Oesterreich unterstützen diese Führer des Zentrums mit Otto Bauer und Friedrich Adler an der Spitze Hand in Hand mit dem geschicktesten, kompromißlerischsten Geschäftsmann Karl Renner die Koalition mit der reaktionären, antisemitischen sogenannten christlichen „Demokratie", dort lieferten sie Waffen an die tschechischen Weißen Garden gegen Sowjetungarn. Sie liefern jetzt noch Waffen an die polnischen Weißen Garden gegen Sowjetrußland. Diese ihre verräterische Politik führen sie darauf zurück, daß in der Lage Deutsch-Oesterreichs ein Klassenkampf nicht statthaft sei, da man an den Türen der Ententekapitalisten mit dem Bettelstab in der Hand stehen und um ein Stück Brot betteln müsse. Das Kampfbanner des Sozialismus haben sie durch die Lumpen eines Bettlers ersetzt.

Zu gleicher Zeit verstanden es die Kommunisten, durch ihren hingebungsvollen, energischen Schutz der Interessen des Proletariats und der Dorfarmen sich an die Spitze des Hunderte Millionen Einwohner zählenden Rußland zu stellen, alle Macht den Händen der Bourgeoisie und ihrer Lakaien zu entreißen, den ersten Arbeiterstaat zu schaffen, ihn im Laufe von 2½ Jahren mit dem Schwert der von ihnen geschaffenen Roten Armee gegen die Offensive der Kapitalisten der ganzen Welt zu schützen und gleichzeitig trotz der unerhörten Qualen der Volksmassen die kommunistische Wirtschaft zu begründen. Die Kommunisten Deutschlands verstanden es, in dieser Zeit den Vortrupp des Proletariats zu organisieren, diesen Vortrupp mit Kampfesmut auf Leben und Tod zu erfüllen,

sie verstanden es in Gefängnissen umzukommen, in offenem Kampf das Leben zu opfern, durch die Kugeln kapitalistischer Meuchelmörder und Kompromißler zu fallen, die Fahne des Kommunismus mit ihren Leibern zu schützen und in den durch die Führer der Sozialdemokratie arg enttäuschten Arbeitermassen Deutschlands einen neuen Willen zur Rettung der 70 Millionen des deutschen Volkes zu erwecken, welches durch die Politik des Kaisers, durch den deutschen Kapitalismus und durch die Banditenpolitik der Allierten zum Hungertode verurteilt wurde, — den Willen zu ihrer Rettung auf dem Wege der proletarischen Revolution, in der Vereinigung mit dem proletarischen Rußland unter der gemeinsamen Fahne der Diktatur des Proletariats. Die Kommunisten in Ungarn — eine junge und entschlossene Partei — sie wagten es, den Schutz der werktätigen Massen Ungarns auf sich zu nehmen zu einem Zeitpunkt, wo kein anderer Ausweg blieb, als in einen Kampf um Leben und Tod zu gehen oder den Hals in die Schlinge des Ententekapitals zu legen. Unter unerhört schweren Bedingungen gaben sie das erste Beispiel eines sozialistischen Aufbaus der Landwirtschaft. Unter ungeheuer schwierigen Verhältnissen leisteten sie drei Monate Widerstand und, wenn sie durch den Betrug, durch die Kugeln der rumänischen Bojaren, die gegen sie von den Alliierten und von englischen Henkern wie Horthy ausgerüstet wurden, durch die Intriguen der verräterischen Kompromißler fielen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ihre Opfer, ihre Leiden, daß ihr Kampf in den Herzen des ungarischen Proletariats den tiefen Glauben an den endgültigen Sieg erweckt haben. Das Blutbad der vom internationalen Kapital unterstützten ungarischen Banditen wird die Schulung des ungarischen Proletariats vollenden, wird in ihm den harten Willen zum Sieg unter dem Banner von Sowjetungarn stärken. Die Kommunisten Polens, die unter unerhört schweren wirtschaftlichen Verhältnissen ihres durch den Krieg unendlich verheerten Landes wirken, stören durch fortwährende Aktionen den Krieg der polnischen Weißgardisten gegen Sowjetrußland in einem Moment, wo die zur II. Internationale gehörige „Polnische Sozialistische Partei" in Person Pilsudskis im Interesse des internationalen Kapitals den Versuch macht, das zu erreichen, was die weißen Zarengenerale nicht zu erreichen vermochten — den Zusammenbruch Sowjetrußlands. In Bulgarien scharten die Kommunisten durch ihren entschiedenen Schutz der Interessen des Proletariats alle revolutionären Elemente des Landes um sich und stehen nun am Beginn der entscheidendsten Kämpfe um die Macht. Hand in Hand mit ihnen marschieren die Kommunisten Serbiens, dieselben, die bei Beginn des Krieges den Mut hatten, die einzige Partei zu sein, die zusammen mit dem russischen Bolschewiki von der Parlamentstribüne herab offen gegen den Krieg protestierte. Sie entwickeln eine parallele Aktion, um durch gemeinsame Bemühungen mit den bulgarischen Kommunisten die Lösung der Balkanfrage in ihre Hände zu nehmen und um dem internationalen Kapital die Möglichkeit zu nehmen, den Kampf der Nationalitäten auf dem

Balkan zur Hervorrufung neuer Völkerkriege auszunutzen. Die Kommunisten Italiens führen an der Spitze von mit jedem Tage an Zahl wachsenden Millionenmassen die Offensive gegen die Festen des Kapitalismus. Durch eine steigende Streikwelle bringen sie diese Feste zum Wanken, durch eine wachsende Welle von Demonstrationen schließen sie die Massen für den Aufstand zusammen. Durch die Propaganda der Sowjets und durch deren Errichtung bereiten sie den Sieg Sowjetitaliens vor. Die Kommunisten Frankreichs kämpfen in den Reihen der Sozialistischen Partei gegen die trügerische Politik Longuets, sie bereiten die Vortrupps des französischen Proletariats für die führende Rolle vor, für den Augenblick, wo die französischen Volksmassen begreifen, wie sie durch ihre Führer durch die Siegesschreie betört worden sind, wo diese Massen der Bourgeoisie die Rechnung vorlegen werden. Die Kommunisten Amerikas beweisen durch Hunderte von Jahren Gefängnisstrafen, die über sie von der Bourgeoisie für die Propaganda und Agitation des Kommunismus verhängt werden, was in der Tat die kapitalistische „Demokratie" bedeutet, sie reißen ihr die Maske vom Gesicht und entlarven sie als eine Herrschaft von Trustkönigen und Schiebern und als Mundtotmachung der Volksmassen. Und in der ganzen weiten Welt — in Süd-Afrika, wie in Mexiko, in Australien wie in den Hafenstädten Chinas erscheint der Kommunismus als die Seele desjenigen Teils der Arbeiterschaft, die für die Befreiung kämpfen wollen. Nicht überall ist die Befreiung nah, nicht überall werden die Kommunisten in nächster Zeit in der Lage sein, die Macht in ihre Hände zu nehmen, aber überall erscheint der Kommunismus als Leitstern im Kampfe gegen den Kapitalismus. Wenn die Vertreter der I. L. P. uns fragen, worin sich der Kommunismus von den „anderen anderen Formen des Sozialismus, es gibt nur den Kommunismus. Alles andere, was als Sozialismus auftritt, ist entweder ein bewußter Betrug der Lakaien der Bourgeoisie oder eine Selbsttäuschung von Leuten und Gruppen, die zwischen Proletariat und Bourgeoisie nicht zu wählen vermochten, die keine Entscheidung zu treffen vermochten zwischen dem Kampfe auf Leben und Tod und der Rolle von Stützen der untergehenden Bourgeoisie.

2. *Die Diktatur des Proletariats und das englische Proletariat.*

Die zweite Frage der Vertreter der I. L. P. fordert von der Kommunistischen Internationale die Erklärung, wie ihrer Auffassung nach die Theorie der Diktatur des Proletariats auf Großbritannien angewandt werden soll.

Das in Großbritannien herrschende kapitalistische System ist auf dem Wege der rücksichtslosesten Diktatur des Kapitals geschaffen worden. Das englische Kapital hat die englischen Bauern zwangsweise enteignet. Im XVI. Jahrhundert schon begann es die Bauern gewaltsam von ihren

Ländereien zu vertreiben, um den kapitalistischen Grundbesitz zu schaffen. Die proletarischen Bauern und Handwerker verwandelte es mit Hilfe von diktatorischen Maßnahmen zu seinen Lohnarbeitern, wobei es ihnen die Ohren abschnitt, die Nüstern abzwackte, wenn sie sich nicht willig zeigten, für das Kapital zu fronen. Es sperrte sie in Arbeitshäuser ein, die Stätten des Hungers und des Todes waren, trennte den Mann von seiner Frau, nahm dem Kind seine Mutter, um sie zu zwingen, in seinen Diensten unermüdlich zu arbeiten. Es hängte die Arbeiter, wenn sie, durch die kapitalistischen Betriebe verelendet, versuchten, die Maschinen zu vernichten, da sie nicht verstanden, daß das Uebel nicht in den Maschinen steckt, sondern darin, daß diese Maschinen den Kapitalisten gehören. Der Kapitalismus ließ, wie im Jahre 1817 in Peterloo auf Arbeiter schießen, die sich friedlich versammelten, um ihre Unzufriedenheit kundzugeben. Er ließ Hunderte der besten Vertreter der englischen Arbeiterklasse in den Gefängnissen vermodern, als sie während der Chartistenbewegung versuchten, das englische Proletariat zum Kampf um die Befreiung anzuspornen. Seit den Zeiten Cromwells, Clives und Warren Hastings hielt er mit den Waffen in der Hand die Bauernmassen Irlands, Indiens und Aegyptens unter seinem Joche, er warf den einen Teil gegen den anderen zur Stärkung seiner Herrschaft oder ertränkte einen jeden ihrer Aufstandsversuche in Strömen von Blut. Es gibt in der Welt keinen anderen Kapitalismus, der auf dem Wege einer derart rücksichtslosen blutigen Diktatur an die Macht gelangt wäre und diese Macht behauptet hätte, wie der englische. Die lügenhafte liberale Geschichtsschreibung der englischen Bourgeoisie hat es verstanden, einem beträchtlichen Teil der englischen Arbeiter einzureden, daß die Herrschaft der englischen Bourgeoisie eine friedliche Herrschaft sei, daß England keine Revolution kennt, daß das Volk in England die verfassungsmäßige Möglichkeit hat, eine jede Reform ins Leben zu rufen, die den Wünschen seiner Mehrheit entspricht. Die freche Lüge kann deshalb Gehör finden, weil im Laufe von über 50 Jahren die englische Arbeiterklasse in ihren oberen, bevorzugten Schichten es fertig brachte, die revolutionäre Geschichte des englischen Kapitalismus und der englischen Volksmassen zu vergessen. Die herrschende Clique wird im ersten Moment, wenn die Mehrheit des englischen Volkes sich gegen sie wendet, das Parlament in den Schutthaufen werfen und in England dieselbe Diktatur von French und Churchill errichten, die sie in Irland aufgerichtet hat. Diese Clique trifft bereits Anstalten zum Abstreifen des parlamentarischen Firnis, zu einer Politik von Blut und Eisen. Wenn Churchill sagt, daß die Arbeiterklasse, daß die Arbeiterpartei nicht imstande sei, England zu regieren, so bedeutet das, daß er bereit ist, ein jedes Parlament mit einer Arbeitermehrheit, welche bereit wäre, in der Tat mit der Bourgeoisie zu kämpfen, mit Hilfe von Kolonialtruppen und den Weißen Garden der Bourgeoisie auseinanderzujagen. Ein derartiges Parlament wird er für „unfähig" erklären, „England zu regieren". Das Rundschreiben Churchills vom Februar 1919, in dem Maßnahmen zur

Anwendung von Waffengewalt gegen die streikenden Arbeiter vorgesehen waren, zeigt, daß die englische Militärclique keinen Augenblick daran denkt, zwischen ihren englischen und ihren ägyptischen, indischen und irländischen Sklaven einen Unterschied zu machen. Derjenige, der dann der englischen Arbeiterklasse sagt, daß er die nun im britischen Reiche herrschende Diktatur des Kapitals anders besiegen könne, als durch die Schaffung der Diktatur des Proletariats, d. h. durch Zusammenfassung der gesamten tatsächlichen Macht in den Händen der Arbeiterklasse, diese Macht denjenigen Gruppen und Klassen entreißend, die die kapitalistische Ausbeutung schützen, anders als durch Schaffung einer Roten Arbeiterarmee, der betrügt sich oder die anderen oder vielleicht sowohl sich und die anderen. Es mag sein, daß die Arbeiterklasse in England die Macht formell sogar ohne Revolution zu erlangen vermag vermittels eines Sieges bei den Parlamentswahlen. Die Weltrevolution kennt verschiedene Etappen; erlangten doch die ungarischen Arbeiter die Macht ohne Aufstand, ohne bewaffnete Zusammenstöße, auf dem Wege der Kapitulation der Karolyiregierung. Die russischen Arbeiter ergriffen die Macht weniger durch Anwendung der bewaffneten Gewalt, als Dank dem Uebergang der bewaffneten Gewalt auf ihre Seite. Wenn es sich aber um die Diktatur des Proletariats handelt, so ist es weniger von Belang, auf welchem formellen Wege das Proletariat die Macht erlangt hat. Wesentlicher und wichtiger ist der Umstand, daß es diese Macht nicht zu schützen und zu halten vermag, ohne die Kapitalistenklasse entwaffnet zu haben, ohne ihr bis zu der Zeit, wo sie wieder in die Reihen des werktätigen Volkes eingereiht ist, die politischen Rechte zu nehmen, ohne alle Machtquellen in seinen Händen vereinigt zu haben, ohne rücksichtslose Anwendung von Gewalt zum Schutz seiner Macht. Wenn die englischen Arbeiter auf dem Weg von Parlamentswahlen der sogenannten Demokratie an die Macht gelangt wären, was wir bei der Konzentrierung aller Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in den Händen der Bourgeoisie für sehr unwahrscheinlich halten, so befreit das die Kommunisten nicht um ein Haar von der Pflicht, den Arbeitern zu sagen: 1. daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß die Bourgeoisie Englands, die energischste, die gewandteste Unterdrückerin von Volksbewegungen, die allerreichste Bourgeoisie der Welt, die Beherrscherin nicht nur der Millionen von englischen Arbeitern, sondern auch von Hunderten von Millionen von Arbeitern und Bauern in ihren Kolonien, daß diese Bourgeoisie ihre Macht kampflos abtritt, sich dem papiernen Willen des Proletariats fügt; 2. daß die Arbeiter sich daher nicht auf leichte Parlamentssiege, sondern auf einen Sieg im harten Bürgerkriege einzurichten haben; 3. daß, wenn es den Arbeitern gelingen sollte, die Macht ohne diesen Bürgerkrieg zu erlangen, das nur bedeuten würde, daß die Notwendigkeit des Bürgerkrieges der Arbeiterklasse sich erst dann zeigen würde, wenn sie ihren Willen ins Leben durchzuführen, sich vor kapitalistischer Aus-

beutung und Schieberei zu schützen beginnt, wenn sie die nun von den englischen Imperialisten unterdrückten Volksmassen in den Kolonien befreien will.

Die Diktatur des Proletariats in England ist dort eher anwendbar, da das Proletariat die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bildet, da es auf ihrem Niveau der technischen und formellen Bildung steht, da es in ungeheuren Gewerkschaften organisiert ist. Es bedarf nur eines entschiedenen revolutionären Willens und der Bildung einer entschiedenen revolutionären Partei, die diesen Willen zu äußern und durchzuführen, unter Millionen zählenden Volksmassen zu verbreiten vermag.

Damit haben wir nicht nur die zweite, sondern auch die siebente der von den englischen Genossen gestellten Fragen beantwortet, die Frage, ob die Diktatur des Proletariats nicht auch ohne Waffengewalt errichtet werden könne.

3. Sowjets und Parlament.

Die englischen Genossen fragen uns, ob das Sowjetsystem für die III. Internationale bindend sei. Diese Frage wollen wir vorher mit einem Streifzug in das Gebiet der englischen bürgerlichen Revolution beantworten. Als während der englischen Revolution die Independents, die die vermögendste Bourgeoisie und die kapitalistischen Grundbesitzer repräsentierten, zu einer konservativen Macht wurden, die sich weiteren Formen widersetzte, die von der Volksarmee gefordert wurden, erklärte Cromwell im Jahre 1653 unter dem Druck der Heeresmassen: „Die Zeit ist gekommen, ich muß handeln.“ Er hält im Parlament eine Rede, in der er über die verbrecherische Politik der Machthabenden die Wahrheit sagt. Es wird ihm vorgehalten, das sei keine verfassungsmäßige Rede. Darauf erwidert Cromwell: „Ihr glaubt, das sei keine parlamentarische Sprache, ich will Euren parlamentarischen Unterhaltungen ein Ende bereiten, ich erkläre Euch: Ihr seid kein Parlament mehr. Führt sie herein!“ Und er läßt seine revolutionären Soldaten hereinmarschieren und löst das Parlament der Independents auf. Die Revolution ist ein Klassenkampf, sie ist ein um so schärferer Kampf, je entgegengesetzter die Interessen der Klassen sind. Als Kampf auf Leben und Tod, als Bürgerkrieg, als Kampf mit den Waffen in der Hand, verträgt die Revolution keine trügerischen Einrichtungen, in denen die Reden und Unterhaltungen in den Augen der Massen die sich vollziehenden Handlungen verschleiern sollen. Sie ist um so stärker, je klarer es den Massen wird, worum es sich handelt, worauf die Tätigkeit der revolutionären Regierung gerichtet ist. Die Revolution bedarf der lügenhaften Einrichtungen nicht, die durch Wortgefechte die Aufgaben des Klassenkampfes übertönen. Vielmehr vermag sie sich nicht zu unterhalten, sie ist gezwungen zu handeln und zwar schnell zu handeln. Daher war Cromwell gezwungen, das Parlament der Independents auseinanderzujagen. Er schuf sich ein kleines Parlament aus Handwerkern, kleinen Grundbesitzern, Kaufleuten. Dieses kleine Par-

lament, welches aus Vertretern der Hauptkraft der Revolution, des revolutionären Kleinbürgertums bestand, als Werkzeug der Massen, dieses kleine Parlament war nichts anderes als ein Sowjet der Vertreter der Bestandteile der Armee der englischen Revolution. Und gerade weil Cromwell mit der englischen Bourgeoisie verbunden war, mit einem Teil der Grundbesitzerklassen, mit den Generälen, mußte er dieses Parlament auseinanderjagen mit der Erklärung, dieses Parlament habe die Freiheit und das Eigentum verletzt. Wenn jemand 12 Kühe hatte, so glaubte dieser Konvent, daß er mit seinen Nachbarn, die keine Kühe hatten, zu teilen habe. Niemand wäre bei seinem Eigentum geblieben, wenn weiter so gewirtschaftet worden wäre. Daher mußte auch dieses Parlament aufgelöst werden. Die Revolution, wie die Gegenrevolution, wie eine jede in der Revolution wirkende soziale Gruppe, kann sich nicht mit Reden begnügen, sie muß handeln. Während der französischen Revolution siegten die Jakobiner unter dem Banner der Demokratie. Die Verfassung des Jahres 1793 war demokratisch, eine der demokratischsten Verfassungen. Aber um die Volksmassen vor der gegenrevolutionären Bourgeoisie, den Gutsherren, vor der europäischen Gegenrevolution zu schützen, mußten die Jakobiner die Girondisten aus dem Parlament verjagen, den gegenrevolutionären Klassen jegliches Wahlrecht nehmen. Sie legten das nicht auf dem Papier nieder, sie führten das in der Wirklichkeit durch.

Die Arbeiterrevolution ahmt, das versteht sich, die bürgerlichen Revolutionen nicht nach, und ihr Inhalt und ihre Formen unterscheiden sich von den bürgerlichen Revolutionen. Die Arbeiterrevolution ist aber gezwungen, nicht mit geringerer, sondern mit viel größerer Entschiedenheit zu handeln als die bürgerliche Revolution. Denn die Arbeiterrevolution bildet eine zehnmal tiefere Umwälzung als alle bürgerlichen Revolutionen. Die bürgerlichen Revolutionen setzten an Stelle einer Form des Privateigentums eine andere — die proletarische Revolution vernichtet dieses Privateigentum, sie ruft um zehnmal mehr Bosheit, Widerstand hervor. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen und Verbindungen sammeln sich gegen die Arbeiterrevolution eines jeden Landes sofort alle gegenrevolutionären Kräfte der Welt, und eine jede Verzögerung bedeutet Todesgefahr. Die Arbeiterrevolution ist daher gezwungen, schnell und entschieden vorzugehen, sie kann sich den Luxus von andauernden Verhandlungen mit der Gegenrevolution nicht leisten. Die Gegenrevolution ist, wie die finnischen, russischen, ungarischen und deutschen Erfahrungen gezeigt haben, nicht wenig geschäftig — sie redet nicht viel mit den Arbeitern, sie sucht ihnen durch die Hungerschlingen und den Eisenregen beizukommen. Wenn daher die englischen Arbeiter, falls sie an die Macht gelangen wären, nicht sofort der Bourgeoisie die politischen Rechte genommen hätten, so wären sie ohne Zweifel sehr bald dazu gezwungen, wenn sie nur überhaupt ihre Macht zu ihrer Befreiung auszunutzen gewillt wären. Wenn sie die Bourgeoisie aus dem Parlament, den Gemeinderäten usw. verjagt hätten, so blieben das Parlament und die Gemeinderäte Organe

der Arbeiter. Sollte es so stehen, so würde vor uns die Frage der Wahlmethode stehen, die Frage, ob es ratsamer wäre, das Arbeiterparlament und die Arbeitergemeinderäte nach Wohnbezirken oder nach Betrieben zu wählen. Wahlen nach Bezirken sind Wahlen der Einwohnerschaft des Bezirks. Das ist die vorteilhafteste Methode für die Bourgeoisie, denn wenn das Parlament den Anschein erwecken soll, als vertrete es die ganze Nation, so müssen die Wahlen nach Bezirken durchgeführt werden, nach den Gebietsteilen der Nation ohne Unterschied der Klassen. Aber ein Arbeiterparlament, ein Arbeitergemeinderat will keine irrigen Vorstellungen erwecken, es will, daß die Bevölkerung bestimmt weiß, wer sie vertritt. Daher sind die Wahlen nach Industriezweigen, nach Betrieben, nach Gruppen von Industrieangestellten, nach Gruppen von Arbeiterintellektuellen und Landarbeitern, die auf genossenschaftlicher Grundlage tätig sind, die den Prinzipien der Demokratie der Arbeit am meisten entsprechen. Die Arbeiterdeputierten müssen mit einer bestimmten Produktionsgruppe verbunden sein, sie müssen ununterbrochen unter deren Einfluß stehen, und die Massen müssen die Möglichkeit haben, sie jederzeit abzuberufen. Die Diktatur des Proletariats in der Epoche des konzentrierten Kapitalismus ist mit dem Sowjetsystem eng verknüpft, denn der Kapitalismus konzentrierte die Arbeiter in großen Industrien und die Konzentration, die die Quelle revolutionärer Energie ist, sucht ihren Ausdruck in dem System der Wahlen. Die bürgerliche Demokratie wollte der Parlamentsclique die lose unpersönliche Wählermasse entgegenstellen. Die Arbeiterdemokratie beruht auf der engsten Verbindung der Arbeitervertreter mit den sie wählenden Massen, auf dem Abberufungsrecht des Abgeordneten, wenn seine Politik den Anschauungen seiner Wähler nicht mehr entspricht. Die Arbeiterdemokratie erfordert das Sowjetsystem der Wahlen nach Betrieben und Industriezweigen. In Rußland wußten die Kommunisten, als sie die Losung „alle Macht den Sowjets" aufstellten, noch nicht, ob diese Form auch für die anderen Länder die Form der Diktatur des Proletariats sein wird. Die Revolution in Deutschland, in Ungarn, in Polen, zeigt, daß die Arbeiter überall zur Errichtung ihrer Diktatur auf der Grundlage des ihren Interessen am meisten entsprechenden Sowjetsystems bestrebt sind, daß überall ein tiefes Mißtrauen dem bürgerlichen Parlamentarismus, der die Massen verratenden Sozialdemokratie, gegenüber besteht, daß überall das Bestreben der Massen zum Ausdruck kommt, durch ihre mit ihnen verbundenen Vertreter die Macht direkt in die Hände zu nehmen und sie fortwährend zu kontrollieren. Inwiefern verschiedene Formen der Sowjetregierung in den verschiedenen Ländern möglich sind, worüber sich bei uns die englischen Genossen in ihrer 6. Frage erkundigen, können wir nichts Bestimmtes sagen. Theoretisch muß die Möglichkeit von verschiedenen Varianten der Art, entsprechend dem verschiedenartigen wirtschaftlichen Aufbau der verschiedenen, nacheinander von der Revolution ergriffenen Länder, zugelassen werden. Die Erfahrungen der Entwicklung

der Weltrevolution bis zur letzten Zeit geben uns keine Hinweise darüber, inwiefern diese theoretische Möglichkeit in der Wirklichkeit zum Ausdruck kommt. Die Kommunistische Internationale ist nicht der Ansicht, sie müsse die Revolution belehren, in welcher Form sie sich zu entwickeln habe. Ihre Parolen, die auf den Erfahrungen des eben erreichten Hochstandes der Weltrevolution beruhen, sind keine Religionsvorschriften und müssen sich entsprechend den neuen Erfahrungen der Weltrevolution ändern. Wichtig ist es, daß die Massen begreifen, daß ohne den Sturz der Bourgeoisie, ohne ihre Entwaffnung und wirtschaftliche Ausrottung der Sieg des Sozialismus unmöglich ist, daß für diese Arbeit des Sturzes und der Ausrottung eine Arbeiterregierung notwendig ist, die Regierung einer Klasse, die diese Revolution vollstreckt, daß die Macht dieser Regierung in der Organisierung von Arbeiterausschüssen im Zentrum und in der Provinz besteht, die von der Arbeitermasse vollständig abhängig sind und die von ihr jederzeit gewechselt werden können.

4. Worte und Taten in der Kommunistischen Internationale.

Eine Reihe von Fragen der englischen Genossen, wie z. B. die erste, siebente, neunte, beziehen sich darauf, inwiefern die Kommunistische Internationale von den ihr angeschlossenen Parteien die strikte Durchführung des kommunistischen Programms und der kommunistischen Anschauungen fordern wird. Auf diese Fragen können wir eine klare und kurze Antwort geben. Das Programm des Kommunismus ist die Formulierung der allgemeinen Bedingungen der Entwicklung der Weltrevolution in den kapitalistischen Ländern. In keinem kapitalistischen Lande ist es möglich, die Bourgeoisie ohne Bürgerkrieg zu besiegen, ist es möglich, den Bürgerkrieg siegreich ohne Organisation des Proletariats als Vormacht im Lande, d. h. ohne Organisierung der Diktatur des Proletariats, durchzuführen. Ueberall muß die Diktatur des Proletariats ihre Grundlage in den Organen der Arbeitermacht — in den Sowjets — haben. Da das Programm des Kommunismus keine Erfindung der Begründer der III. Internationale, sondern eine Kampfmethode ist, die den allgemeinen Bedingungen der Entwicklung der Weltrevolution entspricht, so versteht es sich von selbst, daß der Kommunistischen Internationale nur eine Partei angehören kann, welche die Absicht hat, ihre gesamte Agitation, ihre gesamte Propaganda, ihre gesamte Politik, mit dem Geist dieser Kampfentschlossenheit, dieser Erkenntnis der Kampfbedingungen zu durchtränken, die im Programm der Kommunistischen Internationale ihren Ausdruck findet. Die Kommunistische Internationale läßt ein Auseinandergehen zwischen Wort und Tat nicht zu. Das war ein Zeichen der Fäulnis der II. Internationale, daß sie in ihren Reihen Parteien zuließ, die in Wirklichkeit mit dem Sozialismus nichts gemeinsam hatten, wie das mit der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) der Fall war, die als Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften für ganz bestimmte politische Zwecke

und nicht für den Kampf um den Sozialismus gegründet wurde. Die II. Internationale nahm in ihre Reihen Parteien auf, deren Praxis notorisch den Interessen des Sozialismus zuwiderlief. Nur weil die Mehrheit der Parteien der II. Internationale ihrem Wesen nach reformistisch gewesen ist und folglich nur in Worten für den Sozialismus kämpfte, nur daher war dort eine niemand verpflichtende Duldsamkeit möglich. Hier muß noch die Tatsache in Betracht gezogen werden, daß, da der Kampf der II. Internationale hauptsächlich ein Kampf im Parlament und am Verhandlungstisch zwischen den Führern der Gewerkschaftsverbände und den Leitern der kapitalistischen Trusts gewesen ist, dieser Kampf der Verschiedenheit der sozialen Gruppierungen Rechnung tragen mußte. In dem Maße, wie sich in allen kapitalistisch entwickelten Ländern die Weltrevolution entfaltete, schließt sich die Besitzerklasse zu einer gegenrevolutionären Masse zusammen, die Unterschiede zwischen den Kapitalistengruppen verschwinden, der Schwerpunkt des Kampfes wird auf die direkten Zusammenstöße zwischen Kapital und Arbeit übertragen. Das bedeutet, daß die Bedingungen dieses Kampfes sich ausgleichen, mit jedem Schritt der Weltrevolution einander in allen Ländern ähnlicher wurden. Das gibt die Möglichkeit, die revolutionäre Taktik der Arbeiter zu vereinheitlichen. Diese Tatsache schafft die Grundlage für eine feste, gemeinsame, prinzipielle Politik aller Parteien, die der III. Internationale ehrlich beigetreten sind. Es gibt aber Führer in verschiedenen Parteien, die unter dem Druck der Masse ihrer Mitglieder mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß sie gezwungen sein werden, der III. Internationale beizutreten. Diese Führer selbst sind Gegner der revolutionären Methode der III. Internationale, sie machen der III. Internationale den Vorwurf, daß sie von Moskau aus den Arbeitern aller Länder ihre revolutionäre Politik, bestimmte Aktionsmethoden aufdrängen will. In Wirklichkeit befürchten sie, daß ihre eigenen Arbeiter ihnen diese revolutionären Methoden aufdrängen werden. Mit der Möglichkeit der Notwendigkeit des Beitritts zur III. Internationale rechnend, bemühen diese Führer sich für ihre opportunistischen Kniffe einen Freipaß zu erhalten, indem sie die Kommunistische Internationale anrufen, sie möge, die Verschiedenheit der Kräfteverhältnisse in Betracht ziehend, ihnen erlauben, ein Lippenbekenntnis für die III. Internationale abzugeben, in Wirklichkeit aber eine unentschiedene Politik des Hin- und Herpendelns zwischen dem revolutionären Proletariat und der gegenrevolutionären Bourgeoisie zu führen. Nicht nur, daß die Kommunistische Internationale es nicht kann, sondern sie weigert sich ganz entschieden, Vertreter von Parteien, die noch zu derartigem Auseinandergehen zwischen Wort und Tat fähigen Leuten trauen, auf ihr Schiff zu nehmen. Sie sagt den Arbeitern, die sich nach ihren Reihen sehnen, ganz offen: Ihr seid nur insofern imstande, die Politik der Kommunistischen Internationale durchzuführen, als ihr imstande seid, mit den Führern zu brechen, die entweder euch bewußt irre führen, oder die an inneren Gegensätzen krankend euch und sich selbst betrügen. Nur in dem

Maße, als sich die Arbeitermassen von diesen Führern befreien, sind diese Massen imstande, die Politik der III. Internationale durchzuführen. Und insofern solche Arbeiter in der betreffenden Partei nur einen Teil, die Minderheit der Mitglieder, ausmachen, sagen wir ihnen offen: wir begrüßen euch als unsere Brüder, wir fordern euch aber auf, für die Vereinigung eurer Partei mit der Kommunistischen Internationale zu kämpfen, nicht die rechten Führer um Zustimmung zu dem Beitritt zur III. Internationale anzuflehen, sondern auf dem Wege einer entschiedenen Agitation, eines entschlossenen Kampfes innerhalb der eigenen Partei für die Beseitigung der rechten opportunistischen Führer zu wirken. Die Kommunistische Internationale als Organisation des Kampfes will mit Bestimmtheit wissen, auf welche Kräfte sie sich verlassen kann, welche Parteien wirklich ihre Kolonnen bilden. Sie ist keineswegs bestrebt, sich den Anschein der Kraft vorzutäuschen, sie lehnt bewußt die Zulassung von solchen Parteien in ihre Reihen ab, deren inneres Gefüge derart ist, daß am Ruder einer Partei von revolutionär gesonnenen Arbeitern Opportunisten stehen, die im entscheidenden Augenblick die Massen der Arbeiter hinters Licht zu führen und das Parteischiff ins Fahrwasser einer Verständigung mit der Bourgeoisie zu lenken vermögen.

5. Die Kommunistische Internationale und die Ausnutzung des Parlaments.

Auf die Frage der englischen Genossen, in welchem Umfang die Kommunistische Internationale die Ausnutzung der parlamentarischen Methoden zuläßt (Frage 3), hat die Kommunistische Internationale bereits in einer Reihe von Dokumenten ihre Antwort gegeben. Die Kommunistische Internationale sieht im Parlament nicht ein Organ, welches als Organ der Diktatur des Proletariats, als Organ und Apparat seiner Macht gebraucht werden könnte. Die Kommunistische Internationale glaubt nicht, daß der Sieg des Proletariats dadurch gesichert werden könnte, daß die Arbeiter bei Parlamentswahlen die Mehrheit bekommen, obgleich es keinem Zweifel unterliegt, daß die Erlangung einer derartigen Mehrheit als Beweis dessen, daß auf Seiten des Kommunismus die Mehrheit des Volkes steht, sowohl agitatorisch wie politisch den Sieg des Proletariats sehr fördern könnte. Aber in einem Lande, in dem die Arbeiterklasse den Kampf um die Macht erst führt, hält die Kommunistische Internationale die Ausnutzung der Wahlagitation und des Parlaments für die kommunistische Agitation und Organisation nicht nur für zulässig, sondern auch für wünschenswert und im allgemeinen unerläßlich. Wo die Arbeiter die Macht noch nicht ergriffen haben, wo ihre Presse arm ist, wo sie nur an einen Teil des Proletariats herankommt, wo die kommunistischen Organisationen oft gezwungen sind, ein illegales Dasein zu führen, dort kann eine gewisse Freiheit während des Wahlkampfes, insofern die Arbeiter eine solche genießen können, dort kann die Parlamentstribüne für die revolutionäre Agitation und Organisation große Dienste leisten. Die Politik der Bolschewikifraktion in den

letzten drei Dumas, die Politik der Bolschewiki auf der „Demokratischen Konferenz" haben den Nutzen der Parlamentstribüne für die kommunistische Agitation gezeigt, ebenso wie es die Praxis Karl Liebknechts im Deutschen Reichstag in den finstersten Tagen der Reaktion gezeigt hat. Die revolutionären Methoden der Ausnutzung des Parlamentarismus unterscheiden sich von den opportunistischen Methoden. Die opportunistischen Arbeiterführer gehen ins Parlament, um dort auf dem Wege des Verhandelns mit der Bourgeoisie die Besserung der Lage der Arbeiteraristokratie zu erlangen. Wenn revolutionäre Kommunisten ins Parlament gehen, stellen sie sich die Entlarvung der Bourgeoisie in den Augen der Arbeitermassen mit allen Mitteln zum Ziel, anfangend mit Reden, endend mit parlamentarischen Zusammenstößen, welche die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf den Gegenstand des Kampfes lenken. Sie stellen es sich zur Aufgabe, die bürgerliche Presse durch ihr scharfes Auftreten zu zwingen, den breiten Massen von Arbeitern und Armen, die die kommunistische Presse nicht lesen, zur Kenntnis zu bringen, was die Kommunisten wollen. Sie stellen sich zur Aufgabe, den Arbeitermassen zu helfen, bei ihrer Organisierung, bei Schaffung von legalen und, wenn nötig, von illegalen Organisationen, und daher bildet ihre Arbeit nur ein Hilfsmittel der kommunistischen Arbeit in den Massen. Ihre Agitation muß auf die Hervorrufung von Massenbewegungen gerichtet sein, auf die Unterstützung dieser Massenbewegungen, auf ihre Inschutznahme vor der ganzen Welt und von der Parlamentstribüne aus. Die Parlamentsfraktion der Kommunisten soll daher der Kommunistischen Partei, der Organisation, die den revolutionären Massenkampf leitet, und dem Zentralkomitee dieser Partei vollständig untergeordnet sein. Die Tatsache, daß die Arbeitermassen Europas und Amerikas nur die reaktionäre, opportunistische Ausnutzung des Parlaments kennen und ein Beispiel der revolutionären Ausnutzung des Parlaments mit eigenen Augen nicht gesehen haben, die Tatsache, daß sie die Korruption der Parlamentarier sahen und wenige solcher Parlamentarier gesehen haben, die auf den Barrikaden umkamen, diese Tatsache macht die Durchführung der Politik der Kommunistischen Internationale auf diesem Gebiet sehr schwierig. Wir sind aber fest überzeugt, daß die Arbeitermassen, die durch den parlamentarischen Kretinismus der opportunistischen Führer mitunter ins Lager des naiven antiparlamentarischen Kretinismus zurückgeschleudert werden, die Richtigkeit der Politik der Kommunistischen Internationale begreifen werden.

6. Die Kommunistische Internationale und die Arbeiterpartei (Labour Party).

Die vierte Frage unserer Genossen fordert von uns die Antwort darauf, wie wir uns dazu stellen, daß die I. L. P. der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) angehört. Diese Frage steht nicht nur vor der

I. L. P., sondern auch vor der Britischen Sozialistischen Partei (B. S. P.), die der III. Internationale und gleichzeitig der Labour Party angehört. Die Antwort auf diese Frage ist sehr schwierig, denn sie erfordert nicht nur eine eingehende Kenntnis der tatsächlichen Mechanik der englischen Politik, sondern auch die Einschätzung der Zukunft der Labour Party. Wir versuchten, alles auf diese Frage bezügliche Material zu sammeln, und gelangten zu folgender Ansicht:

Die Labour Party ist nicht als politische Partei gegründet worden, sondern als Block von Parteien, Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen, um bei den Wahlen eine Arbeitervertretung im Parlament zu schaffen, welche die Interessen der gewerkschaftlich organisierten englischen Arbeiter gegen die Versuche des englischen Kapitals, gegen die Gewerkschaftsbewegung vorzugehen, vertreten soll. Die Mehrheit der Abgeordneten der Labour Party bestand aus liberalen Arbeiterpolitikern. Unter der Regierung Campbell-Bannerman und Asquith schleppte die Labour Party im Grunde genommen im Tau der liberalen Partei. Seitdem erstarkten die sozialistischen Bestrebungen in der englischen Arbeiterklasse, und somit nahm das sozialistische Element in der Labour Party zu. Bei der Schwäche der englischen sozialistischen Parteien war für sie die Frage ihrer Beziehungen zu den Arbeitermassen und zu den Gewerkschaftsorganisationen Kern und Lebensfrage. Wollten sie sich von diesen Massen nicht loßreißen, so waren sie gezwungen, der Labour Party anzugehören. Die Tatsache, daß diese Labour Party keine politische Partei mit bestimmtem Programm, mit bestimmter, für ihre Mitglieder vorgeschriebener Taktik war, daß sie keine Ortsgruppen und keine Presse hatte, die ihre Politik regelmäßig durchführen würde, erleichterte den sozialistischen Parteien die Zugehörigkeit zur Labour Party. Zur Zeit tritt das Bestreben der opportunistischen Führer offen hervor, die Labour Party in eine wirkliche Partei mit Ortsgruppen und mit einem Programm zu verwandeln. Dieses Bestreben hat die Schaffung einer großen opportunistischen Partei zum Ziel, um auf diesem Wege die revolutionäre Entwicklung der Massen aufzuhalten. Sollten diese Bestrebungen siegen, so würde die Labour Party den ihr angehörenden sozialistischen Organisationen das Recht, eine eigene kommunistische Politik und eine Propaganda des revolutionären Kampfes zu führen, vorenthalten. Sie würde ihre Aktionsfreiheit an Händen und Füßen binden. Es versteht sich von selbst, daß keine Organisation, die eine kommunistische Politik zu betreiben die Absicht hätte, der Labour Party dann angehören könnte. Man müßte nach einem energischen Kampf gegen diese Bestrebung aus der Labour Party austreten und versuchen, die Verbindungen mit den Arbeitermassen durch Steigerung der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerkschaften, durch Abspaltung dieser Gewerkschaften von der opportunistischen Labour Party und durch deren Uebergang auf den Boden des Kommunismus zu erhalten. Solange die Labour Party aber noch ein Block von Organisationen ist, der diesen Organisationen erlaubt, eine

Massenagitation im Sinne ihres Programms zu führen, halten wir die Zugehörigkeitt zur Labour Party für zulässig. Die Zugehörigkeit zu ihr soll nicht in ihrer mechanischen Ausnutzung bestehen, als Boden, auf dem sich die Massen sammeln, zur Unterhaltung der Verbindung mit diesen Massen, die Zugehörigkeit soll vielmehr als Mittel dienen, diese Massen von dem Einfluß der opportunistischen Mehrheit der Führer der Labour Party zu befreien. Wir halten eine Politik, wie sie die I. L. P. während des Krieges und während des Wahlkampfes im Dezember 1918 der Labour Party gegenüber betrieben hat, für unzulässig.

Die I. L. P. war während des Krieges gegen die Unterstützung des Imperialismus, Sie hat diese ihre Anschauung nicht propagiert, den Arbeitermassen nicht bewiesen, daß die Führer der Labour Party sie verraten hatten. Die Zugehörigkeit zur Labour Party war ein Zusammenleben mit dem Opportunismus unter einem Dach, nicht aber ein Kampf mit ihm. Während der Wahlen haben die Kandidaten der I. L. P. nach ihren Anschauungen und ihrem Temperament die Kriegspolitik der Regierung mehr oder weniger scharf bekämpft. Aber die I. L. P. als Ganzes wies die Arbeitermassen nicht darauf hin, daß die Labour Party als Ganzes für diesen Krieg, für die Unterstützung der Regierung verantwortlich ist, daß sie ebenso Schuld trifft, wie die imperialistische Regierung. Den Parteien, die zur III. Internationale gehören und gleichzeitig der Labour Party angeschlossen sind, führen wir folgendes Beispiel vor Augen: als die russischen Kommunisten als Minderheit den Sowjets mit menschewistischer Mehrheit angehörend, sogar in ihren Handlungen gezwungen waren, den Beschlüssen dieser Mehrheit Rechnung zu tragen, haben sie nicht für einen Moment auf den energischsten Kampf gegen die Politik dieser Mehrheit verzichtet, vor allem auf eine erbarmungslose Entlarvung dieser Politik vor den Arbeitermassen als Politik des Verrats am Proletariat. Eine derartige Politik gegenüber der Labour Party halten wir für eine Bedingung der Zugehörigkeit zur III. Internationale.

7. *Die Kommunistische Internationale und die Elemente des Zentrums.*

Die drei letzten Fragen der englischen Genossen beziehen sich auf unsere Stellung gegenüber der Verständigung mit den Elementen, welche aus der II. Internationale ausgetreten, der III. Internationale jedoch nicht beigetreten sind. Diese Elemente stellen keine gleichartige Masse dar. Bei den rechten Führern der schweizerischen Partei, die auf dem Wege der Urabstimmung die Parteitagsbeschlüsse über den Anschluß an die Kommunistische Internationale sabotierten, handelte es sich darum, daß sie nicht nur gegen die Diktatur des Proletariats, nicht nur gegen das Sowjetsystem, sondern auch gegen die Revolution überhaupt sind. Sie glauben, daß in einer solchen „Demokratie" wie die Schweizerische, die Arbeiterklasse auf parlamentarischem Wege siegen wird. Sie begnügen

sich nicht mit der Teilnahme am Parlament, sie begnügen sich sogar nicht mit einer opportunistischen Taktik im Parlament, sie nehmen sogar leitende Stellungen in den örtlichen Vollzugsorganen der bürgerlichen Regierung, nehmen sogar die Posten von Polizeidirektoren an, denen die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse obliegt. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und des Sowjetsystems. Unter dem Druck der mit jedem Tage immer mehr nach links schwenkenden Arbeitermassen waren sogar die rechten Führer der U. S. P. D., die noch zu Beginn 1919 gegen das Sowjetsystem gewesen sind, gezwungen, dieses Programm zu akzeptieren. Wenn diese Führer den klaren Beschluß ihres Parteitags nicht durchführen, der ihnen den unverzüglichen Beitritt zur Kommunistischen Internationale vorschrieb, wenn die Verhandlungen mit den anderen Parteien sich in die Länge zogen, so doch nur, weil derartige Führer den Beschluß ihres Parteitags bewußt sabotieren, sich dem Willen der deutschen Arbeiter bewußt entgegensetzen. Diese Führer haben sich der Beschlüsse ihres eigenen Parteitages in der Weise entledigt, daß sie der Kommunistischen Internationale die Anfrage sandten, ob sie bereit sei, mit ihnen Rücksprache zu nehmen. Hierauf gab ihnen das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale eine schriftliche Antwort. Diese Antwort enthielten die Führer der U. S. P. D. ihren Massen vor. Keinen anderen Schritt zur Klärung ihrer Stellung zur Kommunistischen Internationale haben sie unternommen, und vor einigen Tagen sahen wir uns gezwungen, ihnen einen Brief zu schicken, der sie an den Willen der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder ihrer eigenen Partei erinnert. Eine jede Konferenz, zu der sie hingehen, eine jede Beratung, die sie mit anderen Parteien abhalten, hat nur das eine Ziel — Zeit zu gewinnen, denn, wie ihr politischer Führer, Rudolf Hilferding, sagte, muß man abwarten, man darf sich nicht an ein Schiff binden, welches vielleicht untergeht. Als solches Schiff betrachtete der Herr Hilferding im Herbst vorigen Jahres zur Zeit der Offensive von Denikin und Judenitsch, Sowjetrußland, diesen Hebel der Kommunistischen Internationale. Der Führer der U. S. P. D. wettete auf den Untergang Sowjetrußlands. Sowjetrußland ist nicht untergegangen, die Kommunistische Internationale erstarkte. Aber ebenso wie Lloyd George und Churchill jetzt die Friedensverhandlungen mit Rußland in die Länge ziehen, um abzuwarten, ob es den polnischen Weißgardisten nicht doch noch gelingen würde, was den Denikin, Judenitsch usw. nicht gelungen war, ebenso möchte auch Herr Hilferding abwarten, ob das Mitglied der II. Internationale, der Marschall der polnischen Weißen Heere, Joseph Pilsudski, ihn nicht vor der III. Internationale retten würde. Die französischen Anhänger Longuets legen ein Lippenbekenntnis für die Diktatur des Proletariats und für die Sowjets in Rußland ab, sie glauben aber nicht an die Revolution und tun nichts zu ihrer Beschleunigung, sie konferieren ebenfalls und „warten" auf die

Schaffung einer neuen Internationale aus der Kommunistischen Internationale und von so „vortrefflichen" revolutionären Elementen, wie sie selbst sind. Endlich, die Partei, in deren Namen sich die Gen. Wallhead und Allan Clifford an uns wandten, die nur zu einem Viertel aus konsequenten, offenen Anhängern der Kommunistischen Internationale besteht. Ein anderer Teil hält die Frage noch für nicht genügend geklärt, ein dritter, der etwa die Hälfte der Partei ausmacht, in dem die einflußreichsten alten Führer der I. L. P. sich befinden, vertritt die Politik des Opportunismus, den Pakt mit der Bourgeoisie, die Politik des weinerlichen Pazifismus, die Politik der kleinbürgerlichen Ideologie. Dieser Teil ist ein bewußter Gegner der kommunistischen Politik. Die Konferenz dieser Gruppen zum „Studium der Frage" ist ein Manöver der Führer, die noch einen Aufschub ihres eigenen Zusammenbruchs sich erwirken wollen. Es versteht sich, daß die Kommunistische Internationale sehr wohl wußte, daß die Vereinigung mit dem revolutionären Proletariat, insofern es leider noch hinter diesen Parteien steht, nur auf dem Wege der Entwicklung der Revolution, der Stärkung des revolutionären Bewußtseins in den Arbeitermassen und nicht auf dem Wege von Konferenzen und Unterhandlungen von Führern sich vollziehen kann, welche diese Massen hinters Licht führen. Die Kommunistische Internationale hat keinen Anlaß, sich vor solchen Konferenzen zu scheuen, unter der Voraussetzung der Diskutierung der Fragen der Kommunistischen Internationale durch die Presseorgane dieser Parteien, unter der Voraussetzung der Verpflichtung dieser Parteien, auf die Geheimdiplomatie, auf die schändliche Unterschlagung von Dokumenten der III. Internationale zu verzichten. Von der Kommunistischen Internationale aber Vertreter zu fordern, die Gegenstand der Verfolgung in der ganzen Welt sind, daß diese Vertreter sich nach der Schweiz begeben sollen, zur Auklärung der Herren Opportunisten — das erscheint uns als Beweis, daß diese Herren bewußte Saboteure des Willens der Arbeiter sind. Denn wenn revolutionäre Arbeiter, die über keinerlei Mittel verfügten, es fertig brachten, um zu erfahren, was die Kommunistische Internationale ist, um mit eigenen Augen Sowjetrußland zu sehen, aus Australien und Amerika zu uns zu kommen, sich durch zehn Fronten zu uns durchzuschlagen, so könnten die Vertreter von einflußreichen, starken politischen Parteien von ihren Regierungen die Ausreiseerlaubnis erwirken, oder illegal zu uns herüberkommen, ohne dabei Gefahr zu laufen, erschossen zu werden. Für ihr kostbares Leben werden jedenfalls ihre Regierungen einstehen. Wir laden einzelne und alle gemeinschaftlich ein, zwecks Unterhandlungen mit uns nach Moskau zu kommen, und hier in Moskau sind wir bereit, ein sachliches Bild unserer Politik, unserer Prinzipien zu entwerfen. Wir garantieren ihnen, daß jedes ihrer Worte für die Zukunft auf stenographischem Wege erhalten und der Oeffentlichkeit übergeben wird, damit ihre Arbeiter erkennen können, worin die Politik dieser opportunistischen Führer sich von der Politik der Kommunistischen Internationale unterscheidet. Und

wir sind überzeugt, daß diese Reise der Verbreitung kommunistischer Ideen sehr förderlich sein wird.

8. An die Kommunisten der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.).

Die Kommunistische Internationale verfolgt mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung des Klassenkampfes in England. Mit tiefster Freude begrüßt sie jedes Zeichen des Erwachens der revolutionären Erkenntnis in den englischen Arbeitermassen, jedes Zeichen ihrer revolutionären Energie. Marx schrieb einmal, daß die Weltrevolution ein Sturm in einem Wasserglase ist, solange die englische Arbeiterklasse sich nicht erhebt und den englischen Kapitalismus, den stärksten Kapitalismus der Welt, nicht stürzt. Jetzt ist der englische Kapitalismus nicht mehr der stärkste, er hat viel Konkurrenten und wird selbst von seinen Kolonialsklaven bedroht. Es ist möglich, daß das revolutionäre Proletariat Europas die Ketten der kapitalistischen Regierungen sprengend auf den Widerstand des anglosächsischen Kapitals, auf den Einfluß des amerikanischen und englischen Kapitals stößt, welches wird verhindern wollen, daß dieses revolutionäre Proletariat Europas in Gemeinschaft mit den erwachenden Völkern des Ostens dem englischen Kapitalismus den Todesstoß versetzen wird in einem revolutionären Ringen, dessen Schauplatz die ganze Welt sein wird. Von den englischen Arbeitern hängt es ab, daß die Ehre, mit ihren Unterdrückern fertig geworden zu sein, ihnen gebührt, daß sie, die erste Arbeiterklasse, die in der heldenhaften Chartistenbewegung den Arbeitern aller Länder den Weg gewiesen hat, daß diese Arbeiterklasse nicht erst von außen befreit werden muß, sondern selbst der kühne Vorkämpfer der Weltrevolution ist. Dazu ist ihr unerhört viel gegeben. Sie hat mächtige Gewerkschaften, die über sechs Millionen Arbeiter umfassen, sie ist an ein organisiertes Vorgehen gewohnt, sie steht auf einer ziemlich hohen Bildungsstufe, in ihr erwacht jetzt die revolutionäre Erkenntnis und die revolutionäre Energie. Um Vorkämpferin in der Weltrevolution zu sein, fehlt ihr nur eins — sich von den Ueberlieferungen der liberalen Arbeiterpolitik ihrer Führer zu befreien, sich auf den Boden der revolutionären Aktion zu stellen und zu diesem Zweck eine mächtige kommunistische Partei zu organisieren, die ihren Kampf führen soll. Diese Partei müßte die Massenorganisationen des Proletariats mit ihrem Geist erfüllen, sie müßte den Anstoß zur Schaffung neuer, umfassender Organisationen geben — der Arbeitersowjets. Die in England vorhandenen revolutionären Kräfte sind zerstäubt, zersplittert, sie befinden sich in der Sozialistischen Arbeiterpartei (S. L. P.), sie befinden sich in den Arbeiterorganisationen des südlichen Wales und Schottlands, sie befinden sich im linken Flügel der I. L. P. und in den kommunistischen Gruppen. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale fordert alle kommunistischen Arbeiter Englands auf, sich zu einer Partei zusammenzuschließen. Diese Partei mit

dem einheitlich festen Programm der Kommunistischen Internationale, muß in dem gesamten sich entfaltenden revolutionären, aber noch nicht genügend klassenbewußten Kampf der englischen Arbeiter die Rolle des Führers übernehmen, der den Massen nicht nur allgemeine Losungen gibt, sondern auch den wirklichen Weg weist, der zur Befreiung führt. Diese Partei muß diese Masse mit der Volksbewegung in Irland, Indien, Aegypten in Verbindung bringen, damit die revolutionären Massen der englischen Kolonien sich mit Hilfe der englischen Arbeiter befreien und nicht gegen sie und auch nicht bloß durch ihre lendenlahmen Proteste unterstützt. Denn davon wird es abhängen, wie die Stellung dieser Kolonien zum englischen Proletariat sein wird zu der für das Proletariat besonders schweren Zeit, wenn die Revolution wird durchgeführt werden müssen in einem Lande, welches den überwiegend größten Teil seiner Lebensmittel aus den Kolonien erhält.

Die Kommunistische Partei Englands muß die junge Fahne des Kommunismus hissen, dessen eingedenk sein, daß diese Fahne nicht ausschließlich auf dem Wege der Propaganda und auch nicht allein auf dem Wege der aktiven Beteiligung am proletarischen Kampf, in seinen Massenorganisationen den Arbeitermassen in der Tat beweisend, daß die Kommunisten besser als jemand anders ihren Kampf zu führen vermögen, einen Kampf, der mit einem Kampf um eine beliebige, wenn auch noch so kleine Besserung begann, die Kommunistische Partei entwickelt und entfaltet ihre Kräfte im Kampf um den Sturz des Kapitalismus. Dem starken, riesigen englischen Kapitalismus steht keine starke Kommunistische Partei Englands entgegen. Er vermochte und vermag daher die englische Bewegung zu unterdrücken, die Krise zu verschleppen, sie zu einer langwierigen zu machen, was für die Arbeiterklasse noch weit gefährlicher und schmerzlicher ist. Von der Einigung der kommunistischen Elemente Englands in eine kommunistische Partei hängt die Befreiung der englischen Arbeiterklasse und der ganzen Welt ab. Den englischen Kommunisten, die das Internationale Proletariat zur Einigung um die Kommunistische Internationale aufrufen, gilt unsere Antwort:

Kommunisten Englands, vereinigt Euch!

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

Moskau.

An alle Mitglieder der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands (U. S. P. D.).

Am 15. Juli 1920 wird, wie Euch bekannt ist, in Moskau der zweite Weltkongreß der Kommunistischen Internationale eröffnet (die erste feierliche Versammlung findet in Petersburg statt). Die klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt sind begeistert unserm Ruf gefolgt, den Kongreß mit ihren Vertretern zu beschicken. Die Mehrzahl der Delegierten — aus England, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Italien, Amerika, Schweden, Bulgarien, Holland und andren Ländern — ist bereits in Rußland eingetroffen. Andere befinden sich auf dem Wege nach Moskau. Schon jetzt ist es klar, daß unser zweiter Kongreß in Wirklichkeit zum Weltkongreß der vorgeschrittenen Arbeiter werden wird. Der Kongreß wird den Erfahrungen unseres Kampfes die Bilanz ziehen. Der Kongreß wird uns, den Arbeitern der ganzen Welt, den weiteren Weg des Kampfes weisen, der Stimme des Kongresses werden die Werktätigen der ganzen Welt lauschen.

Genossen! Werdet Ihr wirklich abseits von einem solchen Kongreß stehen?

Wir sagen es Euch aufrichtig: das Exekutivkomitee und die zu den kommunistischen Parteien gehörenden Arbeiter aller Länder werden äußerst betrübt sein, wenn Ihr, Arbeiter aus der U. S. P. D., nicht mit uns auf unserm Kongreß sein werdet.

Wir wissen, daß Ihr, proletarische Mitglieder der U. S. P. D., mit allen Euren Gedanken bei uns seid. Wir wissen, daß Ihr in die Reihen unserer Internationalen Arbeitergenossenschaft, in die III. Internationale strebt. Um so unzulässiger ist es, daß die rechten Führer Eurer Zentrale Euren und unseren Wunsch vereiteln.

Unter Eurem Druck, unter dem Druck der Arbeiter, hat der Leipziger Kongreß der U. S. P. D. beschlossen, aus der II. Internationale auszutreten und Beziehungen zur III. Internationale anzuknüpfen. Aber die rechten Führer Eurer Zentrale haben diesen Beschluß tatsächlich sabotiert und sabotieren ihn noch. Sie planen, eine Konferenz der Zwischenparteien, d. h. der Parteien, die aus der II. Internationale ausgetreten, der III. Internationale aber noch nicht beigetreten sind, einzuberufen. Diesen hoffnungslosen Versuch haben jetzt sogar die gemäßigten Führer der Französischen Sozialistischen Partei aufgegeben. Zwei Delegierte dieser Partei, Cachin und Frossard, sind schon in Moskau eingetroffen, und wir

werden ihnen offen sagen, unter welchen Bedingungen die französische Partei in die III. Internationale aufgenommen werden kann. Die französischen Arbeiter zwingen ihre gemäßigten Führer, eine Annäherung an die III. Internationale zu suchen. Nur Eure Vertreter sehen wir bis jetzt nicht in Moskau.

Wir haben uns mit einem offenen Brief an die U. S. P. D. gewandt, in dem wir genau und ausführlich die Bedingungen nannten, unter denen wir Eure Partei wie auch die anderen Parteien, die bis jetzt der Strömung des Zentrums gefolgt sind, aufnehmen möchten. Eure Zentrale hat diesen Brief des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale nicht einmal veröffentlicht. Sie hat ihn geheim gehalten. Sie verheimlicht ihn vor Euch noch jetzt. Die Zentrale der U. S. P. D. benachrichtigt uns durch ihr Schreiben vom 6. Juni, unterzeichnet von Däumig, daß das offene Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von der U. S. P. D. bis jezt nicht abgedruckt worden ist wegen „Mangel an Papier". Einen unwürdigeren Grund konnten Eure rechten Führer nicht ausdenken. Dieses Verhalten beweist, daß wir recht hatten, als wir sagten, daß Euer Beitritt zur III. Internationale nur über den Kopf der rechten Führer hinweg vollzogen werden könne.

In Anbetracht des Gesagten schlagen wir Euch, Genossen, folgendes vor: mögen die einzelnen Orts- und Landesorganisationen der U. S. P. D., die unverzüglich der III. Internationale beizutreten wünschen, sofort ihre Delegierten wählen und zu unserem Kongreß schicken, der für den 15. Juli anberaumt ist. Wartet auf niemand mehr. Erlaubt nicht, Euren Willen zu vergewaltigen. Organisiert Euch schnell und erfüllt Eure Pflicht. Die revolutionären Arbeiter, die Mitglieder der U. S. P. D., müssen auf dem Weltkongreß der Kommunistischen Internationale sein. Wir erwarten Euch, Genossen! Beeilt Euch! Erörtert unsern Vorschlag auf allen Euren Arbeiterversammlungen. Druckt ihn in Euren Zeitungen ab. Entlarvt diejenigen, die Euren Willen hintertreiben. Handelt!

Mit kommunistischen Grüßen

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Vorsitzender: **G. Sinowjew.**

Sekretär: **Karl Radeck.**

Mitglieder des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale:

Serrati, Bombacci, Vacirca, Graziadei — Sozialistische Partei Italiens.

W. Uljanow (Lenin), N. Bucharin, Karachan, Balabanoff, Klinger — Kommunistische Partei Rußlands.

Marchlewski (Karski) — Kommunistische Arbeiterpartei Polens.

Schatzkin — Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale.

Mc.Laine, Tom Quelch — Britische Sozialistische Partei.

Jacques Sadoul, Deslinières — Komitee der III. Internationale in Frankreich.

Rudnyanszky, Rakosi — Kommunistische Partei Ungarns.

Reisler — Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs.

Reed, Bilan — Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas.

Stocklitzky — Kommunistische Partei Amerikas.

Schablin — Kommunistische Partei und Föderation der Gewerkschaften Bulgariens.

Stutschka — Kommunistische Partei Lettlands.

Außerdem haben das vorliegende Schreiben unterschrieben: **Losowski** — Vorsitzender des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, **I. Armand** — Vertreterin der Kommunistischen Frauenorganisationen Rußlands.

Moskau, 21. Juni 1920.

An die unterdrückten Volksmassen Persiens, Armeniens und der Türkei.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale beruft zum 1. September in Baku einen Kongreß der Bauern und Arbeiter Persiens, Armeniens und der Türkei ein.

Was ist die Kommunistische Internationale? Die Kommunistische Internationale ist die Organisation von Millionen revolutionärer Arbeiter in Rußland, Polen, Deutschland, Frankreich, England und Amerika, die, geweckt von dem Donner des Krieges, getrieben vom Hunger, sich erhoben haben, um nicht mehr für die Reichen, sondern um für sich selbst zu arbeiten, um nicht mehr Waffen gegen die eigenen Brüder, gegen die leidenden und darbenden Volksbrüder zu erheben, sondern um sie zur eigenen Verteidigung gegen die Ausbeuter zu führen. Diese werktätigen Massen haben erkannt, daß ihre Macht nur in der Einigkeit und in der Zusammenfassung ihrer Kräfte besteht, daß nur darin das Unterpfand ihres Sieges beruht. Sie haben sich im vorigen Jahr die Organisation, die sie dazu notwendig brauchten, in der Kommunistischen Internationale geschaffen. Trotz aller Verfolgungen durch die kapitalistischen Regierungen ist sie in den anderthalb Jahren ihrer Existenz die Seele im Befreiungskampf der Arbeiter und der revolutionären Bauern in der ganzen Welt geworden.

Warum ruft die Kommunistische Internationale einen Kongreß der persischen, armenischen, türkischen Bauern und Arbeiter zusammen? Was kann sie ihnen geben? Was fordert sie von ihnen? Die kämpfenden Arbeiter und Bauern Europas und Amerikas wenden sich an Euch, da Ihr gleich ihnen unter dem Joch des Weltkapitals leidet, da Ihr gleich ihnen genötigt seid, gegen die Weltausbeuter anzukämpfen, und da die Vereinigung der persischen, türkischen und armenischen Bauern und Arbeiter mit dem großen Heer des europäischen und amerikanischen Proletariats diese Front stärker machen, den Tod des Kapitals beschleunigen und somit die Befreiung der Arbeiter und Bauern der ganzen Welt herbeiführen wird.

Bauern und Arbeiter Persiens! Die Teheraner Regierung der Kadjaren und ihr Gefolge von Provinzhäuptlingen (Chans) hat Euch Jahrhunderte lang ausgeplündert und ausgebeutet. Den Grund und Boden, der nach den Gesetzen des Chariats gemeinsames Eigentum war, haben die Lakaien der Teheraner Regierung immer an sich gerissen. Sie verschachern ihn frei nach ihrem Belieben. Sie legen Euch Steuern auf, wie sie es für gut halten. Nachdem sie durch ihre Mißwirtschaft das Land so weit gebracht haben, daß sie selbst nicht mehr Säfte aus ihm auspressen

können, haben sie Persien im vorigen Jahr für zwei Millionen Pfund Sterling an die englischen Kapitalisten verkauft, damit diese in Persien ein Heer bilden, das Euch noch mehr unterdrücken wird, als es bisher geschah. Damit dieses die Steuern für die Chans und die Teheraner Regierung eintreiben könne, haben sie den englischen Kapitalisten die reichen Naphtaquellen in Südpersien verkauft und so das Land zu plündern geholfen.

Bauern Mesopotamiens! Die Engländer haben Euer Land unabhängig erklärt, aber 80.000 englische Soldaten stehen ni Eurem Lande, plündern und rauben, töten Euch und vergewaltigen Eure Frauen.

Bauern Anatoliens! Die englische, französische, italienische Regierungen halten Konstantinopel unter dem Feuer ihrer Geschütze. Sie haben den Sultan zu ihrem Gefangenen gemacht. Sie nötigen ihn, in die Zerstückelung auch des rein-türkischen Landes einzuwilligen. Sie nötigen ihn, den fremden Kapitalisten die Finanzen des Landes auszuliefern, damit sie das türkische, durch sechsjährigen Krieg verarmte, zum Bettler gemachte Volk besser ausbeuten können. Sie haben die Kohlengruben von Heraklea und die Häfen besetzt, sie senden ihre Truppen in Euer Land und zertreten Eure Felder, sie diktieren dem friedlichen türkischen Bauern ihre fremden Gesetze. Sie wollen Euch zu ihren Mauleseln machen und werden Euch alle Lasten aufbürden. Ein Teil der Effendis und der Beks hat sich den fremden Kapitalisten verkauft. Ein anderer Teil hat Euch zu den Waffen gerufen, organisiert Euch zum Kampf gegen die fremden Eindringlinge, aber erlaubt Euch nicht, die Regierung in Eurem eigenen Lande selbst in die Hand zu nehmen, die Felder und die Aecker, die die Parasiten vom Sultan geschenkt bekommen haben, Euch zu eigen zu machen, Getreide zu säen und Euch selbst zu ernähren. Und morgen, wenn die fremden Kapitalisten Euren Herren bessere Friedensbedingungen einräumen werden, legen Euch Eure heutigen Führer mit Hilfe der fremden Herren Ketten an, wie es die Großgrundbesitzer und die früheren Beamten schon jetzt in den Gebieten tun, wo die fremden Heere feststehen.

Bauern und Arbeiter Armeniens! Jahrzehntelang wart Ihr das Opfer der Intriguen des ausländischen Kapitals, das gegen die Metzeleien der Armenier durch die Kurden wohl das große Wort führte und Euch zum Kampf gegen den Sultan aufstachelte, um immer neue Profite aus Eurem Kampf mit ihm herauszuschinden. Während des Krieges haben sie Euch nicht nur Unabhängigkeit versprochen, sie haben Eure Kaufleute, Eure Lehrer, Eure Priester aufgestachelt, den Boden der türkischen Bauern zu fordern, damit ein einiger Kampf zwischen dem armenischen und türkischen Volk herrsche, damit sie aus diesem Kampfe ewig Profit ziehen können, denn solange Unfriede zwischen Euch und den Türken herrscht, solange wird der englische, französische und amerikanische Kapitalist die Türken im Zaun halten, mit der Gefahr des armenischen Aufstandes drohend, die Armenier mit der Gefahr des Kurdenpogroms einschüchternd.

Bauern Syriens und Arabiens! Unabhängigkeit haben Euch die Eng-

länder, haben Euch die Franzosen versprochen, und jetzt halten ihre Heere Euer Land besetzt, diktieren Euch die Engländer und Franzosen ihre Gesetze. Und Ihr, die Ihr Euch vom türkischen Sultan und von der Konstantinopeler Regierung befreit habt, Ihr seid jetzt Sklaven der Pariser und Londoner Regierungen, die sich von der Sultanregierung nur dadurch unterscheiden, daß sie stärker sind und Euch besser ausbeuten können.

Ihr versteht das selbst sehr wohl. Die persischen Bauern und Arbeiter haben sich gegen ihre verräterische Teheraner Regierung erhoben. Die Bauern in Mesopotamien stehen in Aufruhr gegen die englischen Truppen, und die englischen Zeitungen melden Verluste, die sie in Kämpfen mit den Volksmassen bei Bagdad erlitten.

Bauern Anatoliens! Ihr werdet bereits zu den Fahnen Kemal Paschas gerufen, um gegen die fremden Eindringlinge zu kämpfen, aber gleichzeitig wissen wir, daß Ihr eine eigene Volks- und Bauernpartei zu bilden bestrebt seid, die allein fähig sein wird zu kämpfen, auch wenn die Paschas ihren Frieden mit den Ententeausbeutern machen.

Syrien kommt nicht zur Ruhe, und Ihr, armenische Bauern, die die Entente trotz aller ihrer Versprechungen zu Tode hungert, um Euch umso besser in der Hand zu halten, Ihr seht immer mehr und mehr ein, daß die Hoffnungen auf die Rettung durch die Ententekapitalisten unsinnig ist, daß sogar Eure bürgerliche Regierung der Daschnakzutjun, der Lakaien der Entente, genötigt ist, sich an die Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands mit der Bitte um Frieden und Hilfe zu wenden. Nun, da wir sehen, daß Ihr selbst Eure Interessen zu verstehen beginnt, wenden wir uns als Vertreter der Arbeiter Europas, die wertvolle Erfahrungen gesammelt haben, an Euch, um Euch in Eurem Kampf zu helfen. Wir sagen Euch: die Zeit, wo die europäischen und amerikanischen Kapitalisten Euch mit Hilfe ihrer Waffen erdrücken konnten, die Zeit ist vorüber. Ueberall in Europa stehen die Arbeiter auf, sie bewaffnen sich gegen die Kapitalisten, sie führen gegen sie blutige Kämpfe.

Wenn sie auch noch nicht gesiegt haben, so sind die Kapitalisten doch nicht mehr imstande, das Volk frei nach ihrem Willen zu unterdrücken. Zwei und ein halbes Jahr wehrt sich die russische Revolution in heroischem Kampf gegen eine ganze Welt. Die französischen, englischen und amerikanischen Kapitalisten haben mit allen Mitteln, durch Waffen und durch Hunger, versucht, die russischen Arbeiter niederzuwerfen, sie mit dem Henkerstrick zu würgen, sie zu ihren Sklaven zu machen. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Arbeiter und Bauern Rußlands standen fest zu ihrer Arbeiter- und Bauernregierung. Sie haben eine Rote Armee gebildet, die die von den Engländern und Franzosen gebildeten Heere zurückschmetterte.

Bauern und Arbeiter des nahen Ostens! Wenn Ihr Euch organisiert, wenn Ihr Euch bewaffnet, wenn Ihr Euch mit der Roten, Rußlands Arbeiter- und Bauernarmee vereinigt, dann werdet Ihr den französischen,

englischen, amerikanischen Kapitalisten trotzen können, dann werdet Ihr mit den englischen, französischen, amerikanischen Kapitalisten fertig werden, dann werdet Ihr Eure Unterdrücker los, dann werdet Ihr die Möglichkeit haben, im freien Bündnis mit den Arbeiterrepubliken der Welt für Eure Interessen zu sorgen, dann werden die Reichtümer Eures Landes Euch zufallen. In Eurem eigenen Interesse und im Interesse der Werktätigen der ganzen Welt werden die Produkte der Arbeit gerecht ausgetauscht und wir werden uns gegenseitig helfen. Ueber alle diese Fragen wollen wir mit Euch auf dem Kongreß sprechen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird als Vertreter der englischen, französischen, amerikanischen, deutschen und italienischen Arbeiter nach Baku kommen, um zusammen mit Euch die Fragen zu erörtern, wie die Bestrebungen des europäischen Proletariats mit den Eurigen zu erreichen sind zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind.

Scheut keine Mühe, um möglichst zahlreich am 1. September nach Baku zu kommen. Ihr pilgert jahraus, jahrein durch Wüsten zu den heiligen Stätten, so wandert denn auch jetzt durch Wüsten, wandert über Berge, wandert über Flüsse, um Euch zusammenzufinden, um miteinander zu beraten, wie Ihr Euch von den Ketten der Sklaverei befreien könnt, wie Ihr Euch brüderlich vereinigen könnt, damit Ihr als freie, gleiche Menschen lebt.

Wir wenden uns in erster Reihe an die Arbeiter und Bauern des nahen Ostens, wir würden jedoch mit Freuden unter den Delegierten auch Vertreter der weiter abwärts lebenden unterdrückten Volksmassen begrüßen — die Vertreter Indiens, sowie die Vertreter des mohammedanischen Volkes, die sich im Bunde mit Sowjetrußland frei entwickeln.

Am 1. September sollen in Baku Tausende persischer, türkischer und armenischer Bauern und Arbeiter friedlich versammelt sein zur Befreiung der Völker des nahen Ostens.

Möge Euer Kongreß Euren Feinden in Europa und Amerika und in Euren eigenen Ländern sagen, daß die Zeit Eurer Sklaverei vorüber ist, daß Ihr Euch erhebt, daß Ihr siegen werdet.

Möge dieser Kongreß den Arbeitern der ganzen Welt sagen, daß Ihr selbst um Eure Interessen kämpft, daß Ihr Euch der großen revolutionären Armee anschließt, die jetzt den Kampf auf Leben und Tod gegen jede Ausbeutung begonnen hat.

Möge dieser Kongreß den Arbeitern der ganzen Welt sagen, daß Ihr Euer Recht verfechtet, daß Ihr Euch der machtvollen revolutionären Armee anschließt, die jetzt gegen jegliches Unrecht und gegen jegliche Raubsucht kämpft.

Möge Euer Kongreß Millionen und Abermillionen von Geknechteten in der ganzen Welt Kraft und Glauben geben, möge er ihnen Vertrauen

auf ihre Kraft einflößen, möge er den Tag des endgültigen Triumphes und der endgültigen Befreiung näher bringen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.

Vorsitzender: G. Sinowjew.

Sekretär: K. Radek.

Für die British Socialist Party: **W. MacLaine, Tom Quelch.**

Für die Shop Stewards Committees in England: **Jack Tanner, G. T. Murphy.**

Für die französische Delegation: **A. Rosmer, C. Delinières, J. Sadoul.**

Für die italienische Delegation: **Bombacci, A. Graziadei.**

Für die Kommunistische Partei Amerikas: **L. Fraina, A. Stocklitzki.**

Für die Kommunistische Arbeiterpartei Amerikas: **A. Bilan.**

Für die Spanische Föderation der Arbeit: **Angel Pestana.**

Für das Zentralkomitee der K. P. R.: **N. Bucharin, W. Worowski, A. Balabanoff, G. Klinger.**

Für den Zentralrat der Gewerkschaften Rußlands: **A. Losowski.**

Für die Kommunistische Partei Polens: **J. Marchlewski (Karski).**

Für die Kommunistische Partei Bulgariens und die Kommunistische Föderation des Balkans: **N. Schablin.**

Für die Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs: **Reisler.**

Für die Kommunistische Partei Ungarns: **Rakosi, Rudnyanszky.**

Für die Kommunistische Partei Hollands: **D. Wijnkoop.**

Die Internationale der Kommunistischen Jugend.

Nach dem Kongress.

(Uebersicht über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale).

Der Berliner Kongreß bildet eine der wichtigsten Etappen in unserer Bewegung. Die Jugendinternationale ist geschlossen mit ganz verschwindenden Ausnahmen in die jetzt als einzige internationale Organisation von Jugendverbänden bestehende „Kommunistische Jugendinternationale" übergegangen.

Dieser Tatbestand, der auf dem Kongreß in der einmütigen Annahme aller wichtigsten Beschlüsse durch die Delegierten der vierzehn vertretenen Organisationen zum Ausdruck kam, ist dadurch erweitert worden, daß bis Ende März des Jahres noch die folgenden Organisationen ihren Anschluß erklärt haben: Der revolutionär-sozialistische Jugendverband „De Zaairer" (Holland), Young Socialist League, Manchester (Neugründung), Independent Young People's Socialist League (Amerika), der Sozialistische Jugendverband Jugoslaviens (Neugründung), der Kommunistische Jugendverband von Litauen-Weißrußland, die Kommunistische Gruppe Brüssel (früher „Föderation Bruxelloise des Jeunes Gardes Socialistes"), der Kommunistische Jugendverband Bulgariens.

Die erste Aufgabe des auf dem Kongreß gewählten Exekutivkomitees war die Herstellung zuverlässiger Verbindung mit allen Organisationen. Wir haben uns nun einen vollständigen Apparat aufgebaut, dank welchem wir uns nicht nur über die Vorgänge in unseren Organisationen schnell orientierten und sie von unseren Beschlüssen sofort in Kenntnis setzen, sondern auch aus allen Ländern ständig die dort erscheinenden Zeitungs-, Zeitschriften- und Broschürenliteratur der Jugendorganisationen sowie der Parteien erhalten können.

Die Verbindung wird wesentlich unterstützt durch die in Erfüllung des Kongreßbeschlusses eingerichteten Untersekretariates, die als vorgeschobene Posten des Exekutivkomitees nach dessen Direktiven die Durchführung der beschlossenen Arbeiten in den ihnen unterstellten Ländern

leiten. Diese Direktiven haben die Klärung, Vereinheitlichung und Zusammenfassung der sozialistischen Jugendorganisationen aller Länder auf dem Boden des in Berlin aufgenommenen Programms zum Ziel.

Diese Arbeit zerfällt in der Hauptsache in drei Gruppen.

1. **Dauernde Beeinflussung und ideelle sowie materielle Unterstützung in gelegentlichen Kreisen der bereits angeschlossenen Organisationen.** Im allgemeinen vollzieht sich die Entwicklung dieser Gruppen sehr gut und erfreulich ohne besondere Arbeit seitens des Exekutivkomitees. Besonders die größten Organisationen, wie der schwedische*) und der italienische, der russische und der deutsche Verband weisen eine schnelle Entwicklung auf, sowohl was die Mitgliederzahl als auch die Art ihrer Tätigkeit, die Erweiterung ihres Arbeitsfeldes und ihre politische Bedeutung für die Gesamtarbeiterbewegung anbelangt.

Besondere Aktionen waren in den letzten Monaten notwendig in folgenden Ländern: in Oesterreich, wo eine innere Krise anläßlich eines Streites über die Aktivität des Zentralvorstandes hauptsächlich durch das Eingreifen unseres Untersekretariats glücklich beigelegt wurde. In der Schweiz, wo die Jugend, im Begriff sich vollständig von der Partei zu trennen, vor großen finanziellen Schwierigkeiten stand und im Zusammenhang damit im Begriff war, um ihre Existenz zu bewahren, sich eine unklare Programmunterlage (mit der Forderung „Unabhängigkeit von allen Parteien" usw.) zu schaffen. Das Exekutivkomitee gewährte zunächst eine finanzielle Unterstützung, ließ ein für die Agitation in der Schweiz bestimmtes Flugblatt herstellen, lud den Untersekretär zu einer diesbezüglichen Besprechung nach Berlin und entsandte schließlich einen Delegierten auf den Landeskongreß der Schweizerischen Jugendorganisationen. In Dänemark begann sich nach der Urabstimmung im Herbst vorigen Jahres eine starke sozialpatriotische Opposition zu regen. Dort hatten die verschiedenen Aktionen des Exekutivkomitees infolge der Vermittlungstaktik des dortigen nicht ganz klaren Zentralvorstandes weniger Erfolg. Immerhin wurde die Aufrechterhaltung des Gesamtverbandes a tout prix verhindert, und nach Ausscheidung von etwa einem Drittel oppositioneller (d. h. reaktionärer) Gruppen aus dem Verbande der endgültige Eintritt in die Jugendinternationale auf dem Landeskongreß am 1.—2. April 1920 durchgesetzt. In Litauen-Weißrußland hatte die seit dem Rückzug der Roten Truppen illegal wiederaufgebaute Organisation besonders unter materiellem Mangel zu leiden. Dem dortigen Jugendverbande wurde unter anderem eine Unterstützung in Form von Herstellung eines Flugblattes sowie einer Broschüre mit dem Manifest, Programm und Statut der Jugendinternationale sowie einem Spezialartikel von Münzenberg gewährt.

2. **Die Agitation unter den für den Anschluß an die Jugendinternationale in Frage kommenden, aber aus verschiedenen Gründen noch nicht beigetretenen Organisationen.** Unter diese gehören: Die Föderation

*) Siehe den Artikel Jalmar Vikstens, S. 208 dieses Hefts.

der sozialistischen Jugendorganisationen von Frankreich, der Verband jugendlicher Arbeiter Tschechoslowakiens, die jungen Garden Belgiens, der sozialistische Jugendverband Finnlands. In allen diesen Fällen geht die Taktik des Exekutivkomitees dahin, zunächst die bestehende Opposition zu organisieren, eine Zeitlang die Eroberung des Gesamtverbandes durch die Opposition zu versuchen und, wenn das nicht durchführbar ist, eine klare Spaltung herbeizuführen. Die Organisation der Opposition in Frankreich, die wie früher auch jetzt ihren Hauptsitz im Seinedepartement hat, vollzog sich sehr schnell in der Form der Gründung des „Comité pour l'autonomie et l'adhésion à la 3. Internationale", welches in ständiger Verbindung mit der Gruppe Loriot steht. Das Komitee hat die Durchführung seiner Forderungen auf dem Landeskongreß gut vorbereitet und wird, wenn es nicht durchdringt, die Spaltung durchführen. Die Zusammenfassung der Opposition in Tschechoslowakien, die dort sehr stark ist, ist noch im Gange. Sie besitzt ihr eigenes Organ „Avantgarde", das in Prag erscheint. Die Aktion in Böhmen, die in kurzer Zeit zum Abschluß kommen wird, ist besonders wichtig, da die Zentralstelle des dortigen sozialdemokratischen Verbandes (Dannebergischer Observanz) das Hauptzentrum für die Bemühungen um Schaffung einer neuen Jugendinternationale von „unabhängigem" Charakter ist. Der Entwicklung in Belgien ist durch Ausscheiden der Brüsseler Gruppe aus dem Verband der Jungen Garden etwas vorgegriffen worden. Das Exekutivkomitee versucht jetzt dort mit Hilfe der Brüsseler Genossen die ebenfalls auf radikalem Boden stehenden flämischen Gruppen noch aus dem Verband der Jungen Garden, der selbst ganz unter die Vormundschaft der belgischen Arbeiterpartei gekommen ist, herauszuziehen. In Finnland soll nächstens das Resultat der Urabstimmung abgewartet werden, zu der die vorhandene radikale Mehrheit den zum Teil aus Rechtssozialisten bestehenden schwankenden Vorstand gezwungen haben. Die Lage ist dort also ähnlich, wie im Sommer des vorigen Jahres in Dänemark. Nur scheint die vorhandene radikale Opposition in Finnland stärker zu sein als in Dänemark.

In diese Gruppe gehört schließlich auch die Agitation, die das Exekutivkomitee unter dem Verband Jugendlicher Arbeiter Deutsch-Oesterreichs, der einzigen Organisation, die aus der alten Jugendinternationale nicht in die kommunistische Jugendinternationale übergegangen ist, führt. Nachdem zunächst der Zentralvorstand sowie sämtliche Ortsgruppen in einem besonderen Schreiben über die wahre Sachlage unterrichtet und mit dem gesamten Material über den Kongreß versehen worden waren, ist jetzt die nochmalige Behandlung der Frage der Jugendinternationale (über die Danneberg auf dem Verbandstage im Oktober v. Js. in unglaublich entstellender Weise referiert hatte) auf einer Landesdelegiertenkonferenz, zu der auch die Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Jugendinternationale zugelassen werden sollten, erreicht worden. Das Ergebnis dieser Ende März stattgefundenen Sitzung ist bisher noch nicht bekannt.

3. **Gründung neuer Organisationen.** Die erste große Gründung war die des Kommunistischen Jugendverbandes von Jugoslavien. Sie erfolgte durch Zusammenschluß der kommunistischen Gruppen der ehemaligen Jugendorganisationen der Gebiete Serbien, Kroatien, Slavonien, Bosnien, Herzegowina usw. Die verschwindend kleine Zahl der nicht kommunistischen Jugendorganisationen dieser Länder ist nicht zusammengefaßt. Der Zentralvorstand der neuen Organisation gibt eine Halbmonatsschrift „Zrena Castava" heraus. Die Pariser Föderation Kommunistischer Studenten hat sich sehr große Verdienste um die Kommunistische Bewegung in Jugoslavien erworben. Eine zweite Neugründung war die in England, die von Manchester aus ausgebaut wurde.

Aus dieser kurzen Uebersicht geht bereits hervor, mit welchen Mitteln und unter welchen Gesichtspunkten das Exekutivkomitee seine Arbeit durchführt. Der Weiterbildung und Vertiefung der im Programm niedergelegten politischen und allgemein jugendlichen Prinzipien dient vor allem die vom Exekutivkomitee herausgegebene Monatsschrift „Jugendinternationale". Die vom Kongreß beschlossene Herausgabe dieser Zeitschrift in verschiedenen fremden Sprachen ist bisher aus verschiedenen technischen und finanziellen Gründen nicht möglich gewesen. Nur in Skandinavien konnte bisher ein Sammelheft mit den wichtigsten Aufsätzen aus den Nummern 14—17 erscheinen.*) Ein ähnliches Sammelheft ist gegenwärtig in französischer und italienischer Sprache in Vorbereitung. In einer ganzen Reihe von Ländern ist außerdem eine Sonderausgabe der in Nummer 16 enthaltenen Manifeste, Beschlüsse usw. des internationalen Kongresses erschienen. So in Schweden, Spanien, Jugoslavien, Italien, Litauen, England, Amerika und Frankreich. Zur Ergänzung der Monatsschrift durch das laufende Nachrichtenmaterial aus der internationalen Bewegung erscheint etwa alle 10 Tage die „Internationale Jugendkorrespondenz". Seit November sind von ihr 12 Nummern in ständig wachsendem Umfang herausgekommen. Die früher begonnene „Internationale Jugendbibliothek" wurde fortgesetzt. Es erschienen neu die Nummern 4: Hoernle, Sozialistische Jugendbewegung und sozialistische Jugenderziehung. Nr. 5: Zwei Referate über die Aufgaben der proletarischen Jugendorganisationen, nach der Uebernahme der Macht durch das Proletariat. Nr. 6: Eugen Leviné, Nachgelassene Schriften. Außer der Reihe: Münzenberg „Unter rotem Banner", Protokoll des Ersten Kongresses der Kommunistischen Jugendinternationale und „Reißt die Grenzpfähle aus", ein Aufruf an die Jugendlichen aller Länder zum internationalen Zusammenschluß. Beide sind zur Uebersetzung in allen Sprachen zur Massenvertreibung bestimmt.

Neben dieser Agitations- und Verlagsarbeit hat das Exekutivkomitee eine ständige innere politische Arbeit mit dem Ziel der Vertiefung der prinzipiellen Grundlagen der ganzen Arbeit geführt. Insbesonders hat es

*) In Rußland sind die Nr. 16, 17 und 18 der „Jugendinternationale" in russischer Sprache erschienen.

weiteres Material über den antimilitaristischen Kampf der Internationalen Jugendorganisationen gesammelt und auf Grund dessen dann im März neue „Leitsätze über die antimilitärische Taktik der Kommunistischen Jugendorganisationen" ausgearbeitet, die dem Büro bei seiner bevorstehenden Tagung zur Erörterung vorgesetzt werden sollen. Eine gleiche Materialsammlung fand über die Gewerkschaftsfrage statt. Ferner hat es seine Stellung zu den Organisationen kommunistischer Studenten durch Entsendung eines Delegierten sowie durch Herausgabe einer Instruktion über die Stellung der einzelnen Landesorganisationen zu den Organisationen intellektueller Jugendlicher präzisiert.

Diese ganze Tätigkeit hat die ideelle und materielle Leistungsfähigkeit des Komitees aufs höchste in Anspruch genommen. Es kam hinzu, daß durch Verhaftungen und schwere Erkrankungen der Komiteemitglieder immer nur ein Teil derselben voll arbeitsfähig waren. Des weiteren haben Beschlagnahme der Druckereien, Sabotage kapitalistischer Unternehmer u. dgl. mehr die Arbeit außerordentlich erschwert.

Ein Mitglied des Exekutivkomitees
der Kommunistischen Jugendinternationale.

Jugendbildnis von
KARL LIEBKNECHT

An die Kommunistische Jugendinternationale, an die jungen Proletarier aller Länder.

Mit größter Freude erfuhr das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale von der Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale (auf dem Berliner Kongreß). Diese Tatsache ist von größter Bedeutung in der Geschichte der kommunistischen Revolution. Sie steht am Ende einer langen Periode von heroischen Kämpfen der revolutionären Jugendorganisationen aller Länder gegen den Krieg und gegen den Sozialpatriotismus, für die proletarische Diktatur und den Kommunismus. Diese Kämpfe waren ein Lichtstrahl in den finsteren Jahren des Weltkrieges. Der Berliner Kongreß eröffnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der internationalen Jugendbewegung, einen Abschnitt des geschlossenen Kampfes der Jugendorganisationen aller Länder unter den Kampfparolen des Berliner Programms der Jugendinternationale. Wir wissen, welche kolossale Rolle der Jugendinternationale in der Weltrevolution auf den Barrikaden und in der illegalen Arbeit, in der Roten Armee und in dem Rätestaat beschieden ist. Euch gebührt die große Ehre und auf Euch lastet die schwere Pflicht, den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft, den wir begonnen haben, zu Ende zu führen.

Von allen schnöden Handlungen, die die II. Internationale beging, seitdem in ihrer Mitte der Verrat emporwucherte, war der Kampf gegen die Jugendbewegung, gegen ihre Selbständigkeit und gegen ihre Beteiligung am aktiven Kampf für den Sozialismus, eine der niedrigsten und gemeinsten. Die Sozialpatrioten und Zentrumsleute fürchteten und fürchten sich vor dem revolutionären Geist der proletarischen Jugend und ihrer Internationale. Die III. Internationale, zu deren Entstehung die Jugendorganisationen aller Länder viel beitrugen, ist sich sehr wohl Eurer Arbeit und Eures Kampfes bewußt. Mit Liebe und genossenschaftlicher Sympathie wird sie Eure Tätigkeit unterstützen.

Ein neuer Trupp junger und frischer Kämpfer ist in unsere Reihen hineingeströmt. Die Kommunistische Internationale nahm in ihre Reihen die Kommunistische Jugendinternationale auf. Das gibt uns die Gewähr für den Sieg unserer Sache. Vorwärts, unsere jungen Freunde! Schließt Euch zusammen, organisiert Euch in kommunistische Jugendverbände, reiht Euch in Kampfkolonnen der Kommunistischen Jugendinternationale ein und stürmt die Festen des Kapitals, erobert die Freiheit und das Glück für die Menschheit!

Das Exekutivkomitee
der Kommunistischen Internationale.

Thesen

über das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zu der Kommunistischen Jugendinternationale und über das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu den kommunistischen Organisationen.

Notiz der Redaktion: Diese Thesen sind von dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nicht erörtert worden und werden hier bloß als Diskussionsmaterial gedruckt.

1. Die Kommunistische Jugendinternationale steht auf dem Boden der Entschließungen des Moskauer Kongresses der III. Internationale. Sie verzichtet auf die Aufstellung eines eigenen politischen Programms und macht das der Kommunistischen Internationale zu ihrem eigenen. Die Kommunistische Jugendinternationale bildet unter Wahrung ihrer organisatorischen Selbständigkeit einen Teil der Kommunistischen Internationale.

2. Die Kommunistische Jugendinternationale ist keine Partei, wohl aber eine politische Organisation, die mit den ihr angeschlossenen Jugendorganisationen die Aufgabe hat, vor allem auf den für die Jugend besonders geeigneten Gebieten, wie antimilitaristische Propaganda, antikirchliche Aufklärung, wirtschaftlicher Schutz der Jugend und Erziehung der Arbeiterjugend durch aktive Teilnahme an allen revolutionären Kämpfen für die proletarische Revolution tätig zu sein. Und das im bewußten Gegensatz zu den sozialpatriotischen und unabhängigen Jugendvereinigungen, die plump offen oder geschickt versteckt die Arbeiterjugend lediglich für revolutionshemmende oder gar gegenrevolutionäre sozialpatriotische und unabhängige Parteien erziehen.

3. Die Kommunistische Internationale und die Kommunistische Jugendinternationale sind bestrebt, die durch den offiziellen Beitritt der Jugendinternationale zur Kommunistischen Internationale hergestellte organisatorische Verbindung in Anbetracht des besonderen Charakters der Jugendinternationale auszubauen und delegieren in die internationalen Leitungen Vertretungen mit gleichen Rechten. Die Kommunistische Internationale wird die Jugendinternationale mit allen Mitteln tatkräftig und wirksam unterstützen.

In gleicher Weise regeln die kommunistischen Parteien ihr Verhältnis zu den kommunistischen Jugendorganisationen wie folgt:

1. Die kommunistischen Jugendorganisationen verzichten auf die Aufstellung eines eigenen politischen Programms und arbeiten unter Wahrung ihrer organisatorischen Tätigkeit in engster Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei ihres Landes.

2. In die Zentralleitungen sind gegenseitig Vertretungen mit gleichen Rechten zu delegieren.

3. Die kommunistischen Parteien unterstützen die kommunistischen Jugendorganisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln.

Ein Jahr des Kampfes der Arbeiterinnen in Westeuropa und Amerika.

Das Jahr 1919 war für die westeuropäischen Arbeiterinnen ein Jahr aktiven, erbitterten und unermüdlichen Kampfes für ihre politische Gleichberechtigung. Dieses Kampfjahr war auch ein Siegesjahr. Die Frauen Deutschlands, Oesterreichs, Englands, Italiens, Spaniens, Hollands sind — ganz oder teilweise — in ihren Rechten mit den Männern gleichgestellt worden, zumindest was die formalen, papiernen Rechte anbelangt.

Die Frauen haben gesiegt, aber dieser Sieg ist fiktiv, denn die politischen Rechte sind nur dann ein mächtiges Mittel des Aufbaus der freien Gesellschaft, wenn die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern ist. Und dieses Jahr des Kampfes hat den westeuropäischen und amerikanischen Arbeiterinnen die Selbstverständlichkeit dieser Wahrheit gezeigt. Es hat ihnen gezeigt, daß weder das Wahlrecht noch die Parlamentsinstitutionen die kapitalistische Ausbeutung aufheben, solange die Bourgeoisie an der Macht ist. Es hat ihnen bewiesen, das zur Zeit des erbittertsten Bürgerkriegs die Frage nicht darin besteht, ob sie berechtigt sind, in diese oder jene bürgerliche Regierung zu wählen oder gewählt zu werden, sondern in der Ergreifung der ganzen Macht durch die werktätigen Massen, in der Diktatur der Arbeiter und Bauern. Solange diese Diktatur nicht aufgerichtet ist, werden alle Teilverbesserungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet nur Kartenhäuser sein, die beim ersten Stoß der Bourgeoisie einstürzen.

* * *

Die Frauenbewegung in Deutschland vom „Internationalen Frauentag" an bis zur heutigen Zeit bietet folgendes Bild:

Die Feier des internationalen Frauentags fiel in eine Siegesstimmung, da der Revolutionskampf den deutschen Arbeiterinnen und Bäuerinnen

endlich dieselben Rechte gegeben hatte wie den Männern. Aber die Kommunistinnen ließen sich durch diesen Sieg nicht blenden; sie stellten ihre revolutionäre Propaganda nicht ein. Nicht zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie riefen sie die Arbeiterklasse — Frauen und Männer — auf, sondern zum entschlossenen Kampf für die volle Macht, für die Einführung der kommunistischen Ordnung. „Gewalt kann nur durch Gewalt gestürzt werden", erklärte der Aufruf der deutschen Kommunistinnen. „Legt die Waffen nicht nieder; sonst werden trotz Eures Sieges nach wie vor Hunger und Kälte, Elend und Krankheit im Lande herrschen. Der Kampf ist nicht beendet, er fängt erst an und es wird noch viel Blut fließen, ehe es der Arbeiterklasse gelingen wird, erleichtert aufzuatmen". Und die Arbeiterinnen legten die Waffen nicht nieder. Ein ganzes Jahr lang führten sie einen unermüdlichen, blutigen Krieg mit ihrem Klassenfeinde — der Bourgeoisie.

Um was kämpften sie?

Um das Recht auf Arbeit für sich, um das Recht auf Brot für ihre hungrigen Kinder. Sie kämpften gegen den Krieg und gegen den Raubfrieden, gegen die unerträgliche Steuerlast, gegen Veruntreuung und Schiebertum.

Hat sich das Alltagsleben der Arbeiterinnen seit der Erwerbung der Gleichberechtigung geändert? Nein. Auf einer großen Versammlung im Juni 1919, auf der über den Ersatz der Frauenarbeit durch die Arbeit der Heimkehrer von der Front beraten wurde, schilderten die Berliner Arbeiterinnen ihre Lage in den düstersten Farben.

„Als man unsere Männer in Kanonenfutter verwandelt hatte", sagte eine Arbeiterin der Firma Auer, „trieb man uns mit Gewalt in die Fabriken, wo wir für einige Groschen gearbeitet haben. Jetzt aber entläßt man uns, man treibt uns auf die Straße, wo Hunger und Prostitution unser warten."

„Die sozialistische Regierung", sagte eine andere, „sorgt nicht für unsere Arbeitsinvaliden. Die höchste Rente bei 100% Arbeitsunfähigkeit beträgt 858 Mark im Jahr. Davon müssen bezahlt werden: 260 Mark jährlich für Wohnung, 75 Mark für Beheizung und 8 Mark für Staats- und Kommunalabgaben. Bleiben für Ernährung, Kleidung, Schuhwerk und Erhaltung der Familie, falls eine solche vorhanden ist, nur 515 Mark, d. h. 10 Mark wöchentlich".

Nicht besser gestellt sind die Kriegsinvaliden im „sozialistischen" Staat der Noske-Scheidemann. Sie erhalten alles in allem 4 Mark 90 Pfg. täglich. Und ob er Familie hat oder nicht, ob er einer Sonderkur bedarf oder nicht — die Bourgeoisie ist der Ansicht, daß dieses bettelhafte Almosen genügt.

Die unaussprechlich jammervolle Lage des deutschen Proletariats wirkt besonders stark auf die Kinder zurück. Die deutschen Kommunistinnen haben zusammen mit den Arbeiterinnen aus der U. S. P. eine eifrige Agitationstätigkeit für Mutter- und Säuglingsschutz entfaltet.

Genossin Luise Zietz, Mitglied der U. S. P., brachte am 17. April 1920 in die Nationalversammlung einen Antrag ein, in dem sie für schwangere Arbeiterinnen eine 8-wöchige Erholungszeit vor der Entbindung und eine ebensolche nach der Entbindung mit Weiterbezug des vollen Arbeitslohns forderte; ferner verlangte sie kostenlose medizinische Hilfe für Wöchnerinnen und eine Prämie für selbstnährende Mütter.

Nach langen Debatten wurde dieser Antrag in folgender Fassung angenommen:

1. Jede versicherte Arbeiterin erhält für die Entbindung eine einmalige Unterstützung in der Höhe von 50 Mark.
2. 4 Wochen vor und 5 Wochen nach der Geburt erhält sie 1½ Mark täglich.
3. Für die medizinische Hilfe werden ihr 25 Mark ausgezahlt.
4. Wenn die Mutter ihr Kind selbst nährt, so bekommt sie im Laufe von 12 Wochen 75 Pfennig täglich.

So sieht der Mutterschutz in einem Lande aus, wo ein Liter Milch 3 Mark kostet!

Noch schlimmer ist die Lage der „unehelichen" Mütter. Aus sogenannten „sittlichen" Erwägungen wird ihnen fast gar keine Hilfe erwiesen. Frauen, die 8 Wochen nach der Entlassung ihres Mannes aus der Armee niederkommen, gehen der gewöhnlichen Unterstützung verlustig.

Ein derartiger Mutterschutz löst natürlich die Frage nicht, und die Arbeiterinnen müssen wieder zu revolutionären Kampfmaßnahmen greifen. Sie müssen auch für Lohngleichheit mit den Männern kämpfen sowie gegen Verletzungen des von der Revolution eroberten Achtstundentags durch die Unternehmer.

Nach einem Jahr des Kampfes hat die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen sich nicht gebessert. Die bürgerliche Regierung erwies sich außerstande, mit der Zerrüttung und dem Hunger fertig zu werden, und die deutschen Arbeiterinnen fordern immer dringender den Uebergang der gesamten Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern selbst.

* * *

In Oesterreich ist die Lage der Arbeiterinnen keineswegs besser als in Deutschland.

Hier wie dort müssen sie energisch kämpfen, und Schlesinger gibt in der „Sozialistin" vom 6. April 1919 folgendes Bild von ihrer Bewegung.

Die Revolution hat allen Völkern Oesterreichs volle politische Gleichberechtigung gegeben. Sie hat der Frau dieselben Rechte verliehen wie dem Mann, und die Frauen haben an den Wahlen in die Nationalversammlung tätigsten Anteil genommen

Die Sozialdemokraten hatten befürchtet, daß dank den Frauenstimmen die reaktionären und klerikalen Kandidaten siegen würden: es ist aber das Gegenteil davon eingetreten. Diese Kandidaten fielen durch, und die

Sozialdemokraten erhielt die Mehrheit der Stimmen. Ein Zehntel der sozialdemokratischen Fraktionen im Parlament besteht aus Frauen.

Das unselige Los der ausgehungerten Arbeiterinnen und Kinder zu erleichtern — das war die erste Aufgabe, die den ins Parlament gewählten Frauen zufiel.

Eine schwere Arbeit, da auch auf diesem Gebiet wie auf allen nur die Diktatur des Proletariats und der Kommunismus für die Arbeiterinnen menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen kann.

Die Revolution, die den Frauen das Wahlrecht gegeben hatte, erweckte in den Arbeiterinnen das Interesse für das politische Leben und den Revolutionskampf. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Wiener Bezirksparteiorganisationen stieg schon im Juli 1919 auf 2000. Im Juni desselben Jahres kam es in allen österreichischen Organisationen zu lebhaften Debatten darüber, ob gesonderte Frauenorganisationen notwendig sind.

Die ganze Masse der Arbeiterinnen sprach sich einstimmig dagegen aus. Frauen und Männer müßten in denselben Organisationen vereinigt sein, da sie gegen denselben Feind kämpfen und dasselbe Ziel anstreben. Aber die Propaganda und Agitation unter den Arbeiterinnen wird von einer besonderen Agitationsgruppe von Frauen geleitet, die von der Gesamtorganisation der Partei gewählt wird.

Am 2. August 1919 fand in Wien eine Arbeiterinnenkonferenz statt, an der Vertreterinnen aus Tirol, Steiermark und Kärnten, Salzburg, Böhmen, Mähren und Schlesien teilnahmen. Die Konferenz erörterte die Frage der Organisation der Arbeit unter den arbeitenden Frauen sowie die Wechselbeziehungen zur Partei. Alle Delegierten mit einer einzigen Ausnahme sprachen sich für die Zusammenarbeit der Arbeiterinnen in einer Organisation aus, aber für eine besondere Arbeiterinnenagitationsgruppe.

Am 30. August fand in Teplitz-Schönau ein Parteitag der Tschechoslowakei statt, die mit Böhmen und Mähren zusammen aus dem Bestande Oesterreichs ausgeschieden war. Auf dieser Konferenz wurde aus der allgemeinen Parteiorganisation eine Sondergruppe für die Bedienung der Interessen der Arbeiterinnen in diesem Teile Oesterreichs ausgeschieden. Die Konferenz, an der 60 Delegierte teilnahmen, wurde von Adelheid Popp mit folgenden Worten geschlossen: „Wir sind überzeugt, daß die Stunde schlagen wird, wo die Weltorganisation der Arbeiter alle Grenzen aufheben und wo wir trotz allem und jedem alle Brüder und Schwestern sein werden.“ Die tschechoslowakischen Frauen haben ebenso wie die Frauen in ganz Oesterreich gleiche Rechte mit den Männern erhalten. Am 15. Juni nahmen die tschechoslowakischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum erstenmale an den Munizipalwahlen teil. Auch bei diesen Wahlen erwiesen sich die Befürchtungen, die Frauen könnten ihre Stimmen den reaktionären Kandidaten geben (besonders in Mähren, wo die Geistlichkeit sehr stark ist) als völlig unbegründet. Im Gegenteil, dank den

Frauen (60 Prozent der Wähler) gewann die sozialdemokratische Partei den ersten Platz.

Interessant war die ungewöhnliche Aktivität der Bäuerinnen bei den Wahlen. In einigen Dörfern begaben sie sich alle zusammen an die Urnen und stimmten geschlossen für die Sozialdemokraten. Auf diesen Wahlen erhielten die Sozialdemokraten eine Million Stimmen, davon 600.000 weibliche. Die Arbeiterinnnen der Tschechoslowakei haben ihr erstes politisches Examen glänzend bestanden, und man darf hoffen, daß sie im Augenblick des letzten und entscheidenden Kampfes mit dem Weltimperialismus in den Reihen der Revolutionskämpfer nicht die letzten sein werden.

Die Arbeiterinnen und die Bäuerinnen Ungarns sind zur Zeit des erbittertsten Kampfes des ungarischen Proletariats für seine Befreiung nicht passiv geblieben. Zu Zehntausenden standen sie auf den Straßen in Reih und Glied mit den Arbeitern, halfen ihnen mit Wort und Tat, starben mit ihnen zusammen für die Freiheit der Werktätigen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in der ungarischen Partei ist sehr groß. Besonders aktiven Anteil an den Parteiorganisationen nehmen die Bäuerinnen, denen übrigens keine kleine Aufgabe bevorsteht. Von den 4 Millionen ungarischer Wählerinnen sind eine Million vollständige Analphabeten. Die große Masse der Arbeiterinnen und Bäuerinnen steht noch immer voll und ganz unter dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit.

„Uns steht eine große Arbeit bevor, aber eine lebendige, fruchtbringende Arbeit. Die von der Revolution ausgestreute Saat wird wunderbar aufgehen", schrieb Sirene Buchinger in der „Sozialistin" zum „Arbeiterinnentag" 1919.

Das ganze österreichische Proletariat und insbesonders die Bäuerinnen und Arbeiterinnen waren siegestrunken. Alle erwarteten Wunder von der politischen Gleichberechtigung. Aber in Oesterreich wie in Deutschland folgte dem schönen Traum ein schweres Erwachen. Elfriede Friedländer schrieb aus diesem Anlaß zum Arbeiterinnentag 1920: „Wie lebhaft das Interesse der Arbeiterinnen und Bäuerinnen für das politische Leben war, wie aktiv sie an den Wahlen in die Nationalversammlung teilnahmen, so sehr stehen sie jetzt abseits von der Bewegung. Sie haben die Hoffnung auf eine Besserung des Lebens durch die Nationalversammlung verloren, sie glauben nicht mehr daran, daß die politische Gleichberechtigung unter der bürgerlichen Ordnung dem Hunger, dem Elend, der Prostitution ein Ende bereiten kann. Und gleichzeitig wächst bei ihnen die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Uebergangs der gesamten Macht in die Hände der Arbeiterklasse".

Das ist der Grund, weshalb die Arbeiterinnen und Bäuerinnen in der letzten Zeit namentlich in der Provinz immer zahlreicher in die Reihen der kommunistischen Partei eintreten.

Wir sagten, daß die westeuropäischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen das Jahr 1919 als ein Siegesjahr verzeichnen können. Für Frankreich aber trifft das nicht zu. Nirgends ist die Frauenarbeit während des Krieges

so ausgebeutet worden, wie in Frankreich, und nirgends war der Kampf und die Gleichberechtigung der Frau so schwach wie in diesem Lande.

Am 21. Mai 1919 erhielten sie einige unbedeutende politische Rechte, obgleich nach wie vor jede Betätigung am Revolutionskampfe streng gestraft wird. Der 1. Mai 1920 war wie auch früher stets ein Tag der Mißhandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, und wie früher wurden die Straßen von Paris mit Arbeiterblut gerötet.

Die stark nach rechts abgeschwenkte Führerin der französischen Arbeiterinnenbewegung Louise Saumonneau schreibt in einem Aufruf an die Werktätigen:

„In allen Ländern, wo der Kapitalismus herrscht, ist die Lage der Arbeiterinnen dieselbe. Ueberall herrscht Ausbeutung und Sklaverei, und obgleich auf allen unsern Kasernen, Gefängnissen und Ministerpalästen die Worte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" geschrieben stehen, haben diese Worte mit den grausamen Taten der Bourgeoisie nichts gemein." „Das Leben selbst", fährt Genossin Saumonneau fort, ruft uns Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Revolutionskampf auf. Schließen wir unsere Reihen fester: vereinigen wir uns zu Produktions- und politischen Organisationen. Machen wir der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen ein Ende. Es ist Zeit, den Privatbesitz in Nationalbesitz umzuwandeln. Aber die Befreiung der Arbeiterklasse ist unmöglich, s lange die Bourgeoisie an der Macht steht — wir müssen also die gesamte Macht erobern, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Bauern und Bäuerinnen müssen sich selbst ihre Gesetze schreiben und sie durchführen".

„Bis jetzt haben die Arbeiterinnen Frankreichs an der Spitze der Arbeiterbewegung gestanden; wir müssen an der Spitze bleiben bis zum vollen Siege des Weltproletariats über die Weltbourgeoisie, bis zum endgültigen Siege der kommunistischen Ordnung".

* * *

In allen Ländern haben die Frauen mehr oder weniger ausgedehnte Rechte erhalten, aber interessant ist, daß die politischen Rechte der Frauen um so ausgedehnter waren, je unsicherer die Stellung der Bourgeoisie in dem betreffenden Lande ist.

In Oesterreich z. B. genießen die Frauen die Rechte vom 21. Lebensjahr an, in Frankreich vom 24., in England erst vom 30. Lebensjahr. Die siegestrunkene Bourgeoisie hielt es für möglich, den Frauen die Rechte in einem Alter zu geben, wo sie am meisten mit Familiensorgen beschäftigt sind. Die englische Bourgeoisie hat sich gefürchtet, der revolutionären Jugend das Stimmrecht zu geben, da sie vorauswußte, daß diese nicht für, sondern gegen die Bourgeoisie stimmen würde.

Das Alter der Wählerinnen hinderte die Frauen, an den Wahlen teilzunehmen, und obgleich sie da, wo sie abstimmten, ihre Stimmen meist den Sozialisten gaben, ist doch nur eine einzige Frau, Mac Arthur, Mit-

glied der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. L. P.), ins Parlament gewählt worden.

Trotz dieses Mißerfolges, verlieren die englischen Arbeiterinnen den Mut nicht und führen einen ernsten Kampf mit ihrer Bourgeoisie, nehmen an der Streikbewegung den lebhaftesten Anteil.

Am 24. Juni, während des Parteitages in Southport, fand daselbst eine Arbeiterinnenkonferenz statt, an der 154 Delegierte aus ganz England teilnahmen. Aus den Berichten der Vorsitzenden der Konferenz Susanne Lawrence war zu ersehen, daß die an die Arbeiterpartei eng angeschlossenen Arbeiterinnenorganisationen über das ganze Land verbreitet sind, daß die Arbeit lebhaft vonstatten geht und die Zahl der Mitglieder wächst. Außer der Teilnahme am allgemeinen Kampf agitieren die Arbeiterinnen für Mutter- und Säuglingsschutz, für die Verbesserung der Wohnungsbedingungen usw. Besonders lebhaft war die Kampagne gegen die Arbeitslosigkeit, die infolge der Demobilmachung entstanden war.

Die Konferenz arbeitete eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Forderungen aus, die sie der Regierung vorlegte.

Auf wirtschaftlichem Gebiet verlangten die Arbeiter die Regulierung der Lebensmittelpreise, die Organisierung öffentlicher Speisehäuser und kostenlose Ernährung für die Bedürftigen.

Außerdem verlangte die Konferenz von der Regierung, daß sie den auf die Straße gewiesenen Frauen Arbeit zuwenden solle.

Auf politischem Gebiet forderte sie die Nichteinmischung in die Angelegenheiten Sowjetrußlands und die Demobilisierung der Truppen.

Die Konferenz hoffte, daß ihre bescheidenen Forderungen erfüllt werden würden, aber sie mußte sich bald davon überzeugen, daß die Bourgeoisie keineswegs um Verbesserung der Lage der von ihr ausgebeuteten Klasse besorgt ist. Die Sorge für die auf die Straße geworfenen Frauen übernahm das Zentralkomitee englischer Arbeiterinnen, das verschiedene Berufskurse für sie einrichtete und dann den Arbeiterinnen dieser Kurse Arbeit vermittelte.

Unter den irländischen Arbeiterinnen macht sich auch das größte Interesse für das politische Leben bemerkbar. Der Irländische Arbeiterinnenbund hat eine Reihe von Maßregeln ausgearbeitet, die auf Massenversammlungen einstimmig angenommen wurden.

Diese Maßregeln bestanden in folgendem:

1. Arbeiterkontrolle über die Produktion.

2. Bessere Arbeitsbedingungen für Minderjährige und Bejahrte (in England arbeiten die 14—15-jährigen Knaben und Mädchen 8—9 Stunden täglich).

3. Einräumung von 5 Wochenstunden für die Arbeiterinnen zwischen 14 und 16 Jahren zum Besuch von Elementarkursen, Nähkursen usw.

Am 21. April 1920 fand in London eine Nationale Arbeiterinnenkonferenz statt, an der 400 Delegierte von 180 Organisationen teilnahmen.

Auf der Konferenz stellte es sich im Verlauf der Debatten heraus, daß

seit der vorhergehenden Konferenz, d. h. seit dem 24. Juni 1919, die Regierung keinerlei Maßregeln für den Mutter- und Säuglingsschutz getroffen hatte. Die englischen Arbeiterinnen träumen vorerst nur von einer sechswöchigen Erholung vor der Entbindung und einer ebensolangen nach der Entbindung; daran, daß sie während dieser Zeit auch den vollen Lohn beziehen könnten, wagen sie überhaupt gar nicht zu denken. Die englischen Arbeiterinnen sehen voll Kummer, daß ihr reiches und großes Land hinsichtlich des Mutter- und Säuglingsschutzes sogar hinter dem kleinen und armen Norwegen zurückgeblieben ist. Die Konferenz forderte den obligatorischen Unterricht für die Arbeiterjugend bis 18 Jahre und das Verbot der auszehrenden Ueberstunden- und Nachtarbeit für Frauen.

Die Frage von der gleichen Löhnung für gleiche Arbeit rief lebhafte Debatten hervor. „Diese Frage", sagte eine von den Delegierten, „ist ein Gesetz nicht nur für uns, sondern auch für die Arbeiterklasse, denn dank der niedrigen Löhnung werden wir zu Konkurrenten für unsere männlichen Genossen. Zum Kampf mit der Ausbeutung der Frauenarbeit müssen wir uns mit den Arbeitern zusammenschließen."

Der Antrag von Marion Philipps über den obligatorischen Eintritt der Fabrikarbeiterinnen in die Partei rief lebhafte Debatten hervor.

Zum Schluß nahm die Konferenz eine Resolution an über die Entfernung der farbigen Truppen aus Europa und über die Verleihung der Selbständigkeit an Irland.

* * *

Was die italienischen Frauen anbelangt, so hat das Parlament ihnen zwar die Gleichberechtigung zuerkannt, aber das Gesetz ist so reich an verschiedenen Klauseln, daß es vor dem August dieses Jahres nicht in Kraft treten wird. Aber in Erwartung der Gleichberechtigung bleiben die italienischen Arbeiterinnen nicht passiv und halten sich der Revolutionsbewegung nicht fern. Alle Organisationen der italienischen Arbeiterinnen haben sich zusammen mit der Sozialistischen Partei, mit der sie sich vereinigten, der Dritten Internationale angeschlossen.

Trotz der verschiedenartigen Schwierigkeiten und Repressalien der Regierung haben die italienischen Arbeiterinnen unter ihren Schwestern eine ausgedehnte Propaganda für die kommunistischen Ideen betrieben.

Ihre Arbeit war mit Erfolg gekrönt. Ende 1919 wandte sich die sozialistische Frauengruppe mit folgender Resolution an die ganze Arbeiterinneninternationale:

„Die sozialistische Frauengruppe in Rom ist überzeugt, daß der Versailler Friedensvertrag nur zur Stärkung der Macht des Weltimperialismus führt. Er knechtet die proletarischen Massen noch mehr und wird das Elend, den Hunger und die Kindersterblichkeit noch vermehren.

Die Uebergriffe der Entente gegen Rußland und Ungarn widersprechen strikt dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die Sozialistische Frauengruppe in Rom sieht in diesen Uebergriffen einen Versuch, die in Sowjetrussland entstehende kommunistische Ordnung zu erdrosseln, die allein imstande ist, der ganzen werktätigen Welt die Befreiung zu bringen.

Sie protestiert auf das Energischste gegen diese rohe Vergewaltigung, die neue Kriege und neue Opfer nach sich ziehen wird.

Hiervon ausgehend, wendet sich die sozialistische Frauengruppe an die Proletarier aller Länder und fordert sie zur Organisierung einer Weltinternationale der Werktätigen auf."

* * *

Die Sozialistische Partei der Schweiz hat sich von Anbeginn des Weltkrieges an scharf in zwei Teile getrennt. Der größere Teil schloß sich den bürgerlichen Anschauungen an, die Minderheit aber schritt unbeirrt von Zimmerwald bis zur III. Internationale fort. Dieser Minderheit der Sozialistischen Partei schlossen sich die Jugend und die Arbeiterinnen an.

Die Schweizer Arbeiterinnen erklärten sich gegen den Krieg und stellten auf der Berner Frauenkonferenz im Jahre 1915 die Losung auf: „Nieder mit dem Krieg, es lebe das Weltproletariat!" Obgleich die Schweiz während des Krieges neutral blieb, haben sich seine Folgen — Arbeitslosigkeit und Teuerung — doch auch in diesem Lande bemerkbar gemacht. Die Arbeiterinnen mußten gegen die ständig anwachsenden Lebensschwierigkeiten ankämpfen, und Rosa Bloch, die Führerin der Schweizer Arbeiterinnen, mußte mit den Gefängnissen der „freien Schweiz" Bekanntschaft machen.

Am 5. April 1919 fand in Zürich eine riesige Protestversammlung gegen die Lebensverteuerung statt, durch die die Proletarierfamilien in eine ausweglose Lage gebracht wurden. Diese von Zürich ausgehende Bewegung verbreitete sich über das ganze Land und nahm in einigen Städten die Form von Streiks an.

Die Arbeiterinnen Zürichs und Basels beteiligten sich im Sommer am Proteststreik gegen die übermäßige Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Färbereien, und die Frauen bekundeten bei diesem Streik ein Höchstmaß von Tätigkeit und Organisiertheit. Durch ihre Parteiorganisation verwirklichten sie eine regelmäßige Unterstützung der streikenden Genossen, sowie eine Absendung der Kinder der streikenden Arbeiterfamilien aufs Land zu den bäuerlichen Parteimitgliedern.

Im September 1919 fand ein außerordentlicher Kongreß der Schweizerischen Partei statt. Die Hauptfrage, die auf diesem Kongreß erörtert wurde, war der Eintritt der Partei in die III. Internationale. Während die männlichen Stimmen sich auf dem Kongreß in zwei gleiche Hälften teilten, stimmten alle 80 weiblichen Delegierten für die III. Internationale. Wenn die schweizerische Partei gegenwärtig zur Familie der III. Internationale gehört, so ist das zum nicht geringen Teil ein Verdienst des weiblichen Teils des Schweizerischen Proletariats.

Der Arbeiterinnentag verlief in der Schweiz sowohl 1919 als auch 1920 unter der Losung des Kampfes mit der Teuerung und der Forderung der politischen Rechte für die Frauen. Die „demokratische Republik" der Schweiz schwankt vorläufig noch, ob sie der Frau die politischen Rechte geben soll. Aber was die bürgerliche Regierung sich nicht entschließen kann zu geben, das wird sich die schweizerische Arbeiterin durch ihren unermüdlichen Revolutionskampf nehmen. Die von der Arbeiterklasse selbst eroberten politischen Rechte werden vollständiger und gesicherter sein als die Rechte, die der Kapitalist den Arbeiterinnen wie ein Almosen zuwirft. Darum lassen die gegenwärtig rechtlosen Arbeiterinnen der Schweiz den Mut nicht sinken. Sie wissen, daß der Tag nahe ist, wo sie im Gang der Weltrevolution den ihnen gebührenden Platz in ihrem Lande einnehmen werden. Vorläufig aber treibt die Arbeiterinnenorganisation wie auch ihre Zeitschrift „Die Vorkämpferin" energisch ihre sozialistische Propaganda.

* * *

Sogar in Spanien sind unter dem Druck der Weltrevolution die Frauen in ihren Rechten den Männern gleichgestellt worden. Wir sagen „sogar in Spanien" weil Spanien eines von den Ländern ist, wo die Geistlichkeit eine sehr große Rolle spielt. Aber die Gleichberechtigung ist vorläufig noch nicht vollkommen, da die Geistlichkeit und die Bourgeoisie Spaniens den Frauen vorläufig nur das passive Wahlrecht gegeben haben, und auch das nur für die Kommunalräte. Die spanischen Arbeiterinnen können also vom 25. Lebensjahre ab in die kommunalen Institutionen gewählt werden, sie selbst aber können vorläufig noch nicht wählen.

* * *

Das Frauenproletariat Hollands kämpft für seine Freiheit, und die holländische Bourgeoisie hat dem Zeitgeist nachgeben müssen. Die holländischen Frauen haben vorläufig nur das passive Wahlrecht für die Kommunalräte erhalten. Auf den Wahlen, die am 22. Mai 1919 stattfanden, brachten die holländischen Sozialisten in ihre kommunalen Institutionen 50 Frauen durch (fast alles Sozialistinnen). Aber diese Delegierten, die ebenso wie die übrigen Arbeiterinnen Hollands nicht das aktive Wahlrecht haben, konnten nicht die für die Arbeiterklasse wünschenswerten Delegierten durchbringen. Die bürgerliche Presse macht den Frauen allerdings Hoffnung, daß sie nach weiteren 2—3 Jahren nicht nur das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht haben werden. Das Unterhaus hat sich bereits dafür ausgesprochen, und wenn das Oberhaus diese Vorlage annimmt, so werden die holländischen Frauen im Jahre 1922 ins Parlament und 1923 in die Kommunalräte wählen. Aber werden die holländischen Arbeiterinnen warten? Soweit uns bekannt ist, suchen sie in entschiedenster Weise über das bürgerliche Parlament hinwegzuschreiten zu den Proleratierräten, und ihr Ruf lautet: „Alle Macht den Sowjets der Arbeiter-, Rotarmisten-

und Bauerndeputierten! Durch die Sowjets, durch die Diktatur des Proletariats zum Kommunismus".

* * *

Aus Amerika dringen bis zu uns leider nur wenig Nachrichten über den Gang des Revolutionskampfes der Arbeiterinnen, aber auch das wenige, was uns bekannt ist, zeigt, daß auch in Amerika nicht alles ruhig ist. Wir erhielten die Nachricht, das Genossin Käthe Richard O'Gere zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden ist für ihre sozialistische Propaganda, für ihre Forderung der Einstellung des Bruderkrieges, für ihre Forderung der Freiheit für die Werktätigen. Wir wissen auch, daß mit der Einsperrung der Gen. O'Gere die Propaganda nicht zum Stillstand gekommen ist. An ihre Stelle sind schon neue Kämpfer getreten, die mit derselben Ergebenheit das von ihr begonnene kommunistische Werk fortsetzen.

* * *

Die Bewegung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in Westeuropa und Amerika trägt einen internationalen Charakter. Schon im Jahre 1915, im Siedepunkt des Chauvinismus, haben die Arbeiterinnen der ganzen Welt auf der internationalen Frauenkonferenz einander die Bruderhand gereicht. Seither hat sich das internationale Band zwischen den Arbeiterinnen nicht gelockert, sondern noch mehr gefestigt. Das Internationale Frauenbüro, dessen Sekretärin Genossin Klara Zetkin ist, hat keinen Augenblick zu funktionieren aufgehört.

Am 9. Februar 1919 wandten sich die Arbeiterinnen Englands mit einem schwesterlichen Gruß an die Arbeiterinnen Oesterreichs. Genossin A. Popp (Oesterreich) erhielt von Genossin Isabella Ford (England) folgende Begrüßung, zur Uebergabe an die österreichischen Arbeiterinnen:

„Wir Arbeiterinnen Englands bewillkommnen Euch zum Tage der Wahl in die Nationalversammlung. Unsere Bourgeoisie sucht uns auf jede Weise Haß gegen Euch, unsere Schwestern und Brüder vom österreichischen Proletariat, einzuflößen. Aber Ihr sollt wissen, daß wir nicht den Weg des Hasses und der Rache gehen, sondern den Weg der Weltverbrüderung und Weltsolidarität der Werktätigen."

In Beantwortung dieser Begrüßung wandte sich Genossin Zetkin an die Arbeiterinnen der ganzen Welt mit einem Aufruf zur Einigkeit, zur Brüderlichkeit, zu gemeinsem, einmütigem Ansturm gegen die Feinde des Weltproletariats:

„Es wird uns vorläufig noch schwer, eine enge ideelle Verbindung anzuknüpfen. Der Krieg gibt uns noch immer nicht die Möglichkeit, regelrechte Beziehungen herzustellen, aber wir verstehen einander ohne viele

Worte, denn wir haben ein Ziel und einen Weg — durch die Weltrevolution zum Weltkommunismus! Vorwärts an die Arbeit! Es lebe die internationale Arbeiterinnenbewegung!“

So lautet der Aufruf der Genossin Klara Zetkin. Und dieser Ruf hat ein begeistertes Echo gefunden. Arbeiterinnen der Welt, errichtet den kommunistischen Bau!

S. Lilina.

BIBLIOGRAPHIE

Bertrand Russell und der „Zünftesozialismus".

(„Roads to Freedom" by Bertrand Russell, London, 1919.)

Der sogenannte „Zünftesozialismus" (Guild Sozialism) hat sich in letzter Zeit in England zahlreiche Anhänger erworben. Und nicht allein in England. Die gesamte sozialistische Presse Europas und Amerikas widmet dieser Lehre viel Zeit und Raum. Bei uns in Rußland aber ist das lesende Publikum mit dieser neuen Theorie, mit dieser neuen Bewegung fast gar nicht bekannt, aus dem Grunde natürlich, weil wir von Europa durch eine hohe Mauer getrennt sind. Es soll daher meine Aufgabe sein, die „Zünftetheorie" in dieser Skizze möglichst kurz und objektiv darzulegen.

Die Bewegung hat keine Zukunft. Es ist eben keine große Massenbewegung, sondern etwas Oberflächliches, Zeitweiliges, Vorübergehendes. Trotzdem aber dürfen wir nicht unterlassen, uns mit dieser Theorie bekannt zu machen.

Der „Zünftesozialismus" ist etwas Kompromißlerisches, typisch Englisches, ein Zwitterding zwischen dem Syndikalismus und Sozialismus. Es ist ein Versuch, die „syndalistische Auflehnung gegen den orthodoxen Staatssozialismus" zu befriedigen, ein Versuch, Bakunin mit Marx zu versöhnen. Natürlich ist es ein mißglückter Versuch. Denn jede Ausgleichspolitik auf dem Gebiet des revolutionären Denkens muß notgedrungen in Mißerfolg, in einem Zusammenbruch enden und den Kompromißler in einen Sumpf, einen kleinbürgerlichen, spießbürgerlichen Sumpf versenken.

Marx, so behaupten die Zünftesozialisten, ist veraltet. Ja, Marx hatte wohl in bezug auf die Hauptsachen recht, in den Einzelheiten aber irrte er sich. Bakunin ist ebenfalls veraltet, aber sein „großer Nachfolger" Kropotkin hat ihn aufgefrischt. Marx jedoch ist von niemandem aufgefrischt worden; im Gegenteil, sein „großer Nachfolger" Eduard Bernstein hat alle vernünftig denkenden Leute überzeugt, daß Marx schon längst für das Archiv reif ist.

So erklärt Bertrand Russell.

Den Revisionismus Bernsteins nimmt Russell, der Theoretiker des

„Zünftesozialismus", bedingungslos an. Persönlich hat Russell gegen Marx und dessen „Doktrin" nichts einzuwenden, aber er schließt sich in allem voll und ganz Bernstein an. Bernstein hat seiner Meinung nach glänzend bewiesen, daß es eine Konzentration des Kapitals nicht gibt und auch nie gegeben hat, daß der Klassenantagonismus sich nicht verschärft, sondern gerade im Gegenteil sich immer mehr vertuscht, daß Marx' Voraussagung der Probe nicht standhält (Siehe „Roads to Freedom" von Bertrand Russell, London 1919) . . . Der kleinbürgerliche Revisionismus der Bernstein — das ist der Ausgangspunkt der „neuen" Theorie Russells.

Was Wunder daher, daß Russell zu der Schlußfolgerung gelangt, eine Revolution sei nicht nötig. Er will damit sagen, daß eine blutige Revolution nicht nötig sei. Die soziale Revolution müsse die Form einer friedlichen Umwälzung annehmen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung müsse durchaus nicht auf den Trümmern des kapitalistischen Regimes errichtet werden. Warum denn auf den Trümmern? Warum denn das kapitalistische Regime unbedingt zerstören? Das sei gar nicht nötig. Möge die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur ruhig weiterleben. Die Zünftesozialisten würden sie allmählich in eine sozialistische Ordnung umwandeln. Der Sozialismus würde aus dem Kapitalismus erstehen.

„Die Fürsprecher einer blutigen Revolution — schreibt Russell — sind stark im Irrtum . . . Eine blutige Revolution kann nur dann Erfolg haben, wenn das Proletariat stark genug ist. Ist aber das Proletariat stark genug, so kann es auch ohne Blutvergießen zum Sieg gelangen. Ist das Proletariat so stark, daß es einen bewaffneten Aufstand beginnen und siegreich aus ihm hervorgehen kann, so kann es ja auch ohne bewaffneten Aufstand siegen". Im äußersten Fall läßt Russell einen Generalstreik zu, weiter aber dürfe man nicht gehen. Keinesfalls.

Marx sei nicht nur veraltet, nicht nur irre er in „Einzelheiten" (und die Einzelheiten sind nach Russells Meinung bedeutend wichtiger als die Grundlage), er habe auch deshalb unrecht, weil er den Staat befürworte. Marx sei bis auf die Knochen Anhänger des Staats. Er denke sich die sozialistische Gesellschafsordnung als in den Rahmen des Staats eingeschlossen, in die Staatsmaschine gezwängt. „Eingeschlossen", „eingezwängt" — das will soviel sagen, als ohne Freiheit, Freiheit — das gerade finde man nicht bei Marx — absolute, unbeschränkte, bedingungslose Freiheit. Unbeschränkte Freiheit sei im Rahmen des Staats nicht möglich. Darin bestehe eben der Vorzug, den Bakunin vor Marx voraus hat. Bakunins Reden und Artikel seien sämtlich von dem Gefühl absoluter Freiheit durchdrungen, die gesamte Theorie von Marx dagegen atme den „Geist der Notwendigkeit", den Geist des Zwanges, der Unabwendbarkeit . . . Wer wolle behaupten, daß Marx das Proletariat zu befreien strebte?! Nichts dergleichen! Marx wollte dem Proletariat die Macht geben, es zur herrschenden Klasse zu machen. Das bedeute aber noch keineswegs, das Proletariat befreien.

Russell hat Marx nicht verstanden. Er hat ihn gelesen, studiert —

und ihn dennoch nicht verstanden. Seine ganze Kritik Karl Marx' schöpft Russell teils aus Bernsteins, teils aus Kropotkins Ansichten. Er bemüht sich zu beweisen, daß Marx' Ideal das Ideal eines Pedanten und Bürokraten sei, daß Marx die Unterdrückung des Willens der Minderheit durch den Willen der Mehrheit befürworte, d. h. daß er tatsächlich für die Ausübung von Gewalt eintrete. Der sozialistische Staat, wie die Sozialisten sich ihn vorstellen, werde sich zuguterletzt nur dadurch von dem kapitalistischen Staat unterscheiden, daß die Unterdrückung der Bourgeoisie durch das Proletariat an die Stelle der Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie treten werde. Die Unterdrücker würden zu Unterdrückten werden und umgekehrt. Proletariat und Bourgeoisie würden die Plätze wechseln. Der Druck als solcher aber würde fortdauern. Bemerkenswert an dieser gesamten „Kritik" ist, daß Russell, der Marx nicht versteht, auch nicht einsieht, daß seine Pfeile nicht Marx, sondern Bernstein treffen. Nicht dem wahren Marxismus, sondern dem von den Revisionisten und Opportunisten verfälschten und verhunzten Marxismus gelten seine Schläge.

Aber wir fahren fort. Wie Russell behauptet, sind Marx' „Methoden" und Taktik falsch. Der Parlamentarismus als solcher (wiederum ein Hieb, der nicht Marx, sondern Bernstein trifft) werde und könne zu nichts führen. Mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit wiederholt Russell die alten, abgenutzten, allen längst bekannten Argumente der Anarchisten gegen den proletarischen Kampf . . . Dabei gelangt er zur Schlußfolgerung, daß man nicht im Parlament, sondern in den Fabriken und Werken kämpfen müsse. Nicht in den politischen Schwatzbuden, sondern dort, „wo die Arbeiter tätig sind". Kein politischer, sondern ein industrieller Kampf sei vonnöten.

Seine Schlußfolgerung sieht also der Folgerung der Syndikalisten sehr ähnlich. Von Bernstein ausgehend, gelangt Russell zu Sorel, zur sozialistischen Auflehnung gegen den Staatlichen Sozialparlamentarismus.

Aber . . .

Aber auch mit den Syndikalisten und Anarchisten ist er nicht einverstanden. Wohl hätten sie vieles vor den Sozialisten voraus: sie seien für absolute Freiheit, sie verneinten den Staat. Doch dieser Vorzug sei zugleich ein Nachteil. Denn der Staat sei zwar ein Uebel, aber doch ein notwendiges Uebel. Man könne sich die künftige sozialistische Gesellschaft nicht gänzlich ohne Staat denken. Der Staat müsse „bis zu einem gewissen Grad und in einer gewissen Form" erhalten bleiben. Der Staat müsse fortbestehen, zugleich aber müsse er unschädlich gemacht werden. Die Anarchisten und Syndikalisten hätten das nicht begriffen — darin bestehe eben ihr Fehler. Die Zünftesozialisten hätten der Menschheit diese neue Formel gegeben: den Staat zu erhalten, aber ihn unschädlich zu machen. Darin bestehe eben ihr Verdienst.

Der Hauptfehler der Anarchisten und Syndikalisten sei, daß sie den psychologischen Faktor völlig aus dem Auge ließen, daß sie der mensch-

lichen Natur ganz und gar nicht Rechnung trugen. Sie bauen ihre Theorie — ebenso wie die Staatssozialisten — ausschließlich auf objektiven Faktoren auf, sie zogen gewisse Schlüsse aus den Lehren der Weltgeschichte, aber sie studierten keine Psychologie — und sie dachten, die Psychologie habe nichts mit der Sache zu tun, der subjektive Faktor spiele gar keine Rolle. Tatsächlich aber sei es gerade umgekehrt: der subjektive Faktor, die menschliche Natur, spiele die Hauptrolle; der subjektive Faktor sei gewissermaßen die Prämisse aller objektiven Faktoren . . . Hätten die Anarchisten und Syndikalisten Psychologie studiert, so würden sie wissen, daß man ohne Staat nicht auskommen könne. Die menschliche Natur sei schon einmal so: sie könne durchaus nicht ohne Zwangsorgane, ohne Gewalt und Furcht vor der Gewalt, ohne Polizei und Gendarmerie auskommen. Vielleicht — gibt Russell zu — wird die Natur des Menschen sich unter dem Einfluß von Kultur und Freiheit nach vielen, vielen Jahren soweit ändern, daß man keiner Zwangsorgane bedürfen wird. Dann werde man die Frage des Anarchismus und der absoluten Freiheit konkret stellen können. Aber vorläufig . . . vorläufig laßt ums Himmels willen Gendarmerie und Polizei in Ruhe!

Der Staat muß also bleiben, muß aber unschädlich gemacht werden. Wie soll man das anfangen? Hier gehen wir von dem kritischen Teil der Theorie Russells zum konstruktiven Teil über.

* * *

Worin besteht denn eigentlich der Unterschied zwischen dem Syndikalismus und Sozialismus, fragt Russell und gibt zur Antwort: darin, daß der Sozialismus auf dem Standpunkt des Verbrauchers, der Syndikalismus aber auf dem Standpunkt des Erzeugers steht.

Der Sozialist betrachtet den Arbeiter in erster Reihe als Verbraucher, Wenn der Sozialismus sagt: der Arbeiter wird ausgebeutet, so bedeutet das: der Arbeiter hat ein Anrecht auf das volle Erzeugnis seiner Arbeit, und in dieser Aufstellung finden wir die Quintessenz des Verbraucherstandpunkts. Der Arbeiter muß das Produkt erhalten. Produkt oder Produkte zu erhalten — das ist eben das Ideal der Sozialisten.

Wenn die Sozialisten sagen: die Arbeiter müssen sich organisieren, sich zusammenschließen, so bedeutet das: die Arbeiter müssen sich als Verbraucher in eine politische Partei zusammenschließen. Jede politische Partei ist eine Partei von Verbrauchern. Wenn die Sozialisten sagen: die Arbeiter müssen kämpfen, so soll das heißen — die Arbeiter müssen als Verbraucher kämpfen. Jeder politische Kampf ist ein Kampf auf der Grundlage des Verbrauchs. Den künftigen sozialistischen Staat stellen die Sozialisten sich als Konsumgenossenschaft, als riesige, internationale, die ganze Welt umspannende Konsumgenossenschaft vor.

Der Syndikalist aber sieht in dem Arbeiter vor allen Dingen den Erzeuger. In der Sprache der Syndikalisten bedeutet „Ausbeutung" die

Unterdrückung in der Fabrik und im Werk, die Unterdrückung des Arbeiters als Schöpfer, als Erzeuger gemeinnützlicher Werte. „Organisation" bedeutet in syndikalistischer Sprache die Organisation von Erzeugern; die Arbeiter müssen sich in den Fabriken und Werken in Betriebs-Erzeugungsorganisationen zusammenschließen, nicht aber in eine politische Partei. „Kampf" bedeutet in der Sprache der Syndikalisten einen Kampf innerhalb der Fabriken und Werke, nicht aber außerhalb derselben.

Welcher dieser beiden Standpunkte ist richtig? Beide sind gleich richtig. Und die Aufgabe des Zünftesozialismus besteht darin, diese beiden Standpunkte auszusöhnen.

Also führt Russell aus.

Ja, auch hier wollen die Zünftesozialisten aussöhnen. Der Zünftesozialist betrachtet den Arbeiter gleichzeitig als Verbraucher und Erzeuger. Der Zünftesozialist sagt: der Arbeiter wird als Verbraucher und als Erzeuger ausgebeutet; der Arbeiter muß in der Fabrik ebenso kämpfen, wie er außerhalb der Fabrik kämpft; jeder Arbeiter muß gleichzeitig Mitglied zweier Organisationen sein: einer politischen (parlamentarischen) Arbeiterpartei und einer Betriebsorganisation. Jede dieser beiden Organisationen hat ihre Ziele, ihre Aufgaben, hat ihre Mittel und Methoden. Die beiden Organisationen zu vereinen ist unmöglich und auch nicht nötig. Sie können und müssen gleichzeitig und parallel bestehen.

Wie der Leser sieht, baut der Zünftesozialist seine Theorie auf einer Spaltung, auf einen Dualismus auf. Und dieser Dualismus zieht sich wie ein roter Faden durch Russells ganze Theorie. Ich sagte am Anfang dieses Artikels, daß der Zünftesozialismus ein Mittelding zwischen falsch aufgefaßtem Sozialismus und Syndikalismus sei. Das stimmt aber nicht ganz. Anstatt einer neuen dritten Theorie, einer „Mitteltheorie", haben wir hier einfach einen gradlinigen, offenherzigen „Eklektizismus". „Beide haben recht, beide haben ein gleiches Anrecht auf Existenz, beide irren in vielem, wir nehmen beide an, glauben beiden, folgen beiden" — darin besteht das Wesen des Zünftesozialismus.

Die Sozialisten sagen: in der künftigen sozialistischen Gesellschaft wird die gesamte Macht dem sozialistischen, proletarischen Staat gehören. Die Syndikalisten behaupten, in der künftigen Gesellschaft werde die ganze Macht in den Händen der Industrievereinigungen der Arbeiter liegen. Die Zünftesozialisten aber sagen: in der künftigen Gesellschaftsordnung wird es eine Doppelmacht geben — einerseits die Industrievereinigungen, anderseits den proletarischen Staat . . . Welch naiver Elektrizismus!

Der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (ein allmählicher, schmerzloser Uebergang) wird nach Ansicht der Zünftesozialisten mit der Nationalisierung der Industrie beginnen. Die Leitung der Betriebe wird in die Hände der von Arbeitern gewählten Betriebsausschüsse übergehen. Jedes Werk, jede Fabrik wird zur autonomen Einheit werden. Alle Fabriken und Werke, sämtliche Betriebe jedes einzelnen Industriezweiges werden sich auf föderativer Grundlage zusammenschließen und Betriebsföderationen

oder Zünfte bilden (daher der Begriff „Zünftesozialismus"). Der Staat wird von dem Obersten Zünfterat regiert werden, der aus Vertretern sämtlicher Betriebsföderationen bestehen wird. Der Oberste Zünfterat wird die höchste Macht im Staat vorstellen.

Aber . . . der Macht des Obersten Zünfterats werden gewisse Grenzen gezogen werden. Seine Macht wird sich nur auf bestimmte Gebiete des öffentlichen Lebens, nur auf die Produktion erstrecken. Der Oberste Zünfterat wird die höchste Machtvollkommenheit in bezug auf die Produktion, und nur auf die Produktion besitzen. Er wird nur derartige Fragen erörtern wie die Versorgung der Betriebe mit Rohstoff und Brennmaterial, die Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte, den Arbeiterschutz usw. Seite an Seite mit dem Obersten Zünfterat aber soll . . . ein Parlament bestehen. Ja, ein Parlament! Ein ganz gewöhnliches Parlament, das alle Fragen des Verbrauchs (d. h. rein politische Fragen) erörtern und entscheiden wird.

Der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wird — so führt Russell aus — das Parlament gar nicht zerstören oder gar vernichten. Das Parlament wird fortbestehen. Langsam und allmählich werden die Arbeiter das Parlament erobern. Zwei Prozesse werden sich parallel vollziehen: einerseits die langsame und allmähliche Nationalisierung der Industrie, anderseits die langsame und allmähliche Eroberung des Parlaments . . . Das Parlament wird in der künftigen sozialistischen Gesellschaft ebenfalls die höchste Machtinstanz sein . . . Zur Vermeidung von Reibungen zwischen dem Parlament und dem Obersten Zünfterat wird eine „Interressorts"-Kontrollkommission, bestehend aus einer gleichen Anzahl von Vertretern beider Organe der höchsten Macht, gebildet werden.

Es versteht sich von selbst, daß diese beiden Organe der höchsten Macht verschiedene, einander diametral entgegengesetzte Ansichten über die Macht, die Gesellschaft, den Staat hegen werden. Der Oberste Zünfterat wird den Staat als Föderation autonomer Industriezweige betrachten. Das Parlament wird den Staat als Föderation autonomer Gebiete behandeln. Das Parlament wird auf geographisch-territorialem Standpunkt stehen, der Oberste Zünfterat aber auf einem außerterritorialen, industriellen Standpunkt. Die „Interessorts"-Kontrollkommission wird zwischen diesen beiden Standpunkten vermitteln. Wie sie das zustande bringen wird, das weiß Russell allein.

* * *

Russell schrieb sein Buch „Roads to Freedom" (Wege zur Freiheit) im Jahre 1918, als in Rußland bereits die Sowjetmacht bestand. Und die Sowjetmacht hat alle drolligen Klügeleien der Theorie Russells in der Praxis glänzend widerlegt. Russell aber läßt sich dadurch nicht im geringsten beirren. Seine Wege und die Wege der Sowjetrepublik gehen eben auseinander.

Russells Wege sind nicht die unsrigen, denn wir sind Marxisten, Anhänger des Staats. Wir haben eine gewalttätige Revolution durchgeführt. Wir verwirklichen die Diktatur des Proletariats, wir unterdrücken die Bourgeoisie, usw. Was Russell aber am meisten wider den Strich geht, ist unsere Losung: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen". Diese Losung ist von Russells Standpunkt aus die größte Verletzung der Freiheit, die unerhörteste Gewalttat.

„Die Sozialisten, — so führt Russell aus — die die Losung „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" aufstellen, führen die Sklaverei von neuem ein. Sie zwingen die Menschen unter Androhung von Hunger zur Arbeit. Das ist Sklaverei. Jede unfreiwillige Arbeit ist Sklaverei (nichts ist klarer als das). Die Sozialisten erheben die unfreiwillige Arbeit zum Prinzip".

Nach Russells Meinung muß an die Frage der Arbeit von einer ganz anderen Seite herangetreten werden. Die Arbeit nicht obligatorisch, sondern angenehm zu machen — das ist die Aufgabe, die neue Formel der Zünftesozialisten. „Solange die Arbeit nicht angenehm gemacht ist, werden wir kein Recht haben, zu behaupten, daß wir uns einer normalen, richtigen Gesellschaftsordnung nähern". Man muß es so einrichten, daß die Menschen mit Lust und Liebe arbeiten sollen, daß das Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit, nach Arbeit, das ganze Sein des Menschen erfüllen, ihm zum Lebensbedürfnis werden soll. Solange wir die Arbeit nicht angenehm gemacht haben, dürfen wir den Menschen, der sich zu arbeiten weigert, auch nicht bestrafen, denn seine Weigerung ist nur zu begreiflich, sie entspricht vollkommen der menschlichen Natur.

Macht die Arbeit angenehm, — wir sind natürlich damit einverstanden — inzwischen aber wagt es nicht, den Faulenzern, den Müßiggängern, den Parasiten, den Ausbeutern das Recht zum Faulenzen zu nehmen! . . .

Aber . . .

Aber Russell — er gibt es selbst zu — ist ein typischer Engländer, ein Mann der goldenen Mitte, ein Mann des Ausgleichs. Und so ist er auch in diesem Punkt, in der Frage über angenehme und unfreiwillige Arbeit, bereit, mit den Staatssozialisten zu verhandeln.

Wollen wir uns folgendermaßen einigen, schlägt Russell vor: Jeder Bürger, ob er arbeitet oder müßig geht, erhält alles, was er zum Leben unbedingt nötig hat — Nahrung, Kleidung, Wohnung — überhaupt alles, ohne das der Mensch nicht auskommen kann, muß zur allgemeinen Nutznießung freigestellt werden, und zwar ganz unentgeltlich und in unbeschränkten Mengen, wie Wasser und Luft. Was aber nicht unbedingt notwendig ist, was zur Befriedigung der höheren, kulturellen Bedürfnisse dient (Bücher, Theater usw.) und Luxusartikel, muß nur unter die Werktätigen verteilt werden. Luxusartikel müssen zur Arbeitsprämie werden.

Wodurch unterscheidet sich denn aber Russells Theorie von unserer, von der Sowjettheorie? Prinzipiell durch gar nichts. Es ist genau dieselbe. Wir zwingen die Leute unter Androhung vom physischen Hunger

zur Arbeit, Russell aber will sie unter Androhung geistigen Hungers dazu zwingen. Von einem prinzipiellen Unterschied kann hier nicht die Rede sein. Unsere Theorie unterscheidet sich von Russells Theorie nur dadurch, daß sie den Anforderungen des Lebens entspricht, praktisch und durchführbar ist. Russells Theorie ist dagegen ganz und gar nicht praktisch und auch nicht durchführbar.

Russell ist überhaupt kein Mann der Praxis. Seine ganze Lehre ist unpraktisch; sie ist nicht lebensfähig, sie ist ideal. Er wirft uns (ebenso wie den Anarchisten und Syndikalisten) vor, daß wir den subjektiven Faktor, die menschliche Natur, unberücksichtigt lassen. Dabei aber trägt er selbst dem objektiven, dem wirtschaftlichen Faktor keine Rechnung. Marxens und Bakunins Theorien (insofern Bakunin überhaupt eine Theorie besaß) waren auf geschichtlicher Grundlage aufgebaut. Russells Theorie hingegen beruht einzig und allein auf der Psychologie; und zwar — merkt euch das — nicht auf der Psychologie der Massen, sondern auf der Psychologie des Individuums, nicht auf einer wissenschaftlichen, experimentalen Psychologie, sondern auf zufälligen psychologischen Beobachtungen, die, teils tiefgehend und richtig, glänzend und originell, teils aber paradox und unrichtig sind. Eine Theorie, die so aufgebaut ist, kann natürlich nicht darauf Anspruch erheben, als ernste wissenschaftliche Theorie betrachtet zu werden.

Aber Russell ist es um Ernst und Wissenschaftlichkeit gar nicht zu tun. Er ist bereit, selbst einzugestehen, daß seine ganze Lehre aus einzelnen Flicken des Marxismus, Bakunismus und eines dritten „Etwas" lose zusammengeheftet ist. Wer aber kann beweisen — fragt er — daß eine aus Flicken zusammengeheftete Theorie unbedingt falsch sein muß?

Russells Theorie muß unter die revisionistischen Theorien eingereiht werden, die auf einer „Kritik" Marxens aufgebaut sind. Er selbst bestätigt es. Das Schlimmste an der Sache aber ist, daß seine Kritik auf Nichtverstehen beruht.

Russell hat Marx nicht verstanden. Marx strebte die Vernichtung der Klassen, die Errichtung einer klassenlosen, außerhalb der Klassen stehenden Gesellschaft an. Der proletarische Staat ist nach Marx nur eine Uebergangsstufe, eine zeitweilige Erscheinung. Die Diktatur des Proletariats wird aufhören, wird verschwinden sobald das Proletariat seinen letzten entscheidenden Sieg errungen haben wird. Das Proletariat nimmt die Macht nur zu dem Zweck in seine Hände, um die Macht der Bourgeoisie ein für allemal auszurotten; ist das geschehen, ist die alte Welt bis auf den Boden zertrümmert, so wird das Proletariat eine neue Welt aufbauen, in der es überhaupt keine Macht geben wird. Uns ist das alles so klar, so einfach, so alt, so gut bekannt. Aber Russell weiß nichts davon. Denn er hat es nicht mit dem wahren Marx zu tun, sondern mit dem Marx in der Präparierung der Anarchisten einerseits, der Revisionisten anderseits.

Russell beginnt mit einer auf Mißverständnis beruhenden Kritik, windet

sich durch einen dichten, undurchdringlichen Wald von Sophismen und kuriosen — manchmal originellen und treffenden, größtenteils aber naiv unrichtigen, kindlich einfachen — logischen Schlußfolgerungen hindurch und gelangt endlich zur zweieinheitlichen Gesellschaft, die glückselig auf zwei einander diametral zuwidergehenden, einander ausschließenden Grundsätzen aufgebaut ist.

Russell hält sich für einen Revolutionär, einen äußersten „Linken". Aber er erkennt die Revolution nicht an. Die normale Entwicklung der Gewerkschaften, behauptet er, wird allmählich zur Nationalisierung der Industrie und zur Gründung der Zünfte führen. Die normale Entwicklung der politischen Arbeiterpartei wird dazu führen, daß die Arbeiter das Parlament ergreifen. Die normale Entwicklung des Kapitalismus wird zum Sozialismus führen. Alles muß und wird seinen „normalen" Weg gehen . . . Von revolutionärem Geist ist hier natürlich keine Spur zu merken. Jeder x-beliebige bürgerliche Liberale würde diese Theorie der langsamen und allmählichen normalen Entwicklung mit beiden Händen zugleich unterschreiben. Denn die englischen Liberalen träumen ja auch von absoluter Freiheit und völliger Staatlosigkeit. Es hat schon seinen guten Grund, wenn die „Times" Russells Buch lobt. Hat die „Times" ja „ihren" „normalen", ganz anständigen, ruhigen und friedlichen „Sozialisten" gewittert. „Ach, was für ein netter Sozialist! ruft die „Times" aus — er ist so nett, daß erwahrhaftig einem Sozialisten nicht ähnlich sieht."

Uns Kommunisten, die wir im Feuer und Sturm des sozialistischen Aufbaus leben, kann Russells Theorie nur naiv-lächerlich, drollig-unterhaltend erscheinen. Aber in England nimmt man Russell ernst. In England lauscht man aufmerksam seinen Worten. In England hat Russell Jünger. Der Zünftesozialismus hat dort Erfolg.

Der Zünftesozialismus entstand 1914, kurz vor dem Ausbruch des Krieges, als in England eine sozialistische Auflehnung gegen Webb und die „alten Führer" einsetzte und zwar als Versuch, diese Auflehnung niederzudrücken und die Aufrührerischen mit den „alten Göttern" auszusöhnen, welche sie entthronen wollten. 1914 fand der erste Parteitag der Zünftesozialisten statt, und das erste Programm der Zünftesozialisten gelangte zur Ausarbeitung . . . Leute, welche weder der Krieg noch die großen Erschütterungen nach dem Kriege etwas gelehrt hatten, haben dieses Zünfteprogramm bis zum heutigen Tage unverändert aufrechterhalten. Zu diesen Leuten gehört Bertrand Russell. Er schrieb sein Büchlein „Roads to Freedom", das die theoretische Begründung des Zünftesozialismus darlegt, 1918 — in den letzten Monaten des Krieges. Trotzdem aber enthält dieses Buch kein einziges Wort über den Krieg, über die russische Revolution, über die verwickelten Fragen, die der Krieg aufgeworfen hat. Krieg und Revolution sind an Russell unbemerkt vorbeigegangen. 1918 begründet er das, was ihm 1914 richtig schien. Mit erstaunlicher Leichtigkeit hat er sich über den Abgrund zwischen den Jahren 1914 und 1918 hinweggesetzt. Er bemerkt den Abgrund eben gar nicht.

Russell hat auch Jünger. Aber natürlich nicht unter den Massen. Mie Massen haben mit Halbheits-, Mittel- und eklektischen Theorien nichts zu schaffen. Der Zünftesozialismus ist keine Massenbewegung und wird es auch nie werden. Russell und sein Zünftesozialismus sind nur unter den „denkenden Intellektuellen", zum Teil auch unter den Arbeiterintellektuellen populär.

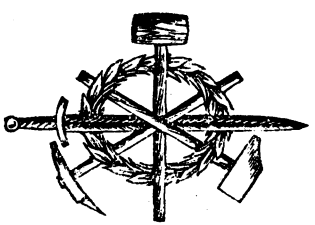
Die „denkenden Intellektuellen" Englands werden aber kaum lange bei dem Russellschen Kompromiß verweilen. Es steht außer Frage, daß der Zünftesozialismus keine Zukunft hat. Es ist nur ein zeitweiliges Haltmachen, eine kurze Rast vor einem langen schweren Weg . . . Nach 2—3 Jahren wird der Zünftesozialismus vergessen sein. Vielleicht wird Russell sich sogar als erster von ihm lossagen.

Die jungen, tatkräftigen, starken Revolutionäre blieben an dieser Russellschen Haltestelle nicht stehen. Unermüdlich schritten sie vorwärts, ließen den Zünftesozialismus weit hinter sich und sind bereits beim Sowjetismus, bei der proletarischen Revolution angelangt. John MacLean, Mac Manus, Sylvia Pankhurst — der Zünftesozialismus ist weit hinter ihnen zurückgeblieben. Die Intellektuellen rasten noch immer an der Haltestelle „Zünftesozialismus", die Massen aber sind weiter geschritten, sind den jungen, starken, revolutionären Geistern gefolgt . . .

Während wir diese Zeilen schreiben, reist Bertrand Russell in Rußland umher und studiert das Sowjetsystem. Er will ein neues Buch über Rußland und den Sowjetaufbau schreiben. Was wird das für ein Buch sein? Was wird Russell zu sagen haben? Wird er etwas Neues sagen? Wird er seine alte Theorie unter dem Gesichtswinkel dessen, was er in Rußland gesehen hat, ummodeln oder aber das Sowjetsystem unter dem Gesichtswinkel seiner alten Theorie bewerten?

Qui vivra, verra . . .

A. Menschoi.



Neue Bücher und Zeitschriften.

Die Redaktion der „Kommunistischen Internationale“ bittet dringend um Zusendung jeglicher Arbeiterliteratur.

Das ungeheure, ganz unglaubliche Wachsen der kommunistischen Bewegung spiegelt sich unter anderem in dem ungewöhnlichen Wachsen der kommunistischen Literatur in allen Sprachen der Welt wider. Wie aus der Erde schießen Zeitschriften, Zeitungen, Verlage hervor. Es wäre überaus wünschenswert, zum mindesten ein allgemeines Bild der kommunistischen Presse zu geben, doch ist diese Aufgabe vorläufig schwer zu lösen. Erstens deshalb, weil das Bild vor unseren Augen ständig wechselt: manche Presseorgane verschwinden unter dem Druck der Polizei, andere wiederum entstehen zu Dutzenden, und es ist fast unmöglich, diese Veränderungen aus der Ferne zu verfolgen, umsomehr als die räuberische Entente unsere Arbeiter- und Bauernrepublik tatsächlich noch immer blockiert. Zweitens haben unsere Genossen Kommunisten noch sehr wenig getan, um uns über alle literarischen Neuigkeiten auf dem Laufenden zu halten. Wir bleiben zu sehr hinter dem fieberhaft eilenden Leben zurück.

Wir sind daher gezwungen, uns vorläufig eine ganz bescheidene Aufgabe zu setzen; und zwar, unseren Lesern nach Möglichkeit die in unserer Redaktion einlaufenden bibliographischen Angaben vorzulegen. Für den Anfang bringen wir eine allgemeine Liste der periodischen Presse und der meistverbreiteten Bücher und Flugschriften über die uns interessierende Frage in Frankreich, Italien, England, den Vereinigten Staaten und Argentinien.

Frankreich.

„La Revue Communiste“. Paris. Redakteur Charles Rappoport. Heft 1.

Vielleicht mehr als in anderen Ländern war in Frankreich eine ernste, dem Studium des Kommunismus gewidmete Zeitschrift notwendig. Um dem Konfusionismus, der noch immer unter den „Zentristen“ und „Rekonstrukteuren“ herrscht, ein Ende zu machen, bedurfte es eines Preßorgans mit klarem Programm. Nach dem in dem ersten Heft der „Revue Communiste“ erschienenen Artikel aus der Feder Charles Rappoports ist eine derartige Zeitschrift bereits erstanden. „Weshalb und wie wurden wir Kommunisten?“ fragt sich der Verfasser und antwortet folgendermaßen: „Der opportunistische Reformismus und der nationalistische Sozialismus der II. Internationale haben, wie jedermann weiß, endgültig bankrott erlitten.

Wir können jetzt sagen, daß die II. Internationale an einer chronischen Krankheit zugrunde gegangen ist, die unausbleiblich zu ihrem tragischen Ende führen mußte. Diese Krankheit äußerte sich in dem Widerspruch zwischen ihrer auf dem Klassenkampf beruhenden revolutionären Theorie und ihrer reformistischen Praxis, die auf der Zusammenarbeit der Klassen aufgebaut war.

Schon allein der Name der II. Internationale bedeutete einen Kompromiß . Sie war eine sozialistische oder sozialdemokratische Internationale, während die Schöpfer der gegenwärtigen proletarischen Bewegung Kommunisten waren. Das Wort „Sozialismus" — ich behaupte es auf Grund der Angaben, die ich von Engels persönlich erhielt — war von Marx und Engels wider ihren Willen angenommen worden." Neben diesen und vielen anderen überaus zeitgemäßen Mitteilungen finden wir in der „Revue Communiste" Artikel aus der Feder unserer Genossen Loriot, Souvarine, Marthe Bigot, Georges Pioch. Zwei Gedichte, die diese letzteren den „siegreichen russischen Sowjets, dem Genossen Trotzki" widmen, liefern einen Beweis, daß wahre Dichter die proletarische Revolution begriffen haben, daß auch die Dichter für diese Revolution warm empfinden können.

Die Zeitschrift widmet den russischen Theoretikern des Kommunismus vielen Raum. Aber es ist ganz unzulässig, daß neben ihren Namen die Namen der Bürger Crispien u. a. stehen. Das kann die französischen und deutschen Arbeiter nur irreführen.

In demselben Heft finden wir auch einen Artikel des ehemaligen Sekretärs der C. G. T., des Gen. Griffuel, eines der französischen Theoretiker des Syndikalismus, der sich jetzt in den Reihen der Kommunisten befindet.

„Bulletin Communiste". Organ des Komitees der III. Internationale. Wochenschrift. Heft 1—10.

Das „Bulletin" ist das offizielle Organ der französischen Kommunisten. Es bringt viele Artikel aus der „Kommunistischen Internationale" zum Abdruck. Unter verschiedenen interessanten Korrespondenzen finden wir auch die Berichte des österreichischen Genossen Otto Masl. Bemerkenswert ist die in Heft 4 erschienene Antwort Loriots an die Reformisten, denen es Vergnügen macht, das mangelhafte „revolutionäre Bewußtsein" in Frankreich hervorzuheben. „Waren die russischen Massen — schreibt Loriot — sich ihrer geschichtlichen Bestimmung denn mehr bewußt? Das Volksbewußtsein befindet sich im Prozeß einer ständigen Evolution . . . Das Niveau des „Bewußtseins" wirkt in viel geringerem Maße auf die Revolution zurück, als die Revolution selbst die Stufe des Bewußtseins beeinflußt." Unter den zahlreichen Mitteilungen des Bulletins über die französische Bewegung lenkt der Aufruf der französischen kommunistischen Studenten die Aufmerksamkeit auf sich. Dieser Aufruf liefert einen Beweis von dem überaus feinen Verständnis, daß ein ausgewählter Teil der intellektuellen Jugend seinen Aufgaben entgegenbringt.

„Le Soviet". Organ der Kommunistischen Föderation der Sowjets, Heft 2 und 3.

Die Kommunistische Föderation der Sowjets (die französische Sektion der Moskauer Kommunistischen Internationale) legt besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit der Propagierung und Durchführung des Sowjetprinzips. In dem Heft finden wir einen von Emilie Gireau unterzeichneten Brief an den Senator Raymond Poincaré, in welchem der Verfasser Poincaré um Aufklärung über einige Fragen bittet, „wenn die Pariser Volksmassen, die Sie satt haben, es nicht für nützlich halten sollten, ihren Kopf in nächster Zukunft auf dem Tablett durch die Straßen zu tragen als Warnung für Ihre Helfershelfer. Dieser Umstand würde die gerichtliche Verhandlung Ihrer Angelegenheit natürlich verkürzen".

Jede dieser Zeilen wird dem Verfasser wahrscheinlich ein Jahr Gefängnis einbringen. Das Blatt „Le Soviet" hatte bereits eine Beschlagnahme seiner Korrespondenz und eine Haussuchung in seinen Redaktionsräumen durchzumachen. Aber diese Unannehmlichkeiten werden seiner Propagandatätigkeit natürlich keinen Abbruch tun. Gen. Chauvelon veröffentlicht in dem Blatt seine Artikel zum Studium des Kommunismus; Alexandre Lebour, Hanneau u. a. verfolgen die laufenden Ereignisse. Aus der Ferne kann man sich der verschiedenen Schattierungen der französischen kommunistischen Presse nur freuen, aber dennoch flößt uns die Verschiedenartigkeit der Organisationen einige Befürchtung ein. Die Kommunistische Partei, die Kommunistische Föderation der Sowjets, das Komitee der III. Internationale bilden drei getrennte Organisationen, während die Einheitlichkeit der kommunistischen Bewegung doch augenscheinlich eine Bedingung ihrer Kraft und zukünftigen Entwicklung ist. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Kämpfer für die „Sowjets" in engem Zusammenschluß mit den übrigen französischen Kommunisten vorgehen werden.

Hauptsächlich aber ist es Zeit, daß sie einsehen, daß man keine Treibhaussowjets errichten darf, daß die Prämisse der wahren Sowjets eine weite revolutionäre Bewegung der Massen ist. Sonst „spielen" wir nur „Sowjets".

La Vie Ouvriere" (Paris), ein Wochenblatt unter der Redaktion von P. Monatte, ist in erster Reihe das Organ der französischen Kommunisten-Syndikalisten. Das Blatt hat soeben einen energischen Propagandafeldzug zugunsten der gemaßregelten Kommunisten im Ruhrgebiet durchgeführt. Es hat dazu beigetragen, Frankreich mit dem großen ungarischen Schriftsteller Andreas Latzko bekannt zu machen, der in Budapest wegen Teilnahme an der Sowjetarbeit zum Tode verurteilt wurde. Das große Format und der reiche Inhalt des Blattes gestalten die „Vie Ouvriere" zu einem vorzüglichen Organ für weitgehende Propaganda. Deshalb befindet Pierre Monatte sich auch gleich Loriot, Souvarine und vielen anderen jetzt im Gefängnis unter der Anklage, eine Verschwörung gegen die Regierung angezettelt zu haben.

1. **Bukharine.** Le Programme des Communistes.
2. **Antonio Coen.** La vérité sur l'affaire Sadoul.
3. **Lénine.** Lettre aux ouvriers américains.
4. **Lénine.** Le probleme des pouvoirs des Soviets.
5. **Marchand.** Lettre à mm. Poincaré et Albert Thomas.
6. **Arthur Ransome.** Pour la Russie.
7. **Arthur Ransome.** Six semaines en Russie.
8. **Reynaud.** Petit catéchisme bolchevique.
9. **Boris Souvarine.** Eloge des bolcheviks.
10. **Boris Souvarine.** La Troisiéme Internationale.
11. **Jaques Sadoul.** Vive la République des Soviets!
12. **Jaques Sadoul.** Notes sur la Révolution bolchevique.
13. **Léon Trotsky.** L'avenement du bolchévisme.
14. **Tchitchérine.** Terreur blanche et terreur rouge.
15. **X.** Manifeste et Résolution de l'Internationale.
16. **X.** Constitution de la République socialiste féderative des Soviets de Russie.
17. **X.** Hommage à la République des Soviets.
18. Pochettes de carte postales (Lénin, Trotzky, etc.).
19. **Robert Thol.** 2-eme et 3-eme Internationale.

Schweiz.

„Le Phare", eine Monatsschrift, die in Chaux-de-Fonds unter der Redaktion von J. Humbert-Droz erscheint, bringt reiches internationales Informationsmaterial. Zu ihren Mitarbeitern gehören Bucharin, Sinowjew, Mjasnikow, Kollontai, Lenin u. a. Die Zeitschrift wird vorzüglich geführt.

„La Nouvelle Internationale" (Genf) ist eine Wochenschrift der sozialistischen Jugendorganisationen der romanischen Länder, die vor kurzem beschlossen haben, aus der Sozialistischen Partei der Schweiz auszutreten, um sich auf eine rein kommunistische Plattform zu stellen.

Deutsch-Oesterreich.

1. **„Die rote Fahne".** Erscheint täglich. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs. Gegründet 1918. Redakteur: Josef Straßer, Alserstraße 69.
2. **Klassenkampf.** Kommunistisches Wochenblatt für die Provinz.
3. **Rätekorrespondenz.** Organ der kommunistischen Fraktionen der Arbeiterräte. Erst vor kurzem organisiert. Redakteur: Paul Friedländer.
4. **Die Kommunistische Jugend.** Redakteur — Schiller.
5. **Der rote Soldat.** Organ der Soldatengruppe der K. P. Oesterreichs. Erscheint zweimal im Monat.
6. **Kommunismus.** Wochenschrift. Organ des Südostbüros. Redakteur: Dr. K. Frank.

Jetzt beginnen folgende Tageblätter der nationalen Minderheiten zu erscheinen:

1. „Prukopnik Svobody". Wochenblatt. Organ der Tscheschischen Sozialdemokratischen Partei (Zentralisten) Oesterreichs. Kommunistische Richtung.
2. „Swit". Wochenblatt kommunistischer Richtung. Organ der Polnischen Sozialistischen Gruppe.
3. Freie Tribüne. (Wochenblatt). Organ der jüdischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Poale-Zion. Wochenblatt kommunistischer Richtung. Erscheint in deutscher Sprache. Wien, II. Glockenstraße 6.
4. „Awangard". Wochenblatt des Organisationsbüros der linksstehenden Poale-Zion. Kommunistische Richtung. Erscheint in jüdischer Sprache. Wien, II. Glockengasse 6.
5. „Wecker". Halbmonatsorgan der jüdischen Bundorganisationen. Kommunistische Richtung. Erscheint in jüdischer Sprache.
6. „Nova Doba". Wochenblatt der Gruppe Ukrainischer Kommunisten. Redakteur: Winnitschenko.

Italien.

Die meistverbreitete und beliebteste Zeitung der proletarischen Massen Italiens ist der bekannte „Avanti", das Zentralorgan der Sozialistischen Partei Italiens. Als der Redakteur des „Avanti" während des Weltkrieges nach dem Turiner Arbeiteraufstand eingekerkert wurde, fanden in sämtlichen Städten Protestversammlungen statt, die die Befreiung des Gen. Serrati forderten. Als die Bourgeoisie im vorigen Jahre einen räuberischen Ueberfall auf die Redaktion des „Avanti" ausführen und sie in Brand stecken ließ, sammelten die Arbeiter ganz Italiens in unglaublich kurzer Frist über 1½ Millionen Lire unter sich, um den durch den Ueberfall verursachten Schaden zu ersetzen.

Die Zeitung hat einen riesigen Absatz. Die Mailänder Ausgabe setzt über 200.000 Exemplare ab, die Turiner (Via XX Settembre 19) — 80.000, die Römische (Via del Seminario 87) — 90.000 Exemplare.

Eine zweite verbreitete Zeitung ist der im unlängst annektierten Triest herausgegebene „Il Lavoratore", der eine Auflage von 80.000 Exemplaren hat. Unweit Triest, in der Stadt Pola erscheint eine Zeitung mit bedeutend geringerem Absatz, „Il Proletariato".

Von den Zeitschriften kommunistischer Richtung seien erwähnt: „Compagni" mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren, „Communismo", eine Halbmonatsschrift, deren Absatz (gegenwärtig 6.000 Exemplare) rasch zunimmt, je mehr die Massen mit diesem jungen Organ bekannt werden. „La Difesa della Lavoretrice" erscheint zweimal im Monat in einer Auflage von 8.000 Exemplaren. Alle drei genannten Zeitschriften werden in Mailand herausgegeben.

Wir müssen auch die Wochenschrift „Ordine Nuovo" erwähnen, die

in Turin unter der Redaktion von Antonio Gramci erscheint. Diese Zeitschrift hat sich der Frage der Betriebsausschüsse besonders eingehend gewidmet und auch andere Blätter für dieses Gebiet interessiert.

Zur Bewertung der linken Strömung in der italienischen Partei ist ferner das Organ der Kommunisten-Ostensionisten „Il Soviet" von Interesse; das Blatt erscheint unter der Schriftleitung des Führers der Fraktion Bordigha.

Das Organ der Partei der jugendlichen Sozialisten-Kommunisten, die bereits über 40.000 Mitglieder zählt, ist die in Rom erscheinende „L'Avanguardia".

Die in Mailand herausgegebene „La Battaglie Sindicale" ist das Organ der Konföderation der Arbeit.

Außer den genannten großen Blättern und Zeitschriften erscheinen in ganz Italien zahlreiche (etwa 60) Wochenschriften sozialistisch-kommunistischer Richtung. Diese Preßorgane haben bloß lokale Bedeutung. Wir lassen hier eine Liste nach Provinzen folgen:

Venetien.

Verona: „Verona del Populo".
Vicenza: „Il Vincentino".
Padua: „L'Eco dei Lavoratori".
Treviso: „Il Lavoratore".
Venedig: „Il Secolo Nuovo".
Feltre: „L'Avvenire".
Udino: „Il Lavoratore Friulano".

Emilia und Romagna.

Bologna: „La Squilla".
Parma: „L'idea".
Modena: „Il Domani".
Reggio Emilia: „La Giustizia".
Imola: „La Lotta".
Ravenna: „La Romagna Socialista".
Forli: „La Lotta di Classe".
Faenza: „Il Socialista".
Cesena: „Spartaco".
Rimini: „Il Contadino".
Ferrara: „La Bandiera Socialista".

Toskana.

Livorno: „La Parola Socialista".
Florenz: „La Difesa".
Pistoja: „L'Avvenire".
Colle di Val d'Elsa: „La Martinella Rossa".
Viareggio: „Versiglia Nuova".
Piombino: „Il Martello".
Massa e Carrara: „La Battaglia".

Lombardei.

Mailand: „Battaglia Socialista".
Bustasmo: „Il Lavoro".
Como: „Il Lavoratore Comano".
Varese: „Il Nuovo Ideale".
Monza: „La Brianza".
Pavia: „La Plebe".
Vigevano: „L'Indipendente".
Mortara: „Il Proletariata".
Sondrio: „Il Lavoratore Valtelonese".
Bergamo: „La Riscossa".
Crema: „La Parola".
Cremona: „L'Eco del Popolo".
Piacenza: „L'Aurora".
Mondovi: „Lotte Nuove".
Cueno: „L'Alba".

Piemont.

Turin: „Falce e Martello".
Turin „L'Ordine Nuovo".
Alessandria: „L'Idea Nuova".
Tortona: „La Scure".
Novara: „Il Lavoratore".
Biella: „Corriere Bielese".
Vercelli: „La Risaia".

Ligurien.

Oneglia: „La Lima".
San Remo: „La Parola dei Socialisti".
Savona: „Bandiera Rossa".

Umbrien und Marken.

Citta di Castello: „La Rivendicazione".
Pesaro: „L'Avvenire".
San Marino: „Il Titano".

Latium.

Rom: „L'Avanguardia".
Neapel: „Il Soviet".

Abbruzzen und Kalabrien.

Aquila: „L'Avvenire".
Catanzaro: „Calabria Avanti".
Cosenza: „Falce e Martello".

Apulien.

Taranto: „Bandiera Rossa".
Bari: „La Ragione".

Sizilien.

Syrakus: „Guardia Rossa".
Palermo: „La Dittatura".
Catania: „Il Riscatto".

Aus der kommunistischen Literatur in England.

1. **G. Zinoviev's** The Communist Party and Industrial Unionism.
2. **Alexandra Kollontay's** Communism and the Family.
3. **J. F. Watton Newbold's** The Counter-Revolution.
4. **Sylvia Pankhurst's** The Soviets of the Street.
5. **L. A. Motter's** Soviets for the British.
6. **Lenin's** Bourgeois Democracy and the Dictatorship of the Proletariat.
7. **Arthur Ransome's** The Truth about Russia.
8. **A. Rys Williams'** Questions und Answers about Russia
9. **John Reed's** Red Russia Book I.
   Red Russia Book II.
10. **Rys Williams'** The Red Funeral in Vladivostok.
11. **Istrael Zangwill's** Hands off Russia.
12. **Lenin's** The Chief Task of our Times.
13. **Bukharin's** Soviets or Parliament.
14. **Jack Tanner's** The Social General Strike.
15. **Cedar and E. Paul's** Independent Working Class Education.
16. **Sylvia Pankhurst's** The Schoooling of the Future.
17. **A. Lunatsharsky's** Self Education of the Workers.
18. **E. Sylvia Pankhurst's** Housing and the Workers Revolution.
19. **Wilfred R. Humphries'** Life in Russia to-day.
20. **G. Walton Newbold's** Capitalism and Counter-Revolution.
21. **Alice Riggs Hunt's** Facts about Communist Hungary in May 1919.
22. **O. V. Kuusinen's** The Finnish Revolution.
23. **Charles Henry Schmidt's** The Hungarian Revolution.
24. **Trotzky's** Bolscheviki and World Peace.
25. **Arthur Ransome's** Six Weeks in Russia in 1919.
26. **South Wales Miners'** Industrial Democracy for Miners.
27. **Karl Dannenberg's** Karl Marx: The Man and his work.
28. **The Red Flag.**
29. **Sylvia Pankhurst's** Rebel Ireland.
30. **Palme Dutt's** The Two Internationals.
31. **Achille Loriot's** „Karl Marx".
32. **Lucien Deslinieres** The Coming of Socialism.
33. **Bela Kun's** Revolutionary Essays.

34. **John Maclean's** The Coming War with America.
35. **Wm. T. Goode's** Bolshevism at Work.
36. German Spartakus: their Aims und Objects.
37. **G. M. Roebuck's** The Nationalisation of Women.
38. **Boris Souvarine's** The Third International.
39. **Lenins** The State and Revolution.
40. **Kautsky's** The Proletarian Revolution.
41. **Dr. Gorter's** The World Revolution.
42. **R. Palme Dutt's** The Two Internationals.
43. **Bryan's** Essay on Socialism and War.
44. **Mac Laine's** Trade-Unionism at the Cross Road.
45. **Lenin's** Toward Soviets.
46. **Radek's** Socialism, Science to Practice.
47. **Newbold's** Politics of Capitalism.
48. — Marx and Modern Capitalism.
49. **Maclean's** War after the War.
50. **Newbold's** Menace of American Capitalism.
51. **Shumiatzki's** Aims of the Bolsheviki.
52. **Newbolds'** Bankers, Bondholders and Bolsheviki.
53. **Tchitcherine's** Russian Plan for League of Nations.
54. **Sadouls** Socialist Soviet Republic.
55. **Fairchild's** Sozialism and League of Nations.
56. **Mc Laine's** Evolution of Industry.
57. **Maclean's** Condemned of the Dock.
58. **Price's** Origin and Growth of the Russian Soviets.
59. **Rickman's** Eye-Witness from Russia.
60) **Price's** Capitalist Europe and Socialist Russia.
61. **Paul's** Hands off Russia.
62. **Lenin's** Soviets at Work.
63. — Land Revolution in Russia.
64. — State and Revolution.
65. — Proletarian Revolution.
66. **Moeny's** Fifty Points about Capitalism.
67. **Litvinoff's** Bolshevik Revolution.
68. First Code of Laws of Russian Republic.
69. **Craik's** Short History of British Working Class Movement.
70. **Starr's** Worker's Look at History.
71. **Trotzky's** History of Russian Revolution.

Liste kommunistischer Schriften, deren Einfuhr in die Schweiz verboten ist.

Auf Verfügung der Schweizerischen Behörden ist die Einfuhr folgender Bücher verboten:

1. **N. Lenin:** Staat und Revolution. Politische Aktionsbibliothek, herausgegeben von Franz Pfemfert. Verlag: Die Aktion, Berlin-Wilmersdorf.
2. **Lenin:** Staat und Revolution (Die Diktatur des Proletariats). Verlag: Die Lichtstrahlen. Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde, 1919.
3. **Leo Trotzki:** Von der Oktoberrevolution bis zum Brester Friedensvertrag. A. Hoffmanns Verlag, Berlin.
4. Die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Berlin-Wilmersdorf. Verlag der Wochenschrift: Die Aktion.
5. Das neue Kommunistische Manifest, Moskau 1919, mit einem Vorwort von Dr. Heinrich Laufenberg. Verlag: Willaschek & Co., Hamburg.
6. **Hans Berliner:** Der bolschewistische Staat. Verlag: Die Lichtstrahlen. Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde, 1919.
7. Die Wahrheit über die Bolschewiki. Tatsachenbericht, von einem Russen niedergeschrieben. 1919, Berlin-Wilmersdorf. Verlag der Wochenschrift: Die Aktion.
8. Die Sünden des Bolschewismus. Von einem Bolschewiki. A. Hoffmanns Verlag, Berlin.
9. **Kapitän Sadoul:** Es lebe die Räterepublik. Teile 1. und 2., je 160 Seiten. Verlag: „Promachos", Bern-Belp und Biel, 1919.
10. **Fritz Sturm:** Das bolschewistische Rußland. 2. umgearbeitete Auflage. Verlag Carl Hoym, Hamburg.
11. Vom sozialistischen Aufbau. 2. Heft: Justiz und Rechtswesen. Zwei Berichte aus Rußland. Verlag: Der Kämpfer. Chemnitz, Kommunistische Partei (Spartakusbund).
12. **Alexander Täubler:** Eine Verteidigung der Bolschewiki. Wien, 1919. Verlag: Wilhelm Müller.
13. **Boris Souvarine:** Eloge des Bolshéviks. Paris, Librairie du Populaire.
14. **Philipp Price:** Die Wahrheit über Sowjetrußland. Verlag: Der Arbeiterrat, Berlin.
15. Was will Spartakus? Verlag: Willaschek & Co., Hamburg.
16. Karl Liebknecht zum Gedächtnis. Rede Heinrich Laufenbergs 26. Jan. 1919. Verlag Carl Hoym, Hamburg.
17. Der weiße Terror. Skizzen aus der Blutherrschaft Ebert-Scheidemann-Noske. 1919, Spartakus-Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart-Degerloch.
18. Alle Macht den Räten. Ein Wort an die Frauen und Männer des werktätigen Volkes. 1919, Verlag Spartakus, Stuttgart-Degerloch.

19. **Dr. Heinrich Laufenberg:** Was heißt Sozialisierung? Verlag Carl Hoym, Hamburg.
20. **Fritz Wolffheim:** Knechtschaft oder Weltrevolution? Verlag Carl Hoym, Hamburg.
21. **Dr. Heinrich Laufenberg:** Die Hamburger Revolution. Verlag Carl Hoym, Hamburg.
22. Arbeiterklasse und Staatsgewalt. Festrede von Heinrich Laufenberg. Verlag Carl Hoym, Hamburg.
23. **Pelle:** Die Vorgänge in Chemnitz und die Kommunistische Partei. Verlag: „Der Kämpfer", Chemnitz.
24. Die Gewerkschaftsvereine und der Aufbau der Volkswirtschaft. Beleuchtet nach den Erfahrungen in Rußland von B. Koselew. Verlag: „Der Kämpfer", Chemnitz.
25. **Heinrich Brandler:** Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus. Kommunistische Zeitfragen Nr. 1. Verlag: „Der Kämpfer", Chemnitz.
26. Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin, 1919.
27. **Steklow:** Wer sind die Kommunisten? Verlag A. Hoffmann, Berlin.
28. **Heinrich Laufenberg:** Massen und Führer. Verlag Dr. H. Laufenberg, Hamburg.
29. **Hans Hackmack:** Die Jugend der neuen Zeit. Hoffmanns Verlag, Berlin.
30. **Karl Grünberg:** Die sozialistische Volkswehr. Hoffmanns Verlag, Berlin.
31. Der kommunistische Aufbau. Die Zukunftsziele des Kommunismus, von Julian Borchardt. Der praktische Kommunismus der Gegenwart, von Hans Berliner. Verlag der Lichtstrahlen, Julian Borchardt, Berlin, 1919.
32. **Julian Borchardt:** Die Diktatur der Proletariats. Verlag der Lichtstrahlen Julian Borchardt. Berlin, 1919.
33. **W. Münzenberg:** Von der Revolte zur Revolution. Verlag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), 1919.
34. Der Spartakistenprozeß in Stuttgart von W. Münzenberg.
35. **W. Münzenberg:** Nieder mit Spartakus. Verlag nicht angegeben.
36. Lichtstrahlen. Zeitschrift für internationalen Kommunismus, herausgegeben von Julian Borchardt. Verlag der Lichtstrahlen, Berlin. Hefte 4 (Februar 1919), 5, 6, 7, 8, 9.
37. Revolutionsbibliothek. Verlag: Gesellschaft und Erziehung. Berlin 1919. Nr. 1: Leo Trotzki: Arbeit, Disziplin und Ordnung usw. Nr. 3: Das Kommunistische Manifest. Nr. 5: Bucharin: Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki).
38. Kommunistische Bibliothek. Nr. 3, N. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. Nr. 5, N. Bucharin: Das Programm der Kommu-

nisten (Bolschewiki). Verlag: Rote Fahne. — Dasselbe in Nr. 5 der Revolutionsbibliothek.

39. Kampfruf, Monatsschrift für Kommunistische Propaganda und Aufklärung. Herausgeber: Wilhelm Seitz. Verlag: Minna Otto Emden, Hefte 1 und 2 (April und Mai 1919).
40. Internationale sozialistische Jugendbibliothek. Heft 2: Programm und Aufbau der sozialistischen Jugendinternationale, von Wilhelm Münzenberg. Heft 3. Die sozialistische Jugendinternationale von Wilh. Münzenberg. Verlag: Junge Garde, Berlin.
41. Der Revolutionär. 1. Jahrgang, Hefte 5 und 9 (März und Mai 1919). Verlag: Der Revolutionär, Mannheim.
42. Proletarische Flugschriften. Verlag von Carl Hoym, Hamburg. Nr. 1: Das bolschewistische Rußland von Fritz Sturm. Nr. 2: Der Weg zum Sozialismus von Paul Fröhlich. Nr. 3: Anarchismus und Räteregierung von Karl Radek. Nr. 4: Betriebsorganisation oder Gewerkschaft von Fritz Wolffheim.
43. Sowjet. Kommunistische Monatsschrift, Wien, Hefte 1—5 (Mai-November 1919).
44. Die Erde. Politische und kulturpolitische Halbmonatsschrift. Herausgeber: Walter Rilla. Verlag: Die Erde, Breslau. Hefte 5—7, 9—13, beginnend März 1919. Nr. 14 und die später erschienenen Hefte sind in der Liste nicht genannt, da ihr Inhalt bereits einen „rein literarischen" Charakter trägt.
45. Communismo. Rivista della Terza Internazionale. Direttore G. M. Serrati. Milano, 1919, Nr. 3.
46. Documenti della Rivoluzione, Societa Editrice „Avanti" 1919.
    Nr. 1. Costituzione della Republica Socialista dei Sowjet.
    Nr. 2. **Leone Trotzky.** Dalla rivoluzione di ottobre al trattato di Brest-Litowsk.
    Nr. 3. La terra alla nazione per i con tadini. Discussione deliberazzioni, decreti e legge.
    Nr. 4. **N. Lenin:** La Lotta per il pane. — Leo Trotzky: Lavoro, disciplina e ordine salveranno la Republica socialista dei Sowjet.
    Nr. 5. Spartacus. Scoppi obbiettivi e vicende.
    Nr. 6. **Cachin, Lapont, Mayeras:** La Francia Socialista contro l'intervento in Russia.
    Nr. 7. L'opera economica, politica e sociale dei Sowjet di Russia.
    Nr. 8. **N. Lenin.** L'opera di recostruzione dei Sowiet. La disciplina del lavoro. I fini e mezzi della rivoluzione russa.
    Nr. 9. Testimonianze sullo sviluppo della rivoluzione russa.
    Nr. 10. Della seconda alla terza internazionale.
47. Der freie Arbeiter, anarchistische Halbmonatsschrift, 12. Jahrgang, Nr. 9—11 (August—September 1919).
49. Världrevolution av Herman Gorter.
50. Revolutionen och Staaten av N. Lenin.

51. Den Ryska Arbetare och Revolutionen av Leo Trotzky.
52. **Frederik Ström:** Världsrevolutionen aller Världreaktion.
53. Vad vill Finnlands Kommunistiska Parti?
54. Världsrevoultionens Programm av N. Bucharin.
55. Det Vita Sträckveldet in Finnland.
56. Sanningen om Ryssland av K. Kilbom. Mit einem Bildnis Lenins.
57. Vad vil Spartacus? av Z. Höglund.
58. **A. Lunatsjarsky:** Arbeitskolan.
59. Die junge Garde, Zentralorgan der sozialistischen Jugend Deutschlands. Nr. 34 vom 16. August 1919 und Nr. 1/2 vom 7. September 1919.
60. Die Kommunistin, Frauenorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands. Herausgegeben von Klara Zetkin. Heft 1: Die Sozialistin, 18. November 1919.
61. Der Kämpfer, Organ der Kommunistischen Partei. Chemnitz, 2. Jahrgang, Nr. 86 (April 1919), Nr. 167 (August 1919).

N. Lenin. Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus. Moskau, 1920.

Dieses seinem Umfang nach kleine Büchlein bildet einen wertvollen Beitrag zur Weltrevolutionsliteratur. In überaus gedrängter Form gibt der Verfasser uns eine scharfe Analyse der Entstehung, der Natur und der Aufgaben des Kommunismus nebst einer allseitigen, erschöpfenden Kritik der theoretischen Begründung des „linken" Kommunismus in Deutschland und England. Im nächsten Heft der „Kommunistischen Internationale" werden wir eine eingehende Charakteristik und Bewertung dieser Arbeit, die von hervorragendem Interesse ist, bringen.

Im Verlag erschienen:

G. Sinowjew. Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Kongreß (in russischer und deutscher Sprache).

— Brennende Tagesfragen der Arbeiterbewegung (russisch u. deutsch).

— Aus der Gesichte unserer Partei (russisch, deutsch und französisch).

L. Trotzky. Terrorismus und Kommunismus (in deutscher, englischer und französischer Sprache).

— Heer und Volk (in deutscher, englischer und französischer Sprache).

N. Lenin. Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus. (in englischer und französischer Sprache).

Sammelbuch „Der Kampf um Petrograd".

Leitsätze zum II. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

In diesen Tagen erscheint in deutscher und französischer Sprache die Broschüre:

N. Lenin. Der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus. Mit einem neuen Vorwort, speziell für diese Auflage.